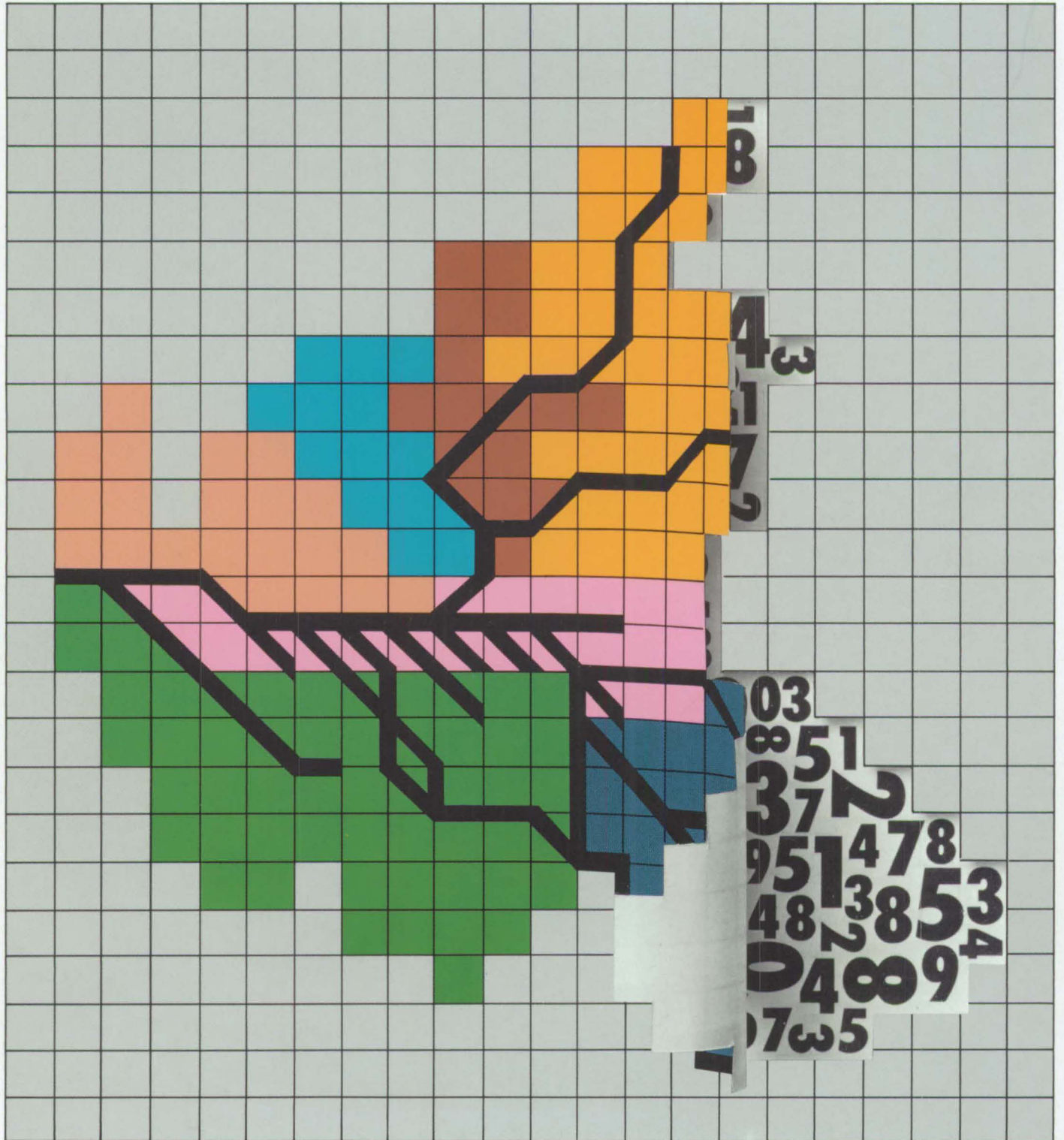


Hamburg in Zahlen

1987

7



Zeichenerklärung

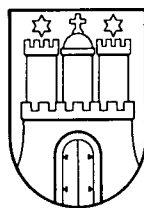
- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtete Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

- MD = Monatsdurchschnitt
- Vj = Vierteljahr
- Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.
Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 7. 1987

Das statistische Stichwort	
○ Volkseinkommen und verfügbares Einkommen	234
*	
Schaubild des Monats	
○ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Männer und Frauen in den Wirtschaftsbereichen am 30. September 1986	234
*	
Statistik aktuell	
○ Einkommen der Einkommensteuerpflichtigen	234
○ Kfz im Wert von 4,4 Milliarden DM exportiert	235
○ Betriebsgrößen im Verarbeitenden Gewerbe	235
○ Weniger Wohnungen bezugsfertig	235
○ Meldepflichtige Krankheiten	235
*	
Ausländische Arbeitnehmer in den Stadtstaaten	236
*	
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	247
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	252
○ Hamburg heute und gestern	252
○ Zur Person	252
○ In aller Kürze	253
○ Der Draht zum StaLa	253
*	
Hamburger Zahlenspiegel	254
Hamburg im großräumlichen Vergleich	260
Hamburg im Städtevergleich	262

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis: DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Das statistische Stichwort

Volkseinkommen und verfügbares Einkommen

Das Volkseinkommen oder Nettosozialprodukt ist die zentrale Größe der Verteilungsrechnung innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Im Gegensatz zum Nettoinlandsprodukt, das die Leistung der Produktionsfaktoren am Arbeitsort mißt, stellt das Nettosozialprodukt auf die Einkommen am Wohnort (Inländerkonzept) ab. Es liefert ein Bild der primären Einkommensverteilung und umfaßt die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates (nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden) und die unverteilteten Gewinne der Unternehmen.

Wenn man das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ermitteln will, so müssen die geleisteten und empfangenen Transferzahlungen verrechnet werden. Zu den von den privaten Haushalten an den Sektor Staat und Sozialversicherung und den Sektor Unternehmen geleisteten Transferzahlungen gehören die direkten Steuern, zum Beispiel Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer, die Sozialbeiträge und freiwillige Vorsorgeaufwendungen (zum Beispiel für Lebensversicherungsverträge).

Nach Abzug dieser von Privaten bzw. durch die Arbeitgeberanteile für private Haushalte geleisteten Transferzahlungen vermindert sich das Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte um rund 44 Prozent.

Rechnet man die empfangenen Transferzahlungen dagegen – in erster Linie soziale Leistungen des Staates, aber auch Übertragungen von Unternehmen – erreicht das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wieder rund 85 Prozent des Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommens.

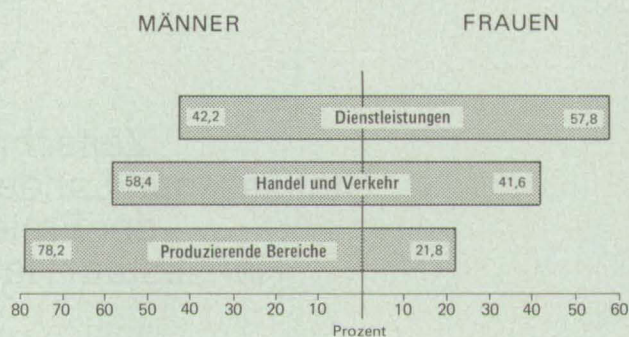
Auf die leistenden und empfangenden Personen bezogen, findet eine Saldierung der Transferleistungen nicht statt. Vielmehr erfolgt – wenn man den Zeitfaktor außer Betracht läßt – eine Einkommensumverteilung vom wirtschaftlich aktiven zum nicht aktiven Teil der Bevölkerung.

Im Bundesdurchschnitt gehen fast 92 Prozent des verfügbaren Einkommens in den privaten Verbrauch. Der Hauptanteil von fast 50 Prozent wird beim Einzelhandel ausgegeben, etwa zwölf Prozent für gezahlte Mieten (einschließlich dem Mietwert für Eigentümerwohnungen), etwa zehn Prozent entfallen auf Dienstleistungen und freie Berufe.

Erich Böhm

Schaubild des Monats

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Männer und Frauen in den Wirtschaftsbereichen am 30. September 1986



HiZ 7,1987 L

727 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer gab es am 30. 9. 1986 in Hamburg. Davon waren 58 Prozent männlich und 42 Prozent weiblich.

Mehr als die Hälfte aller weiblichen Beschäftigten ist im Dienstleistungsbereich tätig, der unter 292 000 Beschäftigten 169 000 Frauen ausweist. Hier dominieren die vorzugsweise von Frauen ausgeübten Angestellten-tätigkeiten. Außerdem gibt es insbesondere im Gesundheitswesen, bei Schulen und Hochschulen sowie bei Wäscherei und Reinigung sehr viele Fälle von Teilzeitbeschäftigung: 42 000 teilzeitbeschäftigte Frauen dieser Bereiche stellen jeden zweiten aller 84 000 Teilzeitbeschäftigten in Hamburg.

Im Warenproduzierenden Bereich (208 000 Beschäftigte) ist der Anteil weiblicher Beschäftigter mit 22 Prozent sehr niedrig; in den stark von Fertigungsberufen geprägten Bereichen Verarbeitendes Gewerbe (155 000 Beschäftigte, davon nur jeder vierte eine Frau) und Baugewerbe (40 000 Beschäftigte, davon nur jeder zehnte weiblich) sind Frauen nur in geringem Umfang tätig.

Im Handel und Verkehr sind unter den 226 000 Beschäftigten 42 Prozent Frauen. Im Handel (135 000 Beschäftigte) überwiegen die Frauen mit 53 Prozent; im Verkehr sind 75 Prozent der 91 000 Beschäftigten männlich.

Statistik aktuell

Einkommen der Einkommensteuerpflichtigen

1983 wurden 347 690 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen zur Einkommensteuer veranlagt (1980: 333 497). Das ist eine Steigerung gegenüber 1980 um 4,3 Prozent. Dabei wurden wieder zusammenveranlagte Ehepaare als ein Steuerpflichtiger gezählt.

Das aus allen sieben Einkunftsarten erwirtschaftete Einkommen (nachdem vom Gesamtbetrag der Einkünfte unter anderem Sonderausgaben einschließlich Vorsorgeaufwendungen, Freibeträge für Freie Berufe und außergewöhnliche Belastungen abgezogen wurden)

erhöhte sich um 12,2 Prozent auf 18 Milliarden DM. Im Durchschnitt kam jeder Einkommensteuerpflichtige auf 51 754 DM.

87 Prozent aller unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen waren sogenannte Arbeitnehmerveranlagungsfälle mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit über 24 000 DM (Alleinveranlagte) bzw. über 48 000 DM (Ehepaare) oder solche, die zwar weniger verdienten, aber zusätzliche Einkünfte aus anderen Einkunftsarten hatten.

Gemessen an der Gesamtzahl der Einkommensteuerpflichtigen hatten diejenigen mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit (3,0 Prozent) und aus Gewerbebetrieb (8,7 Prozent)

nur einen geringen Anteil. Das Durchschnittseinkommen der Selbständigen und Gewerbetreibenden lag dagegen bedeutend höher als bei den Arbeitnehmern. Die Spitze hielten die Einkommensbezieher mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb mit 101 951 DM; an zweiter Stelle lagen die Selbständigen mit 97 088 DM, während die veranlagten Arbeitnehmer mit 50 554 DM nicht ganz den Gesamtdurchschnitt aller Steuerpflichtigen erreichten.

Unter den freiberuflich Tätigen erzielten die Zahnärzte Spitzeneinkommen von durchschnittlich 199 532 DM. Damit übertrafen sie deutlich die Ärzte, deren durchschnittliche Einkommen bei 150 177 DM lagen.

Die auf das zu versteuernde Einkommen bezogene Steuerbelastung der Einkommensteuerpflichtigen insgesamt hat sich von 29,4 Prozent auf 29,1 Prozent reduziert.

Walter Borchart

Kfz im Wert von 4,4 Milliarden DM exportiert

1986 wurden über Hamburg auf dem See- oder Luftweg Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile im Wert von mehr als 4,4 Milliarden DM in fast alle Länder der Erde ausgeführt. Damit gehört Hamburg zwar nicht zu den ganz großen unter den kontinentalen Umschlagplätzen für Kraftfahrzeuge; in letzter Zeit zeichnen sich jedoch Entwicklungen ab, die in Zukunft eine Ausweitung dieser Verkehre bewirken könnten.

Mit 2,2 Milliarden DM entfiel im vergangenen Jahr nahezu die Hälfte des gesamten Fahrzeugexports auf Personenkraftwagen. Zu zwei Dritteln waren diese Fahrzeuge für Abnehmer in asiatischen Ländern bestimmt, ein Drittel allein für Käufer in Japan. Daneben hatte als einzelnes Land nur noch Australien mit einem Wert von gut 300 Millionen DM eine größere Bedeutung.

Die Ausfuhr von Lastkraftwagen, Kraftködern und Omnibussen spielt in Hamburg keine große Rolle; beachtlich ist hingegen der Export von Verbrennungsmotoren, der 1986 einen Wert von 420 Millionen DM erreichte. Auch hier dominierten unter den Empfängern die asiatischen Staaten vor einigen afrikanischen Ländern.

Einen Wert von mehr als 1,4 Milliarden DM und damit einen Anteil von knapp einem Drittel am Kfz-Export über Hamburg hatte die Position „Andere Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile“. Dahinter verbirgt sich ein breites Sortiment an Spezialfahrzeugen von der Straßenkehrmaschine bis zum Feuerlöschwagen, insbesondere aber eine Vielfalt von Einzelteilen für Kraftfahrzeuge.

Bei den Teilen ist eine größere Ausgeglichenheit in der geografischen Streuung auszumachen als bei den Fahrzeugen. Der amerikanische Kontinent lag unter den Empfängern mit einem Wert von fast

einer halben Milliarde DM an der Spitze; die wichtigsten Verbrauchsländer waren die Vereinigten Staaten und Brasilien. Nach Asien und Afrika wurden Teile im Wert von jeweils knapp 400 Millionen DM verladen.

Horst Schlie

Betriebsgrößen im Verarbeitenden Gewerbe

Im September 1986 gab es in Hamburg 796 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, die zu Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten gehörten: in ihnen waren 139 751 Personen tätig. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Anzahl der Betriebe um 19 und die der Beschäftigten um 1107. Der Rückgang hat ausschließlich Betriebe betroffen, in denen weniger als 500 Personen tätig waren (minus 2782 Beschäftigte), in den größeren Niederlassungen ergab sich demgegenüber ein Zuwachs von 1675 Arbeitsplätzen.

585 Betriebe (73 Prozent) waren mittlere oder kleinere Niederlassungen mit weniger als 100 Beschäftigten; auf sie entfielen mit 22 436 Personen jedoch nur 16 Prozent aller im Verarbeitenden Gewerbe Tätigen. Elf Prozent der Betriebe hatten 100 bis 199 Mitarbeiter; dort arbeiteten über acht Prozent aller Beschäftigten. Die größeren Betriebe mit 200 bis 499 Personen stellten neun Prozent der Betriebe und gut 15 Prozent der Beschäftigten. Drei Prozent betrug der Anteil der Arbeitsstätten mit 500 bis 999 Mitarbeitern; in diesen Firmen waren 15 Prozent aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes tätig. Großbetriebe mit 1000 und mehr Beschäftigten hatten in Hamburg einen Anteil von drei Prozent; hier hatten aber 44 Prozent aller Beschäftigten ihren Arbeitsplatz.

Die meisten Betriebe (378) und Beschäftigten (74 593) gehörten zum Bereich der Investitionsgüterherstellung. In den übrigen Bereichen waren die Betriebe zwar zahlenmäßig annähernd gleich stark vertreten, die Anzahl der Beschäftigten war jedoch recht unterschiedlich; sie belief sich in der Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung auf 36 104, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe auf 18 560 und in der Verbrauchsgüterherstellung auf 10 494 Personen.

Günther Neuß

Weniger Wohnungen bezugsfertig

Im Jahr 1986 wurden in Hamburg knapp 4500 Wohnungen bezugsfertig; gegenüber 1985 bedeutet das einen Rückgang um sechs Prozent. Diese Ergebnisse betreffen ausschließlich den Wohnungsneubau. Die fertiggestellten Wohnungen im Nichtwohnbau – 1986 waren es 77 Einheiten, zumeist Hausmeisterwohnungen in Schulen, Bürogebäuden und Fabriken – sind dabei nicht berücksichtigt. Ebenso fehlen Wohnungszugänge, die durch Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an Altbauten entstanden sind.

Vom Rückgang der Baufertigstellungen waren vor allem die rund 1230 Wohnungen im Ein- und Zweifamilienhausbau betroffen (minus 6,8 Prozent). Bei den 3240 Wohnungen des Mehrfamilienbaus betrug die Einbuße gegenüber 1985 5,8 Prozent.

Hinsichtlich der Gliederung des Wohnungsbaus nach Bauherren erkennt man recht unterschiedliche Entwicklungen: Konnten die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen (1850 Wohnungen) sowie sonstige Unternehmen der Wohnungswirtschaft (1100 Wohnungen) ihre Ergebnisse um zwei bzw. drei Prozent verbessern, so ergab sich bei den privaten Bauherren mit nur 1430 neuen Wohnungen ein starker Rückgang (minus 19 Prozent).

Ebenfalls hoch (minus neun Prozent) waren mit nur 110 Fertigstellungen die Rückgänge bei den öffentlichen Bauherren und den Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Rüdiger Lenthe

Meldepflichtige Krankheiten

Im Jahr 1986 wurden von den Gesundheitsämtern Hamburgs insgesamt 2242 Fälle von übertragbaren Krankheiten (außer Tbc) gemeldet. Das waren 112 Fälle mehr als im Vorjahr. Die Erkrankungsgruppe Enteritis infectiosa lag mit 1399 Fällen (im Vorjahr: 1204) an der Spitze und setzte den ansteigenden Trend der letzten Jahre fort. Während die Haupterkrankung in dieser Gruppe, die Salmonellose, mit 995 Fällen etwa dem Vorjahr entsprach (988), verdoppelten sich die Fallzahlen der übrigen Formen bakterieller Darmerkrankungen von 216 auf 404.

Rückläufig waren die Erkrankungen an Virushepatitis mit 526 Fällen gegenüber 675 im Vorjahr und 756 im Jahr 1984, wobei besonders die Hepatitis B mit 174 Erkrankungen 120 Fälle weniger aufwies als jeweils in den beiden Vorjahren. Nahezu unverändert geblieben ist die Zahl von Erkrankungsfällen an Meningitis/Encephalitis (136, Vorjahr 130). Ebenso lagen die Fälle von Shigellenruhr mit 65 in der Größenordnung des Vorjahres (58). Verdoppelt hat sich die Zahl der Meldungen von Malariafällen mit 62 Fällen anstelle von 30 im Vorjahr.

Zugenommen haben die Todesfälle an meldepflichtigen Krankheiten, und zwar von 37 auf 38, während dieser Wert in den fünf Jahren davor nur zwischen 17 und 27 lag. Der Anstieg wurde vor allem durch die Fälle von Meningitis/Encephalitis verursacht (20 Fälle), während die Todesfälle an Virushepatitis von elf auf acht und an Enteritis infectiosa (insbesondere Salmonellose) von sechs auf eins zurückgingen. Neben Todesfällen an Gasbrand/Gasoedem und Malaria sind vier Fälle von Virusgrippe (Influenza) sowie je ein Fall von Diptherie und Tollwut bemerkenswert.

Harro Iwers/Jürgen Weißker

Ausländische Arbeitnehmer in den Stadtstaaten

Vorbemerkung

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik hat in den vergangenen Jahrzehnten eine wechselvolle Entwicklung durchlaufen. Bis zu Beginn der 70er Jahre waren die Beschäftigtenzahlen bei Ausländern alljährlich durch hohe Zuwachsraten gekennzeichnet. Das traf insbesondere für Arbeitnehmer aus Ländern wie Jugoslawien, Italien, Griechenland und der Türkei zu, in denen Gastarbeiter zur Behebung der Personalknappheit in bundesdeutschen Betrieben angeworben wurden. Mit schwächer werdendem Wirtschaftswachstum und zunehmender Anspannung auf dem Arbeitsmarkt änderte sich dieses Bild jedoch grundlegend. Die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre einsetzende und sich immer weiter verstärkende Arbeitslosigkeit führte in besonderem Maße auch bei ausländischen Arbeitnehmern zu Arbeitsplatzverlusten. Inzwischen liegen die Arbeitslosenquoten für diese Personengruppe deutlich über denen im Durchschnitt aller Beschäftigten. So wurden im September 1986¹⁾ in Hamburg und Bremen Arbeitslosenquoten für Ausländer gemessen, die mit 23,8 Prozent bzw. 24,2 Prozent jeweils um rund zehn Prozent-Punkte über den Quoten für alle Arbeitslosen (Hamburg: 12,7 Prozent; Bremen: 15,3 Prozent) lagen. Auch in Berlin (West) war die Arbeitslosigkeit unter Ausländern mit 13,8 Prozent deutlich höher als im Durchschnitt aller Arbeitslosen (9,9 Prozent).

Im vorliegenden Beitrag soll der gegenwärtige Stand der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin untersucht werden. Als Datenquelle wird die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Beschäftigtenstatistik) herangezogen. Von dieser Statistik werden alle Arbeitnehmer erfaßt, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung) sind oder für die von den Arbeitgebern Beiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nach dieser Abgrenzung sind in den Daten der Beschäftigtenstatistik also keine Angaben über Beamte und Selbständige sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige enthalten. Außerdem fehlen diejenigen Arbeitnehmer, die kurzfristig beschäftigt sind oder geringfügig ent-

lohnt werden²⁾. Diese nicht von der Beschäftigtenstatistik erfaßte Arbeitnehmergruppe führt insbesondere bei den Teilzeitbeschäftigten zu einer Erfassungslücke.

Rückläufige Ausländerzahlen in Hamburg und Bremen . . .

Im gesamten Bundesgebiet waren 1986 knapp 1,6 Millionen ausländische Arbeitnehmer beschäftigt. Gegenüber 1975 ist deren Zahl damit stark zurückgegangen: während die Anzahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1986 mit 20,7 Millionen einen über dem Stand von 1975 liegenden Wert (plus 3,2 Prozent) annahm, lag die Zahl der Ausländer um 23,1 Prozent darunter. Dieses Ergebnis ist insbesondere von der Entwicklung in den Jahren ab 1981 bestimmt worden. In diesem Zeitraum verringerte sich die Zahl ausländischer Arbeitnehmer von Jahr zu Jahr um Raten zwischen 5,3 Prozent und 7,1 Prozent. Die Anzahl der Arbeitnehmer insgesamt nahm seit 1981 zwar ebenfalls alljährlich ab, der jeweilige Rückgang fiel mit Raten bis zu 1,9 Prozent jedoch deutlich schwächer aus. Außerdem konnte im Durchschnitt aller Arbeitnehmer bereits 1985 wieder ein Anstieg beobachtet werden (plus 1,7 Prozent), der sich in gleicher Höhe auch 1986 wiederholte. Die Ausländerzahlen wiesen dagegen erst 1986 einen geringfügigen Zuwachs aus (plus 0,5 Prozent).

Eine ähnliche Entwicklung war in Hamburg und Bremen³⁾ zu beobachten. Besonders starke Beschäftigteneinbußen erlitten die Ausländer in Bremen, deren Zahl 1986 mit 13 867 nur noch zwei Drittel des Standes von 1975 ausmachte. In Hamburg verringerte sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer innerhalb des betrachteten Zeitraums um 19 Prozent auf 50 556. Die Ausländerbeschäftigung reduzierte sich damit in Hamburg deutlich weniger als in Bremen und auch

etwas weniger stark als im Bundesdurchschnitt. Sowohl in Hamburg als auch in Bremen – aber im Gegensatz zum Bundesgebiet – verringerte sich zwischen 1975 und 1986 auch die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, und zwar mit 6,9 Prozent (Hamburg) bzw. 8,6 Prozent (Bremen) annähernd gleich stark und jeweils schwächer als die Anzahl der ausländischen Arbeiter und Angestellten.

Wie im Bundesgebiet insgesamt, so wurde die rückläufige Arbeitsplatzentwicklung für Ausländer auch in den beiden Hansestädten vorwiegend in den Jahren ab 1981 geprägt. Das gilt insbesondere für Hamburg. Dort lag die Zahl der Ausländer 1980 noch deutlich über dem Stand von 1975, um erst in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich abzunehmen. In Bremen war dagegen während des gesamten elfjährigen Berichtszeitraumes – von einer Unterbrechung in den Jahren 1979 und 1980 abgesehen – ein Rückgang der Ausländerbeschäftigung zu beobachten.

. . . aber nicht in Berlin

Ein ganz anderer Verlauf der Arbeitsplatzentwicklung für Ausländer zeigte sich dagegen in Berlin. Im Gegensatz zur Entwicklung im Bundesdurchschnitt und in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen verringerte sich die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Berlin während des betrachteten Elfjahreszeitraums insgesamt nicht. Mit 89 326 Arbeitern und Angestellten fremder Nationalität lag deren Anzahl 1986 sogar spürbar (plus 3,9 Prozent) über dem Stand von 1975. Die Summe aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer Berlins verringerte sich dagegen zwischen 1975 und 1986, der Rückgang fiel jedoch mit minus 0,9 Prozent deutlich geringer aus als in den übrigen Stadtstaaten. Die bundesweite Entwicklung (plus 3,2 Prozent) wurde allerdings auch in Berlin nicht erreicht.

Trotz des insgesamt positiven Trends blieb jedoch auch der Berliner Ausländer-Arbeitsmarkt zeitweise nicht von Einbußen verschont. So führte die bundesweite Rezession zu Beginn der 80er Jahre auch in Berlin zu einem mehrjährigen Rückgang der Ausländerbeschäftigung. Während diese Entwicklung in Hamburg und Bremen jedoch seit 1981 anhält, konnten die negativen jährlichen Veränderungsraten in Berlin, die zudem überwiegend mäßiger ausfielen als in den Hansestädten, dagegen bereits 1984 wieder durch zunehmende Beschäftigtenzahlen abgelöst werden.

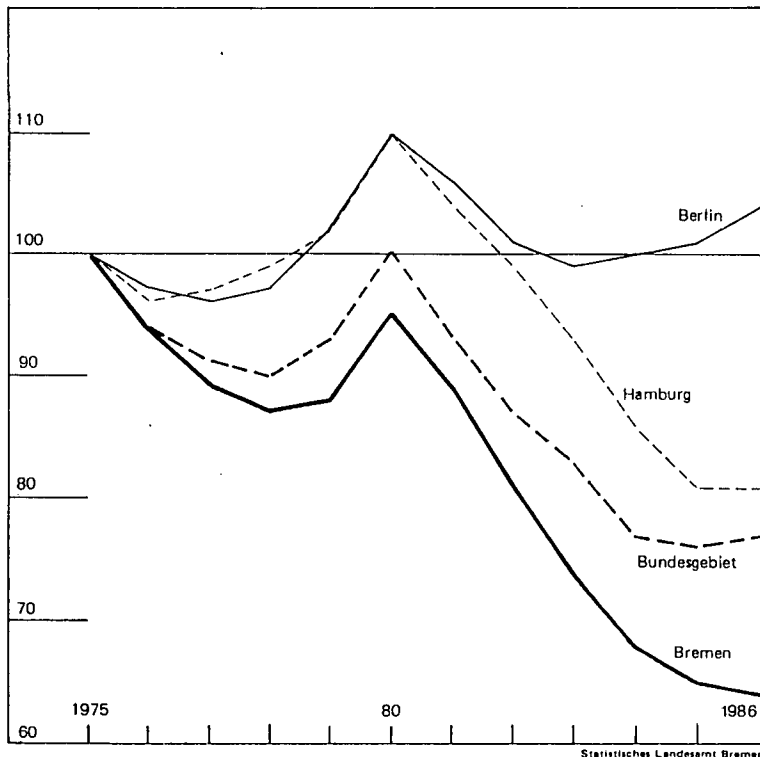
2) Als kurzfristig gilt eine Beschäftigung, wenn sie im Laufe eines Jahres auf höchstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage (bis 31. 12. 1978: drei Monate oder 75 Arbeitstage) begrenzt ist. Eine Tätigkeit gilt als geringfügig entlohnt, wenn die Wochenarbeitszeit unter 15 Stunden (bis 31. 12. 1978: unter 20 Stunden) liegt und das Arbeitsentgelt 410 DM im Monat (1985: 400 DM, 1978 bis 1984: 390 DM) nicht übersteigt.

3) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).

1) Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Heft 11/1986, S. 1487.

Schaubild 1 **Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in Hamburg, Bremen, Berlin (West) und im Bundesgebiet 1975 bis 1986**

Meßzahlen 1975 \triangleq 100



Die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung läßt also recht deutliche Unterschiede zwischen den Stadtstaaten erkennen. Das gilt auch hinsichtlich des Umfangs der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. Um diese Werte für die verschiedenen großen Stadtstaaten sinnvoll miteinander vergleichen zu können, ist es erforderlich, die Anzahl der Ausländer in Relation zur jeweiligen Gesamtzahl der Arbeitnehmer zu setzen. Diese sogenannten Ausländerquoten geben also den Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an der jeweiligen Summe aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an.

In Berlin höchste Ausländerquote aller Bundesländer

Bundesweit besaßen 1986 7,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine fremde Staatsangehörigkeit. Während die Ausländerquote in Hamburg mit 7,1 Prozent knapp darunter lag, wurde der Bundeswert in Bremen mit 4,9 Prozent deutlich unterschritten. Für die Hansestädte zeigt sich damit das allgemein für den norddeutschen Raum gültige Bild einer geringeren Ausländerbeschäftigung als in Süddeutschland. In Berlin erreichte der Anteil der Ausländer mit 12,2 Prozent aller Arbeitnehmer dagegen einen sehr viel höheren Wert, der sogar die Ausländerquote in Baden-

Württemberg (10,9 Prozent), das hinsichtlich der Ausländerbeschäftigung in Süddeutschland dominierende Bundesland, spürbar übertraf. Berlin wies damit 1986 unter allen Bundesländern den höchsten Anteil ausländischer Arbeitnehmer aus.

Verarbeitendes Gewerbe von Ausländern bevorzugt

Nähere Aufschlüsse über die Ursachen der unterschiedlich hohen Ausländerbeschäftigung vermittelt eine Betrachtung der Wirtschaftsstruktur des jeweiligen Landes. Dabei fällt der Blick zunächst auf das Verarbeitende Gewerbe, das im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftsabteilungen in den Stadtstaaten (und auch bundesweit) jeweils die größte Gruppe ausländischer Arbeitnehmer beschäftigte. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden unter allen Wirtschaftsbereichen⁴⁾ zugleich die höchsten Ausländeranteile an den Arbeitnehmern insgesamt gemessen. So stellten die Ausländer 1986 in Hamburg mit 15 638 Beschäftigten 10,3 Prozent aller in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes tätigen Arbeitnehmer und in Bremen mit 6802 Beschäftigten 8,1 Prozent. In beiden Han-

4) Von dem für die Stadtstaaten untypischen landwirtschaftlichen Sektor wird hierbei abgesehen.

sestädten lag die Ausländerquote des Verarbeitenden Gewerbes damit spürbar über dem jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Sowohl in Hamburg als auch in Bremen war das Verarbeitende Gewerbe jedoch gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitsplätze deutlich schwächer vertreten als im Bundesdurchschnitt. Während in Hamburg 21,3 Prozent und in Bremen 29,4 Prozent aller Arbeitnehmer in einem verarbeitenden Betrieb tätig waren, lag der entsprechende Bundeswert bei 39,3 Prozent. Der Wirtschaftsbereich mit einer allgemein hohen Ausländerbeschäftigung war also in Hamburg und Bremen unterrepräsentiert, so daß im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt der Hansestädte niedrigere Ausländerquoten die Folge waren.

In Berlin verfügte das Verarbeitende Gewerbe 1986 mit einem Anteil von 26,8 Prozent an der Summe aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwar ebenfalls nur über ein geringeres Gewicht als im Bundesdurchschnitt; dem stand jedoch eine besonders hohe Ausländerquote gegenüber. So stellten die 38 963 Berliner Ausländer, die ihren Arbeitsplatz in einem Betrieb des Verarbeitenden Gewerbes hatten, 19,9 Prozent aller Arbeitnehmer dieses Zweiges. Die Ausländerbeschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe lag also in Berlin weit über derjenigen in Hamburg und Bremen und übertraf auch den entsprechenden Bundeswert (10,6 Prozent). Der hohe Ausländeranteil im Berliner Verarbeitenden Gewerbe hat damit maßgeblich zur insgesamt hohen Ausländerquote in der Wirtschaft dieser Stadt beigetragen.

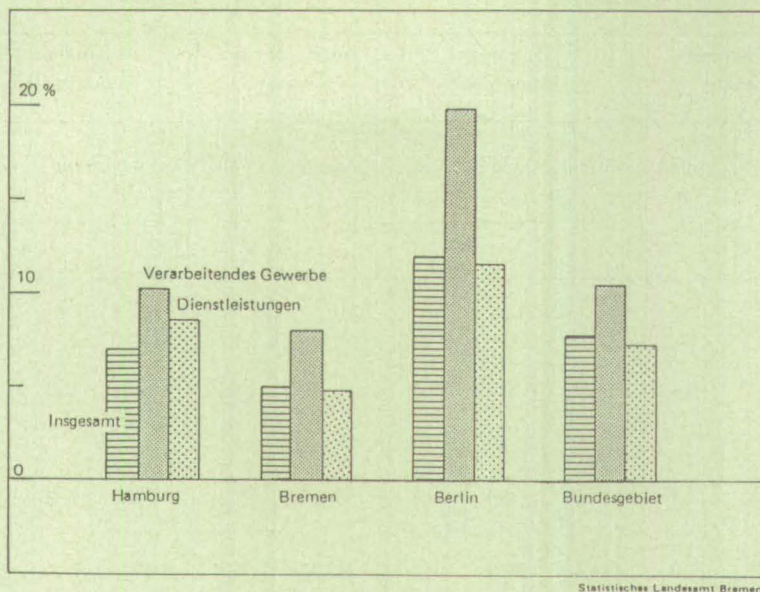
Die jeweilige Lage des Verarbeitenden Gewerbes erklärt zum großen Teil auch die unterschiedliche Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in den Stadtstaaten. In Hamburg und Bremen war dieser Wirtschaftsbereich zwischen 1980 und 1986 infolge von Strukturkrisen (darunter insbesondere im Schiffbau) in starkem Maße von Arbeitsplatzverlusten betroffen (Hamburg: minus 13,7 Prozent; Bremen: minus 9,8 Prozent; dagegen Bundesgebiet: minus 5,6 Prozent), die sich gerade auch bei den dort tätigen Ausländern ausgewirkt haben (Hamburg: minus 36,2 Prozent; Bremen: minus 35,8 Prozent). Obwohl das Verarbeitende Gewerbe auch in Berlin Arbeitsplatzverluste hinnehmen mußte, fiel der Rückgang der Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer mit minus 8,7 Prozent etwas gemäßiger aus als in den übrigen Stadtstaaten; insbesondere die Abnahme der Zahl ausländischer Arbeitnehmer (minus 12,8 Prozent) blieb deutlich hinter der entsprechenden Entwicklung in Hamburg und Bremen zurück. In dem von Ausländern vorrangig gewählten Wirtschaftssektor waren also in Hamburg und Bremen besonders empfindliche Beschäftigungseinbußen festzustellen, während die rückläufige Entwicklung in Berlin weniger ausgeprägt verlief.

Tabelle 1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt sowie Ausländer in Hamburg, Bremen, Berlin (West) und im Bundesgebiet 1975 bis 1986

Jahr (jeweils 30.6.)	Hamburg		Bremen ¹⁾		Berlin (West)		Bundesgebiet	
	Arbeitnehmer insgesamt	darunter Ausländer	Arbeitnehmer insgesamt	darunter Ausländer	Arbeitnehmer insgesamt	darunter Ausländer	Arbeitnehmer insgesamt	darunter Ausländer
Anzahl								
1975	768 058	62 393	310 840	21 777	739 129	86 003	20 095 129	2 070 735
1976	753 011	60 014	304 663	20 477	729 991	83 243	19 939 275	1 937 134
1977	743 857	60 259	298 102	19 366	714 243	82 711	19 879 861	1 888 585
1978	752 068	61 717	298 471	18 864	714 402	83 337	20 088 423	1 869 294
1979	759 946	63 338	301 638	19 073	723 852	87 419	20 572 908	1 933 651
1980	767 367	68 589	304 763	20 767	729 342	94 809	20 953 864	2 071 658
1981	760 122	64 655	302 782	19 302	724 420	91 340	20 863 972	1 929 737
1982	745 064	61 820	294 774	17 844	705 625	86 627	20 471 526	1 808 981
1983	728 365	58 053	285 045	16 223	699 919	85 386	20 146 521	1 713 645
1984	715 517	53 455	281 038	14 767	709 671	86 308	20 040 338	1 592 641
1985	712 957	50 781	281 440	14 077	723 574	87 217	20 378 397	1 583 838
1986	714 877	50 556	284 248	13 867	732 528	89 326	20 730 107	1 591 547
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
1976	- 2,0	- 3,8	- 2,0	- 6,0	- 1,2	- 3,2	- 0,8	- 6,5
1977	- 1,2	+ 0,4	- 2,2	- 5,4	- 2,2	- 0,6	- 0,3	- 2,5
1978	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,1	- 2,6	- 0,0	+ 0,8	+ 1,0	- 1,0
1979	+ 1,0	+ 2,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 4,9	+ 2,4	+ 3,4
1980	+ 1,0	+ 8,3	+ 1,0	+ 8,9	+ 0,8	+ 8,5	+ 1,9	+ 7,1
1981	- 0,9	- 5,7	- 0,7	- 7,1	- 0,7	- 3,7	- 0,4	- 6,9
1982	- 2,0	- 4,4	- 2,6	- 7,6	- 2,6	- 5,2	- 1,9	- 6,3
1983	- 2,2	- 6,1	- 3,3	- 9,1	- 0,8	- 1,4	- 1,6	- 5,3
1984	- 1,8	- 7,9	- 1,4	- 9,0	+ 1,4	+ 1,1	- 0,5	- 7,1
1985	- 0,4	- 5,0	+ 0,1	- 4,7	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,7	- 0,6
1986	+ 0,3	- 0,4	+ 1,0	- 1,5	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,7	+ 0,5
1975 = 100								
1976	98	96	98	94	99	97	99	94
1977	97	97	96	89	97	96	99	91
1978	98	99	96	87	97	97	100	90
1979	99	102	97	88	98	102	102	93
1980	100	110	98	95	99	110	104	100
1981	99	104	97	89	98	106	104	93
1982	97	99	95	82	95	101	102	87
1983	95	93	92	74	95	99	100	83
1984	93	86	90	68	96	100	100	77
1985	93	81	91	65	98	101	101	76
1986	93	81	91	64	99	104	103	77

1) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).

Schaubild 2 **Anteile der Ausländer an den Arbeitnehmerzahlen insgesamt und ausgewählten Wirtschaftsabteilungen in Hamburg, Bremen, Berlin (West) und im Bundesgebiet am 30. 6. 1986**



In Berlin prägender Einfluß der Elektrotechnik, in Hamburg und Bremen des Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbaus

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes lassen sich zwischen den Stadtstaaten unterschiedliche Strukturen erkennen, die unter anderem auch die jeweilige Höhe der Ausländerbeschäftigung beeinflusst haben. Der größte Zweig des Verarbeitenden Gewerbes war 1986 in Berlin die Elektrotechnik mit 35,2 Prozent aller Arbeitsplätze des gesamten Verarbeitenden Gewerbes, gefolgt vom Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (22,7 Prozent) sowie dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (12,4 Prozent). Zugleich wies die an erster Stelle stehende Elektrotechnik mit einer Ausländerquote von 23,3 Prozent einen besonders großen Anteil ausländischer Arbeitnehmer aus, der wegen des starken Gewichts dieses Zweiges die wesentliche Ursache für die hohe Ausländerquote des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt war. Auch im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe nahmen Ausländer mit 17,7 Prozent bzw. 16,5 Prozent der jeweiligen Arbeitnehmersumme relativ mehr Arbeitsplätze ein als im Durchschnitt der Wirtschaft Berlins, aber etwas weniger als in der Summe des Verarbeitenden Gewerbes.

In den Hansestädten dominierte dagegen der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau. Das gilt insbesondere für Bremen, wo 46,1 Prozent aller Arbeitnehmer des Verarbeitenden Gewerbes in diesem Zweig tätig waren. In Hamburg betrug der entsprechende Anteilswert 32,4 Prozent. In beiden Stadtstaaten

blieb die Ausländerquote dieser Branche mit 7,7 Prozent (Bremen) bzw. 9,9 Prozent (Hamburg) etwas unter dem Durchschnittswert für das gesamte Verarbeitende Gewerbe. Das traf auch für die Elektrotechnik zu, die in Hamburg und Bremen den zweiten Platz einnahm, sowie für die in Hamburg an dritter Stelle stehende Chemische Industrie. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe übertraf der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer in Hamburg und Bremen den Durchschnittswert des Verarbeitenden Gewerbes zwar leicht, größenordnungsmäßig rangierte dieser Zweig jedoch erst an dritter (Bremen) bzw. vierter (Hamburg) Stelle innerhalb des Verarbeitenden Sektors. Während also in Berlin der gewichtigste Zweig innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes auch einen besonders hohen Anteil ausländischer Arbeitnehmer aufwies, waren Ausländer im größten Zweig des Hamburger und Bremer Verarbeitenden Gewerbes nur unterdurchschnittlich vertreten. Diese Situation hat maßgeblich zu der insgesamt niedrigeren Ausländerbeschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe der Hansestädte beigetragen.

In Berlin auch im Baugewerbe hohe Ausländerbeschäftigung, in Hamburg und Bremen dagegen nicht

Außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes nahmen Ausländer in Berlin auch im Baugewerbe überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze ein. Mit einer Ausländerquote von 13,6 Prozent wies der Bausektor 1986 den zweithöchsten Anteilswert ausländischer Arbeitnehmer unter allen Wirtschaftsabteilungen – von der hier nicht betrachteten Landwirtschaft

abgesehen – aus. Das entspricht den Verhältnissen im Bundesgebiet insgesamt, wo das Baugewerbe neben dem Verarbeitenden Gewerbe ebenfalls in Relation zur Gesamt Arbeitnehmerzahl die meisten Arbeitsplätze für Ausländer stellte.

Für die Hansestädte gilt diese Aussage nicht. Sowohl in Hamburg als auch in Bremen waren im Baugewerbe vergleichsweise wenige Ausländer beschäftigt. In Hamburg verfügten sie dagegen im hier besonders stark vertretenen Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung über relativ viele Arbeitsplätze. Die Ausländerquote von 8,6 Prozent im Hamburger Verkehrssektor ist wesentlich durch den Teilbereich Schifffahrt bestimmt worden, zu dem die in Hamburg beheimateten Seeschiffe mit ausländischer Besatzung zählen. Auch in Bremen besitzt der Verkehrssektor zwar eine ähnlich hohe Bedeutung wie in Hamburg; Schiffsbesatzungen fremder Nationalität erhöhten die Ausländerbeschäftigung dieses Sektors hier jedoch nicht, da gegenüber Hamburg weniger Seeschiffe von Bremen aus bereedert werden. Die Ausländerquote des Verkehrssektors lag mit 3,8 Prozent unter derjenigen anderer bremischer Wirtschaftsbereiche.

Arbeitsplätze für Ausländer im Dienstleistungsbereich . . .

In Bremen stand dagegen der Dienstleistungssektor mit einer Ausländerquote von 4,7 Prozent nach dem Verarbeitenden Gewerbe an zweiter Stelle. Auch in den übrigen Stadtstaaten besaß der Dienstleistungsbereich hinsichtlich der Ausländerbeschäftigung einen bedeutenden Stellenwert. So lag der Anteil ausländischer Arbeitnehmer an der Gesamtzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigten 1986 in Hamburg mit 8,6 Prozent auf gleicher Höhe wie im dortigen Verkehrssektor. In Berlin nahm der Dienstleistungsbereich mit einer Ausländerquote von 11,7 Prozent den dritten Platz (nach Verarbeitendem Gewerbe und Baugewerbe) ein.

. . . insbesondere im Gastgewerbe

Innerhalb des Dienstleistungssektors hebt sich in allen Stadtstaaten das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe als ein Wirtschaftsbereich mit besonders hoher Ausländerbeschäftigung hervor. Das gilt in erster Linie für Berlin, in dessen Gastgewerbebetrieben 1986 jeder vierte Arbeitsplatz von einem Ausländer eingenommen wurde. Auch in Hamburg übertraf die Ausländerquote des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes mit 20,1 Prozent diejenige in fast allen übrigen Wirtschaftszweigen. In Bremen waren 1986 zwar nur 11,8 Prozent der

Tabelle 2 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt sowie Ausländer in Hamburg, Bremen, Berlin (West) und im Bundesgebiet am 30. 6. 1986 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich ¹⁾	Hamburg					Bremen ²⁾				
	Arbeitnehmer insgesamt		darunter Ausländer			Arbeitnehmer insgesamt		darunter Ausländer		
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil ³⁾	Ausländerquote ⁴⁾	Anzahl	Anteil ³⁾ in %	Anzahl	Anteil ³⁾	Ausländerquote ⁴⁾
			%					%		
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	3 107	0,4	283	0,6	9,1	949	0,3	48	0,3	5,1
Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	9 914	1,4	207	0,4	2,1	4 232	1,5	39	0,3	0,9
Verarbeitendes Gewerbe	152 352	21,3	15 638	30,9	10,3	83 478	29,4	6 802	49,1	8,1
darunter Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	49 332	6,9	4 900	9,7	9,9	38 466	13,5	2 960	21,3	7,7
Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren	29 485	4,1	2 307	4,6	7,8	14 795	5,2	775	5,6	5,2
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	18 677	2,6	2 074	4,1	11,1	12 982	4,6	1 105	8,0	8,5
Baugewerbe	38 679	5,4	2 389	4,7	6,2	13 900	4,9	541	3,9	3,9
Handel	132 643	18,6	6 017	11,9	4,5	48 074	16,9	1 604	11,6	3,3
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	90 757	12,7	7 791	15,4	8,6	36 149	12,7	1 370	9,9	3,8
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe . .	51 024	7,1	934	1,8	1,8	11 961	4,2	91	0,7	0,8
Dienstleistungen	179 665	25,1	15 495	30,6	8,6	58 961	20,7	2 794	20,1	4,7
darunter Gaststätten- u. Beherbergungsge- werbe	24 980	3,5	5 019	9,9	20,1	7 971	2,8	940	6,8	11,8
Reinigung, Körperpflege	13 120	1,8	2 029	4,0	15,5	4 024	1,4	263	1,9	6,5
Gesundheits- u. Veterinärwesen	35 040	4,9	2 921	5,8	8,3	15 898	5,6	504	3,6	3,2
Org. o. Erwerbscharakter, pr. Haushalte . . .	14 603	2,0	652	1,3	4,5	7 512	2,6	243	1,8	3,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung . .	42 130	5,9	1 149	2,3	2,7	19 027	6,7	335	2,4	1,8
Ohne Angabe	3	0,0	1	0,0	x	5	0,0	—	—	x
Insgesamt	714 877	100	50 556	100	7,1	284 248	100	13 867	100	4,9

1) Gliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970.— 2) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).— 3) Abweichungen in der Summe durch Runden der Zahlen.— 4) Anteil der Ausländer an den Arbeitnehmern insgesamt je Wirtschaftsbereich.

Noch: Tabelle 2 **Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt sowie Ausländer in Hamburg, Bremen, Berlin (West) und im Bundesgebiet am 30. 6. 1986 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereich ¹⁾	Berlin (West)					Bundesgebiet				
	Arbeitnehmer insgesamt		darunter Ausländer			Arbeitnehmer insgesamt		darunter Ausländer		
	Anzahl	Anteil in % ²⁾	Anzahl	Anteil ²⁾	Ausländer- quote ³⁾	Anzahl	Anteil in % ²⁾	Anzahl	Anteil ²⁾	Ausländer- quote ³⁾
%				%						
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	3 625	0,5	830	0,9	22,9	231 317	1,1	14 556	0,9	6,3
Energiewirtschaft u. Wasserversorgung, Bergbau	11 441	1,6	140	0,2	1,2	471 479	2,3	33 102	2,1	7,0
Verarbeitendes Gewerbe	196 090	26,8	38 963	43,6	19,9	8 154 732	39,3	864 568	54,3	10,6
darunter Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	44 582	6,1	7 894	8,8	17,7	2 501 989	12,1	254 637	16,0	10,2
Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren	69 026	9,4	16 086	18,0	23,3	1 694 139	8,2	196 014	12,3	11,6
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	24 314	3,3	4 001	4,5	16,5	697 947	3,4	48 984	3,1	7,0
Baugewerbe	51 632	7,0	7 012	7,8	13,6	1 441 357	7,0	142 803	9,0	9,9
Handel	91 257	12,5	5 552	6,2	6,1	2 743 409	13,2	107 200	6,7	3,9
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	42 006	5,7	2 158	2,4	5,1	994 792	4,8	60 640	3,8	6,1
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	22 402	3,1	406	0,5	1,8	822 936	4,0	12 629	0,8	1,5
Dienstleistungen	210 842	28,8	24 694	27,6	11,7	3 999 272	19,3	292 459	18,4	7,3
darunter Gaststätten- u. Beherbergungsgewerbe	27 952	3,8	6 923	7,8	24,8	698 266	3,4	101 707	6,4	14,6
Reinigung, Körperpflege	19 303	2,6	4 839	5,4	25,1	323 375	1,6	39 831	2,5	12,3
Gesundheits- u. Veterinärwesen	59 519	8,1	5 709	6,4	9,6	1 169 248	5,6	62 932	4,0	5,4
Org. o. Erwerbscharakter, pr. Haushalte	27 883	3,8	2 002	2,2	7,2	445 505	2,1	16 717	1,1	3,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	75 349	10,3	7 569	8,5	10,0	1 424 962	6,9	46 836	2,9	3,3
Ohne Angabe	1	0,0	—	—	x	346	0,0	37	0,0	x
Insgesamt	732 528	100	89 326	100	12,2	20 730 107	100	1 591 547	100	7,7

1) Gliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970.— 2) Abweichungen in der Summe durch Runden der Zahlen.— 3) Anteil der Ausländer an den Arbeitnehmern insgesamt je Wirtschaftsbereich.

Arbeitnehmer des Gastgewerbes ausländischer Herkunft; angesichts der insgesamt niedrigeren Ausländerbeschäftigung bedeutet das aber auch für Bremen einen Ausländeranteil, der denjenigen der meisten anderen Wirtschaftszweige weit übersteigt.

Neben dem Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe ist in allen drei Stadtstaaten auch der Bereich Reinigung und Körperpflege als Dienstleistungszweig mit überdurchschnittlicher Ausländerbeschäftigung zu nennen. In Berlin nahmen Ausländer in diesem Wirtschaftszweig – wie im Gastgewerbe – ebenfalls jeden vierten Arbeitsplatz ein. In Hamburg und Bremen erreichte die Ausländerquote des Reinigungssektors mit 15,5 Prozent bzw. 6,5 Prozent jedoch niedrigere Werte als im Gastgewerbe. Bezüglich beider Wirtschaftsbereiche ist der Hinweis wichtig, daß sich das vorliegende Zahlenmaterial nur auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer erstreckt. Sowohl im Gastgewerbe als auch im Bereich Reinigung müssen jedoch – verglichen mit anderen Wirtschaftszweigen – besonders viele Teilzeitbeschäftigte mit einer Arbeitszeit bzw. einem Verdienst unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze vermutet werden und hierunter auch ein hoher Anteil ausländischer Arbeitnehmer. Die anhand des Datenmaterials der Statistik sozialversicherungspflichtig Beschäftigter berechneten Ausländerquoten zeigen also das Ausmaß der Ausländerbeschäftigung in den betrachteten Dienstleistungszweigen unter Umständen unvollständiger auf als etwa im Verarbeitenden Gewerbe.

Dienstleistungsbereich zweitgrößter Arbeitgeber für Ausländer

Für Hamburg, Bremen und Berlin (und auch für das Bundesgebiet insgesamt) gilt gleichermaßen, daß der Dienstleistungssektor nach dem Verarbeitenden Gewerbe der zweitgrößte Arbeitgeber für Ausländer ist. Das trifft insbesondere für Hamburg zu, wo 1986 im Dienstleistungssektor mit 15 495 ausländischen Arbeitnehmern 30,6 Prozent aller in Hamburger Betrieben tätigen Ausländer beschäftigt waren und damit fast ebenso viele wie im Verarbeitenden Gewerbe (30,9 Prozent). Allein im Gastgewerbe war jeder zehnte Hamburger Ausländer beschäftigt. Arbeitsplätze in Dienstleistungsbetrieben waren somit unter Hamburger Ausländern relativ häufiger anzutreffen als unter Arbeitnehmern insgesamt (25,1 Prozent). In Bremen und Berlin – wie auch im gesamten Bundesgebiet – blieb der Anteil des Dienstleistungssektors an allen von Ausländern eingenommenen Arbeitsplätzen jeweils knapp unter dem entsprechenden Wert bei den Arbeitnehmern insgesamt.

Dienstleistungsarbeitsplätze stellten bei Ausländern aber auch hier stets das zweitgrößte Kontingent.

In Berlin waren 24 694 ausländische Arbeitnehmer in Dienstleistungsbetrieben tätig und damit 27,6 Prozent aller Berliner Ausländer. Das ergibt einen fast ebenso hohen Anteil wie in Hamburg. Das Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes für ausländische Arbeitnehmer wurde in Berlin aber dennoch – im Gegensatz zu Hamburg – spürbar unterschritten, da im Verarbeitenden Gewerbe Berlins mit 43,6 Prozent ein sehr viel höherer Teil aller ausländischen Arbeitnehmer zusammengefaßt war als in Hamburg. Das gleiche gilt für Bremen, wo mit 2794 Personen jeder fünfte bremische Ausländer in einem Dienstleistungsbetrieb beschäftigt war.

Innerhalb des Dienstleistungssektors konzentrierten sich die Arbeitnehmer fremder Staatsangehörigkeit im wesentlichen auf die Bereiche Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie Gesundheitswesen. Sowohl in Hamburg als auch in Bremen und Berlin entfiel jeweils etwas mehr als die Hälfte aller in Dienstleistungsbetrieben tätigen Ausländer auf diese Zweige. Das entspricht annähernd den bundesweit zu beobachtenden Verhältnissen, wo Gastgewerbe und Gesundheitswesen mit 56 Prozent der im Dienstleistungsbereich tätigen Ausländer einen nur leicht über dem für die Stadtstaaten gültigen Anteilswert auf sich vereinigen.

Zwischen 1980 und 1986 entwickelte sich die Beschäftigungslage im Dienstleistungsbereich deutlich besser als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Das trifft für alle drei Stadtstaaten zu. So konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Dienstleistungsbetrieben – im Gegensatz zu den meisten übrigen Wirtschaftsbereichen – jeweils erhöht werden. Ausländische Arbeitnehmer mußten zwar auch im Dienstleistungsbereich Arbeitsplatzeinbußen hinnehmen, diese fielen jedoch spürbar geringer aus als im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige. In Berlin lag die Zahl ausländischer Arbeitnehmer in Dienstleistungsbetrieben – im Gegensatz zu Hamburg und Bremen – 1986 sogar leicht über (plus 1,2 Prozent) dem Stand von 1980. Berücksichtigt man den hohen Stellenwert dieses Wirtschaftsbereiches für die Ausländerbeschäftigung, dann wird hier eine weitere Ursache für die im Vergleich zu den anderen Stadtstaaten insgesamt besser verlaufene Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in Berlin deutlich. Auch in Hamburg und Bremen ging die Zahl der Ausländer im Dienstleistungssektor mit minus 7,8 Prozent bzw. minus 12,7 Prozent zwar weniger stark zurück als in anderen Wirtschaftsbereichen der Hansestädte, insbesondere in Bremen wurde diese Entwicklung jedoch durch die empfindlichen Arbeitsplatzeinbußen in dem hier hinsichtlich der Ausländerbeschäftigung stärker dominierenden Verarbeitenden Gewerbe überlagert.

Ausländer auf wenige Wirtschaftsbereiche konzentriert

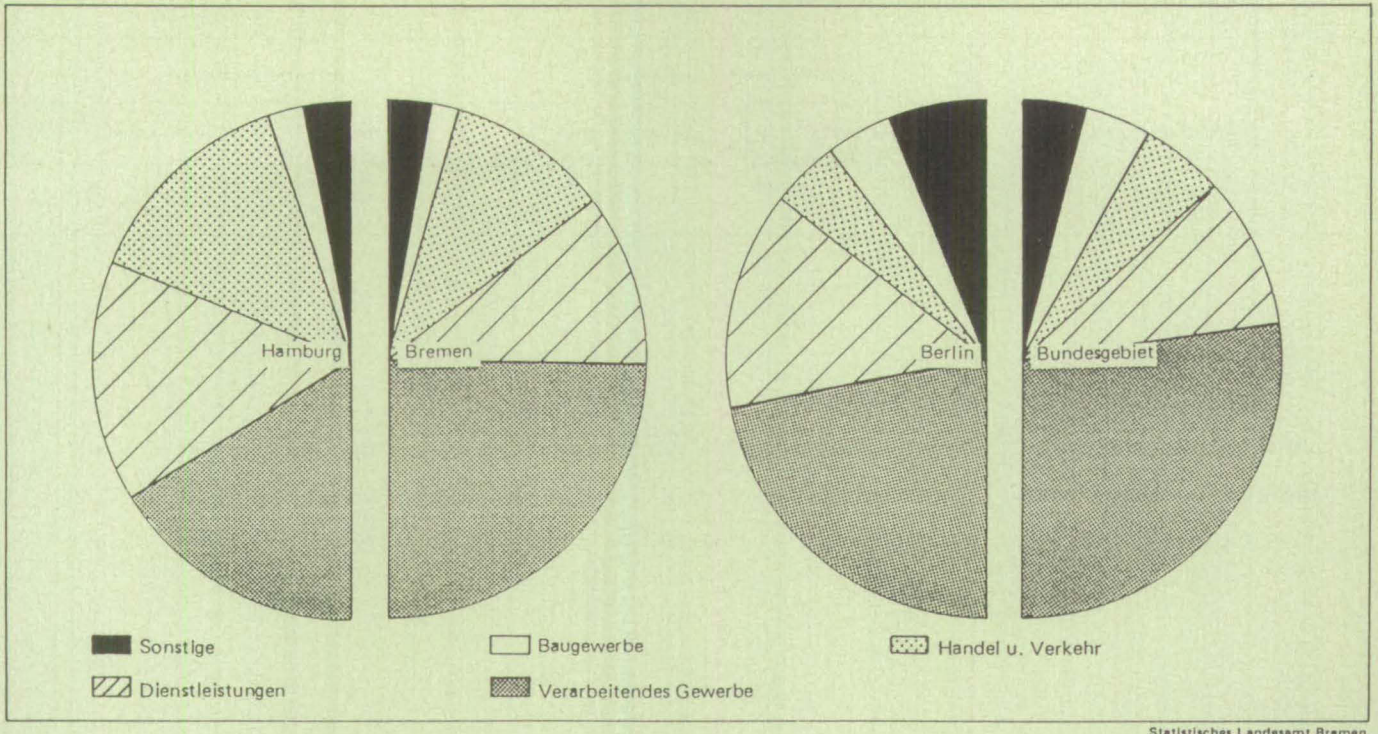
Neben dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor – sowie in Hamburg dem Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und in Berlin dem Baugewerbe – besaßen die übrigen Bereiche der Wirtschaft weniger Bedeutung für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. Die von Ausländern eingenommenen Arbeitsplätze konzentrierten sich damit auf vergleichsweise wenige Branchen. So vereinigen das Verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungssektor als die für die Ausländerbeschäftigung bedeutendsten Wirtschaftsabteilungen 1986 in Hamburg 61,5 Prozent aller ausländischen Arbeitnehmer auf sich. Von den Arbeitnehmern insgesamt hatten dagegen nur 46,4 Prozent ihren Arbeitsplatz in einem Betrieb dieser Wirtschaftsbereiche. In Bremen waren sogar 69,2 Prozent der Ausländer im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich konzentriert (gegenüber 50,1 Prozent der Arbeitnehmer insgesamt) und in Berlin 71,2 Prozent (Arbeitnehmer insgesamt: 55,6 Prozent).

Berücksichtigt man, daß sich die Ausländerbeschäftigung auch innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors im wesentlichen nur jeweils auf wenige Zweige beschränkt, dann wird das Ausmaß der Konzentration noch deutlicher. So waren in Hamburg allein 30 Prozent der Ausländer in einem Betrieb des Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbaus, des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes, des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes oder des Gesundheitswesens tätig. In Bremen hatten 40 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz in einem dieser Wirtschaftszweige. Bezieht man in Berlin die Elektrotechnik anstelle des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes in die Betrachtung ein, dann waren 41 Prozent aller dortigen Ausländer in nur vier Wirtschaftszweigen tätig. Diese Konzentration auf nur wenige Branchen ist nicht ganz unproblematisch für die Sicherheit der Arbeitsplätze, da ausländische Arbeitnehmer von einer konjunkturellen Schwäche „ihres“ Wirtschaftszweiges in relativ stärkerem Ausmaß betroffen wären als ihre breiter über die verschiedenen Branchen gestreut tätigen deutschen Kollegen.

Ausländische Frauen unterrepräsentiert

Unter den ausländischen Arbeitnehmern waren Frauen weniger häufig anzutreffen als im Durchschnitt aller Beschäftigten. Das ist bundesweit zu beobachten und auch in den drei Stadtstaaten. Besonders niedrig fiel der Anteil weiblicher Arbeitnehmer bei den in Bremen beschäftigten Ausländern aus.

Schaubild 3 **Ausländische Arbeitnehmer in Hamburg, Bremen, Berlin (West) und im Bundesgebiet am 30. 6. 1986 nach Wirtschaftsabteilungen**



Statistisches Landesamt Bremen

Während 1986 im Durchschnitt aller bremischen Arbeitnehmer 38,2 Prozent weiblichen Geschlechts waren, betrug der entsprechende Anteilswert bei den Ausländern nur 28,1 Prozent. In Hamburg erreichten Frauen mit 32,9 Prozent einen etwas höheren Anteilswert unter den Ausländern als in Bremen, waren jedoch auch hier relativ schwächer vertreten als im Durchschnitt aller Arbeitnehmer (42,2 Prozent). Für Hamburg hat sich hierbei das stärkere Gewicht des Dienstleistungssektors ausgewirkt, in dem allgemein (auch in Bremen) ein höherer Frauenanteil zu beobachten war als in anderen Sektoren.

Bemerkenswert hoch war der Anteil weiblicher Arbeitnehmer unter den in Berlin tätigen Ausländern. Mit 40,3 Prozent nahmen Frauen unter den Berliner Ausländern zwar ebenfalls relativ weniger Arbeitsplätze ein als unter den Arbeitnehmern insgesamt (46,4 Prozent), aber deutlich mehr als in den übrigen Stadtstaaten. Maßgeblich beeinflusst ist dieses Ergebnis vom Berliner Verarbeitenden Gewerbe. Im Gegensatz zu Hamburg und Bremen (und auch zum gesamten Bundesgebiet), wo dieser Wirtschaftsbereich sowohl bei den Arbeitnehmern insgesamt als auch bei den Ausländern nur einen vergleichsweise geringen Frauenanteil auswies, stellten Ausländerinnen im Berliner Verarbeitenden Gewerbe einen deutlich über dem in den Hansestädten zu beobachtenden Anteil. Mit 36,7 Prozent aller im Berliner Verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Ausländer lag der Frauenanteil sogar über dem entsprechenden Wert bei allen Arbeitnehmern dieses

Sektors (34,3 Prozent). Das ist im wesentlichen auf die Elektrotechnik zurückzuführen, dem im Berliner Verarbeitenden Gewerbe dominierenden Wirtschaftszweig. Hier waren nicht nur Ausländer insgesamt stark vertreten, sondern hierunter gerade auch weibliche Arbeitnehmer.

Teilzeitbeschäftigung unter Ausländern weniger häufig

Ähnlich wie weibliche Arbeitnehmer waren auch Teilzeitbeschäftigte bei Ausländern unterrepräsentiert. Für die drei Stadtstaaten gilt gleichermaßen, daß von den ausländischen Arbeitnehmern ein geringerer Anteil teilzeitbeschäftigt war als von den Arbeitnehmern insgesamt. So waren 1986 in Hamburg und Bremen 11,7 Prozent bzw. 11,5 Prozent aller Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt und in Berlin 12,9 Prozent. Unter Ausländern betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten dagegen nur 8,3 Prozent (Hamburg) bzw. 8,4 Prozent (Berlin). In Bremen waren sogar nur 4,9 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt. Das entsprach etwa dem Bundesdurchschnitt (4,6 Prozent). Wie bereits erwähnt, muß bei Werten über Teilzeitbeschäftigte mit einer Untererfassung gerechnet werden, weil sich das vorliegende Zahlenmaterial nur auf Beschäftigte mit einem Verdienst bzw. einer regelmäßigen Arbeitszeit oberhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze erstreckt.

Türkische Arbeitnehmer größte Ausländergruppe

Dreiviertel aller in der Bundesrepublik tätigen ausländischen Arbeitnehmer waren 1986 in den sechs Ländern Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, Jugoslawien und Türkei beheimatet. Der überwiegende Teil der Ausländer entstammte also den traditionellen Gastarbeiterländern. Auch in Bremen und Berlin waren diese Nationalitäten mit jeweils knapp 75 Prozent aller ausländischen Arbeitnehmer gleich stark vertreten wie im Bundesdurchschnitt. In Hamburg verteilten sich die Ausländer dagegen in größerem Umfang auch auf andere Staatsangehörigkeiten, insbesondere asiatische Nationalitäten waren hier relativ stärker vertreten als in den übrigen Stadtstaaten. Obgleich die Arbeitnehmer aus den genannten sechs Gastarbeiterländern auch in Hamburg die Mehrheit unter den Ausländern stellten, fiel ihr Anteil mit 66,3 Prozent doch spürbar geringer aus als in Bremen und Berlin. Besonders türkische Beschäftigte waren in Hamburger Betrieben relativ weniger häufig anzutreffen als in den anderen Stadtstaaten. Während türkische Arbeitnehmer in Bremen und Berlin jeweils rund die Hälfte aller ausländischen Arbeitnehmer stellten, betrug ihr Anteil in Hamburg ein Drittel.

Beschäftigte aus der Türkei bildeten in allen drei Stadtstaaten (und auch bundesweit) die größte Ausländergruppe. An zweiter Stelle folgten Jugoslawen, die in Hamburg und Berlin mit 15,4 Prozent bzw. 16,6 Prozent annähernd gleich stark vertreten waren. In Bremen waren

Tabelle 3 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte weibliche Arbeitnehmer insgesamt sowie weibliche Ausländer in Hamburg, Bremen, Berlin (West) und im Bundesgebiet am 30. 6. 1986 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich ¹⁾	Arbeitnehmer insgesamt			darunter Ausländer		
	zusammen	darunter Frauen		zusammen	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%
Hamburg						
Alle Wirtschaftsbereiche	714 877	301 728	42,2	50 556	16 634	32,9
darunter Verarbeitendes Gewerbe . . .	152 352	38 243	25,1	15 638	3 522	22,5
Dienstleistungen	179 665	107 493	59,8	15 495	8 363	54,0
Bremen ²⁾						
Alle Wirtschaftsbereiche	284 248	108 637	38,2	13 867	3 893	28,1
darunter Verarbeitendes Gewerbe . . .	83 478	16 555	19,8	6 802	1 325	19,5
Dienstleistungen	58 961	37 765	64,1	2 794	1 397	50,0
Berlin (West)						
Alle Wirtschaftsbereiche	732 528	339 548	46,4	89 326	36 014	40,3
darunter Verarbeitendes Gewerbe . . .	196 090	67 210	34,3	38 963	14 292	36,7
Dienstleistungen	210 842	130 562	61,9	24 694	14 234	57,6
Bundesgebiet						
Alle Wirtschaftsbereiche	20 730 107	8 233 060	39,7	1 591 547	487 960	30,7
darunter Verarbeitendes Gewerbe . . .	8 154 732	2 254 608	27,6	864 568	233 698	27,0
Dienstleistungen	3 999 272	2 623 114	65,6	292 459	162 955	55,7

1) Gliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970.— 2) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).

Tabelle 4 Sozialversicherungspflichtige teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer insgesamt sowie teilzeitbeschäftigte Ausländer in Hamburg, Bremen, Berlin (West) und im Bundesgebiet am 30. 6. 1986

Bundesland	Arbeitnehmer insgesamt			darunter Ausländer		
	zusammen	darunter Teilzeitbeschäftigte		zusammen	darunter Teilzeitbeschäftigte	
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Hamburg	714 877	83 594	11,7	50 556	4 182	8,3
Bremen ¹⁾	284 248	32 689	11,5	13 867	682	4,9
Berlin (West)	732 528	94 452	12,9	89 326	7 513	8,4
Bundesgebiet	20 730 107	1 950 523	9,4	1 591 547	72 668	4,6

1) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).

jugoslawische Arbeitnehmer mit 10,4 Prozent aller Ausländer in einem etwas geringeren Umfang anzutreffen. Die übrigen Gastarbeiter-Nationalitäten stellten dagegen in allen drei Stadtstaaten nur relativ kleine Gruppen, lediglich Portugiesen erreichten in Hamburg und Bremen – insbesondere durch Tätigkeiten im Wirtschaftsbereich Schiffahrt – mit 5,1 Prozent bzw. 5,7 Prozent etwas höhere Anteilswerte. Italienische Arbeitnehmer, die vorwiegend in süddeutschen Ländern nach Türken und Jugo-

slawen teilweise stark vertreten waren, spielten in den norddeutschen Stadtstaaten zahlenmäßig nur eine untergeordnete Rolle.

Zusammenfassung

Die Arbeitsmarktsituation für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik begann Mitte der 70er Jahre sich zu verschlechtern. Insbesondere ab 1981 verringerten sich die Arbeitsplatzzahlen für Ausländer von Jahr zu Jahr in emp-

findlichem Umfang. Diese Entwicklung war auch in Hamburg und Bremen zu beobachten. In Berlin ging die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer seit 1981 zwar ebenfalls zurück, die Entwicklung verlief jedoch deutlich gemäßigter als in den übrigen Stadtstaaten (und im Bundesdurchschnitt) und wurde bereits 1984 durch jährliche Zuwachsraten abgelöst. Im Gegensatz zu Hamburg und Bremen waren damit 1986 in Berlin mehr ausländische Arbeitnehmer beschäftigt als 1975.

Tabelle 5 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer in Hamburg, Bremen, Berlin (West) und im Bundesgebiet am 30. 6. 1986 nach ausgewählten Herkunftsländern

Herkunftsland	Hamburg		Bremen ¹⁾		Berlin (West)		Bundesgebiet	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Griechenland	1 789	3,5	291	2,1	2 741	3,1	101 592	6,4
Italien	2 100	4,2	452	3,3	2 558	2,9	193 390	12,2
Portugal	2 594	5,1	797	5,7	215	0,2	35 124	2,2
Spanien	1 968	3,9	449	3,2	738	0,8	65 936	4,1
Jugoslawien	7 802	15,4	1 440	10,4	14 789	16,6	294 807	18,5
Türkei	17 312	34,2	6 861	49,5	45 222	50,6	513 077	32,2
Ausländer insgesamt . . .	50 556	100	13 867	100	89 326	100	1 591 547	100

1) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).

Der Anteil der Ausländer an den Arbeitnehmerzahlen insgesamt war in Berlin allgemein höher als in den übrigen Stadtstaaten. Während 1986 in Hamburg sieben Prozent und in Bremen fünf Prozent aller Arbeitnehmer ausländischer Herkunft waren, betrug der entsprechende Wert in Berlin mehr als zwölf Prozent. In Berlin wurde damit die höchste Ausländerquote unter allen Bundesländern gemessen.

Diese Situation ist nicht zuletzt auf das Verarbeitende Gewerbe zurückzuführen, in dessen Betrieben in den Stadtstaaten (und auch bundesweit) die höchsten Ausländerquoten unter allen Wirtschaftsabteilungen festzustellen waren. In diesem Wirtschaftsbereich besaßen in Berlin 20 Prozent der Arbeitnehmer eine fremde Staatsangehörigkeit, in Hamburg zehn Prozent und in Bremen acht Prozent.

Nach dem Verarbeitenden Gewerbe zeigte sich in allen Stadtstaaten der Dienstleistungssektor als zweitgrößter

Arbeitgeber für Ausländer. Das gilt insbesondere für Hamburg, wo in Dienstleistungsbetrieben mit fast 31 Prozent aller Hamburger Ausländer nahezu ebenso viele Arbeitnehmer fremder Nationalität tätig waren wie in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Auch in Bremen und Berlin nahm der Dienstleistungssektor mit 20 Prozent bzw. 28 Prozent aller Arbeitsplätze für Ausländer den zweiten Platz unter den Wirtschaftsabteilungen ein; das Verarbeitende Gewerbe dominierte hier jedoch mit 49 Prozent aller ausländischen Arbeitnehmer (Bremen) bzw. 44 Prozent (Berlin) sehr viel deutlicher.

Ausländische Arbeitnehmer konzentrierten sich stärker auf nur wenige Wirtschaftsbereiche als ihre deutschen Kollegen. Das traf besonders für Berlin zu, wo 71 Prozent aller Ausländer im Verarbeitenden Gewerbe oder im Dienstleistungssektor beschäftigt waren. Auch in Bremen (69 Prozent) und Hamburg (62 Prozent) besaßen diese Wirtschaftsbe-

reiche unter Ausländern ein stärkeres Gewicht als es ihrem Anteil an der Summe aller Arbeitnehmer entsprach.

Frauen waren unter ausländischen Arbeitnehmern relativ seltener anzutreffen als im Durchschnitt aller Arbeitnehmer. Das gilt auch für Teilzeitbeschäftigte, deren Anteilswerte bei Ausländern teilweise spürbar geringer ausfielen als bei den Arbeitnehmern insgesamt.

Die größte Ausländergruppe stellten in allen drei Stadtstaaten türkische Arbeitnehmer. In Bremen und Berlin besaß jeweils die Hälfte aller ausländischen Arbeitnehmer diese Staatsangehörigkeit. Unter Hamburger Ausländern stammte dagegen nur jeder dritte aus der Türkei, aber auch hier nahmen türkische Arbeitnehmer vor allen anderen Nationalitäten deutlich den ersten Platz ein.

Horst Lange
Statistisches Landesamt Bremen
Telefon: 04 21-3 61 21 42

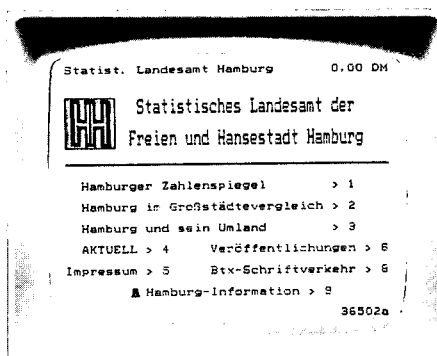


Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik, informiert über Hamburg im Großstadtvergleich sowie über die Region Hamburg und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landes-

ämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemeinschaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

1 Aktuelle Zahlen

Zur Beobachtung der aktuellen Beschäftigtenentwicklung hat das Statistische Bundesamt erstmals im August 1986¹⁾ monatliche Erwerbstätigenzahlen für die Gesamtwirtschaft ab Januar 1981 veröffentlicht: seit Februar 1987 werden entsprechende Daten regelmäßig bereitgestellt²⁾.

Auch für die Länder besteht ein dringender Bedarf an aktuellen Daten über Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit, da Ergebnisse aus der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit über die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer erst mit einem Zeitabstand von drei Quartalen vorliegen.

Es ist vorgesehen, das Verfahren zur Gewinnung monatlicher Zahlen auch für Länder anzuwenden; wann jedoch derartige Ergebnisse vorliegen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Schon die frühe Verfügbarkeit monatlicher Ergebnisse für das Bundesgebiet erleichtert aber den Ländern die Beurteilung der Entwicklung im eigenen Land durch die Einpassung der jeweiligen Zahlen in den Gesamtrahmen und die zeitlich verlaufenden Bundesdaten.

1) Bernd Becker/Karl Schoer: „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen.“ In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1986, S. 588-593 und 314*.

2) Fachserie 1, Reihe 4.3, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Erscheinungsweise monatlich, seit Februar 1987.

Das Schaubild zeigt die Entwicklung der Veränderung der Gesamtbeschäftigung zum jeweiligen Vorjahreszeitpunkt für das Bundesgebiet nach den monatlichen Zahlen über die Gesamterwerbstätigkeit sowie für Hamburg und das Bundesgebiet nach der vierteljährlichen Beschäftigtenstatistik. Die verhältnismäßig glatte Reihe für die Gesamterwerbstätigkeit basiert in erster Linie auf Monatszahlen aus den Fachstatistiken, Meldungen von Bahn, Post und den Besoldungsstellen der Gebietskörperschaften, Schnellauswertungen der Beschäftigtenstatistik und ergänzenden Schätzungen. Diese Art des Vorgehens schließt eine Glättung und „Harmonisierung“ der verwendeten Reihen ein.

Bei der Entwicklung der Veränderungsrate für die Gesamtbeschäftigung im Bundesgebiet ist festzustellen, daß sie sich nach dem Tiefpunkt im März 1983 von minus 2,0 Prozent bis Juni 1986 auf plus 1,1 Prozent kontinuierlich verbessern. Seitdem sind sie leicht rückläufig und haben im Februar 1987 plus 0,9 Prozent und im April 0,8 Prozent erreicht.

Dies trifft nicht für die Veränderungsrate zu, die sich für Hamburg und das Bundesgebiet aus einer vierteljährlichen Auszählung der Beschäftigtenstatistik ergeben. Die sehr empfindlichen Veränderungsrate werden auf Bundesebene im 2. Quartal 1984 durch den Streik in der Metallindustrie sichtbar negativ beeinflusst; im 2. Quartal 1985 hebt sich der

Wert aus meldetechnischen Gründen aus der Reihe heraus.

Vergleicht man die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg im Bundesgebiet, so zeigt sich ein zunehmendes Auseinanderklaffen der Zuwachsraten von einem Gleichstand Anfang 1982 auf 1,8 Prozentpunkte zuungunsten Hamburgs Anfang 1984; seitdem hat sich der Abstand auf 1,3 Prozentpunkte vermindert. Seit dem 1. Quartal 1984 haben die Veränderungsrate im Bundesgebiet positive Vorzeichen, mit einem Abstand von zwei Jahren (ab 1. Quartal 1986) auch in Hamburg.

Betrachtet man die Entwicklung in Hamburg allein, so zeigt sich der stärkste Rückgang im 3. Quartal 1983, also etwas später als im Bundesgebiet. Von da ab weist sie im wesentlichen kontinuierliche Zunahme der Veränderungsrate und im ersten Quartal 1986 – bei weiter steigender Tendenz – erstmals eine Zunahme in der Zahl der Beschäftigten nach.

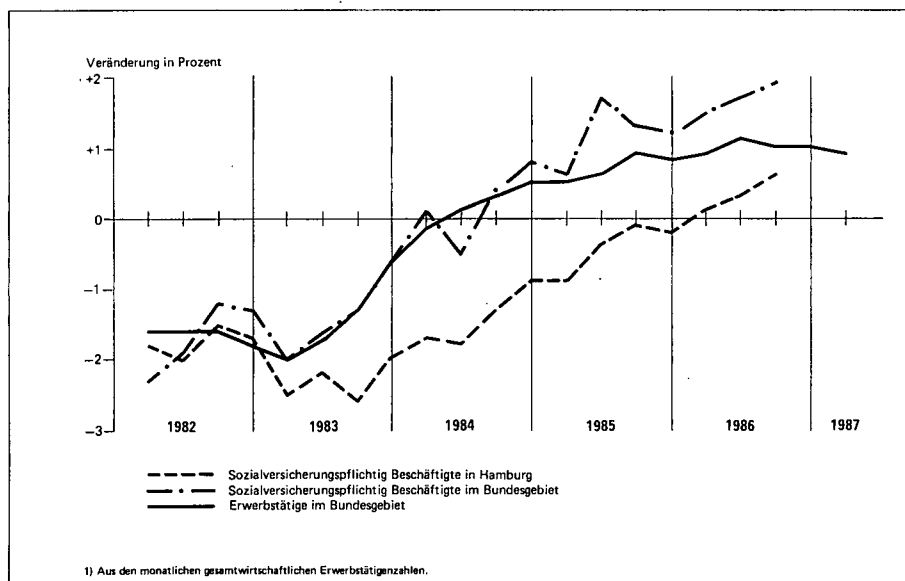
2 Jahres- und Stichtagszahlen

2.1 Jahreszahlen

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden für das Bundesgebiet und für die Länder Erwerbstätigenzahlen errechnet. Sie basieren in

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und Erwerbstätige¹⁾ (vierteljährlich) 1982 bis 1987

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum



1) Aus den monatlichen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahlen.

Tabelle 1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und Erwerbstätige in Hamburg und im Bundesgebiet 1982 bis 1987

Zeitraum	Hamburg	Bundesgebiet	
	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1)	Erwerbstätige 2)	
Veränderung in %			
1982 I. Quartal	- 1,8	- 2,5	- 1,6
II. "	- 2,0	- 1,9	- 1,6
III. "	- 1,5	- 1,2	- 1,6
IV. "	- 1,7	- 1,5	- 1,8
1983 I. Quartal	- 2,5	- 2,0	- 2,0
II. "	- 2,2	- 1,6	- 1,7
III. "	- 2,6	- 1,3	- 1,3
IV. "	- 2,0	- 0,6	- 0,6
1984 I. Quartal	- 1,7	+ 0,1	- 0,1
II. "	- 1,8	- 0,5	+ 0,1
III. "	- 1,3	+ 0,4	+ 0,3
IV. "	- 0,9	+ 0,8	+ 0,5
1985 I. Quartal	- 0,9	+ 0,6	+ 0,5
II. "	- 0,4	+ 1,7	+ 0,6
III. "	- 0,1	+ 1,3	+ 0,9
IV. "	- 0,2	+ 1,2	+ 0,8
1986 I. Quartal	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,9
II. "	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,1
III. "	+ 0,6	+ 1,9	+ 1,0
IV. "	.	.	+ 1,0
1987 I. Quartal	.	.	+ 0,9

1) Ende des Quartals.

2) nach den monatlichen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes; jeweils letzter Quartalsmonat.

ihrem Ursprung auf den Ergebnissen der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970 und liegen für das Bundesgebiet und die Länder ab 1960 vor.

Im Laufe der Jahre ist das System der Erwerbstätigenstatistik zwar verbessert worden, zugleich ist aber nunmehr der Abstand vom Ausgangsjahr der letzten Großzählung (1970) so groß geworden, daß, nach Auswertung insbesondere der Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, auf Bundesebene im Jahr 1982 eine Korrektur der bisherigen Zahlen für 1982 und eine Revision der bisherigen Reihen für die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen zurück bis einschließlich 1971 und für die Arbeitnehmer bis 1960 erforderlich war^{3) 4)}, die von den Ländern innerhalb einer eigenen Revision nachvollzogen wurde.

Speziell zum Thema Erwerbstätigkeit und Beschäftigung liegen für Hamburg drei Untersuchungen aus den Jahren 1975, 1978 und 1981 vor, hinter denen der Gedanke stand, die Zusammenhänge zwischen den einschlägigen Begriffen aufzuzeigen und über Struktur und

Entwicklung der Gesamtbeschäftigung zu berichten⁵⁾.

In der Tabelle 2 ergibt sich das Arbeitsplatzangebot aus den fortgeschriebenen Beschäftigten von 1970 (die ja inhaltlich mit der Zahl der besetzten Arbeitsplätze gleichzusetzen sind) und den beim Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen. Es zeigt sich, daß Jahre mit einer Zunahme an offenen Stellen (1980 und 1986) mit einem Beschäftigtenanstieg zusammenfallen.

Die Differenz zwischen den fortgeschriebenen Beschäftigten und den Erwerbstätigen besteht definitionsgemäß aus den Personen mit Mehrfacharbeitsverhältnissen bzw. geringfügig Beschäftigten abzüglich der Soldaten. Diese Differenz ist in allen Jahren größenordnungsmäßig vom Ausgangswert 1970 nicht weit entfernt.

Die koordinierten Erwerbstätigenzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erlauben auch einen getrennten Nachweis der Arbeitnehmer. Zwar werden in der Länderberechnung die Arbeitnehmerzahlen nach Bereichen auf Bundeszahlen abgestimmt. Ob und wie weit die jetzigen Arbeitnehmerquoten in den Ländern den wirklichen Verhältnissen immer entsprechen, kann nicht definitiv beantwortet werden. Mögliche Fehler würden sich in dem Restposten, nämlich den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen natürlich prozentual stärker auswirken. Man sollte deshalb diesen Zahlen bei Spezialuntersuchungen keinen zu hohen Aussagegrad beimessen. Als Differenz zwischen den koordinierten Arbeitnehmerzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern ergibt sich die Zahl der Beamten und anderer von der Versicherungspflicht Befreiten. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind sodann nach Angestellten und Arbeitern untergliedert worden.

Tabelle 2 zeigt, daß auch die anderen Gesamtposten, nämlich Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sich gleichgewichtet bewegen (1980, 1986). Eine gewisse Zunahme (3,6 Prozent) ergibt sich von 1975 auf 1986 bei den Angestellten, ein starker Rückgang (fast 20 Prozent) bei den Arbeitern.

Wenn in Tabelle 2 die Erwerbstätigkeit am Arbeitsmarkt betrachtet wurde, so wird in Tabelle 3 versucht, das Erwerbsleben in den Zusammenhang zwischen Erwerbs- und Wohnort zu stellen.

Da dies ohne quantitative Vorstellungen über die Entwicklung des Berufspendlersaldos nicht möglich ist, werden diese Zahlen, gestützt auf die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970 und insbesondere dem Mikrozensus 1982 für die norddeutschen Länder jährlich geschätzt. Mittels des Berufspendlersaldos werden die jeweiligen Auspendler wieder ihrem Wohnort zugerechnet; auf diesem Wege erhält man die Zahl der Hamburger Erwerbstätigen. Addiert man dazu die Arbeitslosen, so ergibt sich die Zahl der Hamburger Erwerbspersonen oder der Arbeitsplatznachfrage der Hamburger Bevölkerung. Mit Ausnahme der Arbeitslosen und der Wohnbevölkerung sind die Zahlen für 1986 geschätzt.

Wichtig erscheinen folgende Entwicklungen:

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm von 1970 auf 1985 um 13,5 Prozent ab, der Berufspendlersaldo um über 50 Prozent zu, die Zahl der erwerbstätigen Hamburger ging um rund 22 Prozent zurück, im wesentlichen als Folge des Wanderungsverlustes gegenüber dem Umland, der im Zeitraum 1970 bis 1986 rund 170 000 Personen betrug. Die Hamburger Arbeitslosenquote, die noch bis 1982 unter dem Bundesdurchschnitt lag (7,4 Prozent) überschritt ihn 1983 und liegt nun um vier Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

2.2 Stichtagszahlen

Die Vierteljahreszahlen über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit werden für Hamburg regelmäßig in den Statistischen Berichten der Reihe A VI 5 bekanntgegeben. Er enthält Nachweise der Beschäftigten in wirtschaftlicher und beruflicher Gliederung für Deutsche und Ausländer sowie nach Geschlecht, beruflicher Vorbildung, Altersgliederung und Staatsangehörigkeit⁶⁾.

Die Ergebnisse der Ein-Prozent-Stichprobe des Mikrozensus und der 0,4-Prozent-Stichprobe der EG-Arbeitskräfteerhebung (1983 und 1984) sind keine Jahresdurchschnitte, sondern messen den Umfang der Erwerbstätigkeit in einer bestimmten Berichtswoche im Mai jeden Jahres. Der jeder Stichprobe eigentümliche Zufallsfehler kann ihre Verwendung vor allem für kleinere Länder wesentlich beeinträchtigen. Diese Daten werden daher im Rahmen der Arbeitsmarktbeobachtung und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur dann verwendet, wenn anderes Material nicht vorliegt. Es ist allerdings möglich, die Zufallsabweichungen der einzelnen Mikrozensusergebnisse durch Bildung langer Reihen zu erken-

3) Engelmann, Margot und Mitarbeiter: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1981“. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1982, S. 551-572.

4) Böhm, Erich: „Erste Ergebnisse aus der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre 1970 bis 1982“. In: Hamburg in Zahlen, Heft 4, 1984, S. 97-104.

5) derselbe: „Zur Zahl der Erwerbstätigen Hamburgs“, Hamburg in Zahlen 8/1975, S. 209-218, „Erwerbstätige und Beschäftigte in Hamburg und im Hamburger Raum“. In: Hamburg in Zahlen 7/1978, S. 146-151 und „Beschäftigte und Erwerbstätige in Hamburg“. In: Hamburg in Zahlen 12.1981, S. 340-345.

6) Für das Bundesgebiet: Fachserie 1, Reihe 4.2, Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, Erscheinungsweise: vierteljährlich und jährlich.

Tabelle 2 Daten über den Arbeitsplatz Hamburg 1975 und 1980 bis 1986

Art	Herkunft	1975	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
		der Angaben							
1. Arbeitsplatzangebot	Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnungen und Arbeitsmarkt-statistik	947 400	946 600	936 800	918 300	896 700	885 800	882 400	885 500
2. Offene Stellen	Arbeitsmarktstatistik	10 700	10 000	6 800	3 300	2 200	2 300	2 900	3 800
3. Besetzte Arbeitsplätze (Beschäftigte)	Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnungen	936 700	936 600	930 000	915 000	894 500	883 500	879 500	881 700
4. Mehrfachbeschäftigte abzüglich Soldaten	Differenz (Pos. 3 ./ Pos. 5)	36 200	49 000	45 100	51 200	45 100	42 200	43 800	44 700
5. Erwerbstätige	Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnungen	900 500	887 600	884 900	863 800	849 400	841 300	835 700	837 000
6. Selbständige und mithelfende Familienangehörige	Differenz (Pos. 5 ./ Pos. 7)	76 700	65 000	64 500	63 800	64 500	64 000	63 200	62 600
7. Arbeitnehmer	Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnungen	823 800	822 600	820 400	800 000	784 900	777 400	772 500	774 400
8. Beamte und von der Sozial-versicherungspflicht Befreite	Differenz (Pos. 7 ./ Pos. 9)	55 700	55 200	60 300	54 900	56 500	61 900	59 500	59 500
9. Sozialversicherungspfl. beschäftigte Arbeitnehmer	Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (30.6.)	768 100	767 400	760 100	745 100	728 400	715 500	713 000	714 900
10. Angestellte		412 400	432 100	433 900	435 400	431 300	425 600	426 700	428 400
11. Arbeiter		355 700	335 300	326 200	309 700	297 100	289 900	286 300	286 500

nen und auszugleichen und sie als Basisgrößen für Schätzungen zu verwenden.

3 Regionale Zahlen innerhalb der Länderebene

Regionale Gesamtzahlen stehen aus Großzählungen (Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen) zur Verfügung. Den Charakter einer Totalzählung auf regionaler Ebene hat aber auch die Sta-

tistik der Bundesanstalt für Arbeit, allerdings nur für eine Teilmasse der Erwerbstätigen, nämlich die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer.

Der dringende Bedarf nach Erwerbstätigenzahlen unterhalb der Landesebene hat die amtliche Statistik veranlaßt, von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausgehend durch ergänzende Schätzungen der dort nicht erfaßten Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Beamten und Nicht-Versicherungspflichtigen regionale Zahlen über die Gesamtbeschäftigung für Krei-

se und kreisfreie Städte nach einheitlichen Methoden zu ermitteln.

Bei einer Aggregation solcher Daten zu Landesergebnissen zeigen sich aber Abweichungen zu den bisherigen, nach der Konzeption der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelten Fortschreibungszahlen über die Erwerbstätigen. Dies hat konzeptionelle und methodische Gründe: Konzeptionell in der engeren Abgrenzung des Erwerbstätigenbegriffs in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, methodisch in der Fortschreibung von Zahlen über einen sehr langen Zeitraum gegen-

Tabelle 3 Erwerbstätige, Erwerbspersonen und Wirtschaftsbevölkerung in Hamburg 1970, 1975 und 1980 bis 1986

Art der Angaben	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
1. Erwerbstätige in Hamburg ¹⁾									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	10 800	10 500	10 000	9 900	9 800	9 700	9 600	9 100	.
Warenproduzierendes Gewerbe	348 100	271 900	253 300	249 900	237 800	226 200	217 100	209 700	.
Handel und Verkehr	305 300	286 500	265 600	264 300	259 700	256 200	251 700	250 300	.
Dienstleistungsunternehmen	167 500	179 200	197 400	200 000	194 300	193 600	196 800	200 300	.
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	134 600	152 500	161 200	160 800	162 100	163 600	166 100	166 300	.
Insgesamt	966 300	900 500	887 600	884 900	863 800	849 400	841 300	835 700	837 000
2. Berufspendlersaldo ²⁾	116 300	137 400	158 300	162 500	166 700	170 300	173 500	176 100	178 200
3. Erwerbstätige Hamburger	850 000	763 100	729 300	722 400	697 100	679 000	667 900	659 600	658 800
4. Arbeitslose (JD)	2 800	26 400	23 100	34 000	52 700	72 500	79 800	89 200	94 400
5. Hamburger Erwerbspersonen (Arbeitsplatznachfrage der Hamburger Bevölkerung)	852 800	789 500	752 400	756 400	749 800	751 500	747 700	748 800	753 200
6. Wohnbevölkerung (JD)	1 793 800	1 726 400	1 649 600	1 640 800	1 630 600	1 617 100	1 601 000	1 586 400	1 575 600
7. ± Pendlersaldo x 2	232 600	274 800	316 600	325 000	333 400	340 600	347 000	352 200	356 400
8. Wirtschaftsbevölkerung	2 026 400	2 001 200	1 966 200	1 965 800	1 964 000	1 957 700	1 948 000	1 938 600	1 932 000

1) Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2) seit 1971 Schätzung.

über der unmittelbaren Auswertung aktueller Erhebungen mit ergänzenden Schätzungen. Ob es gelingt, diese Unstimmigkeiten vor dem Vorliegen der Ergebnisse aus der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1987 zu beheben, ist zur Zeit noch ungewiß.

4 Schlußbemerkungen

Der aktuelle Bedarf an tiefgegliederten Erwerbstätigenzahlen steht außer Frage. Der bisherige allgemeine Mangel an regionalen Erwerbstätigenzahlen bringt

unter anderem Probleme für die Wertung der Statistik der Arbeit. Ein Beispiel hierfür sind bei Regionalvergleichen die Arbeitslosenquoten, bei denen Arbeitslose auf abhängige Erwerbspersonen bezogen werden müssen. Diese werden noch aus den – durch Fortschreibungsfehler überhöhten – Bevölkerungszahlen und regionalen Erwerbspersonenquoten berechnet, die aus dem Jahr 1970 stammen⁷⁾. Die feh-

lende Kenntnis über Pendlerströme behindert zum Beispiel die Abgrenzung von Arbeitsmarktregionen. Nachteilig ist ferner, daß regionale Leistungsniveaus nicht bestimmt werden können, weil vergleichbare Bezugszahlen über Erwerbstätige nicht vorliegen.

Die zu erwartenden Ergebnisse aus den Großzählungen 1987 und ihre Auswertung lassen eine Verbesserung der amtlichen statistischen Grundlagen erwarten und bieten die Möglichkeit, ein in sich geschlossenes kompatibles System für das Gebiet der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarktes zu schaffen und auf den neuesten Stand zu bringen.

Erich Böhm

7) Joachim Müller, Klaus Mehnert und Manfred Schwabe: „Zur Berechnung von Arbeitslosenquoten“. In: Hamburg in Zahlen, 7. 1985, S. 228/229.

Anhangtabelle 1 Erwerbstätige in Hamburg 1970 bis 1985

WIRTSCHAFTSBEREICH	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
			ANZAHL IN		1 000			
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI	11	11	11	11	11	10	10	10
WARENPRODUZIERENDES GEWERBE	348	338	323	315	295	272	262	261
ENERGIE- UND WASSERVERSORGUNG, BERGBAU	11	11	11	11	11	10	10	9
VERARBEITENDES GEWERBE	263	253	241	233	220	206	195	197
BAUWERBE	75	75	71	71	65	55	57	55
HANDEL UND VERKEHR	305	306	305	306	300	287	280	277
HANDEL	185	182	181	180	174	164	160	158
VERKEHR UND NACHRICHTENUEBERMITTLUNG	121	124	124	127	126	122	119	118
DIENSTLEISTUNGSUNTERNEHMEN	167	171	173	177	177	179	182	182
KREDITINSTITUTE, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN	42	44	46	47	48	47	47	46
SONSTIGE DIENSTLEISTUNGEN	125	127	128	130	130	132	135	136
STAAT, PRIV. HAUSHALTE, PRIV. ORGANIS. OHNE ERW.ZW.	135	140	144	147	153	152	152	151
STAAT	113	118	121	124	130	129	129	127
PRIV. HAUSHALTE, PRIVATE ORGANIS. OHNE ERW.ZWECK	22	22	23	23	24	24	24	24
INSGESAMT	966	966	957	955	936	900	886	881

WIRTSCHAFTSBEREICH	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
			ANZAHL IN		1 000			
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI	10	10	10	10	10	10	10	9
WARENPRODUZIERENDES GEWERBE	255	253	253	250	238	226	217	210
ENERGIE- UND WASSERVERSORGUNG, BERGBAU	10	10	10	10	10	10	10	9
VERARBEITENDES GEWERBE	192	189	188	186	178	167	160	157
BAUWERBE	53	54	55	54	50	49	48	43
HANDEL UND VERKEHR	268	265	266	264	260	256	252	250
HANDEL	154	152	154	153	151	150	148	147
VERKEHR UND NACHRICHTENUEBERMITTLUNG	114	113	112	111	109	106	103	103
DIENSTLEISTUNGSUNTERNEHMEN	188	192	197	200	194	194	197	200
KREDITINSTITUTE, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN	47	47	48	47	47	47	47	46
SONSTIGE DIENSTLEISTUNGEN	141	144	150	153	147	147	150	154
STAAT, PRIV. HAUSHALTE, PRIV. ORGANIS. OHNE ERW.ZW.	155	159	161	161	162	164	166	166
STAAT	132	135	136	136	137	137	139	138
PRIV. HAUSHALTE, PRIVATE ORGANIS. OHNE ERW.ZWECK	24	24	25	25	26	26	27	28
INSGESAMT	876	879	888	885	864	849	841	836

Anhangtabelle 2 Arbeitnehmer in Hamburg 1970 bis 1985

WIRTSCHAFTSBEREICH	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
	ANZAHL IN 1 000							
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI	3	3	3	3	3	3	3	3
WARENPRODUZIERENDES GEWERBE	333	324	310	303	284	261	251	251
ENERGIE- UND WASSERVERSORGUNG, BERGBAU	10	11	11	11	11	10	10	9
VERARBEITENDES GEWERBE	252	243	233	225	212	200	189	190
BAUGEWERBE	70	70	67	67	60	51	53	52
HANDEL UND VERKEHR	260	265	266	269	263	251	246	245
HANDEL	146	148	148	147	141	134	131	131
VERKEHR UND NACHRICHTENUEBERMITTLUNG	114	118	118	121	121	117	114	113
DIENSTLEISTUNGSUNTERNEHMEN	141	146	148	151	153	155	159	161
KREDITINSTITUTE, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN	42	44	46	47	48	47	47	46
SONSTIGE DIENSTLEISTUNGEN	99	102	102	105	106	109	113	114
STAAT, PRIV. HAUSHALTE, PRIV. ORGANIS. OHNE ERW.ZW.	135	140	144	147	153	152	152	151
STAAT	113	118	121	124	130	129	129	127
PRIV. HAUSHALTE, PRIVATE ORGANIS. OHNE ERW.ZWECK	22	22	23	23	24	24	24	24
INSGESAMT	872	880	872	873	856	824	813	811

WIRTSCHAFTSBEREICH	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
	ANZAHL IN 1 000							
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI	3	3	3	3	3	3	3	3
WARENPRODUZIERENDES GEWERBE	245	243	244	241	229	218	209	202
ENERGIE- UND WASSERVERSORGUNG, BERGBAU	10	10	10	10	10	10	10	9
VERARBEITENDES GEWERBE	186	183	182	180	173	162	155	152
BAUGEWERBE	50	51	52	51	47	46	45	41
HANDEL UND VERKEHR	237	235	237	236	232	228	224	222
HANDEL	128	127	129	129	126	125	124	123
VERKEHR UND NACHRICHTENUEBERMITTLUNG	109	108	108	107	105	103	100	100
DIENSTLEISTUNGSUNTERNEHMEN	167	170	176	179	174	173	176	179
KREDITINSTITUTE, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN	47	47	48	47	47	47	47	46
SONSTIGE DIENSTLEISTUNGEN	120	123	129	132	127	126	129	133
STAAT, PRIV. HAUSHALTE, PRIV. ORGANIS. OHNE ERW.ZW.	155	159	161	161	162	164	166	166
STAAT	132	135	136	136	137	137	139	138
PRIV. HAUSHALTE, PRIVATE ORGANIS. OHNE ERW.ZWECK	24	24	25	25	26	26	27	28
INSGESAMT	808	812	823	820	800	785	777	772

Hamburg heute und gestern

1985 wurden in Hamburg 47 300 Tonnen **Braunkohle** verbraucht. Gegenüber 1975 bedeutet das einen Rückgang um 46 Prozent. Besonders betroffen davon war Braunkohle aus Vorkommen im Bundesgebiet. Das Verkaufsergebnis von 24 600 Tonnen im Jahr 1985 bedeutet gegenüber 1975 eine Einbuße um 54 Prozent. Der Absatz von Braunkohle aus der DDR und dem Ausland verminderte sich um 34 Prozent.

Abnehmer der fast gänzlich zu Briketts verarbeiteten Braunkohle waren Haushalte und Kleinverbraucher (rund 99 Prozent). Nur ein ganz geringer Teil des Aufkommens wurde an die Industrie geliefert (knapp 400 Tonnen).

Der wichtigste Handelspartner Hamburgs auf dem süd-amerikanischen Subkontinent ist traditionell **Brasilien**. 1986 wurden 900 000 Tonnen brasilianischer Waren im Wert von fast einer Milliarde DM über Hamburg eingeführt.

Die Wirtschaft dieses Landes ist auch heute noch vorwiegend agrarisch strukturiert, doch hat in den letzten Jahrzehnten die Industrialisierung erhebliche Fortschritte gemacht. So umfaßte die Palette der Importgüter nicht nur Kaffee, Ölfrüchte, Tabak und Fleisch, sondern auch Industrieerzeugnisse wie Textilwaren, Papier und Pappe sowie chemische Produkte.

Ein Blick in eine der ältesten vorliegenden Hafenstatistiken zeigt, daß bereits 1850 der Import aus Brasilien für den Hamburger Hafen von erheblicher Bedeutung war. Die Gesamteinfuhr hatte damals einen Wert von 10,1 Millionen Mark Banco (bis 1875 in Hamburg gültige Währung, die jedoch kein zum Umlauf

bestimmtes Zahlungsmittel, sondern eine Verrechnungseinheit darstellte). Damals wurden allerdings ausschließlich Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie einige Rohstoffe angelandet. Wichtigstes Importgut war Kaffee (131 700 Säcke im Wert von 5,5 Millionen Mark Banco). Von Bedeutung waren auch die Einfuhren von Rohzucker (499 Fässer, 11 517 Kisten, 24 410 Säcke), Häuten (127 261 Stück) sowie Tabak (drei Kisten, 9371 Packen und 5925 Rollen).

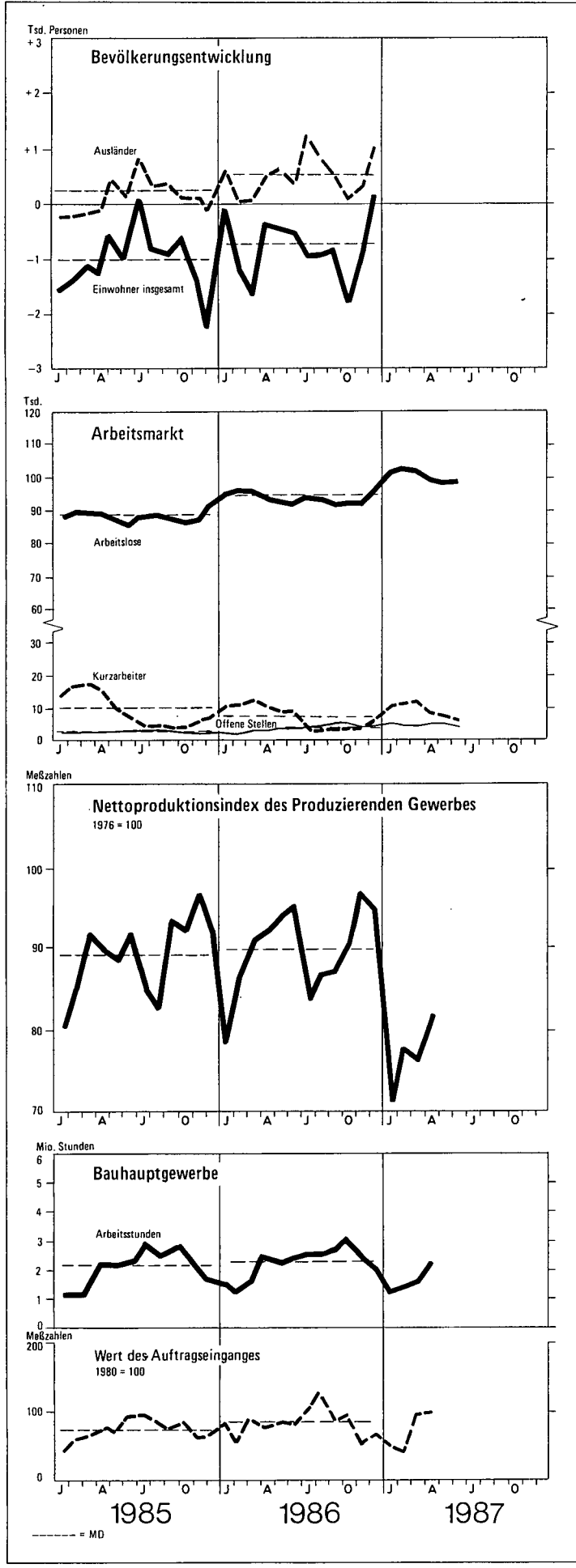
Zur Person



Professor Boustedt 75 Jahre

Am 14. Juli vollendete der frühere Direktor des Statistischen Landesamtes Hamburg, Professor Dr. Olaf Boustedt, in seiner Wahlheimat München sein 75. Lebensjahr.

Geboren 1912 in der damaligen Hauptstadt Rußlands, St. Petersburg, aufgewachsen, ausgebildet und mit ersten beruflichen Kontakten zur Statistik in Reval/Estland und in Berlin, begann der promovierte Diplom-Volkswirt 1945 nach Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft seine Nachkriegstätigkeit im Bayerischen Statistischen



Landesamt in München, die er mit kurzen Unterbrechungen bis 1960 innehatte. In den Jahren 1960 bis 1962 war er als Leiter der Abteilung Wirtschaftsforschung im „Metropolitan Toronto Planning Board“ beschäftigt, der obersten Planungsbehörde bei der ersten Kommunalen Konföderation Kanadas.

Zurückgekehrt nach Deutschland, nahm Dr. Boustedt ein Angebot der Stadt Nürnberg an, im Baureferat der Stadt ein Statistisches Büro für die Unterstützung der Stadtplanung aufzubauen. Bald darauf wurde ihm die Leitung des Nürnberger „Amtes für Stadtforschung und Statistik“ übertragen.

Für mehr als zehn weitere erfolgreiche Berufsjahre war Dr. Boustedt (seit 1970 Senatsdirektor, seit 1973 Professor an der hiesigen Universität) als Direktor des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg tätig. In Nürnberg wie in Hamburg hatte er Gelegenheit, der Wissenschaft wie der Praxis zahlreiche Impulse zu geben: Der Aufbau der mit der Städtestatistik verbundenen Disziplin Stadtforschung zu einem unentbehrlich gewordenen Instrument der Planungsvorbereitung ist hier ebenso zu nennen wie die Vielzahl seiner raumbezogenen Untersuchungen, speziell zur Agglomerations- und Mobilitätsforschung. Der Begriff der „Boustedtschen Stadtregionen“ ist in die Fachliteratur eingegangen. Der national wie international bedeutende Gelehrte ist seit 1953 als ordentliches Mitglied, Leiter eines Forschungsausschusses und zeitweise als Vizepräsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung eng verbunden.

Neben vielen anderen Verpflichtungen hat er im Verband Deutscher Städtestatistiker (u. a. als Begründer und zeitweiser Vorsitzender des Ausschusses Stadtforschung) sowie in der Internationalen Vereinigung der

Stadt- und Regionalstatistiker Exaktheit der Forschung mit dem steten Blick auf deren Anwendung und Umsetzung für die politische Arbeit zu verbinden gewußt.


Seine Weggenossen, jüngeren Fachkollegen und Schüler gratulieren dem verdienten Wissenschaftler und langjährigen Hamburger Statistikerchef, der auch im süddeutschen Ruhestand fachlich aktiv geblieben ist, zum 75. Geburtstag und wünschen ihm viele weitere Jahre in ergiebiger Forschungstätigkeit.

In aller Kürze

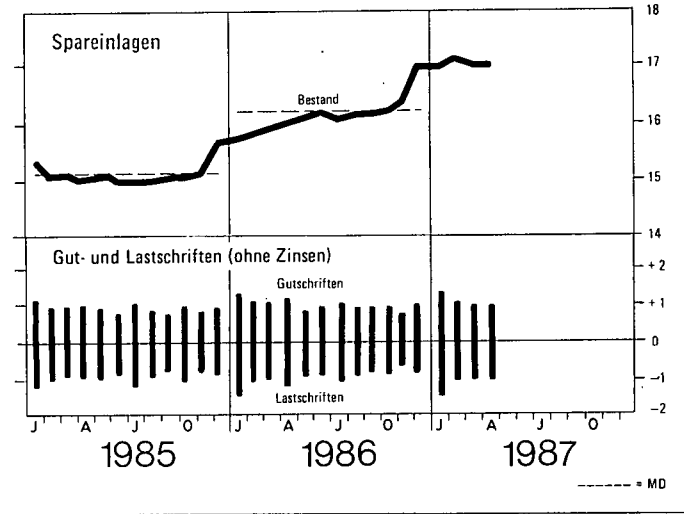
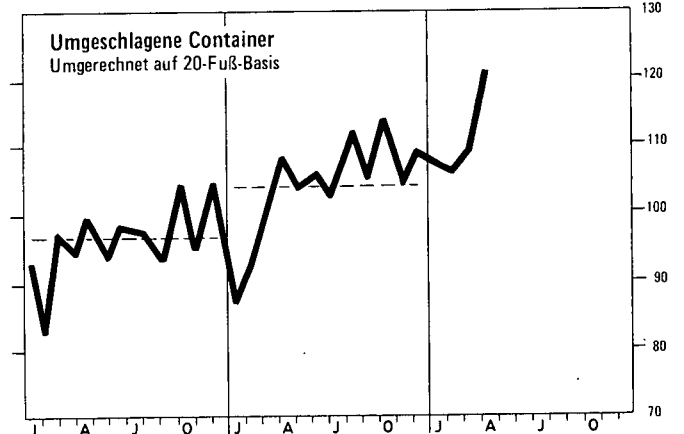
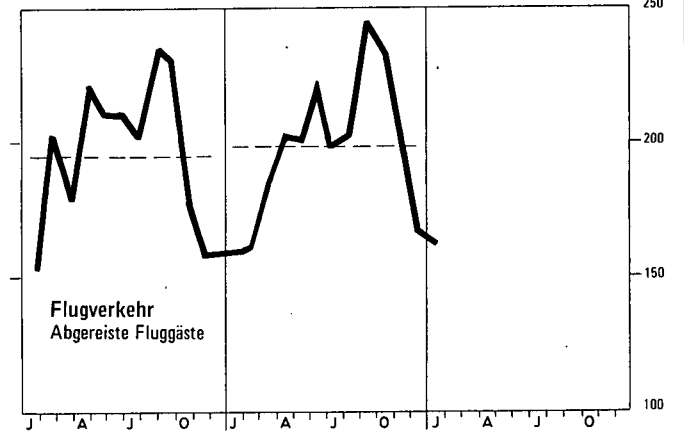
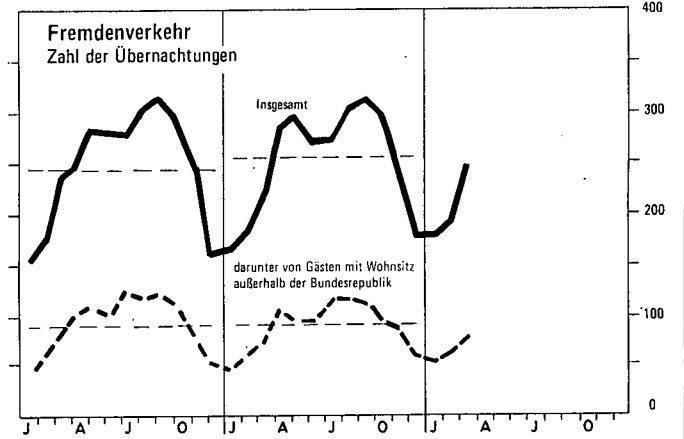
1986 wurden knapp 23 Millionen Tonnen Güter auf der Schiene nach und von Hamburg befördert; mehr als 90 Prozent des Aufkommens entfielen wieder auf den Seehafen-Zu- und -Ablaufverkehr. Trotz gewisser Einbußen gegenüber 1985 blieb die **Eisenbahn** damit **der wichtigste Verkehrsträger** im Hinterlandverkehr Hamburgs. Die Verluste betrafen insbesondere den Versand ins Binnenland, der vor allem infolge geringerer Abfahrten von Eisenerzen um rund ein Achtel unter der Menge des Vorjahres blieb.

Der Draht zum StaLa

Amtsleiter	3681-710
Auskünfte	3681-738
	766
	768

 Leitseite * 36 502 #
Teiln.-Nr. 040 365038

Veröffentlichungen	3681-719
Bibliothek	3681-742
Für Thema:	
Ausländische	
Arbeitnehmer	3681-746
Arbeitsmarkt	3681-746



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	hPa ²⁾	1 014,9	1 015,5	1 014,0	1 011,8	1 017,1	1 017,0	1 016,9	1 017,6	1 014,1
Lufttemperatur	°C	8,2	9,0	4,1	7,0	14,7	1,0	0,9	10,0	10,6
Relative Luftfeuchtigkeit	%	78	76	79	71	67	81	74	71	73
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3,3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,5	5,2	5,9	5,8	4,7	5,0	5,0	5,0	5,5
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	60,2	62,9	62,6	18,4	55,5	38,0	30,4	64,0	63,4
Sonnenscheindauer	Std.	116,0	130,2	82,3	110,8	223,2	89,5	143,6	162,3	174,0
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9	6	9	5	1	12	7	5	5
Tage mit Niederschlägen	"	20	19	19	17	18	17	18	17	21
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁵⁾										
Bevölkerung	1000	1 586,4	1 575,6	1 577,0	1 576,6	1 576,2
und zwar männlich	"	741,9	737,2	737,6	737,4	737,3
weiblich	"	844,5	838,4	839,4	839,2	838,9
Ausländer	"	153,7	158,0	155,8	156,3	157,0
Bezirk Hamburg-Mitte	"	210,9	208,9	208,9	208,5	208,5
Bezirk Altona	"	222,4	221,7	221,3	221,3	221,1
Bezirk Eimsbüttel	"	229,6	227,8	228,2	228,0	228,0
Bezirk Hamburg-Nord	"	281,8	279,2	279,7	279,9	280,0
Bezirk Wandsbek	"	370,5	369,6	370,1	370,0	369,5
Bezirk Bergedorf	"	88,9	90,0	89,5	89,7	89,8
Bezirk Harburg	"	177,9	176,3	176,7	176,7	176,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	731	765	606	581	1 309
* Lebendgeborene ⁷⁾	"	1 059	1 117	1 086	1 065	1 080
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 856	1 831	2 424	1 839	1 885
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	7	11	8
* Geboren- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	"	797	714	1 338	774	805
* Eheschließungen	je 1000	5,5	5,8	4,5	4,5	9,8
* Lebendgeborene	Einwohner	8,0	8,5	8,1	8,2	8,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	14,0	13,9	18,1	14,2	14,1
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	1 Jahr	6,0	5,4	10,0	6,0	6,0
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000
Lebendgeb.	...	9,5	8,8	6,4	10,4	7,3
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	4 732	4 985	4 110	5 187	4 739
* Fortgezogene Personen	"	4 982	4 989	4 440	4 745	4 343
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	"	250	4	330	442	396
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	12 211	12 504	13 565	14 002	10 857
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 381	1 348	1 373	1 672	1 328
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 029	983	984	1 292	984
Niedersachsen	"	733	725	662	767	674
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	339	330	315	390	318
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	889	937	772	1 072	923
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 729	1 975	1 303	1 676	1 814
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 718	1 748	1 534	1 692	1 550
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 349	1 399	1 188	1 384	1 209
Niedersachsen	"	852	848	810	856	779
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	457	446	413	429	401
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	966	1 008	853	1 057	841
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 447	1 385	1 243	1 140	1 173
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	337	400	161	20	222
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	320	416	204	92	225
Niedersachsen	"	119	123	148	89	105
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	118	116	98	39	83
Umland insgesamt ¹¹⁾	"	438	532	302	131	308
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	77	71	81	15	82
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	282	590	60	536	641
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	Anzahl	1 047	718	1 668	332	409
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	je 1000
Einwohner	und 1 Jahr	0,7	0,5	12,4	2,6	3,1
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten ¹³⁾	Anzahl	12 635	12 354	10 999	12 841	12 265	14 280	13 332	12 083	...
Betten ¹³⁾	"	14 693	14 592	14 678	14 620	14 589	12 957	14 280	14 280	...
Bettenausnutzung	%	86,4	86,5	87,6	88,1	85,0	92,3	91,2	86,2	...
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	507 363	519 390	406 118	517 155	462 260	502 402	500 109	495 982	...

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁸⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. - ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ staatliche, freigemeinnützige, private und somatische Krankenhäuser bzw. Abteilungen in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	763 131	747 186	726 906	803 841	763 798	770 214	878 131	753 275	766 904
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"	63 251	67 792	58 795	81 386	66 563	77 759	79 118	81 963	74 060
Ausgeliehene Bände	"	28 660	30 404	28 349	37 597	30 448	32 214	33 419	35 580	31 651
Besucher der Lesesäle	"	4 504	4 801	5 098	5 329	4 717	4 834	5 548	5 275	4 781
HHWA - Institut für Wirtschaftsforschung	"	3 560	3 022	3 231	3 076	2 762	3 427	3 995	2 955	2 510
Besucher der Bibliothek und Archive	"	1 569	1 613	1 463	1 650	1 640	1 741	1 949	1 737	1 635
Commerzbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"									
Lesesaalbesucher und Entleiher	"									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	82 550	89 378	111 471	83 913	76 711	75 929	85 439	86 254	...
davon Hamburger Kunsthalle	"	16 391	24 757	25 813	20 284	16 065	10 895	11 758	15 195	21 496
Altonaer Museum in Hamburg,	"	8 645	8 322	8 478	9 388	9 103	6 668	8 378	8 316	7 845
Norddeutsches Landesmuseum	"	7 349	6 971	14 103	5 659	4 092	9 835	9 128	10 693	5 209
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	7 575	7 333	6 943	5 852	12 300	3 226	4 721	9 022	895
Helms-Museum	"	5 878	5 754	4 540	4 617	10 883	1 412	2 744	8 141	...
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg ¹⁾	"	18 035	16 468	17 860	16 669	16 515	13 147	16 730	17 548	...
Museum für Hamburgische Geschichte	"	13 478	13 001	21 504	13 039	5 873	22 199	19 843	13 154	9 078
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 491	11 075	15 555	10 877	11 018	8 724	13 491	9 941	9 594
Planetarium	"	1 587	1 451	1 215	2 145	1 745	1 235	1 390	2 385	2 372
Bischofsburg	"									
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	89 162	94 436	96 575	95 233	93 776	101 516	100 553	99 479	98 335
* davon Männer	"	53 012	54 961	56 819	55 774	54 999	59 590	59 085	58 193	57 488
Frauen	"	36 150	39 475	39 756	39 459	38 777	41 926	41 468	41 286	40 847
Arbeitslosenquote	%	12,3	13,0	13,3	13,1	12,9	14,0	13,8	13,7	13,5
Kurzarbeiter	Anzahl	9 496	7 201	11 871	10 102	8 983	10 612	11 486	8 414	6 941
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ²⁾ insgesamt	"	100 207	106 698	108 231	106 959	105 753	115 651	114 826	113 500	112 117
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	6 450	6 813	7 013	7 064	6 913	6 306	6 385	6 437	6 532
Offene Stellen										
	"	2 911	3 782	3 116	3 040	3 781	4 412	4 450	4 679	5 028
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	1 161	1 177	1 190	1 358	1 445	981	1 135	1 244	1 341
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,9	94,0	93,3	96,2	97,5	93,1	93,0	95,9	97,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,4	13,0	12,4	14,7	15,1	12,2	12,7	14,4	15,0
Schlachtungen von Inlandtieren³⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	5,1	5,0	4,0	5,8	3,9	4,3	5,3	4,5	4,7
* Kälber	"	2,4	2,3	3,0	2,4	2,6	2,3	3,2	2,7	2,8
* Schweine	"	18,1	18,6	17,6	19,6	18,2	18,5	19,8	19,0	16,1
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	3 215	3 241	3 009	3 584	2 959	3 078	3 637	3 243	3 128
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 402	1 395	1 153	1 621	1 110	1 212	1 534	1 277	1 409
* Kälber	"	310	298	376	307	336	308	425	372	371
* Schweine	"	1 481	1 528	1 446	1 642	1 502	1 545	1 656	1 576	1 335
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe^{5) 6)}										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	139 680	138 836	138 558	138 308	138 470	136 769	136 446	135 752	135 709
* dar. Arbeiter ⁷⁾	"	76 369	75 454	75 139	75 445	75 300	73 739	73 095	72 668	72 505
* Geleistete Arbeiterstunden ⁸⁾	1000	10 599	10 212	9 946	11 073	9 916	9 909	10 443	10 093	9 492
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	245	251	233	239	265	215	228	229	261
* Bruttogehaltssumme	"	321	333	314	315	328	312	327	324	360
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁹⁾)	"	7 602	5 854	6 410	6 727	5 780	5 287	5 776	5 686	5 565
dar. Auslandsumsatz	"	880	778	744	798	692	630	737	686	632
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 t	7	6	7	7	7	6	7	7	7
* Gasverbrauch ¹¹⁾	1000 m ³	89 483	85 265	96 401	96 401	96 401	93 397	95 240	95 240	95 240
* Stromverbrauch ¹¹⁾	Mio. kWh	1 117	1 103	1 066	1 066	1 066	1 125	1 083	1 083	1 083
* Heizölverbrauch ¹¹⁾	1000 t	79	68	84	84	84	67	74	74	74
* davon leichtes Heizöl ¹¹⁾	"	9	9	14	14	14	9	12	12	12
* schweres Heizöl ¹¹⁾	"	70	59	70	70	70	58	62	62	62

¹⁾ seit Mai 1987 nicht mehr im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg. - ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. - ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - ⁵⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁶⁾ einschl. Bergbau. - ⁷⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. - ⁸⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. - ⁹⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. - ¹⁰⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. - ¹¹⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den Mai-Spalten der Jahre 1986 und 1987 beziehen sich jeweils auf das 1. Vierteljahr des vorangegangenen Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 523	3 290	3 367	3 550	3 276	2 817	3 196	3 012	2 915
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 911	1 656	1 771	1 829	1 652	1 380	1 589	1 499	1 425
Investitionsgütergewerbe	"	906	899	856	918	877	790	918	841	818
Verbrauchsgütergewerbe	"	117	118	111	125	110	106	122	113	109
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	589	617	629	678	637	541	567	559	563
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	22 801	22 719	21 941	22 450	22 759	21 129	21 258	21 063	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	17 378	17 523	16 667	17 183	17 539	16 090	16 285	16 170	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 218	2 313	1 732	2 653	2 406	1 376	1 607	2 310	...
* davon für Wohnungsbau	"	502	504	393	574	528	273	281	404	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	967	983	829	1 161	982	718	834	991	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	750	826	510	918	896	385	492	915	...
* Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	59	44	60	62	32	37	53	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	19	18	18	18	17	17	17	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	217	249	162	220	219	140	159	227	...
davon im Wohnungsbau	"	44	51	34	50	46	40	36	49	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	90	102	78	97	85	60	75	90	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	83	97	49	73	87	41	48	89	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	10 101	9 620	9 281	9 333	9 408	9 017	9 021	9 105	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	7 997	7 602	7 249	7 305	7 385	7 048	7 067	7 139	...
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 180	1 118	1 003	1 120	1 059	944	1 011	1 058	...
Brutto Lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	25	24	20	22	23	19	21	22	...
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	8	8	7	8	7	7	8	...
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	86	83	60	70	70	57	65	65	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	166	111	135	101	68	131	136	81	106
* Stromverbrauch	"	960	969	1 070	993	847	1 041	1 121	918	888
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 651	1 685	2 218	1 812	910	2 554	2 741	1 536	1 383
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	88,0	89,8	91,1	92,1	94,2	77,7	76,1	81,9	...
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	104,4	105,8	107,0	110,1	109,6	87,2	83,3	85,3	...
Investitionsgütergewerbe	"	94,9	95,9	101,0	96,1	104,5	88,4	85,3	88,3	...
Verbrauchsgütergewerbe	"	74,3	73,9	77,3	74,3	75,5	69,9	72,4	71,2	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	71,5	70,6	74,4	71,7	68,8	68,0	69,3	77,5	...
Bauhauptgewerbe	"	66,9	82,7	66,7	89,1	93,7	52,4	55,8	89,0	...
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	112	86	57	100	54	52	63	72
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	88	101	75	46	96	52	31	62	66
* Rauminhalt	1000 m ³	159	127	123	71	104	60	41	52	68
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	57,7	42,3	41,8	23,4	26,1	23,2	14,2	14,9	23,0
* Wohnfläche	1000 m ²	30,5	24,1	24,1	14,7	17,5	11,2	8,2	9,4	13,4
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	18	16	12	24	7	13	12	7	7
* Rauminhalt	1000 m ³	146	235	768	593	87	233	152	86	16
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	31,3	75,3	311,6	138,0	23,4	93,6	49,5	45,2	2,4
* Nutzfläche	1000 m ²	25,0	37,7	97,9	80,6	15,7	50,8	26,2	9,7	3,4
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	406	273	272	149	242	120	63	110	137
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	117	109	45	62	65	46	42	57	28
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	16	16	6	10	5	3	4	4	8
Rauminhalt	1000 m ³	118	132	10	112	57	8	143	168	171
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	408	376	145	114	258	162	114	65	40
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	204	205	205	205	205	206	206	206	206
Wohnungen	"	810	814	811	811	812	814	814	814	815

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	116,0	.	.	115,8	117,0	.	.	118,0
Wohngebäude insgesamt	"	113,9	115,3	.	.	115,1	116,2	.	.	117,3
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	114,6	116,1	.	.	115,9	117,1	.	.	118,1
Mehrfamiliengebäude	"	115,1	116,9	.	.	116,6	118,0	.	.	119,0
Gemischt genutzte Gebäude	"	117,3	119,4	.	.	119,0	120,5	.	.	121,4
Bürogebäude	"	116,0	118,6	.	.	118,2	119,7	.	.	120,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 321	67 095	61 076	65 166	67 784	71 571	73 320	73 837	74 010
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	6 880,0	10 061,2	8 832,7	9 687,8	10 229,1	11 182,2	11 503,4	11 617,6	11 648,5
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ^{2) 3)}	Mio. DM	1 009	911	845	1 015	760	713	887	905	...
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	149	118	116	158	81	93	156	157	...
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	860	793	729	857	679	620	732	749	...
* davon Rohstoffe	"	8	6	7	7	7	4	6	4	...
* Halbwaren	"	171	118	137	149	113	97	105	89	...
* Fertigwaren	"	680	669	585	702	559	519	620	656	...
* davon Vorerzeugnisse	"	97	84	78	96	94	87	83	76	...
* Enderzeugnisse	"	583	585	507	605	465	432	537	580	...
* nach Europa	"	634	608	552	654	531	464	619	672	...
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	421	409	365	455	357	333	378	479	...
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁵⁾										
Einfuhr	"	6 186	4 315	4 515	5 462	4 242
davon Europa	"	3 619	2 496	2 845	3 081	2 419
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 749	1 859	2 145	2 361	1 813
Außereuropa	"	2 567	1 819	1 669	2 381	1 823
Ausfuhr	"	2 944	2 375	2 305	3 088	2 377
davon Europa	"	2 120	1 679	1 688	2 320	1 773
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 551	1 195	1 212	1 795	1 344
Außereuropa	"	823	696	617	768	604
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1980 = 100	131,4	114,3	119,8	129,6	114,0
* davon Binnengroßhandel	"	139,1	120,7	120,3	141,6	122,8
* Außenhandel	"	125,0	109,1	119,4	119,8	106,9
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1980 = 100	107,2	111,2	110,5	119,0	103,8
darunter Warenhäuser	"	90,9	93,0	81,3	87,4	86,9
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	110,4	112,3	102,3	121,4	123,0
darunter Beherbergungsgewerbe	"	114,0	125,4	110,9	148,6	134,1
Gaststättengewerbe	"	108,1	107,0	98,7	111,3	119,1
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen von Gästen	1000	131,2	137,9	118	147	159	102	132	135	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	47,0	46,2	39	52	50	30	40	47	...
* Fremdenübernachtungen von Gästen	"	248,3	253,5	221	281	295	190	245	251	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	91,0	88,6	75	103	93	60	76	90	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See										
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 193	1 140	1 107	1 259	1 237	1 000	1 150	1 150	...
Güterverkehr über See	1000 t	4 961	4 540	4 608	4 838	4 431	4 379	5 170	4 500	...
davon Empfang	"	3 198	3 030	3 015	3 361	2 951	2 756	3 237	3 076	...
dar. Sack- und Stückgut	"	739	790	837	866	868	799	919	928	...
Versand	"	1 763	1 510	1 593	1 477	1 480	1 624	1 933	1 424	...
dar. Sack- und Stückgut	"	1 048	1 000	1 017	1 047	1 036	1 027	1 052	995	...
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	96 565	103 830	101 130	108 114	104 267	106 103	108 840	121 375	...
In Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	898	1 012	970	1 057	1 029	1 045	1 096	1 319	...
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	369	381	261	455	428	185
* Güterversand	"	394	426	371	497	489	262
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen										
Fluggäste	Anzahl	6 133	6 458	5 919	6 604	7 215	5 817	6 702	6 908	7 330
Fracht	t	389 612	395 063	368 656	409 132	400 448	345 334	413 690	415 882	477 057
Luftpost	t	2 464,7	2 445,7	2 564,4	2 470,4	2 535,3	2 453,8	2 785,2	2 581,9	2 564,6
	"	1 090,1	1 131,7	1 171,5	1 054,7	973,9	1 145,6	1 192,8	1 145,9	1 102,9
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	27 965	27 714	25 110	29 987	26 338	26 767	26 656	27 934	...
Busse (ohne Private)	"	20 223	19 669	18 092	21 473	18 398	20 170	19 528	20 011	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 617	6 106	7 001	8 326	6 417	5 005	7 697	8 754	7 350
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 006	5 576	6 307	7 406	5 747	4 582	6 805	7 632	6 668
* Lastkraftwagen	"	349	304	229	411	304	284	546	578	324
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	822	839	588	805	966	598	623	866	1 019
* Getötete Personen	"	9	10	9	10	7	5	6	8	8
* Verletzte Personen	"	1 048	1 078	766	1 039	1 234	806	775	1 082	1 254
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	110 351,1	111 754,2	109 788,3	110 031,1	110 477,7	111 032,5	110 513,2	110 392,1	110 703,8
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	105 385,8	106 990,5	105 056,1	105 417,8	105 657,8	106 523,7	106 040,3	105 947,9	106 229,3
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	18 638,4	18 304,2	18 306,4	18 602,4	18 330,2	17 448,9	18 094,8	17 139,0	16 625,2
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	18 556,0	18 073,4	18 200,6	18 208,8	18 208,1	17 092,3	16 960,4	16 643,2	16 501,1
* an öffentliche Haushalte	"	82,4	230,8	105,8	393,6	122,1	356,6	134,4	495,8	124,1
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	11 338,7	10 297,0	10 785,2	10 688,9	10 796,0	10 094,2	10 241,6	10 072,8	10 281,2
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 038,9	6 953,6	7 136,4	7 031,1	7 129,5	6 879,6	7 006,9	6 906,3	6 983,9
* an öffentliche Haushalte	"	4 299,8	3 343,4	3 648,8	3 657,8	3 666,5	3 214,6	3 234,7	3 166,5	3 297,3
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	75 408,7	78 389,3	75 964,5	76 126,5	76 531,6	78 980,6	78 703,9	78 736,1	79 322,9
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	55 170,6	58 795,4	55 609,4	55 900,5	56 283,9	58 871,4	58 774,1	58 958,3	59 143,9
* an öffentliche Haushalte	"	20 238,1	19 593,9	20 355,1	20 226,0	20 247,7	20 109,2	19 929,8	19 777,8	20 179,0
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁶⁾	"	63 004,3	66 203,7	60 422,7	60 967,3	61 407,1	65 411,8	63 799,0	64 261,3	65 211,4
* Sichteinlagen und Termingelder	"	47 260,8	49 204,5	44 459,4	44 939,9	45 344,1	48 358,1	46 775,3	47 261,7	48 211,7
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	39 929,0	41 587,6	37 488,0	38 134,1	38 313,6	40 492,9	39 761,3	40 305,3	40 608,9
* von öffentlichen Haushalten	"	7 331,8	7 616,9	6 971,4	6 805,8	7 030,5	7 865,1	7 014,0	6 956,5	7 602,8
* Spareinlagen	"	15 743,5	16 999,2	15 963,3	16 027,4	16 063,0	17 053,7	17 023,7	16 999,6	16 999,7
* bei Sparkassen	"	9 861,3	10 116,6	9 739,9	9 725,1	9 727,0	10 128,7	10 092,7	10 030,4	10 015,1
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 505,2	1 543,3	1 077,0	1 231,6	895,6	1 079,2	1 014,4	995,2	823,5
* Lastschriften auf Sparkonten	"	876,5	919,9	1 007,6	1 167,5	860,0	1 016,3	1 041,3	1 016,8	823,5
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	49	44	49	37	36	30	49	46	45
* Vergleichsverfahren	"	0	—	—	—	—	1	—	—	—
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	273	254	224	291	266	591	222	221	208
* Wechselsumme	Mio. DM	10,3	3,2	1,8	4,6	2,9	2,7	2,3	3,2	2,1
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	32 995	31 525	29 343	35 232	28 794	26 687	28 862	28 395	26 988
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 831,7	1 753,9	1 836,0	1 529,8	1 524,5	1 403,1	1 812,9	1 410,3	1 518,7
* Steuern vom Einkommen	"	1 032,1	1 004,6	1 341,7	649,3	783,8	607,3	1 230,0	699,3	809,9
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	663,3	673,2	548,5	618,6	692,2	599,9	594,2	611,6	714,9
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	135,0	121,4	391,0	14,6	54,7	6,2	370,7	6,1	17,8
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	53,4	65,7	15,0	27,5	47,5	47,2	18,7	36,9	75,9
* Körperschaftsteuer ⁷⁾ ⁸⁾	"	180,4	144,3	387,2	17,8	10,7	33,7	246,4	56,8	1,2
* Steuern vom Umsatz	"	799,5	749,3	494,2	880,5	740,8	795,9	582,9	711,0	708,8
* Umsatzsteuer	"	315,1	379,1	148,6	461,5	325,0	464,4	206,9	361,2	350,2
* Einfuhrumsatzsteuer	"	484,4	370,2	345,6	419,0	415,8	331,4	376,1	349,8	358,6
* Bundessteuern	"	1 089,8	1 163,0	999,5	1 000,5	1 124,7	1 197,5	999,9	1 033,9	1 186,7
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle)	"	75,7	71,6	65,5	78,1	74,8	71,5	86,3	85,7	73,3
* Verbrauchsteuern	"	979,7	1 055,0	901,7	892,5	1 006,9	1 044,0	886,0	919,4	1 080,8
* Landessteuern	"	56,2	63,2	42,1	56,7	95,7	100,7	57,3	43,7	102,9
* Vermögensteuer	"	19,4	19,9	5,9	3,6	57,6	53,4	3,3	4,7	61,2
* Kraftfahrzeugsteuer	"	14,7	18,4	14,4	30,3	15,3	15,8	18,4	16,5	18,2
* Biersteuer	"	2,5	2,6	2,1	2,3	2,9	1,9	2,5	2,9	3,7
* Gemeindesteuern	"	170,5	166,9	53,3	40,0	398,1	397,6	41,9	30,5	366,8
* Grundsteuer A ⁹⁾	"	0,1	0,1	0,0	0,0	0,3	0,3	0,0	0,0	0,3
* Grundsteuer B ¹⁰⁾	"	25,0	25,9	1,7	1,7	57,7	63,0	3,0	2,4	59,1
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹¹⁾	"	140,1	135,6	47,2	33,3	335,3	329,6	37,6	27,4	306,9

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. — ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. — ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. — ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — ⁹⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ¹⁰⁾ einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten. — ¹¹⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 002,4	2 029,4	1 856,0	1 774,3	1 891,2	1 907,9	1 835,2	1 714,6	1 947,8
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	456,2	442,7	600,4	279,3	335,9	259,1	542,6	304,2	350,0
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	523,7	487,1	321,3	572,3	481,5	517,3	378,9	462,2	460,7
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	—	—	23,4	5,4	—	—	23,5
* Steuereinnahmen des Landes	"	474,9	477,2	—	140,5	493,0	—	—	136,1	544,7
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾ ³⁾	"	337,3	328,0	—	31,3	320,6	—	—	19,4	346,1
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	73,3	78,0	—	52,5	53,2	—	—	73,0	72,1
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	—	—	23,4	5,4	—	—	23,5
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	242,7	236,6	—	48,0	458,5	—	—	28,0	429,8
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	123,9	119,6	47,2	33,3	288,5	318,9	37,6	27,4	260,0
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾ ³⁾	"	88,4	85,7	—	8,0	107,3	—	—	2,5	109,9
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	687,9	694,5	—	187,5	950,4	—	—	163,1	973,5
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM									
* männliche Arbeiter	"	778	796	—	789	—	—	—	—	—
* dár. Facharbeiter	"	811	828	—	820	—	—	—	—	—
* weibliche Arbeiter	"	541	561	—	553	—	—	—	—	—
* dar. Hilfsarbeiter	"	498	516	—	509	—	—	—	—	—
Bruttostundenverdienste	"									
* männliche Arbeiter	"	18,98	19,52	—	19,32	—	—	—	—	—
* dar. Facharbeiter	"	19,76	20,30	—	20,11	—	—	—	—	—
* weibliche Arbeiter	"	13,54	14,15	—	13,96	—	—	—	—	—
* dar. Hilfsarbeiter	"	12,44	12,94	—	12,85	—	—	—	—	—
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	4 952	5 154	—	5 098	—	—	—	—	—
* weiblich	"	3 413	3 531	—	3 481	—	—	—	—	—
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	4 623	4 774	—	4 708	—	—	—	—	—
* weiblich	"	3 173	3 278	—	3 223	—	—	—	—	—
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 009	4 152	—	4 136	—	—	—	—	—
* weiblich	"	2 999	3 110	—	3 101	—	—	—	—	—
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt	Anzahl	21 064	21 391	18 023	21 879	18 204	18 502	23 758	18 907	20 891
dar. Straftaten wider das Leben	"	7	6	5	6	7	4	2	9	7
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	155	167	138	177	230	124	153	138	91
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	1 167	1 093	887	1 131	884	944	1 159	968	1 019
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	3 190	2 659	2 639	2 595	2 283	2 881	2 897	1 971	2 463
Diebstahl	"	13 801	14 519	11 877	15 116	12 338	11 582	16 183	13 010	14 402
dar. unter erschwerenden Umständen	"	9 301	10 055	7 806	10 542	8 435	7 802	10 542	8 668	9 956
Außerdem Verkehrsvergehen	"	976	876	959	949	1 038	729	812	809	848
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt	"	15 749	15 620	15 484	15 351	16 194	15 493	15 484	15 547	15 609
dar. Feualarmer	"	607	655	648	729	708	669	759	830	660
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	175	171	138	173	185	187	213	210	201
Rettungswageneinsätze	"	14 149	13 761	13 725	13 618	14 289	13 916	13 533	13 626	13 743
dar. für Krankenbeförderungen	"	21 695	1 741	1 604	1 849	1 613	1 832	1 995	1 786	1 644
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	154	243	211	351	337	307	196	251	196

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern abzüglich Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1986			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt	1000	Dezember	1 571,3	12 034,2	61 140,5	1 579,9
Bevölkerung	Anzahl	"	1 081	10 607	56 900	1 018
Lebendgeborene	"	"	2 089	13 877	64 803	2 025
Gestorbene	"	"	1 008	3 270	7 903	1 007
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	-	-	-	-
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	6 687	25 135	39 986	3 751
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	5 515	22 561	33 471	5 045
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	1 172	2 574	6 515	1 294
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	164	696	1 388	2 301
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	161,7	600,6	4 677,6	155,1
Lebendgeborene	Anzahl	"	195	797	5 933	159
Gestorbene	"	"	23	104	848	21
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	172	693	5 085	138
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 815	6 461	30 292	1 274
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 832	5 420	28 205	1 486
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	983	1 041	2 087	212
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	1 155	1 734	7 172	74
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose	Anzahl	Dezember	96 557	575 926	2 218 181	92 426
und zwar Männer	"	"	56 178	324 547	1 205 926	54 233
Frauen	"	"	40 379	251 379	1 012 255	38 193
Teilzeitkräfte	"	"	6 207	53 593	220 738	6 816
Ausländer	"	"	15 401	48 243	255 198	14 386
Arbeitslosenquote	%	"	13,3	11,8	8,9	12,7
Offene Stellen	Anzahl	"	4 502	25 915	141 309	2 647
Kurzarbeiter	"	"	6 379	56 710	246 692	7 522
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)³⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	138 017	1 027 712	7 065 571	139 228
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	9 491	88 692	608 252	9 369
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	621	3 851	27 060	580
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁴⁾	"	"	3 382	17 932	110 779	3 584
Gesamtumsatz ¹⁾	"	"	5 268	22 507	125 584	7 966
darunter Auslandsumsatz	"	"	842	6 075	37 963	1 402
Bauhauptgewerbe⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Dezember	22 181	177 752	1 002 961	22 372
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	1 921	15 591	89 801	1 736
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	80	517	3 027	81
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	"	"	379	2 299	12 507	257
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen von Gästen	1000	Dezember	95	536	3 222	89
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	"	28	75	562	27
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁶⁾	Anzahl	Dezember	6 209	47 886	247 977	4 272
Steuern⁷⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Okt.-Dez.	10 973,7
darunter	"	"
Gemeinschaftsteuern	"	"	5 802,1
Landesteuern	"	"	155,7
Gemeindesteuern	"	"	560,6

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. - ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. - ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 ⁴⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post. - ⁷⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4.

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾								
1985		1986			1985			Veränderung 1986 gegenüber 1985 in %		
Hamburg, chl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -
12 050,9	61 020,5	1 575,6	12 041,5	61 066,3	1 586,4	12 068,5	61 024,4	- 0,7	- 0,2	+ 0,1
9 238	45 318	13 404	115 068	625 963	12 711	108 333	582 597	+ 5,5	+ 6,2	+ 7,4
13 598	60 521	21 973	145 730	701 890	22 266	146 573	701 163	- 1,3	- 0,6	+ 0,1
4 360	15 203	8 569	30 662	75 927	9 555	38 240	118 566	x	x	x
20 540	37 827	59 825	277 845	598 479	56 784	261 580	512 108	+ 5,4	+ 6,2	+ 16,9
21 594	31 192	59 873	263 798	410 052	59 792	260 651	428 717	+ 0,1	+ 1,2	+ 4,4
1 054	6 635	48	14 047	188 427	3 008	929	83 391	x	x	x
5 414	8 568	8 617	16 615	112 500	12 563	37 311	35 175	x	x	x
580,8	4 484,2	158,0	592,7	4 575,3	153,7	574,5	4 445,0	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,9
630	4 979	2 101	7 329	58 653	1 869	6 495	53 723	+ 12,4	+ 12,8	+ 9,2
111	747	250	963	7 845	309	1 050	7 694	- 19,1	- 8,3	+ 2,0
519	4 232	1 851	6 366	50 808	1 560	5 445	46 029	x	x	x
4 965	27 208	23 850	86 792	479 501	20 872	73 309	399 951	+ 14,3	+ 18,4	+ 19,9
4 800	26 593	18 652	66 463	347 990	19 585	65 966	372 719	- 4,8	+ 0,8	- 6,6
165	615	5 198	20 329	131 511	1 287	7 343	27 232	x	x	x
684	4 847	7 049	26 695	182 319	2 847	12 788	73 261	x	x	x
607 535	2 347 129	94 436	575 150	2 228 004	89 162	592 930	2 304 014	+ 5,9	- 3,0	- 3,3
346 974	1 297 449	54 961	321 923	1 199 992	53 012	344 559	1 289 055	+ 3,7	- 6,6	- 6,9
260 561	1 049 680	39 475	253 226	1 028 013	36 150	248 371	1 014 959	+ 9,2	+ 2,0	+ 1,3
57 386	239 977	6 813	56 620	235 504	6 450	56 861	238 448	+ 5,6	- 0,4	- 1,2
48 095	259 939	15 086	46 991	247 991	14 310	46 523	253 207	+ 5,4	+ 1,0	- 2,1
12,5	9,4	13,0	11,8	9,0	12,3	12,2	9,3	x	x	x
18 575	110 135	3 782	27 958	153 873	2 911	19 006	109 997	+ 29,9	+ 47,1	+ 39,9
42 162	184 141	7 201	42 971	197 389	9 496	52 150	234 533	- 24,2	- 17,6	- 15,8
1 018 019	6 983 978	138 836	1 028 651	7 061 852	139 680	1 014 771	6 940 069	- 0,6	+ 1,4	+ 1,8
87 754	590 373	122 540	1 209 788	7 958 572	127 187	1 189 252	7 906 418	- 3,7	+ 1,7	+ 0,7
3 684	25 635	7 011	44 502	305 528	6 798	42 204	288 322	+ 3,1	+ 5,4	+ 6,0
18 904	109 225	39 475	220 066	1 296 424	42 270	224 945	1 304 859	- 6,6	- 2,2	- 0,6
25 631	126 836	70 253	279 125	1 468 252	91 223	302 461	1 496 391	- 23,0	- 7,7	- 1,9
7 590	40 012	9 340	73 870	436 258	10 556	77 926	444 068	- 11,5	- 5,2	- 1,8
181 540	1 012 910	22 593	178 197	1 003 009	22 801	185 092	1 025 725	- 0,9	- 3,7	- 2,2
14 529	84 879	27 260	222 720	1 279 282	25 982	225 569	1 269 453	+ 4,9	- 1,3	+ 0,8
474	2 760	931	5 978	34 752	919	5 944	34 214	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,6
1 974	10 759	2 937	19 256	104 526	2 607	18 489	99 976	+ 12,7	+ 4,1	+ 4,6
499	2 998	1 655	11 491	59 709	1 574	11 027	58 676	+ 5,1	+ 4,2	+ 1,8
73	534	555	1 731	12 217	564	1 661	12 686	- 1,6	+ 4,3	- 3,7
28 608	151 069	66 906	537 795	2 823 670	60 067	448 120	2 374 779	+ 11,4	+ 20,0	+ 18,9
25 363,2	123 174,7	37 655,6	89 072,6	437 198,7
16 911,4	90 711,7	21 856,5	61 132,3	324 066,5
816,6	4 336,6	674,9	3 389,4	18 475,4
1 985,0	10 027,7	2 046,1	7 495,7	39 621,2

und mehr Beschäftigten. - ⁴⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁵⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. -

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	4. Vj. 86 3. Vj. 86	1 571 1 574	... 1 878	1 291 1 288	966 965	623 623	615 615	565 564	557 556	522 523	531 535	466 467
darunter Ausländer	%	4. Vj. 86 3. Vj. 86	10,3 10,2	16,3 16,3	14,4 14,4	6,1 6,0	22,7 22,6	12,9 12,7	18,0 17,9	7,1 7,0	9,3 9,2	11,9 12,1
Lebendgeborene	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	3 299 3 575	... 4 881	2 499 2 604	2 329 2 233	1 445 1 436	1 436 1 327	1 244 1 291	1 419 1 063	1 122 1 211	807 1 084	1 019 1 124
darunter Ausländer	%	4. Vj. 86 3. Vj. 86	17,2 14,9	... 21,1	16,8 16,6	22,2 21,8	13,7 13,8	30,6 29,6	18,1 17,4	23,7 23,2	11,9 12,3	15,7 12,5	16,8 17,0
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 3. Vj. 86	8,3 9,0	... 10,3	7,7 8,0	9,6 9,2	9,2 9,2	9,3 8,6	8,7 9,1	10,1 7,6	8,5 9,2	6,0 8,0	8,7 9,5
Gestorbene	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	5 532 5 345	... 7 195	3 170 3 157	2 654 2 461	2 003 1 962	1 988 1 709	1 808 1 665	1 604 1 296	1 783 1 668	1 544 1 922	1 493 1 368
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 3. Vj. 86	14,0 13,5	... 15,2	9,7 9,7	10,9 10,1	12,8 12,5	12,8 11,0	12,7 11,7	11,4 9,3	13,6 12,7	11,5 14,3	12,7 11,6
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	- 2 233 - 1 770	... - 2 314	- 671 - 553	- 325 - 228	- 558 - 526	- 552 - 382	- 564 - 374	- 185 - 233	- 661 - 457	- 737 - 838	- 474 - 244
Zugezogene Personen	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	15 491 16 410	... 34 057	24 084 25 495	12 108 11 870	4 510 4 893	10 944 12 108	6 691 7 215	11 931 11 032	4 949 4 687	8 260 7 892	7 105 8 537
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 3. Vj. 86	39,1 41,4	... 71,9	74,0 78,5	49,7 48,8	28,7 31,2	70,6 78,1	47,0 50,7	85,0 78,8	37,6 35,5	61,7 58,6	60,5 72,5
Fortgezogene Personen	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	15 894 16 455	... 22 663	20 214 22 348	10 420 11 641	3 753 4 670	10 101 10 751	5 251 6 771	10 520 10 350	5 341 5 918	10 577 7 396	8 097 7 174
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 3. Vj. 86	40,1 41,5	... 47,9	62,1 68,8	42,8 47,8	23,9 29,8	65,1 69,4	36,9 47,6	74,9 73,9	40,6 44,9	79,0 54,9	69,0 60,9
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	- 403 - 45	... + 11 394	+ 3 870 + 3 147	+ 1 688 + 229	+ 757 + 223	+ 843 + 1 357	+ 1 440 + 444	+ 1 411 + 682	- 392 - 1 231	- 2 317 + 496	- 992 + 1 363
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 3. Vj. 86	- 1,0 - 0,1	... + 24,1	+ 11,9 + 9,7	+ 6,9 + 0,9	+ 4,8 + 1,4	+ 5,4 + 8,8	+ 10,1 + 3,1	+ 10,1 + 4,9	- 3,0 - 9,3	- 17,3 + 3,7	- 8,5 + 11,6
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	- 2 636 - 1 815	... + 9 080	+ 3 199 + 2 594	+ 1 363 + 1	+ 199 - 303	+ 291 + 975	+ 876 + 70	+ 1 226 + 449	- 1 053 - 1 688	- 3 054 - 342	- 1 466 + 1 119
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 3. Vj. 86	- 6,7 - 4,6	... + 19,2	+ 9,8 + 8,0	+ 5,6 + 0,0	+ 1,3 - 1,9	+ 1,9 + 6,3	+ 6,2 + 0,5	+ 8,7 + 3,2	- 8,0 - 12,8	- 22,8 - 2,5	- 12,5 + 9,5
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	31 924 39 276	... 54 676	28 575 26 457	23 503 23 206	14 343 13 941	10 787 10 622	11 710 11 635	10 788 8 255	12 466 14 524	10 964 11 598	10 479 10 318
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 3. Vj. 86	80,6 99,0	... 115,5	87,8 81,5	96,5 95,4	91,4 88,8	69,6 68,5	82,2 81,8	76,8 58,9	94,7 110,2	81,9 86,1	89,3 87,6
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	96 557 92 222	86 436 80 368	³⁾ 53 707 ³⁾ 49 485	52 918 53 134	32 985 32 817	33 507 33 159	29 109 28 473	12 991 12 676	31 836 31 402	41 099 40 085	18 749 17 358
und zwar Männer	"	4. Vj. 86 3. Vj. 86	56 178 52 666	49 153 44 034	³⁾ 27 709 ³⁾ 23 847	29 887 29 493	19 275 18 690	18 321 17 804	17 379 16 459	7 003 6 717	17 771 17 143	23 081 22 112	9 771 8 530
Frauen	"	4. Vj. 86 3. Vj. 86	40 379 39 556	37 283 36 334	³⁾ 25 998 ³⁾ 25 638	23 031 23 641	13 710 14 127	15 186 15 355	11 730 12 014	5 988 5 959	14 065 14 259	18 018 17 973	8 978 8 828
Teilzeitkräfte	"	4. Vj. 86 3. Vj. 86	6 207 6 703	4 591 4 545	³⁾ 6 120 ³⁾ 6 346	3 671 3 855	2 394 2 533	3 263 3 333	1 801 1 997	1 001 982	3 087 2 971	3 482 3 448	1 829 1 904
Arbeitslosenquote	%	4. Vj. 86 3. Vj. 86	13,3 12,7	10,7 9,9	³⁾ 5,9 ³⁾ 5,4	14,0 14,0	14,7 14,7	6,5 6,4	12,0 11,8	4,9 4,8	15,1 14,9	12,6 12,3	7,9 7,3
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	4. Vj. 86 3. Vj. 86	15 401 15 191	15 189 13 914	³⁾ 12 698 ³⁾ 10 009	11 067 10 991	3 028 2 887	8 284 7 766	5 384 5 119	3 855 3 667	3 648 3 412	6 608 6 209	3 788 3 259
Offene Stellen	"	4. Vj. 86 3. Vj. 86	4 502 5 163	7 555 6 475	³⁾ 7 258 ³⁾ 8 701	2 459 2 858	2 760 1 018	4 247 5 168	1 856 2 293	3 965 4 741	1 504 1 592	4 185 3 032	1 989 2 773
Kurzarbeiter	"	4. Vj. 86 3. Vj. 86	6 379 3 336	9 139 2 513	³⁾ 1 305 ³⁾ 768	1 714 686	530 1 824	1 250 707	4 947 3 320	1 172 383	3 806 1 962	1 530 424	1 578 583

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	4. Vj. 86	137 907	162 806	179 609	104 567	48 903	104 897	76 685	123 765	65 991	78 435	89 277
		3. Vj. 86	139 693	165 063	180 611	105 732	49 731	105 488	78 186	125 190	66 812	79 540	89 936
je 1000 Einwohner	Anzahl	4. Vj. 86	88	...	139	108	79	171	136	222	126	147	192
		3. Vj. 86	89	88	140	110	80	172	139	225	128	149	193
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	4. Vj. 86	1 947	1 911	2 512	1 613	697	1 633	1 158	1 875	873	1 020	1 028
		3. Vj. 86	1 708	1 714	2 293	1 412	599	1 328	995	1 696	755	966	940
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Anzahl	4. Vj. 86	56	47	55	61	57	62	60	60	52	52	46
		3. Vj. 86	49	41	50	53	48	50	50	54	45	48	41
Umsatz aus Eigenherzeugung ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86	10 014	11 666	12 802	7 636	3 110	4 354	5 376	6 331	4 412	3 955	3 575
		3. Vj. 86	9 519	11 061	12 017	6 997	2 753	4 012	3 884	5 278	4 251	3 753	3 144
Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86	15 822	12 077	14 063	8 663	3 769	7 472	6 014	7 435	5 127	4 371	3 875
		3. Vj. 86	16 102	11 435	13 047	7 962	3 299	6 224	4 546	6 130	4 929	4 098	3 440
darunter Auslandsumsatz ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86	2 792	1 389	5 960	2 706	626	1 982	2 520	2 390	1 755	1 551	1 153
		3. Vj. 86	2 108	1 278	5 637	2 243	491	1 835	1 418	1 861	1 753	1 427	776
Gesamtumsatz ⁵⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86	40	...	43	36	24	48	42	53	39	33	33
		3. Vj. 86	41	24	40	33	21	40	32	44	37	30	29
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Anzahl	4. Vj. 86	455	294	311	329	306	283	311	238	308	221	172
		3. Vj. 86	457	275	287	299	263	234	231	194	293	204	152
Bauhauptgewerbe⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	4. Vj. 86	17 347	25 806	27 694	10 803	...	15 240	10 191	11 442	6 732	5 892	8 241
		3. Vj. 86	18 225	26 707	28 832	10 982	8 787	15 780	10 478	11 360	7 021	6 104	8 436
Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86	834	1 083	1 072	416	...	563	420	489	311	235	293
		3. Vj. 86	704	946	948	371	291	557	420	404	234	214	262
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	4. Vj. 86	399 594	428 704	670 419	220 997	59 443	402 173	219 959	137 815	79 975	103 159	173 927
		3. Vj. 86	497 897	450 715	767 548	292 625	50 369	435 841	203 680	129 922	86 996	99 484	162 300
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	4. Vj. 86	730 420	1 181 458	1 400 913	444 068	167 738	666 568	437 371	288 197	138 864	170 427	320 486
		3. Vj. 86	900 460	1 326 536	1 641 802	555 358	144 594	737 297	396 694	279 588	154 935	160 071	281 141
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	4. Vj. 86	242 417	226 184	551 012	158 450	27 725	369 737	188 259	84 580	30 489	36 923	67 921
		3. Vj. 86	347 126	299 304	820 136	271 755	21 024	477 578	168 291	99 615	46 437	52 600	81 282
Fremdenübernachtungen von Gästen je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	4. Vj. 86	1 844	...	4 303	1 823	1 069	4 299	3 072	2 053	1 055	1 273	2 730
		3. Vj. 86	2 270	2 802	5 056	2 283	921	4 758	2 790	1 996	1 193	1 188	2 388
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁶⁾	Anzahl	4. Vj. 86	16 616	14 712	21 884	13 641	6 715	10 086	7 035	...	5 380
		3. Vj. 86	15 704	14 249	20 086	10 168	6 245	9 754	5 938	...	5 333
Steuer-einnahmen													
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital - nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer	Mio. DM	4. Vj. 86	375	108	402	216	169	287	165	161	90	107	104
		3. Vj. 86	328	122	424	180	115	302	186	184	95	103	124
DM je Einwohner und 1 Jahr (Gemeindeanteil)	Anzahl	4. Vj. 86	947	...	1 235	885	1 078	1 850	1 157	1 145	684	799	887
		3. Vj. 86	827	257	1 305	740	734	1 951	1 307	1 314	717	766	1 051
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	4. Vj. 86	295	171	394	255	149	194	174	185	77	128	143
		3. Vj. 86	247	120	178	110	65	83	75	80	69	54	56
DM je Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	4. Vj. 86	746	...	1 210	1 047	951	1 248	1 220	1 321	588	960	1 214
		3. Vj. 86	623	255	550	454	411	534	529	569	524	401	478

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. - ²⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁴⁾ Arbeitsamtsbezirk. - ⁵⁾ einschl. Erkrath, Stadt ohne Hochdahl.

In den Monaten April, Mai und Juni veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung Oktober 1986
Bevölkerungsentwicklung November 1986
Bevölkerungsentwicklung Dezember 1986
Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken, Kern- und Ortsamtsgebieten
im 4. Vierteljahr 1986
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im 2. Vierteljahr 1986

Produzierendes Gewerbe

Index der Nettoproduktion im Januar 1987
Index der Nettoproduktion im Februar 1987

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe Februar 1987
Bauhauptgewerbe März 1987
Ausbaugewerbe Februar 1987
Hochbautätigkeit Februar 1987

Handel und Gastgewerbe

Großhandel Oktober bis Dezember 1986
Ausfuhr des Landes Hamburg Oktober bis Dezember 1986 (Spezialhandel)
Durchfuhr des Auslandes und Durchgangsverkehr der DDR über Hamburg Oktober 1986
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Januar 1987

Verkehr

Binnenschiffahrt des Hamburger Hafens Januar 1987
Seeverkehr des Hamburger Hafens Juni 1986
Seeverkehr des Hamburger Hafens Juli 1986

Öffentliche Finanzen

Steueraufkommen und Steuereinnahmen Dezember 1986

Preise

Preisindizes für Bauwerke Februar 1987
Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)
und Verbraucherpreise in Hamburg im März und April 1987

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich und enthält ständige Zahlenübersichten sowie textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Jahrbuch 1981

Das Statistische Jahrbuch ist eine umfassende Zusammenstellung zahlenmäßiger Informationen über die demographischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten in Hamburg. Bei dem 1981 erschienenen Band handelt es sich um eine größtenteils neugestaltete und um zusätzliche Nachweisungen erweiterte Ausgabe. Das Jahrbuch enthält in seinem Hauptteil Ergebnisse in ausführlicher sachlicher Gliederung, zumeist für die Jahre 1978 und 1979. In einem zweiten Abschnitt werden Daten über ausgewählte Themenbereiche in langfristiger Entwicklung unterbreitet; die „langen Reihen“ erstrecken sich durchweg über den Zeitraum von 1950 bis 1979. Der dritte Teil bietet ein knappes Tabellarium mit Angaben über die Region Hamburg. Das Jahrbuch enthält 440 Tabellen und ist 374 Seiten stark (vergriffen).

Statistisches Taschenbuch 1986

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in kleiner, handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in knapper tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in den Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen. Das Taschenbuch ist 244 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1980

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält an Übersichten:
Zugehörigkeit der Gebietsteile zu den Finanzämtern, den Standesämtern und den Amtsgerichten
Schlüsselverzeichnis für Grundbuchbezirke mit Angabe des zuständigen Amtsgerichtsbezirks
Konsulate
Amtlich benannte Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet mit Angabe der Ortsteile,
Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Stadtteile, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke
Kleingartenvereine
Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 268 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

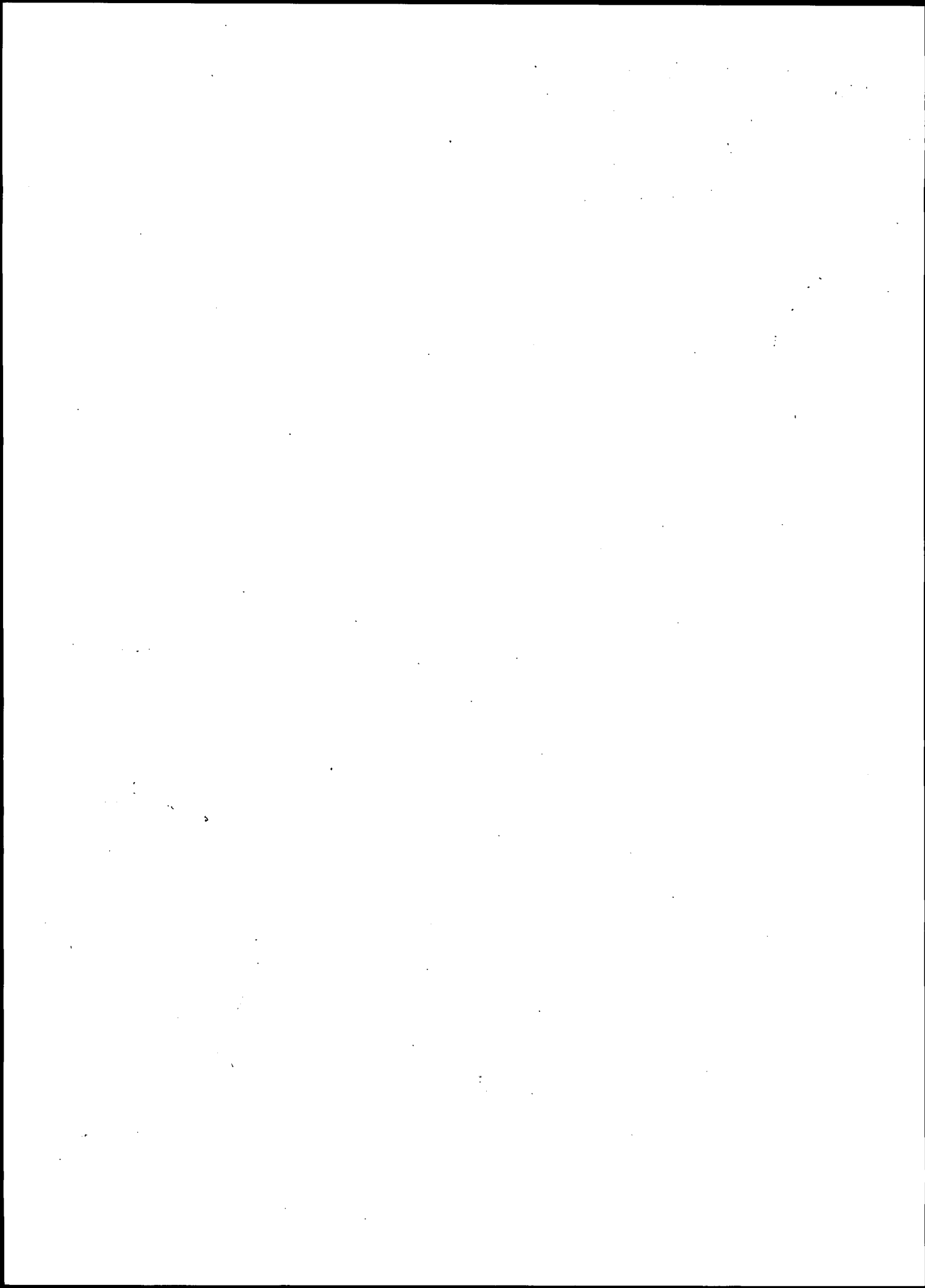
Statistik des Hamburgischen Staates

Dies sind die Quellenwerke mit wichtigen Tabellen aus großen Zählungen und wichtigen laufenden Statistiken. In dieser Reihe werden die Ergebnisse der Arbeiten des Statistischen Landesamtes ausführlich und mit dem Ziel der nachhaltigen Dokumentation der Zeitverhältnisse publiziert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwanderung über die Hamburger Landesgrenze - Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 - (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 - Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 - Landesergebnisse -
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik - Daten für die Region Hamburg/Umland 1976
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980
- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik - Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982
- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985

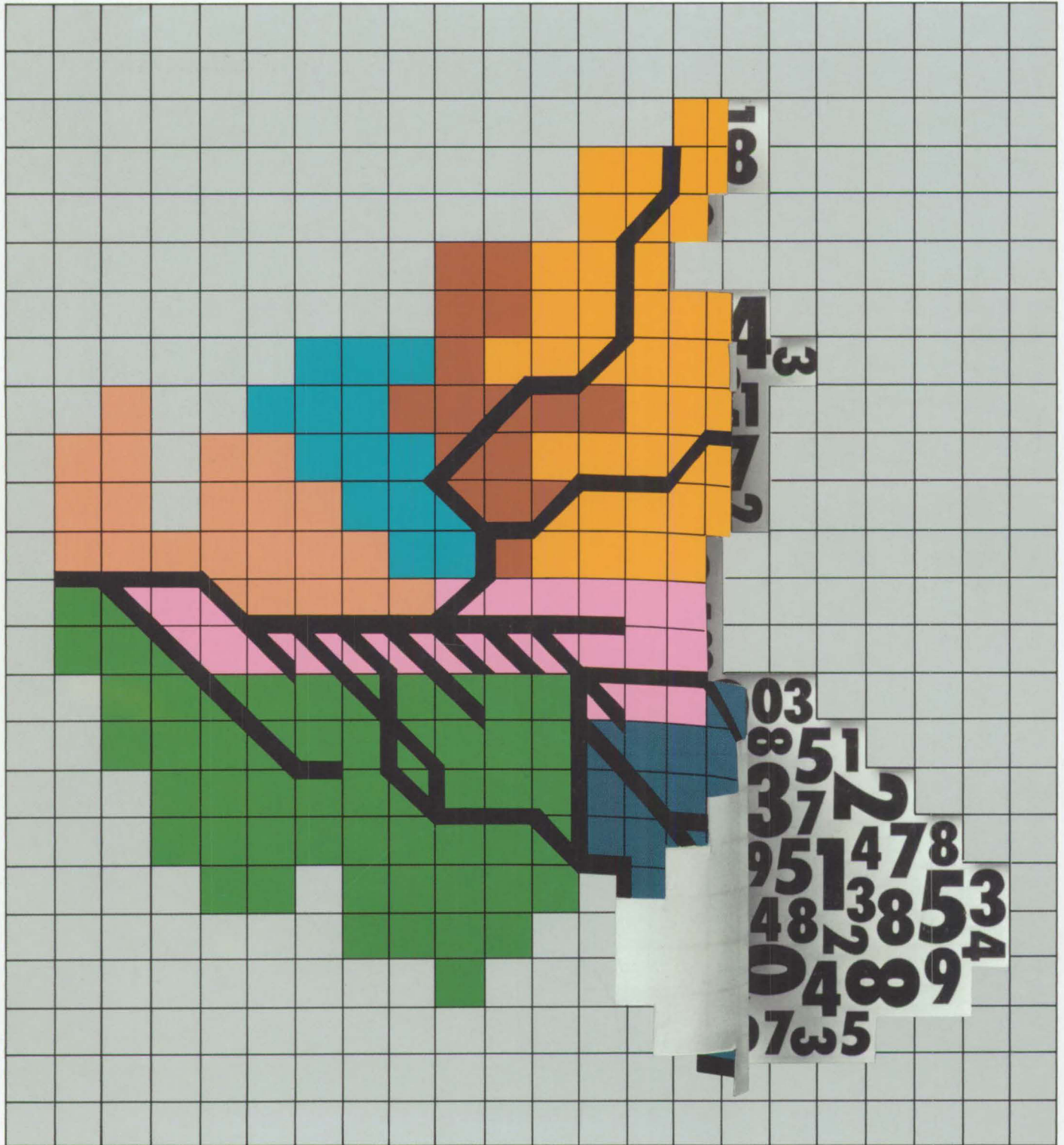
Vertrieb der vorstehenden Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-719 bzw. 721



Hamburg in Zahlen

1987

8



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

MD = Monatsdurchschnitt

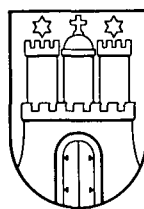
Vj = Vierteljahr

Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 8. 1987

Das statistische Stichwort	
○ Normalverteilung	266
*	
Schaubild des Monats	
○ Ausländer in Hamburg am 31. Dezember 1986 nach der Aufenthaltsdauer	266
*	
Statistik aktuell	
○ Geschlechtskrankheiten und AIDS	266
○ Jede 7. Ehe mit ausländischer Beteiligung	267
○ Gastgewerbe 1986	267
○ Wohngeld 1986	267
○ Starke Rückgänge im sozialen Wohnungsbau	267
○ Industriebeschäftigte in den Bezirken	267
*	
Stadtstaaten im Vergleich: Beschäftigung und Qualifikation in Hamburg, Bremen und Berlin (West) zwischen 1980 und 1985	
	268
*	
Ausbildungsstruktur und Wirtschaftskraft	
	275
*	
Das wissenschaftliche Veranstaltungsprogramm der Statistischen Woche 1987 in Berlin	
	280
*	
Wegweiser zu statistischen Informationen: GASTGEWERBE	
	282
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	284
○ Hamburg heute und gestern	284
○ Statistische Woche 1987	284
○ Neue Schriften	285
*	
Hamburger Zahlenspiegel	286
Hamburg im großräumlichen Vergleich	292
Hamburg im Städtevergleich	294

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

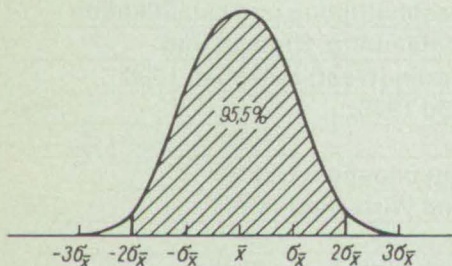
Einzelpreis: DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Das statistische Stichwort

Normalverteilung

Bei biologischen Messungen und statistischen Auszählungen von Merkmalen, die nicht willkürlicher Beeinflussung oder sozialer Normierung unterliegen, findet man oft, daß extreme Zähl- oder Meßergebnisse selten, mittlere Ergebnisse dagegen viel häufiger vorkommen. Werden die Zähl- oder Meßergebnisse in einem Koordinatensystem dargestellt, das heißt auf der Abszissenachse die Meßwerte und auf der Ordinatenachse deren Häufigkeiten abgetragen, so entsteht in den meisten Fällen eine glockenförmige Verteilungskurve, die folgende Idealform annimmt:



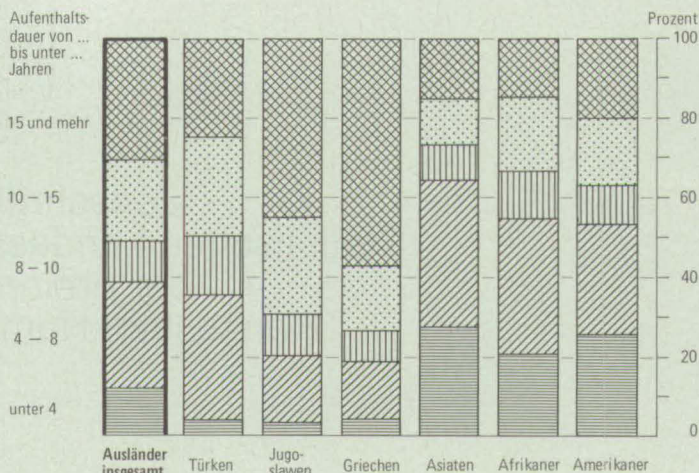
Eine Reihe von unabhängigen Zufallsvariablen ist um so besser angenähert normalverteilt und ergibt um so eher die typische Glockenkurve, je größer ihre Anzahl ist (Zentraler Grenzwertsatz). Das einschränkende Attribut „angenähert“ ist deshalb angebracht, weil die in der Praxis auftretenden Zahlen und Meßwerte nicht in allen Fällen genau dem ausgeglichenen Idealbild der Normalverteilung gehorchen.

Die Normalverteilung wird eindeutig durch Mittelwert (\bar{x}) und Streuung (σ), das heißt durch Maßzahlen zur Kennzeichnung der Lage einer Verteilung auf der Abszissenachse und zur Kennzeichnung der Breite der Verteilung bestimmt (vergleiche hierzu das statistische Stichwort „Median“, Hamburg in Zahlen, 1. 1982, S. 2). Modus (häufigster Wert) und Median (Zentralwert) haben bei Vorliegen einer Normalverteilung denselben Wert wie das arithmetische Mittel. Das liegt an der symmetrischen Form der Glockenkurve, unter deren Gipfel genau die drei erwähnten Mittelwerte liegen. Die in \bar{x} errichtete Ordinate halbiert die von der Kurve umschlossene Variablenreihe. Im Intervall $\bar{x} \pm \sigma$ befinden sich etwas mehr als zwei Drittel (68 Prozent) aller Meßwerte. Der Bereich $\bar{x} \pm 2\sigma$ umfaßt 95,5 Prozent und der von $\bar{x} \pm 3\sigma$ nahezu 100 Prozent der von der Glockenkurve begrenzten Fläche.

Günter Müller

Schaubild des Monats

Ausländer in Hamburg am 31. Dezember 1986 nach der Aufenthaltsdauer



Quelle: Ausländerzentralregister

HIZ 8.1987 L

Sehr viele der gegenwärtig in Hamburg wohnenden Ausländer sind schon vor recht langer Zeit in die Bundesrepublik gekommen. Von allen ausländischen Einwohnern unserer Stadt lebten Ende 1986 über die Hälfte mindestens zehn Jahre im Bundesgebiet, 30 Prozent sogar bereits mehr als 15 Jahre. Die Aufenthaltsdauer ist bei den verschiedenen Ausländergruppen allerdings unterschiedlich. Von den Griechen und Jugoslawen zum Beispiel sind jeweils um 70 Prozent, von den Türken rund 50 Prozent schon seit mindestens einem Jahrzehnt in der Bundesrepublik. Eine so lange Verweilzeit haben von den Asiaten indessen lediglich 27 Prozent und von den Afrikanern 33 Prozent.

Andererseits halten sich nur drei Prozent der Jugoslawen sowie vier Prozent der Griechen und Türken erst weniger als vier Jahre im Bundesgebiet auf, während der Anteil der ausländischen Mitbürger mit einer solch kurzen Aufenthaltsdauer bei den Asiaten 28 Prozent und bei den Afrikanern 21 Prozent erreicht. Im Durchschnitt aller in Hamburg lebenden Ausländer waren zwölf Prozent erst weniger als vier Jahre in der Bundesrepublik.

Statistik aktuell

Geschlechtskrankheiten und AIDS

Nachdem im Jahr 1985 mit 3716 Neuerkrankungen an Geschlechtskrankheiten in Hamburg bereits ein Tiefstand erreicht war, gingen diese 1986 auf 2422 (minus 35 Prozent) zurück. 346 Meldungen betrafen die Syphilis, 1985 den Tripper – die übrigen Geschlechtskrankheiten spielen kaum noch eine Rolle. 74 Prozent der Gemeldeten waren männli-

chen Geschlechts. Sterbefälle an Geschlechtskrankheiten wurden nicht bekannt.

AIDS-Erkrankungen unterliegen nicht der gesetzlichen Meldepflicht und werden daher durch die Amtliche Statistik nicht erfaßt. Die Todesursachenstatistiken der vergangenen Jahre ergeben jedoch folgendes:

Im Laufe des Jahres 1984 wurde AIDS als bis dahin nicht erfaßte Todesursache in das Internationale Todesursachenverzeichnis (ICD-Position 136.6) aufgenommen. Nachdem die Erfassung 1984 naturgemäß unvollständig war (ein verstorbener Mann), zeigte sich bereits 1985 mit 14 Verstorbenen (zwei Männer) ein klareres Bild. 1986 starben in Hamburg 39 Menschen (38 Männer) an AIDS, also fast dreimal soviel wie im Jahr vorher.

Harro Iwers

Jede 7. Ehe mit ausländischer Beteiligung

1986 wurden in Hamburg 9180 Ehen geschlossen. Gegenüber dem Vorjahr gingen 4,7 Prozent mehr Paare zum Standesbeamten.

Die Zahl der Ehen mit ausländischer Beteiligung erhöhte sich um 8,7 Prozent, bei 1272 Eheschließungen war mindestens ein Partner Ausländer. In 626 Fällen heiratete ein Ausländer eine Deutsche und in 439 Fällen ein Deutscher eine Ausländerin. Bei 207 Eheschließungen waren beide Ehepartner Ausländer.

Welche Nationalitäten bei den Ehen mit einem ausländischen Partner bevorzugt wurden, macht folgende Übersicht deutlich:

	Eheschließungen	Staatsangehörigkeit des Partners
Deutsche Frauen	82	Türkei
	39	Iran
	34	Jugoslawien
	34	Österreich
	33	Großbritannien
	29	Ghana
	25	Italien
	25	Polen
Deutsche Männer	62	Polen
	37	Philippinen
	24	Thailand
	22	Großbritannien
	22	Jugoslawien
	19	Türkei
		Isolde Schlüter

Gastgewerbe 1986

Im Hamburger Gastgewerbe waren 1986 rund 19 200 Beschäftigte tätig. In diesem Bereich wurde ein Umsatz von insgesamt 1,4 Milliarden DM erzielt. Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einem Umsatzplus von 1,7 Prozent. Dabei konnte das Beherbergungsgewerbe eine Zuwachsrate von zehn Prozent verbuchen, während im Gaststättengewerbe ein Umsatzrückgang von ein Prozent festgestellt wurde. Die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsklassen im Gastgewerbe war zum Teil sehr unterschiedlich.

Im Beherbergungsgewerbe konnten insbesondere die Hotels (plus 11,4 Prozent) höhere Zuwächse erzielen, aber auch die Gasthöfe (plus 7,4 Prozent) und Hotels garnis (plus fünf Prozent) wiesen eine positive Entwicklung auf.

Innerhalb des Gaststättengewerbes hatten die Eisdielen (plus 9,9 Prozent) und die Imbißhallen (plus 2,7 Prozent) die besten Ergebnisse. Speisewirtschaften und Schankwirtschaften blieben geringfügig unter dem Vorjahresergebnis. Bars und Tanzlokale sowie Cafés mußten dagegen starke Einbußen (minus 17,6 beziehungsweise 8,5 Prozent) hinnehmen.

Die Veränderung beim Personalbestand entsprach im wesentlichen der Umsatzentwicklung. So stieg im Beherbergungsgewerbe die Beschäftigtenzahl insgesamt um 3,9 Prozent an, wobei für Vollbeschäftigte ein Plus von 5,3 Prozent, hingegen für Teilzeitbeschäftigte ein Minus von 5,4 Prozent ausgewiesen wurde.

Im Gaststättengewerbe (minus 0,4 Prozent) war die Entwicklung gegensätzlich. Hier sank die Zahl der Vollbeschäftigten um 4,3 Prozent, während sich gleichzeitig die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 4,5 Prozent erhöhte.

Grete Warncke

Wohngeld 1986

Ende 1986 erhielten 83 132 hamburgische Haushalte Wohngeld, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um rund 21 Prozent (oder: 14 622 Empfänger).

12 458 Haushalte von Erwerbstätigen erhielten das Wohngeld zusätzlich zu ihrem Einkommen, allein über die Hälfte darunter waren Arbeiterhaushalte (6744). Eine weitere große Gruppe bildeten die Arbeitslosenhaushalte mit 18 340 Empfängern. Den größten Anteil an den sonstigen nicht erwerbstätigen Wohngeldempfängern (52 334) hatten die 28 978 Rentnerhaushalte.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch betrug 162 DM (Vorjahr = 126 DM). Die durchschnittliche Mietbelastung aller Wohngeldempfänger betrug 401 DM (Vorjahr = 377 DM).

35 778 Empfängerhaushalte bezogen gleichzeitig Sozialhilfe. Die meisten Empfänger (32 104) wohnten in Wohnungen, die in dem Zeitraum von 1948 bis 1965 fertiggestellt wurden.

Harro Iwers

Starke Rückgänge im sozialen Wohnungsbau

In Hamburg wurden 1986 fast 2300 Wohnungen aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert. Gegenüber 1985 errechnet sich ein Rückgang um rund zwei Fünftel. Mehr als 90 Prozent der 1986 geförderten Wohnungen betrafen Neubauvorhaben, der Rest Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Von den drastischen Rückgängen ist der Mehrfamilienhausbau mit 1700 Wohnungen besonders betroffen (minus 48 Prozent), während – bei allerdings nur 600 Wohnungen – in Ein- und Zweifamilienhäusern ein leichter Zuwachs (plus vier Prozent) festgestellt werden konnte.

Unter den am sozialen Wohnungsbau hauptsächlich partizipierenden Bauherengruppen standen 1986 die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen mit etwa 1000 Einheiten an erster Stelle; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dieses Ergebnis eine Einbuße um 31 Prozent. Fast auf gleichem Niveau belegten mit

630 bzw. 610 Wohnungen die Privathaushalte und die Unternehmen außerhalb der Wohnungswirtschaft die Plätze zwei und drei – auch hier waren Rückgänge um 39 bzw. 47 Prozent zu beobachten.

Ebenso deutlich wie die Zahl der Wohnungen sank das Förderungsvolumen selbst. Gegenüber 1985 ging die bewilligte Summe um 41 Prozent auf 175 Millionen DM zurück, wovon 139 Millionen DM für den Mehrfamilienhausbau aufgewendet wurden.

Rüdiger Lenthe

Industriebeschäftigte in den Bezirken

Nach dem Stand vom September 1986 waren in Hamburg 1172 Industriebetriebe (ohne Handwerk) ansässig, in denen 132 894 Personen beschäftigt wurden. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Anzahl der Betriebe um elf (minus ein Prozent) und die der Beschäftigten um 1070 (minus 0,8 Prozent). Nach den vier großen Industriebezirken aufgegliedert, ergab sich folgende Beschäftigungslage: Grundstoff- und Produktionsgüter 36 506, Investitionsgüter 68 463, Verbrauchsgüter 11 701 und Nahrungs- und Genussmittel 16 224 Personen. Der Bezirk Hamburg-Mitte hatte mit 312 Betrieben und 44 090 Beschäftigten die stärkste industrielle Besetzung. 26 456 Personen (darunter 7003 im Schiffbau) waren in der Investitionsgüterindustrie und 10 853 in der Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung tätig. Das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe beschäftigte 3992 und das Verbrauchsgütergewerbe 2789 Personen.

Die Bezirke Altona und Wandsbek waren mit 179 bzw. 192 Betrieben vertreten. Altona hatte mit 13 781 Beschäftigten 2371 Arbeitsplätze mehr als Wandsbek (11 410). Der Schwerpunkt der Beschäftigung lag in Altona im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, in Wandsbek dagegen in der Investitionsgüterindustrie.

Im Bezirk Eimsbüttel hatten 160 Betriebe ihren Standort. Von den insgesamt 15 966 Beschäftigten entfielen 5785 auf die Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung und 4936 auf die Investitionsgüterindustrie. Im Bezirk Hamburg-Nord gab es in 182 Betrieben 22 775 Arbeitsplätze. Über die Hälfte davon (14 716) befanden sich in der Investitionsgüterindustrie, etwa ein Viertel (5732) in der Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung.

Bergedorf war mit 31 Betrieben und 4884 Personen industriell am schwächsten besetzt. Die weitaus größte Anzahl der Beschäftigten war in der Investitionsgüterindustrie tätig. Im Bezirk Harburg fanden in 114 Betrieben 19 941 Personen Beschäftigung. 9766 von ihnen waren in der Grundstoff- und Produktionsgüterherstellung und 7564 in der Investitionsgüterindustrie eingesetzt.

Günther Neuß

Stadtstaaten im Vergleich: Beschäftigung und Qualifikation in Hamburg, Bremen und Berlin (West) zwischen 1980 und 1985

Vorbemerkungen

In diesem Beitrag wird die Beschäftigungsentwicklung in Hamburg, Bremen und Berlin unter berufsbereichs- und qualifikationsspezifischen Gesichtspunkten untersucht; er basiert auf den Ergebnissen der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, aufgeschlüsselt nach Berufsbereichen und Ausbildungsabschlüssen für die Jahre 1980 bis 1985. In dieser Beschäftigtenstatistik werden alle Arbeitnehmer erfaßt, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungs-gesetz sind. Nicht erfaßt werden Beamte, Selbständige, geringfügig Beschäftigte sowie mithelfende Familienangehörige. Es werden unterschieden

- die sechs Berufsbereiche

I = Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe,

II = Bergleute, Mineralgewinner,

III = Fertigungsberufe,

IV = technische Berufe,

V = Dienstleistungsberufe,

VI = sonstige Arbeitskräfte und ohne Angabe

- die vier Ausbildungsebenen

ohne Berufsausbildung,

mit abgeschlossener Berufsausbildung,

mit Fach- oder Hochschulabschluß, ohne Angabe eines Abschlusses.

Die Untersuchung konzentriert sich im wesentlichen auf die Fertigungs-, die technischen und die Dienstleistungsberufe. Um die Wirtschaftsräume Hamburg und Bremen in ihrer funktionalen Verflechtung mit ihren Umländern berücksichtigen zu können, werden Daten auf Kreisebene verwendet. Die Region Bremen wird dabei definiert als die Kernstädte Bremen und Delmenhorst mit den Randkreisen Osterholz, Verden, Diepholz und Oldenburg (also ohne Bremerhaven), die Region Hamburg als gleichnamige Kernstadt mit den Randkreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Harburg und Stade.

Beschäftigung und Qualifikation im Bund

In der Zeit vom 30. 06. 1980 bis 30. 06. 1985 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen bundesweit um 2,7 Prozent oder zirka 575 000 Personen vermindert. Es

stellt sich die Frage, ob für diesen Beschäftigungsabbau veränderte Qualifikationsbedarfe mitverantwortlich zu machen sind. Statistisch gemessen werden können allerdings nur die formalen Qualifikationen der Beschäftigten, nicht die Arbeitsplatzanforderungen. Nach den Ergebnissen zur Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in der Bundesrepublik hat sich im Zeitraum 1980 bis 1985 das formale Ausbildungsniveau der Beschäftigten tendenziell erhöht. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Lehr- oder Berufsfachschulabschluß stieg von 56,2 auf 59,2 Prozent, und der Anteil der Beschäftigten mit Fach- oder Hochschulbildung erhöhte sich von 3,9 auf 4,7 Prozent. Indessen ging der Anteil der Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung von 33,3 auf 30,5 Prozent und derjenigen Beschäftigten ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses (sie sind gemeinhin als gering qualifizierte Kräfte einzustufen)¹⁾ von 6,6 Prozent auf 5,6 Prozent zurück.

Diese Tendenz zur Höherqualifizierung spiegelt sich im Niveau der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsveränderungen und in allen Berufsbereichen wider. So verzeichnete die Qualifikationsgruppe „Fach-/Hochschulabschluß“ zwischen 1980 bis 1985 durchweg Beschäftigungsgewinne, wobei die Fertigungsberufe (plus 30,4 Prozent), die Dienstleistungsberufe (plus 18,6 Prozent) und die technischen Berufsfelder (plus 13,9 Prozent) die größten Zuwächse hatten. In der Ausbildungsstufe „mit abgeschlossener Berufsausbildung“ konzentrierten sich die Beschäftigungszugänge auf die technischen Berufe (plus 1,8 Prozent) und die Dienstleistungsberufe (plus fünf Prozent). Dort, wo die Beschäftigungsentwicklung eines Berufsbereichs negativ verlief, nahm die Zahl der entsprechend qualifizierten Kräfte gleichfalls ab. Dies galt in erster Linie für die Fertigungsberufe (der Rückgang in diesem Berufsbereich betrug insgesamt 8,2 Prozent und innerhalb dieser Ausbildungsstufe 1,1 Prozent) und den Bereich „Bergleute, Mineralgewinner“, für den insgesamt gesehen Beschäftigungsverluste in Höhe von 5,7 Prozent und auf dieser Qualifikationsstufe in Höhe von 2,1 Prozent festzustellen waren.

1) Vgl. Rothkirch, C. von u. Tessaring, M.: Projektionen des Arbeitskräftebedarfs nach Qualifikationsebenen bis zum Jahr 2000. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Heft 1/86, S. 107.

So wie die am höchsten qualifizierten Kräfte in durchweg allen Berufsbereichen Zuwächse verzeichneten, waren bei den gering ausgebildeten Kräften ohne Berufsausbildung und ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses relative Abnahmen festzustellen. Die Fertigungsberufe (minus 14,5 bzw. minus 21 Prozent in Fällen von Erwerbstätigkeit ohne Ausbildungsangabe), die technischen Berufe (minus 6,7 bzw. minus 8,3 Prozent) und die Dienstleistungsberufe (minus 7,5 bzw. minus 6,3 Prozent) waren hiervon vorrangig betroffen.

Für die Bundesrepublik ist somit festzustellen: Die positiven und negativen Arbeitsplatzbewegungen auf der höchsten/geringsten Qualifikationsstufe verliefen offenbar unabhängig von Beschäftigungsschwankungen innerhalb eines Berufsbereichs. Auf der mittleren Qualifikationsebene hingegen war die Entwicklungsrichtung der Beschäftigung eines Berufsbereichs maßgebend für die Richtung der Veränderungen in dieser Ausbildungsstufe.

... in Bremen

Für die Region Bremen lassen sich entsprechende Arbeitnehmerqualifikationen nachweisen. Zwischen 1980 und 1985 ging der Anteil der Ungelernten an den Erwerbstätigen von 27,8 auf 26,3 Prozent und der der Erwerbstätigen ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses von 9,1 auf 8,4 Prozent zurück. Der Anteil der betrieblich ausgebildeten Kräfte oder der Absolventen von Berufsfachschulen erhöhte sich von 59,0 auf 60,4 Prozent und der Anteil der Erwerbstätigen mit Fach- oder Hochschulabschluß von vier auf 4,9 Prozent. In der Entwicklungsrichtung stimmten Kerngebiet und Region insgesamt überein. Der Anteil qualifizierter Kräfte an den Beschäftigten überwog hingegen im Kerngebiet (vergleiche Tabelle 2).

Die Zahl der Beschäftigten in der Region Bremen war zwischen 1980 und 1985 rückläufig. Mit 354 009 Erwerbstätigen im Jahr 1985 waren es sechs Prozent oder 22 541 Personen weniger als noch 1980. Das Kerngebiet schnitt - mit einem Beschäftigungsrückgang von 8,1 Prozent oder 22 132 Personen auf 249 838 im Jahr 1985 - wesentlich schlechter ab als seine Umlandkreise. Es gab dabei unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der einzelnen Berufs-

Tabelle 1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Berufsbereichen und Ausbildungsabschlüssen im Bundesgebiet am 30. Juni 1980 und 30. Juni 1985

Berufsbereich	Beschäftigte am 30.6.1985 insgesamt	Von 100 Beschäftigten waren ...				Beschäftigte am 30.6.1980 insgesamt	Von 100 Beschäftigten waren ...				Veränderung der Zahl der Beschäftigten 1985 gegenüber 1980				
		ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluß	ohne Angabe eines Berufsabschlusses		ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluß	ohne Angabe eines Berufsabschlusses	insgesamt	ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluß	ohne Angabe eines Berufsabschlusses
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	317 107	46,7	45,2	2,5	5,6	287 907	51,0	40,6	2,3	6,1	+ 10,1	+ 0,8	+ 22,6	+ 22,6	+ 0,4
Bergleute, Mineralgewinner	128 110	42,3	53,3	0,1	4,3	135 884	44,0	51,3	0,1	4,6	- 5,7	- 9,4	- 2,1	+ 2,0	- 10,5
Fertigungsberufe	7 642 860	40,0	54,1	0,2	5,7	8 322 794	43,0	50,3	0,1	6,6	- 8,2	- 14,5	- 1,1	+ 30,4	- 21,0
Technische Berufe	1 358 632	7,4	64,6	26,2	1,8	1 309 426	8,2	65,8	23,9	2,0	+ 3,8	- 6,7	+ 1,8	+ 13,9	- 8,3
Dienstleistungsberufe	10 884 900	25,9	62,7	5,4	6,0	10 740 694	28,3	60,5	4,6	6,5	+ 1,3	- 7,5	+ 5,0	+ 18,6	- 6,3
Sonstige Arbeitskräfte und ohne Angabe	46 788	71,3	12,1	4,2	12,4	157 159	27,7	22,7	1,6	48,0	- 70,2	- 23,5	- 84,1	- 21,9	- 92,3
Insgesamt	20 378 397	30,5	59,2	4,7	5,6	20 953 864	33,3	56,2	3,9	6,6	- 2,7	- 11,0	+ 2,4	+ 16,9	- 16,9

bereiche und Ausbildungsebenen. Besonders schwierig erwies sich die Arbeitsmarktsituation im **Bereich der Fertigungsberufe**. Das Gewicht der Tätigkeiten im Produktionsbereich sank in der Region Bremen von 34,2 auf 32,1 Prozent, im Kerngebiet von 31,4 auf 29,8 Prozent. Die absolute Anzahl an Arbeitsplätzen in den Fertigungsberufen ging in der Region Bremen um 11,8 Prozent oder 15 251 Personen auf 113 714 im Jahr 1985 zurück. Hiervon war in der Hauptsache das Kerngebiet Bremen betroffen.

Von 1980 bis 1985 verminderte sich die Beschäftigtenzahl in der Gruppe „mit abgeschlossener Berufsausbildung“ in der Region um 8,5 Prozent oder 6147 Personen. Diese Verluste gingen in besonderem Maße zu Lasten des Kerngebiets. Es verzeichnete gegenüber 1980 Arbeitsplatzeinbußen in Höhe von 10,4 Prozent oder 5130 Personen und erreichte damit 1985 einen absoluten Bestand von 44 149 Personen. Fertigungstätigkeiten von Personen mit Berufsausbildungsabschluß hatten in der Region Bremen mit einem Anteil von 58,1 Prozent, im Kerngebiet mit 59,2 Prozent besonderes Gewicht. In Aufgabenbereichen, die von Erwerbstätigen ohne Ausbildungsabschluß wahrgenommen werden (ihr Anteil betrug 1985 in der Region 32,6 Prozent, im Kerngebiet 30 Prozent), gingen in der Region Bremen zwischen 1980 und 1985 7553 Arbeitsplätze verloren. Bei den Fällen „ohne Angabe eines Abschlusses“ (ihr Anteil betrug 1985 in der Region neun Prozent und lag im Kern leicht darüber) sank die Zahl der Beschäftigten um 1592 Personen. Das Kerngebiet war an dieser Entwicklung wiederum maßgeblich beteiligt.

Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung zwischen Kerngebiet und Umland zeigten sich besonders deutlich im **Dienstleistungsbereich**, in dem so unterschiedliche Tätigkeitsfelder wie

Bürohilfskräfte, Lehrer, Hochschullehrer, Krankenschwestern oder Zimmermädchen zusammengefaßt sind. In diesem Berufsbereich ergab die Qualifikationsstruktur für 1985 folgendes Bild:

- Der Anteil von Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung an allen Dienstleistungsbeschäftigten betrug in der Region 62,3 Prozent (Kerngebiet: 62,9 Prozent);
- 4,9 Prozent der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten hatten eine abgeschlossene Fach- oder Hochschulbildung (im Kerngebiet lag ihr Anteil bei 5,4 Prozent);
- der Anteil der weniger qualifizierten Kräfte ohne Ausbildung betrug 24,3 Prozent in der Region (22,4 Prozent im Kerngebiet) und
- der Anteil der ebenfalls als weniger qualifiziert einzustufenden Kräfte ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses wies in der Region Bremen einen Wert von 8,5 Prozent und im Kerngebiet von 9,2 Prozent aus.

Arbeitsplatzrückgänge größeren Ausmaßes gab es (minus 6,3 Prozent oder minus 10 474 Personen) ausschließlich im Kerngebiet. Sie trafen qualifizierte Arbeitskräfte mit Berufsabschluß (minus 5,4 Prozent bzw. minus 5579 Personen) ebenso wie formal ungebildete Arbeitskräfte. Auf den Stufen „ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ gingen 3638 (9,5 Prozent) und „ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses“ 2788 (16,4 Prozent) Arbeitsplätze in Bremen verloren. Nur im Bereich der formal Höchstqualifizierten erhöhte sich der Beschäftigtenstand im Untersuchungszeitraum um 22,2 Prozent oder 1531 Personen.

Im **Bereich der technischen Berufe** zeigte die Erwerbstätigenstruktur nach Ausbildungsstufen 1985 eindeutig ein Übergewicht an formal besser qualifizierten Arbeitskräften:

- 61,3 Prozent waren in der Region Bremen in technischen Berufen mit einer

abgeschlossenen Ausbildung tätig, im Kerngebiet waren es 60,6 Prozent;

- das höchste erreichbare Ausbildungsniveau hatten in der Region 30,8 Prozent der im Technikbereich Beschäftigten und 32,3 Prozent der im Kerngebiet Beschäftigten;
- technische Tätigkeiten, die von Erwerbstätigen ohne Ausbildungsabschluß ausgeübt werden, hatten einen Anteil von 5,6 Prozent in der Region, 4,8 Prozent im Kerngebiet.

Das Angebot an Arbeitsplätzen bei den technischen Berufen reduzierte sich im Zeitraum 1980 bis 1985 in der Region Bremen um zusammengekommen 2,3 Prozent oder 510 Personen auf 21 362 besetzte Stellen. Das Kerngebiet verlor 574 Arbeitsplätze, das bedeutete einen Rückgang um 3,2 Prozent auf 17 248. Die Abnahme konzentrierte sich relativ gesehen stärker auf Beschäftigte ohne Berufsausbildung. Betrachtet man jedoch die absoluten Beschäftigtenzahlen, so lagen die Arbeitsplatzverluste auf der Ausbildungsebene „mit Berufsausbildung“ weit höher und betrafen wiederum vorrangig den Kern der Region Bremen (minus 4,7 Prozent oder minus 513 Personen).

Leichte Beschäftigungsgewinne verzeichneten Tätigkeiten für Erwerbstätige mit Fach- oder Hochschulabschluß. Zwischen 1980 und 1985 stieg die Zahl der Beschäftigten hier in der Region um 3,7 Prozent oder 235 Personen auf 6589 und im Kerngebiet um 1,5 Prozent oder 84 Personen auf 5565 Personen.

Im Gesamtergebnis bleibt für die Region und das Kerngebiet von Bremen festzuhalten: Mit Ausnahme der am höchsten qualifizierten Kräfte erstreckte sich der Beschäftigungsabbau auf alle Ausbildungsstufen sowie auf alle Berufsbereiche. Im Umland gab es allerdings auch Zuwächse auf der Stufe „mit abgeschlossener Berufsausbildung“ sowie in den Berufsbereichen Technik und Dienstleistungen.

Tabelle 2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Berufsbereichen und Ausbildungsabschlüssen in der Region und im Kerngebiet Bremen am 30. Juni 1980 und 30. Juni 1985

Berufsbereich	Beschäftigte am 30.6.1985 insgesamt	Von 100 Beschäftigten waren ...				Beschäftigte am 30.6.1980 insgesamt	Von 100 Beschäftigten waren ...				Veränderung der Zahl der Beschäftigten 1985 gegenüber 1980				
		ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluss	ohne Angabe eines Berufsabschlusses		ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluss	ohne Angabe eines Berufsabschlusses	insgesamt	ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluss	ohne Angabe eines Berufsabschlusses
		Berufsausbildung					Berufsausbildung								
- Region -															
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	5 345	46,0	44,2	2,4	7,3	4 827	46,9	43,1	2,2	7,8	+ 10,7	+ 8,7	+ 13,7	+ 17,6	+ 4,5
Bergleute, Mineralgewinner	818	62,2	33,1	0,1	4,5	1 019	65,5	25,6	0,2	8,7	- 19,7	- 23,7	+ 3,8	- 50,0	- 58,4
Fertigungsberufe	113 714	32,6	58,1	0,2	9,0	128 965	34,6	56,0	0,1	9,2	- 11,8	- 16,9	- 8,5	+ 23,6	- 13,4
Technische Berufe	21 362	5,6	61,3	30,8	2,2	21 872	6,2	62,6	29,1	2,2	- 2,3	- 11,4	- 4,3	+ 3,7	- 0,2
Dienstleistungsberufe	211 813	24,3	62,3	4,9	8,5	218 168	25,3	61,2	3,9	9,5	- 2,9	- 7,0	- 1,1	+ 21,6	- 13,4
Sonstige Arbeitskräfte und ohne Angabe	957	51,5	4,7	0,7	43,1	1 699	32,0	22,1	1,4	44,6	- 43,7	- 9,4	- 88,0	- 69,6	- 45,6
Insgesamt	354 009	26,3	60,4	4,9	8,4	376 550	27,8	59,0	4,0	9,1	- 6,0	- 11,1	- 3,7	+ 14,0	- 13,9
- Kern -															
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	2 313	41,5	45,9	3,0	9,6	2 229	42,5	44,9	2,6	9,9	+ 3,8	+ 1,2	+ 6,1	+ 16,9	+ 0,9
Bergleute, Mineralgewinner	57	66,7	33,3	0,0	0,0	100	58,0	30,0	0,0	12,0	- 43,0	- 34,5	- 36,7	0,0	-
Fertigungsberufe	74 556	30,0	59,2	0,2	10,6	85 450	31,7	57,7	0,1	10,5	- 12,7	- 17,3	- 10,4	+ 31,3	- 12,3
Technische Berufe	17 248	4,8	60,6	32,3	2,4	17 822	5,4	61,5	30,8	2,4	- 3,2	- 13,7	- 4,7	+ 1,5	- 3,3
Dienstleistungsberufe	154 761	22,4	62,9	5,4	9,2	165 235	23,2	62,3	4,2	10,3	- 6,3	- 9,5	- 5,4	+ 22,2	- 16,4
Sonstige Arbeitskräfte und ohne Angabe	903	49,8	4,3	0,8	45,1	1 134	39,4	24,7	1,1	34,7	- 20,4	+ 0,7	- 86,1	- 46,2	+ 3,3
Insgesamt	249 838	23,8	61,3	5,7	9,3	271 970	24,9	60,5	4,6	10,0	- 8,1	- 12,5	- 6,9	+ 13,2	- 14,4

... Hamburg

Auch die Region Hamburg zeigt einen hohen, tendenziell steigenden Anteil an formal besser qualifizierten Arbeitskräften: 60,5 Prozent (58,6 Prozent im Jahr 1980) der in der Region 1985 insgesamt Beschäftigten hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung. 5,3 Prozent (4,4 Prozent 1980) waren in Berufun mit Fach- und Hochschulabschluß tätig, 24,2 Prozent (25,4 Prozent 1980) arbeiteten als an- oder ungelernete Kräfte und 10,1 Prozent (11,6 Prozent 1980) als Kräfte ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses. Wie in Bremen hatten die formal besser qualifizierten Arbeitnehmer in der Kernstadt Hamburg anteilmäßig ein leichtes Übergewicht. Auch die Region Hamburg verzeichnete einen Beschäftigungsrückgang, der in erster Linie durch die Entwicklung im Zentrum Hamburg bestimmt war. In der Region Hamburg waren 1985 insgesamt 985 869 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 55 438 Personen oder 5,3 Prozent weniger als 1980. In der Kernstadt ging die Beschäftigtenzahl um 54 410 Personen (minus 7,1 Prozent) auf 712 957 Personen im Jahr 1985 zurück.

Die Anteile der **Fertigungsberufe** an der jeweiligen Gesamtbeschäftigtenzahl sanken in der Region Hamburg von 29,4 auf 27,3 Prozent, in der Kernstadt von 25,9 auf 24,1 Prozent. Aus der Tabelle 3 wird deutlich, daß relativ gesehen vor allem für Beschäftigte ohne

Berufsausbildung die Anzahl der Arbeitsplätze zurückging. Absolut betrachtet, verloren in der Kernstadt Hamburg zwischen 1980 und 1985 jedoch weit mehr Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung ihren Arbeitsplatz als un- oder angelernte Kräfte.

Das Ausbildungsniveau der Arbeitnehmer im Bereich der Fertigungsberufe wurde in der Region Hamburg von mittleren und geringen Ausbildungsgraden dominiert. Für Beschäftigte mit Ausbildungsabschluß ergab sich im Jahr 1985 ein Anteilswert von 56,9 Prozent in der Region (57,9 Prozent in der Kernstadt), für ungelernete Arbeitskräfte ein Wert von 32,6 Prozent (30,6 Prozent in der Kernstadt) und für Arbeitnehmer, die ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses beschäftigt wurden, ein Wert von 10,4 Prozent in der Region Hamburg und 11,3 Prozent in der Stadt selbst²⁾.

Die **Dienstleistungsberufe**, die - wie angedeutet - ein Konglomerat unterschiedlichster Betätigungsfelder mit sehr vielschichtigen Anforderungsprofilen bilden, verteilten sich auf die vier hier zugrunde gelegten Ausbildungsabschlüsse wie folgt: Der Hauptanteil von durchschnittlich 62 Prozent entfiel 1985 auf Beschäftigte mit abgeschlossener

Berufsausbildung. Rund 21 Prozent waren 1985 als an- oder ungelernete Kräfte tätig. Dienstleistungsbeschäftigte ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses hatten einen durchschnittlichen Anteil von zehn Prozent. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Fach- oder Hochschulabschluß lag hingegen mit 6,1 Prozent in der Kernstadt spürbar über dem Regionsdurchschnitt (5,4 Prozent).

Die Arbeitsplatzverluste in der traditionell dienstleistungsorientierten Kernstadt Hamburg (1985 waren 68,2 Prozent der in der Hansestadt insgesamt Beschäftigten in diesem Berufsbereich tätig) trafen in besonderem Maße die unqualifizierten Arbeitskräfte. Zwischen 1980 und 1985 sank die Anzahl der an- oder ungelerneten Beschäftigten hier um 11,2 Prozent oder 13 008 Personen (1985 waren es insgesamt 103 090 Dienstleistungsbeschäftigte, die keine abgeschlossene Berufsausbildung hatten) und die Zahl der Arbeitnehmer ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses um 16,5 Prozent oder 10 118 auf 51 282 Personen im Jahr 1985. Die Zahl der Dienstleistungsbeschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung ging in Hamburg hingegen nur um 1,6 Prozent oder 4780 Personen auf 302 184 Personen zurück und die derjenigen mit einem Fach- oder Hochschulabschluß stieg sogar um 18 Prozent oder 4481 Personen und erreichte damit einen Bestand von 29 423 Personen.

2) Für akademisch vorgebildete Arbeitnehmer besteht in diesem Berufsbereich kaum Bedarf, der Anteil der Beschäftigten mit Fach- oder Hochschulabschluß lag durchschnittlich bei 0,2 Prozent.

In den **technischen Berufen** ist – verglichen mit dem in anderen Berufsbereichen vorherrschenden Qualifikationsniveau – ein bemerkenswerter Anteil an besser qualifizierten Arbeitskräften beschäftigt:

- In der Region Hamburg waren 1985 62 Prozent in technischen Berufen mit abgeschlossener Berufsausbildung tätig (in Hamburg betrug dieser Anteil 60,9 Prozent),
- 27,5 Prozent der in diesem Berufsbereich des Großraumes Hamburg beschäftigten Personen hatten einen Fach- oder Hochschulabschluß (in Hamburg waren es 28,6 Prozent).

In der Region hatte der technische Bereich im Untersuchungszeitraum Beschäftigungszuwächse (plus 0,8 Prozent oder plus 499 Personen). Die Stadt Hamburg hatte daran jedoch nur wegen spürbarer Zunahmen in der Personengruppe mit Fach- oder Hochschulabschluß teil (plus 7,1 Prozent oder plus 885 Personen auf 13 408 im Jahr 1985). In den übrigen Ausbildungsstufen gingen im Stadtgebiet hingegen Arbeitsplätze verloren.

Beschäftigungsrückgänge im Umland und in der Kernstadt Hamburg verzeichneten – bis auf die akademisch vorgebildeten Arbeitskräfte – alle Ausbildungsebenen und mit Ausnahme der in der Region Hamburg insgesamt im Bereich der technischen Berufe beschäftigten Arbeitnehmer alle Berufsbereiche. Im Umland waren indessen auch bei

Beschäftigten mit Berufsausbildungsabschluß und im Bereich der Dienstleistungen Zuwächse auszumachen.

... Berlin (West)

In Berlin gab es einen verhältnismäßig hohen Anteil an formal gering qualifizierten Arbeitskräften: Von den 723 574 Beschäftigten im Jahr 1985 waren 28,7 Prozent ohne Berufsausbildung und 14,4 Prozent ohne Angabe eines Berufsabschlusses; nur 50,7 Prozent der Beschäftigten hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung und 6,3 Prozent einen Fach- oder Hochschulabschluß. Wie in der Region Hamburg waren von dem im Zeitraum 1980 bis 1985 insgesamt zu beobachtenden Beschäftigungsrückgang in Berlin (minus 0,8 Prozent oder minus 5768 Personen) die formal am höchsten qualifizierten Arbeitnehmer sowie die technischen und Dienstleistungsberufe ausgenommen. Analog zu den Entwicklungen in den beiden anderen Regionen zeigte auch Berlin einen verstärkten Arbeitsplatzrückgang bei den **Fertigungsberufen**. Die Abnahme betrug auf der Ausbildungsstufe „mit abgeschlossener Berufsausbildung“ 3,3 Prozent oder 3434 Personen, beim Personenkreis ohne Berufsabschluß 3,9 Prozent bzw. 3482 Personen und bei Arbeitskräften ohne Angabe eines Ausbildungsabschlusses 7,3 Prozent oder 2694 Perso-

nen. Das Ausbildungsniveau im Bereich der Fertigungsberufe zeigte für Berlin einen leichten Überhang an formal nicht qualifizierten Arbeitskräften. Nur 45,6 Prozent der hier 1985 Beschäftigten besaßen einen Berufsabschluß.

Für **Dienstleistungsberufe** ließ sich demgegenüber im Untersuchungszeitraum folgende Verteilung der Beschäftigten auf die vier Ausbildungsstufen ermitteln. Gut ein Viertel der den Berliner Dienstleistungsbereich repräsentierenden Beschäftigten übte eine Tätigkeit ohne Berufsausbildungsabschluß aus. Auch der Anteil der Beschäftigten ohne Angabe eines Abschlusses lag mit 14,7 Prozent (1980: 14,3 Prozent) recht hoch. Beschäftigte in Dienstleistungstätigkeiten mit einem Ausbildungsabschluß machten 1985 (wie auch 1980) gut die Hälfte der in diesem Berufsbereich Beschäftigten aus. Der Anteil solcher Dienstleistungstätigkeiten, die von Erwerbstätigen mit Fach- oder Hochschulabschluß ausgeübt wurden, betrug 1985 sieben Prozent. 1980 lag er erst bei 5,5 Prozent.

Die Beschäftigungszuwächse im Berliner Dienstleistungsbereich

- der Anteil der hier beschäftigten Personen stieg gegenüber 1980 um 1,2 Prozentpunkte und lag 1985 bei 62,2 Prozent,
- die Beschäftigtenzahl nahm um 4942 Personen oder 1,1 Prozent zu und erreichte 1985 einen Wert von 449 704 Personen,

Tabelle 3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Berufsbereichen und Ausbildungsabschlüssen in der Region und in der Kernstadt Hamburg am 30. Juni 1980 und 30. Juni 1985

Berufsbereich	Beschäftigte am 30.6.1985 insgesamt	Von 100 Beschäftigten waren ...				Beschäftigte am 30.6.1980 insgesamt	Von 100 Beschäftigten waren ...				Veränderung der Zahl der Beschäftigten 1985 gegenüber 1980				
		ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluß	ohne Angabe eines Berufsabschlusses		ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluß	ohne Angabe eines Berufsabschlusses	insgesamt	ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluß	ohne Angabe eines Berufsabschlusses
- Region -															
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	16 729	41,4	44,7	2,0	11,9	16 350	44,8	39,1	1,6	14,6	+ 2,3	- 5,4	+ 17,0	+ 32,9	- 16,6
Bergleute, Mineralgewinner	461	52,1	24,9	0,2	22,8	545	40,7	27,3	0,0	31,9	- 15,4	+ 8,1	- 22,8	0,0	- 39,7
Fertigungsberufe	269 065	32,6	56,9	0,2	10,4	305 800	32,8	55,1	0,1	12,1	- 12,0	- 12,6	- 9,1	+ 23,9	- 24,0
Technische Berufe	61 298	6,2	62,0	27,5	4,4	60 799	6,5	63,3	25,6	4,6	+ 0,8	- 3,9	- 2,3	+ 8,3	- 5,3
Dienstleistungsberufe	636 389	21,7	62,4	5,4	10,4	651 459	23,3	60,7	4,5	11,6	- 2,3	- 8,8	+ 0,4	+ 18,8	- 11,7
Sonstige Arbeitskräfte und ohne Angabe	1 927	72,5	14,8	1,7	11,0	6 354	22,4	23,3	1,1	53,1	- 69,7	- 2,0	- 80,7	- 56,2	- 93,7
Insgesamt	985 869	24,2	60,5	5,3	10,1	1 041 307	25,4	58,6	4,4	11,6	- 5,3	- 10,0	- 2,4	+ 15,2	- 17,7
- Kern -															
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	6 557	36,7	44,8	2,8	15,7	6 800	38,8	40,6	2,0	18,5	- 3,6	- 8,8	+ 6,3	+ 33,3	- 18,3
Bergleute, Mineralgewinner	133	47,4	39,1	0,8	12,8	153	51,6	34,6	0,0	13,7	- 13,1	- 20,3	- 1,9	0,0	- 19,0
Fertigungsberufe	171 622	30,6	57,9	0,2	11,3	199 081	30,2	56,4	0,1	13,3	- 13,8	- 12,7	- 11,5	+ 16,6	- 26,5
Technische Berufe	46 946	5,9	60,9	28,6	4,6	47 309	6,4	62,1	26,5	5,0	- 0,8	- 8,6	- 2,7	+ 7,1	- 8,6
Dienstleistungsberufe	485 979	21,2	62,2	6,1	10,6	509 404	22,8	60,3	4,9	12,1	- 4,6	- 11,2	- 1,6	+ 18,0	- 16,5
Sonstige Arbeitskräfte und ohne Angabe	1 720	74,3	13,1	1,6	10,9	4 620	24,8	25,8	1,4	48,1	- 62,8	+ 11,5	- 81,0	- 55,6	- 91,5
Insgesamt	712 957	22,7	60,8	6,1	10,4	767 367	23,9	59,0	4,9	12,2	- 7,1	- 11,5	- 4,2	+ 14,3	- 20,9

Tabelle 4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Berufsbereichen und Ausbildungsabschlüssen in Berlin (West) am 30. Juni 1980 und 30. Juni 1985

Berufsbereich	Beschäftigte am 30.6.1985 insgesamt	Von 100 Beschäftigten waren ...				Beschäftigte am 30.6.1980 insgesamt	Von 100 Beschäftigten waren ...				Veränderung der Zahl der Beschäftigten 1985 gegenüber 1980				
		ohne Berufsausbildung	mit Berufsausbildung	mit Fach- oder Hochschulabschluß	ohne Angabe eines Berufsabschlusses		ohne Berufsausbildung	mit Berufsausbildung	mit Fach- oder Hochschulabschluß	ohne Angabe eines Berufsabschlusses	insgesamt	ohne	mit	mit Fach- oder Hochschulabschluß	ohne Angabe eines Berufsabschlusses
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	8 957	44,3	33,9	3,8	18,1	8 357	47,1	31,2	3,3	18,4	+ 7,2	+ 0,7	+ 16,5	+ 20,9	+ 5,4
Bergleute, Mineralgewinner	55	18,2	67,3	0,0	14,5	81	23,5	61,7	0,0	14,8	- 32,1	- 47,4	- 26,0	0,0	- 33,3
Fertigungsberufe	219 949	38,6	45,6	0,2	15,6	229 422	38,5	45,2	0,2	16,1	- 4,1	- 3,9	- 3,3	+ 33,6	- 7,3
Technische Berufe	43 292	6,0	58,8	30,4	4,8	43 270	7,1	59,9	28,4	4,6	+ 0,1	- 14,8	- 1,8	+ 7,1	+ 3,5
Dienstleistungsberufe	449 704	25,5	52,8	7,0	14,7	444 762	27,5	52,7	5,5	14,3	+ 1,1	- 6,3	+ 1,4	+ 29,0	+ 3,6
Sonstige Arbeitskräfte und ohne Angabe	1 617	83,1	6,3	2,0	8,7	3 450	29,7	25,8	2,6	41,9	- 53,1	+ 31,2	- 88,6	- 63,6	- 90,3
Insgesamt	723 574	28,7	50,7	6,3	14,4	729 342	30,0	50,4	5,1	14,5	- 0,8	- 5,2	- 0,3	+ 21,6	- 1,5

wurden maßgeblich von der Personen- gruppe mit Fach- oder Hochschulabschluß ausgelöst. Diese wuchs zwischen 1980 und 1985 um 29 Prozent oder 7069 Personen und erreichte damit 1985 einen absoluten Stand von 31 445 Beschäftigten. Einen Anstieg um 1,4 Prozent oder 3242 Personen verzeichneten des weiteren die Dienstleistungstätigkeiten, die von Arbeitskräften mit abgeschlossener Berufsausbildung ausgeübt wurden und die mit 237 604 Personen im Jahr 1985 auch den größten Teil der Dienstleistungsbeschäftigten stellten (52,8 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten ohne Angabe zum Ausbildungsabschluß nahm ebenfalls zu - um 3,6 Prozent oder 2316 Personen (1985: 66 057 Beschäftigte). Demgegenüber ging die Zahl der Arbeitnehmer in Tätigkeiten, für die keine Berufsausbildung erforderlich war, im Untersuchungszeitraum spürbar, nämlich um 6,3 Prozent oder 7685 Personen, zurück. 1985 wurden auf dieser Qualifikationsebene im Dienstleistungsbereich 114 598 vorhandene Arbeitsplätze registriert.

Die **technischen Berufe** waren auf dem Berliner Arbeitsmarkt mit einem Anteil von sechs Prozent, absolut mit 43 292 Personen im Jahr 1985 vertreten und gegenüber 1980 nahezu konstant geblieben. Die Veränderung der Qualifikationsstruktur im Bereich der technischen Berufe wies im Zeitraum 1980 bis 1985 eher verhalten in Richtung „Höherqualifizierung“:

- 58,8 Prozent der Arbeitsplätze im technischen Bereich waren 1985 mit Personen besetzt, die eine Berufsausbildung abgeschlossen hatten, 1980 waren es noch 59,9 Prozent;
- auf die Qualifikationsgruppe „Fach- oder Hochschulabschluß“ entfielen 30,4 Prozent der Arbeitsplätze (1980: 28,4 Prozent);

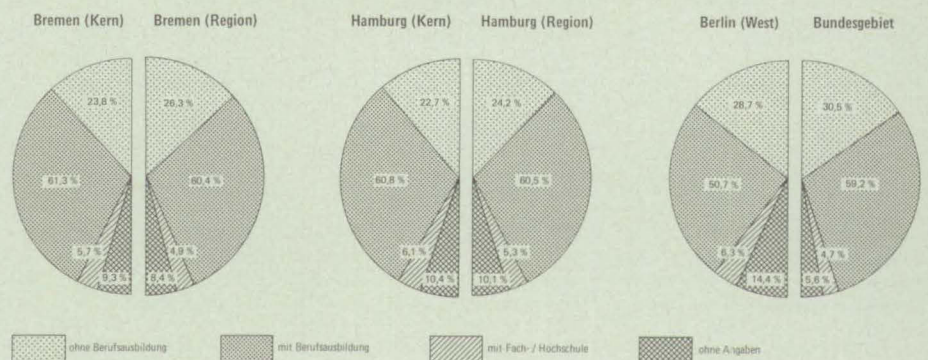
- Beschäftigte ohne Ausbildungsabschluß hatten hingegen nur einen Anteil von sechs Prozent (7,1 Prozent im Jahr 1980), der Anteil derjenigen Beschäftigten ohne Angabe zum Ausbildungsabschluß lag 1985 bei 4,8 gegenüber 4,6 Prozent im Jahr 1980. Zur Beschäftigtenentwicklung nach den verschiedenen Ausbildungsstufen sei angemerkt: Die Qualifikationsgruppe „Fach-/Hochschulabschluß“ zeigte zwischen 1980 und 1985 ein Beschäftigungswachstum um 7,1 Prozent oder 876 Personen; sie erreichte damit 1985 einen Stand von 13 146 Personen. Gleichzeitig ging die Zahl der Beschäftigten, die eine abgeschlossene Berufsausbildung hatten, um 1,8 Prozent oder 472 Personen zurück. Ebenfalls rückläufig war die Entwicklung im Bereich der technischen Tätigkeiten, die Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ausübten (minus 14,8 Prozent).

... im Vergleich zum Bundesgebiet

Vergleicht man die Qualifikationsstruktur des Bundes mit denen der Regionen bzw. Großstädte, so zeigten die hier untersuchten Gebiete einen dem Bundestrend folgenden Anstieg des Anteils der formal besser qualifizierten Arbeitskräfte bei gleichzeitiger Abnahme des Anteils der geringer qualifizierten Kräfte. Speziell in Hamburg und Bremen lag das Ausbildungsniveau über dem Bundesdurchschnitt:

- Beschäftigte mit Fach- oder Hochschulausbildung hatten einen um rund einen Prozentpunkt höheren Anteil;
- Tätigkeiten, für die eine abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich ist, wiesen um etwa zwei Prozentpunkte höhere Anteilswerte auf;

Schaubild 1 Verteilung der Beschäftigten nach Ausbildungsabschlüssen in Bremen, Hamburg (jeweils Kern und Region), Berlin (West) und im Bundesgebiet in Prozent am 30. Juni 1985



- analog fiel der Anteil der gering qualifizierten Kräfte (ohne Ausbildung und ohne Angaben zum Ausbildungsabschluß) in beiden Großstädten um drei Prozentpunkte niedriger aus.

In Berlin hingegen war insbesondere aufgrund des hohen Anteils an gering qualifizierten Kräften (sieben Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt) sowie des unterdurchschnittlich entwickelten Ausbildungsbereichs „mit abgeschlossener Berufsausbildung“ (8,5 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt) und trotz des hohen Anteils an höchstqualifizierten Kräften (1,6 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt) die Qualifikationsstruktur schwächer entwickelt als im Bundesgebiet.

Die Verteilung der Beschäftigten nach Berufsbereichen war gekennzeichnet durch einen in allen drei Regionen typisch überproportionalen Anteil an Dienstleistungsbeschäftigten und einen gegenüber dem Bund leicht unterdurchschnittlichen Anteil an Beschäftigten in Fertigungsberufen.

Auch hinsichtlich der Entwicklung der Beschäftigtenzahl, deren Rückgang in den Regionen mit Ausnahme Berlins wesentlich höher war als im Bundesdurchschnitt, zeigten sich in der Differenzierung nach Ausbildungsabschlüssen und Berufsbereichen im wesentlichen dem Bundestrend entsprechende Verlaufsströme.

Die Beschäftigtenzunahme auf der höchsten Qualifikationsstufe folgte in allen Agglomerationsräumen und in allen Berufsbereichen dem bundesweiten Trend. Auch für die am geringsten qualifizierten Kräfte ließ sich ein der Bundesentwicklung folgender Verlauf - hier mit negativen Vorzeichen - feststellen.

Abweichungen gab es hingegen auf der mittleren Qualifikationsebene. Der Bereich der technischen Berufe auf der Qualifikationsstufe „mit abgeschlossener Berufsausbildung“ war - anders als im Bundesdurchschnitt - in allen Regionen und Großstädten durch Beschäftigungsrückgänge gekennzeichnet. Im Bereich der Dienstleistungsberufe entwickelten sich nur Berlin und die Region Hamburg (ausgenommen die Kernstadt Hamburg) aufgrund von Beschäftigungszuwächsen, gemäß dem Bundestrend.

Diese Ergebnisse bestätigen im wesentlichen den eingangs für das Bundesgebiet konstatierten Zusammenhang zwischen Beschäftigungswirksamkeit und Ausbildungsniveau. Die Beschäftigungsrichtung auf der mittleren Qualifikationsebene wies jedoch Inkongruenzen auf.

... und im Vergleich der Stadtstaaten untereinander

In der Gegenüberstellung der Entwicklung in den drei Kernstädten einerseits und den beiden Großstadregionen

Schaubild 2 **Anteile der Berufsbereiche III, IV und V an den Beschäftigten insgesamt in Bremen, Hamburg (jeweils Kern und Region), Berlin (West) und im Bundesgebiet am 30. Juni 1985**



andererseits überwogen parallel verlaufende Ströme. Allerdings trat die exponierte Stellung Hamburgs als Dienstleistungsmetropole (sechs Prozentpunkte mehr

Dienstleistungsbeschäftigte gegenüber Berlin und 6,3 Prozentpunkte mehr als in Bremen), gekoppelt mit einem geringeren Industriebesatz (der Anteil an Beschäftigten in Fertigungsberufen war in Berlin um 6,3 Prozentpunkte und in Bremen um 5,7 Prozentpunkte höher als in Hamburg), hervor (Schaubild 2). Hamburg zeigte auch im Hinblick auf die Qualifikationsstruktur einen leichten Vorsprung gegenüber Berlin, der nicht zuletzt wesentlich mit dem hohen Beschäftigungsstand im Dienstleistungsbereich zusammenhängen dürfte. Dennoch hob sich Berlin im Bereich der qualifizierten Fach-/Hochschulabsolventen - wenn auch geringfügig - von den beiden Hansestädten ab (plus 0,6 Prozentpunkte gegenüber Bremen und plus 0,2 Prozentpunkte gegenüber Hamburg³⁾).

Berlin hatte im Verhältnis zu den zwei norddeutschen Küstenstädten auch eine vergleichsweise günstigere Beschäftigtenentwicklung vorzuweisen (im Zeitraum 1980 bis 1985 registrierte Berlin lediglich einen Beschäftigungsrückgang um 0,8 Prozent, während er in Hamburg bei 7,1 und in Bremen bei 8,1 Prozent lag), die auf Steigerungsraten des gesamten Ausbildungsspektrums im Dienstleistungsbereich (ausgenommen Beschäftigte ohne Ausbildungsabschluß) zurückzuführen

waren. Berlin verzeichnete bei den Fertigungsberufen nicht nur einen höheren Anteil an gering qualifizierten Kräften (54,2 Prozent gegenüber 40,6 Prozent in Bremen und 41,9 Prozent in Hamburg⁴⁾, sondern auch weit weniger Arbeitsplatzverluste als Hamburg oder Bremen (minus 4,1 Prozent gegenüber minus 13,8 Prozent in Hamburg oder minus 12,7 Prozent in Bremen).

Im Gegensatz zu Hamburg oder Bremen waren im Berliner Dienstleistungsbereich insgesamt Beschäftigungszuwächse auszumachen. Die Entwicklung zeigte innerhalb der Ausbildungsstufen auch mehr Dynamik: In Berlin hatten bei Dienstleistungstätigkeiten die akademisch vorgebildeten Arbeitnehmer die höchsten relativen Zuwächsen (plus 29 Prozent gegenüber plus 18 Prozent in Hamburg und plus 22,2 Prozent in Bremen). Berlin verzeichnete auch auf der Ausbildungsstufe „mit abgeschlossener Berufsausbildung“ (also dort, wo in Bremen und Hamburg Arbeitsplätze verloren gingen) Zuwächse und erwies sich auch auf der Ausbildungsstufe „ohne Angabe“ als Beschäftigungsgewinner (plus 3,6 Prozent). Diese Entwicklung - die Zuwächse qualifizierter Dienstleistungstätigkeiten ausgenommen - korrespondiert auffallend mit Ergebnissen einer anderen Untersuchung zur Beschäftigtenentwicklung ausländischer Arbeitnehmer in den drei Stadtstaaten⁵⁾. Danach verfügte Berlin über einen deutlich höheren Anteil an ausländischen Beschäftigten. Überdies verlief die

3) Dies ist um so bemerkenswerter, als in Berlin aufgrund des hohen Anteils an formal nicht qualifizierten Kräften und der vergleichsweise geringen Anzahl an Beschäftigten im mittleren Qualifikationsbereich (etwa zehn Prozent weniger als in Hamburg oder Bremen) ein prinzipiell geringes Qualifikationsniveau festzustellen ist.

4) Jeweils ungelernete Kräfte zuzüglich Erwerbstätige ohne Angabe des Ausbildungsabschlusses.

5) Lange, Horst: Ausländische Arbeitnehmer in den Stadtstaaten. In: Hamburg in Zahlen, H. 6. 1987.

Beschäftigtenentwicklung dieser Personengruppe günstiger als in Hamburg oder Bremen, und zwar vor allem innerhalb der beiden Hauptbetätigungsfelder für ausländische Arbeitnehmer: dem Produktions- und dem Dienstleistungsbereich. Diesen Ergebnissen zufolge scheint der hohe Anteil an ausländischen Beschäftigten die vergleichsweise günstige Beschäftigungsentwicklung Berlins maßgeblich bestimmt zu haben⁶⁾.

Die großräumigen Entwicklungsmuster Hamburgs und Bremens wiesen auffällige Parallelen auf, und es liegt nahe, hier von gemeinsamen Ursachen und Verbindungen auszugehen: Beiden Regionen war ein in den Kernstädten höheres Qualifikationsniveau gemeinsam. Charakteristisch für die Entwicklung in den beiden Verdichtungsräumen war aber auch ein spürbarer Arbeits-

platzabbau – gerade auch bei weniger qualifizierten Kräften – in den Zentren, während in den Randgebieten der Regionen die Beschäftigungsmöglichkeiten erheblich zunahmen. Möglicherweise läßt diese im Gesamtergebnis günstigere Entwicklung auf eine stärkere Spezialisierung in den Agglomerationskernen schließen. Auch Betriebsverlegungen vom Zentrum in die Randkreise könnten Einfluß gehabt haben.

Ausblick

Zweifellos kann eine Untergliederung der Beschäftigtenzahlen nach Berufsbereichen und Ausbildungsabschlüssen nur einen groben Hinweis darauf geben, wieweit die großstädtischen und großräumigen Entwicklungsunterschiede durch berufsbereichs- oder qualifikationsspezifische Besonderheiten geprägt sind. Es bleibt dennoch festzuhalten: Wie im Bundesgebiet insgesamt gibt es auch in den Stadtstaaten Ham-

burg, Bremen und Berlin eine Tendenz zur Höherqualifizierung der Arbeitnehmer. Dabei geht eine Zunahme der Gesamtbeschäftigung nicht zwingend mit einem höheren Qualifikationsniveau einher, wie das Beispiel Berlin und in gleicher Weise die Umlandgebiete der Großstadtreionen Hamburg und Bremen zeigen. Anhand der Ergebnisse dieser Untersuchungen konnte ein tendenziell sinkender Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften festgestellt werden. Ob im Umkehrschluß auch der Bedarf an hoch- und höchstqualifizierten Arbeitnehmern zugenommen hat, war auf der Ebene von Bestandserhebungen nicht eindeutig zu ermitteln. In jedem Fall hat sich das Angebot an Arbeitsplätzen, die mit Akademikern besetzt sind, im Untersuchungszeitraum spürbar erhöht, und zwar unabhängig von der Gesamtbeschäftigungsentwicklung.

Karin Hopert
Behörde für Wirtschaft,
Verkehr und Landwirtschaft
Abteilung Wirtschaftspolitik
Telefon: 040-34 912-788

6) Das darf im Umkehrschluß natürlich nicht heißen, daß ein hoher Ausländeranteil prinzipiell ein Garant für beschäftigungswirksame Effekte sei.

Ausbildungsstruktur und Wirtschaftskraft

1 Einleitung

Das Süd-Nord-Gefälle wurde in den vergangenen Jahren in einer Vielzahl von Aspekten dargestellt, bei denen der Norden meistens schlechter abschnitt¹⁾. Die Verteilung der Bildungsabschlüsse in den Regionen stand dabei, im Vergleich zu klassischen Indikatoren der Regionalentwicklung (etwa Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigungsentwicklung, Arbeitslosenquote oder Kaufkraftkennziffer), bisher kaum im Mittelpunkt des Interesses und wurde weniger systematisch erhoben und ausgewertet. Dies kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, daß die Zusammenhänge zwischen Bildungsstruktur, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit noch weitgehend ungeklärt sind, auch wenn eine Reihe (durchaus politisch wirksamer) Hypothesen existieren.

In einem Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Universität Hamburg (Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung) wird der Einfluß von Qualifikationsstrukturen auf die Entwicklung von Großstädten in der Bundesrepublik und den USA untersucht. Die zentrale Datenbasis ist eine Sonderaufbereitung der Beschäftigtenstatistik durch die Bundesanstalt für Arbeit.

In diesem Aufsatz wird die Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (also ohne Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte) und ihre Entwicklung in Hamburg, in acht anderen ausgewählten Großstädten und im Bundesgebiet verglichen. Der Zeitraum ist die erste Hälfte der 80er Jahre. Die Ergebnisse dieses Vergleichs werden zu zwei Indikatoren der wirtschaftlichen Lage in bezug gesetzt, nämlich Wertschöpfung und Arbeitslosenquote. Die Frage, bei der dann alle Großstädte mit in die Betrachtung einbezogen werden, ist: Gibt es auf Regional- bzw. Großstadtebene Belege für einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Ausbildungsqualifikation der Beschäftigten?

Für die Beantwortung dieser Frage hat der Benutzer der Beschäftigtenstatistik, die mit den abhängigen Beschäftigten nur rund vier Fünftel aller Erwerbstätigen insgesamt erfaßt, gewisse sektoral unterschiedliche Informationsschwächen der Statistik hinzunehmen. Genauigkeit und Periodizität sowie die tiefe

fachliche und regionale Gliederung der Beschäftigtenstatistik sprechen jedoch für die Benutzung dieser Datenquelle – gerade bei regional differenzierten Untersuchungen.

2 Kennziffern der Ausbildungsstruktur

Zwei Aspekte der Qualifikationsstruktur in Großstädten sollen hier eingehender betrachtet werden:

- der Anteil der Hochqualifizierten (Absolventen von Fachhochschulen und Universitäten) und
- das Qualifikationsniveau aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, das durch den Ausbildungsstrukturindikator (ASI) gemessen wird.

Dargestellt wird die Entwicklung zum einen in Hamburg, Bremen, Hannover, Duisburg, Düsseldorf und Köln; diese Großstädte in Norddeutschland bzw. an der Küste und in der Rhein-Ruhr-Region werden von den Folgen des Strukturwandels stark belastet. Ihnen gegenübergestellt werden als drei „erfolgreiche“ Städte Frankfurt, Stuttgart und München.

2.1 Anteil der Hochqualifizierten

Betrachtet man den Anteil der Hochqualifizierten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der ersten Hälfte der 80er Jahre, so zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Großstädten. Der Anteil der Hochqualifizierten ist in Frankfurt, Stuttgart und München mehr als doppelt so groß wie in Duisburg, aber auch deutlich größer als in Hamburg, Bremen, Hannover, Düsseldorf und Köln. Der Abstand ist im Untersuchungszeitraum nicht kleiner, sondern eher etwas größer geworden. Allerdings gibt es auch starke Abweichungen vom sich damit abzeichnenden Süd-Nord-Gefälle in den Ausbildungsstrukturen. Das in der Tabelle nicht dargestellte Nürnberg kommt beispielsweise auf einen deutlich unterdurchschnittlichen Hochqualifiziertenanteil von nur 3,9 Prozent. Ein im Prinzip gleiches Bild ergibt sich bei den ausländischen Arbeitnehmern. Auch hier bestehen die gleichen gravierenden Unterschiede zwischen den Städten, wenn auch auf niedrigerem Niveau.

Welche Gründe dürfen hinter diesen Unterschieden vermutet werden? In

Tabelle 1 Anteil der Hochschulabsolventen¹⁾ an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern²⁾ insgesamt und bei Ausländern in Großstädten³⁾ 1980, 1982 und 1984

Land Großstadt	Hochschulabsolventen in Prozent der					
	Beschäftigten insgesamt			beschäftigten Ausländer		
	1980	1982	1984	1980	1982	1984
Hamburg (Land)	4,9	5,3	5,9	3,3	3,6	4,1
Bremen	4,8	5,3	5,8	3,8	3,9	4,5
Hannover	5,2	5,8	6,3	2,9	3,2	3,5
Duisburg	3,6	3,7	4,4	2,5	2,6	3,0
Düsseldorf	5,9	6,3	6,6	4,1	4,2	4,2
Köln	6,4	6,8	7,4	3,7	3,7	3,9
Frankfurt	8,3	9,0	9,6	4,2	4,3	4,7
Stuttgart	8,0	8,5	9,2	3,0	3,1	3,5
München	8,3	8,8	9,6	5,0	5,1	5,3
67 Großstädte ³⁾	5,5	5,9	6,4	3,7	3,9	4,2
Bundesgebiet	3,9	4,2	4,6	2,9	3,0	3,3

1) abgeschlossene Ausbildung an höheren Fach-/Fachhochschulen, Hochschulen/Universitäten.

2) in den administrativen Grenzen der Städte (nicht: Arbeitsamtsbezirke).

3) mit 100 000 und mehr Einwohnern hatten am 31.12.1979.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (Sonderaufbereitung), jeweils 30. Juni.

1) Friedrichs, J., Häußermann, H. und Siebel, W. (Hrsg.) 1986: „Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik?“, Opladen.
Friedrichs, J. (Hrsg.) 1984: „Die Städte in den 80er Jahren“, Opladen.

Betracht können unter anderem die folgenden Faktoren gezogen werden, die allerdings jeweils nur einen Teil der Strukturunterschiede erklären.

- Im Zuge der laufenden Anpassungsprozesse der Unternehmen an den Markt werden in erster Linie höhere Qualifikationen bei Arbeitnehmern nachgefragt. Zudem werden bei konjunktureller Besserung „nicht einfach die alten Arbeitsplätze reaktiviert“²⁾.
- Es sind vielmehr zum großen Teil neue Arbeitsplätze mit durchweg höheren Qualifikationsanforderungen. Strukturwandel und konjunkturelle Belegung hatten im süddeutschen Raum eine größere Dynamik, in deren Gefolge mehr Arbeitsplätze neu geschaffen wurden.
- In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit besteht für besser qualifizierte eine Wiederbeschäftigungschance vor allem dann, wenn sie bereit sind, einen Ortswechsel auf sich zu nehmen. Da relativ gute Beschäftigungschancen in einer Reihe süddeutscher Regionen bestehen, kommt es zu einer selektiven Wanderung von Hochqualifizierten.
- Die Konzentration von Unternehmenssitz, Konzernleitungen, Forschungseinrichtungen usw. in den verschiedenen Städten bewirkt regional unterschiedliche Qualifikationsanforderungen. Auf diese wirken außerdem die regionalen Branchenschwerpunkte ein. Einen starken Effekt dürften insbesondere jene Bereiche des tertiären Sektors ausüben, die Informationen verarbeiten (Banken, Versicherungswirtschaft, Beratungsunternehmen) und in starkem Maße hohe Qualifikationen nachfragen. Demgegenüber zeigen Bereiche wie Verkehr oder Handel (mit hohen Beschäftigtenanteilen beispielsweise in Hamburg) ein geringeres Ansteigen der durchschnittlichen Qualifikation.
- Schließlich darf man die stark unterschiedliche Anzahl der Hochschulbediensteten, bezogen auf die Größe der Wohnbevölkerung, nicht außer acht lassen. Sie ist zum Beispiel in München rund sechsmal so groß wie in Duisburg³⁾.

Allen Städten gemeinsam ist jedoch sowohl für Deutsche als auch für Ausländer die kontinuierliche Erhöhung des Anteils der Hochqualifizierten – eine Entwicklung, die sich auch nach 1984 unverändert fortgesetzt hat. Dies liegt in erster Linie an der allgemeinen höheren Qualifikation der neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Arbeitskräfte, aber gleichzeitig auch an der überproportionalen Betroffenheit gering Qualifizierter durch Arbeitslosigkeit oder vorgezogenen Ruhestand.

2) ANBA (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit), Nr. 3/1986.

3) Weißker, J. 1987: „Hochschulen im Wintersemester 1984/85. Ein Standortvergleich.“ In: Hamburg in Zahlen, Heft 1. 1987.

Tabelle 2 **Ausbildungsstrukturindikator für Beschäftigte insgesamt und Ausländer in Großstädten¹⁾ 1980, 1982 und 1984**

Land Großstadt	Ausbildungsstrukturindikator bei den					
	Beschäftigten insgesamt			beschäftigten Ausländern		
	1980	1982	1984	1980	1982	1984
Hamburg (Land)	39,4	40,1	40,8	31,9	31,8	32,2
Bremen	39,5	40,2	40,5	32,1	32,2	31,0
Hannover	39,9	40,8	40,8	31,2	31,6	32,1
Duisburg	38,5	38,9	39,7	32,3	32,0	32,5
Düsseldorf	40,8	41,1	41,7	34,6	33,8	34,2
Köln	40,2	40,8	41,4	30,1	30,4	30,6
Frankfurt	42,6	43,3	44,0	34,6	34,9	35,2
Stuttgart	41,9	42,4	43,2	33,3	32,8	33,6
München	42,2	42,8	43,5	35,9	35,7	35,9
67 Großstädte	40,0	40,6	41,2	32,9	32,8	33,2
Bundesgebiet	38,7	39,3	39,8	32,3	32,3	32,7

1) mit 100 000 und mehr Einwohnern am 31.12.1979.

Folgt man der Vermutung, daß technologische und wirtschaftliche Innovationen zu einem erheblichen Teil von einer großen Zahl Hochqualifizierter abhängen, ergibt sich für die Städte und in entsprechender Weise für die zugehörigen Regionen des Nordens und Westens eine ungünstige Konkurrenzsituation, da der wirtschaftliche Strukturwandel schwächere Impulse vom oberen Segment der Qualifikationspyramide erhält.

2.2 Allgemeines Qualifikationsniveau

Neben dieser Betrachtung allein der Hochqualifizierten kann man mit Hilfe eines speziellen Indikators das gesamte Qualifikationsniveau darstellen. Ein solcher Ausbildungsstrukturindikator (ASI) mißt nicht den Anteil nur einer Qualifikationsstufe, sondern berücksichtigt alle Stufen. Dazu werden die Prozentanteile der einzelnen Ausbildungsstufen unterschiedlich gewichtet,

Ausbildungsstufe (höchster erreichter Schulabschluß)	Ge- wich- tungs- faktor
keine Ausbildung/Ausbildung unbekannt	(A1) 1
Haupt-/Realschule ohne Berufsausbildung	(A2) 2
Haupt-/Realschule mit Berufsausbildung	(A3) 3
Abitur ohne Berufsausbildung	(A4) 4
Abitur mit Berufsausbildung	(A5) 5
Fachhochschule	(A6) 6
Hochschule/Universität	(A7) 7

Der Indikator errechnet sich dann in folgender Weise:

$$ASI = \frac{(A1x1 + A2x2 + A3x3 + A4x4 + A5x5 + A6x6 + A7x7)}{7}$$

Die Vergabe der Gewichte für die Ausbildungsstufen entspricht der Annahme, daß wirtschaftliches Wachstum durch höhere Qualifikation gefördert und Arbeitslosigkeit vermindert wird. Der Indikator kann einen Maximalwert von 100 annehmen, der bei „Vollakademisierung“ der Beschäftigten erreicht würde. Der entsprechende Minimalwert für den Fall „alle Beschäftigten ohne Ausbildung“, läge bei 14.

Tabelle 2 zeigt die Werte des Ausbildungsstrukturindikators und veranschaulicht ebenfalls den Vorsprung der Städte im Süden bei den Qualifikationen. Ein Aufwärtstrend läßt sich auch hier bei allen Städten feststellen. Im Unterschied zum Anteil der Hochqualifizierten (siehe Tabelle 1) zeigt der Indikator bei den Ausländern allerdings so gut wie keine Aufwärtsentwicklung, vielmehr stagniert er auf einem erheblich niedrigeren Niveau. Im Zusammenhang mit den Aussagen zu Tabelle 1 deutet dies auf eine Polarisierung der Qualifikationen (überproportionale Entwicklung der hohen und niedrigen Qualifikationen) innerhalb der Gruppe der Ausländer hin – bei gleichzeitiger Vergrößerung der qualifikatorischen Lücke zu den deutschen Beschäftigten. Damit zeigt sich, daß Integrationsbemühungen im Ausbildungsbereich – offenbar auch bei der zweiten Ausländergeneration – bisher nur eingeschränkten Erfolg hatten⁴⁾ bzw. in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation kaum bessere Ergebnisse erbringen konnten.

4) Ehlers, K. E. und Friedrichs, J. 1987: „Qualifikationsstrukturen – Schlüssel zum regionalwirtschaftlichen Erfolg oder Beginn sozialer Segregation?“ In: Informationen zur Raumordnung, Heft 11/12.

3 Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsentwicklung

3.1 Arbeitslosigkeit

Tabelle 3 zeigt anstelle der üblichen Arbeitslosenquote, die zum Teil mit Hilfe von Basisdaten aus der VZ 70 berechnet wird, eine von Koller (1984) vorgeschlagene präzisere, aus aktuellen Daten erchenbare Vergleichsquote. Bei ihr wird allerdings die Zahl der Arbeitslosen (Schätzung für die Großstädte in ihren administrativen Grenzen auf der Basis von Arbeitsamtsbezirken) nach dem Wohnortprinzip und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (exakte Angaben für die Großstädte wiederum in ihren administrativen Grenzen) nach dem Arbeitsortprinzip zugrundegelegt⁵⁾. Das kann bei starken Kernstadt-Umland-Verflechtungen (hohen positiven Pendlersalden) zu einer hohen Vergleichsquote im Umland führen, obwohl die wirtschaftlichen Ursachen für Arbeitslosigkeit in der Kernstadt zu suchen sind. Anders ausgedrückt: Die in der folgenden Tabelle ausgewiesenen Quoten für die Großstädte sind eher als zu niedrig anzusehen.

Die Definition der Vergleichsquote lautet:

$$\text{Vergleichsquote} = \frac{\text{registrierte Arbeitslose} + \text{sozialversicherungspflichtig Beschäftigte}}{\text{registrierte Arbeitslose}} \times 100$$

Auch nach diesem Indikator stehen die drei süddeutschen Großstädte wesentlich besser da, zumal sie auch beim Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen 1980 und 1984 ein deutlich geringeres Tempo aufweisen. Sowohl in den drei süddeutschen als auch in den norddeutschen und nordrhein-westfälischen Städten sind Ausländer rund doppelt so oft von Arbeitslosigkeit betroffen wie deutsche sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

3.2 Wirtschaftsentwicklung

Welches Bild bietet sich nun bei einem anderen wichtigen Indikator, der Bruttowertschöpfung? Die folgende Tabelle 4 zeigt die Unterschiede zwischen den Städten.

Da die Brutto-Wertschöpfung nach dem Arbeitsortprinzip berechnet wird, ist ein Bezug auf die Wohnbevölkerung wegen der Pendler ungenau. Voll vergleichbare Daten wie die sogenannte Wirtschaftsbevölkerung (Wohnbevölkerung plus/minus doppelter Pendlersaldo) liegen

Tabelle 3 Vergleichsquote¹⁾ insgesamt und für Ausländer in Großstädten²⁾ 1980, 1982 und 1984

Land Großstadt	Vergleichsquote in Prozent für					
	Beschäftigte insgesamt			beschäftigte Ausländer		
	1980	1982	1984	1980	1982	1984
Hamburg (Land)	2,6	6,8	10,0	4,2	13,7	20,1
Bremen	4,2	8,7	11,6	8,4	18,5	22,4
Hannover	3,1	6,5	8,8	4,6	12,8	16,3
Duisburg	5,5	10,2	14,3	6,7	16,9	21,8
Düsseldorf	2,7	5,5	7,7	5,0	9,9	13,9
Köln	5,7	9,3	11,1	13,3	17,9	19,2
Frankfurt	1,5	3,3	4,1	2,2	6,3	7,5
Stuttgart	1,3	3,0	3,8	2,0	5,8	7,5
München	2,0	4,2	5,3	2,1	7,0	8,3
67 Großstädte ³⁾	3,4	7,1	8,9	4,9	11,9	13,7
Bundesgebiet	3,6	7,5	9,5	4,5	11,3	16,5

1) nach Koller siehe Fußnote 5

2) in den administrativen Grenzen der Städte.

3) mit 100 000 und mehr Einwohnern am 31.12.1979.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (Sonderaufbereitung), jeweils 30. Juni

auf Stadtebene wegen der verschobenen Großzählung jedoch seit längerer Zeit nicht mehr vor.

Die Zahlen zeigen hohe Pro-Kopf-Werte wie hohe Steigerungsraten für die drei süddeutschen Städte. Allerdings gehört auch Düsseldorf zur Spitzengruppe, das

sogar auf Rang zwei kommt. Auch die Unterschiede bei der Zuwachsraten entsprechen dem üblichen Muster. Bei dem kurzen Zeitraum, auf den sich die Wachstumsrate bezieht, muß von vertiefenden Kommentierungsversuchen jedoch abgesehen werden.

Tabelle 4 Bruttowertschöpfung je Einwohner in Großstädten¹⁾ 1982 und die relative Veränderung 1980/82

Land Großstadt	Bruttowertschöpfung je Einwohner	
	DM	Veränderung 1980/82 in %
Hamburg (Land)	43 305	12,1
Bremen	36 467	10,6
Hannover	44 028	10,4
Duisburg	26 474	3,0
Düsseldorf	55 325	12,1
Köln	37 976	11,1
Frankfurt	69 676	15,3
Stuttgart	52 549	12,5
München	45 612	15,5
67 Großstädte	34 434	11,2
Bundesgebiet	26 478	8,1

1) mit 100 000 und mehr Einwohnern am 31.12.1979.

Quelle: "Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland 1980 und 1982." Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 14

5) Koller, M. 1984: „Zur Aussagekraft der regionalen Arbeitslosenquote“. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1984/Nr. 2.

4 Zusammenhänge

Ein Vergleich der Tabellen 1 bis 4 legt die Vermutung nahe, daß Ausbildungs-niveau einerseits und Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum andererseits in einem Zusammenhang stehen könnten. Dies soll nun auf einer breiteren statistischen Basis, die die entsprechenden Daten aller Großstädte der Bundesrepublik – einschließlich Berlin (West) – enthält, untersucht werden.

Über die Stärke der Zusammenhänge – nicht über hier nur zu vermutende kausale Abhängigkeiten – geben Korrelationskoeffizienten (Basis: 67 Großstädte) genaueren Aufschluß. Dabei zeigt sich eine recht deutliche Beziehung zwischen Qualifikation der Beschäftigten und der Arbeitslosigkeit.

Die Veränderungen der Korrelationskoeffizienten deuten auf eine Verstärkung der Verknüpfung zwischen Ausbildungs-niveau und Ausmaß der Arbeitslosigkeit hin, und zwar vor allem bei den Deutschen. Bei den Ausländern ist der Zusammenhang sehr schwach und lediglich beim ASI für das Jahr 1984 signifikant. Gleichwohl läßt sich aus dem Korrelationskoeffizienten nicht schließen, daß Kausalbeziehungen etwa derart bestehen, daß für die Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer höhere Ausbildung nur sehr eingeschränkt zur Verringerung ihres Arbeitslosenrisikos beiträgt; eher ist anzunehmen, daß Ausländer mit Hochschulausbildung unter den ausländischen Arbeitnehmern nur schwach vertreten sind und der Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitnehmer sich vorwiegend auf Nichthochschulabsolventen konzentriert. Auch zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Ausbildungs-niveau bestehen Zusammenhänge, sie sind jedoch weniger ausgeprägt (siehe Tabelle 6). Versucht man, die Art des Zusammenhangs inhaltlich zu präzisieren, bieten sich folgende Vermutungen an:

Je höher die Qualifikation der Arbeitnehmer in einer Stadt ist, desto höher dürfte – zumindest mittelfristig – auch ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sein, insbesondere auch deshalb, weil neue wissenschaftlich-technische Entwicklungen besser aufgegriffen werden können. Von dieser Überzeugung gehen neuerdings zunehmend mehr Initiativen aus, wie zum Beispiel die Diskussion um Ulm als „Wissenschaftsstadt“; aber auch die Gründung der Technischen Universität (TU) Harburg und weitere Aktivitäten zeigen. Auf der anderen Seite dürften gerade wirtschaftlich prosperierende Regionen eher in der Lage sein, qualifizierte Kräfte an- bzw. abzuwerben.

Tabelle 5 **Korrelationskoeffizienten für Vergleichsquoten¹⁾ und Ausbildungs-niveau für Beschäftigte insgesamt und für beschäftigte Ausländer 1980 und 1984 in 67 Großstädten²⁾**

Arbeits- Ausbildung losigkeit		Vergleichsquote bei den			
		Beschäftigten insgesamt		beschäftigten Ausländern	
		1980	1984	1980	1984
Anteil der Hochschulabsolventen	1980	- 0,43		- 0,07	
	1984		- 0,50		- 0,07
Ausbildungsstrukturindikator	1980	- 0,45		- 0,11	
	1984		- 0,53		- 0,25

1) Vergleichsquote = $\frac{\text{registrierte Arbeitslose} \times 100}{\text{registrierte Arbeitslose} + \text{sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte}}$

2) mit 100.000 und mehr Einwohnern am 31.12.1979.

Tabelle 6 **Korrelationskoeffizienten für Wirtschaftswachstum^{1)/} Ausbildungs-niveau²⁾ insgesamt und nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen³⁾**

Wirtschafts- Ausbildung wachstum		Veränderung der Bruttowertschöpfung		
		insgesamt	darunter	
			Produzierendes Gewerbe	Tertiärer Sektor
Anteil der Hochschulabsolventen	1980	0,17	- 0,04	0,34
	1984			
Ausbildungsstrukturindikator	1980	0,17	- 0,06	0,31
	1984			

1) relative Veränderung der Bruttowertschöpfung 1980/82.

2) Anteil der Hochschulabsolventen bzw. Ausbildungsstrukturindikator.

3) Basis: 58 kreisfreie Großstädte.

Denkbar wäre eine sich gegenseitig verstärkende Entwicklung der beiden Effekte, was mittelfristig eine immer stärkere Abkopplung süddeutscher Städte und Regionen sowohl in wirtschaftlicher als auch in qualifikatorischer Hinsicht bedeuten könnte. Bemerkenswert ist, daß der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Qualifikationsniveau bei der Bruttowertschöpfung mit lediglich 0,17 nur schwach ist. Differenziert man den Zuwachs nach Wirtschaftsbereichen, so

zeigt sich, daß die Ausbildungsstruktur mit der wirtschaftlichen Dynamik im Produzierenden Gewerbe kaum im Zusammenhang stand. Dagegen besteht im tertiären Sektor – auf städtischer Ebene – eine relativ deutliche Korrelation zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Qualifikationsniveau.

Kay E. Ehlers
Universität Hamburg
Forschungsstelle Vergleichende
Stadtforschung
Telefon: 040-41 23-57 95



Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt Hamburg bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik, informiert über Hamburg im Großstadtvergleich sowie über die Region Hamburg und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemeinschaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 0 4036 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



Dienstag, 29. September 1987

Hauptversammlung VDSt

Vorsitz: Dipl.-Kfm. K. Trutzel, Nürnberg

Kommunalstatistik zwischen Grundrechtsschutz und Selbstverwaltungsgarantie

Problemaufriß und Moderation:

Dipl.-Kfm. K. Trutzel, Nürnberg

- Städtestatistik und Grundgesetz
Prof. Dr. H. H. von Arnim, Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer
- Nutzung des Verwaltungswissens zur stets aktuellen statistischen Information
Prof. G. Appel, Statistisches Landesamt Berlin

Podiumsdiskussion: Kommunalstatistik und Datenschutz

Einführung und Moderation:

Dipl.-Math. G. Bensch, Duisburg

mit Prof. Dr. H. H. von Arnim, Dezernent S. Wimmer, Dr. H. Weyer, einem weiteren Datenschutzbeauftragten und einem Vertreter der Landesstatistik

Ausschuß für Ausbildungsfragen DSTg

Vorsitz: Prof. Dr. H. Stenger,
Universität Mannheim

Ausschuß „Methodik Statistischer Erhebungen“ DSTg

Vorsitz: Prof. Dr. H. Strecker, Universität Tübingen

- Bericht über die Durchführung der Volkszählung im Mai 1987
Vizepräsident R. Giehl, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München
- Gründe der Nichtbeteiligung bei sozialwissenschaftlichen Untersuchungen
Prof. Dr. H. Esser, Universität Köln
- Leistungsfähigkeit kleiner Stichproben im Bevölkerungsbereich
RD J. Schmidt, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Mittwoch, 30. September 1987

Dienstleistungsfunktion Kommunalstatistik VDSt

Moderation: Prof. Dr. E. Elsner, Berlin

- Kommunale Umfrageforschung – Chancen für einen verbesserten Stadt- und Regionalvergleich
Dr. W. Bick, Duisburg
- Beziehung der Kommunalstatistik zu Datenlieferanten und Datennutzern
Dipl.-Geogr. E. Rothgang, Wuppertal
- STATIS Berlin – Möglichkeiten und Grenzen des Zugriffs externer Nutzer auf die Daten der amtlichen Statistik
Dipl.-Soz. R. Frees, Berlin

Ausschuß für Regionalstatistik DSTg

Vorsitz: Dr. H.-P. Gatzweiler, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn

- Einführung
Dr. H.-P. Gatzweiler, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn
- Situation und Entwicklung der regionalen Umweltbelastung im Bundesgebiet – Anforderungen an eine regionale Umweltberichterstattung
Dipl.-Ing. D. Kampe, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn
- Stand der regionalen und kommunalen Umweltberichterstattung
Dipl.-Ing. K.-H. Fiebig, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
- Möglichkeiten und Grenzen der regionalen Umweltberichterstattung aus der Sicht der amtlichen Statistik
ORR R. Burkard, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart

Ausschuß für Neuere Statistische Methoden DSTg

Vorsitz: Prof. Dr. S. Heiler, Universität Dortmund

- Maximum-Likelihood-Schätzung bei Mißspezifikation – mit Anwendungen auf generalisierte lineare Modelle
Prof. Dr. L. Fahrmeir, Universität Regensburg
- Panel-Analyse mit verallgemeinerten linearen Modellen
Prof. Dr. A. Hamerle/Dr. W. Nagl, Universität Konstanz
- Rekursive verallgemeinerte M-Schätzer für ARMA-Modelle
Dipl.-Math. H. Allende Olivares,
Universität Dortmund
- Monotone Regression
Dr. N. Christophheit, Universität Bonn
- Parameterschätzung in Ökosystemmodellen
Prof. Dr. O. Richter, Universität Bonn

Ausschuß für Technische Statistik DSTg

Vorsitz: Prof. Dr. P.-Th. Wilrich, TU Berlin

- Bemerkungen zum Bestimmtheitsmaß in der Regressionsrechnung
Prof. Dr. U. Kockelkorn, TU Berlin
- Methodische Probleme bei der Definition von Nachweisgrenzen
Dr. E. Hartmann, Schering AG, Berlin
- Grenzwerte im Lebensmittelbereich
Prof. Dr. K. Gerigk, Bundesgesundheitsamt, Berlin
- Simulation der Wahrscheinlichkeitsverteilung von Immissionskonzentrationen am Beispiel der Geruchsstoffe
Dr. C. de La Riva, SITUS, Gesellschaft für Sicherheitstechnik und Umweltschutz, Dormagen
- Wirtschaftliche Wareneingangskontrolle
Dr. E. von Collani, Universität Würzburg

Donnerstag, 1. Oktober 1987

Ausschuß „Automation und Datenschutz“ VDSI

Vorsitz: Dipl.-Kfm. A. Christmann, Köln

- Das Statistische Informationssystem – Nukleus des kommunalen Informationsmanagements
Dipl.-Kfm. A. Christmann, Köln
- Nutzen und Nutzen raumbezogener statistischer Informationen – Internationale Entwicklung und deutsche Perspektiven
Dr. U. Maack, Condat, Berlin
- Aktuelle Entwicklungsschwerpunkte der graphischen Datenverarbeitung für Statistische Informationssysteme
Dipl.-Geogr. N. Kopp/Dip.-Ing. J. Hoffmann, Berlin
- Berichte aus den Arbeitsgruppen
 - DV-Unterstützung der Wahlen
Dr. L. von Hamm, Freiburg/
Dipl.-Kfm. A. Christmann, Köln
 - PC-Einsatz für Statistische Informationssysteme
Dipl. Vw. H.-W. Hülser, Krefeld/
Dipl.-Kfm. A. Christmann, Köln
- Schlußdiskussion

Hauptversammlung DStG

Tagungsleiter: Prof. Dr. J. Frohn, Universität Bielefeld

Umwelt und Statistik

- Einführung
Prof. Dr. J. Frohn, Universität Bielefeld
- Fragen des Umweltschutzes an die Statistik
Dr. H. von Lersner, Präsident des Umweltbundesamtes, Berlin
- Multivariate Verfahren zur Untersuchung von Wald-Öko-Systemen
Prof. Dr. W. Urfer, Universität Dortmund
- Statistische Analyse von Wassergütedaten
Prof. Dr. H. Hebbel/Prof. Dr. S. Heiler, Universität Dortmund
- Die Umwelt in der ökonomischen Theorie
Prof. Dr. H. Siebert, Universität Konstanz
- Umweltberichterstattung im Rahmen eines Satellitensystems zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Dr. C. Stahmer, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Freitag, 2. Oktober 1987

Ausschuß für Unternehmens- und Marktstatistik DStG

Vorsitz: Dr. H. Kriegbaum, VDMA, Frankfurt

- Praktische Probleme bei der Saisonbereinigung wirtschaftsstatistischer Zeitreihen
Dr. N. Meyer, Deutsche Bundesbank, Frankfurt
- Kalenderbereinigung aus empirischer Sicht
Dr. N. Herbel, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Ausschuß für Empirische Wirtschaftsforschung und Angewandte Ökonometrie DStG

Vorsitz: Prof. Dr. H. Schneeweiß, Universität München

- Ein ökonometrisches Modell zur Erfassung ökonomischer Wirkungen bestimmter umweltpolitischer Maßnahmen
Prof. Dr. J. Frohn, Universität Bielefeld
- Zur Anpassung der Mineralölpreise an die internationale Entwicklung – Empirische Tests einiger Hypothesen
Prof. Dr. G. Kirchgässner, Universität Osnabrück
- Erwerbsbeteiligung, Entlohnung und Arbeitsangebot von Frauen – Eine mikroökonomische Analyse unter Berücksichtigung des "selectivity bias"
Dr. J. Merz, Universität Frankfurt
- Beschäftigungseffekte privater Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen – Eine Panel-Datenanalyse
Dr. G. Flaig, Universität Augsburg

Montag, 28. 9. – Freitag, 2. 10.

Vorführung statistischer Software auf Mikrocomputern

Verantwortlich: Prof. Dr. H.-J. Lenz, Freie Universität Berlin

VDSI = Verband Deutscher Städtestatistiker
DStG = Deutsche Statistische Gesellschaft

Wegweiser zu statistischen Informationen: GASTGEWERBE

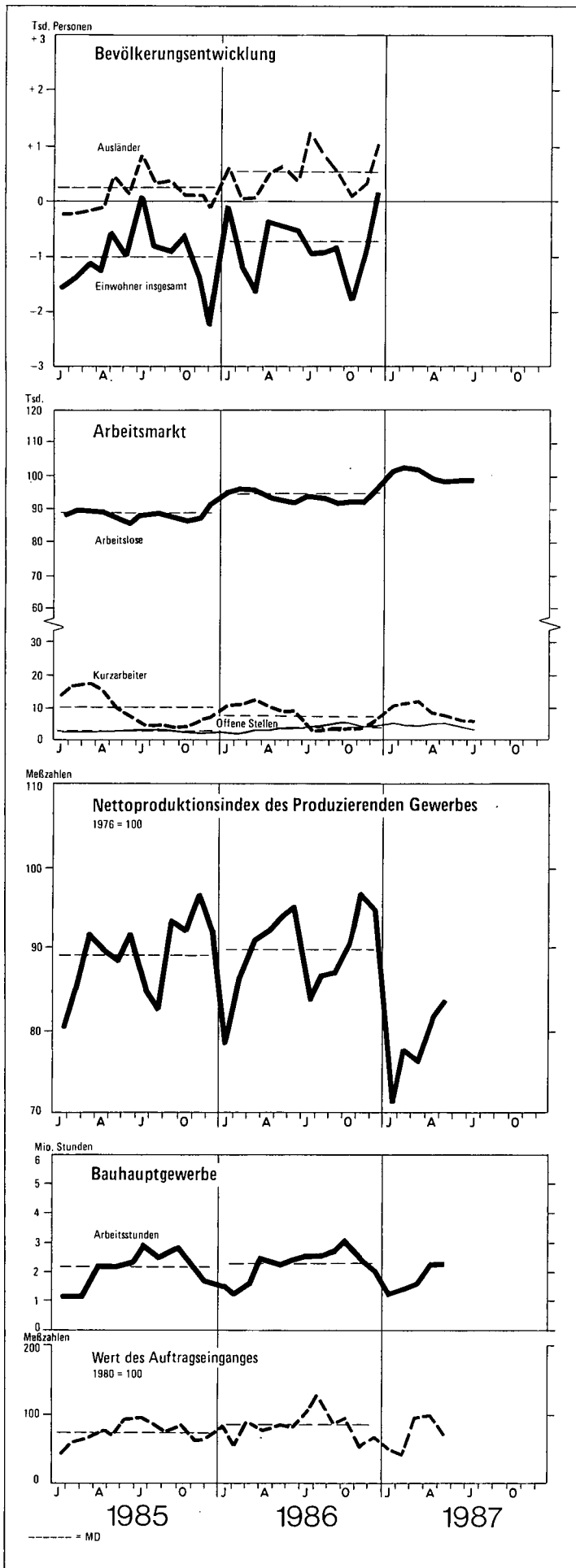
Um den Benutzern statistischer Daten Überblick und Zugang zu erleichtern, sollen in dieser Zeitschrift in loser Folge die für ausgewählte Statistik-Bereiche verfügbaren Angaben vorgestellt werden. Dabei sind in den kurzgefaßten tabellarischen Übersichten neben den bereichsbezogenen Fachstatistiken auch die Randinformationen aus solchen Statistiken enthalten, die primär anderen Zielen dienen.

Statistik	Periodizität	Berichtskreis	Merkmale	Erkenntnisziele
I. Berichtssystem im Gastgewerbe				
1. Handels- und Gaststättenzählung	In größeren Zeitabständen. Zuletzt 1960, 1968, 1979 und 1985. Danach alle zehn Jahre.	Arbeitsstätten und Unternehmen im Gastgewerbe – Totalerhebung –	Gesamtzahl der tätigen Personen; Umsatz nach Art der wirtschaftlichen Tätigkeit; Beherbergungskapazität (Fremdzimmer, -betten). Alle Merkmale nach Wirtschaftszweigen	Grundlage für tiefe fachliche und regionale Gliederungen; Basiszählung für nachfolgende Stichprobenerhebungen.
2. Monatserhebung	monatlich	Unternehmen (mit Länderaustausch der Arbeitsstätten) – Stichprobe –	Gesamtzahl der tätigen Personen nach Voll- und Teilbeschäftigten; Umsatz Alle Merkmale nach Wirtschaftszweigen	Zeitnahe Daten für konjunkturpolitische Zwecke; Kurzfristige Wirtschaftsdiagnose. Beobachtung saisonaler Entwicklungen.
3. Jahresherhebung	zweijährlich	Unternehmen – Stichprobe –	Tätige Personen; Umsatz nach Art der wirtschaftlichen Tätigkeit und gastgewerblichen Leistungen; Wareneingang; Warenbestände; Investitionen; Bruttolohn- und -gehaltssumme. Alle Merkmale nach Wirtschaftszweigen	Ergänzung der Monatsberichterstattung um Tatbestände, die zur Analyse von konjunkturellen Entwicklungen notwendig sind – Kostenfaktoren, Investitionstätigkeit, Schätzung von Vorratsveränderungen; Überblick über Diversifikations- und Spezialisierungstendenzen; Bildung betrieblicher Kennziffern (Rohertragsquoten, Warenumschlagskoeffizienten); Entlastung der Handels- und Gaststättenzählungen.
4. Ergänzungserhebung	5- bis 7jährlich, zuletzt 1980	Unternehmen – Stichprobe –	Warenbezüge nach Warenarten und Wirtschaftszweigen	Analyse von Unternehmensstrukturen; Sortimentsveränderungen; Aktualisierung des Preisindex.
5. Kostenstrukturstatistik im Gastgewerbe	4jährlich, zuletzt 1984	Unternehmen – Stichprobe – Auf freiwilliger Basis	Gesamtleistung; Tätige Personen; Umsatz nach Art der wirtschaftlichen Tätigkeit; Bestandsveränderungen; Material- und Wareneinsatz; Kosten nach Kostenarten; Ausgewählte Positionen des Jahresabschlusses. Alle Merkmale nach Wirtschaftszweigen	Überblick über die Kostensituation in den Unternehmen; Nachweis der wichtigsten Aufwands- und Ertragsgrößen. Nur Bundesergebnisse.
II. Beherbergungsstatistik				
6. Monatsstatistik	monatlich	Alle Betriebe mit 9 und mehr Fremdenbetten	Bettenzahl; Gästeankünfte und -übernachtungen nach Herkunftsländern.	Struktur und Entwicklung des Fremdenverkehrs; Kapazitätsauslastung.

Statistik	Periodizität	Berichtskreis	Merkmale	Erkenntnisziele
7. Kapazitätserhebung	6jährlich, zuletzt 1981 und 1987	Alle Betriebe mit 9 und mehr Fremdenbetten	Art der Beherbergungsstätte; Ausstattung der Beherbergungsstätte; Zimmer und Wohneinheiten nach Ausstattung und Übernachtungspreisen.	Struktur und Entwicklung der angebotenen Kapazitäten für den Fremdenverkehr.
III. Sonstige Statistiken mit gastgewerblichem Bezug				
8. Mikrozensus - Zusatzprogramm „Urlaubs- und Erholungsreisen“	jährlich	0,1 Prozent der Bevölkerung	Art, Anzahl, Ziel, Beginn und Dauer von Urlaubs- und Erholungsreisen; Benutzte Verkehrsmittel; Unterkunftsart; Kosten; Anzahl der Haushaltsmitglieder.	Art und Ausmaß von Urlaubsreisen; Bevorzugte Zielgebiete; Stellenwert in der Präferenzskala der Konsumenten.
9. Preisstatistik	monatlich	Unternehmen - Stichprobe in 19 Großstädten -	Preise für 17 Leistungen in den Bereichen Übernachtung, Speisen und Getränke	Preisentwicklung Nur Bundesergebnisse
10. Arbeitsstättenzählung	In großen Zeitabständen. Zuletzt 1961 und 1970.	Arbeitsstätten und Unternehmen im Gastgewerbe - Totalerhebung -	Beschäftigte nach Stellung im Betrieb und Geschlecht, Teilzeitbeschäftigte, Ausländer; Löhne und Gehälter; Rechtsform des Unternehmens; Art der Niederlassung. Alle Merkmale nach Wirtschaftszweigen	Struktur und Entwicklung im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung
11. Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit	vierteljährlich	Alle Betriebe mit sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Ausländer. Alle Merkmale nach Wirtschaftszweigen	Laufender Überblick über Struktur und Veränderungen im Beschäftigtenstand
12. Arbeitsmarktstatistiken	monatlich	Unterlagen der Arbeitsämter	Arbeitslose und offene Stellen in wirtschaftssystematischer und berufssystematischer Gliederung	Laufender Überblick über Struktur und Veränderungen des Arbeitsmarktes.
13. Umsatzsteuerstatistik	zweijährlich	Steuerpflichtige Unternehmen (Angaben der Finanzämter aus den Umsatzsteuer-Voranmeldungen)	Zahl der Steuerpflichtigen (Unternehmen); Umsatz; Umsatzsteuer; nach Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklassen	Überblick über die Umsatzentwicklung im Gastgewerbe (aber: Methodische Unterschiede zum Berichtssystem im Gastgewerbe!)
14. Handwerkszählung	In großen Zeitabständen. Zuletzt 1963, 1968, 1977. Die nächste Zählung ist für 1990 geplant.	Alle in die Handwerksrolle eingetragenen Betriebe	Beschäftigte nach der Stellung im Unternehmen; Umsatz nach Art und Absatzrichtung; Löhne und Gehälter nach Wirtschafts- und Gewerbebezweigen	Tiefe fachliche und regionale Gliederung für die handwerklichen Betriebe des Gastgewerbes

Neben den vorstehenden Statistiken gibt es eine Reihe weiterer Erhebungen, in denen ebenfalls Angaben über das Gastgewerbe enthalten sind:

- Zusätzliche Informationen über Unternehmen des Gastgewerbes bieten dabei: Die Statistik der **Kapitalgesellschaften** über den Bestand und die Veränderungen in der Zahl der Kapitalgesellschaften und ihres Nominalkapitals, die **Bilanzstatistiken** der Aktiengesellschaften sowie der Unternehmen, für die das Publizitätsgesetz gilt, über die wichtigsten Posten der Jahresabschlüsse sowie die **Einheitswertstatistik** über Bilanzstruktur sowie Vermögens- und Kapitalaufbau (jeweils nur Bundesergebnisse). Abgerundet wird diese Übersicht durch die Statistik der **Konkurse und Vergleichsverfahren** und von **Streiks und Aussperrungen**.
- **Volkszählung** (in größeren Abständen) und **Mikrozensus** (jährlich) informieren über Erwerbstätige in wirtschafts- und berufssystematischer Gliederung.
- Aus den **Wirtschaftsrechnungen** privater Haushalte und der **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe** sind Anhaltspunkte über die Ausgaben der Privathaushalte für gastgewerbliche Leistungen zu gewinnen (nur Bundesergebnisse).
- Die **Statistik des beruflichen Schulwesens**, die Statistik der **Studien- und Berufswünsche** sowie die **Berufsbildungsstatistik** enthalten Angaben über Wünsche und Ausbildung für gastgewerbliche Berufe.



Hamburg heute und gestern

1977 wurde in Hamburg rund 4700 Führerscheininhabern die **Fahrerlaubnis** entzogen. Zehn Jahre später hatte sich die Zahl der Entziehungen um gut ein Viertel verringert und blieb knapp unter 3500.

Der Hauptgrund für den Entzug des Führerscheins war Trunkenheit im Straßenverkehr. Anzumerken ist, daß dabei des öfteren andere Verkehrsdelikte, wie zum Beispiel eine Gefährdung des Straßenverkehrs durch grob verkehrswidriges oder rücksichtsloses Verhalten, unerlaubtes Entfernen vom Unfallort oder Fahren ohne Führerschein hinzutreten. 1977 wie auch 1986 beruhen rund 90 Prozent aller Entziehungen auf Trunkenheitsdelikten.

Frauen waren an dieser Art des verkehrswidrigen Verhaltens verhältnismäßig selten beteiligt (310 beziehungsweise 340 Entziehungen). Allerdings hat sich der Anteil der Frauen in den letzten zehn Jahren von sieben Prozent auf elf Prozent ausgeweitet, was sicherlich seine Ursache in der gestiegenen Beteiligung der Frauen am Straßenverkehr hat.

Statistische Woche 1987

In der Zeit vom 28. September bis 2. Oktober 1987 findet in Berlin die diesjährige Statistische Woche statt. Die Veranstalter, der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) und die Deutsche Statistische Gesellschaft (DStG) erwarten mehr als 500 Teilnehmer an dem wiederum sehr vielgestaltigen Tagungsprogramm (siehe die Übersicht über die Veranstaltungen auf den Seiten

280 und 281): Statistiker, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Geographen, Informatiker und Vertreter anderer Disziplinen aus dem In- und Ausland, von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aus Politik, Verwaltung und Verbänden werden in Berlin vertreten sein. Der VDSt behandelt im ersten Teil seiner Hauptversammlung am 29. September das Thema „Kommunalstatistik zwischen Grundrechtsschutz und Selbstverwaltungsgarantie“ mit Beiträgen des Verbandsvorsitzenden Trutzel, von Professor von Arnim („Städtestatistik und Grundgesetz“) und Professor Appel („Nutzung des Verwaltungswissens zur stets aktuellen statistischen Information“).

Eine Podiumsdiskussion des VDSt zum Thema Kommunalstatistik und Datenschutz schließt sich an.

Die Hauptversammlung des DStG am 1. Oktober steht unter dem Generalthema „Umwelt und Statistik“. Neben einem Vortrag des Präsidenten des Umweltbundesamtes werden unter anderem die Umwelt in der ökonomischen Theorie sowie die Umweltberichterstattung und die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Gegenstand der Erörterungen sein.

Aus dem umfangreichen weiteren Programm der Statistischen Woche sind die VDSt-Veranstaltung am Mittwochmorgen zum Thema „Dienstleistungsfunktion Kommunalstatistik“ sowie das Treffen des neuen Ausschusses „Methodik Statistischer Erhebungen“ (am Dienstagnachmittag) gerade unter dem Aspekt des Volkszählungsjahres 1987 besonders zu erwähnen.

Interessante Referate und Diskussionen sind auch bei den Sitzungen der Ausschüsse beider Vereinigungen zu erwarten, deren Inhalte dem in diesem Heft abgedruckten wissenschaftlichen Veranstaltungsprogramm zu entnehmen sind.

Neue Schriften

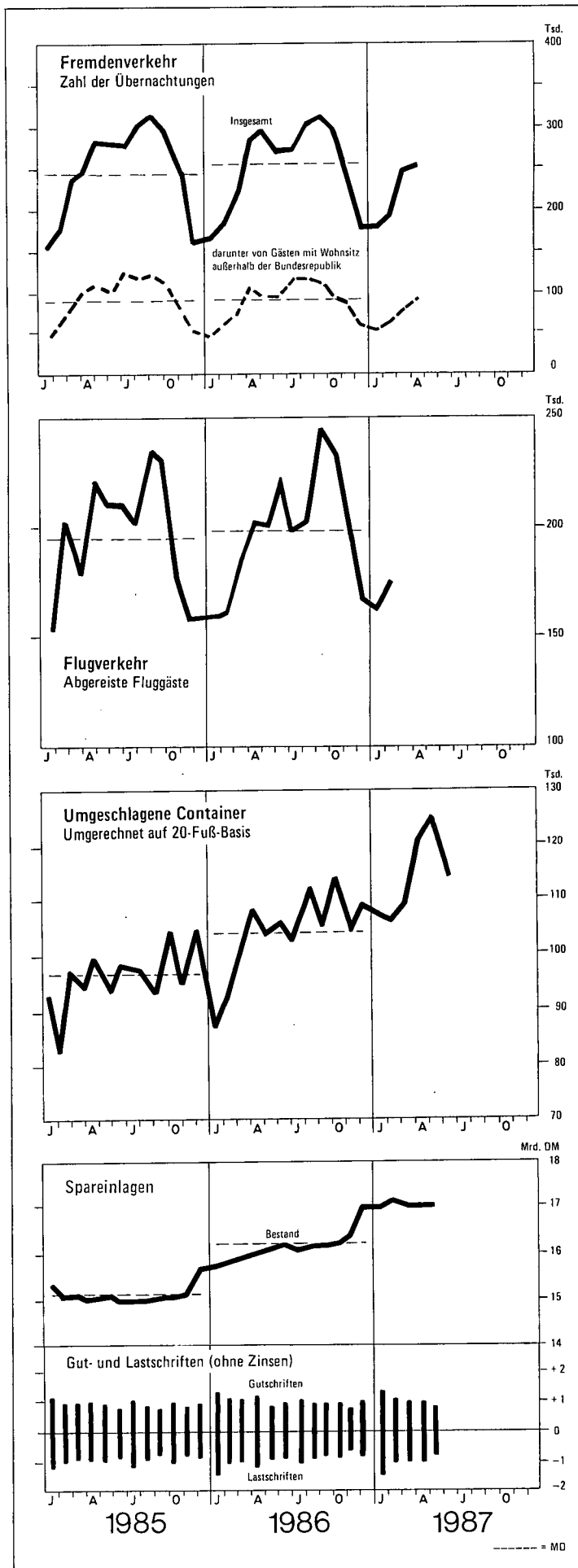
Angesichts der Notwendigkeit, Hamburg mit geeigneten Regionen zu vergleichen und seine Situation anhand geeigneter Indikatoren zu untersuchen, wird auf zwei Arbeiten hingewiesen, die hierzu sowohl Aussagen treffen als auch Anregungen bieten:

Zum einen handelt es sich um die Dissertation von Dr. Martha Pohl, Wirtschaftsförderung in Großstädten, deren Teil II (etwa 160 Seiten) als Heft 1/2. 1986 der Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik erschienen ist. Zu dieser Untersuchung der 16 größten Städte im Bundesgebiet geht es vor allem um **Standortvergleiche** anhand von Indikatoren über die öffentliche Entscheidungszentralität (Bewertung der Funktionen Großstadt, Bezirksregierung, Landeshauptstadt und Stadtstaat), die private Entscheidungszentralität (Hauptsitze der umsatzstärksten Industrieunternehmen und Banken) und die wirtschaftsgeographische Lage der Großstädte (Eigengewicht sowie Lage zu den Verdichtungsräumen in der Bundesrepublik und in Europa). In bezug auf letztere ist die getroffene kreisweise Abgrenzung von Interesse. Darüber hinaus aber auch die Bewertung der Finanzsituation sowie die Darstellungen zu Wissenschaft und Forschung und zur Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen in den Großstädten.

Zum anderen ist die Untersuchung **„Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen“** von Franz-Josef Bade zu nennen, erschienen als Sonderheft 143/1987 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin. Grundlage dieser (etwa 280 Seiten starken) Arbeit ist die These von der funktionalen Arbeitsteilung der Unternehmen und – damit verbunden – der entsprechenden Spezialisierung der Teilräume, insbesondere der Verdichtungsräume und der peripheren Regionen. Dieser Ansatz wird für Hamburg noch zusätzlich interessant durch die – in den Schaubildern auch optisch wirkungsvoll dargestellte – Untergliederung der Agglomerationsräume in die jeweiligen Kerngebiete und deren Umland- bzw. Randzonen. Die in erster Linie deskriptiv-statistisch angelegte Untersuchung basiert auf den Daten über sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer für die Jahre 1976 bis 1983. Damit sind die Bereiche, in denen Selbständige und mithelfende Familienangehörige oder aber Beamte eine überdurchschnittliche Bedeutung haben, in der vorliegenden Untersuchung unterrepräsentiert. Die räumliche Gliederung wurde so vorgenommen, daß auf der Basis der 75 Raumordnungsregionen eine Modifikation vorgenommen wurde, die erstens der Zentrum-Peripherie-Hierarchie Rechnung trug und zweitens die nur kreisweise verfügbare Verfügbarkeit der Daten berücksichtigte. Der Bereich „Zentrum“ erfaßt zwölf Agglomerationen mit etwa 51 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und 55 Prozent ihrer sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Gegenüber 1976 sind die Anteile von Bevölkerung und Beschäftigten in den drei norddeutschen Agglomerationen Hamburg, Bremen und Hannover am Bundesgebiet zurückgegangen. Gleiches gilt für die Agglomeration Ruhr, bei der diese Anteile nicht nur im Kerngebiet, sondern auch in den Randzonen sanken. Bei der Agglomeration München dagegen nahmen die Anteile von Bevölkerung und Beschäftigten auch im Kerngebiet zu.

Statistisches Bundesamt: Daten zum Nichtwohnbau. Wiesbaden 1987. 195 S. (Arbeitsunterlage.)

Statistisches Bundesamt:
Daten zum Nichtwohnbau.
Wiesbaden 1987. 195 S.
(Arbeitsunterlage.)



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	hPa ²⁾	1 014,9	1 015,5	1 011,8	1 017,1	1 017,3	1 016,9	1 017,6	1 014,1	1 012,4
Lufttemperatur	°C	8,2	9,0	7,0	14,7	17,2	0,9	10,0	10,6	13,9
Relative Luftfeuchtigkeit	%	78	76	71	67	64	74	71	73	79
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3,3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,5	5,2	5,8	4,7	3,5	5,0	5,0	5,5	6,6
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	60,2	62,9	18,4	55,5	44,4	30,4	64,0	63,4	84,5
Sonnenscheindauer	Std.	116,0	130,2	110,8	223,2	279,2	143,6	162,3	174,0	98,3
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9	6	5	1	0	7	5	5	3
Tage mit Niederschlägen	"	20	19	17	18	11	18	17	21	26
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁵⁾										
Bevölkerung	1000	1 586,4	1 575,6	1 576,6	1 576,2	1 575,7
und zwar männlich	"	741,9	737,2	737,4	737,3	737,2
weiblich	"	844,5	838,4	839,2	838,9	838,6
Ausländer	"	153,7	158,0	156,3	157,0	157,5
Bezirk Hamburg-Mitte	"	210,9	208,9	208,5	208,5	208,5
Bezirk Altona	"	222,4	221,7	221,3	221,1	221,1
Bezirk Eimsbüttel	"	229,6	227,8	228,0	228,0	227,8
Bezirk Hamburg-Nord	"	281,8	279,2	279,9	280,0	279,7
Bezirk Wandsbek	"	370,5	369,6	370,0	369,5	369,6
Bezirk Bergedorf	"	88,9	90,0	89,7	89,8	89,9
Bezirk Harburg	"	177,9	176,3	176,7	176,6	176,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	731	765	581	1 309	961
* Lebendgeborene ⁷⁾	"	1 059	1 117	1 065	1 080	1 164
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 856	1 831	1 839	1 885	1 465
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	11	8	8
* Geboren- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	"	797	714	774	805	301
* Eheschließungen	je 1000	5,5	5,8	4,5	9,8	7,4
* Lebendgeborene	Einwohner	8,0	8,5	8,2	8,1	9,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	14,0	13,9	14,2	14,1	11,0
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	1 Jahr	6,0	5,4	6,0	6,0	2,5
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000	9,5	8,8	10,4	7,3	7,3
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	4 732	4 985	5 187	4 739	4 321
* Fortgezogene Personen	"	4 982	4 989	4 745	4 343	4 515
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	"	250	4	442	396	194
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	12 211	12 504	14 002	10 857	10 934
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 381	1 348	1 672	1 328	1 200
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 029	983	1 292	984	873
Niedersachsen	"	733	725	767	674	628
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	339	330	390	318	287
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	889	937	1 072	923	747
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 729	1 975	1 676	1 814	1 746
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 718	1 748	1 692	1 550	1 492
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 349	1 399	1 384	1 209	1 185
Niedersachsen	"	852	848	856	779	774
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	457	446	429	401	419
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	966	1 008	1 057	841	925
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 447	1 385	1 140	1 173	1 324
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	337	400	20	222	292
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	320	416	92	225	312
Niedersachsen	"	119	123	89	105	146
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	118	116	39	83	132
Umland insgesamt ¹¹⁾	"	438	532	131	308	444
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	77	71	15	82	178
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	282	590	536	641	422
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	Anzahl	1 047	718	332	409	495
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	0,7	0,5	2,6	3,1	3,8
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten ¹³⁾	Anzahl	12 635	12 354	12 841	12 265	12 622	13 332	12 083	12 092	12 388
Betten ¹³⁾	"	14 693	14 592	14 620	14 589	14 561	14 280	14 280	14 280	14 280
Bettenausnutzung	%	86,4	86,5	88,1	85,0	85,9	91,2	86,2	87,6	82,6
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	507 363	519 390	517 155	462 260	945 070	500 109	495 982	490 719	449 627

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschnee und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁸⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. - ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ staatliche, freigemeinnützige, private und somatische Krankenhäuser bzw. Abteilungen in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	763 131	747 186	803 841	763 798	739 045	878 131	753 275	766 904	788 825
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"	63 251	67 792	81 386	66 563	70 910	79 118	81 963	74 060	75 954
Ausgeliehene Bände	"	28 660	30 404	37 597	30 448	30 708	33 419	35 580	31 651	30 766
Besucher der Lesesäle	"	4 504	4 801	5 329	4 717	3 959	5 548	5 275	4 781	4 416
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung	"	3 560	3 022	3 076	2 762	2 571	3 995	2 955	2 510	2 558
Besucher der Bibliothek und Archive	"	1 569	1 613	1 650	1 640	1 474	1 949	1 737	1 635	1 410
Commerzbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"									
Lesesaalbesucher und Entleiher	"									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	82 550	89 378	83 913	76 711	68 698	85 439	86 254	75 974	85 000
davon Hamburger Kunsthalle	"	16 391	24 757	20 284	16 065	12 461	11 758	15 195	21 496	22 852
Altonaer Museum in Hamburg,	"	8 645	8 322	9 388	9 103	7 631	8 378	8 316	7 845	8 255
Norddeutsches Landesmuseum	"	7 349	6 971	5 659	4 092	3 811	9 128	10 693	5 209	7 576
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	7 575	7 333	5 852	12 300	9 297	4 721	9 022	895	698
Helms-Museum	"	5 878	5 754	4 617	10 883	8 080	2 744	8 141		
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg ¹⁾	"	18 035	16 468	16 669	16 515	16 558	16 730	17 548	19 485	19 394
Museum für Hamburgische Geschichte	"	13 478	13 001	13 039	5 873	6 029	19 843	13 154	9 078	11 442
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 491	11 075	10 877	11 018	10 152	13 491	9 941	9 594	12 487
Planetarium	"	1 587	1 451	2 145	1 745	2 759	1 390	2 385	2 372	2 296
Bischofsburg	"									
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	89 162	94 436	95 233	93 776	93 397	100 553	99 479	98 335	98 919
* davon Männer	"	53 012	54 961	55 774	54 999	54 126	59 085	58 193	57 488	57 659
Frauen	"	36 150	39 475	39 459	38 777	39 271	41 468	41 286	40 847	41 260
Arbeitslosenquote	%	12,3	13,0	13,1	12,9	12,8	13,8	13,7	13,5	13,6
Kurzarbeiter	Anzahl	9 496	7 201	10 102	8 983	9 262	11 486	8 414	6 941	3 636
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ²⁾ insgesamt	"	100 207	106 698	106 959	105 753	106 868	114 826	113 500	112 117	113 406
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	6 450	6 813	7 064	6 913	6 686	6 385	6 437	6 532	6 586
Offene Stellen										
"	"	2 911	3 782	3 040	3 781	3 912	4 450	4 679	5 028	5 647
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	1 161	1 177	1 358	1 445	1 337	1 135	1 244	1 341	1 210
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,9	94,0	96,2	97,5	97,2	93,0	95,9	97,3	96,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,4	13,0	14,7	15,1	14,4	12,7	14,4	15,0	14,0
Schlachtungen von Inlandtieren³⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	5,1	5,0	5,8	3,9	4,2	5,3	4,5	4,7	4,6
* Kälber	"	2,4	2,3	2,4	2,6	2,0	3,2	2,7	2,8	2,6
* Schweine	"	18,1	18,6	19,6	18,2	18,0	19,8	19,0	16,1	18,1
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	3 215	3 241	3 584	2 959	2 832	3 637	3 243	3 128	3 063
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 402	1 395	1 621	1 110	1 160	1 534	1 277	1 409	1 351
* Kälber	"	310	298	307	336	258	425	372	371	340
* Schweine	"	1 481	1 528	1 642	1 502	1 406	1 656	1 576	1 335	1 359
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁵⁾ 6)										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	139 680	138 836	138 308	138 470	138 442	136 446	135 752	135 709	135 654
* dar. Arbeiter ⁷⁾	"	76 369	75 454	75 445	75 300	75 269	73 095	72 668	72 505	72 446
* Geleistete Arbeiterstunden ⁸⁾	1000	10 599	10 212	11 073	9 916	9 976	10 443	10 093	9 492	9 350
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	245	251	239	265	252	228	229	261	245
* Bruttogehaltssumme	"	321	333	315	328	366	327	324	360	368
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁹⁾)	"	7 602	5 854	6 727	5 780	5 796	5 776	5 686	5 565	5 824
dar. Auslandsumsatz	"	880	778	798	692	786	737	686	632	708
* Kohleverbrauch ¹¹⁾	1000 tSK ¹⁰⁾	7	6	7	7	7	7	7	7	6
* Gasverbrauch ¹¹⁾	1000 m ³	89 483	85 265	96 401	96 401	82 418	95 240	95 240	95 240	78 774
* Stromverbrauch ¹¹⁾	Mio. kWh	1 117	1 103	1 066	1 066	1 103	1 083	1 083	1 083	1 065
* Heizölverbrauch ¹¹⁾	1000 t	79	68	84	84	64	74	74	74	51
* davon leichtes Heizöl ¹¹⁾	"	9	9	14	14	8	12	12	12	6
* schweres Heizöl ¹¹⁾	"	70	59	70	70	56	62	62	62	45

¹⁾ seit Mai 1987 nicht mehr im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg. – ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ³⁾ gewerbliche und Hauschlachtungen. – ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁵⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁶⁾ einschl. Bergbau. – ⁷⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁹⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ¹⁰⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSK) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹¹⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den Juni-Spalten der Jahre 1986 und 1987 beziehen sich jeweils auf das 2. Vierteljahr des vorangegangenen Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige	Mio. DM	3 523	3 290	3 550	3 276	3 325	3 196	3 012	2 915	3 145
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	"	1 911	1 656	1 829	1 652	1 688	1 589	1 499	1 425	1 508
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	906	899	918	877	875	918	841	818	912
Investitionsgütergewerbe	"	117	118	125	110	119	122	113	109	114
Verbrauchsgütergewerbe	"	589	617	678	637	643	567	559	563	611
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	"									
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	22 801	22 719	22 450	22 759	22 842	21 258	21 063	21 113	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	17 378	17 523	17 183	17 539	17 612	16 285	16 170	16 209	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 218	2 313	2 653	2 406	2 577	1 607	2 310	2 302	...
* davon für Wohnungsbau	"	502	504	574	528	630	281	404	376	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	967	983	1 161	982	1 017	834	991	1 018	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	750	826	918	896	931	492	915	908	...
* Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	59	60	62	61	37	53	54	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	19	18	18	19	17	17	18	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	217	249	220	219	257	159	227	219	...
davon im Wohnungsbau	"	44	51	50	46	49	36	49	40	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	90	102	97	85	106	75	90	95	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	83	97	73	87	102	48	89	84	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	10 101	9 620	9 333	9 408	9 578	9 021	9 105	9 015	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	7 997	7 602	7 305	7 385	7 564	7 067	7 139	7 093	...
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 180	1 118	1 120	1 059	1 105	1 011	1 058	988	...
Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	25	24	22	23	24	21	22	22	...
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	8	7	8	8	7	8	8	...
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	86	83	70	70	69	65	65	68	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	166	111	101	68	161	136	81	106	200
* Stromverbrauch	"	960	969	993	847	821	1 121	918	888	825
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 651	1 685	1 812	910	981	2 741	1 536	1 383	1 276
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	88,0	89,8	92,1	94,2	95,4	76,4	82,2	83,5	...
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	104,4	105,8	110,1	109,6	113,3	84,0	86,1	86,9	...
Investitionsgütergewerbe	"	94,9	95,9	96,1	104,5	98,1	85,3	88,3	89,5	...
Verbrauchsgütergewerbe	"	74,3	73,9	74,3	75,5	77,6	72,4	71,2	73,4	...
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	"	71,5	70,6	71,7	68,8	72,9	69,3	77,5	77,1	...
Bauhauptgewerbe	"	66,9	82,7	89,1	93,7	95,5	55,8	89,0	93,3	...
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	112	57	100	156	52	63	72	118
dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	88	101	46	96	147	31	62	66	103
* Rauminhalt	1000 m ³	159	127	71	104	163	41	52	68	110
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	57,7	42,3	23,4	26,1	64,6	14,2	14,9	23,0	40,9
* Wohnfläche	1000 m ²	30,5	24,1	14,7	17,5	31,6	8,2	9,4	13,4	23,5
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	18	16	24	7	28	12	7	7	25
* Rauminhalt	1000 m ³	146	235	593	87	242	152	86	16	542
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	31,3	75,3	138,0	23,4	117,2	49,5	45,2	2,4	129,6
* Nutzfläche	1000 m ²	25,0	37,7	80,6	15,7	36,3	26,2	9,7	3,4	69,9
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	406	273	149	242	264	63	110	137	274
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	117	109	62	65	42	42	57	28	68
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	16	16	10	5	7	4	4	8	5
Rauminhalt	1000 m ³	118	132	112	57	49	143	168	171	17
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	408	376	114	258	247	114	65	40	90
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	204	205	205	205	205	206	206	206	206
Wohnungen	"	810	814	811	812	812	814	814	815	815

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bau- und Wohnungswesen										
(Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	116,0	.	115,8	.	.	.	118,0	.
Wohngebäude insgesamt	"	113,9	115,3	.	115,1	.	.	.	117,3	.
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	114,6	116,1	.	115,9	.	.	.	118,1	.
Mehrfamiliengebäude	"	115,1	116,9	.	116,6	.	.	.	119,0	.
Gemischt genutzte Gebäude	"	117,3	119,4	.	119,0	.	.	.	121,4	.
Bürogebäude	"	116,0	118,6	.	118,2	.	.	.	120,6	.
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 321	67 095	65 166	67 784	70 942	73 320	73 837	74 010	75 560
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	6 880,0	10 061,2	9 687,8	10 229,1	10 854,4	11 503,4	11 617,6	11 648,5	11 935,9
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausführung des Landes Hamburg ^{2) 3)}	Mio. DM	1 009	911	1 015	760	789	887	905	760	...
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	149	118	158	81	104	156	157	116	...
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	860	793	857	679	685	732	749	644	...
* davon Rohstoffe	"	8	6	7	7	5	6	4	4	...
* Halbwaren	"	171	118	149	113	92	105	89	96	...
* Fertigwaren	"	680	669	702	559	587	620	656	544	...
* davon Vorerzeugnisse	"	97	84	96	94	84	83	76	74	...
* Enderzeugnisse	"	583	585	605	465	503	537	580	470	...
* nach Europa	"	634	608	654	531	542	619	672	534	...
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	421	409	455	357	379	378	479	352	...
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure⁵⁾										
Einfuhr	"	6 186	4 315	5 462	4 242	4 073
davon Europa	"	3 619	2 496	3 081	2 419	2 290
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 749	1 859	2 361	1 813	1 648
Außereuropa	"	2 567	1 819	2 381	1 823	1 783
Ausfuhr	"	2 944	2 375	3 088	2 377	1 990
davon Europa	"	2 120	1 679	2 320	1 773	1 387
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 551	1 195	1 795	1 344	977
Außereuropa	"	823	696	768	604	603
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1980 = 100	131,4	114,3	129,6	114,0	112,4
* davon Binnengroßhandel	"	139,1	120,7	141,6	122,8	123,8
* Außenhandel	"	125,0	109,1	119,8	106,9	103,1
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1980 = 100	107,2	111,2	119,0	103,8	94,2
darunter Warenhäuser	"	90,9	93,0	87,4	86,9	78,0
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	110,4	112,3	121,4	123,0	115,0
darunter Beherbergungsgewerbe	"	114,0	125,4	148,6	134,1	128,3
Gaststättengewerbe	"	108,1	107,0	111,3	119,1	109,4
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen von Gästen	1000	131,2	137,9	147	159	149	132	135	168	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	47,0	46,2	52	50	51	40	47	51	...
* Fremdenübernachtungen von Gästen	"	248,3	253,5	281	295	274	245	251	305	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	91,0	88,6	103	93	96	76	90	98	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 193	1 140	1 259	1 237	1 109	1 150	1 150
Angekommene Schiffe	"	4 961	4 540	4 838	4 431	4 071	5 170	4 500
Güterverkehr über See	1000 t	3 198	3 030	3 361	2 951	2 643	3 237	3 076
davon Empfang	"	739	790	866	868	804	919	928
dar. Sack- und Stückgut	"	1 048	1 000	1 047	1 036	977	1 052	995
Versand	"	1 763	1 510	1 477	1 480	1 428	1 933	1 424
dar. Sack- und Stückgut	"	1 048	1 000	1 047	1 036	977	1 052	995
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	96 565	103 830	108 114	104 267	105 892	108 840	121 375
In Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	898	1 012	1 057	1 029	1 011	1 096	1 219
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	369	381	455	428	409	294	408
* Güterversand	"	394	426	497	489	550	451	316
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	6 133	6 458	6 604	7 215	7 651	6 702	6 908	7 330	7 354
Fluggäste	"	389 612	395 063	409 132	400 448	440 152	413 690	415 882	477 057	475 603
Fracht	t	2 464,7	2 445,7	2 470,4	2 535,3	2 440,9	2 785,2	2 581,9	2 564,6	2 250,2
Luftpost	"	1 090,1	1 131,7	1 054,7	973,9	999,3	1 192,8	1 145,9	1 102,9	1 004,8
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	27 965	27 714	29 987	26 338	25 402	26 656	27 934	26 275	...
Busse (ohne Private)	"	20 223	19 669	21 473	18 398	18 731	19 528	20 011	18 936	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 617	6 106	8 326	6 417	6 177	7 697	8 754	7 350	p 6 704
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 006	5 576	7 406	5 747	5 631	6 805	7 632	6 668	p 6 192
* Lastkraftwagen	"	349	304	411	304	232	546	578	324	p 289
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	822	839	805	966	1018	r 651	p 866	p 866	p 892
* Getötete Personen	"	9	10	10	7	5	6	p 8	p 8	p 7
* Verletzte Personen	"	1 048	1 078	1 039	1 234	1 301	r 855	p 1 082	p 1 082	p 1 124
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	110 351,1	111 754,2	110 031,1	110 477,7	110 941,3	110 513,2	110 392,1	110 392,1	111 116,9
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	105 385,8	106 990,5	105 417,8	105 657,8	106 108,0	106 040,3	105 947,9	105 947,9	106 525,4
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	18 638,4	18 304,2	18 602,4	18 330,2	18 786,0	18 094,8	17 139,0	17 139,0	16 797,2
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	18 556,0	18 073,4	18 208,8	18 208,1	18 684,9	16 960,4	16 643,2	16 643,2	16 681,3
* an öffentliche Haushalte	"	82,4	230,8	393,6	122,1	101,1	134,4	495,8	495,8	115,9
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	11 338,7	10 297,0	10 688,9	10 796,0	10 719,5	10 241,6	10 072,8	10 072,8	10 454,1
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 038,9	6 953,6	7 031,1	7 129,5	7 146,9	7 006,9	6 906,3	6 906,3	7 011,5
* an öffentliche Haushalte	"	4 299,8	3 343,4	3 657,8	3 666,5	3 572,6	3 234,7	3 166,5	3 166,5	3 442,6
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	75 408,7	78 389,3	76 126,5	76 531,6	76 602,5	78 703,9	78 736,1	78 736,1	79 274,1
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	55 170,6	58 795,4	55 900,5	56 283,9	56 674,0	58 774,1	58 958,3	58 958,3	59 286,5
* an öffentliche Haushalte	"	20 238,1	19 593,9	20 226,0	20 247,7	20 028,5	19 929,8	19 777,8	19 777,8	19 987,6
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁶⁾ von Nichtbanken ⁷⁾	"	63 004,3	66 203,7	60 967,3	61 407,1	61 848,0	63 799,0	64 261,3	64 261,3	65 194,4
* Sichteinlagen und Termingelder	"	47 260,8	49 204,5	44 939,9	45 344,1	45 690,3	46 775,3	47 261,7	47 261,7	48 166,3
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	39 929,0	41 587,6	38 134,1	38 313,6	38 677,8	39 761,3	40 305,3	40 305,3	40 868,4
* von öffentlichen Haushalten	"	7 331,8	7 616,9	6 805,8	7 030,5	7 012,5	7 014,0	6 956,5	6 956,5	7 297,9
* Spareinlagen	"	15 743,5	16 999,2	16 027,4	16 063,0	16 157,7	17 023,7	16 999,6	16 999,6	17 028,1
* bei Sparkassen	"	9 861,3	10 116,6	9 725,1	9 727,0	9 783,2	10 092,7	10 030,4	10 030,4	10 019,7
* Gutschriften auf Sparkonten ⁸⁾	"	1 505,2	1 543,3	1 231,6	895,6	1 004,6	1 014,4	995,2	995,2	959,0
* Lastschriften auf Sparkonten	"	876,5	919,9	1 167,5	860,0	909,9	1 041,3	1 016,8	1 016,8	930,6
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	49	44	37	36	41	49	46	46	44
* Vergleichsverfahren	"	0	—	—	—	—	—	—	—	—
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	273	254	291	266	215	222	221	221	206
* Wechselsumme	Mio. DM	10,3	3,2	4,6	2,9	2,3	2,3	3,2	3,2	1,5
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	32 995	31 525	35 232	28 794	31 322	28 862	28 395	28 395	26 956
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 831,7	1 753,9	1 529,8	1 524,5	2 287,7	1 812,9	1 410,3	1 410,3	2 235,4
* Steuern vom Einkommen	"	1 032,1	1 004,6	649,3	783,8	1 487,0	1 230,0	699,3	699,3	1 525,1
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	663,3	673,2	618,6	692,2	693,8	594,2	611,6	611,6	779,9
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	135,0	121,4	14,6	54,7	382,1	370,7	6,1	6,1	371,5
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	53,4	65,7	27,5	47,5	50,5	18,7	36,9	36,9	37,7
* Körperschaftsteuer ⁷⁾ ⁸⁾	"	180,4	144,3	17,8	10,7	360,6	246,4	56,8	56,8	336,0
* Steuern vom Umsatz	"	799,5	749,3	880,5	740,8	800,7	582,9	711,0	711,0	710,3
* Umsatzsteuer	"	315,1	379,1	461,5	325,0	455,6	206,9	361,2	361,2	369,7
* Einfuhrumsatzsteuer	"	484,4	370,2	419,0	415,8	345,1	376,1	349,8	349,8	340,6
* Bundessteuern	"	1 089,8	1 163,0	1 000,5	1 124,7	1 263,2	999,9	1 033,9	1 033,9	1 254,4
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle)	"	75,7	71,6	78,1	74,8	70,0	86,3	85,7	85,7	72,7
* Verbrauchsteuern	"	979,7	1 055,0	892,5	1 006,9	1 163,1	886,0	919,4	919,4	1 153,9
* Landessteuern	"	56,2	63,2	56,7	95,7	37,8	57,3	43,7	43,7	46,7
* Vermögensteuer	"	19,4	19,9	3,6	57,6	0,3	3,3	4,7	4,7	3,1
* Kraftfahrzeugsteuer	"	14,7	18,4	30,3	15,3	20,4	18,4	16,5	16,5	21,2
* Biersteuer	"	2,5	2,6	2,3	2,9	2,9	2,5	2,9	2,9	2,9
* Gemeindesteuern	"	170,5	166,9	40,0	398,1	32,0	41,9	30,5	30,5	25,3
* Grundsteuer A ⁹⁾	"	0,1	0,1	0,0	0,3	—	0,0	0,0	0,0	0,0
* Grundsteuer B ¹⁰⁾	"	25,0	25,9	1,7	57,7	2,0	3,0	2,4	2,4	6,7
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹¹⁾	"	140,1	135,6	33,3	335,3	25,5	37,6	27,4	27,4	18,2

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. — ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. — ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. — ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — ⁹⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ¹⁰⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — ¹¹⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 002,4	2 029,4	1 774,3	1 891,2	2 376,8	1 835,2	1 714,6	1 947,8	2 319,8
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	456,2	442,7	279,3	335,9	662,8	542,6	304,2	350,0	676,2
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	523,7	487,1	572,3	481,5	520,5	378,9	462,2	460,7	461,7
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	—	23,4	—	—	—	23,5	—
* Steuereinnahmen des Landes	"	474,9	477,2	140,5	493,0	862,4	—	136,1	544,7	859,8
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾ ³⁾	"	337,3	328,0	31,3	320,6	663,7	—	19,4	346,1	673,8
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	73,3	78,0	52,5	53,2	160,9	—	73,0	72,1	139,4
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	—	23,4	—	—	—	23,5	—
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	242,7	236,6	48,0	458,5	193,3	—	28,0	429,8	198,0
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	123,9	119,6	33,3	288,5	25,5	37,6	27,4	260,0	18,2
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾ ³⁾	"	88,4	85,7	8,0	107,3	161,4	—	2,5	109,9	172,7
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	687,9	694,5	187,5	950,4	1 096,8	—	163,1	973,5	1 084,9
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM									
* männliche Arbeiter	"	778	796	789	—	—	—	806	—	—
* dar. Facharbeiter	"	811	828	820	—	—	—	837	—	—
* weibliche Arbeiter	"	541	561	553	—	—	—	577	—	—
* dar. Hilfsarbeiter	"	498	516	509	—	—	—	527	—	—
Bruttostundenverdienste	"									
* männliche Arbeiter	"	18,98	19,52	19,32	—	—	—	20,15	—	—
* dar. Facharbeiter	"	19,76	20,30	20,11	—	—	—	20,92	—	—
* weibliche Arbeiter	"	13,54	14,15	13,96	—	—	—	14,55	—	—
* dar. Hilfsarbeiter	"	12,44	12,94	12,85	—	—	—	13,23	—	—
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	4 952	5 154	5 098	—	—	—	5 304	—	—
* weiblich	"	3 413	3 531	3 481	—	—	—	3 627	—	—
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	4 623	4 774	4 708	—	—	—	4 873	—	—
* weiblich	"	3 173	3 278	3 223	—	—	—	3 379	—	—
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 009	4 152	4 136	—	—	—	4 274	—	—
* weiblich	"	2 999	3 110	3 101	—	—	—	3 187	—	—
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt	Anzahl	21 064	21 391	21 879	18 204	24 384	23 758	18 907	20 891	24 170
dar. Straftaten wider das Leben	"	7	6	6	7	10	2	9	7	4
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	155	167	177	230	163	153	138	91	110
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	1 167	1 093	1 131	884	1 288	1 159	968	1 019	1 144
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	3 190	2 659	2 595	2 283	2 566	2 897	1 971	2 463	2 407
Diebstahl	"	13 801	14 519	15 116	12 338	17 176	16 183	13 010	14 402	17 296
dar. unter erschwerenden Umständen	"	9 301	10 055	10 542	8 435	12 494	10 542	8 668	9 956	12 465
Außerdem Verkehrsvergehen	"	976	876	949	1 038	880	812	809	848	762
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt	"	15 749	15 620	15 351	16 194	15 909	15 484	15 547	15 609	14 854
dar. Feueralarme	"	607	655	729	708	646	759	830	660	680
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	175	171	173	185	177	213	210	201	252
Rettungswageneinsätze	"	14 149	13 761	13 618	14 289	14 065	13 533	13 626	13 743	13 019
dar. für Krankentransporte	"	21 695	1 741	1 849	1 613	1 714	1 995	1 786	1 644	1 680
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	154	243	351	337	266	196	251	196	208

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. — ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern abzüglich Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1987			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Bevölkerung	1000	Januar	1 579,8
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 125
Gestorbene	"	"	1 756
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	- 631
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	5 712
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	5 175
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	+ 537
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	- 94
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	155,7
Lebendgeborene	Anzahl	"	169
Gestorbene	"	"	20
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	+ 149
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	2 159
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 680
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	+ 479
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	+ 628
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose	Anzahl	Juni	98 919	543 930	2 096 918	93 397
und zwar Männer	"	"	57 659	298 247	1 107 235	54 126
Frauen	"	"	41 260	245 683	989 683	39 271
Teilzeitkräfte	"	"	6 586	53 706	221 771	6 686
Ausländer	"	"	16 250	47 567	253 557	15 094
Arbeitslosenquote	%	"	13,6	11,2	8,3	12,8
Offene Stellen	Anzahl	"	5 647	34 012	182 169	3 912
Kurzarbeiter	"	"	3 636	28 658	184 012	9 262
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)³⁾						
Beschäftigte	Anzahl	April	135 752	1 018 270	7 034 529	138 308
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	10 093	98 211	667 492	11 073
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	553	3 569	24 648	554
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁴⁾	"	"	3 012	18 212	108 042	3 550
Gesamtumsatz ⁵⁾	"	"	5 686	23 741	123 124	6 727
darunter Auslandsumsatz	"	"	686	6 477	36 987	798
Bauhauptgewerbe⁵⁾						
Beschäftigte	Anzahl	April	21 063	170 967	968 653	22 450
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	2 310	19 526	110 753	2 653
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	70	489	2 840	78
Baugewerblicher Umsatz ⁴⁾	"	"	227	1 211	6 901	220
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen von Gästen	1000	Februar	102	606	3 774	97
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	"	30	89	732	29
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁶⁾	Anzahl	April	7 632	62 021	318 024	7 406
Steuern⁷⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	Jan.-März	7 609,6	19 905,0	108 743,0	7 582,3
darunter						
Gemeinschaftsteuern	"	"	4 606,8	13 951,1	83 013,9	4 710,9
Landesteuern	"	"	213,1	937,5	5 482,6	191,7
Gemeindesteuern	"	"	472,5	1 754,5	9 702,0	471,1

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. - ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. - ³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 ⁴⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post. - ⁵⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4.

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾								
1986		1987			1986			Veränderung 1987 gegenüber 1986 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -
12 048,8	61 024,0	1 579,8	12 049,8	61 022,2
8 546	48 045	1 125	8 546	48 045
11 696	58 947	1 756	11 696	58 947
3 150	10 902	631	3 150	10 902
23 006	44 894	5 712	23 006	44 894
21 883	31 004	5 175	21 883	31 004
1 123	13 890	537	1 123	13 890
2 027	2 988	94	2 027	2 988
582,7	4 496,0	155,4	581,8	4 490,1
526	4 122	169	526	4 122
67	597	20	67	597
459	3 525	149	459	3 525
6 697	34 580	2 159	6 697	34 580
5 229	26 296	1 680	5 229	26 296
1 468	8 284	479	1 468	8 284
1 927	11 809	628	1 927	11 809
536 747	2 078 185	99 685	595 297	2 311 596	95 501	609 324	2 365 951	+ 4,4	- 2,3	- 2,3
291 820	1 077 416	58 365	345 325	1 299 021	56 112	351 989	1 323 334	+ 4,0	- 1,9	- 1,8
244 927	1 000 769	41 320	249 972	1 012 575	39 389	257 335	1 042 617	+ 4,9	- 2,9	- 2,9
56 732	236 773	6 399	53 995	224 472	6 984	58 452	243 605	- 8,4	- 7,6	- 7,9
45 389	235 313	16 108	49 683	267 057	15 040	48 224	259 437	+ 7,1	+ 3,0	+ 2,9
11,0	8,4	13,7	12,2	9,3	13,1	12,5	9,5	x	x	x
30 814	172 598	4 776	32 844	169 471	3 103	27 805	147 536	+ 53,9	+ 18,1	+ 14,9
28 303	117 964	8 563	65 212	330 013	10 479	54 608	223 182	- 18,3	+ 19,4	+ 47,9
1 020 872	7 016 840	136 427	1 019 999	7 038 894	138 615	1 017 438	7 000 083	- 1,6	+ 0,3	+ 0,6
109 481	724 048	40 283	393 715	2 646 398	42 072	404 504	2 687 990	- 4,3	+ 2,7	+ 1,5
3 462	23 637	2 173	13 906	96 531	2 153	13 469	92 627	+ 0,9	+ 3,2	+ 4,2
19 769	116 563	11 916	70 301	420 601	13 414	73 340	430 361	- 11,2	- 4,1	- 2,3
25 492	132 279	21 980	91 062	477 557	26 826	96 042	490 189	- 18,1	- 5,2	- 2,6
6 751	40 278	2 658	24 851	142 690	3 003	25 151	148 165	- 11,5	- 1,2	- 3,7
179 684	1 000 348	21 309	161 119	923 976	21 974	168 329	945 841	- 3,0	- 4,3	- 2,3
22 675	125 107	6 423	45 174	278 774	7 133	53 127	316 874	- 10,0	- 15,0	- 12,0
513	2 903	223	1 350	8 424	249	1 451	8 813	- 10,4	- 7,0	- 4,4
1 353	7 358	659	3 293	21 024	632	3 602	21 748	+ 4,3	- 8,6	- 3,3
601	3 550	194	1 108	6 937	184	1 107	6 699	+ 5,4	+ 0,1	+ 3,6
90	699	54	147	1 276	54	151	1 253	+ 0,5	- 2,6	+ 1,8
58 158	309 864	22 205	180 231	945 842	23 208	184 994	978 348	- 4,3	- 2,6	- 3,3
20 350,6	105 297,1	7 609,6	19 905,0	108 743,0	7 582,3	20 350,6	105 297,1	+ 0,4	- 2,2	+ 3,3
14 436,8	80 384,9	4 606,8	13 951,1	83 013,9	4 710,9	14 436,8	80 384,9	- 2,2	- 3,4	+ 3,3
975,0	5 074,6	213,1	937,5	5 482,6	191,7	975,0	5 074,6	+ 11,2	- 3,8	+ 8,0
1 761,6	9 650,9	472,5	1 754,5	9 702,0	471,1	1 761,6	9 650,9	+ 0,3	- 0,4	+ 0,5

und mehr Beschäftigten. - ⁴⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁵⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. -

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	4. Vj. 86 1. Vj. 87	1 571 1 569	1 879 ...	1 291 1 293	966 967	623 623	615 616	565 566	557 557	522 ...	531 527	467 467
darunter Ausländer	%	4. Vj. 86 1. Vj. 87	10,3 10,4	13,0 ...	16,3 16,4	14,4 14,4	6,1 6,2	22,7 22,9	12,9 13,0	18,0 18,1	7,1 ...	9,3 9,5	11,8 11,9
Lebendgeborene	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	3 299 3 313	...	2 499 2 620	2 329 2 277	1 445 1 419	1 321 1 271	1 244 1 270	1 419 1 649	1 122 ...	807 1 180	1 034 1 025
darunter Ausländer	%	4. Vj. 86 1. Vj. 87	17,2 15,6	...	16,8 16,8	22,2 21,7	13,7 15,1	30,6 32,2	18,1 19,7	23,7 23,8	11,9 ...	15,7 16,7	16,5 19,6
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	8,3 8,6	...	7,7 8,2	9,6 9,6	9,2 9,2	8,5 8,4	8,7 9,1	10,1 12,0	8,5 ...	6,0 9,1	8,8 9,0
Gestorbene	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	5 532 5 592	...	3 170 3 496	2 654 2 858	2 003 2 089	1 875 1 836	1 808 1 847	1 604 1 818	1 783 ...	1 544 1 961	1 489 1 570
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	14,0 14,5	...	9,7 11,0	10,9 12,0	12,8 13,6	12,1 12,1	12,7 13,2	11,4 13,2	13,6 ...	11,5 15,1	12,6 13,6
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 2 233 - 2 279	...	- 671 - 876	- 325 - 581	- 558 - 670	- 554 - 565	- 564 - 577	- 185 - 169	- 661 ...	- 737 - 781	- 455 - 545
Zugezogene Personen	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	15 491 14 278	...	24 084 20 027	12 108 9 768	4 510 4 695	10 960 10 597	6 691 6 362	11 931 9 670	4 949 ...	8 260 6 738	7 245 5 594
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	39,1 36,9	...	74,0 62,8	49,7 41,0	28,7 30,6	70,7 69,8	47,0 45,6	85,0 70,4	37,6 ...	61,7 51,8	61,5 48,6
Fortgezogene Personen	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	15 894 14 460	...	20 214 17 499	10 420 8 427	3 753 4 134	10 104 9 294	5 251 4 878	10 520 9 416	5 341 ...	10 577 9 539	7 762 5 600
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	40,1 37,4	...	62,1 54,9	42,8 35,3	23,9 26,9	65,2 61,2	36,9 35,0	74,9 68,6	40,6 ...	79,0 73,4	65,9 48,6
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 403 - 182	...	+ 3 870 + 2 528	+ 1 688 + 1 341	+ 757 + 561	+ 856 + 1 303	+ 1 440 + 1 484	+ 1 411 + 254	- 392 ...	- 2 317 - 2 801	- 517 6
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 1,0 - 0,5	...	+ 11,9 + 7,9	+ 6,9 + 5,6	+ 4,8 + 3,7	+ 5,5 + 8,6	+ 10,1 + 10,6	+ 10,1 + 1,8	- 3,0 ...	- 17,3 - 21,5	- 4,4 0,1
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 2 636 - 2 461	...	+ 3 199 + 1 652	+ 1 363 + 760	+ 199 - 109	+ 302 + 738	+ 876 + 907	- 1 226 + 85	- 1 053 ...	- 3 054 - 3 582	- 972 - 551
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 6,7 - 6,4	...	+ 9,8 + 5,2	+ 5,6 + 3,2	+ 1,3 - 0,7	+ 1,9 + 4,9	+ 6,2 + 6,5	+ 8,7 + 0,6	- 8,0 ...	- 22,8 - 27,5	- 8,3 - 4,8
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	31 924 38 644	...	28 575 27 542	23 503 21 507	14 343 15 049	10 785 10 688	11 710 12 215	10 788 8 884	12 466 ...	10 964 10 956	10 479 8 868
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	80,6 99,9	...	87,8 86,4	96,5 90,2	91,4 98,0	69,6 70,4	82,2 87,6	76,8 64,7	94,7 ...	81,9 84,3	89,3 77,1
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	96 557 100 553	86 436 93 803	³⁾ 53 707 ³⁾ 62 412	52 918 54 361	32 985 34 593	33 507 35 754	29 109 29 870	12 991 13 217	31 836 32 902	41 099 42 741	18 749 20 308
und zwar Männer	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	56 178 59 085	49 153 54 809	³⁾ 27 709 ³⁾ 35 662	29 887 31 459	19 275 20 572	18 321 20 233	17 379 17 889	7 003 7 434	17 771 18 667	23 081 24 390	9 771 10 885
Frauen	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	40 379 41 468	37 283 38 994	³⁾ 25 998 ³⁾ 26 750	23 031 22 902	13 710 14 021	15 186 15 521	11 730 11 981	5 988 5 783	14 065 14 235	18 018 18 351	8 978 9 423
Teilzeitkräfte	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	6 207 6 385	4 591 4 643	³⁾ 6 120 ³⁾ 6 272	3 671 3 537	2 394 2 439	3 263 3 450	1 801 1 825	1 001 955	3 087 3 041	3 482 3 605	1 829 1 858
Arbeitslosenquote	%	4. Vj. 86 1. Vj. 87	13,3 13,8	10,7 10,9	³⁾ 5,9 ³⁾ 6,8	14,0 14,4	14,7 15,6	6,5 6,9	12,0 12,4	4,9 5,0	15,1 15,4	12,6 13,2	7,9 8,6
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	15 401 16 358	15 189 16 391	³⁾ 12 698 ³⁾ 16 308	11 067 11 418	3 028 3 339	8 284 9 013	5 384 5 648	3 855 3 951	3 648 3 716	6 608 6 765	3 788 4 167
Offene Stellen	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	4 502 4 450	7 555 8 236	³⁾ 7 258 ³⁾ 7 009	2 459 2 853	760 996	4 247 4 546	1 856 2 096	3 965 4 751	1 504 1 518	4 185 6 216	1 989 2 147
Kurzarbeiter	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	6 379 11 486	9 139 11 038	³⁾ 1 305 ³⁾ 4 652	1 714 8 621	530 3 384	1 250 5 535	4 947 4 348	1 172 823	3 806 5 998	1 530 1 737	1 578 6 034

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk⁴⁾)													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	4. Vj. 86	138 017	162 806	179 609	104 567	48 903	104 897	76 685	123 765	65 991	78 435	89 277
		1. Vj. 87	136 446	163 317	176 737	103 728	45 081	103 702	75 876	125 532	65 875	78 547	86 899
je 1000 Einwohner	Anzahl	4. Vj. 86	88	87	139	108	79	171	136	222	126	147	192
		1. Vj. 87	87	...	137	107	72	168	134	225	...	149	186
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	4. Vj. 86	1 951	1 911	2 512	1 613	697	1 633	1 158	1 875	873	1 020	1 028
		1. Vj. 87	1 620	1 620	2 081	1 309	536	1 300	1 024	1 582	704	878	882
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Anzahl	4. Vj. 86	56	47	55	61	57	62	60	60	52	52	46
		1. Vj. 87	48	40	48	51	48	51	55	51	43	45	41
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86	10 010	11 666	12 802	7 636	3 110	4 354	5 376	6 331	4 412	3 955	3 575
		1. Vj. 87	8 903	10 348	11 546	6 183	2 591	4 100	4 013	5 155	4 157	3 580	2 886
Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86	15 832	12 077	14 063	8 663	3 769	7 472	6 014	7 435	5 127	4 371	3 875
		1. Vj. 87	16 294	10 713	12 538	7 096	3 154	6 121	4 650	6 277	4 738	3 959	3 143
darunter Auslandsumsatz ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86	2 771	1 389	5 960	2 706	626	1 982	2 520	2 390	1 755	1 551	1 153
		1. Vj. 87	1 971	1 146	6 199	2 516	423	1 754	1 311	2 096	1 670	1 407	725
Gesamtumsatz ⁵⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86	40	25	43	36	24	48	42	53	39	33	33
		1. Vj. 87	42	...	39	30	21	40	33	46	...	30	27
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Anzahl	4. Vj. 86	455	294	311	329	306	283	311	238	308	221	172
		1. Vj. 87	484	266	288	277	284	239	249	203	292	204	147
Bauhauptgewerbe⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	4. Vj. 86	17 347	25 806	27 694	10 803	8 558	15 240	10 191	11 442	6 732	5 892	8 241
		1. Vj. 87	16 698	24 811	24 615	10 605	...	14 765	9 953	11 367	6 546	5 595	...
Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86	834	1 083	1 072	416	313	561	420	489	311	235	293
		1. Vj. 87	349	396	569	199	...	294	243	257	129	89	...
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	4. Vj. 86	399 594	428 704	670 419	220 997	59 443	402 173	219 959	137 815	84 279	103 159	173 927
		1. Vj. 87	325 285	370 345	536 358	219 818	...	386 183	227 985	120 675	66 478	96 474	121 145
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	4. Vj. 86	730 420	1 181 458	1 400 913	444 068	167 738	666 568	437 371	288 197	151 140	170 427	320 486
		1. Vj. 87	610 369	1 043 942	1 127 659	484 034	...	693 187	435 833	264 721	122 410	185 044	244 756
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	4. Vj. 86	242 417	226 184	551 012	158 450	27 725	369 737	188 259	84 580	34 776	36 923	67 921
		1. Vj. 87	186 208	204 885	443 577	183 120	...	371 765	173 858	74 968	30 711	44 360	61 087
Fremdenübernachtungen von Gästen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86	1 844	2 494	4 303	1 823	1 069	4 299	3 072	2 053	1 055	1 273	2 730
		1. Vj. 87	1 578	...	3 537	2 030	...	4 565	3 124	1 928	...	1 423	2 126
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁶⁾	Anzahl	4. Vj. 86	16 616	14 712	21 884	13 641	6 715	10 086	7 035	...	5 380
		1. Vj. 87	14 573	5 851
Steuer-einnahmen													
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer	Mio. DM	4. Vj. 86	375	108	402	216	169	287	165	161	90	107	104
		1. Vj. 87	...	178	277	199	93	357	207	223	76	121	91
DM je Einwohner und 1 Jahr (Gemeindeanteil)	Anzahl	4. Vj. 86	947	...	1 235	885	1 078	1 850	1 157	1 145	684	799	887
		1. Vj. 87	869	835	604	2 354	1 484	1 622	...	929	787
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	4. Vj. 86	295	171	394	255	149	194	174	185	77	128	143
		1. Vj. 87	...	142	65	27	16	15	19	14	56	4	2
DM je Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	4. Vj. 86	746	...	1 210	1 047	951	1 248	1 220	1 321	588	960	1 214
		1. Vj. 87	204	114	104	101	133	102	...	35	16

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ wohnberechtigte Bevölkerung. – ³⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ post.

Im Juli 1987 veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung

Bevölkerungsstand und -entwicklung in den Bezirken, Kern- und Ortsamtsgebieten,
Stadt- und Ortsteilen 1986

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im 3. Vierteljahr 1986

Bildung und Kultur

Studierende an den Hamburger Hochschulen Sommersemester 1986

Produzierendes Gewerbe

Das Handwerk im 1. Vierteljahr 1987

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe April 1987

Ausbaugewerbe März 1987

Ausbaugewerbe April 1987

Ausbaugewerbe Mai 1987

Hochbautätigkeit März 1987

Hochbautätigkeit April 1987

Hochbautätigkeit Mai 1987

Handel und Gastgewerbe

Arbeitsstätten des Großhandels in Hamburg 1985

Arbeitsstätten des Einzelhandels in Hamburg 1985

Arbeitsstätten der Handelsvermittlung in Hamburg 1985

Arbeitsstätten des Gastgewerbes in Hamburg 1985

Ausfuhr des Landes Hamburg Januar bis März 1987 (Spezialhandel)

Durchfuhr des Auslandes und Durchgangsverkehr der DDR über Hamburg November 1986

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Februar 1987

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr März 1987

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr April 1987

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Mai 1987

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle Januar 1987

Straßenverkehrsunfälle Februar 1987

Seeverkehr des Hamburger Hafens Juli und August 1986

Öffentliche Finanzen

Steueraufkommen und Steuereinnahmen März 1987

Steueraufkommen und Steuereinnahmen April 1987

Steueraufkommen und Steuereinnahmen Mai 1987

Preise

Preisindizes für Bauwerke Mai 1987

Umweltschutz

Investitionen für Umweltschutz im Verarbeitenden Gewerbe 1985

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich und enthält ständige Zahlenübersichten sowie textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Jahrbuch 1981

Das Statistische Jahrbuch ist eine umfassende Zusammenstellung zahlenmäßiger Informationen über die demographischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten in Hamburg.

Bei dem 1981 erschienenen Band handelt es sich um eine größtenteils neugestaltete und um zusätzliche Nachweisungen erweiterte Ausgabe.

Das Jahrbuch enthält in seinem Hauptteil Ergebnisse in ausführlicher sachlicher Gliederung, zumeist für die Jahre 1978 und 1979. In einem zweiten Abschnitt werden Daten über ausgewählte Themenbereiche in langfristiger Entwicklung unterbreitet; die „langen Reihen“ erstrecken sich durchweg über den Zeitraum von 1950 bis 1979.

Der dritte Teil bietet ein knappes Tabellarium mit Angaben über die Region Hamburg.

Das Jahrbuch enthält 440 Tabellen und ist 374 Seiten stark (vergriffen).

Statistisches Taschenbuch 1986

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in kleiner, handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in knapper tabellarischer Darstellung.

Soweit möglich, wurden in den Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen.

Das Taschenbuch ist 244 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1980

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält an Übersichten:

Zugehörigkeit der Gebietsteile zu den Finanzämtern, den Standesämtern und den Amtsgerichten

Schlüsselverzeichnis für Grundbuchbezirke mit Angabe des zuständigen Amtsgerichtsbezirks

Konsulate

Amtlich benannte Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet mit Angabe der Ortsteile, Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Stadtteile, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke
Kleingartenvereine

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 268 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

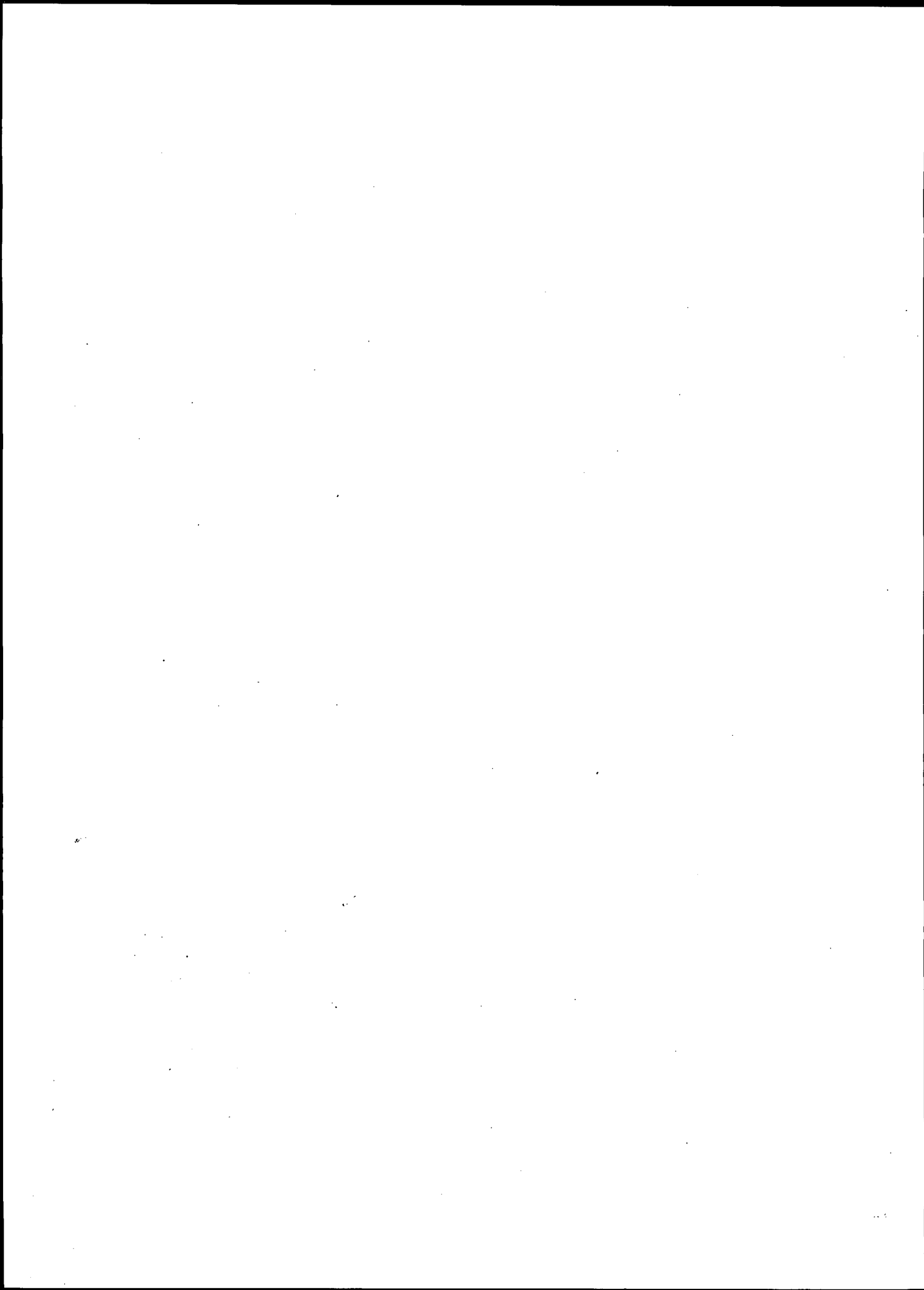
Statistik des Hamburgischen Staates

Dies sind die Quellenwerke mit wichtigen Tabellen aus großen Zählungen und wichtigen laufenden Statistiken. In dieser Reihe werden die Ergebnisse der Arbeiten des Statistischen Landesamtes ausführlich und mit dem Ziel der nachhaltigen Dokumentation der Zeitverhältnisse publiziert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
Heft 107 Die Pendelwanderung über die Hamburger Landesgrenze - Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 - (vergriffen)
Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 - Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 - Landesergebnisse -
Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
Heft 118 Regionalstatistik - Daten für die Region Hamburg/Umland 1976
Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980
Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
Heft 138 Regionalstatistik - Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982
Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985

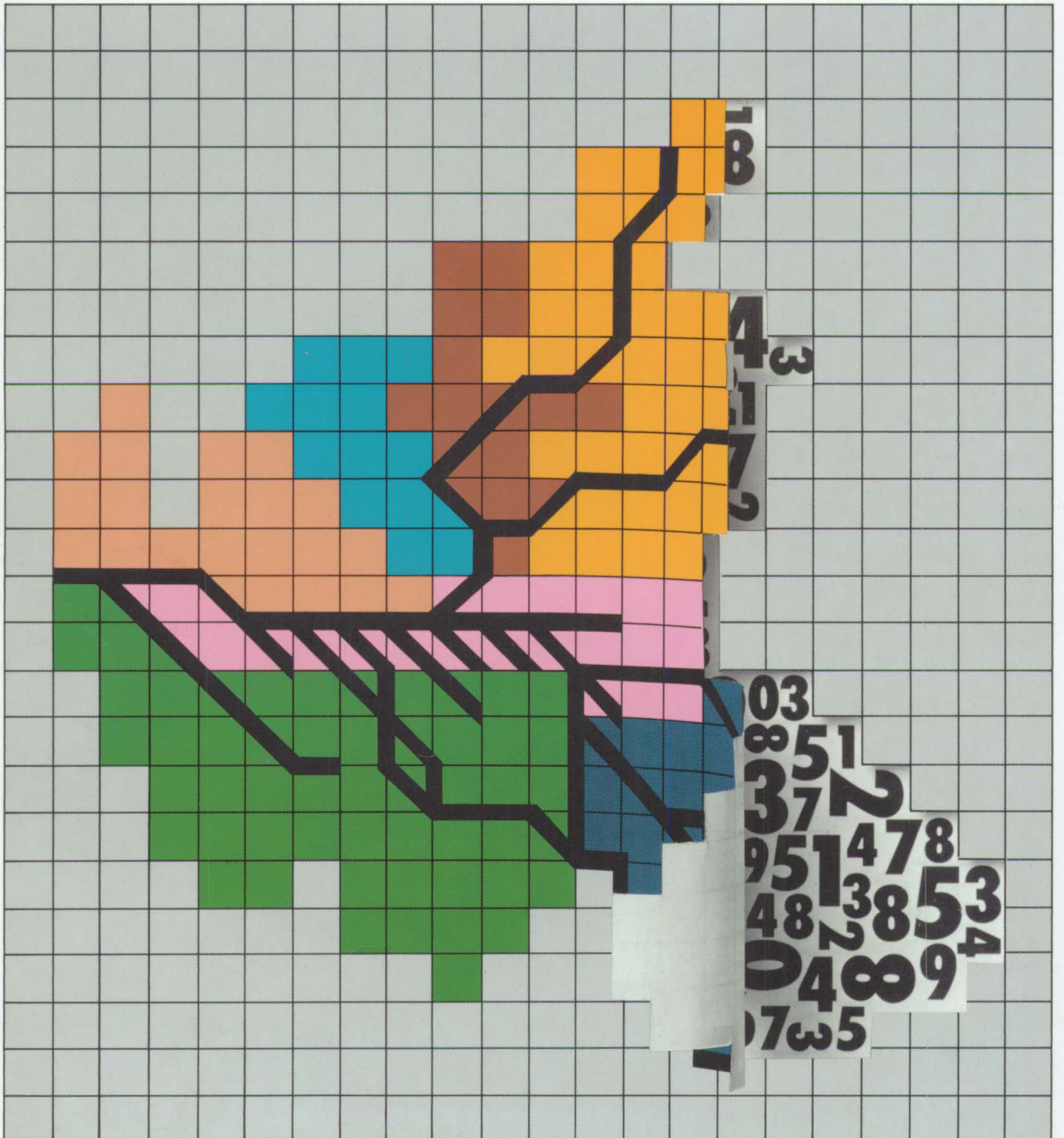
Vertrieb der vorstehenden Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-719 bzw. 721



Hamburg in Zahlen

1987

9



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Felddbesetzung gemindert sein kann
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

MD = Monatsdurchschnitt

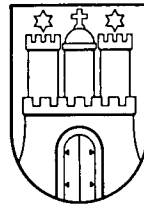
Vj = Vierteljahr

Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 9. 1987

Das statistische Stichwort	
○ Motorisierungsgrad	298
*	
Schaubild des Monats	
○ Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und Kraftfahrzeuge in Hamburg 1977 bis 1986	
	298
*	
Statistik aktuell	
○ Mehr steuerbelastete Körperschaften	
	298
○ Hamburg - größter deutscher Außenhandelsplatz	
	299
○ Weniger Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe	
	299
○ Produktion im Verarbeitenden Gewerbe	
	299
○ Ausländische Pkw	
	299
*	
Verdienstsituation der Frauen in Industrie und Handel in den Stadtstaaten 1970 und 1986	
	300
*	
Zum Nach-Denken über „anonymisiert“	
	311
*	
Entwicklung und Struktur des Energieverbrauchs in Hamburg, Bremen und Berlin (West)	
	313
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	324
○ Neue Schriften	324
○ In aller Kürze	325
*	
Hamburger Zahlenspiegel	326
Hamburg im großräumlichen Vergleich	332
Hamburg im Städtevergleich	334

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis: DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Das statistische Stichwort

Motorisierungsgrad

Um Aussagen über den Grad der Motorisierung eines Gebiets zu treffen, sind die absoluten Bestandszahlen allein nicht ausreichend. Besonders für regionale Vergleiche bedarf es einer Bezugszahl, die es erlaubt, die Größenunterschiede der zu vergleichenden Städte oder Länder auszuschalten. Um die relative Häufigkeit des Vorkommens von Kraftfahrzeugen zu messen, wird als Bezugsgrundlage üblicherweise die Zahl der Einwohner verwendet, mit deren Hilfe der **Kraftfahrzeugbesatz**, das heißt die Zahl der Kraftfahrzeuge je 1000 Einwohner errechnet werden kann. Allerdings lassen derartige Kennziffern zur Charakterisierung des Motorisierungsgrades immer nur stark vereinfachte Aussagen zu. So steht beispielsweise der Teil der gewerblich genutzten Kraftfahrzeuge in keinem direkten Zusammenhang zur Einwohnerzahl des Gebietes; andererseits gehören große Teile der Bevölkerung (Kinder, alte Leute) nicht oder nicht mehr zur Gruppe der Kraftfahrer. Trotzdem ist die Einwohnerzahl noch die am wenigsten problematische Bezugsgrundlage. Für spezielle Fragestellungen kann aber die Fläche des Gebietes in Hektar oder die Länge der für Kraftfahrzeuge nutzbaren Straßen eine bessere Bezugsgröße abgeben.

Entscheidend für das Motorisierungstempo eines Gebietes ist seit langem die Entwicklung des Bestandes an Personen- und Kombinationskraftwagen, also des Teils der Kraftfahrzeuge, der weit überwiegend von privaten Haltern genutzt wird. Insofern ist es für viele Probleme besser, den **Besatz an Personenkraftwagen**, das heißt die Zahl der Pkw je 1000 Einwohner, zur Kennzeichnung des Motorisierungsgrades zu verwenden. Auf diese Weise werden Verzerrungen durch unterschiedliche Gebietsstrukturen ausgeschaltet. So läßt sich beispielsweise ein Vergleich zwischen Hamburg und den oft landwirtschaftlich strukturierten Umlandkreisen sinnvollerweise nur anhand des Personenkraftwagenbesatzes durchführen, da andernfalls die große Zahl von Ackererschleppern und sonstigen landwirtschaftlichen Zugmaschinen das Motorisierungsniveau stark beeinflusst.

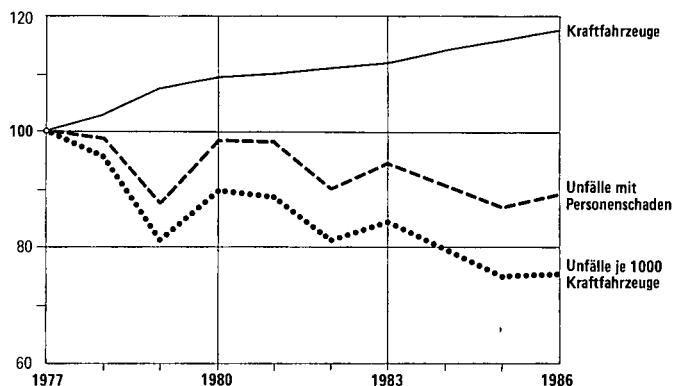
Mitte 1986 lag der Besatz an Kraftfahrzeugen in Hamburg bei 430 Einheiten je 1000 Einwohner, so daß rechnerisch fast jeder zweite Hamburger motorisiert war. Legt man nur die Zahl der Personen- und Kombinationskraftwagen zugrunde, kamen zu diesem Zeitpunkt 384 Fahrzeuge auf jeweils 1000 der Bevölkerung.

Hans-Eckhard Stegen

Schaubild des Monats

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und Kraftfahrzeuge in Hamburg 1977 bis 1986

1977 = 100



HIZ 9. 1987

Trotz eines ständig gestiegenen Bestandes an Kraftfahrzeugen hat sich die Zahl der Straßenverkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, während des letzten Jahrzehnts in Hamburg deutlich verringert. 1986 gab es elf Prozent weniger Unfälle mit Personenschaden als zehn Jahre zuvor, während sich die Anzahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge seit 1977 um 18 Prozent erhöht hat. Bezieht man die Unfallzahlen auf jeweils 1000 Kraftfahrzeuge, so errechnet sich für 1986 eine um ein Viertel unter der Frequenz von 1977 liegende Häufigkeit von Unfällen, bei denen Verkehrsteilnehmer getötet oder verletzt wurden.

In absoluten Zahlen gesprochen, waren 1977 in Hamburg bei einem Bestand von 575 000 Kraftfahrzeugen 11 300 Verkehrsunfälle zu verzeichnen, bei denen Menschen körperliche Schäden erlitten; im Jahr 1986, als die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge auf 677 000 angestiegen war, wurden 10 100 Verkehrsunfälle mit Personenschaden registriert. Je 1000 Kraftfahrzeuge ereigneten sich 1977 annähernd 20 Personenschadensunfälle, 1986 indessen weniger als 15.

Statistik aktuell

Mehr steuerbelastete Körperschaften

Im Jahr 1983 wurden in Hamburg 6240 steuerpflichtige Körperschaften (juristische Personen) zur Körperschaftsteuerzahlung herangezogen. Das bedeutet gegenüber 1980 eine Zunahme um 14,7 Prozent.

Die Körperschaftbesteuerung wird weiterhin in immer stärkerem Maße von Firmen mit der Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung be-

stimmt. Ihre Anzahl – nur steuerbelastete Firmen – stieg seit der letzten Erhebung im Jahr 1980 um 813 bzw. 15,6 Prozent auf 6013. Knapp 97 Prozent der erfaßten Unternehmen bevorzugten also diesen Gesellschaftstyp.

Dagegen hat sich die Zahl der körperschaftsteuerpflichtigen Genossenschaften von 55 auf 36 um über ein Drittel verringert.

Die verhältnismäßig wenigen hier erfaßten Aktiengesellschaften (94) erwirtschafteten mehr als eine Milliarde DM. Das entspricht einem Durchschnittseinkommen von rund zwölf Millionen DM.

Alle übrigen Körperschaften kamen auf ein Durchschnittseinkommen von 342 021 DM.

Die durchschnittliche Steuerbelastung des einzelnen Körperschaftsteuerpflichtigen betrug 43,4 Prozent.

Margrit Vollmert

Hamburg – größter deutscher Außenhandelsplatz

1986 wurden Waren im Wert von 424 Milliarden DM in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Knapp 52 Milliarden DM dieser Importe, also etwa ein Achtel der Bundeseinfuhr, wickelten Hamburger Firmen ab. Damit nimmt Hamburg als Handelsplatz eine herausragende Stellung in der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Position der Hansestadt Hamburg wird vor allem durch drei Faktoren bestimmt:

- sie ist Sitz bedeutender Handelshäuser mit traditionellen Beziehungen zu vielen überseeischen Ländern
- sie beherbergt die deutschen Zentren vieler internationaler Konzerne (zum Beispiel der Mineralölbranche)
- sie ist Standort großer Industriebetriebe, die auf die Verarbeitung vorwiegend ausländischer Rohstoffe spezialisiert sind (zum Beispiel Ölmühlen).

So ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil der von hiesigen Importeuren eingeführten Waren in vielen Bereichen weit über dem Durchschnitt von gut zwölf Prozent an der Bundeseinfuhr liegt, vor allem bei den Waren der Ernährungswirtschaft sowie den Rohstoffen und Halbwaren.

Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel werden zu einem Viertel durch Hamburger Importhändler oder Direktimporteure eingeführt. Hervorzuheben sind die Bezüge von Schmalz und Talg (83 Prozent), Ölfrüchten (61 Prozent), Fischmehl (57 Prozent) und Getreide (50 Prozent). Eine wichtige Rolle spielen auch die Genußmittel Tee, Rohtabak und Kaffee.

Der Importanteil Hamburger Firmen bei Waren der gewerblichen Wirtschaft insgesamt beträgt knapp elf Prozent, bei Rohstoffen allerdings 22 Prozent und bei Halbwaren 17 Prozent. Auch hier gibt es eine Reihe von Warengruppen, bei denen Hamburger Importeure die führende Position im Bundesgebiet einnehmen; vor allem sind Kupfererze (55 Prozent) sowie Fettsäuren (41 Prozent) zu nennen. Bei rohem Erdöl, Mineralölprodukten sowie bei der Steinkohle liegt die Beteiligung der hier ansässigen Unternehmen jeweils bei rund einem Drittel.

Von geringerer Bedeutung ist im allgemeinen der Hamburger Anteil an den Fertigwarenbezügen aus dem Ausland. Er machte im vergangenen Jahr acht Prozent der Bundeseinfuhr aus. Hier gibt es jedoch ebenfalls einige bemerkenswerte Ausnahmen, bei denen der Hamburger Importeur eine maßgebliche Rolle spielt. So gelangten fast 50 Prozent

der Einfuhren von Luftfahrzeugen über Hamburger Firmen ins Bundesgebiet. Bei Wasserfahrzeugen betrug der Anteil 33 Prozent, bei Papier und Pappe 23 Prozent.

Horst Schlie

Weniger Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe Hamburgs waren im ersten Halbjahr 1987 durchschnittlich 21 200 Menschen beschäftigt; das bedeutet gegenüber dem Vergleichszeitraum 1986 einen Rückgang um 4,6 Prozent. Aufgrund des strengen und langen Winters Anfang 1987 lag der Rückgang bei den auf Baustellen geleisteten Arbeitsstunden mit 9,0 Prozent fast doppelt so hoch, im ganzen belief sich die Zahl der Arbeitsstunden von Januar bis Juni 1987 auf 11,0 Millionen.

Von der gesunkenen Produktion waren fast alle Bausparten betroffen, nur bei der Erledigung von Aufträgen für Bahn und Post gab es – nicht zuletzt durch die fortschreitende Versorgung des Stadtgebietes mit Kabelfernsehen – eine positive Entwicklung. Am stärksten sind die im Wohnungsbau geleisteten Arbeitsstunden zurückgegangen (25,8 Prozent); die einschlägigen Firmen erbrachten auf diesem Sektor 2,0 Millionen Stunden. Im Vergleich hierzu hat sich der gewerblich-industrielle Bau, auf den annähernd die Hälfte (5,1 Millionen) aller Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes entfiel, noch gut behauptet; das Minus betrug hier 6,9 Prozent. Die Bau-tätigkeit im Auftrag der Stadt Hamburg und anderer Gebietskörperschaften – ohne Berücksichtigung des Straßenbaus – war bei 2,5 Millionen Arbeitsstunden mit 5,4 Prozent rückläufig. Die niedrigste Einbuße (0,2 Prozent) verzeichnete der Straßenbau; in diesem Bereich wurden im ersten Halbjahr 1987 insgesamt 1,0 Millionen Arbeitsstunden geleistet.

Rüdiger Lenthe

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe

Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg (von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) produzierten im ersten Quartal 1987 Waren im Werte von 5,6 Milliarden DM. Der gesamte Produktionsausstoß lag damit um 1,1 Milliarden DM oder um 16,6 Prozent niedriger als vor Jahresfrist.

Starke Produktionsausfälle mußten das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (minus 28 Prozent) und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (minus 14 Prozent) hinnehmen. In den Bereichen der Investitionsgüterherstellung (plus 0,4 Prozent) und des Verbrauchsgütergewerbes (plus drei Prozent) waren dagegen leichte Zunahmen zu verzeichnen.

In bedeutenderen Branchen waren durchweg Produktionsabschwächungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum festzustellen. Erhebliche Einschränkungen in der Erzeugungsleistung ergaben sich für die Mineralölverarbeitung (minus 45 Prozent) und die NE-Metallerzeugung (minus 27 Prozent). Unter dem Durchschnitt lagen die Produktionseinbußen im Schiffbau (minus elf Prozent), in der Elektrotechnik (minus acht Prozent) und in der Chemie (minus drei Prozent). Der Maschinenbau verzeichnete demgegenüber ein deutlich besseres Produktionsergebnis (plus neun Prozent).

Günther Neuß

Ausländische Pkw

Mitte 1985 waren in Hamburg insgesamt etwas mehr als 122 000 ausländische Personen- und Kombinationskraftwagen zugelassen. Das entsprach 20,6 Prozent des Hamburger Pkw-Bestandes. Damit erfreuten sich ausländische Fahrzeuge in der Hansestadt Hamburg einer etwas geringeren Beliebtheit als im Bundesdurchschnitt, wo immerhin 23 Prozent auf Fremdfabrikate entfielen. Innerhalb des Ausländerkontingents zeigten sich deutliche regionale Unterschiede in der Publikumsgunst. Während im Bundesgebiet französische Fahrzeuge den größten Zuspruch erzielten (36 Prozent aller ausländischen Pkw), lagen in Hamburg eindeutig japanische Fabrikate vorn. Mit 43 000 Pkw japanischen Ursprungs (35 Prozent) behaupteten die fernöstlichen Automobilproduzenten die Spitzenposition vor Frankreich (28 Prozent) und Italien (13 Prozent). Mit deutlichem Abstand und Anteilen zwischen drei und fünf Prozent folgten Spanien, die Sowjetunion, Schweden und Großbritannien auf den weiteren Plätzen.

Auch auf der Basis der einzelnen Hersteller wurden beträchtliche Differenzierungen zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet sichtbar. Der insgesamt dominierende ausländische Pkw-Produzent war die französische Firma Renault, auf die mehr als eine Million Fahrzeuge oder 18 Prozent des Gesamtbestandes an ausländischen Fahrzeugen in der Bundesrepublik Deutschland entfielen. Es folgten die italienischen Fiat-Werke (14 Prozent) vor den französischen Citroëns (sieben Prozent). Erst auf den Plätzen vier bis sechs rangierten mit jeweils rund sechs Prozent die japanischen Hersteller Toyota, Mazda und Nissan. Sehr viel ausgeglichener war die Situation in Hamburg. Hier lagen zwar auch Renault und Fiat vorn, jedoch nur mit Anteilen von zwölf bzw. elf Prozent und dicht gefolgt von dem in Hamburg beliebtesten japanischen Pkw-Hersteller Honda (zehn Prozent). Toyota, Citroën und Mazda mit jeweils sieben Prozent schließen die Spitzengruppe der am häufigsten gekauften Pkw in Hamburg ab.

Hans-Eckhard Stegen

Verdienstsituation der Frauen in Industrie und Handel in den Stadtstaaten 1970 und 1986

1 Vorbemerkung

Nach Artikel 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind Männer und Frauen gleichberechtigt, und niemand darf wegen seines Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden. Dieser Verfassungsauftrag beinhaltet unter anderem die gleichen Zugangsbedingungen und -möglichkeiten zum Arbeitsmarkt für Männer und Frauen und gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeit.

40 Prozent aller Erwerbstätigen sind Frauen

Tatsache ist, daß die außerhäuslichen Erwerbstätigkeiten von Frauen, auch von verheirateten Frauen und Müttern, heute erheblich mehr als früher zum Zeitbild unserer Gesellschaft gehört. Frauen werden von der Wirtschaft als Arbeitskräfte in den verschiedensten Wirtschaftszweigen benötigt. Der Umstand, daß 1984 im Bundesgebiet rund 40 Prozent aller Erwerbstätigen Frauen waren, weist deutlich auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit hin und zeigt, daß Frauen zumindest zahlenmäßig auf dem Arbeitsmarkt kaum noch unterrepräsentiert sind. Dennoch ist zu fragen, ob die soziale Wirklichkeit – hier im engeren Sinne die Verdienstsituation – dem Verfassungsauftrag gerecht wird. Auch hierbei gilt als Tatsache festzustellen, daß die Gehalts- und Lohnstarife in Deutschland im Prinzip keine Unterschiede zwischen der Entlohnung von Männern und Frauen machen.

Dennoch ist die Verdienstsituation der Frauen nach vielfacher Meinung ungünstiger als die der Männer. Daher soll anhand der Ergebnisse für Oktober 1986 aus der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel versucht werden – soweit angewandte Methode und nachgewiesene Merkmale hierzu Informationen liefern – eventuelle Verdienstunterschiede zu quantifizieren. Die Verdienstsituation in den drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen wird hierbei gleichzeitig mit der im Bundesgebiet insgesamt verglichen. In einem weiteren Vergleich mit den Ergebnissen für Oktober 1970 wird zudem aufgezeigt, ob und in welchem Umfang eine Veränderung in den letzten 16 Jahren in der Verdienstsituation zwischen Männern und Frauen eingetreten ist.

Im ersten Teil dieses Berichts werden die Gehälter für Angestellte in Industrie und Handel, in Kreditinstituten und im

Versicherungsgewerbe betrachtet und im zweiten Teil die Löhne für Industriearbeiter.

2 Gehälter

Nachweisbar sind die gezahlten Bruttomonatsgehälter nach sogenannten Leistungsgruppen (Definition siehe Tabelle 1) in der Untergliederung nach technischen und kaufmännischen Angestellten, dabei jeweils getrennt für Männer und Frauen. Eine weitere Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen ist im Hinblick auf die Ergebnisse für die drei Stadtstaaten zum Teil nur eingeschränkt zu verwenden, da zum einen die als repräsentativ durchgeführte laufende Verdiensterhebung nicht für alle erfaßten Wirtschaftsbereiche statistisch gesicherte Daten liefert und zum anderen Geheimhaltungsgründe die Veröffentlichung von Ergebnissen verbietet.

Den männlichen Angestellten wurden in Bremen 55,5 Prozent, in Berlin (West) 44,9 Prozent und in Hamburg 40,8 Prozent mehr gezahlt als den Frauen

Im Oktober 1986 erhielten die männlichen Angestellten in Industrie und Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet durchschnittliche Bruttomonatsgehälter in Höhe von 4374 DM. Den weiblichen Angestellten wurden gleichzeitig 2793 DM gezahlt; damit erzielten die Männer um 1581 DM bzw. um 56,6 Prozent höhere Gehälter als die Frauen. Das so gemessene Gehaltsniveau der Männer lag in den Stadtstaaten Bremen (4328 DM) und Berlin (4361 DM) nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt (4374 DM), in Hamburg (4561 DM) dagegen um 4,3 Prozent darüber. Für die Frauen ergab sich gleichzeitig eine im Vergleich zum Bundesgebiet insgesamt fast gleich hohe Bezahlung im Land Bremen (2784 DM), aber eine um 7,7 Prozent bzw. sogar 16,0 Prozent höhere in Berlin (3009 DM) und Hamburg (3239 DM). Damit wurden den Männern in Bremen 55,5 Prozent, in Berlin 44,9 Prozent und in Hamburg 40,8 Prozent mehr gezahlt als den Frauen.

Bei dieser Betrachtungsweise ist allerdings zu berücksichtigen, daß für die Gehaltshöhe viele Faktoren bestimmend sind. Von Einfluß sind unter anderem Ausbildung, Qualifikation, Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Umfang der Verantwortung und Grad der Selbständigkeit sowie Zugehörigkeit ei-

nes Betriebes zu einem bestimmten Wirtschaftszweig und auch Standort des Betriebes (zum Beispiel Konkurrenzsituationen auf dem Arbeitsmarkt).

Nach Leistungsgruppen erheblich geringere Gehaltsunterschiede

Hinweise und Informationen über Qualifikation, Umfang der Verantwortung und Grad der Selbständigkeit und deren Auswirkungen auf die Gehaltshöhe liefert die Betrachtung nach den genannten Leistungsgruppen. In der laufenden Verdiensterhebung werden für Angestellte vier Gruppen nachgewiesen. Die Daten zeigen (siehe Tabelle 1), daß die Differenzen im Gehaltsniveau nach diesen Leistungsgruppen erheblich geringer sind als im oben aufgeführten gesamten Durchschnittsergebnis. Im einzelnen lagen die Gehälter der Männer in den Leistungsgruppen über denen der Frauen (jeweils in Prozenten):

Leistungsgruppe	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Bundesgebiet
II	22,3	21,0	35,2	25,0
III	19,0	16,8	27,1	24,0
IV	19,8	17,9	26,5	23,2
V	25,4	9,5	15,1	17,8
Alle Leistungsgruppen	44,9	40,8	55,5	56,6

An den Zahlen in der vorstehenden Übersicht fällt auf, daß die relativen Gehaltsunterschiede im Land Bremen erheblich größer waren als in den beiden anderen Stadtstaaten, aber auch zum Teil bedeutender als im Bundesgebiet insgesamt. Ein Teil dieser Unterschiede in der Gehaltshöhe dürfte auf die einmal generell höher bewerteten Tätigkeiten der technischen Angestellten im Vergleich zu den kaufmännischen Angestellten zurückzuführen sein, und zum zweiten auf die relativ geringe Zahl der weiblichen technischen Angestellten.

2.1 Technische Angestellte

Die männlichen technischen Angestellten erzielten im Oktober 1986 im Bundesgebiet durchschnittlich 4716 DM, das waren 629 DM bzw. 15,4 Prozent mehr, als den männlichen kaufmännischen Angestellten gezahlt wurde. Für Berlin ergab sich eine vergleichbare Differenz von 15,4 Prozent, für Hamburg von 7,0 Prozent und für Bremen von 18,5 Prozent.

Frauenanteil an den technischen Angestellten in Bremen 5,2 Prozent, in Hamburg 10,2 Prozent und in Berlin (West) 11,2 Prozent

Die Frauen unter den Technikern erzielten im Bundesdurchschnitt monatliche Bruttogehälter in Höhe von 3203 DM, das waren 439 DM bzw. 15,9 Prozent mehr als die kaufmännischen Kollegen erhielten. Dabei ist bemerkenswert, daß sich für Hamburg nur eine Differenz von 1,5 Prozent errechnete, für Bremen und Berlin jedoch 8,3 Prozent bzw. 13,9 Prozent. Mitbestimmend für die Unterschiede sind die jeweiligen Beschäftigungsstrukturen. Dabei ist der sehr niedrige Anteil der Frauen an den Technikern insgesamt von wesentlicher Bedeutung. So waren von den in der laufenden Verdiensterhebung erfaßten Technikern im Oktober 1986 im Bundesgebiet nur 7,9 Prozent Frauen. In Berlin betrug deren Anteil dagegen 11,2 Prozent und in Hamburg 10,2 Prozent, in Bremen aber nur 5,2 Prozent. Die Majorität der Männer ist dabei erstaunlicherweise im Laufe der Beobachtungszeit noch ausgeprägter geworden, denn im Oktober 1970 lauteten die vergleichbaren Frauenanteile im Bundesgebiet noch 9,8 Prozent, in Bremen 8,7 Prozent, in Hamburg 14,6 Prozent und in Berlin 16,8 Prozent. Die technischen Berufe sind also ausgesprochene Domänen der Männer; außerdem zeigt sich auch eine deutliche Konzentration auf höher bezahlte Positionen. Wie aus Tabelle 1 abzulesen ist, zählten von den männlichen technischen Angestellten im Bundesgebiet 42,7 Prozent zur Leistungsgruppe II, von den Frauen entfielen nur 9,3 Prozent auf die vorstehend genannte Gruppe. Auch die Bezahlung war für die Männer erheblich günstiger als für die Frauen.

Die Gehälter der männlichen technischen Angestellten lagen im Oktober 1986 wie folgt über denen der Frauen (jeweils in Prozenten):

Leistungsgruppe	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Bundesgebiet
II	9,9	11,6	16,6	13,4
III	23,2	20,4	19,3	22,1
IV	18,0	25,9	37,0	23,7
V	5,1	- 6,5	(44,4)	14,8
Alle Leistungsgruppen	38,6	45,3	57,4	47,2

Aufgrund der relativ niedrigen Zahl der weiblichen technischen Angestellten muß eine weitergehende Betrachtung aus Geheimhaltungsgründen und auch wegen der erheblich eingeschränkten Aussagekraft insbesondere aus bremsischer Sicht unterbleiben.

2.2 Kaufmännische Angestellte

Männer- und Frauenanteile fast gleich

Im Gegensatz zu den technischen Angestellten sind Männer- und Frauenanteile

bei den kaufmännischen Angestellten fast gleich. Das trifft sowohl für das Bundesgebiet als auch für die drei Stadtstaaten zu. Dabei betrug das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt aller kaufmännischen Angestellten im Bundesgebiet im Oktober 1986 3418 DM, das dem in Bremen und Berlin mit 3402 DM bzw. 3457 DM entsprach. In Hamburg lag es mit 3875 DM um 13,4 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der jeweiligen Betrachtung nach Männer- und Frauenverdiensten.

Günstigere Beschäftigungsstruktur der Frauen in Hamburg und Berlin (West) als in Bremen

Beim Vergleich der Frauenverdienste mit denen der Männer ergeben sich erhebliche Gehaltsdifferenzen. Die männlichen kaufmännischen Angestellten im Bundesgebiet erzielten mit 4087 DM um 1323 DM bzw. um 47,9 Prozent höhere Gehälter als die Frauen. In den Stadtstaaten war eine ähnliche Situation gegeben. So betrug der Unterschied in Bremen 1217 DM bzw. 43,9 Prozent, in Berlin 1095 DM bzw. 36,8 Prozent und in Hamburg 1225 DM bzw. 37,9 Prozent. Die nicht so großen Differenzen in Hamburg und Berlin im Vergleich zu Bremen und auch zum Bund beruhen zum Teil auf einer dort für die Frauen günstigeren Beschäftigungsstruktur. Immerhin wurden in Hamburg und Berlin 64,8 Prozent bzw. 56 Prozent der Frauen nach den beiden oberen Leistungsgruppen (II und III) bezahlt. Im Bundesgebiet betrug deren Anteil dagegen nur 45,6 Prozent und in Bremen 47,8 Prozent.

Bei der Betrachtung nach Leistungsgruppen ergeben sich, wie folgende Übersicht ausweist, im einzelnen geringere Differenzen im Gehaltsgefüge als im Durchschnitt aller Angestellten. So lagen die Gehälter der männlichen kaufmännischen Angestellten im Oktober 1986 um folgende Prozentsätze über denen der Frauen:

Leistungsgruppe	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Bundesgebiet
II	22,9	21,0	29,4	23,4
III	11,5	12,9	18,8	16,8
IV	17,4	15,6	20,0	16,8
V	25,9	10,1	12,3	17,0
Alle Leistungsgruppen	36,8	37,9	43,9	47,9

Inwieweit eine zusätzliche Untergliederung nach Wirtschaftszweigen eine weitergehende Angleichung von Männer- und Frauengehältern zeigt, wird später zu untersuchen sein.

Seit 1970 leichte relative Annäherung der Frauengehälter an die der Männer

Vergleicht man die Situation im Berichtsjahr mit der im Jahr 1970, ergeben

sich laut Tabelle 1 und der folgenden Übersicht leichte relative Annäherungen der Frauengehälter an die der Männer; denn die Gehälter der Frauen sind prozentual stärker gestiegen als die der Männer. Im Bundesdurchschnitt betrug die Gehaltssteigerungen der Frauen rund 192 Prozent, im Vergleich zu denen der Männer mit 178 Prozent ist das eine deutlich bessere Entwicklung. In der Tendenz gilt dies auch für die einzelnen Stadtstaaten. Dabei ist augenfällig, daß die Einkommenssteigerung für die Frauen im Land Bremen mit rund 229 Prozent sowohl erheblich über dem Bundesdurchschnitt als auch über der beiden übrigen Stadtstaaten lag. Insgesamt übertrafen die Erhöhung der Frauenverdienste die der Männer im Bundesgebiet um 13,8 Prozentpunkte, in Berlin um 12,3 Prozentpunkte sowie um 11,5 Prozentpunkte in Hamburg und sogar um 38,7 Prozentpunkte in Bremen.

In den genannten Steigerungsraten spiegelt sich die verbesserte Beschäftigungsstruktur (Anteil an den Leistungsgruppen) der Frauen wider, die dazu im Land Bremen am ausgeprägtesten war. Dabei ist jedoch zu beachten, daß im Jahr 1970 die Beschäftigungsstruktur der weiblichen Angestellten in Bremen deutlich ungünstiger war als im Bund und auch ungünstiger als in den beiden anderen Stadtstaaten. Diese oben geschilderte Entwicklung führte aus bremsischer Sicht zu einer Annäherung an die Situation der Frauen in Berlin und Hamburg und zu einer fast völligen Angleichung an die Zahlen für das Bundesgebiet insgesamt, das heißt die jeweiligen Anteile in den einzelnen Leistungsgruppen waren fast gleich, wie aus der folgenden Übersicht zu ersehen ist.

Auch die Beschäftigungsstruktur der Männer zeigt deutliche Veränderungen zugunsten der oberen Leistungsgruppen; die Verschiebungen waren jedoch relativ geringer als bei den Frauen. Am Ende des Berichtszeitraumes zählten zu den Leistungsgruppen II und III rund 80 Prozent der kaufmännischen Angestellten im gesamten Bundesgebiet. Mit 77 Prozent bzw. 79 Prozent lag deren Anteil im Land Bremen und in Berlin leicht unter diesem Wert, während für Hamburg mit 85 Prozent ein darüber liegender Anteilswert ermittelt wurde. Im Oktober 1970 betrug die vergleichbaren Zahlen rund 66 Prozent in Bremen sowie rund 72 Prozent im Bundesgebiet und in den beiden anderen Stadtstaaten. Somit ist die relativ größte strukturelle Veränderung bei den Männern, wie die folgende Übersicht zeigt, ebenfalls in Bremen erfolgt.

In der Leistungsgruppenstruktur der kaufmännischen Angestellten traten zwischen 1970 und 1986 folgende Änderungen ein (Angaben in Prozenten):

Leistungsgruppe	Berlin (West)		Hamburg		Bremen		Bundesgebiet	
	1986	1970	1986	1970	1986	1970	1986	1970
- Frauen -								
II	9,2	4,7	10,5	4,7	9,1	3,0	7,3	4,3
III	46,8	29,6	54,3	35,2	38,7	14,1	38,3	27,7
IV	39,5	58,2	29,6	49,4	44,5	66,3	46,9	54,9
V	4,5	7,5	5,6	10,7	7,7	16,6	7,6	13,1
Alle Leistungsgruppen	100	100	100	100	100	100	100	100
- Männer -								
II	36,2	23,5	43,2	28,1	37,3	21,0	37,3	26,7
III	42,5	48,8	42,2	44,6	39,7	45,4	43,1	45,9
IV	18,7	23,8	11,3	22,1	18,7	30,1	17,1	23,2
V	2,6	3,9	3,2	5,2	4,3	3,5	2,5	4,2
Alle Leistungsgruppen	100	100	100	100	100	100	100	100

2.3 Wirtschaftsbereiche

Keine weiteren Angleichungen der Frauengehälter an die der Männer

Es wurde bereits angedeutet, daß bei der Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen eine weitergehende Angleichung der Frauengehälter an die der Männer vermutet werden könnte. Wie erwähnt, lagen die Gehälter der Männer insgesamt im Oktober 1986 im Bundesdurchschnitt um 47,9 Prozent über denen der Frauen. Wie aus Tabelle 2 zu ersehen ist, ergeben sich jedoch keine größeren Unterschiede zwischen den ausgewiesenen Wirtschaftsbereichen. Die vergleichbaren Gehaltsunterschiede reichten von 41,6 Prozent in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie bis 53,3 Prozent in der Investitionsgüterindustrie. Auch die noch weiterreichende Differenzierung nach Leistungsgruppen innerhalb der Wirtschaftsbereiche zeigt keine signifikanten Unterschiede zur Situation insgesamt in Industrie und Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe. Auch die jeweiligen Frauenanteile an den Angestellten lassen keinen Einfluß auf Gehaltshöhe und Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen erkennen. In der Tendenz treffen diese Ergebnisse - zum Teil mit unterschiedlich starken Ausprägungen - sowohl für das Bundesgebiet als auch für die drei Stadtstaaten zu. Die niedrigsten durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter wurden von den Frauen im Oktober 1986 bundesweit mit 2576 DM im Handel, in den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erzielt, die höchsten in Höhe von 3369 DM in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie; das bedeutet eine Spanne von rund 30 Prozent. Ein ebenso großer relativer Unterschied (29 Prozent) errechnete sich auch für die Männer. Aller-

dings erzielten diese die niedrigsten Gehälter (3732 DM) im Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe und die höchsten (4860 DM) in der Investitionsgüterindustrie.

Auch in Berlin betrug diese Spanne 29 Prozent bei den Frauengehältern, und zwar wurden im Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 2789 DM und in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie 3601 DM gezahlt. Ebenso ergab sich für die Männer ein Gehaltsunterschied von 30 Prozent, wobei mit 3670 DM die niedrigsten Vergütungen im Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe und die höchsten mit 4767 DM in der Investitionsgüterindustrie erzielt wurden.

Die so betrachteten Gehaltsunterschiede betragen auch in Hamburg für die Frauen 28,7 Prozent. Hier reichte die Spanne von 3138 DM im Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe bis 4040 DM in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Für die Männer ergab sich ein Niveauunterschied von 35,8 Prozent, und zwar wurden gezahlt 4182 DM im Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe und 5679 DM in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie.

Wesentlich geringere Unterschiede ergaben sich für die weiblichen Angestellten im Land Bremen. Hier betrug die Differenz zwischen niedrigstem Verdienst (Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe mit 2670 DM) und höchstem (Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit 3224 DM) 20,7 Prozent. Auch bei den Gehältern für Männer war die Spanne von 26 Prozent niedriger als in Hamburg und Berlin und auch im Bundesgebiet insgesamt; gezahlt wurden zwischen 3755 DM im Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe und 4732 DM in der Investitionsgüterindustrie.

3 Löhne

Wochenlöhne der Männer in Hamburg um 40,8 Prozent, in Berlin (West) um 38,9 Prozent und in Bremen um 40,6 Prozent höher als die der Frauen

Im Oktober 1986 erzielten die männlichen Industriearbeiter im Bundesgebiet durchschnittliche Bruttowochenverdienste in Höhe von 736 DM. Die Arbeiterinnen erhielten gleichzeitig 518 DM. Damit lagen die Wochenlöhne der Männer um 42,1 Prozent über denen der Frauen. In den drei Stadtstaaten waren die wöchentlichen Verdienste sowohl der Frauen als auch die der Männer höher als im Bundesdurchschnitt. So betragen die entsprechenden Zahlen für die Männer 739 DM in Berlin, 800 DM in Hamburg und 755 DM in Bremen. Für die Frauen wurden 532 DM in Berlin, 568 DM in Hamburg und 537 DM in Bremen ermittelt. Die Spanne zwischen Frauen- und Männerverdiensten reichte damit von 40,8 Prozent in Hamburg, über 40,6 Prozent in Bremen bis 38,9 Prozent in Berlin. Zum Vergleich werden hier nochmals die entsprechenden Relationen für die kaufmännischen Angestellten im Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe genannt: 47,9 Prozent im Bundesgebiet, 36,8 Prozent in Berlin, 37,9 Prozent in Hamburg und 43,9 Prozent in Bremen.

Auch für die Arbeiter gilt, daß das Lohnniveau bestimmt wird unter anderem von Qualifikation, Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit und Umfang der Verantwortung sowie Zugehörigkeit der Arbeitsstätte zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich. Ein ganz wesentlicher Faktor ist die Arbeitszeit, und zwar die Zahl der bezahlten Wochenstunden. Diese betrug im Bundesgebiet für die männlichen Arbeiter im Oktober 1986 im Durchschnitt 40,8 Stunden und für die Frauen 39,2 Stunden; das bedeutet einen Unterschied in der wöchentlichen Arbeitszeit von 1,6 Stunden. Wie aus Tabelle 3 zu ersehen ist, ergaben sich für die drei Stadtstaaten folgende Differenzen in der wöchentlichen Arbeitszeit: Bremen nur 0,1 Stunden, Hamburg eine Stunde und Berlin 1,4 Stunden. Aufgrund dieser Gegebenheit sind die Bruttostundenlöhne besser für einen Vergleich der Männer- und Frauenverdienste geeignet als die Wochenlöhne.

Verdienste sowohl der Männer als auch der Frauen in den Stadtstaaten höher als im Bundesgebiet

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste betragen im Bundesgebiet für die Arbeiter 18,05 DM und für die Frauen 13,22 DM. Damit lagen die Löhne der Männer um 36,5 Prozent über denen der Frauen. In jedem der drei Stadtstaaten waren sowohl die Verdienste der Männer als auch die der Frauen höher

Schaubild 1 **Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe in den Stadtstaaten und im Bundesgebiet im Oktober 1986 und 1970**

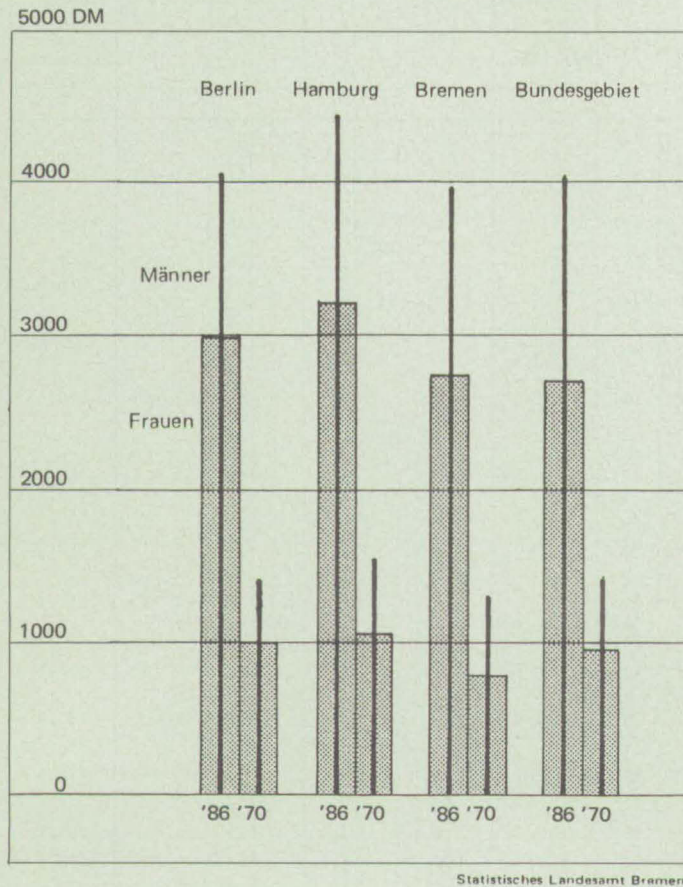
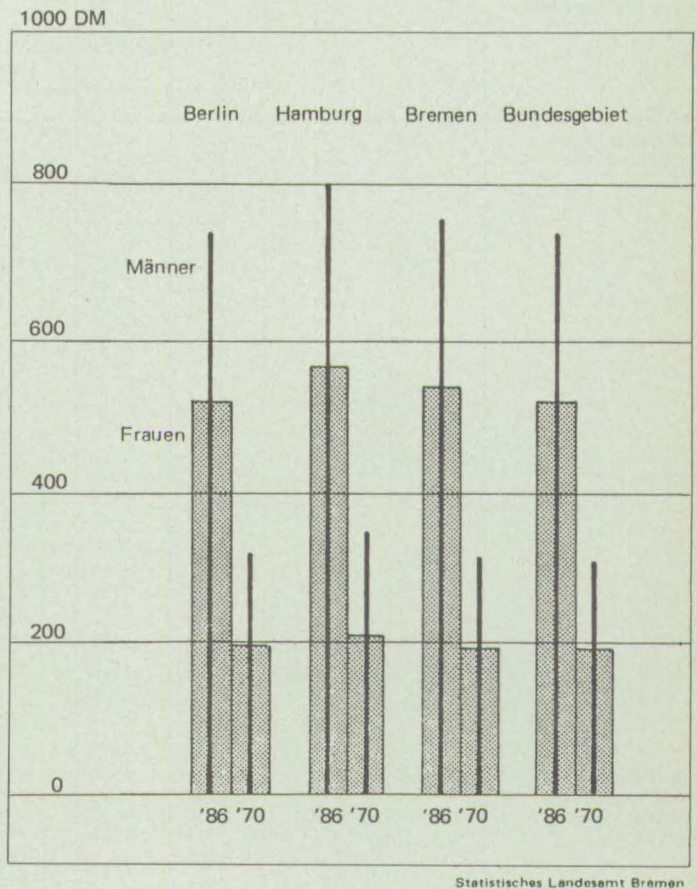


Schaubild 2 **Durchschnittliche Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter in den Stadtstaaten und im Bundesgebiet im Oktober 1986 und 1970**



als im Bundesgebiet insgesamt. Gleichzeitig war die Spanne zwischen den Verdiensten der Frauen und Männer mit 34,1 Prozent in Berlin geringer als im Bundesgebiet, in Hamburg (37,1 Prozent) und Bremen (40,4 Prozent) dagegen relativ größer.

Ähnlich wie bei den Angestellten werden die Löhne nach Leistungsgruppen – allerdings nur für drei Gruppen – ermittelt. Die genaue Definition ist der Tabelle 3 zu entnehmen. Im folgenden werden die Arbeiter der Leistungsgruppe I Facharbeiter genannt, die der Leistungsgruppe II angelernte Arbeiter und die der Gruppe III ungelernete Arbeiter. Was sich schon bei den Gehältern gezeigt hat, das gilt auch für die Löhne, nämlich daß sich bei der Untergliederung nach Leistungsgruppen überwiegend erheblich geringere Verdienstspannen zwischen Männern und Frauen ergeben. Aus der folgenden Übersicht läßt sich ersehen, in welchem Maße die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der männlichen Industriearbeiter im Oktober 1986 über denen der Frauen lagen (in Prozenten):

Gruppe	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Bundesgebiet
Facharbeiter	31,4	18,3	41,1	30,3
Angelernte Arbeiter	17,9	18,4	25,0	27,6
Ungelernte Arbeiter	15,5	22,4	18,6	19,1
Alle Leistungsgruppen	34,1	37,1	40,4	36,5

Frauenanteil an den Industriearbeitern in Berlin (West) 26,6 Prozent, in Hamburg 13,3 Prozent und in Bremen nur 10,2 Prozent

An dieser Stelle ist anzumerken, daß der Frauenanteil an den Industriearbeitern im gesamten Bundesgebiet mit 18,4 Prozent relativ gering war. Höher war der Anteil mit 26,6 Prozent in Berlin, dagegen in Hamburg mit 13,3 Prozent und in Bremen sogar mit nur 10,2 Prozent niedriger. Diese beachtlichen Unterschiede sind vermutlich Ausdruck der verschiedenen Wirtschaftsstrukturen.

Von Bedeutung dürfte sein, ob sich diese Frauen- bzw. Männeranteile im Laufe

der Zeit geändert haben und wie sich dabei die Beschäftigungsstrukturen (Anteile der Männer und Frauen nach Leistungsgruppen) entwickelt haben. Tatsache ist, daß der Frauenanteil an den Arbeitern bundesweit im Jahr 1970 noch um drei Prozentpunkte größer war als im Berichtsjahr. In den Stadtstaaten verringerte sich der Anteil der Arbeiterinnen um 2,7 Prozentpunkte in Bremen, um 4,6 Prozentpunkte in Hamburg und um 3,8 Prozentpunkte in Berlin.

Mit dieser Entwicklung ging eine deutliche Veränderung der Beschäftigungsstrukturen einher, und das vor allem zugunsten der Männer. Diese wurden 1970 zu rund 52 Prozent als Facharbeiter entlohnt, 16 Jahre später waren es 59 Prozent. Von den Frauen dagegen zählten 1970 wie auch 1986 nur rund sechs Prozent zu den Facharbeitern. Die Frauen wurden zum überwiegenden Teil als ungelernete Arbeiter geführt, das war 1970 (48,6 Prozent) so und noch etwas ausgeprägter 1986 (50,1 Prozent). Der Anteil der ungelernenen Arbeiter bei den Männern war bereits 1970 mit 13,7 Prozent gering und ging bis 1986 noch auf 9,5 Prozent zurück.

Tabelle 1 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versiche
Oktober 1970

Beschäftigungsart	Geschlecht	Leistungsgruppe 1)	Berlin (West)					Hamburg				
			Anteil		Bruttomonatsverdienste			Anteil		Bruttomonatsverdienste		
			1986	1970	1986	1970	Veränderung 1986 gegenüber 1970	1986	1970	1986	1970	Veränderung 1986 gegenüber 1970
			%		DM		%	%		DM		%
Kaufmännische Angestellte	männlich	II	36,2	23,5	5 300	1 845	187,3	43,2	28,1	5 567	2 014	176,4
		III	42,5	48,8	3 672	1 429	157,0	42,2	44,6	3 867	1 496	158,5
		IV	18,7	23,8	2 816	1 085	159,5	11,3	22,1	2 982	1 157	157,7
		V	2,6	3,9	2 579	986	161,6	3,2	5,2	2 593	1 014	155,7
		Zusammen	43,8	38,6	4 072	1 427	185,4	52,1	49,8	4 461	1 541	189,5
	weiblich	II	9,2	4,7	4 311	1 587	171,6	10,5	4,7	4 600	1 598	187,9
		III	46,8	29,6	3 294	1 188	177,3	54,3	35,2	3 424	1 237	176,8
		IV	39,5	58,2	2 399	881	172,3	29,6	49,4	2 579	965	167,3
		V	4,5	7,5	2 048	804	154,7	5,6	10,7	2 355	818	187,9
		Zusammen	56,2	61,4	2 977	1 000	197,7	47,9	50,2	3 236	1 075	201,0
	Insgesamt	100	100	3 457	1 165	196,7	100	100	3 875	1 307	196,5	
Technische Angestellte	männlich	II	47,7	32,7	5 362	1 989	169,6	41,7	27,7	5 664	2 180	159,8
		III	46,3	60,9	4 219	1 583	166,5	52,0	60,9	4 246	1 586	167,7
		IV	5,5	6,0	3 190	1 135	181,1	5,7	11,2	3 315	1 221	171,5
		V	0,4	0,4	2 596	924	181,0	0,7	0,2	2 538	1 103	130,1
		Zusammen	88,8	83,2	4 701	1 687	178,7	89,8	85,4	4 773	1 708	179,4
	weiblich	II	11,0	5,9	4 879	1 850	163,7	10,8	16,8	5 076	2 239	126,7
		III	62,6	44,2	3 425	1 218	181,2	43,2	29,2	3 526	1 335	164,1
		IV	25,2	44,4	2 704	952	184,0	43,5	50,0	2 634	1 016	159,3
		V	1,3	5,5	2 471	836	195,6	2,6	4,0	2 715	875	210,3
		Zusammen	11,2	16,8	3 391	1 116	203,9	10,2	14,6	3 284	1 309	150,9
	Insgesamt	100	100	4 554	1 591	186,2	100	100	4 620	1 650	180,0	
Kaufmännische und technische Angestellte zusammen	männlich	II	41,5	27,5	5 333	1 920	177,8	42,7	28,0	5 598	2 054	172,5
		III	44,2	54,1	3 935	1 504	161,6	45,3	48,5	4 006	1 523	163,0
		IV	12,7	16,0	2 891	1 093	164,5	9,5	19,5	3 046	1 166	161,2
		V	1,6	2,4	2 581	982	162,8	2,4	4,0	2 589	1 015	155,1
		Zusammen	57,1	50,3	4 361	1 540	183,2	60,2	55,4	4 561	1 582	188,3
	weiblich	II	9,3	4,8	4 362	1 615	170,1	10,5	5,3	4 627	1 701	172,0
		III	48,0	30,9	3 307	1 192	177,4	53,6	34,9	3 429	1 241	176,3
		IV	38,4	57,0	2 414	886	172,5	30,4	49,5	2 583	968	166,8
		V	4,3	7,3	2 058	806	155,3	5,5	10,3	2 364	819	188,6
		Zusammen	42,9	49,7	3 009	1 010	197,9	39,8	44,6	3 239	1 087	198,0
	Insgesamt	100	100	3 781	1 277	196,1	100	100	4 034	1 361	196,4	

1) Leistungsgruppe II

Kaufmännische und technische Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit haben. Ferner Angestellte mit umfassenden kaufmännischen oder technischen Kenntnissen.

Leistungsgruppe III

Kaufmännische und technische Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten bzw. tragen. Außerdem Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit, die die fachlichen Erfahrungen eines Meisters, Richtmeisters oder stellt sind.

Leistungsgruppe IV

Kaufmännische und technische Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine abgeschlossene Fachkenntnis voraussetzt. Außerdem Angestellte, die als Aufsichtspersonen einer kleineren Zahl von überwiegend ungel-

Leistungsgruppe V

Kaufmännische und technische Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung

2) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).

Zeichenerklärung: () = Durchschnitte, die auf Angaben für mindestens 10, aber weniger als 30 erfaßte Angestellte beruhen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.2 und eigene Berechnungen

Handelsgewerbe in den Stadtstaaten und im Bundesgebiet nach Leistungsgruppen und Beschäftigungsart Oktober 1986 und

Bremen 2)					Bundesgebiet					Leistungsgruppe 1)	Geschlecht	Beschäftigungsart
Anteil		Bruttomonatsverdienste			Anteil		Bruttomonatsverdienste					
1986	1970	1986	1970	Veränderung 1986 gegenüber 1970	1986	1970	1986	1970	Veränderung 1986 gegenüber 1970			
%		DM		%	%		DM		%			
37,3	21,0	5 076	1 838	176,2	37,3	26,7	5 264	1 932	172,5	II	männlich	Kaufmännische Angestellte
39,7	45,4	3 686	1 407	162,0	43,1	45,9	3 722	1 450	156,7	III	"	
18,7	30,1	2 839	1 056	168,8	17,1	23,2	2 695	1 063	153,5	IV	"	
4,3	3,5	2 369	935	153,4	2,5	4,2	2 351	952	147,0	V	"	
51,7	46,8	3 990	1 375	190,2	49,4	46,4	4 087	1 468	178,4	Zusammen	"	
9,1	3,0	3 924	1 670	135,0	7,3	4,3	4 265	1 540	176,9	II	weiblich	Technische Angestellte
38,7	14,1	3 103	1 137	172,9	38,3	27,7	3 187	1 171	172,2	III	"	
44,5	66,3	2 365	776	204,8	46,9	54,9	2 308	840	174,8	IV	"	
7,7	16,6	2 109	711	196,6	7,6	13,1	2 010	721	178,8	V	"	
48,3	53,2	2 773	843	228,9	50,6	53,6	2 764	946	192,2	Zusammen	"	
100	100	3 402	1 092	211,5	100	100	3 418	1 188	187,7	Insgesamt		
40,2	28,2	5 641	2 139	163,7	42,7	33,4	5 532	2 084	165,5	II	männlich	Technische Angestellte
51,3	59,0	4 224	1 507	180,3	48,9	51,9	4 247	1 615	163,0	III	"	
8,1	12,6	3 446	1 178	192,5	7,9	13,8	3 335	1 306	155,4	IV	"	
0,4	(0,2)	3 149	(1 007)	(212,7)	0,4	0,9	2 580	1 063	142,7	V	"	
94,8	91,3	4 727	1 642	187,9	92,1	90,2	4 716	1 724	173,5	Zusammen	"	
5,8	(3,1)	4 839	(1 860)	(160,2)	9,3	7,2	4 878	1 839	165,3	II	weiblich	Technische Angestellte
35,5	22,9	3 540	1 195	196,2	41,6	34,9	3 477	1 265	174,9	III	"	
56,0	61,1	2 516	888	183,3	44,3	47,6	2 695	965	179,3	IV	"	
(2,8)	12,9	(2 180)	592	(268,2)	4,8	10,3	2 248	784	186,7	V	"	
5,2	8,7	3 004	951	215,9	7,9	9,8	3 203	1 115	187,3	Zusammen	"	
100	100	4 638	1 582	193,2	100	100	4 597	1 664	176,3	Insgesamt		
38,7	23,2	5 346	1 949	174,3	39,7	29,1	5 395	1 995	170,4	II	männlich	Kaufmännische und technische Angestellte
45,0	49,5	3 967	1 443	174,9	45,8	48,1	3 978	1 515	162,6	III	"	
13,8	24,8	3 002	1 075	179,3	12,9	19,8	2 874	1 125	155,5	IV	"	
2,5	2,5	2 430	937	159,3	1,5	3,0	2 380	964	146,9	V	"	
65,4	54,9	4 328	1 456	197,3	62,6	56,4	4 374	1 561	180,2	Zusammen	"	
8,9	3,0	3 952	1 677	135,7	7,4	4,4	4 315	1 565	175,7	II	weiblich	Kaufmännische und technische Angestellte
38,6	14,4	3 122	1 140	173,9	38,5	28,0	3 207	1 177	172,5	III	"	
45,1	66,1	2 374	780	204,4	46,7	54,7	2 332	845	176,0	IV	"	
7,4	16,5	2 111	708	198,2	7,4	12,9	2 020	723	179,4	V	"	
34,6	45,1	2 784	847	228,7	37,4	43,6	2 793	954	192,8	Zusammen	"	
100	100	3 793	1 182	220,9	100	100	3 783	1 296	191,9	Insgesamt		

mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen einzusetzen und verantwortlich zu unterweisen

mit Spezialfähigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten, jedoch keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer Gießereimeisters aufweisen, bei erhöhter Verantwortung größeren Abteilungen vorstehen und Aufsichtspersonen und Hilfsmeister unter-

sene Berufsausbildung oder durch mehrjährige Berufstätigkeit, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder durch privates Studium lernten Arbeitern vorstehen sowie Hilfsmeister, Hilfswerkmeister oder Hilfsrichtmeister.

erfordert.

Tabelle 2 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe in den Stadtstaaten und im Bundesgebiet nach Leistungsgruppen und Wirtschaftsbereichen Oktober 1986

Wirtschaftsbereich	Männliche Angestellte					Weibliche Angestellte					Verdienste der Männer im Vergleich zu denen der Frauen				Anteil der Frauen an den Angestellten insgesamt	
	Leistungsgruppe 1)				zu-sammen	Leistungsgruppe 1)				zu-sammen	Leistungsgruppe 1)					zu-sammen
	II	III	IV	V		II	III	IV	V		II	III	IV	V		
	DM					DM					Frauenverdienste = 100				%	
- Bundesgebiet -																
Industrie 2), Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5 264	3 722	2 695	2 351	4 087	4 265	3 187	2 308	2 010	2 764	123,4	116,8	116,8	117,0	147,9	50,6
darunter																
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	5 726	4 167	3 057	2 692	4 807	4 730	3 654	2 682	2 256	3 369	121,1	114,0	114,0	119,3	142,7	45,5
Investitionsgüterindustrie	5 782	4 044	2 946	2 421	4 860	4 692	3 483	2 654	2 135	3 171	123,2	116,1	111,0	113,4	153,3	49,8
Verbrauchsgüterindustrie	5 434	3 998	2 875	2 315	4 325	4 248	3 177	2 467	2 098	2 806	127,9	125,8	116,5	110,3	154,1	51,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	3 442	3 886	3 130	2 686	4 231	4 478	3 271	2 578	2 217	2 989	121,5	118,8	121,4	121,2	141,6	33,9
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	5 149	3 825	2 778	2 015	4 324	4 182	3 243	2 354	1 706	2 876	123,1	117,9	118,0	118,1	150,3	56,5
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	4 899	3 535	2 599	2 322	3 732	4 039	3 015	2 174	1 971	2 576	121,3	117,2	119,5	117,8	144,9	52,5
- Berlin -																
Industrie 2), Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5 300	3 672	2 816	2 579	4 072	4 311	3 294	2 399	2 048	2 977	122,9	111,5	117,4	125,9	136,8	56,2
darunter																
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	5 578	4 061	3 334	/	4 713	4 888	3 674	2 773	(2 415)	3 601	114,1	110,6	120,2	/	130,9	57,3
Investitionsgüterindustrie	5 569	3 870	3 571	(2 364)	4 767	4 792	3 437	2 591	2 277	3 341	116,2	112,6	137,8	(103,8)	142,7	47,4
Verbrauchsgüterindustrie	5 599	3 912	2 935	(2 539)	4 252	4 084	3 292	2 601	2 313	3 097	137,1	118,8	112,8	(109,8)	137,3	58,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	5 270	4 027	3 801	(3 021)	4 398	3 916	3 502	2 681	2 652	3 181	134,6	115,0	141,8	(113,9)	138,3	42,5
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	5 123	3 758	(2 619)	/	4 336	4 857	3 475	2 476	(2 172)	3 481	105,5	108,1	(105,8)	/	124,6	70,8
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5 010	3 490	2 690	2 584	3 670	4 105	3 158	2 324	1 953	2 789	122,0	110,5	115,7	132,3	131,6	60,4
- Hamburg -																
Industrie 2), Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5 567	3 867	2 982	2 593	4 461	4 600	3 424	2 579	2 355	3 236	121,0	112,9	115,6	110,1	137,9	47,9
darunter																
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	6 520	4 465	3 423	3 126	5 679	5 340	4 037	3 243	2 987	4 040	122,1	110,6	105,6	104,7	140,6	39,0
Investitionsgüterindustrie	6 071	4 030	2 961	(2 738)	5 066	4 940	3 533	2 683	2 394	3 293	122,9	114,1	110,4	(114,4)	153,8	44,8
Verbrauchsgüterindustrie	5 847	4 247	3 003	(2 488)	4 859	4 724	3 500	2 749	(2 281)	3 269	123,8	121,3	109,2	(109,1)	148,6	50,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	5 902	4 229	3 586	2 887	4 893	4 899	3 735	3 132	2 679	3 593	120,5	113,2	114,5	107,8	136,2	39,6
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	5 237	3 936	(2 537)	/	4 569	4 564	3 458	2 568	/	3 441	114,7	113,8	(98,8)	/	132,8	63,0
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5 244	3 761	2 928	2 558	4 182	4 455	3 339	2 486	2 295	3 138	117,7	112,6	117,8	111,5	133,3	49,6
- Bremen 3) -																
Industrie 2), Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5 076	3 686	2 839	2 369	3 990	3 924	3 103	2 365	2 109	2 773	129,4	118,8	120,0	112,3	143,9	48,3
darunter																
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	5 131	3 885	3 128	(2 582)	4 453	4 178	3 253	2 500	/	3 224	122,8	119,4	125,1	/	138,1	31,1
Investitionsgüterindustrie	5 868	4 057	2 814	/	4 732	4 624	3 538	2 608	(2 484)	3 087	126,9	114,7	107,9	/	153,3	49,7
Verbrauchsgüterindustrie	5 095	4 068	2 895	/	4 390	3 656	2 906	2 764	2 241	2 863	139,4	140,0	104,7	/	153,3	49,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	5 471	4 077	3 312	2 803	4 428	4 111	3 440	2 659	2 296	2 905	133,1	118,5	124,6	122,1	152,4	44,6
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	5 205	4 060	(2 809)	/	4 433	/	3 314	2 367	/	3 013	/	122,5	(118,7)	/	147,1	58,3
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	4 842	3 520	2 779	2 322	3 755	3 832	2 978	2 251	2 051	2 670	126,4	118,2	123,5	113,2	140,6	49,1

1) Leistungsgruppe II

Kaufmännische und technische Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen einzusetzen und verantwortlich zu unterweisen haben. Ferner Angestellte mit umfassenden kaufmännischen und technischen Kenntnissen.

Leistungsgruppe III

Kaufmännische und technische Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten bzw. Spezialfähigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten, jedoch keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen. Außerdem Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit, die die fachlichen Erfahrungen eines Meisters, Richtmeisters oder Gießereimeisters aufweisen, bei erhöhter Verantwortung größeren Abteilungen vorstehen und denen Aufsichtspersonen und Hilfsmeister unterstellt sind.

Leistungsgruppe IV

Kaufmännische und technische Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung oder durch mehrjährige Berufstätigkeit, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder durch privates Studium erworbene Fachkenntnisse voraussetzt. Außerdem Angestellte, die als Aufsichtspersonen einer kleineren Zahl von überwiegend ungelerten Arbeitern sowie Hilfsmeister, Hilfswerkmeister oder Hilfsrichtmeister.

Leistungsgruppe V

Kaufmännische und technische Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

2) Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau, mit Handwerk.

3) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).

Zeichenerklärung: / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

() = Durchschnitte, die auf Angaben für mindestens 10, aber weniger als 30 erfaßte Angestellte beruhen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.2 und eigene Berechnungen

Tabelle 3 Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostundenverdienste und Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) in den Stadtstaaten und im Bundesgebiet nach Leistungsgruppen Oktober 1986 und Oktober 1970

Geschlecht	Leistungsgruppe 1)	Anteile		Bezahlte Wochenstunden			Bruttostundenverdienste			Bruttowochenverdienste		
		1986	1970	1986	1970	Veränderung 1986 gegenüber 1970	1986	1970	Veränderung 1986 gegenüber 1970	1986	1970	Veränderung 1986 gegenüber 1970
		%		Std.			DM		%	DM		%
- Berlin -												
Männlich	1	62,4	60,8	40,3	43,8	- 3,5	19,60	7,79	151,6	789	341	131,4
	2	28,0	30,7	40,0	43,2	- 3,2	16,69	6,73	148,0	668	291	129,6
	3	9,6	8,5	40,4	43,2	- 2,8	15,35	5,75	167,0	620	248	150,0
	Zusammen	73,4	69,6	40,2	43,5	- 3,3	18,38	7,29	152,1	739	318	132,4
Weiblich	1	7,2	7,9	38,8	40,6	- 1,8	14,92	5,20	186,9	579	211	174,4
	2	35,1	42,8	39,2	40,7	- 1,5	14,16	4,93	187,2	555	201	176,1
	3	57,7	49,3	38,5	40,8	- 2,3	13,29	4,71	182,2	512	192	166,7
	Zusammen	26,6	30,4	38,8	40,7	- 1,9	13,71	4,85	182,7	532	197	170,1
Insgesamt	100	100	39,6	42,7	- 3,1	17,17	6,58	160,9	684	281	143,4	
- Hamburg -												
Männlich	1	74,1	67,0	40,6	45,9	- 5,3	20,40	8,07	152,8	829	370	124,1
	2	20,5	23,7	40,9	45,0	- 4,1	17,88	6,95	157,3	731	313	133,5
	3	5,4	9,3	41,1	44,7	- 3,6	15,96	6,23	156,2	656	278	136,0
	Zusammen	86,7	82,1	40,7	45,6	- 4,9	19,64	7,64	157,1	800	348	129,9
Weiblich	1	9,2	3,2	39,2	41,0	- 1,8	17,25	6,07	184,2	676	249	171,5
	2	44,8	33,9	39,8	41,1	- 1,3	15,10	5,41	179,1	600	222	170,3
	3	46,5	62,9	39,7	41,2	- 1,5	13,04	4,84	169,4	517	200	158,5
	Zusammen	13,3	17,9	39,7	41,2	- 1,5	14,33	5,07	182,6	568	209	171,8
Insgesamt	100	100	40,6	44,8	- 4,2	18,95	7,22	162,5	769	323	138,1	
- Bremen 2) -												
Männlich	1	70,0	59,7	39,7	45,7	- 6,0	19,68	7,24	171,8	782	331	136,3
	2	24,8	25,8	39,6	45,3	- 5,7	17,97	6,48	177,3	711	294	141,8
	3	5,2	14,5	40,3	45,1	- 4,8	15,12	6,03	150,7	609	271	124,7
	Zusammen	89,8	87,1	39,7	45,5	- 5,8	19,02	6,87	176,9	755	313	141,2
Weiblich	1	11,7	2,6	39,6	40,4	- 0,8	13,95	5,60	149,1	553	226	144,7
	2	40,8	38,0	39,5	40,7	- 1,2	14,38	4,65	209,2	569	189	201,1
	3	47,5	59,4	39,7	42,5	- 2,8	12,75	4,46	185,9	506	190	166,3
	Zusammen	10,2	12,9	39,6	41,7	- 2,1	13,55	4,56	197,1	537	190	182,6
Insgesamt	100	100	39,7	45,0	- 5,3	18,46	6,59	180,1	733	297	146,8	
- Bundesgebiet -												
Männlich	1	59,0	51,6	40,8	45,2	- 4,4	18,95	7,21	162,8	774	326	137,4
	2	31,5	34,7	40,6	44,9	- 4,3	17,19	6,48	165,3	698	291	139,9
	3	9,5	13,7	40,8	44,7	- 3,9	15,29	5,81	163,2	623	260	139,6
	Zusammen	81,6	78,7	40,8	45,0	- 4,2	18,05	6,76	167,0	736	305	141,3
Weiblich	1	6,3	5,9	39,3	40,8	- 1,5	14,54	5,08	186,2	571	207	175,8
	2	43,6	45,5	39,2	40,9	- 1,7	13,47	4,73	184,8	528	193	173,6
	3	50,1	48,6	39,2	40,9	- 1,7	12,84	4,53	183,4	503	185	171,9
	Zusammen	18,4	21,3	39,2	40,9	- 1,7	13,22	4,65	184,3	518	190	172,6
Insgesamt	100	100	40,5	44,1	- 3,6	17,19	6,35	170,7	696	280	148,6	

1) Leistungsgruppe 1

Hierunter fallen Arbeiter, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig oder verantwortungsvoll oder vielgestaltig anzusehen sind. Die Befähigung kann durch eine abgeschlossene Lehre oder durch langjährige Beschäftigung bei entsprechenden Arbeiten erworben sein. In den Tarifen sind die Angehörigen dieser Gruppe meist als Facharbeiter, auch als qualifizierte oder hochqualifizierte Facharbeiter, Spezialfacharbeiter, Facharbeiter mit meisterlichem Können, Meister und Vorarbeiter im Stundenlohn, Betriebshandwerker, gelernte Facharbeiter, Facharbeiter mit Berufsausbildung und Erfahrung und ähnlich bezeichnet.

Leistungsgruppe 2

Arbeiter, die im Rahmen einer speziellen meist branchengebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wiederkehrenden oder mit weniger schwierigen und verantwortungsvollen Arbeiten beschäftigt werden, für die keine allgemeine Berufsbefähigung vorausgesetzt werden muß. Die Kenntnisse und Fähigkeiten für diese Arbeiten haben die Arbeiter meist im Rahmen einer mindestens drei Monate dauernden Anlernzeit mit oder ohne Abschlußprüfung erworben. In den Tarifen werden die hier erwähnten Arbeiter meist als angeleitete Spezialarbeiter, qualifizierte angeleitete Arbeiter mit besonderen Fähigkeiten, vollwertige Betriebsarbeiter, angeleitete Hilfsarbeiter, Betriebsarbeiter und ähnlich bezeichnet.

Leistungsgruppe 3

Arbeiter, die mit einfachen, als Hilfsarbeiten zu bewertenden Tätigkeiten beschäftigt sind, für die eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist. In den Tarifen werden diese Arbeiter meist als Hilfsarbeiter, ungelernete Arbeiter, einfache Arbeiter und ähnlich bezeichnet.

2) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.1 und eigene Berechnungen

Tabelle 4 Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) in den Stadtstaaten und im Bundesgebiet nach Leistungsgruppen und Wirtschaftsbereichen Oktober 1986

Wirtschaftsbereich	Männliche Arbeiter				Weibliche Arbeiter				Verdienste der Männer im Vergleich zu denen der Frauen			
	Leistungsgruppe 1)			zu-sammen	Leistungsgruppe 1)			zu-sammen	Leistungsgruppe 1)			zu-sammen
	1	2	3		1	2	3		1	2	3	
	DM				DM				Frauenverdienste = 100			
- Bundesgebiet -												
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	18,95	17,19	15,29	18,05	14,54	13,47	12,84	13,22	130,3	127,6	119,1	136,5
darunter												
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	19,35	17,74	15,95	18,30	16,62	14,73	13,40	14,19	116,4	120,4	119,0	129,0
Investitionsgüterindustrie	19,27	17,67	15,74	18,51	16,43	14,56	13,63	14,09	117,3	121,4	115,5	131,4
Verbrauchsgüterindustrie	18,05	15,71	14,60	16,72	13,47	12,28	11,73	12,21	134,0	127,9	124,5	136,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	17,61	15,80	14,20	16,57	13,71	13,01	11,17	11,65	128,4	121,4	127,1	142,2
- Berlin -												
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	19,60	16,69	15,35	18,38	14,92	14,16	13,29	13,71	131,4	117,9	115,5	134,1
darunter												
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	18,68	16,41	14,82	17,26	15,29	14,39	12,89	13,78	122,2	114,0	115,0	125,3
Investitionsgüterindustrie	18,95	16,06	14,12	18,06	16,03	14,21	13,75	14,01	118,2	113,0	102,7	128,9
Verbrauchsgüterindustrie	19,82	15,51	14,60	17,27	13,47	12,79	11,73	12,57	147,1	121,3	124,5	137,4
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	18,71	15,85	15,54	17,19	16,06	15,52	12,01	13,60	116,5	102,1	129,4	126,4
- Hamburg -												
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	20,40	17,88	15,96	19,64	17,25	15,10	13,04	14,33	118,3	118,4	122,4	137,1
darunter												
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	20,83	18,49	17,72	19,78	16,94	16,61	14,80	15,86	123,0	111,3	119,7	124,7
Investitionsgüterindustrie	20,31	17,60	16,02	19,84	17,28	15,04	14,30	15,17	117,5	117,0	112,0	130,8
Verbrauchsgüterindustrie	21,06	16,44	14,04	19,12	17,41	13,15	11,79	13,16	121,0	125,0	119,1	145,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	19,60	17,30	15,11	18,08	16,03	12,95	11,29	11,75	122,3	133,6	133,8	153,9
- Bremen 2) -												
Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	19,68	17,97	15,12	19,02	13,95	14,38	12,75	13,55	141,1	125,0	118,6	140,4
darunter												
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	20,33	18,28	15,71	19,20	/ (14,13)	14,43	14,41	/ (129,4)	108,9	108,9	108,9	133,2
Investitionsgüterindustrie	19,70	18,31	15,07	19,36	18,43	16,21	13,09	14,93	106,9	113,0	115,1	129,7
Verbrauchsgüterindustrie	20,30	16,47	14,06	18,03	20,97	12,95	11,84	13,14	96,8	127,2	118,8	137,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	18,64	18,23	15,42	18,02	10,80	12,16	12,27	11,95	172,6	149,9	125,7	150,8

1) Leistungsgruppe 1

Hierunter fallen Arbeiter, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig oder verantwortungsvoll oder vielgestaltig anzusehen sind. Die Befähigung kann durch eine abgeschlossene Lehre oder durch langjährige Beschäftigung bei entsprechenden Arbeiten erworben sein. In den Tarifen sind die Angehörigen dieser Gruppe meist als Facharbeiter, auch als qualifizierte oder hochqualifizierte Facharbeiter, Spezialfacharbeiter, Facharbeiter mit meisterlichem Können, Meister und Vorarbeiter im Stundenlohn, Betriebshandwerker, gelernte Facharbeiter, Facharbeiter mit Berufsausbildung und Erfahrung und ähnlich bezeichnet.

Leistungsgruppe 2

Arbeiter, die im Rahmen einer speziellen meist branchengebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wiederkehrenden oder mit weniger schwierigen und verantwortungsvollen Arbeiten beschäftigt werden, für die keine allgemeine Berufsbefähigung vorausgesetzt werden muß. Die Kenntnisse und Fähigkeiten für diese Arbeiten haben die Arbeiter meist im Rahmen einer mindestens drei Monate dauernden Anlernzeit mit oder ohne Abschlußprüfung erworben. In den Tarifen werden die hier erwähnten Arbeiter meist als angelernte Spezialarbeiter, qualifizierte angelernte Arbeiter mit besonderen Fähigkeiten, vollwertige Betriebsarbeiter, angelernte Hilfsarbeiter, Betriebsarbeiter und ähnlich bezeichnet.

Leistungsgruppe 3

Arbeiter, die mit einfachen, als Hilfsarbeiten zu bewertenden Tätigkeiten beschäftigt sind, für die eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist. In den Tarifen werden diese Arbeiter meist als Hilfsarbeiter, ungelernete Arbeiter, einfache Arbeiter und ähnlich bezeichnet.

2) Land Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven zusammen).

Zeichenerklärung: / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

() = Durchschnitte, die auf Angaben für mindestens 10, aber weniger als 30 erfaßte Arbeiter beruhen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.1 und eigene Berechnungen

In den Stadtstaaten unterschiedliche Entwicklungen in den Beschäftigungsstrukturen

In den Stadtstaaten zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. So ist in Berlin der Anteil der ungelerten weiblichen Arbeiter von 49,3 Prozent auf 57,7 Prozent angestiegen, in Hamburg dagegen von 62,9 Prozent auf 46,5 Prozent zurückgegangen; fast ebenso stark verringerte sich dieser Anteilswert in Bremen, und zwar von 59,4 Prozent auf 47,5 Prozent. Hier könnten Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur mit die Ursache sein. Die Männeranteile an den Facharbeitern erhöhten sich in allen drei Stadtstaaten. Sie stiegen von 60,8 Prozent auf 62,4 Prozent in Berlin, von 59,7 Prozent auf 70 Prozent in Bremen und von 67,0 Prozent auf 74,1 Prozent in Hamburg.

1986 allgemein erheblich geringere Unterschiede bei den Wochenarbeitszeiten zwischen Männern und Frauen als 1970

Wie bereits erwähnt, wurden die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste als eher geeignet angesehen für einen Vergleich zwischen Männer- und Frauenverdiensten als die Bruttowochenverdienste. Diese sind das Produkt aus Bruttostundenverdiensten und bezahlten Wochenstunden. Letztere sind Ausdruck für die Beschäftigungsdauer. Erwähnt wurde auch, daß 1986 die Zahl der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden für die Männer 40,8 Stunden und für die Frauen 39,2 Stunden betragen. Im Vergleich mit dem Jahr 1970 bedeutet das eine erheblich reduzierte Arbeitszeit für die Männer; denn damals wurden für sie 45,0 Stunden ausgewiesen, während für die Frauen 40,9 Stunden bezahlt wurden. Diese Entwicklung gilt mit geringen Abweichungen auch für die Stadtstaaten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde von beachtlichen Lohnerhöhungen begleitet. Insgesamt stiegen die Bruttostundenverdienste im Lauf der Beobachtungszeit bundesweit um 170 Prozent (Berlin 160,9 Prozent; Hamburg 162,5 Prozent und Bremen 180 Prozent). Dabei ist auffällig, daß die Vergütungen für die Frauen erheblich stärker gestiegen sind als die für die Männer, und zwar um 184,3 Prozent gegenüber 167 Prozent. Ähnliche Entwicklungen ergaben sich auch für die Stadtstaaten. Dies führte zu einer Verringerung der Spanne zwischen Männer- und Frauenstundenverdiensten von 45,4 Prozent auf die erwähnten 36,5 Prozent. Für die Stadtstaaten ergaben sich folgende Reduzierungen: Berlin von 50,3 Prozent auf 34,1 Prozent, Hamburg von 50,7 Prozent auf 37,1 Prozent und Bremen von 50,7 Prozent auf 40,4 Prozent. Zwar sind, wie oben begründet, die Bruttostundenverdienste für einen Vergleich der Männer- und Frauenverdienste besser geeignet als die Wochenlöhne. Diese

jedoch wiederum kennzeichnen besser die jeweilige Einkommenssituation, insbesondere auch im Zeitablauf.

Im Oktober 1970 betrug die Spanne zwischen den Männer- und Frauenbruttowochenlöhnen bundesweit 60,5 Prozent, im letzten Jahr waren es 42,1 Prozent. Für Berlin lauten die vergleichbaren Zahlen 61,4 Prozent bzw. 38,9 Prozent, für Hamburg 66,5 Prozent bzw. 40,8 Prozent und für Bremen 64,7 Prozent bzw. 40,6 Prozent.

In den nachgewiesenen Wirtschaftsbereichen ist das jeweilige Lohnniveau sowohl der Männer als auch der Frauen in Hamburg und Bremen höher als im Bundesgebiet

Bei der Betrachtung der in Tabelle 4 aufgeführten Wirtschaftsbereiche zeigt sich, daß die männlichen Arbeiter bundesweit die niedrigsten durchschnittlichen Bruttostundenlöhne mit 16,57 DM in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie erzielten, ebenso wie die Arbeiterinnen mit 11,65 DM. Die höchsten Löhne wurden den Männern mit 18,51 DM in der Investitionsgüterindustrie und den Frauen mit 14,19 DM in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie gezahlt. Das bedeutet für die Männer eine Spannweite von nur 11,7 Prozent, für die Frauen dagegen von 21,8 Prozent. Die Verdienstunterschiede zeigten sich auch bei der weitergehenden Differenzierung nach Leistungsgruppen.

In Berlin erhielten die männlichen Industriearbeiter die niedrigsten Stundenlöhne ebenfalls in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (17,19 DM) und auch die höchsten in der Investitionsgüterindustrie (18,06 DM). Daraus errechnet sich eine Spanne von nur 5,1 Prozent. Den Frauen wurden die niedrigsten Löhne in der Verbrauchsgüterindustrie (12,57 DM) gezahlt und die höchsten in der Investitionsgüterindustrie (14,01 DM). Mit nur 11,5 Prozent war diese relativ kleine Spanne noch mehr als doppelt so hoch wie die für Männer.

In Hamburg betrug der vergleichbare Unterschied für die Männer 9,7 Prozent, und zwar wurden 18,08 DM in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie gezahlt und 19,84 DM in der Investitionsgüterindustrie. Die Frauen erhielten die niedrigsten Stundenverdienste in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (11,75 DM) und die höchsten in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (15,86 DM). Das ist eine Spanne von beachtlichen 35 Prozent.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch für Bremen, allerdings mit relativ kleineren Spannen. Hier bezogen die Arbeiter die niedrigsten Stundenlöhne in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (18,02 DM) und die höchsten in der Investitionsgüterindustrie (19,36 DM). Die Differenz betrug 7,4 Prozent. Bei den Frauenverdiensten waren es 24,9 Prozent (Nahrungs- und Genußmittelindustrie 11,95 DM, Investitionsgüterindustrie 14,93 DM).

Aus Tabelle 4 ist ferner zu ersehen, daß das jeweilige Lohnniveau der Männer und Frauen in Hamburg und Bremen in jedem der aufgeführten Wirtschaftsbereiche über dem im Bundesgebiet insgesamt lag.

4 Zusammenfassung

Im Oktober 1986 erhielten die männlichen Angestellten im Bundesgebiet in Industrie und Handel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe durchschnittliche Bruttomonatsgehälter in Höhe von 4374 DM, in Bremen waren es 4328 DM, in Berlin 4361 DM und in Hamburg 4561 DM. Dabei wurden den Männern im Bundesgebiet 55,6 Prozent, in Bremen 55,4 Prozent, in Berlin 44,9 Prozent und in Hamburg 40,8 Prozent mehr gezahlt als den Frauen.

Festgestellt wird, daß die Gehaltsunterschiede bei der Betrachtung nach sogenannten Leistungsgruppen erheblich geringer ausfallen und daß die Tätigkeiten der technischen Angestellten generell höher bewertet werden als die der kaufmännischen Angestellten.

Auffällig ist, daß die Zahl der weiblichen technischen Angestellten relativ gering war. So waren von den erfaßten Technikern im Oktober 1986 im Bundesgebiet nur 7,9 Prozent Frauen. In Berlin betrug deren Anteil 11,2 Prozent, in Hamburg 10,2 Prozent und in Bremen sogar nur 5,2 Prozent. Hinzu kommt, daß die Männer in erheblich größerem Umfang für höher bezahlte Positionen in Frage kommen; denn von den gesamten männlichen Technikern wurden im Bundesgebiet 42,7 Prozent in der höchsten nachgewiesenen Leistungsgruppe (II) gezahlt, von den Frauen waren es nur 9,3 Prozent.

Im Gegensatz zu den technischen Angestellten sind die Männer- und Frauenanteile bei den kaufmännischen Angestellten fast gleich, was auch in den drei Stadtstaaten zutrifft. Die männlichen kaufmännischen Angestellten erzielten im Bundesgebiet mit 4087 DM um 47,9 Prozent höhere Gehälter als die Frauen. In den Stadtstaaten war die Situation ähnlich. So betragen die vergleichbaren Unterschiede in Bremen 43,9 Prozent, in Berlin 36,8 Prozent und in Hamburg 37,9 Prozent. In diesem Zusammenhang wurde ermittelt, daß in Berlin und Hamburg eine im Vergleich zu Bremen und dem Bundesgebiet günstigere Beschäftigungsstruktur für die Frauen gegeben war. So wurden 1986 in Hamburg 64,8 Prozent und in Berlin 56 Prozent der Frauen nach den beiden oberen Leistungsgruppen (II und III) bezahlt, im Bundesgebiet betrug der Anteil nur 45,6 Prozent und in Bremen 47,8 Prozent.

Beim Vergleich der Situation im Berichtsjahr mit der im Jahr 1970 zeigten sich leichte relative Annäherungen der Frauengehälter an die der Männer, dies

war weitgehend die Folge einer verbesserten Beschäftigungsstruktur (Leistungsgruppen) der Frauen.

Bei einer weitergehenden Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen ergaben sich keine zusätzlichen signifikanten Unterschiede im Gehaltsgefüge.

Für die Industriearbeiter wurden ebenfalls beachtliche Unterschiede zwischen Männer- und Frauenlöhnen ermittelt. So übertrafen die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter im Bundesgebiet in Höhe von 736 DM die der Frauen um 42,1 Prozent. In den Stadtstaaten lagen die Löhne sowohl der Männer als auch die der Frauen über dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig waren die Wochenlöhne der Männer in Hamburg um 36,4 Prozent, in Berlin um 38,9 Prozent und in Bremen um 40,6 Prozent höher als die der Frauen.

Ein entscheidender Faktor für die Höhe der Bruttowochenverdienste ist die Arbeitszeit (bezahlte Wochenstunden). Diese betrug im Bundesgebiet für die Männer durchschnittlich 40,8 Stunden und für die Frauen 39,2 Stunden, das bedeutet einen Unterschied in der wö-

chentlichen Arbeitszeit von 1,6 Stunden. Für die Stadtstaaten ergaben sich folgende Differenzen: Bremen 0,1 Stunden, Hamburg eine Stunde und Berlin 1,4 Stunden.

Ohne Beachtung der bezahlten Wochenstunden, also bei der Betrachtung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste, errechneten sich Löhne in Höhe von 18,05 DM für die Männer und in Höhe von 13,22 DM für die Frauen. Somit lagen die Stundenlöhne der Männer um 36,5 Prozent über denen der Frauen.

In jedem der drei Stadtstaaten waren sowohl die Verdienste der Männer als auch die der Frauen höher als im Bundesgebiet insgesamt. Gleichzeitig waren die Unterschiede zwischen den Löhnen der Männer und Frauen in Höhe von 34,1 Prozent in Berlin geringer als im Bundesgebiet, aber größer in Hamburg (37,1 Prozent) und in Bremen (40,4 Prozent). Was für die Gehälter nachgewiesen wurde, das gilt auch für die Löhne, nämlich daß sich bei der Untergliederung nach Leistungsgruppen überwiegend erheblich geringere Verdienstspannen zwi-

schen Männern und Frauen ergaben. Dabei wird aber darauf hingewiesen, daß der Frauenanteil an den Industriearbeitern im Bundesgebiet mit 18,4 Prozent relativ gering war. Darüber lag der vergleichbare Anteil in Berlin (26,6 Prozent), und darunter in Hamburg (13,3 Prozent) und Bremen (10,2 Prozent).

Die Beschäftigungsstruktur hat sich seit 1970 deutlich verändert und das vor allem zugunsten der Männer. Diese wurden 1970 im Bundesgebiet zu rund 52 Prozent als Facharbeiter entlohnt, 16 Jahre später waren es 60 Prozent. Von den Frauen zählten dagegen 1970 wie auch 1986 nur rund sechs Prozent zu dieser Gruppe.

Bei der Betrachtung der nachgewiesenen Wirtschaftsbereiche zeigte sich, daß das jeweilige Lohnniveau sowohl der Männer als auch der Frauen in Hamburg und Bremen über dem im Bundesgebiet lag.

Josef Eckholt
Statistisches Landesamt Bremen
Abteilung Informationssystem,
Stadtforschung, Preise, Löhne,
Landwirtschaft

Zum Nach-Denken über „anonymisiert“ *)

In einer Behörde arbeiten keine Roboter, sondern Menschen, die auch über ihr eigenes Tun und seine äußeren wie inneren Voraussetzungen kritische Gedanken hegen. Es ist sicher angebracht, sie als persönliche Meinung eines Autors gelegentlich herauszulassen, wenn ihr Gegenstand einen „allgemeinen Stellenwert“ hat.
Die Redaktion

Die seit Jahren geführte Diskussion um datenschutzrelevante gesetzliche Bestimmungen für die amtliche Statistik verursacht beim Statistiker gelegentlich Kopfschütteln. Ihm scheint, daß Probleme gesehen werden, wo keine sind, und daß Probleme nicht gesehen werden, die da sind. Nicht selten läßt sich erkennen, daß solches Nichtverstehen im Sprachlichen seine Wurzel hat.

Wörter sind bekanntlich generell und notwendig in bezug auf das Gemeinte etwas unscharf. Manchmal haben Wörter mehrere Inhalte und diese unter Datenschutzaspekt verschiedene Bedeutung (z. B. „Einzelangabe“ in einer Tabelle und auf einem Datenträger). Ungeordnete Wirkungen kann man dann, solange keine unterscheidenden Begriffe verfügbar sind, nur durch ein erläuterndes Attribut vermeiden. Manchmal aber werden Wörter falsch benutzt, um einen richtigen Sachverhalt auszudrücken. Sie sollten dann durch bessere Wörter ersetzt werden. Solchen Fällen dient dieser Beitrag.

Die Sachlage: Es ist seit jeher eherner Grundsatz, daß statistische Einzelangaben geheimgehalten werden. Der § 16 des Bundesstatistikgesetzes sagt dies, nennt aber auch Ausnahmen. Zum Beispiel erklärt er in Absatz 6 gewisse Übermittlungen für zulässig, „wenn die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können“. So eine Bestimmung muß Eingang in das Handeln der Verwaltung finden. Gleich, ob mündlich oder schriftlich, ob Texte zu beraten oder anzuwenden sind, immer wird ein handlicher Begriff für das gesucht, was der Gesetzgeber durch einen Konditionalsatz von 17 Wörtern Länge ausgedrückt hat. Man braucht ein Adjektiv „was für Einzelangaben“?

Dafür hat sich nun ein Ausdruck eingeschlichen, der droht, sich fest einzunisten: „faktisch anonymisierte Einzelangabe“. Dieser Ausdruck ist sprachlich falsch und denkfalsch. Er führt auf eine falsche Spur und gefährdet und verhindert die Verständigung, die aus anderen Gründen schon mühsam genug ist.

Falsch ist das Partizip „anonymisiert“; es kommt nicht darauf an, was mit den Einzelangaben gemacht worden ist, sondern darauf, in welchem Zustand sie sich befinden.

Falsch ist die Beifügung von „faktisch“ als einem Adverb, weil dieses nur die im Partizip ausgedrückte Handlung betrifft (wie wurde anonymisiert?), auf die es nicht ankommt, aber nichts über den Zustand der Einzelangabe aussagt, auf den es allein ankommt (wie ist die Einzelangabe?).

Falsch ist ferner die Wortwahl, und zwar auch dann, wenn die ersten beiden Fehler (wie in „faktisch anonyme Einzelangabe“) vermieden würden. Anonym heißt immer „ohne Namen“. Dies kann durch kein Adverb modifiziert werden im Sinne eines mehr oder weniger. Den Schreiber eines anonymen Briefes zu ermitteln, kann mehr oder weniger schwierig sein; immer aber war und ist der Brief anonym. Was zu modifizieren, also nach seinem Grad auf einer Skala ungefähr zu bestimmen, ist die Chance eines gedachten „Angreifers“, die ihm überlassene Angabe über irgendeine Person¹⁾ einer bestimmten Person, dem Betroffenen, zuzuordnen. Daß die Angabe den Namen nicht enthält, ist dabei selbstverständlich; deshalb ist es überflüssig, den Begriff „anonym“ überhaupt ins Spiel zu bringen.

Warum ist der falsche Ausdruck „faktisch anonymisierte Einzelangabe“ so schädlich? Weil er alle, die nicht Insider der amtlichen Statistik sind, in die Irre führt, was je nach Interessenlage zu einer im Grunde überflüssigen Verteidigung oder zu unberechtigten Angriffen führt. Der Ausdruck ist schädlich, weil er durch seine falsche Bildungsweise ein Gefährdungspotential behauptet, wo keines ist. Dafür ein Beispiel aus anderem, ähnlich unbekanntem Fachgebiet, wie es für die meisten die amtliche Statistik und ihre Methoden sind. Nehmen wir an, eine Substanz „KD 34“ sei nur ungefährlich, wenn sie keinen Wasserstoff enthält. Eine Bestimmung erlaubt nun, etwas mit „faktisch dehydriertem KD 34“ zu tun. Verantwortungsbewußte und umwelt-sensible Menschen werden fordern, daß der Hersteller sein KD 34 nicht nur faktisch, sondern ganz dehydrieren müsse. Der Ausdruck vermittelt nämlich durch das Partizip unausweichlich, daß jemand (wer sonst als der Hersteller?) etwas mit dem KD 34 tut, bevor es in Verkehr kommt.

¹⁾ Kurz für „persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person“.

In unserem Falle wird der Leser, ohne zu merken, wie es geschieht, mit der falschen Information geimpft, es seien die statistischen Ämter, die „anonymisieren“, und zwar nur „faktisch“. An dieser Stelle offenbart sich, warum die „faktisch anonymisierte Einzelangabe“ auf so tückische Weise falsch gebildet ist: als Handelnden, der bei einem Partizip – im Unterschied zu einem Satz mit finitem Verbum – nicht ausgedrückt wird, unterschleibt der Ausdruck stillschweigend den Falschen. Den Falschen in Bezug auf das, was der Ausdruck leisten soll; zugleich aber einen Richtigen, wenn man den Ausdruck nach seiner Grammatik versteht: manchmal hat wirklich erst der Statistiker die Einzeldatensätze anonymisiert, bevor er sie weitergab (oft waren sie von vornherein anonym); dies zu sagen, ist aber nicht Ziel des Ausdrucks, der Laie muß ihn mißverstehen.

Zur Erinnerung: Der Ausdruck entstand aus dem Bemühen um einen handlichen Begriff für die verhältnismäßig große Schwierigkeit, eine namenlose Angabe auf eine bestimmte Person zu beziehen. Wer ist nun hier der Handelnde? Natürlich der, der es wissen will. Gerade das ist aber niemals der Statistiker, der den Namen als unentbehrliches Hilfsmerkmal für das Geschäft des Erhebens ohnehin kennt. Der Gesetzgeber gesteht dies auch zu²⁾. Handelnder ist vielmehr jeder denkbare Empfänger einer anonymen statistischen Einzelangabe. Deren Merkmale können so sein, daß ein „Angreifer“ es leicht hat, die zugehörige Person herauszufinden, oder sie können anders sein, so daß ihm dies nur „mit unverhältnismäßig großem Aufwand“ gelingen könnte³⁾. Dafür, daß dieses Handeln „faktisch nicht“ gelingen kann, wird ein adjektivischer Begriff gesucht, der Sätze ermöglicht, an wen und unter welchen Bedingungen solche Einzelangaben aus dem Hort eines statistischen Amtes übermittelt werden dürfen.

Nach dem Gesagten kann nun dieser Begriff gebildet werden. Da die Materie in Datenschutzgesetzen schon formuliert worden ist, liegt es nahe, sich daran anzulehnen. Das führt zur „beziehbaren“, deutlicher „personenbeziehbaren

²⁾ Über den Sinn von Bestimmungen, die dem Statistiker genau vorschreiben, wann schon in seiner Datenfestung (im „abgeschotteten Bereich“) der Name zu beiseitigen sei, läßt sich sinnieren; das ist aber kein sprachliches Problem.

³⁾ Daß es außerdem – und mit der größten Wirkung – darauf ankommt, über welches Wissen von Einzelpersonen der Dateneempfänger von sich aus schon verfügt, kann hier außer acht bleiben.

Einzelangabe". Das nun entscheidende quantifizierende Adverb könnte „nurschwer“, „fast nicht“, „kaum“ oder ähnlich lauten. Da es hier aber aus der Debatte heraus wichtig ist, den Begriff gegen ein theoretisch Mögliches abzugrenzen, verdient „faktisch nicht“ wohl den Vorzug. Wenn „personenbeziehbar“ zu schlicht sein sollte, käme auch „deanonymisierbar“ in Frage, mit dem Nachteil seiner schweren Aussprechbarkeit allerdings und der damit verbundenen Gefahr der sozialen Abstempelung.

Wir hätten nunmehr die „faktisch nicht personenbeziehbare Einzelangabe“ als sprach- und denkrichtigen Ausdruck, allerdings noch ein wenig lang. Wenn man die Negation in diesem Ausdruck anders zuordnet, nämlich vom Adverb wegnimmt und dem Adjektiv zuordnet, entsteht „nicht personenbeziehbar“, und das läßt sich auch auf „unbeziehbar“ verkürzen. Der Kontext macht hier immer klar, welcher Bezug nicht herstellbar ist. Mein Favorit ist damit die „faktisch unbeziehbare Einzelangabe“.

Die Einwände gegen die Partizipform gerade des Verbs „anonymisieren“ gelten auch für eine weitere Anwendung des Ausdrucks „anonymisierte Einzelangabe“, der ebenso denkfalsch und irreführend ist wie der erste. Es ist die Wendung „Bedarf der Wissenschaft an anonymisierten Einzelangaben“. Die Verbindung mit „Bedarf“ – ähnlich bei Wörtern wie Verlangen, Sehnsucht, aber auch Verbot und vielen anderen – fordert sprachlich zwingend, daß ein etwa dem Bedarfsobjekt zugefügtes Adjektiv eine für den Bedarf konstitutive Eigenschaft bezeichnet.

Beispiel: Die Stadtwerke chlorieren aus hygienischer Notwendigkeit das Trinkwasser; es ist knapp, das Chlorieren teuer. Die Gärtner brauchen Wasser für ihre Kulturen, der mäßige Chlorgehalt schadet nicht, Hauptsache, sie kriegen überhaupt genug Wasser und möglichst billig. Gäbe es nun eine Debatte, in der jemand vom „Bedarf der Gärtner an chloriertem Wasser“ spricht, dann würden sich die Gärtner über diese Verdrehung empören und die Zuhörer aufklären. Der falsche Ausdruck hätte keine Chance, in den Wortschatz der Gärtner, der Gemeindevertreter, der Wasserwerker oder des Lokalredakteurs einzugehen. Es gäbe nämlich keinen Zweifel darüber, daß der Ausdruck die Information vermittelt, die Gärtner wünschten, das Wasser werde chloriert. Dies ist aber offenbar Unsinn.

Der Ausdruck wäre auch dann unbrauchbar, wenn die Gärtner in der Debatte ihre Einsicht darin bekundet hät-

ten, daß man zum Blumengießen nicht eine Extraleitung legen könne, wenn sie sich also längst mit dem Chlor im Wasser abgefunden haben, und wenn alles Wasser, von dem man sprechen kann, chloriertes Wasser ist. Sobald aber jemand vom „Bedarf der Gärtner an chloriertem Wasser“ sprechen wollte, würden die meisten den Ausdrucksfehler bemerken.

Tatsächlich hat die Wissenschaft einen Bedarf an Einzelangaben. Dies steht im Unterschied zum Bedarf an aggregierten Daten (Tabellen). Ob die Einzeldaten den Namen des Betroffenen enthalten, ist für sozialwissenschaftliche Untersuchungen völlig belanglos. Die Namen werden ohnehin nicht benutzt, Erkenntnisse über eine reale Einzelperson sind nicht Gegenstand oder Ziel solcher Forschungen. So wenig aber, wie der Gärtner den Chlorzusatz im Wasser fordert, so wenig verlangt der Wissenschaftler, daß die Einzelangaben anonym sind.

Begriffe und zusammengesetzte Wendungen sollten nicht Probleme vermeiden. Mit „Bedarf der Wissenschaft an Einzelangaben“ – so mein Formulierungsvorschlag – sollte nur der Umstand bezeichnet sein, daß die Forschung nicht immer nur mit – datenschutzrechtlich nahezu unproblematischen – aggregierten Daten zufrieden sein kann. Dies muß sie nachhaltig verdeutlichen, weil man ihr Einzeldaten vorenthalten möchte, die es zu schützen gilt.

Ein ganz anderes Problem ist, daß Einzeldaten, auch wenn sie selbstverständlich anonym sind, dennoch auf die Betroffenen bezogen werden könnten, wenn gewisse weitere Bedingungen vorliegen. Auf der Seite der Einzelangabe⁴⁾ spielt dafür ihr Detailreichtum eine Rolle, auf der Seite des Nutzers dessen Vorkenntnisse über die gleichen oder teilweise gleichen Personen. Bei der Erörterung von Problemen der ersten Art geht es um das inhaltliche Abmagern von Einzeldaten, und man spricht meist von „Anonymisierungsverfahren“. Wie oben dargelegt, ein schlechter, weil nicht treffender Ausdruck. Es geht ja darum, etwas zu verbergen; man sucht, die Chancen eines Angreifers, den Betroffenen zu identifizieren, durch Weglassen oder Abändern von Merkmalen zu vermindern. Es geht nicht darum, den Namen wegzunehmen, denn der ist bereits weg. Solche Verfahren, deren Wirkung und Anwendung standardisiert

⁴⁾ Als Einzelangabe – in der Bedeutung „Datensatz auf einem Datenträger“ – bezeichnet der Statistiker die Gesamtheit aller für einen einzelnen Merkmalsträger (z. B. Person) erhobenen Angaben.

werden sollen, könnten „Kryptofizierungsverfahren“ heißen. Neue Sachverhalte, für die ein Arbeitsbegriff gebraucht wird, rechtfertigen auch einmal eine Neukombination aus alten Bestandteilen.

Als letztes Beispiel mißglückter Begriffe nenne ich „Zusatzwissen“. Er bürgert sich derzeit ein für die oben erwähnten, für die Beziehbarkeit einer überlassenen Einzelangabe bedeutungsvollen Vorkenntnisse des Empfängers. Die Absichten und Vorgänge der gedachten Konstellation sind eigentlich klar: Der Empfänger, Nutzer, Angreifer versucht, Wissen über bestimmte reale Personen illegal zu erwerben; man überließ ihm Einzeldatensätze mit persönlichen Merkmalen, aber von unbekanntem Personen. Er setzt jetzt, um Personen zu identifizieren, seine Kenntnisse ein, die personenbezogen sind, zum Beispiel Listen mit Namen, Anschriften, Geburtstagen, Geschlecht. Wenn auch die überlassenen Datensätze den Wohnkreis, das genaue Alter und das Geschlecht enthalten, werden beim Vergleich beider Materialmengen oft nur noch wenige der dem Angreifer bekannten Personen auf eine statistische Person passen; manchmal, bei Hinzunahme eines weiteren Merkmals in beiden Materialmengen häufiger, wird es auch nur noch eine sein – die Person ist dann identifiziert (theoretisch). Das allein ist aber dem Angreifer nicht die Mühe wert; was er für möglichst viele (ihm zunächst unbekannte) Personen wissen will, ist erst, was der Statistik-Datensatz sonst noch enthält, z. B. den Familienstand.

Was könnte in dieser Konstellation nun „Zusatzwissen“ genannt werden? Das, was der Nutzer schon vorher weiß und zum Re-Identifizieren benutzt, oder das, was er an Information dazu erwirbt, wenn ihm das Zuordnen zu einer bestimmten Person gelingen ist? Ich meine, Zusatzwissen kann nur das heißen, was er sich nach erfolgreichem Gebrauch seines Vorwissens zusätzlich aneignet.

Auch hier ist zu fürchten, daß das falsche Wort Verwirrung stiftet und Kräfte fehlet bei allen, die dem Problem nicht so nahe sind, daß selbst falsche Wörter ihr Denken nicht vernebeln können. Daß das Denken die Sprache bestimmt und daß die Sprache das Denken lenkt, sind Binsenwahrheiten. Vielleicht gibt es heute nicht mehr genug Binsen dafür, daß jeder ihre Wahrheiten immer zur Hand haben kann.

Arnold Heinemann
Abteilungsleiter im Statistischen
Landesamt Schleswig-Holstein,
Fröbelstraße 15–17, 2300 Kiel 1

Entwicklung und Struktur des Energieverbrauchs in Hamburg, Bremen und Berlin (West)

Die Energieverteuerung durch die „Öl-krisen“ 1973/74 und 1979/80 förderte nicht nur Maßnahmen zur rationelleren Energieverwendung bei privaten Haushalten und in der Wirtschaft, sondern veränderte vor allem die früher fast einseitige Ausrichtung auf nur einen Energieträger in Richtung auf eine ausgewogenere Versorgungsstruktur. Es wurden vielfältige Anstrengungen unternommen, den Mineralölanteil am gesamten Energieverbrauch zu senken und den übrigen Energieträgern, in erster Linie dem Erdgas und der Kernenergie, größere Präferenzen einzuräumen. Nunmehr scheinen insbesondere zwei Ereignisse das gegenwärtige Versorgungskonzept wieder in Frage zu stellen: Der Preisverfall auf den internationalen Rohölmärkten sowie der Reaktorunfall in Tschernobyl, der die grundlegende Kontroverse um die Kernenergie wieder mit aller Schärfe aufleben ließ.

Die anhaltende öffentliche Diskussion über die künftige Energieversorgung macht deutlich, daß für wirtschaftliche und energiepolitische Entscheidungen Daten über einzelne Energieträger unentbehrlich sind. Vor allem besteht ein großes Interesse an Informationen über die komplexen Zusammenhänge zwischen Aufkommen und Verwendung von Energie nach verschiedenen Energieträgern, die sich mit Hilfe von sogenanntem Energiebilanzen zahlenmäßig darstellen lassen. Solche Übersichten für das gesamte Bundesgebiet werden zwar schon seit langem durch eine Arbeitsgemeinschaft überregionaler Fachverbände der Energiewirtschaft und wissenschaftlicher Institute erstellt. Länderenergiebilanzen werden jedoch erst seit wenigen Jahren nach dem von der „Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen“ entwickelten Konzept berechnet und veröffentlicht.

Gegenstand der folgenden Untersuchung ist es, einige Grundlinien der Energieverbrauchsstruktur in den Stadtstaaten **Hamburg, Bremen** (einschließlich Bremerhaven) und **Berlin (West)** nachzuzeichnen. Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, wird aber darauf hingewiesen, daß die Betrachtung der jeweiligen Bedarfsentwicklungen und -strukturen ohne weitergehende Berücksichtigungen der speziellen Gegebenheiten in den einzelnen Stadtstaaten und ohne eingehendere Ursachenanalyse nur von begrenzter Aussagekraft sein kann.

Dies gilt insbesondere für den direkten Vergleich mit Berlin (West), da die geographischen, politischen und klimatischen Randbedingungen wie auch die

Versorgungsstruktur erhebliche Unterschiede zu Hamburg und Bremen aufweisen. Hinzu kommen Abweichungen im ökonomischen und demographischen Bereich. Die Stromversorgung im Inselbetrieb, der erst am Ende des Betrachtungszeitraums vollzogene Erdgasbezug und die unter anderem aufgrund der spezifischen Umweltbedingungen notwendigen Substitutions- und Umstrukturierungsprozesse führen zwangsläufig zu anderen Entwicklungen in Berlin (West).

Zur Ermittlung des Gesamtverbrauchs an Energie ist es erforderlich, die in ihren trägerspezifischen Maßeinheiten (Tonnen, Kubikmeter) erhobenen Energiemengen auf ein einheitliches ihrem Heizwert entsprechendes Niveau umzurechnen. Auf diese Weise können die einzelnen Energieträger miteinander verglichen und ihre Mengen addiert werden. Für die nachfolgenden Ausführungen wurde das Wärmeäquivalent der Steinkohle zugrundegelegt und der Energieverbrauch in Steinkohleeinheiten „Tonnen SKE“ dargestellt.

1 Primärenergieverbrauch

Steigerung seit 1983/84

Der Primärenergieverbrauch gibt an, welche ursprünglichen Energiearten (zum Beispiel Steinkohle, Erdöl, Erdgas) eingesetzt wurden, um die Verbraucher mit nutzbarer Energie (zum Beispiel Strom, Fernwärme) zu versorgen.

In Folge der ersten Ölkrise und des sich anschließenden wirtschaftlichen Abschwungs hatte sich der Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland nach langjähriger Expansion erstmals drastisch vermindert. Ab 1976 war jedoch wieder ein Anstieg des Energieverbrauchs zu verzeichnen, er erreichte 1979 einen Höhepunkt. Die zweite Ölkrise und eine erhebliche Verteuerung aller wichtigen Energieträger Anfang der 80er Jahre leiteten erneut eine Phase der Schrumpfung des Primärenergieverbrauchs ein, die – verstärkt durch eine konjunkturelle Abschwächung – den Energiebedarf vor allem in der Wirtschaft sinken ließ.

Seit 1983 ist jedoch wieder eine Zunahme des Verbrauchs zu beobachten. In erster Linie ist dies darauf zurückzuführen, daß in der Bundesrepublik vor allem die energieintensiven Branchen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie vom Aufwind der wirtschaftlichen Entwicklung getragen wurden. 1984/85 hat sicherlich auch der im Vergleich zu den Vorjahren strengere Winter einen höheren Energieverbrauch vor allem der privaten Haushalte ausgelöst.

In den Stadtstaaten zeigt sich für die Jahre 1981 bis 1985 eine weitgehende Parallelität zum Primärenergieverbrauch des Bundes. Die Energiekurven für **Hamburg** und **Bremen** sinken zu Beginn der 80er Jahre; im Unterschied zum Bund ist eine Umkehr jedoch erst 1984 zu verzeichnen, wobei der Wiederanstieg deutlich flacher verläuft. In **Berlin** setzte die Zunahme des Energieverbrauchs bereits 1983 ein. Der Anstieg

Schaubild 1 **Primärenergieverbrauch 1973 bis 1985 in der Bundesrepublik Deutschland und 1981 bis 1985 in Hamburg, Bremen (einschließlich Bremerhaven) und Berlin (West)**
1981 = 100

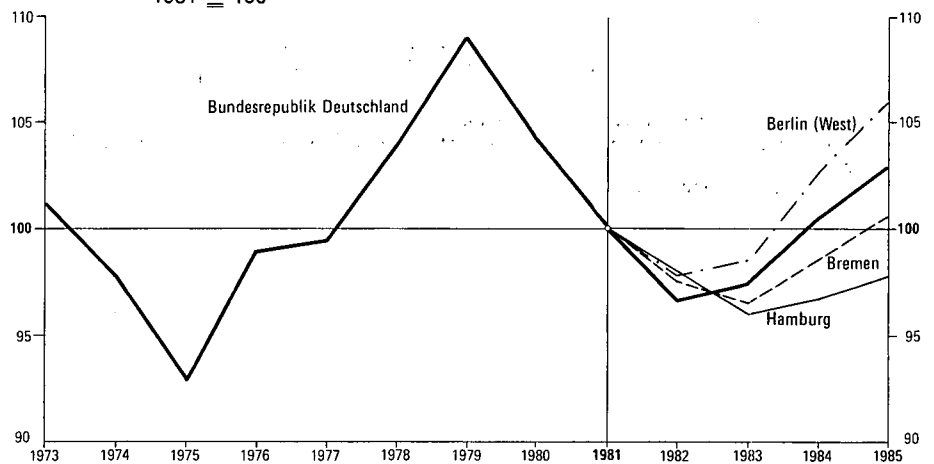


Tabelle 1 Primärenergieverbrauch in Hamburg, Bremen (einschließlich Bremerhaven) und Berlin (West) sowie in der Bundesrepublik Deutschland 1981 bis 1985 nach Energieträgern

Energieträger	1981		1982		1983		1984		1985		Veränderung 1985 gegenüber 1981 in %
	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	
- Hamburg -											
Kohle	812	7,4	892	8,3	958	9,1	695	6,5	724	6,7	- 10,8
darunter Steinkohle	776	7,0	863	8,0	933	8,8	666	6,3	693	6,4	- 10,7
Mineralöle	5 685	51,6	5 582	51,7	5 258	49,7	5 029	47,2	4 940	45,9	- 13,1
Naturgase 1)	2 283	20,7	2 310	21,4	2 181	20,6	1 841	17,3	1 833	17,0	- 19,7
Strom 2)	2 209	20,1	1 987	18,4	2 104	19,9	3 019	28,3	3 198	29,7	+ 44,8
Sonstige feste Brennstoffe 3)	25	0,2	25	0,2	70	0,7	70	0,7	73	0,7	+ 192,0
Insgesamt	11 014	100	10 796	100	10 571	100	10 654	100	10 768	100	- 2,2
- Bremen -											
Kohle	2 698	48,4	2 768	50,9	2 880	53,5	2 721	49,5	2 862	51,0	+ 6,1
darunter Steinkohle	2 689	48,2	2 760	50,7	2 873	53,4	2 712	49,3	2 850	50,8	+ 6,0
Mineralöle	2 266	40,6	2 145	39,4	2 012	37,4	2 082	37,9	2 105	37,5	- 7,1
Naturgase 1)	1 267	22,7	1 086	20,0	1 050	19,5	1 051	19,1	1 096	19,5	- 13,5
Strom 2)	- 691	-12,4	- 609	-11,2	- 614	-11,4	- 424	- 7,7	- 499	- 8,9	+ 27,8
Wasserkraft	13	0,2	12	0,2	11	0,2	14	0,3	12	0,2	- 7,7
Sonstige feste Brennstoffe 3)	25	0,4	36	0,7	46	0,9	52	0,9	37	0,7	+ 48,0
Insgesamt	5 578	100	5 439	100	5 385	100	5 496	100	5 613	100	+ 0,6
- Berlin (West) -											
Kohle	2 829	39,1	2 743	38,7	2 833	39,7	2 939	39,5	2 914	38,0	+ 3,0
darunter Steinkohle	2 473	34,2	2 374	33,5	2 478	34,8	2 579	34,7	2 553	33,3	+ 3,2
Mineralöle	4 378	60,5	4 300	60,7	4 236	59,4	4 406	59,2	4 602	60,0	+ 5,1
Naturgase 1)	-	-	-	-	-	-	-	-	95	1,2	x
Sonstige feste Brennstoffe 3)	34	0,5	36	0,5	60	0,8	94	1,3	58	0,8	+ 70,6
Insgesamt	7 241	100	7 079	100	7 129	100	7 439	100	7 669	100	+ 5,9
- Bundesrepublik Deutschland -											
Kohle	118 047	31,6	115 053	31,8	115 983	31,8	117 644	31,3	115 479	30,0	- 2,2
darunter Steinkohle	78 220	20,9	76 685	21,2	77 697	21,3	79 300	21,1	79 405	20,6	+ 1,5
Mineralöle	167 485	44,8	159 757	44,2	158 482	43,5	158 007	42,0	159 358	41,4	- 4,9
Naturgase 1)	60 063	16,1	55 121	15,2	56 742	15,6	59 689	15,9	59 612	15,5	- 0,8
Strom 2)	2 599	0,7	2 234	0,6	3 408	0,9	1 328	0,4	816	0,2	- 68,6
Wasserkraft	5 978	1,6	5 887	1,6	5 580	1,5	5 500	1,5	5 072	1,3	- 15,2
Kernenergie	17 657	4,7	20 923	5,8	21 595	5,9	30 425	8,1	41 144	10,7	+ 133,0
Sonstige feste Brennstoffe 3)	2 259	0,6	2 550	0,7	2 916	0,8	3 467	0,9	3 518	0,9	+ 55,7
Insgesamt	374 088	100	361 525	100	364 706	100	376 060	100	384 999	100	+ 2,9

1) Erdgas, Erdölgas, Grubengas, Klärgas.

2) Strombezug aus Nachbarländern, bewertet nach dem durchschnittlichen Brennstoffverbrauch in konventionellen Wärmekraftwerken.

3) Brennholz, Brenntorf, Klärschlamm, Müll.

war allerdings im Gegensatz zu den beiden Hansestädten stärker als im Bund.

Mineralöl in Hamburg und Berlin . . .

Obwohl andere Energiequellen zunehmend genutzt werden, steht Mineralöl weiterhin an der Spitze des Primärenergieverbrauchs. Im Bundesdurchschnitt liegt sein Anteil bei 41 Prozent (1985) vor Kohle (30 Prozent), Gas (15,5 Prozent) und der Kernenergie (elf Prozent). Wenngleich auch Mineralöl als Rohstoff für viele Industrieprodukte (zum Beispiel synthetische Stoffe) verwendet wird, ist es bis heute ein Eckpfeiler in der Energiewirtschaft und wird auf lange Sicht seine dominierende Rolle nicht verlieren. Im Vergleich zu 1981 hat sich der Anteil des Mineralöls am gesamten Primärenergieverbrauch etwas ermäßigt (3,3 Prozentpunkte), was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß bei der Strom- und Wärmeerzeugung Substitutionsprozesse zugunsten anderer Energieträger stattgefunden haben.

Auch in **Hamburg** hat sich in den letzten fünf Jahren der Mineralölanteil verringert, und zwar von 52 Prozent (1981) auf nicht ganz 46 Prozent im Jahr 1985. Trotz dieses Rückgangs hat das Mineralöl in der Energieversorgung Hamburgs nach wie vor seine vorherrschende Position behauptet. Noch höher lag der entsprechende Wert für **Berlin**, wo das Mineralöl genau 60 Prozent zum Primärenergiebedarf 1985 beigetragen hat. Dieser hohe Anteil ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß schwere und leichte Heizöle im erheblichen Umfang für die Stromerzeugung in den Berliner Kraftwerken eingesetzt werden.

... Kohle in Bremen wichtigster Primärenergieträger

Ein anderes Bild ergibt sich für **Bremen**. Dort liegt das Hauptgewicht eindeutig bei der Kohle, die über die Hälfte des Primärenergieverbrauchs im Jahr 1985 gedeckt hat. Der hohe Anteil erklärt sich aus dem überaus großen Bedarf der Eisenschaffenden Industrie an Steinkohlenkoks sowie aus dem hohen Verbrauch von Steinkohle zur Stromerzeugung in öffentlichen und industriellen Wärmekraftwerken. Mineralöl steuerte als zweitwichtigster Energieträger Bremens „nur“ 37,5 Prozent zur Energieversorgung bei. Damit liegt dieser Wert erheblich unter dem von Berlin und Hamburg und sogar noch recht deutlich unter dem des Bundes (41 Prozent). Wie in Hamburg weist der Mineralölbedarf eine sinkende Tendenz auf (minus sieben Prozent). Dadurch hat sich der Verbraucheranteil 1985 gegenüber 1981 um gut drei Prozentpunkte verringert. Ausschlaggebend war auch hier die in der Referenzperiode schrumpfende Nachfrage nach Heizöl.

Auch in **Berlin** kommt der ebenfalls überwiegend in den Kraftwerken eingesetzten Kohle eine relativ große Bedeutung zu: Mit 38 Prozent liegt sie in der Rangfolge der Primärenergieträger auf Platz zwei.

Hamburgs Strom überwiegend aus dem Umland

Nach zwei Ölkrisen ist **Hamburg** dem Ziel einer Risikostreuung der Energieversorgung, insbesondere durch Diversifizierung der Primärenergieträger, ein gutes Stück näher gekommen. Die Verteuerung der fossilen Rohstoffe und nicht zuletzt das Gebot umweltfreundlicher Produktion hatten in den letzten Jahren zur Folge, daß die Energieerzeugung in den auf Hamburger Staatsgebiet ausschließlich mit herkömmlichen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken abgenommen hat. Dieser Produktionsrückgang und der gleichwohl zusätzliche Bedarf wurden ausgeglichen durch erhöhte Bezüge aus den Stromerzeugungsanlagen jenseits der Hamburger Landesgrenze. Strom ist zwar Sekundärenergie, wird aber im statistischen System der regionalen Energiebilanzen zur Primärenergie gerechnet, soweit dieser Energieträger aus Nachbarländern in das heimische Netz eingespeist wird. Strom aus dem Umland stammt einmal aus dem Kohlekraftwerk Wedel, das im Besitz der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) ist, sowie aus den Kernkraftwerken Brunsbüttel, Krümmel und Stade, bei denen die HEW zu unterschiedlichen Anteilen Partner der PreussenElektra sind.

Die Strombezüge aus den Kraftwerken des Umlandes haben in der Zeit von 1981 bis 1985 erheblich zugenommen (plus 45 Prozent), wobei der Anstieg 1984 (plus 43 Prozent) besonders hervorzuheben ist. Strom aus dem Umland deckte 1985 zu fast 30 Prozent (1981: 20 Prozent) den Primärenergiebedarf

Hamburgs und liegt damit in der Skala der Primärenergieträger an zweiter Stelle.

Würde man die Kraftwerkskapazitäten im Umland, die ganz oder teilweise der HEW zuzurechnen sind, in die Hamburger Energiebilanz einbeziehen, so würde sich ein völlig anderes Bild der Primärenergiestruktur ergeben. Mineralöl hätte in der Energieversorgung der Hansestadt zwar noch immer eine vorherrschende Stellung, der Deckungsbeitrag läge 1985 jedoch nur bei 42 Prozent (1981: 48 Prozent). Überraschend hoch wäre durch die Einbeziehung der Kernkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Stade der Anteil der Kernenergie, die 1985 den Primärenergieverbrauch zu 32 Prozent (1981: 14 Prozent) deckte; in der Energieversorgung Hamburgs hat Kernenergie damit eine weit größere Bedeutung als im Bundesgebiet (1985: elf Prozent). Erdgas erreichte bei Betrachtung aller HEW-eigenen Versorgungsstätten in der Hansestadt und im Umland 15,5 Prozent des Primärenergieverbrauchs. Nur wenig niedriger (zehn Prozent) läge unter Einbeziehung des Kraftwerks Wedel der Wert für Kohle.

Erdgas nur in den Hansestädten von Bedeutung

Rang drei der wichtigsten Energieträger in **Hamburg** und **Bremen** nahm 1985 das Erdgas ein, auf das 17 bzw. 19,5 Prozent des Primärenergieverbrauchs entfielen. Damit lag der Anteil Hamburgs und Bremens über dem des Bundes (15,5 Prozent). **Berlin** wurde mit Erdgas erstmalig 1985 versorgt, es war jedoch wegen der noch geringen Mengen kaum von Bedeutung für die Energieversorgung dieser Stadt.

In **Hamburg** ist infolge der stark gestiegenen Strombezüge aus den Nachbarländern der Verbrauch von Erdgas, das

Schaubild 2 Struktur des Primärenergieverbrauchs 1981 bis 1985 in Hamburg einschließlich der der HEW zuzurechnenden Kraftwerkskapazitäten im Umland

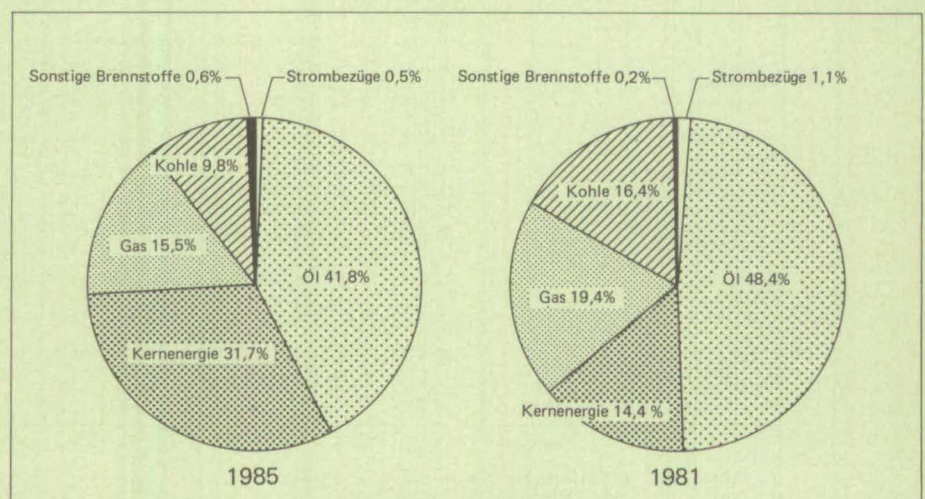


Tabelle 2 Endenergieverbrauch in Hamburg, Bremen (einschließlich Bremerhaven) und Berlin (West) sowie in der Bundesrepublik Deutschland 1981 bis 1985 nach Energieträgern

Energieträger	1981		1982		1983		1984		1985		Veränderung 1985 gegenüber 1981 in %
	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	
- Hamburg -											
Kohle	119	1,7	116	1,7	101	1,5	104	1,5	107	1,5	- 10,1
darunter											
Steinkohle	83	1,2	87	1,3	76	1,1	75	1,1	76	1,1	- 8,4
Mineralölprodukte	3 798	52,8	3 579	52,1	3 409	50,6	3 438	49,6	3 416	48,5	- 10,1
darunter											
Motorenbenzin	1 218	16,9	1 151	16,8	1 170	17,4	1 195	17,2	1 102	15,7	- 9,5
Flugkraftstoffe	230	3,2	213	3,1	192	2,9	207	3,0	243	3,5	+ 5,6
Dieselkraftstoffe	847	11,8	876	12,8	874	13,0	950	13,4	889	12,6	+ 5,0
Heizöl leicht	1 408	19,6	1 265	18,4	1 065	15,8	1 020	14,7	1 080	15,3	- 23,3
Heizöl schwer	95	1,3	74	1,1	108	1,6	86	1,2	102	1,4	+ 7,4
Gase 1)	1 398	19,4	1 297	18,9	1 284	19,1	1 420	20,5	1 514	21,5	+ 8,3
darunter											
Naturgase 2)	1 315	18,3	1 266	18,4	1 250	18,6	1 386	20,0	1 494	21,2	+ 13,6
Strom	1 263	17,5	1 256	18,3	1 281	19,0	1 305	18,8	1 319	18,7	+ 4,4
Fernwärme	622	8,6	617	9,0	657	9,8	662	9,6	682	9,7	+ 9,6
Insgesamt	7 200	100	6 865	100	6 732	100	6 929	100	7 038	100	- 2,3
- Bremen -											
Kohle	1 045	22,6	1 017	22,8	1 080	24,4	1 024	22,8	974	21,4	- 6,8
darunter											
Steinkohle	1 037	22,4	1 009	22,6	1 073	24,2	1 015	22,6	962	21,2	- 7,2
Mineralölprodukte	2 133	46,1	2 006	45,0	1 895	42,8	1 967	43,7	1 991	43,8	- 6,7
darunter											
Motorenbenzin	396	8,6	399	9,0	406	9,2	415	9,2	391	8,6	- 1,3
Flugkraftstoffe	27	0,6	21	0,5	25	0,6	25	0,6	30	0,7	+ 11,1
Dieselkraftstoffe	584	12,6	580	13,0	570	12,9	650	14,5	631	13,9	+ 8,0
Heizöl leicht	985	21,3	865	19,4	750	16,9	757	16,8	850	18,7	- 13,7
Heizöl schwer	140	3,0	143	3,2	144	3,2	120	2,7	89	2,0	- 36,4
Gase 1)	927	20,0	917	20,6	920	20,8	945	21,0	1 007	22,2	+ 8,6
darunter											
Naturgase 2)	729	15,8	705	15,8	701	15,8	725	16,1	771	17,0	+ 5,8
Strom	432	9,3	427	9,6	437	9,9	449	10,0	459	10,1	+ 6,3
Fernwärme	90	1,9	88	2,0	98	2,2	110	2,4	111	2,4	+ 23,3
Sonstige feste Brennstoffe	1	0,0	1	0,0	1	0,0	2	0,0	2	0,0	+ 10,0
Insgesamt	4 627	100	4 456	100	4 431	100	4 497	100	4 544	100	- 1,8
- Berlin (West) -											
Kohle	305	5,8	276	5,4	243	4,8	249	4,7	247	4,5	- 19,0
darunter											
Steinkohle	184	3,5	157	3,1	146	2,9	140	2,7	126	2,3	- 31,5
Mineralölprodukte	2 986	57,4	2 921	57,2	2 843	56,1	2 925	55,5	3 023	55,2	+ 1,2
darunter											
Motorenbenzin	691	13,3	693	13,6	696	13,7	704	13,3	693	12,7	+ 0,3
Flugkraftstoffe	141	2,7	113	2,2	88	1,7	93	1,8	108	2,0	- 23,4
Dieselkraftstoffe	277	5,3	268	5,2	264	5,2	268	5,1	271	5,0	- 2,2
Heizöl leicht	1 765	33,9	1 738	34,0	1 688	33,3	1 767	33,5	1 865	34,1	+ 5,7
Heizöl schwer	112	2,2	109	2,1	107	2,1	93	1,8	86	1,6	- 23,2
Gase 1)	476	9,1	455	8,9	469	9,3	514	9,7	552	10,1	+ 16,6
Strom	930	17,9	945	18,5	969	19,1	1 006	19,1	1 022	18,7	+ 9,9
Fernwärme	508	9,8	512	10,0	543	10,7	581	11,0	630	11,5	+ 24,0
Insgesamt	5 205	100	5 109	100	5 067	100	5 274	100	5 474	100	+ 5,2
- Bundesrepublik Deutschland -											
Kohle	26 852	10,9	25 459	10,8	24 644	10,4	26 636	10,9	26 739	10,6	- 0,4
darunter											
Steinkohle	22 100	9,0	20 954	8,9	20 270	8,6	22 043	8,9	22 139	8,8	+ 0,2
Mineralölprodukte	125 709	51,0	119 732	50,9	119 307	50,6	120 891	49,2	123 288	48,9	- 1,9
darunter											
Motorenbenzin	33 725	13,7	34 422	14,6	34 905	14,8	35 851	14,6	35 092	13,9	+ 4,1
Flugkraftstoffe	4 556	1,8	4 571	1,9	4 665	2,0	4 902	2,0	5 184	2,1	+ 13,8
Dieselkraftstoffe	19 586	7,9	19 886	8,5	20 540	8,7	20 703	8,4	21 404	8,5	+ 9,3
Heizöl leicht	52 756	21,4	47 855	20,4	47 707	20,2	48 628	19,8	52 416	20,8	- 0,6
Heizöl schwer	11 993	6,1	12 918	5,5	11 380	4,8	10 617	4,3	8 911	3,5	- 25,7
Gase 1)	49 049	19,9	45 520	19,4	46 445	19,7	49 915	20,3	52 296	20,7	+ 6,6
darunter											
Naturgase 2)	39 337	16,0	36 970	15,7	38 225	16,2	41 807	17,0	43 682	17,3	+ 11,0
Strom	38 408	15,6	37 963	16,2	39 027	16,5	40 758	16,6	41 975	16,6	+ 9,3
Fernwärme	5 635	2,3	5 524	2,4	5 715	2,4	6 056	2,5	6 497	2,6	+ 15,3
Sonstige feste Brennstoffe	737	0,3	837	0,4	849	0,4	1 209	0,5	1 309	0,5	+ 77,6
Insgesamt	246 390	100	235 035	100	235 987	100	245 465	100	252 104	100	+ 2,3

1) Flüssiggas, Raffeneriegas und Naturgas.

2) Erdgas, Erdölgas, Klärgas.

überwiegend aus norwegischen Quellen bezogen wird, in der Referenzperiode um rund ein Fünftel gesunken, wobei der Rückgang im Jahr 1984 besonders zu Buche schlug (minus 16 Prozent). Ausschlaggebend war ein erheblicher Minderbedarf im Kraftwerk Moorburg – dem größten Gasabnehmer der Stadt –, das die Stromerzeugung auf Erdgasbasis ab 1984 beträchtlich zurückgefahren hat. Mitentscheidend für die Abnahme im Jahr 1984 war außerdem die Tatsache, daß einige Abnehmer aus dem Verarbeitenden Gewerbe den Gasverbrauch infolge der wirtschaftlichen Rezession erheblich gedrosselt hatten. Auch in **Bremen** ist eine rückläufige Verbrauchsentwicklung beim Erdgas zu beobachten, die aber über den Gesamtzeitraum von 1981 bis 1985 mit minus 13,5 Prozent wesentlich schwächer ausgefallen ist als in Hamburg. 1985 ist ein Anstieg des Gasverbrauchs festzustellen, der maßgeblich durch die verstärkte Nachfrage des Verarbeitenden Gewerbes getragen wurde. Dagegen ist in **Hamburg** im Kraftwerksbereich, in dem fast ein Fünftel des primärverbrauchten Erdgases zur Strom- und Wärmeerzeugung verwendet wurde, eine negative Tendenz erkennbar.

2 Endenergieverbrauch

Interessante Aufschlüsse ergeben sich, wenn die Entwicklung und Struktur des Endenergieverbrauchs betrachtet wird. Endenergie ist nutzbare Energie zur Erzeugung von Licht, Wärme und Kraft. Bei der Umwandlung von Primärenergie in Endenergie entstehen erhebliche Verluste, die zum Beispiel bei der Stromgewinnung in den Wärmekraftwerken 60 Prozent und mehr betragen können.

Mineralölprodukte dominierend

Zunächst ist festzustellen, daß in allen drei Stadtstaaten Mineralölprodukte unangefochten den Spitzenplatz gehalten haben. In **Hamburg** steuerten sie 48,5 Prozent zur Energieversorgung bei. Fast der gleiche Anteil ist auch für das Bundesgebiet festzustellen (48,9 Prozent). Weit über dem Bundesdurchschnitt lag mit 55 Prozent der Mineralölanteil in **Berlin**, während sich für **Bremen** eine deutlich niedrigere Quote von nicht ganz 44 Prozent ergab.

In den beiden Hansestädten hat sich der Verbrauch von Mineralölprodukten verringert, in **Hamburg** um minus zehn Prozent und in **Bremen** um minus sieben Prozent. Ausschlaggebend war der Minderbedarf an leichtem Heizöl. Die Reduktion ist teilweise dadurch zu erklären, daß in den letzten Jahren – entsprechend der energiepolitisch wünschenswerten Diversifizierung der Energieträger – das Öl zu einem bestimmten Grade durch leitungsgebundene Energieträger verdrängt wurde. Trotz anhal-

tender Substitutionsbestrebungen wird für die Raumheizung leichtes Heizöl auch in Zukunft einen wesentlichen Energiebeitrag leisten, weil es gegenüber leitungsgebundenen Energieträgern gewichtige Vorteile bietet: Hervorzuheben ist vor allem die hohe Lagerfähigkeit, die den Heizölverbrauchern einen kostenflexiblen, von der weitgehend temperaturbedingten Entwicklung des Wärmebedarfs unabhängigen Bestandsauf- und -abbau ermöglicht.

In **Berlin** hingegen gab es bei Heizöl im Berichtszeitraum einen Anstieg von sechs Prozent; es deckte 1985 den Endenergiebedarf dieser Stadt zu gut einem Drittel. Für **Hamburg** (15 Prozent) und **Bremen** (19 Prozent) sind die Anteilswerte wesentlich niedriger; sie liegen unter dem Bundesdurchschnitt (21 Prozent).

In **Bremen** und auch in **Berlin** hat der Verbrauch an schwerem Heizöl, das von Industriebetrieben häufig in Prozeßwärme umgesetzt wird, von 1981 bis 1985 beachtlich abgenommen.

Strom, Erdgas und Fernwärme auf dem Vormarsch

In **Hamburg** ist beim Erdgas nach einem vorübergehenden Rückgang 1982/83 in 1984/85 wieder eine beachtliche Verbrauchszunahme zu verzeichnen, sein Anteil an der Deckung des Endenergiebedarfs hat sich weiter ausgedehnt. 1985 entfielen auf Erdgas über 21 Prozent des Endenergieverbrauchs. Ziemlich gleichauf lag mit 19 Prozent elektrischer Strom, dessen Anteil sich von 1981 bis 1985 ebenfalls ausgeweitet hat. Im Bundesgebiet betragen die entsprechenden Werte für Erdgas und Strom jeweils 17 Prozent. Große Bedeutung hat in Hamburg die Fernwärme, die 1985 fast ein Zehntel der Energieversorgung deckte. Der überwiegende Teil stammt aus Heizkraftwerken, in denen gleichzeitig Fernwärme und Strom erzeugt werden (Kraft-Wärme-Kopplung). Heute arbeiten für die Fernwärmeversorgung Hamburgs sechs Heizkraftwerke. Die Anlagen Harburg und Neuhof beliefern als selbständige Inselbetriebe im Süderelbe-Raum ausschließlich Industriefirmen. Für die Stadtheizungen nördlich der Elbe sind die drei Heizkraftwerke Hafen, Tiefstack und Karoline¹⁾ sowie die Müllverbrennungsanlage Borsigstraße im Einsatz.

In **Berlin** liegen Strom, der zu fast einem Fünftel am Endenergieverbrauch beteiligt ist, sowie Stadtgas und Fernwärme, die 1985 jeweils rund ein Zehntel zur Energieerzeugung dieser Stadt beigetragen haben, deutlich vorn. Die Produktion von Stadtgas beruht in Berlin fast vollständig, die von Strom und Fernwärme zu einem beachtlichen Teil auf dem Einsatz von Mineralölprodukten.

In den letzten Jahren haben Fernwärme, Gas und Strom erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Fernwärme wies eine Steigerung von fast einem Viertel auf. Beim Stadtgas – in dieser Position sind 1985 erstmals geringe Mengen von aus der Sowjetunion importiertem Erdgas enthalten – ist gegenüber 1981 ein Mehrverbrauch von 17 Prozent zu verzeichnen. Beim Strom wurde ein Plus von zehn Prozent ausgewiesen.

Für **Bremen** hat im Gegensatz zu Hamburg und Berlin die Kohle auch im Endenergiebedarf einen beachtlich hohen Stellenwert. Obwohl der Verbrauch 1985 sich im Vergleich zu 1981 verringert hat (minus sieben Prozent), entfiel auf Kohle im letzten Jahr des Berichtszeitraumes immer noch gut ein Fünftel des Endenergievolumens. Im Jahr 1985 wurden für Erdgas und Strom Anteile von 17 Prozent bzw. zehn Prozent erreicht, wobei bei beiden Energiearten in der Referenzperiode Zunahmen festgestellt wurden. Fernwärme war in Bremen noch von relativ untergeordneter Bedeutung; 1985 belief sich ihr Anteil in der bremischen Endenergiebilanz auf nur etwas über zwei Prozent und lag damit noch unter dem Bundesdurchschnitt. Der Verbrauch von zusammen mit der Stromerzeugung gewonnenen Fernwärme verzeichnete 1983/84 einen kräftigen Anstieg, der auf den Ausbau des erdgasbetriebenen Heizkraftwerkes Bremen-Hastedt zurückzuführen ist²⁾.

In Hamburg und Berlin beanspruchen private Haushalte die meiste Energie

Betrachtet man den Endenergieverbrauch nach den wichtigsten Verbrauchergruppen, so zeigt sich, daß die privaten Haushalte und die gewerblichen Kleinverbraucher in Hamburg und in Berlin – ebenso wie im gesamten Bundesgebiet – mit Abstand die meiste Energie benötigen. 1985 waren dies in **Hamburg** 3,6 Millionen Tonnen SKE, das ist über die Hälfte des gesamten Energieaufkommens der Hansestadt. Von der absoluten Menge gesehen nicht viel höher lag mit 3,7 Millionen Tonnen SKE der Energieverbrauch der privaten Haushalte in **Berlin**, die damit sogar auf rund zwei Drittel der Energie kamen. Den zweiten Rang nahm in Hamburg und Berlin der Verkehrssektor ein (einschließlich privater Kraftfahrzeughalter), der 32 bzw. 19 Prozent des Energiebedarfs beanspruchte. Ein anderes Bild ergab sich für **Bremen**: An der Spitze lag die Industrie mit 43 Prozent des Endenergiebedarfs. Auf die privaten Haushalte und gewerblichen Kleinverbraucher entfiel ein Anteil von „nur“ 36 Prozent und auf den Verkehr 22 Prozent des Energieverbrauchs.

²⁾ Vgl. Wayand, Jürgen: Energieverbrauch und -erzeugung im Lande Bremen 1981 bis 1984. In: Statistische Monatsberichte Bremen, 8. 1986, S. 185.

Tabelle 3 Endenergieverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher¹⁾ in Hamburg, Bremen (einschließlich Bremerhaven) und Berlin (West) 1981 bis 1985 nach Energieträgern

Energieträger	1981		1982		1983		1984		1985		Veränderung 1985 gegenüber 1981 in %
	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	
- Hamburg -											
Kohle	81	2,3	83	2,5	63	1,9	69	2,0	77	2,1	- 4,9
darunter Steinkohle	45	1,3	54	1,6	38	1,2	43	1,3	46	1,3	+ 2,2
Mineralölprodukte	1 408	39,9	1 266	37,7	1 103	33,5	1 061	31,1	1 170	32,5	- 16,9
darunter Heizöl leicht	1 320	37,4	1 191	35,5	1 005	30,6	961	28,2	1 030	28,6	- 22,0
Gase 2)	967	27,4	936	27,9	954	29,0	1 054	30,9	1 120	31,1	+ 15,8
darunter Naturgase 3)	914	25,9	925	27,6	945	28,7	1 045	30,6	1 109	30,8	+ 21,3
Strom	718	20,3	718	21,4	740	22,5	759	22,3	760	21,1	+ 5,8
Fernwärme	357	10,1	351	10,5	428	13,0	467	13,7	476	13,2	+ 33,3
Insgesamt	3 531	100	3 354	100	3 288	100	3 410	100	3 603	100	+ 2,0
- Bremen -											
Kohle	34	2,0	37	2,3	30	2,0	28	1,9	28	1,7	- 17,6
darunter Steinkohle	26	1,6	29	1,8	23	1,5	19	1,3	20	1,2	- 23,1
Mineralölprodukte	996	59,6	917	57,5	830	55,7	801	53,1	886	54,7	- 11,0
darunter Heizöl leicht	914	54,7	809	50,8	705	47,3	713	47,2	804	49,7	- 12,0
Gase 2)	344	20,6	349	21,9	337	22,6	376	24,9	396	24,5	+ 15,1
darunter Naturgase 3)	333	19,9	321	20,1	323	21,7	359	23,8	380	23,5	+ 14,1
Strom	212	12,7	211	13,2	214	14,4	221	14,6	225	13,9	+ 6,1
Fernwärme	85	5,1	80	5,0	78	5,2	83	5,5	84	5,2	- 1,2
Insgesamt	1 671	100	1 594	100	1 489	100	1 509	100	1 619	100	- 3,1
- Berlin (West) -											
Kohle	263	7,8	242	7,2	211	6,3	211	6,0	219	5,9	- 16,7
darunter Steinkohle	142	4,2	123	3,6	114	3,4	102	2,9	98	2,6	- 31,0
Mineralölprodukte	1 470	43,6	1 506	44,5	1 471	43,7	1 521	42,9	1 618	43,3	+ 10,1
darunter Heizöl leicht	1 469	43,5	1 458	43,1	1 419	42,1	1 488	42,0	1 579	42,3	+ 7,5
Gase 2)	433	12,8	409	12,1	418	12,4	477	13,5	513	13,7	+ 18,5
Strom	700	20,7	713	21,1	726	21,5	753	21,3	755	20,2	+ 7,9
Fernwärme	508	15,1	512	15,1	543	16,1	581	16,4	630	16,9	+ 24,0
Insgesamt	3 374	100	3 382	100	3 369	100	3 543	100	3 735	100	+ 10,7

1) einschließlich militärischer Dienststellen.

2) Flüssiggas, Raffineriegas und Naturgas.

3) Erdgas, Erdölgas, Klärgas.

Bei Haushalten Erdgas und . . .

In der Struktur der von privaten Haushalten und gewerblichen Kleinverbrauchern genutzten Energieträger haben sich in den letzten Jahren deutliche Wandlungen vollzogen. In **Hamburg** sind die leitungsgelassenen Energieträger, in erster Linie Erdgas, auf dem Vormarsch. Von 1981 bis 1984 hat sich der Verbrauch um gut ein Fünftel über eine Million Tonnen SKE ausgeweitet. Vor allem bei Wohngebäuden zeigt sich eine zunehmende Substitution von Heizöl durch Erdgas, das durch seine einfache und saubere Verwendung sowie große Umweltfreundlichkeit erhebliche Vorteile bietet. Der Anteil von Erdgas am Endenergieverbrauch in Haushalten und bei gewerblichen Kleinverbrauchern ist von 26 Prozent (1981) auf 31 Prozent (1985) angestiegen und war damit für diesen Konsumentenbereich der wichtigste Energieträger. Im gleichen Zeitraum sank der Verbrauch von leichtem Heizöl um 22 Prozent, der Anteil am Endenergieverbrauch ging von 37 Prozent (1981) auf 29 Prozent im Jahr 1985 zurück. Im letzten Jahr nahm durch den starken Ölpreisverfall der Verbrauch an leichtem Heizöl wieder etwas zu (plus sieben Prozent).

Strom steht in der Verbrauchsskala der Hamburger Haushalte an dritter Stelle. Das Stromaufkommen entsprach 760 000 Tonnen SKE und stellte gut ein Fünftel des Endenergieverbrauchs. Beachtlich ist die Bedeutung der Fernwärme, die von 1981 bis 1985 um genau ein Drittel angestiegen ist. Der Anteil der Fernwärme an dem von Haushalten und gewerblichen Kleinbetrieben genutzten Energieangebots lag bei 13 Prozent.

. . . leichtes Heizöl vorherrschend

In **Bremen** ist für die privaten Haushalte und nichtindustriellen Abnehmergruppen Heizöl der wichtigste Energieträger: 1985 wurde etwa die Hälfte des Endenergiebedarfs aus leichtem Heizöl gedeckt. Allerdings ist auch hier der Heizölverbrauch gesunken (minus zwölf Prozent). Substituiert wurde es im wesentlichen – wie in Hamburg – durch Erdgas, für das sich eine Zunahme von 14 Prozent ergab und 1985 seinen Anteil auf 23,5 Prozent (1981: 20 Prozent) ausweiten konnte. Strom verzeichnete ebenfalls einen Anstieg (plus sechs Prozent) und war mit 14 Prozent am Endenergieverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher beteiligt. Eine relativ geringe Rolle in der Bremer Energiebilanz spielte die Fernwärme.

Auch in **Berlin** hat Heizöl eine beherrschende Position in der Energieversorgung der Haushalte und gewerblichen Kleinverbraucher: Der Anteil am Endenergieverbrauch lag mit 42 Prozent etwas niedriger als in Bremen. An zweiter Stelle rangierte elektrischer Strom, der 1985 gut ein Fünftel der Energieversorgung Berlins deckte. Besonders in den letzten zwei Jahren ist – wie in Hamburg und Bremen – eine Abschwächung des Verbrauchs zu beobachten, die möglicherweise auf Sättigungserscheinungen bei der Ausstattung der Haushalte mit Elektrogeräten schließen läßt. Dazu kommen ein ausgeprägtes Sparbewußtsein der Konsumenten beim Verbrauch sowie die Erfolge der elektrotechnischen Industrie bei der Herstellung stromsparender Geräte³⁾. Große Bedeutung für die Energieversorgung der Haushalte und gewerblichen Kleinverbraucher hat in Berlin die Fernwärme. In der Referenzperiode ist der Verbrauch um fast ein Viertel auf 630 000 Tonnen SKE im Jahr 1985 angestiegen und deckte 17 Prozent des Endenergieverbrauchs dieser Konsumentengruppe (Hamburg: 13 Prozent). Eine starke Zunahme wurde auch bei Gas (Stadtgas)

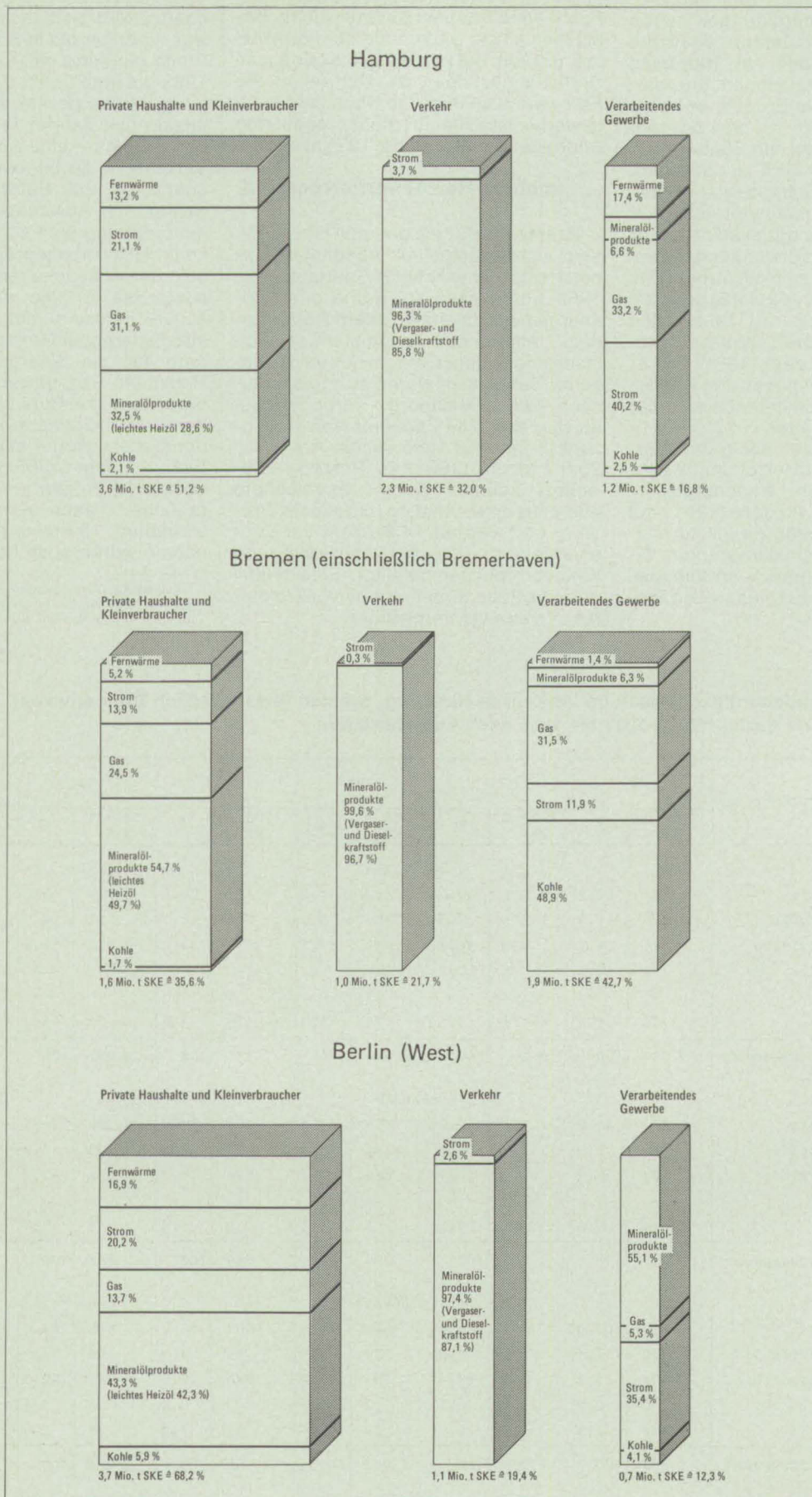
³⁾ Vgl. Ziesing, Hans-Joachim: Strukturelle und sektorale Entwicklung des Energieverbrauchs in Berlin (West). In: DJW Wochenbericht 19/85; S. 236.

Tabelle 4 **Endenergieverbrauch im Verkehr in Hamburg, Bremen (einschließlich Bremerhaven) und Berlin (West) 1981 bis 1985 nach Energieträgern**

Energieträger	1981		1982		1983		1984		1985		Veränderung 1985 gegenüber 1981 in %
	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	
- Hamburg -											
Motorenbenzin	1 197	52,2	1 141	50,6	1 152	51,0	1 177	50,1	1 085	48,2	- 9,4
Flugkraftstoffe ¹⁾	227	9,9	211	9,3	189	8,4	204	8,7	237	10,5	+ 4,4
Dieselmotorenkraftstoffe	787	34,3	822	36,4	839	37,1	893	38,0	845	37,6	+ 7,4
Heizöl leicht	4	0,2	4	0,2	-	-	-	-	-	-	x
Flüssiggas	-	-	-	-	1	0,0	1	0,0	-	-	-
Strom	78	3,4	79	3,5	79	3,5	76	3,2	83	3,7	+ 6,4
Insgesamt	2 294	100	2 257	100	2 260	100	2 351	100	2 250	100	- 1,9
- Bremen -											
Motorenbenzin	386	41,0	388	42,2	395	43,6	404	39,6	380	38,5	- 1,6
Flugkraftstoffe ¹⁾	27	2,9	21	2,3	24	2,7	24	2,4	29	2,9	+ 7,4
Dieselmotorenkraftstoffe	525	55,7	506	55,1	484	53,4	588	57,7	574	58,2	+ 9,3
Flüssiggas	-	-	-	-	-	-	-	-	0	0,0	x
Strom	4	0,4	4	0,4	3	0,3	3	0,3	3	0,3	- 25,0
Insgesamt	942	100	919	100	906	100	1 019	100	986	100	+ 4,7
- Berlin (West) -											
Motorenbenzin	691	60,9	680	64,6	682	66,7	697	65,6	685	64,4	- 0,9
Flugkraftstoffe ¹⁾	140	12,3	103	9,8	77	7,5	92	8,7	106	10,0	- 24,3
Dieselmotorenkraftstoffe	277	24,4	243	23,1	237	23,2	243	22,9	242	22,7	- 12,6
Flüssiggas	0	0,0	1	0,1	0	0,0	3	0,3	3	0,3	x
Strom	26	2,3	26	2,5	26	2,5	27	2,5	28	2,6	+ 7,7
Insgesamt	1 134	100	1 053	100	1 022	100	1 062	100	1 064	100	- 6,2

1) Flugbenzin, leichter Flugturbinenkraftstoff, schwerer Flugturbinenkraftstoff, Petroleum.

Schaubild 3 **Endenergieverbrauch der Verbrauchergruppen in Hamburg, Bremen (einschließlich Bremerhaven) und Berlin (West) 1985 nach Energieträgern in Steinkohleeinheiten (SKE)**



4/2 87 3 L

festgestellt (plus 18,5 Prozent), das 1985 einen Anteil von 14 Prozent des Endenergieverbrauchs aufwies. Kohle spielt bei der Versorgung der Haushalte und gewerblichen Kleinverbraucher mit Energie keine große Rolle mehr. Ihr Anteil am Endenergieverbrauch dieses Sektors von nur sechs Prozent im Jahr 1985 (1981: acht Prozent) liegt jedoch höher als in Hamburg und Bremen, wo jeweils ein Wert von rund zwei Prozent registriert wurde.

In Hamburg und Berlin sinkender Kraftstoffverbrauch

Zweitgrößter Verbraucher an Endenergie ist in Hamburg und Berlin der Verkehrssektor. In **Hamburg** beansprucht er ein Drittel des gesamten Energiebedarfs; in **Berlin** liegt der Anteil mit knapp einem Fünftel wesentlich niedriger. In **Bremen** rangiert der Verkehrssektor hinter dem Verarbeitenden Gewerbe erst an dritter Stelle. Die mit Abstand

meiste Energie wurde für den Straßenverkehr benötigt: In Hamburg waren es drei Viertel des Endenergieverbrauchs im Verkehrsbereich, in Bremen und Berlin jeweils rund vier Fünftel. Relativ bescheiden nahmen sich gegenüber dem Straßenverkehr die übrigen Verkehrsbereiche aus. Für den Flugverkehr waren in Hamburg und Berlin jeweils ein Zehntel des Endenergieverbrauchs erforderlich, in Bremen nur drei Prozent. Auf den Schiffsverkehr (Küsten- und

Tabelle 5 Endenergieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe in Hamburg, Bremen (einschließlich Bremerhaven) und Berlin (West) 1981 bis 1985 nach Energieträgern

Energieträger	1981		1982		1983		1984		1985		Veränderung 1985 gegenüber 1981 in %
	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	1000 t SKE	%	
- Hamburg -											
Kohle	38	2,8	33	2,6	38	3,2	35	3,0	30	2,5	- 21,1
darunter Steinkohle	38	2,8	33	2,6	38	3,2	32	2,7	30	2,5	- 21,1
Mineralölprodukte	170	12,4	135	10,8	126	10,6	103	8,8	78	6,6	- 54,1
darunter											
Heizöl leicht	83	6,1	70	5,6	60	5,1	59	5,1	49	4,1	- 41,0
Heizöl schwer	86	6,3	65	5,2	65	5,5	43	3,7	28	2,4	- 67,4
Gase	431	31,4	361	28,8	329	27,8	365	31,3	393	33,2	- 8,8
darunter											
Naturgase ¹⁾	401	29,2	341	27,2	305	25,8	341	29,2	384	32,5	- 4,2
Stadtgas ²⁾	3	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	x
Flüssiggas	27	2,0	20	1,6	24	2,0	24	2,1	9	0,8	- 66,7
Strom	468	34,1	459	36,6	462	39,0	470	40,2	476	40,2	+ 1,7
Fernwärme	264	19,3	266	21,2	229	19,3	195	16,7	206	17,4	- 22,0
Insgesamt	1 371	100	1 254	100	1 184	100	1 168	100	1 183	100	- 13,7
- Bremen -											
Kohle	1 011	50,2	980	50,4	1 050	51,6	996	50,6	946	48,8	- 6,4
darunter Steinkohle	1 011	50,2	980	50,4	1 050	51,5	996	50,6	942	48,6	- 6,8
Mineralölprodukte	198	9,8	174	9,0	162	8,0	150	7,6	122	6,3	- 38,4
darunter											
Heizöl leicht	71	3,5	54	2,8	45	2,2	44	2,2	46	2,4	- 35,2
Heizöl schwer	127	6,3	120	6,2	116	5,7	105	5,3	75	3,9	- 40,9
Gase	583	28,9	568	29,2	583	28,6	569	28,9	611	31,5	+ 4,8
darunter											
Naturgase ¹⁾	396	19,7	384	19,8	378	18,5	366	18,6	391	20,2	- 1,3
Flüssiggas	8	0,4	3	0,2	5	0,2	3	0,2	5	0,3	- 37,5
Strom	216	10,7	212	10,9	220	10,8	225	11,4	231	11,9	+ 6,9
Fernwärme	5	0,2	8	0,4	20	1,0	27	1,4	27	1,4	x
Sonstige feste Brennstoffe	1	0,0	1	0,0	1	0,0	2	0,1	2	0,1	x
Insgesamt	2 014	100	1 944	100	2 036	100	1 969	100	1 939	100	- 3,7
- Berlin (West) -											
Kohle	42	6,0	34	5,0	32	4,7	38	5,7	28	4,1	- 33,3
darunter Steinkohle	42	6,0	34	5,0	32	4,7	38	5,7	28	4,1	- 33,3
Mineralölprodukte	408	58,5	389	57,7	376	55,6	372	55,7	372	55,1	- 8,8
darunter											
Heizöl leicht	296	42,5	280	41,5	269	39,8	279	41,8	286	42,4	- 3,4
Heizöl schwer	112	16,1	109	16,2	107	15,8	93	13,9	86	12,7	- 23,2
Gase	43	6,2	45	6,7	51	7,5	32	4,8	36	5,3	- 16,3
Strom	204	29,3	206	30,6	217	32,1	226	33,8	239	35,4	+ 17,2
Insgesamt	697	100	674	100	676	100	668	100	675	100	- 3,2

1) Erdgas, Erdölgas, Klärgas.
2) Kokereigas.

Binnenschifffahrt) entfielen in den Hansestädten jeweils zehn bis elf Prozent. Im Vergleich zu 1981 war in Hamburg (minus zwei Prozent) und vor allem in Berlin (minus sechs Prozent) der Verbrauch rückläufig, während in Bremen eine leichte Zunahme (plus fünf Prozent) verzeichnet wurde. Allerdings ist die Entwicklung in der Referenzperiode nicht kontinuierlich verlaufen. In Hamburg ging der Energieverbrauch im Verkehrssektor bis 1982 zunächst zurück, danach wurde wieder ein Anstieg verzeichnet, der in erster Linie auf den Mehrverbrauch von Flugkraftstoffen zurückzuführen war. Auch in Berlin resultiert die Zunahme insbesondere aus der Verbrauchssteigerung von Flugkraftstoffen, die sich mit der deutlichen Ausweitung des Charterflugverkehrs und mit dem erweiterten Linienflugangebot erklären läßt.

Vom besonderen Interesse ist die Betrachtung der für den Straßenverkehr bestimmten Kraftstoffe. Während sich der Verbrauch von Motorenbenzin verminderte, ist bei Dieselmotoren ein Anstieg zu verzeichnen. 1985 lag der Verbrauch in Bremen um 28 Prozent über dem Niveau von 1981. Auch in

Hamburg ist für den gleichen Zeitraum ein Plus zu verzeichnen (sieben Prozent). Diese Expansion, die im gesamten Bundesgebiet zu beobachten ist, beruht auf dem seit langem zu beobachtenden Trend zu Dieselfahrzeugen, die wegen ihres im Vergleich zu den benzinbetriebenen Personenkraftwagen sparsameren Verbrauchs in der Publikums-gunst stark gewonnen haben. Auch in Berlin sind Strukturveränderungen im Personenkraftwagenbestand zugunsten von Dieselfahrzeugen erkennbar, im Kraftstoffverbrauch wird allerdings erst seit 1984 eine Zunahme beobachtet.

Verarbeitendes Gewerbe: Verbrauchsstruktur unterschiedlich

Auch in der Struktur des Energieverbrauchs im Verarbeitenden Gewerbe zeigen sich zwischen den Stadtstaaten Unterschiede. Während der Energiebedarf der Industrie in Hamburg zu zwei Fünfteln durch Strom und einem Drittel durch Erdgas sowie zu fast einem Fünftel durch Fernwärme gedeckt wird, liegt

das Hauptgewicht in Berlin eindeutig bei den Mineralölprodukten (leichtes und schweres Heizöl), auf die über die Hälfte (55 Prozent) des Endenergiebedarfs entfiel. Zwischen 1981 und 1985 hat sich der Stromverbrauch in diesem Bereich von 29 Prozent auf 35 Prozent ausgeweitet. Im Gegensatz zu Hamburg war in Berlin das Gasaufkommen relativ gering (fünf Prozent). Kaum Bedeutung hatte Kohle im Endenergieverbrauch der Industriebetriebe (vier Prozent).

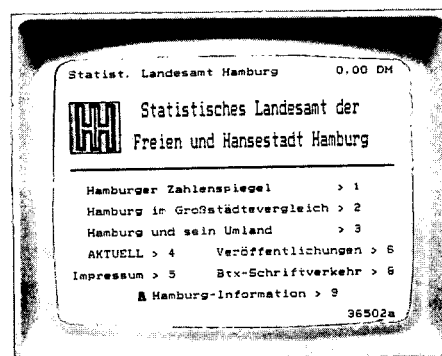
Eine völlig andere Rangfolge ergibt sich für Bremen. Der Energiebedarf wird hier fast zur Hälfte durch Steinkohle gedeckt. Größter Abnehmer ist – darauf wurde bereits hingewiesen – die Eisenschaffende Industrie, in der ein Großteil des Kohleaufkommens Verhüttungsprozessen dient. Von Bedeutung ist für die Bremer Industrie aber auch das Erdgas, auf das im Jahr 1985 gut ein Fünftel des Endenergieverbrauchs entfiel. Der Stromverbrauch, der mit nur knapp zwölf Prozent beteiligt war, erscheint im Vergleich zu Hamburg und Berlin hingegen nicht übermäßig hoch. Bei Mineralölprodukten wurde 1985 ein Anteil von nur sechs Prozent verzeichnet (1981: zehn Prozent).
Johannes Marx



Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik, informiert über Hamburg im Großstadtvergleich sowie über die Region Hamburg und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landes-

ämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemeinschaftsprogramme der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten. Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



Im August 1987 veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung – unregelmäßig

Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken, Kern- und Ortsamtsgebieten im 1.Vierteljahr 1987

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im 4.Vierteljahr 1986

Produzierendes Gewerbe

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe Januar 1987

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe Februar 1987

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe März 1987

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe April 1987

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe Mai 1987

Index der Nettoproduktion im Februar 1987

Index der Nettoproduktion im März 1987

Index der Nettoproduktion im April 1987

Index der Nettoproduktion im Mai 1987

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe Mai 1987

Hochbautätigkeit Juni 1987

Hochbautätigkeit und Wohnungsbestand 1986

Wohngebäude und Wohnungen nach Gebietseinheiten 1986

Handel und Gastgewerbe

Durchfuhr des Auslandes und Durchgangsverkehr der DDR über Hamburg Dezember 1986

Verkehr

Binnenschifffahrt des Hamburger Hafens März 1987

Geld und Kredit

Zahlungsschwierigkeiten in Hamburg im 1.Vierteljahr 1987

Öffentliche Finanzen

Steueraufkommen und Steuereinnahmen Juni 1987

Preise

Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) und Verbraucherpreise in Hamburg im Mai und Juni 1987

Neue Schriften

Rechtzeitig zur Statistischen Woche 1987 und trotz der Belastung der Kommunalstatistiker durch die derzeit bearbeitete Volkszählung legt der Verband Deutscher Städtestatistiker soeben Heft 4 seiner Schriftenreihe „**Städte in Zahlen: Ein Strukturbericht zum Thema Kultur und Bildung**“ vor.

Das mit rund 300 Seiten besonders umfangreiche Werk behandelt für die Städte der Bundesrepublik Deutschland ab 50 000 Einwohner einen Themenkomplex, der sich nicht wie die Vorgängerbände (1-Finanz, 2-Wirtschaft, 3-Bevölkerung) ganz oder überwiegend auf das Datenmaterial des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Gemeinden stützen konnte. Für den Strukturbericht „Kultur und Bildung“ mußten im großen Umfang andere Datenquellen und Sonderauswertungen herangezogen werden.

Die Auswahl der Themen des vorliegenden Bandes ermöglicht Städtevergleiche auf einem Gebiet, das nicht im Zentrum regelmäßiger statistischer Berichterstattung steht, obgleich ein nachfragendes Interesse verstärkt festzustellen ist und durch die hier angestellten Vergleiche noch zusätzlich angeregt werden wird.

Ein erstes Kapitel hat die **Kulturausgaben** der Städte zum Gegenstand. Wichtig ist hier der Blick auf die Entwicklung im letzten Jahrzehnt und der Bezug der Aufwendungen für die kommunale Kulturförderung auf die Einwohnerzahl der jeweiligen Stadt.

Es folgen Darstellungen zu den Bereichen **Theater** und **Filmtheater**, wobei die Überlegungen und Fakten zur „Wirtschaftlichkeit“ der Theater besonderes Interesse finden werden.

Im Kapitel 5 über die **Museen** liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf Besucherzahlen und Finanzen; anschließend werden für die

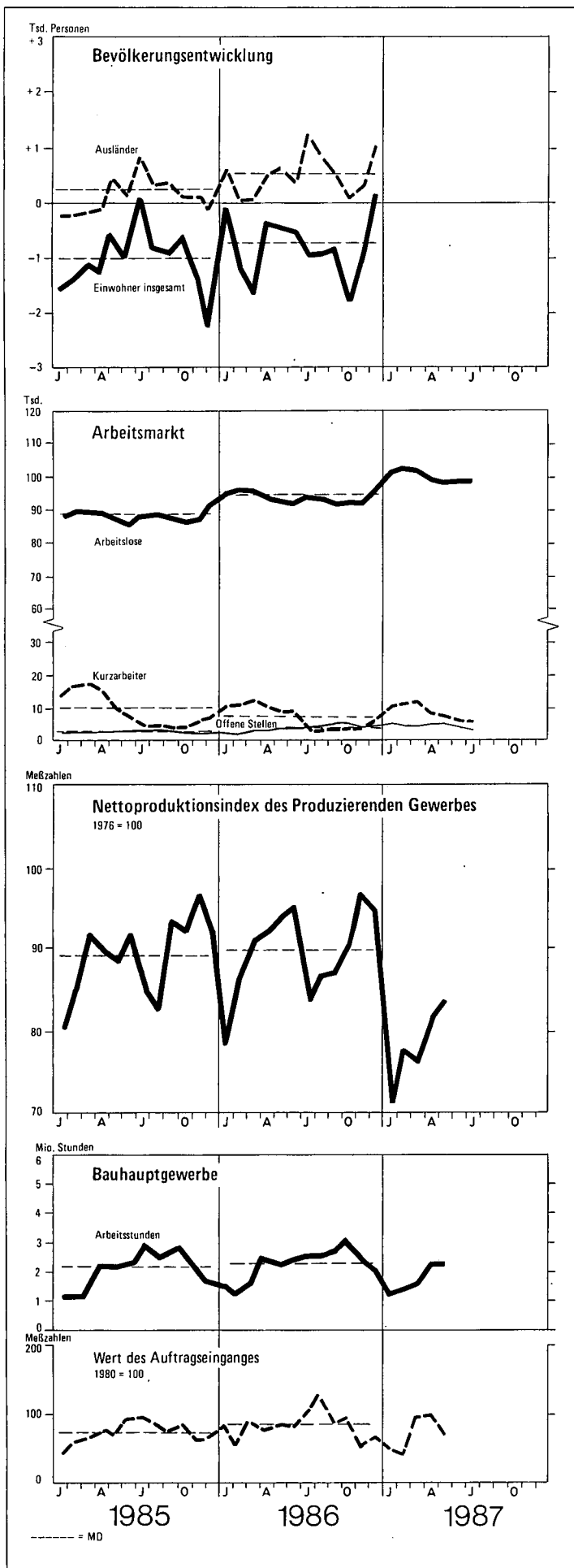
Vergleichsstädte sämtliche Bibliotheken dargestellt, die die Funktion allgemeiner öffentlicher Büchereien erfüllen.

In einer eigens für diese Veröffentlichung angestellten Erhebung wird über die **Kommunalarchive** berichtet, deren Selbstverständnis und – damit verbunden – ihre Öffentlichkeitsarbeit sich in einer erkennbaren Wandlung befinden.

Die folgenden Kapitel gehen auf die Themen **Musikschulen, gemeindliche Schulausgaben, allgemeinbildende Schulen und Schulen der beruflichen Bildung** ein, wobei trotz der Vergleiche hemmenden unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern Kennziffern und spezielle Merkmalgliederungen sinnvolle interkommunale Gegenüberstellungen möglich machen.

Nach dem abschließenden Text über die **Hochschulen** folgen im Anhang zwei bemerkenswerte Übersichten, mit deren Hilfe die Suche nach regional gegliedertem statistischen Material für bestimmte Kultursektoren und -institutionen erleichtert wird. Der Zusammenstellung „Kommunale kulturpolitische Arbeitsfelder und ihre statistische Dokumentation“ kann entnommen werden, für welche kulturpolitischen Tatbestände statistisches Material vorliegt. Aus dem Nachweis der „Kulturstatistischen Fundstellen“ geht hervor, welche Veröffentlichungen regelmäßig und in welchem Umfang über kulturelle Sachbereiche in welcher regionalen Gliederung berichten.

Die bemerkenswerte neue Veröffentlichung schließt eine bisher spürbare Lücke in einem immer wichtiger werdenden kommunalen Aktionsbereich. Sie kann bezogen werden vom Verband Deutscher Städtestatistiker (Dr. Hruschka), Steckelhorn 12, 2000 Hamburg 11 (Preis DM 20,- zuzüglich Porto und Verpackung).



Neue statistische Informationen und Beiträge zu dem Thema **„Nord-Süd-Kontraste** in der regionalwirtschaftlichen Entwicklung“ enthält das Doppelheft 11/12. 1986 („Aktuelle Daten und Prognosen zur räumlichen Entwicklung“) aus der Reihe „Informationen zur Raumentwicklung“ der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn. Darüber hinaus bietet das rund 200 Seiten starke Heft zahlreiche Literaturinformationen sowohl bei den einzelnen Beiträgen als auch in einer zusammengefaßten Auswahlbibliographie. Das Thema wird heute offensichtlich differenzierter behandelt als in der ersten Welle der „Nord-Süd“-Literatur; es wird die Einbettung in die allgemeine Raumwirtschaftstheorie gesucht, zugleich aber auch deren Ergänzung um neue Aspekte. Dies zeigt die folgende Aufstellung ausgewählter Beiträge:

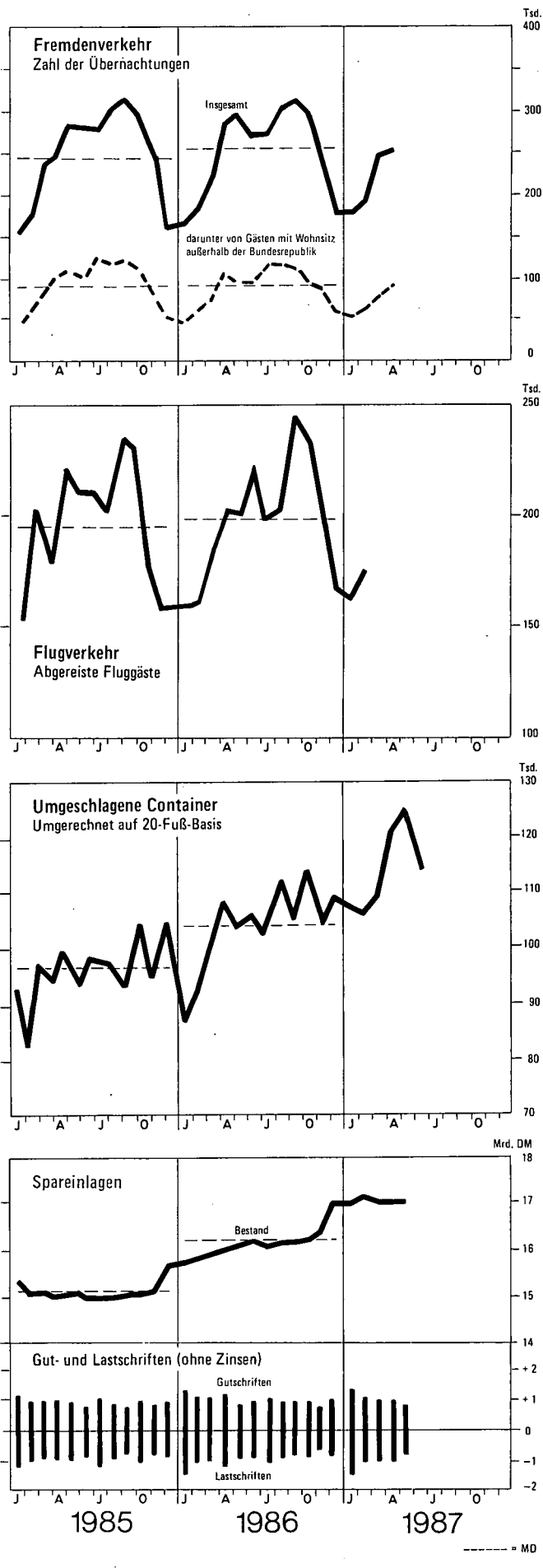
- K. E. Ehlers/J. Friedrichs, Hamburg: Qualifikationsstrukturen – Schlüssel zum regionalwirtschaftlichen Erfolg oder Beginn sozialer Segregation?
- B. Grabow/D. Henkel, Berlin: Großräumige Disparitäten bei . . . neuen Produktionstechnologien.
- H. Häußermann, Bremen: Konsequenzen neuer regionalwirtschaftlicher Strukturen für die Großstadtentwicklung.
- D. Ipsen, Kassel: Raumbilder. Zum Verhältnis des ökonomischen und kulturellen Raumes.
- H.-U. Jung, Hannover: Branchenstrukturen als Erklärungsfaktoren regionalwirtschaftlicher Entwicklungsdisparitäten.
- D. Kunz, Stuttgart: Anfänge und Ursachen der Nord-Süd-Drift.
- D. Läßle, Hamburg: Trendbruch in der Raumentwicklung. Auf dem Weg zu einem neuen industriellen Entwicklungstyp?

W. Strubelt, Bonn: Die Raumstruktur in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Wandel und Konstanz, Hoffnung und Resignation.
 J. Vesper, Bonn: Ursachen und Folgen großräumiger Verhaltensunterschiede in der Erwerbsbeteiligung.

In aller Kürze

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945 wurden im **Hamburger Hafen** 1,5 Milliarden Tonnen Güter umgeschlagen. Knapp 1,1 Milliarden Tonnen (71 Prozent) wurden aus Seeschiffen gelöscht, mehr als 400 Millionen Tonnen (29 Prozent) verladen. Diese Zahlen dokumentieren die gewaltigen Leistungen, die in den vergangenen 42 Jahren vollbracht wurden und den Hafen praktisch vom Nullpunkt aus zu einem der bedeutendsten Umschlagplätze der Welt werden ließen. Mit nahezu einer halben Milliarde Tonnen war das Stück- und Sackgut zu einem Drittel am Gesamtaufkommen beteiligt. Hierzu hat in den letzten zwei Jahrzehnten nicht zuletzt der Containerverkehr beigetragen, der bei gleichbleibender Entwicklung in Zukunft ein immer wichtigerer Bestandteil des Umschlages sein wird.

1986 wurden in Hamburg 935 **Einfamilienhäuser bezugsfertig**. 622 davon wurden im Auftrag privater Bauherren errichtet. Unter diesen Hausbesitzern dominierten die Beamten und Angestellten; sie bezogen 431 Eigenheime. Mit weitem Abstand (134 Baufertigstellungen) folgten die Selbständigen. In 57 Fällen zog ein Arbeiter, Rentner, Pensionär oder sonstiger Privathaushalt in die eigenen vier Wände.



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	hPa ²⁾	1 014,9	1 015,5	1 017,1	1 017,3	1 015,6	1 017,6	1 014,1	1 012,4	1 014,7
Lufttemperatur	°C	8,2	9,0	14,7	17,2	18,0	10,0	10,6	13,9	17,4
Relative Luftfeuchtigkeit	%	78	76	67	64	69	71	73	79	72
Windstärke	(Meßzahl ³⁾)	3	3,3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,5	5,2	4,7	3,5	5,4	5,0	5,5	6,6	5,2
Sonnenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	60,2	62,9	55,5	44,4	80,1	64,0	63,4	84,5	108,4
Sonnenscheindauer	Std.	116,0	130,2	223,2	279,2	184,7	162,3	174,0	98,3	205,1
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9	6	1	0	0	5	5	3	2
Tage mit Niederschlägen	"	20	19	18	11	19	17	21	26	20
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁵⁾										
Bevölkerung	1000	1 586,4	1 575,6	1 576,2	1 575,7	1 575,6
und zwar männlich	"	741,9	737,2	737,3	737,2	737,3
weiblich	"	844,5	838,4	838,9	838,6	838,4
Ausländer	"	153,7	158,0	157,0	157,5	158,7
Bezirk Hamburg-Mitte	"	210,9	208,9	208,5	208,5	209,0
Bezirk Altona	"	222,4	221,7	221,3	221,1	221,0
Bezirk Eimsbüttel	"	229,6	227,8	228,0	227,8	227,7
Bezirk Hamburg-Nord	"	281,8	279,2	280,0	279,2	279,2
Bezirk Wandsbek	"	370,5	369,6	369,5	369,6	369,7
Bezirk Bergedorf	"	88,9	90,0	89,8	89,9	90,0
Bezirk Harburg	"	177,9	176,3	176,6	176,5	176,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	731	765	1 309	961	698
* Lebendgeborene ⁷⁾	"	1 059	1 117	1 080	1 164	1 181
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 856	1 831	1 885	1 465	1 983
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	8	8	7
* Geboren- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	"	- 797	- 714	- 805	- 301	- 802
* Eheschließungen	je 1000	5,5	5,8	9,8	7,4	5,2
* Lebendgeborene	Einwohner	8,0	8,5	8,1	9,0	8,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	14,0	13,9	14,1	11,0	14,8
* Geboren- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	1 Jahr	- 6,0	- 5,4	- 6,0	- 2,5	- 6,0
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000	Lebendgeb.	9,5	8,8	7,3	7,3	6,0
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	4 732	4 985	4 739	4 321	5 833
* Fortgezogene Personen	"	4 982	4 989	4 343	4 515	5 121
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	"	- 250	- 4	+ 396	- 194	+ 712
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	12 211	12 504	10 857	10 934	12 138
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 381	1 348	1 328	1 200	1 333
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 029	983	984	873	889
Niedersachsen	"	733	725	674	628	771
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	339	330	318	287	340
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	889	937	923	747	1 108
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 729	1 975	1 814	1 746	2 621
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 718	1 748	1 550	1 492	1 929
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 349	1 399	1 209	1 185	1 528
Niedersachsen	"	852	848	779	774	916
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	457	446	401	419	500
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	966	1 008	841	925	1 020
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 447	1 385	1 173	1 324	1 256
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	- 337	- 400	- 222	- 292	- 596
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	- 320	- 416	- 225	- 312	- 639
Niedersachsen	"	- 119	- 123	- 105	- 146	- 145
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	- 118	- 116	- 83	- 132	- 160
Umland insgesamt ¹¹⁾	"	- 438	- 532	- 308	- 444	- 799
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	- 77	- 71	+ 82	- 178	+ 88
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	+ 282	+ 590	+ 641	+ 422	+ 1 365
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	Anzahl	- 1 047	- 718	- 409	- 495	- 90
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	- 0,7	- 0,5	- 3,1	- 3,8	- 0,7
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten ¹³⁾	Anzahl	12 635	12 354	12 265	12 622	12 113	12 083	12 092	12 388	11 522
Betten ¹³⁾	"	14 693	14 592	14 589	14 561	14 561	14 280	14 280	14 280	14 274
Bettenausnutzung	%	86,4	86,5	85,0	85,9	83,2	86,2	87,6	82,6	82,6
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	507 363	519 390	462 260	945 070	614 785	495 982	490 719	449 627	717 936

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁸⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. - ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ staatliche, freigemeinnützige, private und somatische Krankenhäuser bzw. Abteilungen in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	763 131	747 186	763 798	739 045	573 383	753 275	766 904	788 825	527 383
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"	63 251	67 792	66 563	70 910	66 032	81 963	74 060	75 954	72 328
Besucher der Lesesäle	"	28 660	30 404	30 448	30 708	29 256	35 580	31 651	30 766	30 526
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung	"	4 504	4 801	4 717	3 959	4 868	5 275	4 781	4 416	4 998
Besucher der Bibliothek und Archive	"	4 504	4 801	4 717	3 959	4 868	5 275	4 781	4 416	4 998
Commerzbibliothek	"	3 560	3 022	2 762	2 571	3 434	2 955	2 510	2 558	2 944
Ausgeliehene Bände	"	1 569	1 613	1 640	1 474	1 659	1 737	1 635	1 410	1 410
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 569	1 613	1 640	1 474	1 659	1 737	1 635	1 410	1 410
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	82 550	89 378	76 711	68 698	90 270	86 254	75 974	85 000	80 267
davon Hamburger Kunsthalle	"	16 391	24 757	16 065	12 461	32 973	15 195	21 496	22 852	11 699
Altonaer Museum in Hamburg,	"	8 645	8 322	9 103	7 631	9 442	8 316	7 845	8 255	6 288
Norddeutsches Landesmuseum	"	7 349	6 971	4 092	3 811	4 052	10 693	5 209	7 576	4 097
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	5 575	7 333	12 300	9 297	9 385	9 022	895	698	376
Helms-Museum	"	7 575	7 333	12 300	9 297	9 385	9 022	895	698	376
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg ¹⁾	"	5 878	5 754	10 883	8 080	8 526	8 141			
Museum für Hamburgische Geschichte	"	18 035	16 468	16 515	16 558	16 602	17 548	19 485	19 394	16 715
Museum für Kunst und Gewerbe	"	13 478	13 001	5 873	6 029	7 672	13 154	9 078	11 442	29 981
Planetarium	"	9 491	11 075	11 018	10 152	9 171	9 941	9 594	12 487	9 852
Bischofsburg	"	1 587	1 451	1 745	2 759	973	2 385	2 372	2 296	1 259
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	89 162	94 436	93 776	93 397	93 707	99 479	98 335	98 919	99 340
* davon Männer	"	53 012	54 961	54 999	54 126	54 105	58 193	57 488	57 659	57 662
Frauen	"	36 150	39 475	38 777	39 271	39 602	41 286	40 847	41 260	41 678
Arbeitslosenquote	%	12,3	13,0	12,9	12,8	12,9	13,7	13,5	13,6	13,7
Kurzarbeiter	Anzahl	9 496	7 201	8 983	9 262	3 079	8 414	6 941	3 636	2 802
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ²⁾ insgesamt	"	100 207	106 698	105 753	106 868	107 016	113 500	112 117	113 406	113 690
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	6 450	6 813	6 913	6 686	6 833	6 437	6 532	6 586	6 497
Offene Stellen										
"	"	2 911	3 782	3 781	3 912	3 588	4 679	5 028	5 647	5 299
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	1 161	1 177	1 445	1 337	1 242	1 244	1 341	1 210	1 105
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,9	94,0	97,5	97,2	96,1	95,9	97,3	96,9	95,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,4	13,0	15,1	14,4	13,9	14,4	15,0	14,0	13,7
Schlachtungen von Inlandtieren³⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	5,1	5,0	3,9	4,2	4,1	4,5	4,7	4,6	4,0
* Kälber	"	2,4	2,3	2,6	2,0	1,7	2,7	2,8	2,6	2,1
* Schweine	"	18,1	18,6	18,2	18,0	17,3	19,0	16,1	18,1	18,8
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	3 215	3 241	2 959	2 832	2 821	3 243	3 128	3 063	2 988
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 402	1 395	1 110	1 160	1 159	1 277	1 409	1 351	1 112
* Kälber	"	310	298	336	258	222	372	371	340	278
* Schweine	"	1 481	1 528	1 502	1 406	1 426	1 576	1 335	1 359	1 585
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁵⁾ 6)										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	139 680	138 836	138 470	138 442	r 138 948	135 752	135 709	135 654	136 168
* dar. Arbeiter ⁷⁾	"	76 369	75 454	75 300	75 269	r 75 945	72 668	72 505	72 446	72 963
* Geleistete Arbeiterstunden ⁸⁾	1000	10 599	10 212	9 916	9 976	r 9 646	10 093	9 492	9 350	9 188
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	245	251	265	252	r 258	229	261	245	259
* Bruttogehaltssumme	"	321	333	328	366	r 321	324	360	368	338
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer) ⁹⁾	"	7 602	5 854	5 780	5 796	r 5 553	5 686	5 565	5 824	6 098
dar. Auslandsumsatz	"	880	778	692	786	r 721	686	632	708	1 042
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 tSK ¹⁰⁾	7	6	7	7	r 7	7	7	6	6
* Gasverbrauch ¹¹⁾	1000 m ³	89 483	85 265	96 401	82 418	r 82 418	95 240	95 240	78 774	78 774
* Stromverbrauch ¹¹⁾	Mio. kWh	1 117	1 103	1 066	1 103	r 1 003	1 083	1 083	1 065	1 065
* Heizölverbrauch ¹¹⁾	1000 t	79	68	84	64	r 64	74	74	51	51
* davon leichtes Heizöl ¹¹⁾	"	9	9	14	8	r 8	12	12	6	6
* schweres Heizöl ¹¹⁾	"	70	59	70	56	r 56	62	62	45	45

¹⁾ seit Mai 1987 nicht mehr im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg. – ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ³⁾ gewerbliche und Hauschlachtungen. – ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁵⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁶⁾ einschl. Bergbau. – ⁷⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁹⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ¹⁰⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹¹⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den Juni-Spalten der Jahre 1986 und 1987 beziehen sich jeweils auf das 2. Vierteljahr des vorangegangenen Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 523	3 290	3 276	3 325	3 157	3 012	2 915	3 145	3 332
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 911	1 656	1 652	1 688	1 557	1 499	1 425	1 508	1 506
Investitionsgütergewerbe	"	906	899	877	875	856	841	818	912	1 142
Verbrauchsgütergewerbe	"	117	118	110	119	112	113	109	114	112
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	589	617	637	643	632	559	563	611	572
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	22 801	22 719	22 759	22 842	23 492	21 063	21 113	20 995	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	17 378	17 523	17 539	17 612	18 270	16 170	16 209	16 177	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 218	2 313	2 406	2 577	2 600	2 310	2 302	2 305	...
* davon für Wohnungsbau	"	502	504	528	630	554	404	376	412	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	967	983	982	1 017	1 082	991	1 018	943	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	750	826	896	931	964	915	908	950	...
* Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	59	62	61	67	53	54	58	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	19	18	19	19	17	18	18	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	217	249	219	257	288	227	219	262	...
davon im Wohnungsbau	"	44	51	46	49	68	49	40	43	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	90	102	85	106	109	90	95	109	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	83	97	87	102	110	89	84	110	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	10 101	9 620	9 408	9 578	9 585	9 105	9 015	9 082
dar. Arbeiter ³⁾	"	7 997	7 602	7 385	7 564	7 596	7 139	7 093	7 140
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 180	1 118	1 059	1 105	1 149	1 058	988	1 046
Brutto-lohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	25	24	23	24	26	22	22	24
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	8	8	8	8	8	8	8
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	86	83	70	69	81	65	68	77
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	166	111	68	161	93	81	106	200	49
* Stromverbrauch	"	960	969	847	821	821	918	888	825	818
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 651	1 685	910	981	816	1 536	1 383	1 276	696
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	88,0	89,8	94,2	95,4	83,5	82,2	83,5	80,6	...
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	104,4	105,8	109,6	113,3	103,5	86,1	86,9	79,6	...
Investitionsgütergewerbe	"	94,9	95,9	104,5	98,1	86,2	88,3	89,5	91,3	...
Verbrauchsgütergewerbe	"	74,3	73,9	75,5	77,6	63,7	71,2	73,4	75,4	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	71,5	70,6	68,8	72,9	58,1	77,5	77,1	69,2	...
Bauhauptgewerbe	"	66,9	82,7	93,7	95,5	84,0	89,0	93,3	88,8	...
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	112	100	156	172	63	72	118	125
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	88	101	96	147	168	62	66	103	121
* Rauminhalt	1000 m ³	159	127	104	163	137	52	68	110	88
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	57,7	42,3	26,1	64,6	35,3	14,9	23,0	40,9	28,4
* Wohnfläche	1000 m ²	30,5	24,1	17,5	31,6	23,9	9,4	13,4	23,5	16,4
Nichtwohnbau										
* Nichtwohnggebäude (nur Neubau)	Anzahl	18	16	7	28	16	7	7	25	14
* Rauminhalt	1000 m ³	146	235	87	242	192	86	16	542	99
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	31,3	75,3	23,4	117,2	56,6	45,2	2,4	129,6	18,1
* Nutzfläche	1000 m ²	25,0	37,7	15,7	36,3	31,5	9,7	3,4	69,9	24,8
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	406	273	242	264	234	110	137	274	168
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	117	109	65	42	66	57	28	68	56
Nichtwohnggebäude (nur Neubau)	Anzahl	16	16	5	7	7	4	8	5	13
Rauminhalt	1000 m ³	118	132	57	49	27	168	171	17	97
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	408	376	258	247	148	65	40	90	152
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	204	205	205	205	205	206	206	206	206
Wohnungen	"	810	814	812	812	812	814	815	815	815

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	116,0	115,8	.	.	.	118,0	.	.
Wohngebäude insgesamt	"	113,9	115,3	115,1	.	.	.	117,3	.	.
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	114,6	116,1	115,9	.	.	.	118,1	.	.
Mehrfamiliengebäude	"	115,1	116,9	116,6	.	.	.	119,0	.	.
Gemischt genutzte Gebäude	"	117,3	119,4	119,0	.	.	.	121,4	.	.
Bürogebäude	"	116,0	118,6	118,2	.	.	.	120,6	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude	"			
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 321	67 095	67 784	70 942	69 614	73 837	74 010	75 560	...
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	6 880,0	10 061,2	10 229,1	10 854,4	10 614,2	11 617,6	11 648,5	11 935,9	...
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ^{2) 3)}	Mio. DM	1 009	911	760	789	1 068	905	760	837	...
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	149	118	81	104	93	157	116	129	...
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	860	793	679	685	975	749	644	707	...
* davon Rohstoffe	"	8	6	7	5	5	4	4	5	...
* Halbwaren	"	171	118	113	92	136	89	96	90	...
* Fertigwaren	"	680	669	559	587	834	656	544	612	...
* davon Vorerzeugnisse	"	97	84	94	84	82	76	74	90	...
* Enderzeugnisse	"	583	585	465	503	752	580	470	521	...
* nach Europa	"	634	608	531	542	735	672	534	638	...
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	421	409	357	379	362	479	352	451	...
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure ⁵⁾										
Einfuhr	"	6 186	4 315	4 242	4 073	3 817
davon Europa	"	3 619	2 496	2 419	2 290	2 156
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 749	1 859	1 813	1 648	1 572
Außereuropa	"	2 567	1 819	1 823	1 783	1 661
Ausfuhr	"	2 944	2 375	2 377	1 990	2 298
davon Europa	"	2 120	1 679	1 773	1 387	1 152
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 551	1 195	1 344	977	900
Außereuropa	"	823	696	604	603	746
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1980 = 100	131,4	114,3	114,0	112,4	112,4
* davon Binnengroßhandel	"	139,1	120,7	122,8	123,8	118,2
* Außenhandel	"	125,0	109,1	106,9	103,1	107,6
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1980 = 100	107,2	111,2	103,8	94,2	98,7
darunter Warenhäuser	"	90,9	93,0	86,9	78,0	92,0
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	110,4	112,3	123,0	115,0	108,1
darunter Beherbergungsgewerbe	"	114,0	125,4	134,1	128,3	106,0
Gaststättengewerbe	"	108,1	107,0	119,1	109,4	108,4
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen von Gästen	1000	131,2	137,9	159	149	156	135	168	152	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	47,0	46,2	50	51	67	47	51	51	...
* Fremdenübernachtungen von Gästen	"	248,3	253,5	295	274	277	251	305	276	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	91,0	88,6	93	96	117	90	98	97	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See										
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 193	1 140	1 237	1 109	1 109	1 150	1 100	1 120	1 100
Güterverkehr über See	1000 t	4 961	4 540	4 431	4 071	4 801	4 500	5 454	4 596	4 534
davon Empfang	"	3 198	3 030	2 951	2 643	3 341	3 076	3 524	3 105	3 023
dar. Sack- und Stückgut	"	739	790	868	804	797	928	940	830	828
Versand	"	1 763	1 510	1 480	1 428	1 460	1 424	1 930	1 492	1 511
dar. Sack- und Stückgut	"	1 048	1 000	1 036	977	1 068	995	1 247	1 083	1 132
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	96 565	103 830	104 267	105 892	101 945	121 375	124 802	113 857	133 706
In Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	898	1 012	1 029	1 011	969	1 219	1 265	1 142	1 297
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	369	381	428	409	463	408	477
* Güterversand	"	394	426	489	550	466	316	377
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	6 133	6 458	7 215	7 651	6 700	6 908	7 330	7 354	7 317
Fluggäste	"	389 612	395 063	400 448	440 152	396 186	415 882	477 057	475 603	452 544
Fracht	t	2 464,7	2 445,7	2 535,3	2 441,8	2 440,9	2 581,9	2 564,6	2 250,2	2 775,9
Luftpost	"	1 090,1	1 131,7	973,9	999,3	1 157,4	1 145,9	1 102,9	1 004,8	1 255,7
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	27 965	27 714	26 338	25 402	24 351	27 934	26 275	24 601	...
Busse (ohne Private)	"	20 223	19 669	18 398	18 731	16 623	20 011	18 936	18 037	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 617	6 106	6 417	6 177	5 802	8 754	7 350	6 704	p 6 681
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 006	5 576	5 747	5 631	5 342	7 632	6 668	6 192	p 6 195
* Lastkraftwagen	"	349	304	304	232	259	578	324	289	p 260
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	822	839	966	1018	884	p 866	p 866	p 892	p 892
* Getötete Personen	"	9	10	7	5	8	p 8	p 8	p 7	p 10
* Verletzte Personen	"	1 048	1 078	1 234	1 301	1 145	p 1 082	p 1 082	p 1 124	p 1 095
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	110 351,1	111 754,2	110 477,7	110 941,3	111 099,5	110 392,1	110 392,1	r 111 042,9	111 235,3
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	105 385,8	106 990,5	105 657,8	106 108,0	106 299,1	105 947,9	105 947,9	r 106 450,0	106 660,7
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	18 638,4	18 304,2	18 330,2	18 786,0	18 561,7	17 139,0	17 139,0	r 16 696,8	16 624,6
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	18 556,0	18 073,4	18 208,1	18 684,9	18 224,4	16 643,2	16 643,2	r 16 580,9	16 053,0
* an öffentliche Haushalte	"	82,4	230,8	122,1	101,1	337,3	495,8	495,8	r 115,9	571,6
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	11 338,7	10 297,0	10 796,0	10 719,5	10 625,5	10 072,8	10 072,8	r 10 475,8	10 327,8
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 038,9	6 953,6	7 129,5	7 146,9	7 098,7	6 906,3	6 906,3	r 7 033,2	6 994,0
* an öffentliche Haushalte	"	4 299,8	3 343,4	3 666,5	3 572,6	3 526,8	3 166,5	3 166,5	r 3 442,6	3 333,8
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	75 408,7	78 389,3	76 531,6	76 602,5	77 111,9	78 736,1	78 736,1	r 79 277,4	79 708,3
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	55 170,6	58 795,4	56 283,9	56 674,0	56 944,2	58 958,3	58 958,3	r 59 289,8	59 761,3
* an öffentliche Haushalte	"	20 238,1	19 593,9	20 247,7	20 028,5	20 167,7	19 777,8	19 777,8	r 19 987,6	19 947,0
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁵⁾	"	63 004,3	66 203,7	61 407,1	61 848,0	61 815,0	64 261,3	64 261,3	r 65 194,4	65 116,2
* Sichteinlagen und Termingelder	"	47 260,8	49 204,5	45 344,1	45 690,3	45 680,5	47 261,7	47 261,7	r 48 166,3	48 084,4
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	39 929,0	41 587,6	38 313,6	38 677,8	38 833,1	40 305,3	40 305,3	r 40 868,4	40 976,2
* von öffentlichen Haushalten	"	7 331,8	7 616,9	7 030,5	7 012,5	6 847,4	6 956,5	6 956,5	r 7 297,9	7 108,2
* Spareinlagen	"	15 743,5	16 999,2	16 063,0	16 157,7	16 134,5	16 999,6	16 999,6	r 17 028,1	17 031,8
* bei Sparkassen	"	9 861,3	10 116,6	9 727,0	9 783,2	9 746,6	10 030,4	10 030,4	r 10 019,7	9 995,6
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 505,2	1 543,3	895,6	1 004,6	1 108,7	995,2	995,2	r 959,0	1 037,7
* Lastschriften auf Sparkonten	"	876,5	919,9	860,0	909,9	1 131,7	1 016,8	1 016,8	r 930,6	1 034,0
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	49	44	36	41	60	46	46	44	38
* Vergleichsverfahren	"	0	—	—	—	—	—	—	—	1
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	273	254	266	215	235	221	221	206	225
* Wechselsumme	Mio. DM	10,3	3,2	2,9	2,3	2,9	3,2	3,2	1,5	2,4
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	32 995	31 525	28 794	31 322	36 171	28 395	28 395	26 956	30 710
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 831,7	1 753,9	1 524,5	2 287,7	1 754,9	1 410,3	1 410,3	2 235,4	1 643,3
* Steuern vom Einkommen	"	1 032,1	1 004,6	783,8	1 487,0	1 079,7	699,3	699,3	1 525,1	1 001,9
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	663,3	673,2	692,2	693,8	742,3	611,6	611,6	779,9	773,6
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	135,0	121,4	54,7	382,1	—	8,5	—	6,1	—
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	53,4	65,7	47,5	50,5	384,7	36,9	36,9	37,7	149,6
* Körperschaftsteuer ^{7) 8)}	"	180,4	144,3	10,7	360,6	—	8,5	56,8	33,0	86,9
* Steuern vom Umsatz	"	799,5	749,3	740,8	800,7	657,2	711,0	711,0	710,3	641,5
* Umsatzsteuer	"	315,1	379,1	325,0	455,6	318,1	361,2	361,2	369,7	288,6
* Einfuhrumsatzsteuer	"	484,4	370,2	415,8	345,1	357,1	349,8	349,8	340,6	352,9
* Bundessteuern	"	1 089,8	1 163,0	1 124,7	1 263,2	1 195,6	1 033,9	1 033,9	1 254,4	1 195,6
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle)	"	75,7	71,6	74,8	70,0	71,3	85,7	85,7	72,7	72,6
* Verbrauchsteuern	"	979,7	1 055,0	1 006,9	1 163,1	1 092,4	919,4	919,4	1 153,9	1 095,4
* Landessteuern	"	56,2	63,2	95,7	37,8	70,9	43,7	43,7	46,7	56,5
* Vermögensteuer	"	19,4	19,9	57,6	0,3	4,0	4,7	4,7	3,1	5,9
* Kraftfahrzeugsteuer	"	14,7	18,4	15,3	20,4	25,6	16,5	16,5	21,2	15,8
* Biersteuer	"	2,5	2,6	2,9	2,9	2,8	2,9	2,9	2,9	3,2
* Gemeindesteuern	"	170,5	166,9	398,1	32,0	82,7	30,5	30,5	25,3	72,1
* Grundsteuer A ⁹⁾	"	0,1	0,1	0,3	—	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
* Grundsteuer B ¹⁰⁾	"	25,0	25,9	57,7	2,0	48,9	2,4	2,4	6,7	45,8
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹¹⁾	"	140,1	135,6	335,3	25,5	28,6	27,4	27,4	18,2	25,9

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. — ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. — ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. — ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — ⁹⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ¹⁰⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — ¹¹⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 002,4	2 029,4	1 891,2	2 376,8	2 048,4	1 714,6	1 947,8	2 319,8	1 983,7
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	456,2	442,7	335,9	662,8	484,8	304,2	350,0	676,2	443,5
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	523,7	487,1	481,5	520,5	438,9	462,2	460,7	461,7	417,0
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	23,4	-	-	-	23,5	-	-
* Steuereinnahmen des Landes	"	474,9	477,2	493,0	862,4	274,6	136,1	544,7	859,8	208,5
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾ 3)	"	337,3	328,0	320,6	663,7	158,7	19,4	346,1	673,8	92,7
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	73,3	78,0	53,2	160,9	45,0	73,0	72,1	139,4	59,3
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	23,4	-	-	-	23,5	-	-
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	242,7	236,6	458,5	193,3	89,0	28,0	429,8	198,0	78,9
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	123,9	119,6	288,5	25,5	28,6	27,4	260,0	18,2	25,9
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ^{2) 3)}	"	88,4	85,7	107,3	161,4	6,3	2,5	109,9	17,7	6,7
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	687,9	694,5	950,4	1 096,8	362,6	163,1	973,5	1 084,9	286,4
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	778	796	-	-	808	806	-	-	...
* dar. Facharbeiter	"	811	828	-	-	842	837	-	-	...
* weibliche Arbeiter	"	541	561	-	-	564	577	-	-	...
* dar. Hilfsarbeiter	"	498	516	-	-	520	527	-	-	...
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	18,98	19,52	-	-	19,69	20,15	-	-	...
* dar. Facharbeiter	"	19,76	20,30	-	-	20,51	20,92	-	-	...
* weibliche Arbeiter	"	13,54	14,15	-	-	14,22	14,55	-	-	...
* dar. Hilfsarbeiter	"	12,44	12,94	-	-	13,09	13,23	-	-	...
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	4 952	5 154	-	-	5 189	5 304	-	-	...
* weiblich	"	3 413	3 531	-	-	3 539	3 627	-	-	...
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	4 623	4 774	-	-	4 818	4 873	-	-	...
* weiblich	"	3 173	3 278	-	-	3 273	3 379	-	-	...
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 009	4 152	-	-	4 162	4 274	-	-	...
* weiblich	"	2 999	3 110	-	-	3 114	3 187	-	-	...
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben										
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung										
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit										
Vermögens- und Fälschungsdelikte										
Diebstahl										
dar. unter erschwerenden Umständen										
Außerdem Verkehrsvergehen										
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme										
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen										
Rettungswageneinsätze										
dar. für Krankenbeförderungen										
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern abzüglich Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1987			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt	1000	Februar	1 578,6
Bevölkerung	Anzahl	"	1 010
Lebendgeborene	"	"	1 727
Gestorbene	"	"	711
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	-
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	3 855
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	4 306
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	451
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	1 162
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	155,7
Lebendgeborene	Anzahl	"	138
Gestorbene	"	"	16
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	122
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 367
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 443
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	76
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	46
Arbeitsmarkt³⁾						
Arbeitslose	Anzahl	Juli	99 340	557 725	2 175 827	93 707
und zwar Männer	"	"	57 662	302 709	1 133 431	54 105
Frauen	"	"	41 678	255 016	1 042 396	39 602
Teilzeitkräfte	"	"	6 497	54 546	227 181	6 833
Ausländer	"	"	16 681	48 099	254 601	15 087
Arbeitslosenquote	%	"	13,7	11,4	8,7	12,9
Offene Stellen	Anzahl	"	5 299	32 072	180 252	3 588
Kurzarbeiter	"	"	2 802	17 719	215 705	3 079
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁴⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Mai	135 709	1 018 862	7 027 289	138 470
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	9 492	94 529	636 848	9 916
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	621	3 808	25 770	593
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁵⁾	"	"	2 915	17 598	103 611	3 276
Gesamtumsatz ⁵⁾	"	"	5 565	22 699	117 939	5 780
darunter Auslandsumsatz	"	"	632	5 916	34 761	692
Bauhauptgewerbe⁶⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Mai	21 113	174 305	983 002	22 759
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	2 302	19 854	110 680	2 406
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	72	507	2 898	80
Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	"	219	1 482	8 151	219
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen von Gästen	1000	März	132	738	4 247	118
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	"	40	114	785	39
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁷⁾	Anzahl	Mai	6 668	53 863	284 189	5 747
Steuern⁸⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	April-Juni	9 359,2
darunter						
Gemeinschaftsteuern	"	"	5 310,5
Landesteuern	"	"	190,2
Gemeindesteuern	"	"	470,1

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. - ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. - ³⁾ Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres. - ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle

Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾										
1986		1987			1986			Veränderung 1987 gegenüber 1986 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -
12 045,4	61 017,7	1 579,5	12 048,5	61 021,5
8 654	47 076	2 135	17 200	95 121
11 938	61 341	3 483	23 634	120 288
3 284	14 265	1 348	6 434	25 167
17 293	35 740	9 567	40 299	80 634
17 417	27 701	9 481	39 300	58 705
124	8 039	86	999	21 929
3 408	6 226	1 262	5 435	3 238
583,3	4 504,2	155,5	582,4	4 495,1
490	4 080	307	1 016	8 202
65	594	36	132	1 191
344	3 486	271	884	7 011
5 002	28 312	3 526	11 699	62 892
4 761	23 657	3 123	9 990	49 953
241	4 655	403	1 709	12 939
585	8 141	674	2 593	19 950
555 980	2 131 828	99 606	588 944	2 286 557	95 223	600 331	2 328 673	+ 4,6	- 1,9	- 1,8
298 541	1 091 690	58 264	338 919	1 273 494	55 827	343 874	1 289 223	+ 4,4	- 1,4	- 1,2
257 439	1 040 138	41 342	250 025	1 013 063	39 396	256 457	1 039 450	+ 4,9	- 2,5	- 2,5
57 080	237 626	6 419	54 013	224 472	6 952	58 232	242 689	- 7,7	- 7,2	- 7,5
45 731	234 039	16 159	49 409	265 193	15 048	47 844	255 918	+ 7,4	+ 3,3	+ 3,6
11,4	8,6	13,7	12,1	9,1	13,1	12,3	9,4	x	x	x
29 197	169 595	4 876	32 872	171 191	3 196	28 224	150 890	+ 52,6	+ 16,5	+ 13,5
16 088	86 905	7 740	58 427	313 685	9 422	49 049	203 683	- 17,9	+ 19,1	+ 54,0
1 023 327	7 021 284	136 283	1 019 770	7 036 572	138 586	1 018 616	7 004 323	- 1,7	+ 0,1	+ 0,5
101 066	629 031	49 775	488 244	3 283 246	51 988	505 570	3 317 021	- 4,3	- 3,4	- 1,0
3 708	25 155	2 794	17 714	122 301	2 746	17 177	117 781	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,8
18 292	101 406	14 831	87 899	524 212	16 689	91 632	531 768	- 11,1	- 4,1	- 1,4
22 955	114 976	27 545	113 761	595 497	32 606	118 997	605 165	- 15,5	- 4,4	- 1,6
5 926	33 706	3 290	30 767	177 452	3 695	31 077	181 871	- 11,0	- 1,0	- 2,4
183 350	1 016 473	21 270	163 756	935 781	22 131	171 333	959 960	- 3,9	- 4,4	- 2,5
20 968	111 802	8 725	65 028	389 454	9 539	74 095	428 676	- 8,5	- 12,2	- 9,1
538	3 010	295	1 857	11 322	329	1 989	11 823	- 10,3	- 6,6	- 4,2
1 523	7 837	878	4 774	29 175	851	5 125	29 585	+ 3,2	- 6,8	- 1,4
771	4 163	325	1 847	11 185	301	1 877	10 865	+ 7,9	- 1,6	+ 2,9
121	782	93	261	2 063	92	271	2 037	+ 1,1	- 3,7	+ 1,3
47 742	247 331	28 873	234 094	1 230 031	28 955	232 736	1 225 679	- 0,3	+ 0,6	+ 0,4
21 416,1	107 458,0	16 941,4	41 766,7	212 755,1
14 199,8	77 543,8	10 021,4	28 636,6	157 928,7
1 038,9	5 772,1	381,9	2 013,9	10 846,7
1 820,0	10 417,5	941,2	3 582,0	20 068,4

Jahres sind vorläufig. Aufgrund der - erfahrungsgemäß geringen - Korrekturen können sich auch noch Anpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. - Betriebe hochgerechnet. - ⁷⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post. - ⁸⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4.

Hamburg im Städtevergleich

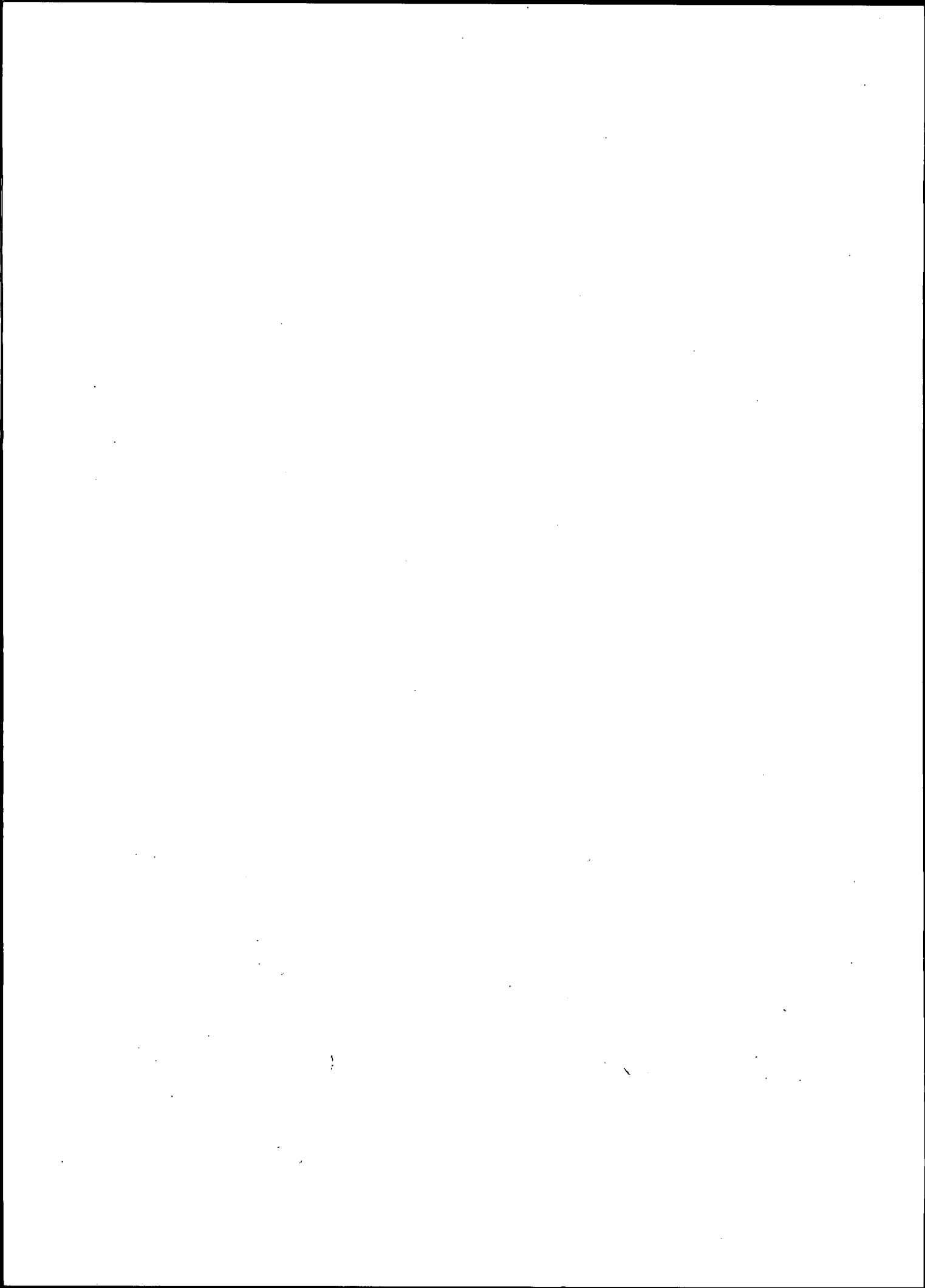
Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	4. Vj. 86 1. Vj. 87	1 571 1 569	1 879 ...	1 291 1 293	966 967	623 623	615 616	565 566	557 557	522 ...	531 527	467 467
darunter Ausländer	%	4. Vj. 86 1. Vj. 87	10,3 10,4	13,0 ...	16,3 16,4	14,4 14,4	6,1 6,2	22,7 22,9	12,9 13,0	18,0 18,1	7,1 ...	9,3 9,5	11,8 11,9
Lebendgeborene	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	3 299 3 313	...	2 499 2 620	2 329 2 277	1 445 1 419	1 321 1 271	1 244 1 270	1 419 1 649	1 122 ...	807 1 180	1 034 1 025
darunter Ausländer	%	4. Vj. 86 1. Vj. 87	17,2 15,6	...	16,8 16,8	22,2 21,7	13,7 15,1	30,6 32,2	18,1 19,7	23,7 23,8	11,9 ...	15,7 16,7	16,5 19,6
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	8,3 8,6	...	7,7 8,2	9,6 9,6	9,2 9,2	8,5 8,4	8,7 9,1	10,1 12,0	8,5 ...	6,0 9,1	8,8 9,0
Gestorbene	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	5 532 5 592	...	3 170 3 496	2 654 2 858	2 003 2 089	1 875 1 836	1 808 1 847	1 604 1 818	1 783 ...	1 544 1 961	1 489 1 570
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	14,0 14,5	...	9,7 11,0	10,9 12,0	12,8 13,6	12,1 12,1	12,7 13,2	11,4 13,2	13,6 ...	11,5 15,1	12,6 13,6
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 2 233 - 2 279	...	- 671 - 876	- 325 - 581	- 558 - 670	- 554 - 565	- 564 - 577	- 185 - 169	- 661 ...	- 737 - 781	- 455 - 545
Zugezogene Personen	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	15 491 14 278	...	24 084 20 027	12 108 9 768	4 510 4 695	10 960 10 597	6 691 6 362	11 931 9 670	4 949 ...	8 260 6 738	7 245 5 594
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	39,1 36,9	...	74,0 62,8	49,7 41,0	28,7 30,6	70,7 69,8	47,0 45,6	85,0 70,4	37,6 ...	61,7 51,8	61,5 48,6
Fortgezogene Personen	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	15 894 14 460	...	20 214 17 499	10 420 8 427	3 753 4 134	10 104 9 294	5 251 4 878	10 520 9 416	5 341 ...	10 577 9 539	7 762 5 600
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	40,1 37,4	...	62,1 54,9	42,8 35,3	23,9 26,9	65,2 61,2	36,9 35,0	74,9 68,6	40,6 ...	79,0 73,4	65,9 48,6
Wanderungs-gewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 403 - 182	...	+ 3 870 + 2 528	+ 1 688 + 1 341	+ 757 + 561	+ 856 + 1 303	+ 1 440 + 1 484	+ 1 411 + 254	- 392 ...	- 2 317 - 2 801	- 517 6
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 1,0 - 0,5	...	+ 11,9 + 7,9	+ 6,9 + 5,6	+ 4,8 + 3,7	+ 5,5 + 8,6	+ 10,1 + 10,6	+ 10,1 + 1,8	- 3,0 ...	- 17,3 - 21,5	- 4,4 - 0,1
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 2 636 - 2 461	...	+ 3 199 + 1 652	+ 1 363 + 760	+ 199 - 109	+ 302 + 738	+ 876 + 907	- 1 226 + 85	- 1 053 ...	- 3 054 - 3 582	- 972 - 551
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	- 6,7 - 6,4	...	+ 9,8 + 5,2	+ 5,6 + 3,2	+ 1,3 - 0,7	+ 1,9 + 4,9	+ 6,2 + 6,5	+ 8,7 + 0,6	- 8,0 ...	- 22,8 - 27,5	- 8,3 - 4,8
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	31 924 38 644	...	28 575 27 542	23 503 21 507	14 343 15 049	10 785 10 688	11 710 12 215	10 788 8 884	12 466 ...	10 964 10 956	10 479 8 868
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	80,6 99,9	...	87,8 86,4	96,5 90,2	91,4 98,0	69,6 70,4	82,2 87,6	76,8 64,7	94,7 ...	81,9 84,3	89,3 77,1
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	96 557 100 553	86 436 93 803	³⁾ 53 707 ³⁾ 62 412	52 918 54 361	32 985 34 593	33 507 35 754	29 109 29 870	12 991 13 217	31 836 32 902	41 099 42 741	18 749 20 308
und zwar Männer	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	56 178 59 085	49 153 54 809	³⁾ 27 709 ³⁾ 35 662	29 887 31 459	19 275 20 572	18 321 20 233	17 379 17 889	7 003 7 434	17 771 18 667	23 081 24 390	9 771 10 885
Frauen	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	40 379 41 468	37 283 38 994	³⁾ 25 998 ³⁾ 26 750	23 031 22 902	13 710 14 021	15 186 15 521	11 730 11 981	5 988 5 783	14 065 14 235	18 018 18 351	8 978 9 423
Teilzeitkräfte	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	6 207 6 385	4 591 4 643	³⁾ 6 120 ³⁾ 6 272	3 671 3 537	2 394 2 439	3 263 3 450	1 801 1 825	1 001 955	3 087 3 041	3 482 3 605	1 829 1 858
Arbeitslosenquote	%	4. Vj. 86 1. Vj. 87	13,3 13,8	10,7 10,9	³⁾ 5,9 ³⁾ 6,8	14,0 14,4	14,7 15,6	6,5 6,9	12,0 12,4	4,9 5,0	15,1 15,4	12,6 13,2	7,9 8,6
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	15 401 16 358	15 189 16 391	³⁾ 12 698 ³⁾ 16 308	11 067 11 418	3 028 3 339	8 284 9 013	5 384 5 648	3 855 3 951	3 648 3 716	6 608 6 765	3 788 4 167
Offene Stellen	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	4 502 4 450	7 555 8 236	³⁾ 7 258 ³⁾ 7 009	2 459 2 853	760 996	4 247 4 546	1 856 2 096	3 965 4 751	1 504 1 518	4 185 6 216	1 989 2 147
Kurzarbeiter	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	6 379 11 486	9 139 11 038	³⁾ 1 305 ³⁾ 4 652	1 714 8 621	530 3 384	1 250 5 535	4 947 4 348	1 172 823	3 806 5 998	1 530 4 173	1 578 6 034

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

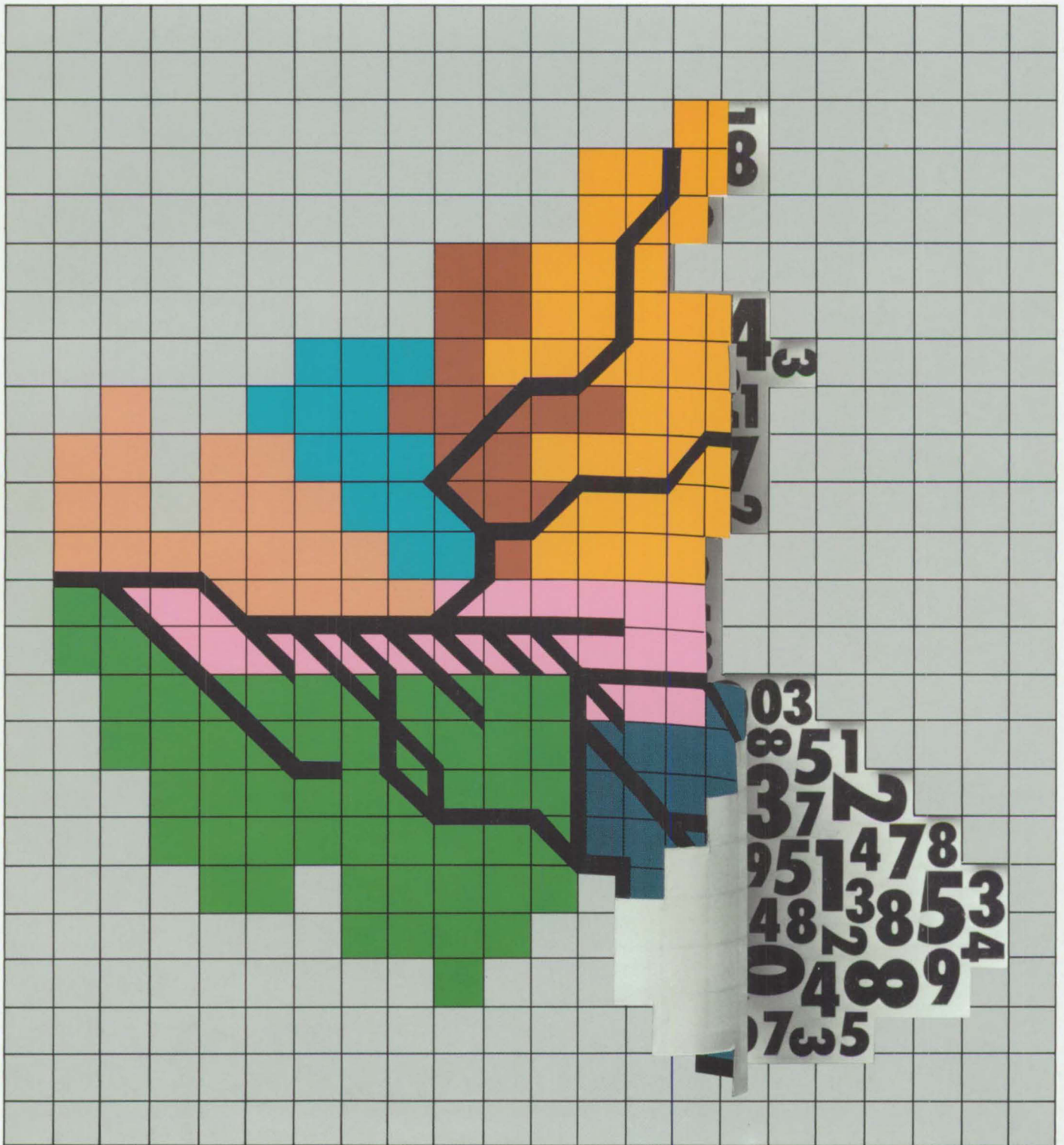
Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	138 017 136 446	162 806 163 317	179 609 176 737	104 567 103 728	48 903 45 081	104 897 103 702	76 685 75 876	123 765 125 532	65 991 65 875	78 435 78 547	89 277 86 899
	je 1000 Einwohner	4. Vj. 86 1. Vj. 87	88 87	87 ...	139 137	108 107	79 72	171 168	136 134	222 225	126 ...	147 149	192 186
Brutto-lohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	4. Vj. 86 1. Vj. 87	1 951 1 620	1 911 1 620	2 512 2 081	1 613 1 309	697 536	1 633 1 300	1 158 1 024	1 875 1 582	873 704	1 020 878	1 028 882
	1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	56 48	47 40	55 48	61 51	57 48	62 51	60 55	60 51	52 43	52 45	46 41
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86 1. Vj. 87	10 010 8 903	11 666 10 348	12 802 11 546	7 636 6 183	3 110 2 591	4 354 4 100	5 376 4 013	6 331 5 155	4 412 4 157	3 955 3 580	3 575 2 886
Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86 1. Vj. 87	15 832 16 294	12 077 10 713	14 063 12 538	8 663 7 096	3 769 3 154	7 472 6 121	6 014 4 650	7 435 6 277	5 127 4 738	4 371 3 959	3 875 3 143
darunter Auslandsumsatz ⁵⁾	Mio. DM	4. Vj. 86 1. Vj. 87	2 771 1 971	1 389 1 146	5 960 6 199	2 706 2 516	626 423	1 982 1 754	2 520 1 311	2 390 2 096	1 755 1 670	1 551 1 407	1 153 725
Gesamtumsatz ⁵⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	40 42	25 ...	43 39	36 30	24 21	48 40	42 33	53 46	39 ...	33 30	33 27
	1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	455 484	294 266	311 288	329 277	306 284	283 239	311 249	238 203	308 292	221 204	172 147
Bauhauptgewerbe⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	17 347 16 698	25 806 24 811	27 694 24 615	10 803 10 605	8 558 ...	15 240 14 765	10 191 9 953	11 442 11 367	6 732 6 546	5 892 5 595	8 241 ...
Baugewerblicher Umsatz ²⁾	Mio. DM	4. Vj. 86 1. Vj. 87	834 349	1 083 396	1 072 569	416 199	313 ...	561 294	420 243	489 257	311 129	235 89	293 ...
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	399 594 325 285	428 704 370 345	670 419 536 358	220 997 219 818	59 443 ...	402 173 386 183	219 959 227 985	137 815 120 675	84 279 66 478	103 159 96 474	173 927 121 145
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	730 420 610 369	1181458 1043942	1400913 1127659	444 068 484 034	167 738 ...	666 568 693 187	437 371 435 833	288 197 264 721	151 140 122 410	170 427 185 044	320 486 244 756
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	4. Vj. 86 1. Vj. 87	242 417 186 208	226 184 204 885	551 012 443 577	158 450 183 120	27 725 ...	369 737 371 765	188 259 173 858	84 580 74 968	34 776 30 711	36 923 44 360	67 921 61 087
Fremdenübernachtungen von Gästen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	1 844 1 578	2 494 ...	4 303 3 537	1 823 2 030	1 069 ...	4 299 4 565	3 072 3 124	2 053 1 928	1 055 ...	1 273 1 423	2 730 2 126
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁶⁾	Anzahl	4. Vj. 86 1. Vj. 87	16 616 14 573	14 712 ...	21 884 ...	13 641 ...	6 715	10 086 ...	7 035 5 851	5 380 ...
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer	Mio. DM	4. Vj. 86 1. Vj. 87	375 ...	108 178	402 277	216 199	169 93	287 357	165 207	161 223	90 76	107 121	104 91
	DM je Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	947	1 235 869	885 835	1 078 604	1 850 2 354	1 157 1 484	1 145 1 622	684 ...	799 929	887 787
(Gemeindeanteil) Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	4. Vj. 86 1. Vj. 87	295 ...	171 142	394 65	255 27	149 16	194 15	174 19	185 14	77 56	128 4	143 2
	DM je Einwohner und 1 Jahr	4. Vj. 86 1. Vj. 87	746	1 210 204	1 047 114	951 104	1 248 101	1 220 133	1 321 102	588 ...	960 35	1 214 16

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ wohnberechtigte Bevölkerung. – ³⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ post.



Hamburg in Zahlen

1987 **10**



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtete Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Felddbesetzung gemindert sein kann
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

MD = Monatsdurchschnitt

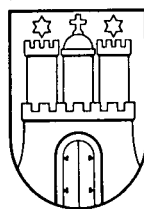
Vj = Vierteljahr

Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 10. 1987

Das statistische Stichwort	
○ Generatives Verhalten	338
*	
Statistik aktuell	
○ Zu- und Fortzüge 1986	
ausgeglichen	338
○ Geringer Energieverbrauch im	
Verarbeitenden Gewerbe	338
○ Großhandelsumsatz rückläufig	339
*	
Schaubild des Monats	
○ Gaststätten und Beschäftigte	
im Gaststättengewerbe in	
ausgewählten deutschen	
Großstädten 1985	339
*	
Bildungsstatistiken im	
Großstadtvergleich	
	340
*	
Arbeitskosten der Hamburger	
Unternehmen im Produzierenden	
Gewerbe	345
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	352
○ Hamburg heute und gestern	352
○ Statistik der anderen	352
○ In aller Kürze	353
○ Der Draht zum StaLa	353
*	
Hamburger Zahlenspiegel	354
Hamburg im großräumlichen	
Vergleich	360
Hamburg im Städtevergleich	362

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis: DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Das statistische Stichwort

Generatives Verhalten

Unter generativem Verhalten – ein in der Folge von Arbeiten anderer Bevölkerungswissenschaftler von **MACKENROTH** 1953 eingeführter sozialwissenschaftlicher Begriff – versteht man allgemein das Verhalten der Menschen, Kinder hervorzubringen oder es auch zu unterlassen. Für die massenstatistisch beschreibbaren Differenzierungen dieses Verhaltens werden im wesentlichen zwei Ursachenbündel unterschieden, die – dem einzelnen in der Regel unbewußt – in der Gesellschaft zu unterschiedlichen Geburtenhäufigkeiten führen: demographische Einflußfaktoren und nicht-demographische Komponenten. Zu den demographischen Faktoren zählen beispielsweise die Geschlechterrelation und der Altersaufbau einer Bevölkerung, die Familienstandsgliederung in Abhängigkeit von Heiratsalter sowie Scheidungshäufigkeit und Ehedauer, außerdem das durchschnittliche Alter von Männern und Frauen bei der Geburt der Kinder und die Geburtenfolge.

Als nicht-demographische Erklärungsvariable werden im wesentlichen die nur schwer meßbaren historischen, ökonomischen, biologischen und sozialen, psychologischen und soziologischen Bedingungen in einer Gesellschaft mit ihren Einwirkungen auf die Gestaltung persönlicher Lebensverhältnisse genannt.

MACKENSEN (1975) bezeichnet das generative Verhalten, das die Geburtenentwicklung einer Bevölkerung bestimmt, als „Syndrom“ von Verhaltensweisen, das sich aus dem Zusammenreffen verschiedener charakteristischer Symptome ergibt, deren Wirkung im einzelnen und im Miteinander jedoch kaum bestimmbar ist.

HÖHN (1986) gliedert die neueren Theoriesätze über Einflußfaktoren für das generative Verhalten nach drei Stufen. Der Mikrobereich umfaßt danach Vorstellungen über den Wert von Kindern und Familienformen einschließlich Familienplanung in Abhängigkeit von Persönlichkeitsmerkmalen. Zur Mesoebene werden gerechnet Bildungsniveau, Konfessionszugehörigkeit, Erwerbsbeteiligung der Frauen, Wohn- und Einkommensverhältnisse. Zum Komplex der Makroursachen gehören Wertewandel und sozio-ökonomische Strukturveränderungen und das allgemeine „demo-

graphische Klima“. Stichwortartig sind hier zu nennen die Diskussionen zur bewußten Familienplanung, die Darstellung der wenig attraktiven „Nur-Hausfrau“, des bemitleidenswerten Hausmanns, der nahezu als asozial empfundenen kinderreichen Familie, Beispiele für tatsächliche oder vermeintliche kinderfeindliche Umwelt oder familiäres Versagen als Ursache für Erziehungsfehler und Jugendkriminalität. Aus den verschiedenen Einflußkomponenten lassen sich verschiedene Strukturen generativen Verhaltens zur Erklärung von Änderungen der Geburtenzahlen in einer Bevölkerung bestimmen.

Jens Gerhardt

Statistik aktuell

Zu- und Fortzüge 1986 ausgeglichen

Insgesamt 59 825 Zuzüge und 59 873 Fortzüge führten 1986 in Hamburg zu einem fast ausgeglichenen Wanderungssaldo (1985: minus 3008). Dieses Ergebnis kam durch einen hohen Zuzugsüberschuß von 5198 (1985: 1287) bei den Ausländern zustande. Bei den Deutschen hingegen stieg der Fortzugsüberschuß gegenüber dem Vorjahr um 951 auf 5246 an.

Bei dem Wanderungsverhalten der **ausländischen Personen** spielten sowohl bei den Zu- als auch den Fortzügen die übrigen Bundesländer und auch das Hamburger Umland nur eine untergeordnete Rolle. Von den insgesamt 23 850 Zuzügen (1985: 20 872) entfielen nur 4,1 Prozent auf die sechs Hamburger Umlandkreise (Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Harburg und Stade) und nur zwölf Prozent auf das übrige Bundesgebiet. Der überwiegende Teil (19 120 Personen = 80,2 Prozent) kam aus dem Ausland, darunter 13 368 Personen (69,9 Prozent) aus europäischen Ländern. Allein aus Polen zogen 6757 Personen und aus der Türkei 2356 Personen zu. Von den aus außereuropäischen Ländern Zugezogenen war jeder sechste Asiat.

Bei den Fortzügen zeigte sich ein ähnliches Bild wie bei den Zuzügen. Von den 18 652 aus Hamburg fortgezogenen ausländischen Personen (1985: 19 585) ließen sich nur 5,3 Prozent im Hamburger Umland und nur 15,7 Prozent im übrigen Bundesgebiet nieder. Fast drei Viertel der nichtdeutschen Personen wählten Gebiete außerhalb der Bundesgrenzen als ihren neuen Wohnort, dar-

unter 10 171 Personen in einem europäischen Land. An diesem hohen europäischen Fortzugsanteil waren ebenso wie bei den Zuzügen überwiegend zwei Länder (Polen mit 4407 und Türkei mit 2298 Personen) beteiligt. Die außereuropäischen Fortzüge waren nur von untergeordneter Bedeutung.

Bei den Wanderungen **deutscher Personen** über die hamburgische Landesgrenze offenbarte sich ein ganz anderes Verhalten. Hier wurden besonders die Hamburger Umlandkreise bevorzugt, die sich mit einem für Hamburg negativen Wanderungssaldo von 6376 deutlich abhoben. Von den insgesamt 35 975 Zuzügen (1985: 35 912) kamen 32 275 Personen (rund 90 Prozent) aus dem Bundesgebiet. Darunter war das Hamburger Umland mit knapp 46 Prozent (14 776 Personen) verhältnismäßig stark vertreten. Auf Gebiete außerhalb der Bundesgrenzen entfielen nur 9,8 Prozent der Zuzüge.

Die Fortzüge deutscher Personen wiesen ähnliche Tendenzen wie die Zuzüge auf. Von den insgesamt 41 221 über die hamburgische Landesgrenze fortgezogenen Deutschen siedelten 39 340, das sind 95,4 Prozent, in andere Bundesländer über, darunter verblieben 21 152 Personen (53,8 Prozent) im Nahbereich von Hamburg und zogen in einen der sechs Umlandkreise. Die Fortzüge ins Ausland machten nur einen kleinen Anteil aus.

Isolde Schlüter

Geringerer Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe

Im ersten Halbjahr 1987 betrug der Energieverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg (Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) 5,4 Milliarden Kilowattstunden. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet dieses einen Rückgang um 335 Millionen Kilowattstunden oder um sechs Prozent. Einsparungen erfolgten vor allem beim leichten und schweren Heizöl (jeweils minus 15 Prozent), aber auch Gas (minus drei Prozent) und Strom (minus ein Prozent) kamen in geringerem Maß zum Einsatz. Im Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, in dem sich die größten Energieverbraucher befinden, schrumpfte der Verbrauch um sieben Prozent. Weniger benötigt wurden 20 000 Tonnen Heizöl, 1750 Tonnen Kohle, 34 Millionen Kilowattstunden Strom und 2,7 Millionen Kubikmeter Gas.

In der Investitionsgüterherstellung verringerte sich der Energieverbrauch um vier Prozent, was ausschließlich auf Einsparungen beim leichten und schweren

Heizöl (minus zwei bzw. zwölf Prozent) und beim Gas (minus sieben Prozent) zurückzuführen war. Der Strombedarf erhöhte sich demgegenüber geringfügig um 0,2 Prozent.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, das zwei Prozent weniger Energie benötigte, verlief die Entwicklung uneinheitlich. Beim Verbrauch von Heizöl, der um insgesamt 17 Prozent zurückging, kamen 38 Prozent weniger leichtes, aber 15 Prozent mehr schweres Öl zum Einsatz. Der Bedarf an Gas schrumpfte um vier Prozent, der Strombedarf erhöhte sich um sechs Prozent.

Nur im Verbrauchsgütergewerbe war – insgesamt gesehen – eine Erhöhung des Energiebedarfs zu verzeichnen (plus 14 Prozent). Dieses war auf einen verstärkten Bezug von Gas (plus 43 Prozent) und von Strom (plus fünf Prozent) zurückzuführen. Der Verbrauch von Heizöl verringerte sich gleichzeitig um neun Prozent.

Günther Neuß

Großhandelsumsatz rückläufig

Im Jahr 1986 wurde im Hamburger Großhandel ein Gesamtumsatz von fast 107 Milliarden DM erzielt, davon 56 Milliarden DM oder 53 Prozent von Unternehmen, die schwerpunktmäßig dem Außenhandel zuzurechnen sind.

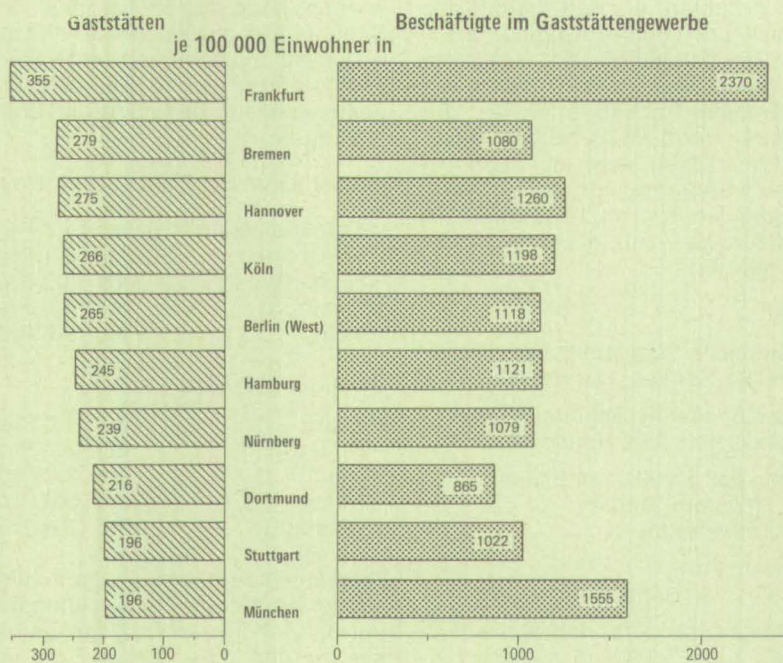
Gegenüber dem Vorjahr betrug der Umsatzrückgang im Großhandel nahezu 13 Prozent, was zu einem erheblichen Teil auf den Preisverfall wichtiger Rohstoffe auf den Weltmärkten zurückzuführen war. So betrug die Umsatzeinbuße beim Handel mit Rohstoffen und Halbwaren 25 Prozent, während in der gleichen Zeit der Großhandel mit Fertigwaren in etwa unverändert blieb (minus 0,8 Prozent). Am stärksten war der Rückgang beim Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölprodukten (minus 37 Prozent), mit Altmaterial und Reststoffen (minus 28 Prozent), mit Getreide, Futter- und Düngemitteln sowie mit textilen Rohstoffen und Halbwaren (jeweils 19 Prozent). Steigende Umsätze hatten lediglich einige Branchen des Fertigwarenereichs zu verzeichnen. So konnte bei den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen ein Erlöszuwachs von 43 Prozent und bei Nahrungs- und Genußmitteln von sechs Prozent verzeichnet werden.

Die Zahl der Beschäftigten im Großhandel blieb mit rund 58 000 gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Dabei entfielen etwa ein Drittel auf den Außenhandel und zwei Drittel der Beschäftigten auf den Binnengroßhandel. Allerdings hat sich der schon in der Vergangenheit zu beobachtende Trend der Substitution von Vollbeschäftigten durch Teilzeitbeschäftigte fortgesetzt.

Hans-Eckhard Stegen

Schaubild des Monats

Gaststätten und Beschäftigte im Gaststättengewerbe in ausgewählten deutschen Großstädten 1985



HIZ 10, 1987

Die vorhandenen Gaststätten und die Anzahl der im Gaststättengewerbe zur Bewirtung von Einheimischen und Fremden tätigen Personen können als Indiz für die Geselligkeit der Menschen und zum Teil auch für die touristische Attraktivität einer Stadt angesehen werden. Vergleicht man die Zahlen der Gaststätten und der im Gaststättenbereich Beschäftigten – jeweils bezogen auf die Einwohner – für verschiedene deutsche Großstädte, so zeigt sich, daß norddeutsche Städte durchaus nicht am Ende der Skala rangieren, wie dies bisweilen vermutet werden mag.

Unter zehn ausgewählten Großstädten in unterschiedlichen Regionen des Bundesgebiets hält zwar Frankfurt sowohl bei den Gaststätten¹⁾ als auch hinsichtlich der in dieser Branche arbeitenden Personen je 100 000 Einwohner mit großem Abstand die Spitze, auf den nächsten Plätzen stehen aber bereits, was den Gaststättenbestand angeht, Bremen und Hannover sowie – nach Köln – Berlin (West) und Hamburg; erst danach folgen Nürnberg, Dortmund, Stuttgart und München.

Die Reihenfolge der Städte verschiebt sich etwas, wenn man die Betrachtung auf die Anzahl der je 100 000 Einwohner im Gaststättengewerbe tätigen Arbeitskräfte abstellt. Nach Frankfurt ist München die Stadt mit den relativ meisten Beschäftigten im Gaststättenbereich, während auf Bremen, das in bezug auf die Gaststättenzahl die zweite Position innehat, mit nur verhältnismäßig wenigen in der Gaststättenbranche beschäftigten Personen ein Platz im unteren Teil der Städtereihe entfällt.

Die sich aus der Handels- und Gaststättenzählung des Jahres 1985 errechnenden Zahlenangaben für die Städte sind im einzelnen in der oben dargestellten Grafik aufgeführt.

¹⁾ Unter dem Begriff Gaststätten sind hier Restaurants, Lokale, Bars, Cafés, Eisdielen, Imbißstuben und Trinkhallen zusammengefaßt.

Bildungsstatistiken im Großstadtvergleich

Herausgegeben vom Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt), Nürnberg, erschien soeben in der Reihe „Städte in Zahlen“ als Heft 4 ein Strukturbericht zum Thema „Kultur und Bildung“. Projektleitung und Redaktion hierfür lagen beim Vorsitzenden des gleichnamigen Fachausschusses des Verbandes, Herrn Hans-Helmut Martin vom Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart. Aus dieser Veröffentlichung werden im folgenden aus dem Bildungsbereich die schulischen Kapitel referiert.

Das sind

- Gemeindliche Schulausgaben 1985
G. Neitzke-Hensen, Hannover
- Allgemeinbildende Schulen 1984
G. Neitzke-Hensen, Hannover
- Schulen der beruflichen Bildung
G.-M. Hellstern, Berlin
(Freie Universität)
- Musikschulen
K.-P. Kosack, Bonn

Während der Strukturbericht sich auf alle Städte über 50 000 Einwohner erstreckt, konzentriert sich der folgende Beitrag auf die zwölf Großstädte über 500 000 Einwohner und das knapp unter dieser Schwelle liegende Nürnberg sowie auf die vier weiteren Landeshauptstädte unter 500 000 Einwohner und die Bundeshauptstadt Bonn, insgesamt also auf 18 Großstädte.

Allgemeinbildende Schulen

Schon bei den wenigen hier ausgewählten Großstädten wird die Vielfalt der bildungspolitischen Palette in der Bundesrepublik Deutschland in bemerkenswerter Weise deutlich: Der Schüleranteil in den einzelnen Schulformen weist die größte Spannweite zwischen den einzelnen Anteilswerten bei den Gesamtschulen und den Realschulen auf, nämlich 10,8 : 1 bzw. 2,5 : 1. Zum Teil erklärt sich das sicher auch durch die relativ niedrigen Anteile dieser Schulformen: im Maximum der hier betrachteten Städte 14,1 Prozent bzw. 19,7 Prozent. Bei der Schulform mit dem im Maximum höchsten Schüleranteil (61,0 Prozent), den Grund-, Haupt- und Volksschulen, fällt die Spannweite mit 1,8 : 1 wesentlich niedriger aus. Die Gymnasien schließlich passen mit einem Schüleranteil von 47,0 im Maximum und einer Spannweite von 2,1 : 1 genau in die beiden Skalen (vergleiche Tabelle 1). Aus dem weiteren Vergleich der Großstädte hinsichtlich des Anteils der Schüler in den einzelnen Schulformen müssen Bremen und Hannover ausschließen

den, weil in den beiden Ländern Bremen und Niedersachsen die Orientierungsstufen schulformunabhängig geführt werden. Das ergibt bei den übrigen Schulformen jeweils Werte, die im Vergleich mit den anderen Städten sachlich irreführend zu niedrig liegen. Für die Gesamtschulen in den anderen Großstädten liegen

die höchsten Schüleranteilswerte bei

- Frankfurt/Main mit 14,1 Prozent
- Wiesbaden mit 13,1 Prozent
- Berlin (West) mit 13,0 Prozent
- Hamburg mit 10,5 Prozent
- Köln mit 9,6 Prozent

die niedrigsten bei

- Mainz mit 1,3 Prozent
- Stuttgart mit 2,0 Prozent
- Bonn mit 2,7 Prozent
- Düsseldorf mit 3,4 Prozent
- Duisburg mit 3,4 Prozent

Die Schülerzahlen des herkömmlich gegliederten Schulsystems können jetzt auf die Schülerzahlen insgesamt bezogen werden oder aber auf die um die Schüler in den Gesamtschulen verminderten Werte. Es liegt auf der Hand, daß die Ergebnisse beider Rechnungen vor allem in den Städten voneinander abweichen, in denen ein hoher Schüleranteil auf Gesamtschulen entfällt. In den folgenden Aufstellungen sind die Werte der zweiten Rechnung (mit dem Bezug auf die um die Gesamtschüler verminderte Gesamtzahl der Schüler) jeweils in

Klammern gesetzt. Angefangen mit den Grund-, Haupt- und Volksschulen weisen die höchsten Schüleranteilswerte folgende Städte auf:

- Duisburg 61,0 Prozent (63,1)
- Nürnberg 53,3 Prozent (56,4)
- Dortmund 51,9 Prozent (54,6)
- Berlin (West) 50,8 Prozent (58,3)
- Essen 47,6 Prozent (49,4)

Die niedrigsten Werte entfallen auf:

- Bonn 34,4 Prozent (35,3)
- Frankfurt/Main 37,6 Prozent (43,8)
- Kiel 38,0 Prozent (40,3)
- Wiesbaden 38,5 Prozent (44,6)
- Hamburg 39,8 Prozent (44,8)

Bei den Höchstwerten zeigen die Anteile in den Klammern nicht nur eine andere Rangfolge unter den ersten Fünf, es würde bei dieser Rechnung auch Essen aus der Gruppe ausscheiden und durch Köln (51,3) zu ersetzen sein. In der Gruppe mit den niedrigsten Werten wären Wiesbaden und Hamburg durch Stuttgart (42,8) und Mainz (42,6) auszutauschen.

Für die Schulform mit den zweithöchsten Schüleranteilswerten, die Gymnasien, liegen die Höchstwerte bei den Großstädten

- Bonn 47,0 Prozent (48,3)
- Mainz 41,9 Prozent (42,5)
- Stuttgart 36,2 Prozent (36,9)
- Wiesbaden 35,7 Prozent (41,4)
- München 35,3 Prozent (37,0)

Tabelle 1 Anteil der Schüler/innen in den einzelnen Schulformen in ausgewählten Großstädten im Schuljahr 1983/84

Stadt	Prozentanteil der Schüler/innen							Anteil ausländischer Schüler/innen
	Grund-, Haupt-, Volksschulen	Realschulen	Gymnasien	Sonderschulen	Zwischensumme	Gesamtschulen	Summe	
Berlin (West)	50,8	9,6	22,9	3,8	87,1	13,0	100,1	19,0
Hamburg	39,8	12,3	32,5	4,3	88,9	10,5	99,4	11,8
München	44,3	12,4	35,3	3,4	95,4	4,0	99,4	18,0
Düsseldorf	46,7	12,0	32,0	5,9	96,6	3,4	100,0	16,6
Stuttgart	42,0	15,6	36,2	4,3	98,1	2,0	100,1	21,5
Bremen 1)	33,2	15,0	28,2	4,4	.	4,7	(85,5)	10,6
Hannover 1)	37,5	10,2	24,7	5,5	.	11,1	(89,0)	14,3
Köln	46,4	12,5	26,2	5,3	90,4	9,6	100,0	22,4
Essen	47,6	13,1	30,9	4,8	96,4	3,7	100,1	8,8
Frankfurt/Main	37,6	10,6	34,0	3,7	85,9	14,1	100,0	24,2
Dortmund	51,9	12,8	24,8	5,5	95,0	5,0	100,0	14,2
Duisburg	61,0	8,0	22,1	5,5	96,6	3,4	100,0	24,9
Nürnberg	53,3	9,1	26,8	5,3	94,5	5,5	100,0	19,9
Bonn	34,4	11,8	47,0	4,2	97,4	2,7	100,1	10,2
Wiesbaden	38,5	8,7	35,7	3,4	86,3	13,1	99,4	14,7
Kiel	38,0	19,7	31,0	5,5	94,2	5,8	100,0	8,4
Saarbrücken	45,1	12,5	32,9	3,9	94,4	5,5	99,9	7,7
Mainz	42,0	12,8	41,9	2,0	98,7	1,3	100,0	11,2

1) Schulformunabhängige Orientierungsstufen halten einen Schüleranteil von 14,6 Prozent bei Bremen und 11,2 Prozent bei Hannover.

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

Die Gruppe mit den Niedrigstwerten umfaßt von den ausgewählten Großstädten

- Duisburg	22,1 Prozent (22,9)
- Berlin (West)	22,9 Prozent (26,3)
- Dortmund	24,8 Prozent (26,1)
- Köln	26,2 Prozent (29,0)
- Nürnberg	26,8 Prozent (28,4)

Auch hier würde die Orientierung an den eingeklammerten Schüleranteilen bedeuten, daß ein Austausch vorzunehmen wäre, und zwar in der oberen Gruppe von Stuttgart durch Frankfurt/Main (39,6). In der unteren Gruppe finden nur Rangfolgewechsel statt. Bemerkenswert ist jedoch, daß die obere Gruppe bei den Schüleranteilszahlen in Grund-, Haupt- und Volksschulen in der ursprünglichen Rechnung in vier von fünf Fällen, in der Klammerrechnung in allen Fällen mit der unteren Gruppe bei den Gymnasien korrespondiert. Für die obere Gruppe bei den Gymnasien und die untere bei den Grund-, Haupt- und Volksschulen gilt dies in zwei von fünf Fällen in der ersten und in drei von fünf Fällen in der Klammerrechnung.

Dies legt die Überlegung nahe, eine Rangskala nach dem Verhältnis der Schülerzahlen in den Grund-, Haupt- und Volksschulen zu denen in Gymnasien zu bilden. Dadurch würde zugleich das Problem ausgeschaltet, ob die Schüleranteile auf die Gesamtzahl aller Schüler bezogen werden sollten oder nur auf die Anzahl ohne die Schüler in Gesamtschulen. Das Ergebnis zeigt eine Gruppe von hohen Verhältniswerten bei den Großstädten

- Duisburg	2,76 zu 1
- Berlin (West)	2,22 zu 1
- Dortmund	2,09 zu 1
- Nürnberg	1,99 zu 1
- Köln	1,77 zu 1

Das heißt, in Duisburg kommen auf 100 Gymnasiasten 276 Schüler in Grund-, Haupt- und Volksschulen. Besonders niedrig liegen die entsprechenden Verhältniszahlen bei

- Bonn	0,73 zu 1
- Mainz	1,00 zu 1
- Wiesbaden	1,08 zu 1
- Frankfurt/Main	1,11 zu 1
- Stuttgart	1,16 zu 1

Den Ursachen für diese zum Teil beachtlichen Abweichungen kann im Rahmen dieser Arbeit nicht nachgegangen werden. Eine erste Vermutung, daß die unterschiedliche Höhe der Anteile ausländischer Schüler hierfür eine Rolle spielen könnte, wird zwar zum Beispiel durch die Werte von Hamburg und Duisburg, von Düsseldorf und Nürnberg, von München und Köln gestützt. Dagegen aber sprechen die Werte von Frankfurt/Main, von Stuttgart, Essen und Saarbrücken sowie von Dortmund. Die höchsten Anteile ausländischer Schüler finden sich in den nachfolgenden Großstädten. Wegen des Vergleichs mit den Schüleran-

teilen in verschiedenen Schulformen bleiben auch in dieser Aufstellung Bremen und Hannover unberücksichtigt, obwohl hierfür vergleichbare Zahlen existieren und aus Tabelle 1 ersichtlich sind.

- Duisburg	24,9 Prozent
- Frankfurt/Main	24,2 Prozent
- Köln	22,4 Prozent
- Stuttgart	21,5 Prozent
- Nürnberg	19,9 Prozent

Die Gruppe der Großstädte mit den niedrigsten Anteilen ausländischer Schüler an der Gesamtzahl der Schüler besteht aus

- Saarbrücken	7,7 Prozent
- Kiel	8,4 Prozent
- Essen	8,8 Prozent
- Bonn	10,2 Prozent
- Mainz	11,2 Prozent

In dieser Gruppe läge bei Einbeziehung Bremen mit 10,6 Prozent anstelle von Mainz. Bleibt schließlich noch ein Blick auf die Gruppen bei den Anteilen von Realschülern. Die Gruppe der oberen Werte umfaßt hier

- Kiel	19,7 Prozent (20,9)
- Stuttgart	15,6 Prozent (15,9)
- Essen	13,1 Prozent (13,6)
- Dortmund	12,8 Prozent (13,5)
- Mainz	12,8 Prozent (13,0)

Am anderen Ende der Skala befinden sich von den ausgewählten Großstädten

- Duisburg	8,0 Prozent (8,3)
- Wiesbaden	8,7 Prozent (10,1)
- Nürnberg	9,1 Prozent (9,6)
- Berlin (West)	9,6 Prozent (11,0)
- Frankfurt/Main	10,6 Prozent (12,3)

Geht man von den eingeklammerten Werten aus, dann müßten bei den Höchstwerten anstelle von Dortmund und Mainz Hamburg und Köln mit jeweils 13,8 Prozent stehen. Und bei der unteren Gruppe anstelle von Frankfurt/Main Bonn mit 12,1 Prozent.

Berufliche Schulen

Ähnlich wie die allgemeinbildenen Schulen stellen auch die beruflichen Schulen ein vielgestaltiges System dar, das sich zunächst in zwei Hauptäste aufteilt. Die erste Gruppe umfaßt die Schulen der beruflichen Ausbildung, die zweite die Schulen der beruflichen Fortbildung. Schulen der beruflichen Ausbildung sind Voll- und Teilzeitschulen im Rahmen der Berufsschulpflicht.

Hierzu zählen:

- Berufsschulen (einschließlich Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr und Berufssoonderschulen),
- Berufsaufbauschulen,
- Berufsfachschulen einschließlich Berufskollegs sowie

- Fachoberschulen und Fachgymnasien.

Schulen der beruflichen Fort- und Weiterbildung dienen der beruflichen Aufstiegsfortbildung, ihr Besuch ist freiwillig.

Hierzu zählen:

- Fachschulen einschließlich Berufs- und Fachakademien,
- Schulen für das Gesundheitswesen.

Für eine generelle Struktur Betrachtung der beruflichen Bildung kommt vor allem den Berufsschulen eine wesentliche Bedeutung zu. Sie werden von Berufsschulpflichtigen und Berufsschulberechtigten besucht, die sich in beruflicher Erstausbildung befinden oder in einem Arbeitsverhältnis stehen. Der Unterricht (maximal zwölf Wochenstunden) erfolgt in Teilzeit- oder als Blockunterricht. Innerhalb dieses Systems nehmen das Berufsgundbildungsjahr und das Berufsvorbereitungsjahr seit Anfang der siebziger Jahre eine besondere Funktion wahr. Berufsaufbauschulen, die berufstätige Jugendliche sowie Auszubildende zu einem mittleren Abschluß führen, haben in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen der Berufsvorbereitung oder Berufsausbildung. Zu ihnen zählen auch die Berufskollegs. Fachoberschulen führen zur Fachhochschulreife, Fachgymnasien befähigen zum Studium an Hochschulen. Fachschulen, zu denen auch Berufs- und Fachakademien gezählt werden, werden nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischen Berufserfahrung besucht. Die Schulen des Gesundheitswesens, in der Regel Einrichtungen an Krankenanstalten, sozialpflegerischen oder sozialpädagogischen Einrichtungen, dienen der Ausbildung in nicht-akademischen Heilberufen.

Indikator für die Bedeutung von Berufsschulen für die Großstädte sind die Umrechnungen der Schülerzahlen auf Schüler je 1000 Einwohner. Anders und stärker als bei den allgemeinbildenden Schulen kommen hier auch unterschiedliche Grade der Zentralität mit zum Ausdruck. Bezogen wiederum auf die hier ausgewählten Großstädte und in Schülern je 1000 Einwohner betragen die Spannweiten bei den beruflichen Schulen insgesamt 2,8 : 1, bei den Berufsschulen 3,1 : 1. In beiden Fällen wird der obere Wert von Saarbrücken, der untere von Berlin (West) gehalten. Zusammengefaßt wird die Spitzengruppe aus folgenden Großstädten gebildet (vergleiche Tabellen 2 und 3):

- Stadt	Berufliche Schulen insgesamt	Berufsschulen
- Saarbrücken	101,6	77,4
- Hannover	79,0	60,9
- Stuttgart	77,8	58,1
- Kiel	74,0	55,1
- Nürnberg	70,5	(54,6)
- Frankfurt/Main	(69,3)	57,7

Tabelle 2 Berufsschüler/innen in ausgewählten Großstädten im Schuljahr 1985/86

Stadt	Berufsschüler/innen		Anteil der Berufsschülerinnen in %	Anteil ausländischer Berufsschüler/innen in %
	absolut	je 1000 Einwohner		
Berlin (West)	46 904	25,3	41,2	10,0
Hamburg	52 394	33,0	42,5	4,2
München	58 066	45,9	44,6	7,2
Düsseldorf	21 103	37,5	51,9	4,8
Stuttgart	32 633	58,1	45,1	7,2
Bremen	22 611	42,8	42,5	3,8
Hannover	31 124	60,9	42,8	3,2
Köln	34 186	37,2	43,8	6,3
Essen	20 512	33,0	42,3	3,3
Frankfurt/Main	34 505	57,7	44,3	8,7
Dortmund	22 200	38,6	45,5	4,0
Duisburg	15 954	30,7	34,3	7,8
Nürnberg	25 466	54,6	46,0	6,2
Bonn	11 818	40,4	52,1	2,8
Wiesbaden	10 809	40,5	48,9	2,5
Kiel	13 503	55,1	46,0	2,3
Saarbrücken	14 514	77,4	51,9	3,2
Mainz	9 614	51,1	45,5	5,3

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

Die untere Gruppe besteht aus den Großstädten

- Berlin (West)	36,2	25,3
- Duisburg	38,4	30,7
- Essen	42,7	33,0
- Düsseldorf	46,6	37,5
- Hamburg	47,7	33,0

Diese kurzen Gegenüberstellungen zeigen bereits, welche wesentliche Bedeutung den Berufsschulen im Rahmen des gesamten beruflichen Schulwesens zukommt.

Eine beträchtliche Spannweite zwischen den ausgewählten Vergleichsstädten weisen die Anteile ausländi-

Tabelle 3 Schüler/innen in beruflichen Schulen 1985/86 in ausgewählten Großstädten

Stadt	Schüler/innen je 1000 Einwohner in 1)			
	Berufsfachschulen	Fachoberschulen/Fachgymnasien	Fachschulen	Schulen des Gesundheitswesens
Berlin (West)	2,5	1,6	3,8	3,0
Hamburg	7,5	3,3	2,3	1,6
München	5,3	2,9	5,4	1,9
Düsseldorf	3,5	0,7	1,6	3,3
Stuttgart	10,2	2,6	4,2	2,7
Bremen	7,9	2,2	1,0	1,7
Hannover	8,4	3,4	3,1	3,2
Köln	7,0	1,7	2,2	2,6
Essen	4,6	1,5	1,2	2,4
Frankfurt/Main	3,0	3,7	1,7	3,2
Dortmund	5,4	1,6	1,6	2,3
Duisburg	2,8	1,7	1,0	2,2
Nürnberg	5,7	3,0	4,7	2,5
Bonn	7,1	2,2	1,2	4,2
Wiesbaden	2,9	3,3	2,1	3,3
Kiel	6,5	4,0	4,7	3,7
Saarbrücken	5,4	6,6	9,0	3,2
Mainz	7,3	4,1	3,1	4,3

1) Wohnbevölkerung vom 30.6.1985

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

scher Schüler in den Berufsschulen mit 4,3 : 1 auf. Die beiden Gruppen der oberen und der unteren Werte werden hier aus folgenden Großstädten gebildet:

- Berlin (West)	10,0
- Frankfurt/Main	8,7
- Duisburg	7,8
- München	7,2
- Stuttgart	7,2
- Kiel	2,3
- Wiesbaden	2,5
- Bonn	2,8
- Hannover	3,2
- Saarbrücken	3,2

Dabei sind in beiden Gruppen jeweils drei Städte enthalten, die auch schon bei den allgemeinbildenden Schulen mit im oberen bzw. unteren Drittel lagen: Frankfurt/Main, Duisburg und Stuttgart auf der einen Seite, Kiel, Bonn und Saarbrücken auf der anderen.

Die in den bisherigen Ausführungen zum Ausdruck gebrachten Verschiedenheiten zeigen, daß Regionalvergleiche in der Regel einer detaillierten Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangsbasis bedürfen. Zeitvergleiche für einzelne Großstädte, die die Strukturverän-

Tabelle 4 Schüler/innen an Musikschulen 1985 und Ausgaben 1984 in ausgewählten Großstädten

Stadt	Schüler/innen an Musikschulen je 1000 Einwohner	Ausgaben je Schüler/in an Musikschulen in DM
	1985	1984
Berlin (West)	14,5	678
Hamburg	5,1	1 104
München	9,9	475
Düsseldorf	13,2	1 106
Stuttgart	7,9	1 206
Bremen	8,0	1 026
Hannover	4,8	1 495
Köln	4,6	2 163
Essen	5,9	1 095
Frankfurt	8,3	1 993
Dortmund	8,7	1) 645
Duisburg	4,6	1 164
Nürnberg	7,7	685
Bonn	13,4	1 139
Wiesbaden	8,1	946
Kiel	5,5	742
Saarbrücken	5,5	2) 1 107
Mainz	5,0	555

1) 1981

2) 1982

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

derungen im Bildungswesen verdeutlichen können, ohne der erwähnten besonderen Problematik des Regionalvergleichs zu unterliegen, erfordern längere Zeiträume als sie der VDSt-Strukturbericht „Kultur und Bildung“ umfaßt.

Musikschulen

Von den über 700 Mitgliedsschulen des Verbandes Deutscher Musikschulen

werden in der Gemeindegrößenklasse mit über 50 000 Einwohnern etwa ein Viertel nachgewiesen, in denen jedoch fast die Hälfte aller Schüler in Musikschulen unterrichtet wird. Nahezu 80 Prozent der Musikschulen sind in öffentlicher, zumeist kommunaler Trägerschaft, die übrigen 20 Prozent als eingetragene Vereine tätig. Dabei werden deutlich länderspezifische Konzentrationen sichtbar: Die Musikschulen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen sind überwiegend als eingetragene Vereine organisiert. Das ist bei Regionalvergleichen insofern von Bedeutung, als zum Beispiel die öffentlichen Träger im Durchschnitt eine erheblich höhere Zahl von Schülern je Schule ausweisen, bei den Finanzen hingegen die Einnahmen nur 43 Prozent der Ausgaben betragen, während diese Deckungsquote bei den eingetragenen Vereinen 54 Prozent ausmacht.

Unter den in diesem Beitrag ausgewiesenen Großstädten hatten die höchsten Schülerzahlen je 1000 Einwohner im Jahr 1985 (vergleiche Tabelle 4)

- Berlin (West)	14,5
- Bonn	13,4
- Düsseldorf	13,2
- München	9,9
- Dortmund	8,7

und die niedrigsten

- Duisburg	4,6
- Köln	4,6
- Hannover	4,8
- Mainz	5,0
- Hamburg	5,1

Bei den Ausgaben, genauer: den Bruttoausgaben 1984 in DM je Schüler, lagen die Spitzenwerte bei

- Köln	2163 DM
- Hannover	1495 DM
- Stuttgart	1206 DM
- Duisburg	1164 DM
- Bonn	1139 DM

in drei Fällen also korrespondierend mit niedrigen Werten bei den Schülerzahlen je Einwohner, im Falle Bonns allerdings auch mit einer hohen Schülerquote. Die Niedrigstwerte entfielen auf

- München	475 DM
- Mainz	555 DM
- Dortmund	645 DM
- Berlin (West)	678 DM
- Nürnberg	685 DM

Auch diese Gruppe korrespondiert also in drei Fällen mit der Gruppe der hohen Schülerquoten und in einem Fall (Mainz) mit deren Gegenteil. Damit ist bereits der Finanzgesichtspunkt angesprochen, dessen Aussagekraft allerdings vor allem in dem Hinweis auf die Problematik des Vergleichs liegen muß.

Tabelle 5 **Gemeindliche Schulausgaben in DM je Einwohner in ausgewählten Großstädten 1985**

Stadt	Ausgaben für			
	allgemeinbildende Schulen			berufliche Schulen
	Ausgaben insgesamt	Laufende Ausgaben	Laufende Ausgaben des gesamten Verwaltungshaushalts	
	DM je Einwohner		%	DM je Einwohner
Berlin (West)	1) 1 049,1	1) 937,8	1) 10,6	149,48
Hamburg	1) 953,4	1) 885,6	.	169,05
München	497,5	449,0	15,0	166,81
Düsseldorf	227,5	188,4	4,9	29,45
Stuttgart	276,1	222,8	5,1	46,15
Bremen	1) 1 025,6	1) 996,5	1) 14,3	.
Hannover	225,5	213,8	5,5	27,57
Köln	245,3	220,9	7,3	16,87
Essen	218,2	178,0	6,4	24,96
Frankfurt/Main	317,6	269,9	5,8	35,95
Dortmund	226,0	213,2	7,3	24,47
Duisburg	217,6	188,6	6,5	21,00
Nürnberg	466,0	447,4	14,4	198,95
Bonn	224,4	201,4	6,7	28,47
Wiesbaden	192,4	152,8	5,6	19,84
Kiel	196,8	175,3	6,9	29,30
Saarbrücken	118,9	102,9	3,0	.
Mainz	191,7	177,2	6,6	26,45

1) Stadtstaaten: Kommunale und staatliche Ausgaben zusammen.

Quelle: VdSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

Gemeindliche Ausgaben für allgemeinbildende und berufliche Schulen

Ein Blick in die „Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts“ zeigt, hier am Beispiel des Jahres 1984, die Aufteilung der Position „Nettoausgaben“ für die Gliederungsbereiche „Allgemeinbildende Schulen“ und „Berufliche Schulen“:

Allgemeinbildende Schulen

	Nettoausgaben	
	Mio. DM	Prozent
Staat (Länder)	28 643	78,6
Gemeinden/Gemeindeverbände	7 861	21,6
Zweckverbände	- 57	- 0,2
Zusammen	36 447	100

Berufliche Schulen

	Nettoausgaben	
	Mio. DM	Prozent
Staat (Länder)	5 252	79,0
Gemeinden/Gemeindeverbände	1 394	21,0
Zweckverbände	5	.
Zusammen	6 652	100

In diesen Zahlen sind die drei Stadtstaaten ausschließlich mit Landes-(Staats-)ausgaben enthalten, das heißt, zur Ermittlung der Gesamtrelation für die Flächenländer wären bei den Zeilen „Staat“ und „zusammen“ jeweils 2902 Millionen DM (allgemeinbildende Schulen) und 544 Millionen DM (berufliche Schulen) abzusetzen. Nach dem Verhältnis „Gesamtausgaben zu Gemeindeausgaben“ in den einzelnen Flächenländern wären die in dem Strukturbericht „Kultur und Bildung“ aufgeführten Kommunalausgaben für das Schulwesen etwa mit einem Faktor zu multiplizieren, wie er sich aus der folgenden Aufstellung ergibt, um auf die tatsächlichen Ausgaben für das Bildungswesen zu kommen:

	Allgemeinbildende Schulen	Berufliche Schulen
Baden-Württemberg	5,58	5,54
Saarland	5,44	5,55
Bayern	4,27	3,37
Rheinland-Pfalz	4,11	4,91
Nordrhein-Westfalen	4,10	4,96
Niedersachsen	4,05	4,19
Hessen	3,86	4,32
Schleswig-Holstein	3,72	3,83

Die danach ermittelten Werte können als etwa vergleichbar mit den Daten der

Stadtstaaten angesehen werden, wobei allerdings keinerlei Zentralitätszuschlag berücksichtigt worden ist, der für Landeshauptstädte und Städte dieser Größenordnung angesetzt werden muß. Die vergleichsweise hohen Pro-Kopf-Ausgaben in den bayerischen Städten, wie sie auch jetzt schon aus Tabelle 5 ersichtlich sind, erklären sich durch kommunale Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen. Nur um einmal wirklichkeitsnähere Größenordnungen anzudeuten, soll für die Großstädte über 500 000 Einwohner, die zugleich Landeshauptstädte sind, im folgenden für die Spalten „Gesamtausgaben für allgemeinbildende Schulen“ und „Berufsschulsausgaben“ die Multiplikation der in Tabelle 5 enthaltenen Werte aus dem Strukturbericht mit den vorstehend genannten jeweiligen Landesfaktoren für das Jahr 1984 (die Werte für 1985 lagen bei Abfassung dieses Beitrages noch nicht vor) erfolgen:

Ausgaben für allgemeinbildende Schulen

	Betrag aus Tabelle 5	Hochrechnungsfaktor	Rechnerische Gesamtausgaben
Berlin (West)	1 049,1	1,00	1 050
Hamburg	953,4	1,00	950
München	497,5	4,27	2 120
Düsseldorf	227,5	4,10	930
Stuttgart	276,1	5,58	1 540
Bremen	1 025,6	1,00	1 030
Hannover	225,5	4,05	910

Ausgaben für berufliche Schulen

	Betrag aus Tabelle 5	Hochrechnungsfaktor	Rechnerische Gesamtausgaben
Berlin (West)	149,5	1,00	150
Hamburg	169,1	1,00	170
München	166,8	3,37	560
Düsseldorf	29,5	4,96	150
Stuttgart	46,2	5,54	260
Bremen	-	1,00	-
Hannover	27,6	4,19	120

Grundsätzlich ist bei allen Ausgabenvergleichen abzuwägen, ob diese nicht

zweckmäßiger auf der Basis der laufenden Ausgaben (Verwaltungshaushalt) angestellt werden sollten, um die Zufälligkeiten von Investitionsschüben und die für diese bestehenden Kreditfinanzierungen zu eliminieren. Um auch hierfür nochmals Größenordnungen darzustellen, sei die nachstehende Rechnung für die laufenden Ausgaben für allgemeinbildende Schulen durchgeführt:

Laufende Ausgaben für allgemeinbildende Schulen

	Betrag aus Tabelle 5	Hochrechnungsfaktor	Rechnerische laufende Ausgaben
Berlin (West)	937,8	1,00	940
Hamburg	885,6	1,00	890
München	449,0	4,34	1 950
Düsseldorf	188,4	4,43	830
Stuttgart	222,8	4,30	960
Bremen	996,5	1,00	1 000
Hannover	213,8	4,51	960

Jürgen Weißker

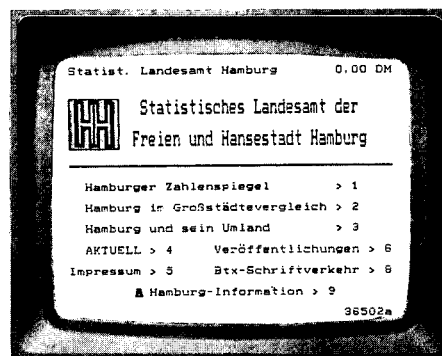


Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik, informiert über Hamburg im Großstadtvergleich sowie über die Region Hamburg und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landes-

ämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemeinschaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



Arbeitskosten der Hamburger Unternehmen im Produzierenden Gewerbe

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hatte für das Jahr 1984 die Durchführung einer Arbeitskostenerhebung¹⁾ im Produzierenden Gewerbe verordnet. Entsprechende Erhebungen gibt es seit 1959, seit 1966 werden sie in dreijährigem Rhythmus durchgeführt. Sie haben die Aufgabe, die gesamten Aufwendungen der Arbeitgeber für ihre Beschäftigten umfassend zu ermitteln. Erfasst werden auch Aufwendungen, die keinen Lohn darstellen; dazu gehören beispielsweise die Zahlungen für die Vergütung arbeitsfreier Tage, für Sonderzahlungen, die betriebliche Altersversorgung und berufliche Bildungsmaßnahmen sowie die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung. Neben der Kostenseite für die Unternehmen spiegeln die Ergebnisse andererseits auch Beträge wider, die den Arbeitnehmern mittelbar oder unmittelbar zugute kommen und damit wesentlich die Einkommenssituation der privaten Haushalte beeinflussen. Im Hinblick auf die Belastungen, die den auskunftspflichtigen Unternehmen durch

eine Arbeitskostenerhebung entstehen, wurde der Stichprobenumfang, das heißt die Zahl der in die Auswahl einbezogenen Betriebe, unter Berücksichtigung einer uneingeschränkten Aussagefähigkeit bundesweit im Durchschnitt um rund zehn Prozent gegenüber 1981 reduziert. Eine weitere Entlastung der Wirtschaft wurde dadurch angestrebt, daß in den aus kleineren Unternehmen bestehenden und nicht total zu erfassenden Schichten der Stichprobe ein Austausch der Auskunftspflichtigen (Rotation) gegenüber der Erhebung 1981 durchgeführt worden ist. Berichtspflichtig waren Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern. Für Hamburg bedeutete dies bei einem Auswahlatz von knapp 25 Prozent die Einbeziehung von 561 Unternehmen. Der gegenüber dem Bundesdurchschnitt von fast 15 Prozent deutlich höhere Anteil von einbezogenen Betrieben war erforderlich, weil in kleineren Bundesländern die Gesamtzahl der bestehenden Betriebe geringer ist und die Erhebung auch auf Länderebene die verschiedenen Kostenarten vor allem in den Wirtschaftszweigen und nach Betriebsgrößenklassen repräsentativ darstellen soll.

¹⁾ Verordnung Nr. 3149/83 vom 4. November 1983, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 309/2.

In Hamburg höhere Arbeitskosten als im Bund

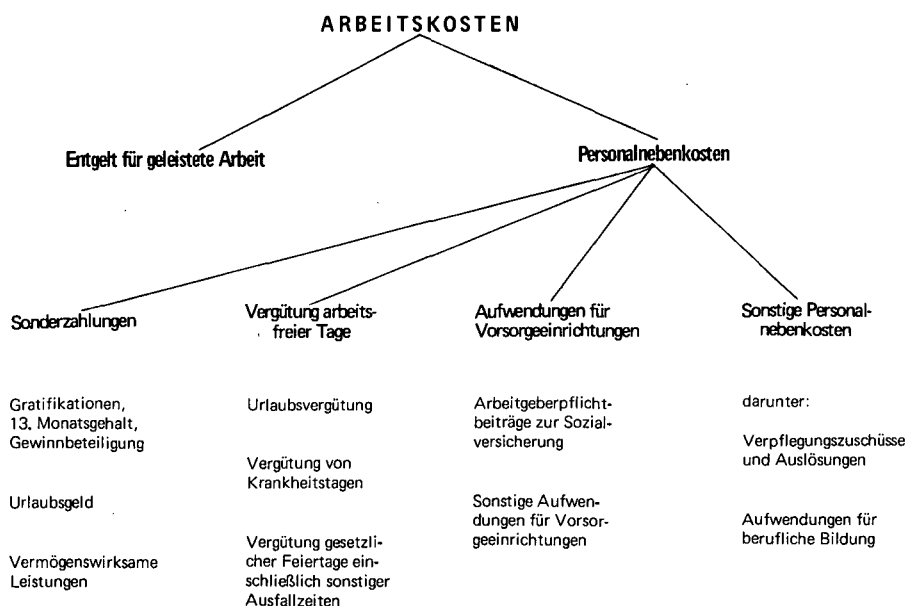
Die Personalkosten in Hamburger Unternehmen des Produzierenden Gewerbes betragen 1984 im Durchschnitt 64 750 DM je Arbeitnehmer. Das bedeutete eine Steigerung um 13,8 Prozent gegenüber 1981 und um 90,3 Prozent gegenüber 1975. Der jährliche Zuwachs im jüngst vergangenen Zeitraum lag also niedriger als in der Neunjahresperiode und kennzeichnet eine erheblich verlangsamte Zunahme der Entgeltzahlungen wie auch der Nebenkosten in den letzten Jahren.

Der Anteil der Entgelte für geleistete Arbeit aller Arbeitnehmer an den Arbeitskosten insgesamt sank von 60,8 Prozent 1975 auf 55,1 Prozent 1981 und blieb bis 1984 in Hamburg konstant.

Insgesamt lagen 1984 die Arbeitskosten je Arbeitnehmer mit 64 750 DM um ein Fünftel (19,9 Prozent) über denen im Bundesdurchschnitt (53 987 DM). Die Steigerungsrate gegenüber 1981 war für den Bund dagegen mit 15,5 Prozent etwas höher als in Hamburg, lag für den Gesamtzeitraum (1975-1984) allerdings mit 78,0 Prozent in Hamburg deutlich niedriger. 1975 lag das Niveau der Arbeitskosten je Arbeitnehmer in Hamburg nur um 12,2 Prozent über dem des Bundesdurchschnitts.

Der Anteil des Entgelts für geleistete Arbeit an den Arbeitskosten insgesamt sank auch im Bundesergebnis, und zwar von 61,8 Prozent 1975 auf 57,0 Prozent 1981 und 55,8 Prozent 1984. Im Vergleich sind die Hamburger Unternehmen dennoch weiterhin stärker mit Nebenkosten belastet als der Durchschnitt der bundesdeutschen Betriebe.

Gliederung der Arbeitskosten



Arbeitskosten für Angestellte höher als für Arbeiter

Die Personalkosten für die Angestellten – sowohl das Entgelt als auch die Nebenkosten – stiegen stärker als für die Arbeiter. Gegenüber 1981 lagen sie um 15,1 Prozent, gegenüber 1975 um 92,4 Prozent höher, bei den Arbeitern dagegen nur um 11,8 bzw. 83,8 Prozent. Die Differenz zwischen den absoluten Beträgen hat sich somit weiter vergrößert, so daß 1984 die Arbeitskostenbelastung für Angestellte mit 79 946 DM um fast die Hälfte höher war als für Arbeiter (53 860 DM).

Tabelle 1 Personalkosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe nach Art der Aufwendungen und Arbeitnehmergruppen in Hamburg und im Bundesgebiet 1975, 1981 und 1984
Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern

Aufwendungsart	Angestellte					Arbeiter					Arbeitnehmer insgesamt				
	1984	1981	1975	Veränderung gegenüber		1984	1981	1975	Veränderung gegenüber		1984	1981	1975	Veränderung gegenüber	
				1981	1975				1981	1975				1981	1975
	DM			%		DM			%		DM			%	
- 1. Hamburg -															
Personalkosten insgesamt	79 946	69 465	41 559	+ 15,1	+ 92,4	53 860	48 172	29 300	+ 11,8	+ 83,8	64 750	56 880	34 033	+ 13,8	+ 90,3
davon Entgelt für geleistete Arbeit	44 462	38 628	25 598	+ 15,1	+ 73,7	29 352	26 328	17 623	+ 11,5	+ 66,6	35 660	31 358	20 702	+ 13,7	+ 72,3
Anteil in Prozent	55,6	55,6	61,6	x	x	54,5	54,7	60,1	x	x	55,1	55,1	60,8	x	x
Personalnebenkosten	35 485	30 838	15 961	+ 15,1	+122,3	24 508	21 844	11 677	+ 12,2	+109,9	29 091	25 522	13 331	+ 14,0	+118,2
Anteil in Prozent	44,4	44,4	38,4	x	x	45,5	45,3	39,9	x	x	44,9	44,9	39,2	x	x
- 2. Bundesgebiet -															
Personalkosten insgesamt	71 397	61 159	39 245	+ 16,7	+ 81,9	46 280	40 813	26 783	+ 13,4	+ 72,8	53 987	46 728	30 332	+ 15,5	+ 78,0
davon Entgelt für geleistete Arbeit	40 444	35 615	24 704	+ 13,6	+ 63,7	25 565	22 946	16 391	+ 11,4	+ 56,0	30 131	26 630	18 758	+ 13,1	+ 60,6
Anteil in Prozent	56,6	58,2	62,9	x	x	55,2	56,2	61,2	x	x	55,8	57,0	61,8	x	x
Personalnebenkosten	30 953	25 543	14 542	+ 21,2	+112,9	20 715	17 867	10 392	+ 15,9	+ 99,3	23 857	20 099	11 574	+ 18,7	+106,1
Anteil in Prozent	43,4	41,8	37,1	x	x	44,8	43,8	38,8	x	x	44,2	43,0	38,2	x	x

Diese Entwicklung läßt sich gleichermaßen auch im Ergebnis für das Bundesgebiet feststellen, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau. Mit Beträgen in Höhe von 71 397 DM für Angestellte und 46 280 DM für Arbeiter lagen sie um 10,7 bzw. 14,1 Prozent unterhalb der in Hamburg entstandenen Personalkosten.

Die starken Unterschiede in den Arbeitskosten zwischen Angestellten und Arbeitern sind vor allem durch den relativ hohen Anteil von Ungelernten unter den Arbeitern zu erklären, während die Verdienste – insbesondere auch der technischen Angestellten im Produzierenden Gewerbe – relativ hoch sind.

Im Vergleich der Anteile von Entgeltzahlungen und Personalnebenkosten ergaben sich keine bedeutenden Unterschiede zwischen Angestellten und Arbeitern. In Hamburg blieb zwischen 1981 und 1984 der Anteil der Personalnebenkosten bei den Angestellten konstant bei 44,4 Prozent (1975: 38,4 Prozent), während er bei den Arbeitern noch geringfügig von 45,3 auf 45,5 Prozent gestiegen war (1975: 39,9 Prozent). Im Bundesgebiet insgesamt war der Anteil der Nebenkosten sowohl bei den Angestellten als auch bei den Arbeitern noch deutlicher steigend, hatte jedoch mit 43,4 Prozent bei den Angestellten und 44,8 Prozent bei den Arbeitern noch nicht die Hamburger Anteilswerte erreicht.

Höchste Arbeitskosten in der Mineralölverarbeitung

In den einzelnen Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes zeigten sich erhebliche Abweichungen vom Durchschnittswert bei den Aufwendungen der Arbeitgeber für ihre Beschäftigten.

Diese Differenzierungen sind unter anderem auf die verschieden gearteten Produktionsbedingungen und die unterschiedliche Verteilung in der Wertigkeit von Arbeitsplätzen zurückzuführen.

Mit Abstand die höchsten Arbeitskosten je Arbeitnehmer entstanden der Mineralölverarbeitung mit 106 819 DM, gefolgt von der Energie- und Wasserwirtschaft (82 812 DM) und dem Druckerei- und Verlagsgewerbe (73 287 DM). Am unteren Ende standen die Industrie der Gummi- und Kunststoffverarbeitung (48 391 DM), das Textilgewerbe (41 980 DM) und das Bekleidungs-gewerbe (41 717 DM).

Diese Abstufungen spiegeln sich in etwa auch in der Unterscheidung der Arbeitnehmer nach Angestellten und Arbeitern sowie in der Differenzierung der Arbeitskosten nach Entgelten und Nebenkosten wider. Im Durchschnitt entstanden für einen Angestellten im Produzierenden Gewerbe Entgeltzahlungen in Höhe von 44 462 DM. Die Mineralölverarbeitung nahm mit 56 736 DM wieder den ersten Platz ein, gefolgt vom Schiffbau (49 327 DM) und dem Druckerei- und Verlagsgewerbe (48 705 DM). Am Ende der Skala lagen die Wirtschaftszweige Textilgewerbe (34 219 DM), Bau von Kraftwagen (36 846 DM) und Bekleidungs-gewerbe (37 170 DM). Die ausgezahlten Beträge im Wirtschaftszweig mit den höchsten Entgelten verhielten sich für die Angestellten gegenüber denen im Wirtschaftsbereich mit den niedrigsten Gehältern somit anders, nämlich 1,7:1, gegenüber 2,6:1 bei den Arbeitskosten je Arbeitnehmer insgesamt. Auch bei den Arbeitern waren die Unterschiede zwischen den Branchen, wenn auch höher als bei den Angestelltenentgelten, ebenfalls deutlich niedriger als bei den Arbeitskosten insgesamt. Die Spanne um

den Durchschnitt von 29 352 DM im Produzierenden Gewerbe insgesamt reichte von 41 885 DM in der Mineralölverarbeitung und 36 179 DM im Druckerei- und Verlagsgewerbe bis zu 23 424 DM im Bekleidungs-gewerbe (ohne Pelzwaren) und 20 971 DM im Textilgewerbe.

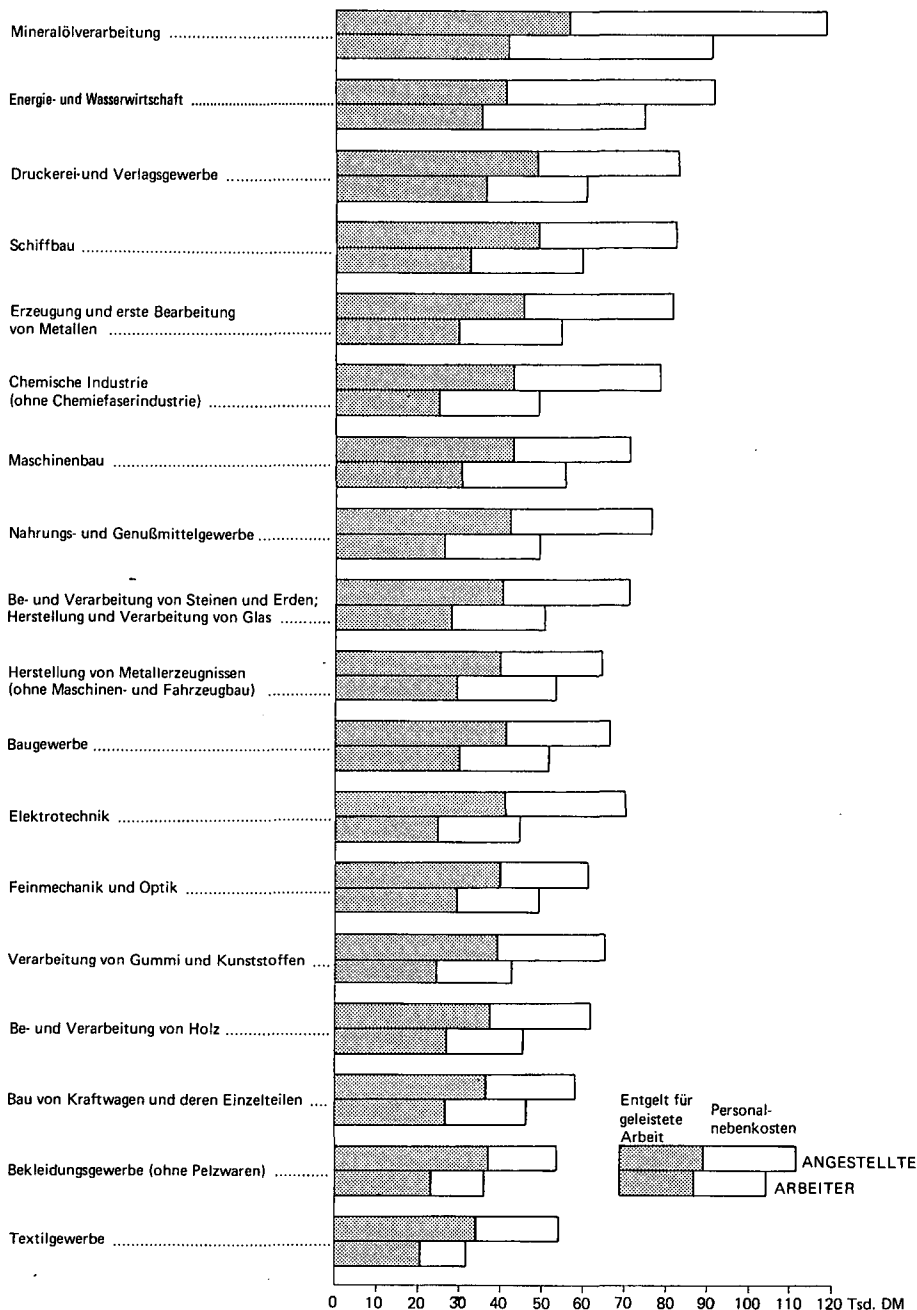
Damit erhielten Angestellte im Durchschnitt um mehr als die Hälfte höhere (plus 51,5 Prozent) Entgelte für geleistete Arbeit als Arbeiter. Nach Wirtschaftszweigen differenziert, zeigten sich jedoch erhebliche Abweichungen. In der Energie- und Wasserwirtschaft bekamen Angestellte nur gut 16 Prozent höhere Entgelte als Arbeiter, das war – vergleicht man die Wirtschaftszweige – die mit Abstand geringste Differenz. In der Industrie der Metallerzeugung sowie Feinmechanik und Optik, im Druckerei- und Verlagsgewerbe und in der Mineralölverarbeitung wurden für einen Angestellten gut ein Drittel (33,7 bis 35,4 Prozent) mehr ausgezahlt als für einen Arbeiter. Dagegen gab es in der Chemischen Industrie (plus 70,5 Prozent), der Elektrotechnik (plus 65,9 Prozent), im Textilgewerbe (plus 63,2 Prozent) und im Bekleidungs-gewerbe (plus 58,7 Prozent) wesentlich höhere Entgeltzahlungen für Angestellte als für Arbeiter. Diese Unterschiede hatten sich 1984 gegenüber 1981 zum Teil erheblich verschoben. Im Durchschnitt wuchs die Differenz zugunsten der Angestellten um 4,8 Prozentpunkte, am stärksten in den Wirtschaftszweigen Schiffbau (plus 17,6), Druckerei- und Verlagsgewerbe (plus 15,8), Baugewerbe (plus 13,1), Maschinenbau (plus 11,5), Bau von Kraftwagen (plus 10,3) und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (plus 10,3 Prozentpunkte). Dagegen verringerten sich die Unterschiede deutlich im Bekleidungs-gewerbe (minus 37,7), in

Tabelle 2 Entgelt für geleistete Arbeit und Personalnebenkosten je Arbeitnehmer in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes in Hamburg 1981 und 1984

Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern

Wirtschaftszweig	Entgelt für geleistete Arbeit je Arbeitnehmer			Personalnebenkosten je Arbeitnehmer			Anteil der Personalnebenkosten an Personalkosten insgesamt	
	1984	1981	Veränderung	1984	1981	Veränderung	1984	1981
	DM		%	DM		%	%	
- Angestellte -								
Produzierendes Gewerbe insgesamt	44 462	38 628	+ 15,1	35 485	30 838	+ 15,1	44,4	44,4
Mineralölverarbeitung	56 736	53 059	+ 6,9	61 931	56 537	+ 9,5	52,2	51,6
Energie- und Wasserwirtschaft	41 051	36 474	+ 12,5	50 599	49 827	+ 1,6	55,2	57,7
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	45 783	41 535	+ 10,2	35 688	28 591	+ 24,8	43,8	40,8
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden;								
Herstellung und Verarbeitung von Glas	40 461	36 165	+ 11,9	31 381	24 463	+ 28,3	43,7	40,4
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	43 195	38 695	+ 11,6	35 103	28 572	+ 22,9	44,8	42,5
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne								
Maschinen- und Fahrzeugbau)								
Maschinenbau	40 081	36 218	+ 10,7	24 843	21 006	+ 18,3	38,3	36,7
Elektrotechnik	43 042	38 223	+ 12,6	28 658	22 668	+ 26,4	40,0	37,2
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	41 713	35 404	+ 17,8	29 197	25 176	+ 16,0	41,2	41,6
Schiffbau	36 846	35 623	+ 3,4	21 865	20 549	+ 6,4	37,2	36,6
Feinmechanik und Optik	49 327	45 931	+ 7,4	32 777	28 060	+ 16,8	39,9	37,9
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	40 232	35 371	+ 13,7	21 043	21 397	- 1,7	34,3	37,7
Textilgewerbe	42 599	35 615	+ 19,6	33 628	27 111	+ 24,0	44,1	43,2
Bekleidungs- und Lederwaren	34 219	30 473	+ 12,3	20 334	17 275	+ 17,7	37,3	36,2
Be- und Verarbeitung von Holz	37 170	38 941	- 4,5	16 598	19 529	- 15,0	30,9	33,4
Druckerei- und Verlags- und Buchverlagsgewerbe	37 844	34 916	+ 8,4	24 018	18 571	+ 29,3	38,8	34,7
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	48 705	38 394	+ 26,9	34 205	32 220	+ 6,2	41,3	45,6
Baugewerbe	39 285	34 425	+ 14,1	26 234	26 232	+ 0,0	40,0	43,2
	41 663	34 336	+ 21,3	24 811	20 568	+ 20,6	37,3	37,5
- Arbeiter -								
Produzierendes Gewerbe insgesamt	29 352	26 328	+ 11,5	24 508	21 844	+ 12,2	45,5	45,3
Mineralölverarbeitung	41 885	36 836	+ 13,7	48 124	40 810	+ 17,9	53,5	52,6
Energie- und Wasserwirtschaft	35 272	28 516	+ 23,7	39 328	43 382	- 9,3	52,7	60,3
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	29 803	27 343	+ 9,0	24 478	21 576	+ 13,5	45,1	44,1
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden;								
Herstellung und Verarbeitung von Glas	28 714	23 852	+ 20,4	21 361	17 459	+ 22,4	42,7	42,3
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	25 333	23 319	+ 8,6	24 141	20 254	+ 19,2	48,8	46,5
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne								
Maschinen- und Fahrzeugbau)								
Maschinenbau	29 968	26 075	+ 14,9	23 780	20 110	+ 18,3	44,2	43,5
Elektrotechnik	30 474	29 456	+ 3,5	25 201	21 619	+ 16,6	45,3	42,3
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	25 138	20 341	+ 23,6	19 305	17 367	+ 11,2	43,4	46,1
Schiffbau	27 042	28 284	- 4,4	19 571	18 902	+ 3,5	42,0	40,1
Feinmechanik und Optik	32 570	34 314	- 5,1	27 171	25 607	+ 6,1	45,5	42,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	29 912	26 697	+ 12,0	19 724	15 459	+ 27,6	39,7	36,7
Textilgewerbe	26 749	23 905	+ 11,9	22 924	20 711	+ 10,7	46,2	46,4
Bekleidungs- und Lederwaren	20 971	19 138	+ 9,6	10 908	10 236	+ 6,6	34,2	34,8
Be- und Verarbeitung von Holz	23 424	19 828	+ 18,1	13 092	14 115	- 7,2	35,9	41,6
Druckerei- und Verlags- und Buchverlagsgewerbe	27 021	23 514	+ 14,9	18 740	13 850	+ 35,3	41,0	37,1
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	36 179	32 314	+ 12,0	24 202	20 646	+ 17,2	40,1	39,0
Baugewerbe	24 650	22 666	+ 8,8	18 381	17 078	+ 7,6	42,7	43,0
	30 090	27 391	+ 9,9	21 840	20 889	+ 4,6	42,1	43,3
- Arbeitnehmer insgesamt -								
Produzierendes Gewerbe insgesamt	35 660	31 358	+ 13,7	29 091	25 522	+ 14,0	44,9	44,9
Mineralölverarbeitung	50 596	47 408	+ 6,7	56 223	51 058	+ 10,1	52,6	51,9
Energie- und Wasserwirtschaft	38 055	32 100	+ 18,6	44 757	46 284	- 3,3	54,0	59,0
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	33 977	30 877	+ 10,0	27 405	23 323	+ 17,5	44,6	43,0
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden;								
Herstellung und Verarbeitung von Glas	32 040	27 797	+ 15,3	24 199	19 703	+ 22,8	43,0	41,5
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	34 787	31 198	+ 11,5	29 943	24 516	+ 22,1	46,3	44,0
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne								
Maschinen- und Fahrzeugbau)								
Maschinenbau	33 325	28 846	+ 15,5	24 133	20 355	+ 18,6	42,0	41,4
Elektrotechnik	35 601	33 040	+ 7,8	26 611	22 048	+ 20,7	42,8	40,0
Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen	33 897	27 765	+ 22,1	24 532	21 216	+ 15,6	42,0	43,3
Schiffbau	29 823	30 750	- 3,0	20 222	19 455	+ 3,9	40,4	38,8
Feinmechanik und Optik	37 204	37 505	- 0,8	28 721	26 281	+ 9,3	43,6	41,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	33 365	30 246	+ 10,3	20 165	17 888	+ 12,7	37,7	37,2
Textilgewerbe	33 208	28 746	+ 15,5	27 285	23 357	+ 16,8	45,1	44,8
Bekleidungs- und Lederwaren	26 873	23 302	+ 15,3	15 107	12 822	+ 17,8	36,0	35,5
Be- und Verarbeitung von Holz	27 568	24 773	+ 11,3	14 149	15 516	- 8,8	33,9	38,5
Druckerei- und Verlags- und Buchverlagsgewerbe	30 161	26 001	+ 16,0	20 271	14 880	+ 36,2	40,2	36,4
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	43 354	35 595	+ 21,8	29 932	26 892	+ 11,3	40,8	43,0
Baugewerbe	28 138	25 447	+ 10,6	20 253	19 243	+ 5,2	41,9	43,1
	32 733	28 821	+ 13,6	22 518	20 823	+ 8,1	40,8	41,9

Schaubild 1 **Arbeitskosten je Arbeitnehmer in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes in Hamburg 1984**



3/2 87 4

der Energie- und Wasserwirtschaft (minus 11,5) und im Wirtschaftszweig Steine, Erden, Glas (minus 10,7 Prozentpunkte).

Diese Entwicklung in den Unterschieden zwischen Lohn- und Gehaltszahlungen findet sich unmittelbar auch in der Entwicklung der Zahlungen an Angestellte und Arbeiter zwischen 1981 und 1984 wieder. Die Zunahme im Produzierenden Gewerbe insgesamt betrug bei den Angestellten 15,1 bei den Arbeitern 11,5

Prozent. Weit über dem Durchschnittsentgelt lagen die Bezüge der Angestellten im Druckerei- und Verlagsgewerbe (plus 26,9 Prozent), im Baugewerbe (plus 21,3 Prozent) und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (plus 19,6 Prozent), während die Arbeiter in der Energie- und Wasserwirtschaft (plus 23,7 Prozent), der Elektrotechnik (plus 23,6 Prozent), im Wirtschaftszweig Steine, Erden, Glas (plus 20,4 Prozent) und im Bekleidungs-gewerbe (plus 18,1 Prozent) überdurchschnittliche Entgeltzu-

wächse aufzuweisen hatten. Leichte Rückgänge wurden nur bei den Angestellten im Bekleidungs-gewerbe (minus 4,5 Prozent) und bei den Arbeiterlöhnen im Schiffbau (minus 5,1 Prozent) und im Kraftwagenbau (minus 4,4 Prozent) festgestellt.

Die Tatsache, daß die Entgeltzahlungen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen erheblich weniger auseinanderklaffen als die Arbeitskosten insgesamt, bedeutet, daß es sehr große Spannen bei den Personalnebenkosten geben muß. Allerdings ist es im allgemeinen so, daß Betriebe und Unternehmen von Wirtschaftszweigen mit überdurchschnittlich hohen Entgeltzahlungen auch von hohen Personalnebenkosten betroffen sind. Das gilt in der Regel für Angestellte wie für Arbeiter. Die höchsten Nebenkosten entstanden bei den Angestellten in der Mineralölverarbeitung (61 931 DM) und der Energie- und Wasserwirtschaft (50 599 DM), die niedrigsten im Bekleidungs-gewerbe (16 592 DM) und im Textil-gewerbe (20 334 DM).

Bei den Arbeitern wurden ebenfalls die höchsten Nebenkosten in der Mineralölverarbeitung (48 124 DM) und in der Energie- und Wasserwirtschaft (39 328 DM) gezahlt und die niedrigsten im Textil- (10 908 DM) und Bekleidungs-gewerbe (13 092 DM) ausgegeben. Damit lagen die Personalnebenkosten in Wirtschaftszweigen mit den höchsten Werten bei den Angestellten um das 2,7fache, bei den Arbeitern sogar um das 3,4fache über denen des Wirtschaftszweigs mit den geringsten Ausgaben für die Nebenkosten.

Entsprechend unterschiedlich zeigte sich auch der Anteil der Personalnebenkosten an den Arbeitskosten insgesamt. Während er im Durchschnitt bei den Angestellten (44,4 Prozent) und Arbeitern (45,5 Prozent) nahezu ausgeglichen war und nicht oder unbedeutend gegenüber 1981 gestiegen ist, gab es unter den Wirtschaftszweigen beachtliche Differenzierungen. In der Mineralölverarbeitung (52,2 bzw. 53,5 Prozent) und in der Energie- und Wasserwirtschaft (55,2 bzw. 52,7 Prozent) hatten sowohl bei Angestellten wie auch den Arbeitern die Personalnebenkosten die Entgeltzahlungen bereits übertroffen. Bemerkenswert ist jedoch, daß in dem zuletzt genannten Wirtschaftszweig sowohl bei den Angestellten (minus 2,5 Prozentpunkte) als insbesondere auch bei den Arbeitern (minus 7,6 Prozentpunkte) der Anteil zurückging, weil die Nebenkosten je Arbeitnehmer bei den Angestellten gegenüber 1981 nur gering stiegen (plus 1,6 Prozent), bei den Arbeitern sogar deutlich abnahmen (minus 9,3 Prozent). Der geringste Anteil von Personalnebenkosten an den Arbeitskosten wurde bei den Angestellten im Bekleidungs-gewerbe (30,9 Prozent) und im Wirtschaftszweig Feinmechanik und Optik (34,3 Prozent), bei den Arbeitern im Textil-gewerbe (34,2 Prozent) und Bekleidungs-gewerbe (35,9 Prozent) festgestellt.

Tabelle 3 Personalkosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe nach Unternehmensgrößenklassen und Arbeitnehmergruppen in Hamburg 1981 und 1984
 Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern

Aufwendungsart	Angestellte			Arbeiter			Arbeitnehmer insgesamt		
	1984	1981	Veränderung	1984	1981	Veränderung	1984	1981	Veränderung
	DM		%	DM		%	DM		%
- 10 bis 49 Arbeitnehmer -									
Personalkosten	57 328	44 738	+ 28,1	46 841	44 571	+ 5,1	49 448	44 616	+ 10,8
davon									
Entgelt für geleistete Arbeit	37 948	29 172	+ 30,1	28 557	25 521	+ 11,9	30 891	26 515	+ 16,5
Anteil in Prozent	66,2	65,2	x	61,0	57,3	x	62,5	59,4	x
Personalnebenkosten	19 380	15 566	+ 24,5	18 284	19 050	- 4,0	18 556	18 102	+ 2,5
Anteil in Prozent	33,8	34,8	x	39,0	42,7	x	37,5	40,6	x
- 50 bis 99 Arbeitnehmer -									
Personalkosten	68 030	58 969	+ 15,4	47 975	44 824	+ 7,0	54 610	49 226	+ 10,9
davon									
Entgelt für geleistete Arbeit	42 620	37 293	+ 14,3	28 441	26 672	+ 6,6	33 132	29 977	+ 10,5
Anteil in Prozent	62,6	63,2	x	59,3	59,5	x	60,7	60,9	x
Personalnebenkosten	25 409	21 677	+ 17,2	19 534	18 152	+ 7,6	21 478	19 249	+ 11,6
Anteil in Prozent	37,4	36,8	x	40,7	40,5	x	39,3	39,1	x
- 100 bis 199 Arbeitnehmer -									
Personalkosten	69 217	56 689	+ 22,1	48 465	44 350	+ 9,3	55 256	48 018	+ 15,1
davon									
Entgelt für geleistete Arbeit	42 655	36 227	+ 17,7	28 121	26 388	+ 6,6	32 878	29 312	+ 12,2
Anteil in Prozent	61,6	63,9	x	58,0	59,5	x	59,5	61,0	x
Personalnebenkosten	26 562	20 461	+ 29,8	20 344	17 963	+ 13,3	22 379	18 705	+ 19,6
Anteil in Prozent	38,4	36,1	x	42,0	40,5	x	40,5	39,0	x
- 200 bis 499 Arbeitnehmer -									
Personalkosten	71 221	62 047	+ 14,8	50 748	43 358	+ 17,0	58 823	50 478	+ 16,5
davon									
Entgelt für geleistete Arbeit	42 123	37 728	+ 11,6	28 327	24 431	+ 15,9	33 768	29 497	+ 14,5
Anteil in Prozent	59,1	60,8	x	55,8	56,3	x	57,4	58,4	x
Personalnebenkosten	29 097	24 319	+ 19,6	22 421	18 927	+ 18,5	25 054	20 981	+ 19,4
Anteil in Prozent	40,9	39,2	x	44,2	43,7	x	42,6	41,6	x
- 500 bis 999 Arbeitnehmer -									
Personalkosten	77 863	65 555	+ 18,8	55 201	46 874	+ 17,8	65 651	54 451	+ 20,6
davon									
Entgelt für geleistete Arbeit	44 057	38 044	+ 15,8	30 042	26 029	+ 15,4	36 505	30 902	+ 18,1
Anteil in Prozent	56,6	58,0	x	54,4	55,5	x	55,6	56,8	x
Personalnebenkosten	33 805	27 511	+ 22,9	25 159	20 846	+ 20,7	29 146	23 549	+ 23,8
Anteil in Prozent	43,4	42,0	x	45,6	44,5	x	44,4	43,2	x
- 1000 Arbeitnehmer und mehr -									
Personalkosten	85 330	75 483	+ 13,0	57 701	51 305	+ 12,5	70 628	62 557	+ 12,9
davon									
Entgelt für geleistete Arbeit	45 740	40 175	+ 13,9	29 954	26 873	+ 11,5	37 339	33 064	+ 12,9
Anteil in Prozent	53,6	53,2	x	51,9	52,4	x	52,9	52,9	x
Personalnebenkosten	39 590	35 308	+ 12,1	27 748	24 432	+ 13,6	33 288	29 493	+ 12,9
Anteil in Prozent	46,4	46,8	x	48,1	47,6	x	47,1	47,1	x

Großunternehmen stärker belastet als Kleinbetriebe

Die Höhe der Arbeitskosten ist deutlich von der Unternehmensgröße abhängig. Je Arbeitnehmer wurden 1984 in der kleinsten erfaßten Unternehmensklasse (zehn bis 49 Arbeitnehmer) 49 448 DM, in der größten Klasse (1000 Arbeitnehmer und mehr) jedoch 70 628 DM ausgegeben. Großbetriebe und -unternehmen waren damit sehr viel stärker, nämlich um 42,8 Prozent, belastet als kleinere Unternehmen.

Anders ausgedrückt, die Personalkosten der kleineren Betriebe betragen im Durchschnitt nur 70 Prozent derjenigen der Großbetriebe. Dabei machten die Nebenkosten der Kleinbetriebe nur gut die Hälfte (55,7 Prozent) der von Großbetrieben aus; die Entgeltzahlungen dagegen lagen viel dichter beieinander (82,7 Prozent).

Die Veränderung der Arbeitskosten von 1984 gegenüber 1981 zeigte je nach Unternehmensgröße unterschiedliche Werte. In kleineren Firmen gab es mit plus 10,8 Prozent eine etwas geringere Steigerung als bei Großunternehmen (plus 12,9 Prozent). Dazu ist aber zu bemerken, daß die Zunahme der Entgeltzahlungen je Arbeitnehmer in den Kleinbetrieben mit 16,5 Prozent wesentlich höher war als die der Nebenkosten (plus 2,5 Prozent), während in der Gruppe der Unternehmen mit 1000 und mehr Arbeitnehmern die Steigerungsrate für Ent-

gelt- wie für Nebenkostenzahlungen gleich hoch ausfiel (plus 12,9 Prozent). In den vier mittleren Gruppen dagegen übertrafen die Wachstumsraten der Nebenkosten die des Entgelts (1,1 bis 7,4 Prozentpunkte).

Stark von der Unternehmensgröße beeinflusst sind die Arbeitskosten für Arbeiter und Angestellte. Die Ausgaben für Angestellte lagen in der höchsten Beschäftigtengrößenklasse mit 85 330 DM um 48,8 Prozent über denen der Kleinunternehmen. Bei den Arbeitern gab es zwischen 57 701 DM und 46 841 DM dagegen nur eine Differenz von 23,2 Prozent. Festzustellen ist, daß die Personalkosten für Angestellte mit Ausnahme der in Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten in allen übrigen Größenklassen für Angestellte deutlich stärker angewachsen waren als für Arbeiter. Das galt - wiederum mit Ausnahme der Großunternehmen - auch für die Veränderung der Personalnebenkosten. In den Betrieben und Unternehmen der kleinsten Beschäftigtengrößenklasse gingen die Ausgaben für die Nebenkosten je Arbeiter sogar leicht zurück (minus 4,0 Prozent).

Vorsorgeaufwendungen bilden den größten Teil der Personalnebenkosten

Anders als bei dem Entgelt für geleistete Arbeit gliedern sich die Personalneben-

kosten in mehrere Untergruppen (Schaubild 2). Sie sind von besonderem Interesse, weil drei der vier Hauptgruppen Zahlungen betreffen, die dem Arbeitnehmer direkt zufließen, während der Kostenkomplex der Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen nur mittelbar dem Beschäftigten zugute kommt. Diese Kategorie der Beitragszahlungen, die zu den durch Gesetz dem Arbeitgeber auferlegten Kosten zählen - 34,2 Prozent (12 132 DM) der Personalnebenkosten für einen Angestellten und 43,8 Prozent (10 739 DM) der Nebenkosten für einen Arbeiter waren 1984 gesetzlich festgelegte Ausgaben -, bildete den größten Teil der Nebenkosten. Bei den Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen gab es zwischen einem Angestellten und einem Arbeiter im Durchschnitt relativ geringe Unterschiede. Bei den Angestellten betrug der Anteil der Vorsorgeausgaben 43,4 Prozent (15 416 DM), bei den Arbeitern 42,5 Prozent (10 405 DM) aller Nebenkosten. Der höhere Anteil für Angestellte ist darauf zurückzuführen, daß für sie innerhalb der Kategorie der sonstigen Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen weit mehr als doppelt soviel (plus 129,1 Prozent) für die Altersversorgung als für Arbeiter aufgewendet wurde. Aber auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen gaben die Unternehmen für einen Angestellten 16,0 Prozent mehr aus, und zwar bei der Hauptgruppe, den Beiträgen zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung (plus 21,7 Prozent). Demgegenüber erhielt ein Arbeiter um 44,3 Prozent höhere Unfallversicherungsbeiträge - ein mit einem Anteil von 7,8 Prozent an den Vorsorgebeiträgen allerdings geringeren Posten für die Ausgabenseite der Unternehmen. Die möglichen Unfallgefahren der zumeist handwerklich tätigen und damit körperlich gefährdeteren Arbeitnehmer werden von Arbeitgeberseite höher abgesichert sein. Der um 42,9 Prozent gegenüber den Angestellten höhere Anteil der in die Erhebung einbezogenen Arbeiter bewirkte den trotz der Unterschiede in den Einzelpositionen annähernden Ausgleich bei den Anteilen der Vorsorgeaufwendungen an allen Personalnebenkosten nach Angestellten und Arbeitern.

Gegenüber 1981 stiegen die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen um 17,3 Prozent bei den Angestellten und um 14,9 Prozent bei den Arbeitern geringfügig stärker als die Personalnebenkosten insgesamt (plus 15,1 bzw. 12,2 Prozent). Diese etwas höhere Zunahme war bei den Angestellten auf ein Ansteigen der Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung, bei den Arbeitern auf ein Anwachsen der sonstigen Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen jeweils um fast ein Viertel zurückzuführen. Bei den Angestellten wirkten sich unter anderem die Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung aus. Bei den Arbeitern kommt zum Tragen, daß vorwiegend in kleineren Betrieben und Unter-

Schaubild 2 **Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe in Hamburg 1984 nach Kostenarten**

Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern

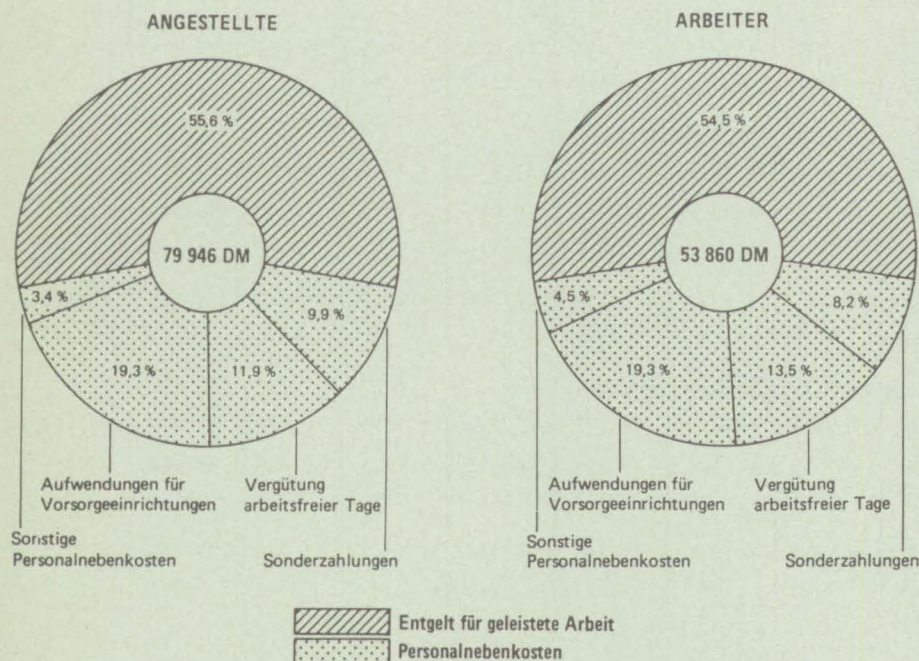


Tabelle 4 Personalnebenkosten je Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe in Hamburg 1984 und Veränderung gegenüber 1981 und 1975 nach Kostenarten
Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern

Kostenart	Ange- stellte	Veränderung gegenüber				Arbeiter	Veränderung gegenüber			
		1981		1975			1981		1975	
		DM	DM	%	DM		%	DM	DM	%
Personalnebenkosten insgesamt	35 485	+ 4 647	+ 15,1	+ 19 524	+ 122,3	24 508	+ 2 664	+ 12,2	+ 12 831	+ 109,9
darunter gesetzliche Personalnebenkosten 1)	12 132	+ 1 639	+ 15,6	+ 5 741	+ 89,8	10 739	+ 567	+ 5,6	+ 4 848	+ 82,3
davon Sonderzahlungen	7 893	+ 944	+ 13,6	+ 3 598	+ 83,8	4 417	+ 539	+ 13,9	+ 2 076	+ 88,7
davon Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Gewinnbeteiligung	5 526	+ 646	+ 13,2	+ 2 590	+ 88,2	2 615	+ 379	+ 16,9	+ 1 272	+ 94,7
Urlaubsgeld	1 853	+ 319	+ 20,8	+ 842	+ 83,3	1 338	+ 184	+ 15,9	+ 646	+ 93,4
Vermögenswirksame Leistungen	515	- 20	- 3,7	+ 167	+ 48,0	464	- 24	- 4,9	+ 158	+ 51,6
Vergütung arbeitsfreier Tage	9 489	+ 818	+ 9,4	+ 4 230	+ 80,4	7 254	+ 386	+ 5,6	+ 3 105	+ 74,8
davon Urlaubsvergütung	6 026	+ 821	+ 15,8	+ 3 137	+ 108,6	4 127	+ 593	+ 16,8	+ 2 112	+ 104,8
Vergütung von Krankheitstagen	1 545	+ 15	+ 1,0	+ 402	+ 35,2	1 825	- 112	- 5,8	+ 541	+ 42,1
Vergütung gesetzlicher Feiertage einschließlich sonstiger Ausfallzeiten	1 919	- 18	- 0,9	+ 692	+ 56,4	1 302	- 95	- 6,8	+ 452	+ 53,2
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	15 416	+ 2 270	+ 17,3	.	.	10 405	+ 1 348	+ 14,9	.	.
davon Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	8 633	+ 1 608	+ 22,9	+ 4 480	+ 107,9	7 444	+ 790	+ 11,9	+ 3 722	+ 100,0
davon Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherungs- beiträge	8 071	+ 1 549	+ 23,8	+ 4 221	+ 109,6	6 634	+ 731	+ 12,4	+ 3 281	+ 97,9
Unfallversicherungsbeiträge	562	+ 59	+ 11,7	+ 259	+ 85,5	811	+ 60	+ 8,0	+ 442	+ 119,8
Sonstige Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	6 783	+ 661	+ 10,8	.	.	2 961	+ 558	+ 23,2	.	.
darunter Aufwendungen für betriebliche Altersversorgung	6 744	+ 661	+ 10,9	.	.	2 935	+ 549	+ 23,0	.	.
Sonstige Personalnebenkosten	2 686	+ 614	+ 29,6	+ 1 427	+ 113,3	2 433	+ 392	+ 19,2	+ 1 212	+ 99,3
darunter Verpflegungszuschüsse, Auslösungen 2)	286	+ 5	+ 1,8	+ 32	+ 12,6	506	+ 42	+ 9,1	+ 306	+ 153,0
Aufwendungen für berufliche Bildung	655	+ 153	+ 30,5	+ 475	+ 263,9	818	+ 181	+ 28,4	+ 519	+ 173,6

1) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Gehalts- und Lohnfortzahlung sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen.
2) ohne Ersatz betriebsbedingter Aufwendungen.

nehmen betriebliche Vorsorgeleistungen für die Zeit des Ruhestands nicht verbreitet sind.

Der zweitgrößte Posten unter den Personalnebenkosten ist nach den Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen die Vergütung arbeitsfreier Tage. 9489 DM wurden für einen Angestellten (26,7 Prozent aller Nebenkosten), 7254 DM für einen Arbeiter (29,6 Prozent) aufgewendet. Der höchste Anteil in dieser Gruppe der Personalnebenkosten entfiel auf Urlaubsvergütungen (6026 DM = 63,5 Prozent des Gesamtbetrages der Vergütung arbeitsfreier Tage bei den Angestellten und 4127 DM = 56,9 Prozent bei den Arbeitern). Die Vergütung von Krankheitstagen (16,3 Prozent bei den Angestellten, 25,2 Prozent bei den Arbeitern) sowie die Vergütung gesetzlicher Feiertage einschließlich sonstiger Ausfallzeiten (20,2 Prozent bzw. 17,9 Prozent) waren anteilmäßig weniger bedeutend.

Festzustellen ist, daß zwischen 1981 und 1984 die Urlaubsvergütungen im Verhältnis zur Entwicklung der Nebenkosten insgesamt überdurchschnittlich stiegen (plus 15,8 Prozent für Angestellte und plus 16,8 Prozent für Arbeiter), dagegen die Vergütung von Krankheits-

tagen bei Angestellten fast konstant blieb (plus 1,0 Prozent), bei Arbeitern jedoch um 5,8 Prozent zurückging. Diese Entwicklung im Dreijahreszeitraum entsprach nicht der Veränderung in den neun Jahren ab 1975, in denen für Angestellte wie für Arbeiter die Urlaubsvergütung gegenüber den Nebenkosten insgesamt weniger zunahm und die Vergütung von Krankheitstagen wie für gesetzliche Feiertage aufgrund der Entwicklung im ersten Teil des Zeitraums zwar deutlich niedrigere, aber immer noch Zuwächse von gut einem Drittel (plus 35,2 Prozent) bis gut die Hälfte (plus 56,4 Prozent) zeigte.

Sonderzahlungen beliefen sich 1984 auf 7893 DM (22,2 Prozent aller Personalnebenkosten) je Angestellten und auf 4417 DM (18,0 Prozent) je Arbeiter. Der größte Posten entfiel mit einem Anteil von 70,0 Prozent für Angestellte und 59,2 Prozent für Arbeiter auf die Gratifikationen, 13. Monatsgehälter, Gewinnbeteiligungen. Das Urlaubsgeld (23,5 bzw. 30,3 Prozent) und die Vermögenswirksamen Leistungen (6,5 bzw. 10,5 Prozent) machten nur die kleineren Positionen aus.

Die Zahlung von Gratifikationen, zusätz-

teilungen zeigte im Drei- wie im Neunjahreszeitraum für die Angestellten nur unterdurchschnittliche Zuwachsraten. Dies mag bei einigen Wirtschaftsbereichen in der Konstanzhaltung oder im Abbau von übertariflichen Sonderzahlungen begründet sein. Auffällig ist der leichte Rückgang in der Zahlung vermögenswirksamer Leistungen zwischen 1981 und 1984 sowohl für Angestellte wie für Arbeiter. Gegenüber 1975 lag sie 1984 jedoch immer noch bei beiden Arbeitnehmergruppen um rund die Hälfte höher.

Die sonstigen Personalnebenkosten waren für die Unternehmen mit 2686 DM je Angestellten (7,6 Prozent aller Nebenkosten) und 2433 DM je Arbeiter (9,9 Prozent) ohne größere Bedeutung für die Kostensituation der Betriebe. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Unternehmen zunehmend stärker in die berufliche Aus- und Fortbildung ihrer Beschäftigten investierten. Die Zunahme der Ausgaben für solche Aufwendungen war 1984 sowohl gegenüber 1981 als auch 1975 bei den Angestellten, bei den Arbeitern nur gegenüber 1981, weit mehr als doppelt so hoch wie der relative Anstieg der Personalnebenkosten insgesamt.

Jens Gerhardt

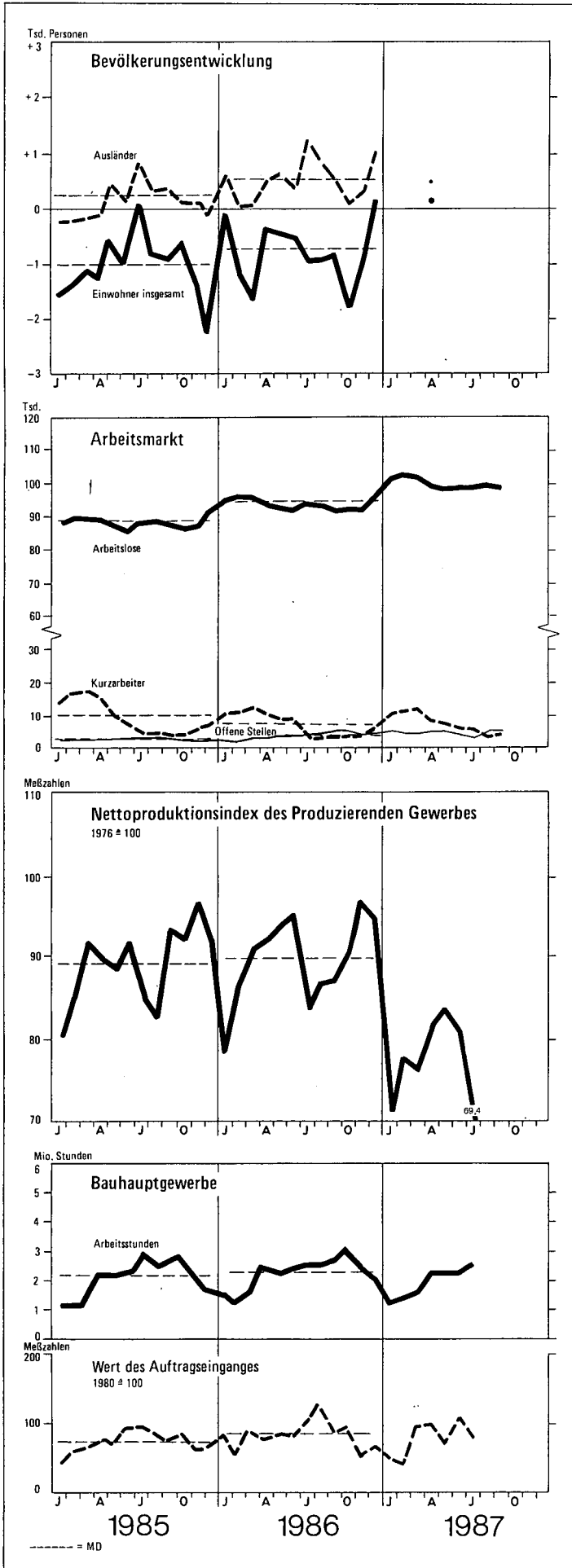
Hamburg heute und gestern

Nach den Ergebnissen der **Viehzählung** vom Dezember 1986 ist die Zahl der Betriebe mit Rindviehhaltung in Hamburg gegenüber 1980 um über 20 Prozent auf 268 zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Bestand an Rindern um gut sechs Prozent auf 12 263 Tiere. Diese Entwicklung ließ die Zahl der Rinder je Halter von 39 auf 46 ansteigen. Noch stärker rückläufig war die Milchkuhhaltung. Hier ging die Zahl der Halter um fast 30 Prozent auf 119 zurück, während der Bestand an Milchkühen um 16 Prozent auf 2874 sank. Dadurch erhöhte sich bei den verbleibenden Haltern die durchschnittliche Bestandsgröße von 20 auf 24 Tiere. Bei der Schweinehaltung war eine Abnahme von fast 40 Prozent sowohl bei den Haltern (auf 141) als auch bei der Anzahl der Schweine (auf 6767) zu verzeichnen.

Statistik der anderen

Die Wiener Fachzeitschrift „Verkehr“ hat für 1986 den Außenhandel Österreichs über die verschiedenen Umschlagplätze analysiert und daraus die „**Österreichische Seehafenbilanz 1986**“ erstellt. Der ausführliche Beitrag zeigt, daß der über die europäischen Häfen für österreichische Rechnung durchgeführte Umschlag gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent gesunken ist. Davon sind die einzelnen Häfen jedoch unterschiedlich betroffen. Rote Zahlen gab es vor allem dort, wo österreichische Massengutimporte aus überseeischen Ländern abgewickelt werden. Hierzu gehört auch der Hafen Hamburg, der im Vergleich zu 1985 ein Drittel seines Österreich-Aufkommens – vor allem durch den Rückgang der Importe von Eisen-

erzen und Kohle – einbüßte. Trotzdem lag der Elbehafen mit 1,3 Millionen Tonnen weiterhin unangefochten an der Spitze der 23 untersuchten Hafenplätze. Sein Anteil an der Abwicklung des gesamten seewärtigen österreichischen Außenhandels betrug 20 Prozent. Im Import war Hamburgs führende Position mit 21 Prozent noch etwas stärker ausgeprägt als im Export, wo mit 17 Prozent Anteil jedoch ebenfalls der Spitzenplatz eingenommen wurde. Mit rund 960 000 Tonnen und einem Anteil von 15 Prozent schoben sich die polnischen Häfen an die zweite Stelle. Verglichen mit 1985 blieb die Menge verhältnismäßig konstant, da hier vorwiegend die – nicht so starken Schwankungen unterliegenden – skandinavischen Erze angelandet werden. Auch der auf den dritten Platz verdrängte Adriaehafen Rijeka bekam die Konjunkturschwäche der österreichischen Industrie, vielleicht aber auch die Konkurrenz des Nachbarhafens Koper, zu spüren. Insbesondere wegen der verringerten Kohleimporte sank das österreichische Außenhandelsvolumen über den Umschlagplatz Rijeka um etwa ein Sechstel auf 864 000 Tonnen. Unter den bedeutenderen „österreichischen“ Seehäfen konnte Koper im vergangenen Jahr mit einem Plus von 49 Prozent als einziger einen Anstieg verbuchen und auf Platz vier vordringen. Mit 852 000 Tonnen betrug der Abstand zum Dritten nur 12 000 Tonnen. Ausschlaggebend für diesen starken Zuwachs dürfte vor allem die Verbesserung der Eisenbahnverbindungen auf der Dolomitenstrecke sein. Triest – nunmehr auf dem fünften Rang – hatte ebenso wie Bremen eine Einbuße von zwölf Prozent zu verzeichnen. Beide Häfen konnten jedoch mit neun bzw. sechs Prozent ihren Anteil am Österreichstransit aller Häfen in etwa halten.



In aller Kürze

Im Jahr 1985 wurden in Hamburg von den größeren Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes 42,1 Millionen DM für **Umweltschutzinvestitionen** ausgegeben. Dies entsprach einem Anteil von vier Prozent der insgesamt getätigten Investitionen. Mit Abstand am größten waren mit 25,3 Millionen DM die Ausgaben zur Luftreinhaltung (60 Prozent). Aber auch für den Gewässerschutz wurden mit 14,6 Millionen DM beträchtliche Investitionen geleistet (35 Prozent). Die restlichen gut zwei Millionen DM verteilten sich auf Ausgaben zur Abfallbeseitigung und zur Lärmbekämpfung.

Mitte 1987 gab es in Hamburg insgesamt 9432 Personen, die nach den Ende 1986 in Kraft getretenen Bestimmungen zunächst nur mit einem **Führerschein auf Probe** am motorisierten Straßenverkehr teilnehmen können. Unter den Fahranfängern überwiegen knapp die Frauen (52 Prozent). Altersmäßig waren nicht ganz zwei Drittel aller Führerscheinneulinge jünger als 21 Jahre. Allein die 18jährigen stellten einen Anteil von 39 Prozent, ein Zeichen dafür, daß der Führerschein heute vielfach zum frühestmöglichen Zeitpunkt erworben wird. Hingegen waren nur gut ein Prozent der neuen Verkehrsteilnehmer älter als 50 Jahre.

Im Jahr 1986 wurden in Hamburg 120 **Wohngebäude** mit rund 18 000 m² Wohnfläche **abgebrochen**. Fast die Hälfte davon waren in der Zeit von 1949 bis 1960 erbaut worden, also um die 30 Jahre alt. 30 Wohnhäuser wurden in den Jahren von 1918 bis 1948 errichtet, und 15 Häuser stammten aus den Anfangsjahren dieses Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Auffallend ist, daß immerhin 21 Gebäude schon relativ früh wieder

abgerissen wurden; sie waren erst in den Jahren nach 1960 gebaut worden.

Die **Betriebe der hamburgischen Ölmühlenindustrie** brachten im Jahr 1986 2,7 Millionen Tonnen pflanzliche Ölerzeugnisse im Wert von 1,8 Milliarden DM auf den Markt. Sowohl der Menge als auch dem Werte nach dominierte die Produktion von Ölkuchen (1,8 Millionen Tonnen bzw. 733 Millionen DM). Raffinierte Öle für Ernährungszwecke bildeten mit 581 000 Tonnen und einem Verkaufswert von 693 Millionen DM den zweitgrößten Posten. Die gesamte Produktionsleistung wurde von 760 Arbeitern (Monatsdurchschnitt) in 1,3 Millionen Stunden erbracht.

Die hamburgische Getränkeindustrie brachte im ersten Halbjahr 1987 gut 1,9 Millionen Hektoliter **„Erfrischungsgetränke“** im Wert von 191 Millionen DM auf den Markt, das waren 99 000 Hektoliter und elf Millionen DM mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wie in allen Jahren zuvor dominierte mit 1,2 Millionen Hektolitern der Ausstoß von Bier. Auf Tafelwasser und alkoholfreie Getränke entfielen 620 000 und auf Fruchtsäfte 192 000 Hektoliter.

Der Draht zum StaLa

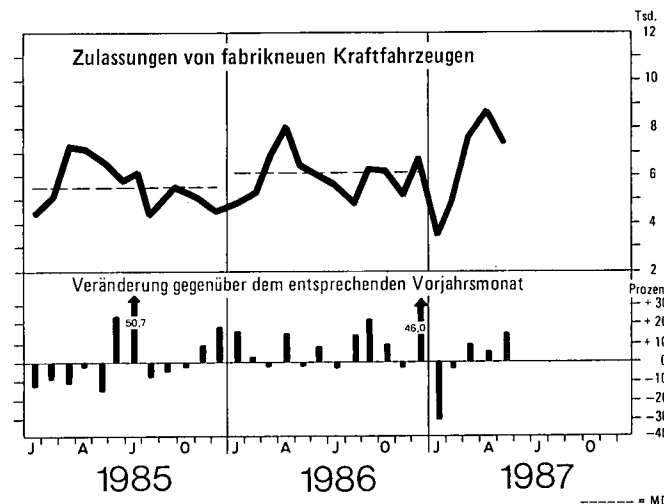
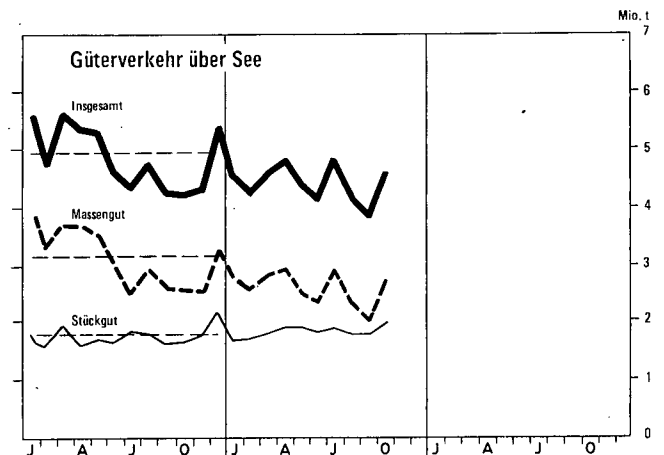
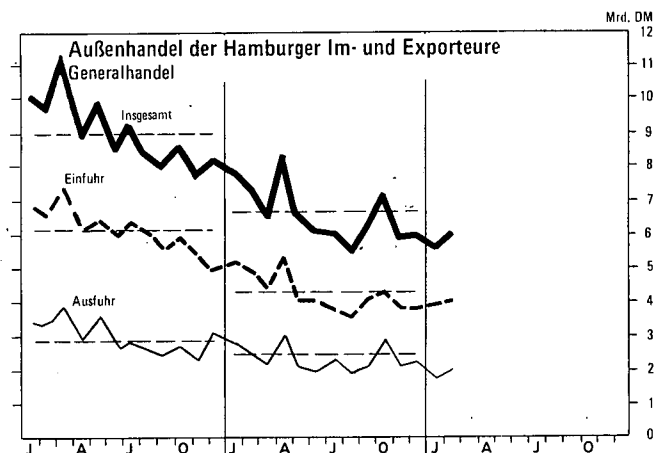
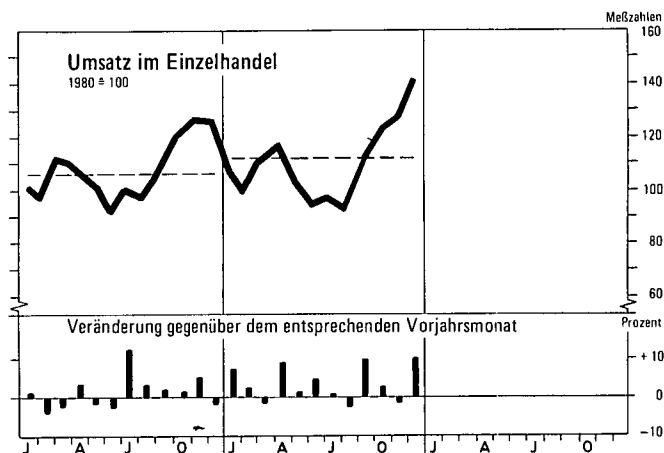
Amtsleiter 3681-710
Auskünfte 3681-738
766
768



Leitseite * 36 502 #
Teiln.-Nr. 040 365038

Veröffentlichungen 3681-719
Bibliothek 3681-742
Für Thema:

Bildungsstatistiken im Großstadtvergleich 3681-641
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 3681-703



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	hPa ²⁾	1 014,9	1 015,5	1 017,3	1 015,6	1 009,4	1 014,1	1 012,4	1 014,7	1 013,2
Lufttemperatur	°C	8,2	9,0	17,2	18,0	16,7	10,6	13,9	17,4	15,8
Relative Luftfeuchtigkeit	%	78	76	64	69	71	73	79	72	79
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3,3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,5	5,2	3,5	5,4	4,9	5,5	6,6	5,2	6,2
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	60,2	62,9	44,4	80,1	55,1	63,4	84,5	108,4	98,8
Sonnenscheindauer	Std.	116,0	130,2	279,2	184,7	199,0	174,0	98,3	205,1	124,6
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9	6	0	0	3	5	3	2	2
Tage mit Niederschlägen	"	20	19	11	19	18	21	26	20	26
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁵⁾										
Bevölkerung	1000	1 586,4	1 575,6	1 575,7	1 575,6	1 574,7
und zwar männlich	"	741,9	737,2	737,2	737,3	737,0
weiblich	"	844,5	838,4	838,6	838,4	837,7
Ausländer	"	153,7	158,0	157,5	158,7	159,7
Bezirk Hamburg-Mitte	"	210,9	208,9	208,5	209,0	209,2
Bezirk Altona	"	222,4	221,7	221,1	221,0	220,9
Bezirk Eimsbüttel	"	229,6	227,8	227,8	227,7	227,6
Bezirk Hamburg-Nord	"	281,8	279,2	279,7	279,2	278,7
Bezirk Wandsbek	"	370,5	369,6	369,6	369,7	369,4
Bezirk Bergedorf	"	88,9	90,0	89,9	90,0	90,2
Bezirk Harburg	"	177,9	176,3	176,5	176,4	176,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	731	765	961	698	1 042
* Lebendgeborene ⁷⁾	"	1 059	1 117	1 164	1 181	1 187
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 856	1 831	1 465	1 983	1 815
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	8	7	7
* Geboren- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	"	- 797	- 714	- 301	- 802	- 628
* Eheschließungen	je 1000	5,5	5,8	7,4	5,2	7,8
* Lebendgeborene	Einwohner	8,0	8,5	9,0	8,8	8,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	14,0	13,9	11,0	14,8	13,6
* Geboren- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	1 Jahr	- 6,0	- 5,4	- 2,5	- 6,0	- 4,7
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000	9,5	8,8	7,3	6,0	6,0
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	4 732	4 985	4 321	5 833	5 507
* Fortgezogene Personen	"	4 982	4 989	4 515	5 121	5 762
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	"	- 250	- 4	- 194	+ 712	- 255
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	12 211	12 504	10 934	12 138	13 796
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 381	1 348	1 200	1 333	1 272
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 029	983	873	889	898
Niedersachsen	"	733	725	628	771	696
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	339	330	287	340	311
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	889	937	747	1 108	914
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 729	1 975	1 746	2 621	2 625
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 718	1 748	1 492	1 929	2 123
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 349	1 399	1 185	1 528	1 625
Niedersachsen	"	852	848	774	916	931
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	457	446	419	500	478
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	966	1 008	925	1 020	1 119
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 447	1 385	1 324	1 256	1 589
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	- 337	- 400	- 292	- 596	- 851
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	- 320	- 416	- 312	- 639	- 727
Niedersachsen	"	- 119	- 123	- 146	- 145	- 235
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	- 118	- 116	- 132	- 160	- 167
Umland insgesamt ¹¹⁾	"	- 438	- 532	- 444	- 799	- 894
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	- 77	- 71	- 178	+ 88	- 205
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	+ 282	+ 590	+ 422	+ 1 365	+ 1 036
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	Anzahl	- 1 047	- 718	- 495	- 90	- 883
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	Einwohner	- 0,7	- 0,5	- 3,8	- 0,7	- 6,6
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten ¹³⁾	Anzahl	12 635	12 354	12 622	12 113	12 250	12 092	12 388	11 522	...
Betten ¹³⁾	"	14 693	14 592	14 561	14 561	14 561	14 280	14 280	14 274	...
Bettenausnutzung	%	86,4	86,5	85,9	83,2	83,2	87,6	82,6	82,6	...
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	507 363	519 390	945 070	614 785	594 345	490 719	449 627	717 936	552 323

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁸⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. - ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ staatliche, freigemeinnützige, private und somatische Krankenhäuser bzw. Abteilungen in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	763 131	747 186	739 045	573 383	674 934	766 904	788 825	527 383	749 635
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"	63 251	67 792	70 910	66 032	58 292	74 060	75 954	72 328	59 207
Ausgeliehene Bände	"	28 660	30 404	30 708	29 256	19 149	31 651	30 766	30 526	19 866
Besucher der Lesesäle	"	4 504	4 801	3 959	4 868	4 653	4 781	4 416	4 998	5 087
HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung	"	3 560	3 022	2 571	3 434	3 416	2 510	2 558	2 944	2 858
Besucher der Bibliothek und Archive	"	1 569	1 613	1 474	1 659	1 713	1 635	1 410	1 410	1 742
Commerzbibliothek	"									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	82 550	89 378	68 698	90 270	104 453	75 974	85 000	80 267	...
davon Hamburger Kunsthalle	"	16 391	24 757	12 461	32 973	47 899	21 496	22 852	11 699	...
Altonaer Museum in Hamburg,	"	8 645	8 322	7 631	9 442	10 422	7 845	8 255	6 288	...
Norddeutsches Landesmuseum	"	7 349	6 971	3 811	4 052	3 392	5 209	7 576	4 097	...
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	5 575	7 353	9 297	9 385	11 002	895	698	376	...
Helms-Museum	"	7 878	5 754	8 080	8 526	9 736				...
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg ¹⁾	"	18 035	16 468	16 558	16 602	17 436	19 485	19 394	16 715	...
Museum für Hamburgische Geschichte	"	13 478	13 001	6 029	7 672	4 747	9 078	11 442	29 981	...
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 491	11 075	10 152	9 171	8 350	9 594	12 487	9 852	...
Planetarium	"	1 587	1 451	2 759	973	1 205	2 372	2 296	1 259	...
Bischofsburg	"									...
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	89 162	94 436	93 397	93 707	93 998	98 335	98 919	99 340	99 330
* davon Männer	"	53 012	54 961	54 126	54 105	53 753	57 488	57 659	57 662	57 469
Frauen	"	36 150	39 475	39 271	39 602	40 245	40 847	41 260	41 678	41 861
Arbeitslosenquote	%	12,3	13,0	12,8	12,9	12,9	13,5	13,6	13,7	13,7
Kurzarbeiter	Anzahl	9 496	7 201	9 262	3 079	3 017	6 941	3 636	2 802	3 003
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ²⁾ insgesamt	"	100 207	106 698	106 868	107 016	106 714	112 117	113 406	113 690	113 617
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	6 450	6 813	6 686	6 833	6 854	6 532	6 586	6 497	6 544
Offene Stellen										
"	"	2 911	3 782	3 912	3 588	4 444	5 028	5 647	5 299	5 054
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	1 161	1 177	1 337	1 242	1 083	1 341	1 210	1 105	965
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,9	94,0	97,2	96,1	94,2	97,3	96,9	95,4	93,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,4	13,0	14,4	13,9	12,1	15,0	14,0	13,7	12,0
Schlachtungen von Inlandtieren³⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	5,1	5,0	4,2	4,1	4,3	4,7	4,6	4,0	5,0
* Kälber	"	2,4	2,3	2,0	1,7	2,0	2,8	2,6	2,1	2,5
* Schweine	"	18,1	18,6	18,0	17,3	18,6	16,1	18,1	18,8	18,7
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	3 215	3 241	2 832	2 821	3 031	3 128	3 063	2 988	3 352
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 402	1 395	1 160	1 159	1 228	1 409	1 351	1 112	1 462
* Kälber	"	310	298	258	222	266	371	340	278	328
* Schweine	"	1 481	1 528	1 408	1 426	1 520	1 335	1 359	1 585	1 551
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe^{5) 6)}										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	139 680	138 836	138 442	138 948	r 140 043	135 709	135 654	136 168	137 282
* dar. Arbeiter ⁷⁾	"	76 369	75 454	75 269	75 945	r 76 447	72 505	72 446	72 963	73 684
* Geleistete Arbeiterstunden ⁸⁾	1000	10 599	10 212	9 976	9 646	r 9 828	9 492	9 350	9 188	9 593
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	245	251	252	258	r 247	261	245	259	240
* Bruttogehaltssumme	"	321	333	366	321	r 316	360	368	338	328
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer) ⁹⁾	"	7 602	5 854	5 796	5 553	5 057	5 565	5 824	r 6 044	5 579
dar. Auslandsumsatz	"	880	778	786	721	652	632	708	r 988	672
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 tSK ¹⁰⁾	7	6	7	7	7	7	6	6	6
* Gasverbrauch ¹¹⁾	1000 m ³	89 483	85 265	82 418	82 418	82 418	95 240	78 774	78 774	78 774
* Stromverbrauch ¹¹⁾	Mio. kWh	1 117	1 103	1 103	1 003	1 103	1 083	1 065	1 065	1 065
* Heizölverbrauch ¹¹⁾	1000 t	79	68	64	64	64	74	51	51	51
* davon leichtes Heizöl ¹¹⁾	"	9	9	8	8	8	12	6	6	6
* schweres Heizöl ¹¹⁾	"	70	59	56	56	56	62	45	45	45

¹⁾ seit Mai 1987 nicht mehr im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg. - ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. - ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - ⁵⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁶⁾ einschl. Bergbau. - ⁷⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. - ⁸⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. - ⁹⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. - ¹⁰⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. - ¹¹⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den Juni-Spalten der Jahre 1986 und 1987 beziehen sich jeweils auf das 2. Vierteljahr des vorangegangenen Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 523	3 290	3 325	3 157	3 033	2 915	3 145	3 332	2 859
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 911	1 656	1 688	1 557	1 523	1 425	1 508	1 506	1 345
Investitionsgütergewerbe	"	906	899	875	856	798	818	912	1 142	831
Verbrauchsgütergewerbe	"	117	118	119	112	116	109	114	112	116
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	589	617	643	632	596	563	611	572	567
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	22 801	22 719	22 842	23 492	23 907	21 113	20 995	21 117	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	17 378	17 523	17 612	18 270	18 706	16 209	16 177	16 301	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 218	2 313	2 577	2 600	2 642	2 302	2 305	2 468	...
* davon für Wohnungsbau	"	502	504	630	554	616	376	412	507	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	967	983	1 017	1 082	1 038	1 018	943	987	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	750	826	931	964	988	908	950	974	...
* Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	59	61	67	64	54	58	60	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	19	19	19	19	18	18	18	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	217	249	257	288	274	219	262	258	...
davon im Wohnungsbau	"	44	51	49	68	59	40	43	35	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	90	102	106	109	101	95	109	112	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	83	97	102	110	115	84	110	111	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	10 101	9 620	9 578	9 585	9 790	9 015	9 082	9 090
dar. Arbeiter ³⁾	"	7 997	7 602	7 564	7 596	7 796	7 093	7 140	7 149
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 180	1 118	1 105	1 149	1 141	988	1 046	1 076
Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	25	24	24	26	24	22	24	25
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	8	8	8	8	8	8	8
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	86	83	69	81	74	68	77	87
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	166	111	161	93	128	106	200	49	85
* Stromverbrauch	"	960	969	821	821	857	888	825	818	862
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 651	1 685	981	816	962	1 383	1 276	696	943
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	88,0	89,8	95,4	83,5	87,4	83,5	80,6	69,4	...
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	104,4	105,8	113,3	103,5	103,0	86,9	79,6	73,6	...
Investitionsgütergewerbe	"	94,9	95,9	98,1	86,2	85,6	89,5	91,3	79,4	...
Verbrauchsgütergewerbe	"	74,3	73,9	77,6	63,7	71,7	73,4	75,4	63,9	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	71,5	70,6	72,9	58,1	73,1	77,1	69,2	60,3	...
Bauhauptgewerbe	"	66,9	82,7	95,5	84,0	93,5	93,3	88,8	66,5	...
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	112	156	172	157	72	118	125	120
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	88	101	147	168	147	66	103	121	99
* Rauminhalt	1000 m ³	159	127	163	137	159	68	110	88	130
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	57,7	42,3	64,6	35,3	48,4	23,0	40,9	28,4	46,8
* Wohnfläche	1000 m ²	30,5	24,1	31,6	23,9	27,5	13,4	23,5	16,4	24,6
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	18	16	28	16	27	7	25	14	15
* Rauminhalt	1000 m ³	146	235	242	192	332	16	542	99	118
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	31,3	75,3	117,2	56,6	65,9	2,4	129,6	18,1	40,5
* Nutzfläche	1000 m ²	25,0	37,7	36,3	31,5	63,8	3,4	69,9	24,8	24,3
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	406	273	264	234	289	137	274	168	296
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)										
	Anzahl	117	109	42	66	63	28	68	56	56
Nichtwohngebäude (nur Neubau)										
	Anzahl	16	16	7	7	14	8	5	13	5
Rauminhalt	1000 m ³	118	132	49	27	90	171	17	97	76
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)										
	Anzahl	408	376	247	148	104	40	90	152	85
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	204	205	205	205	205	206	206	206	206
Wohnungen	"	810	814	812	812	813	815	815	815	815

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bau- und Wohnungswesen (Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	116,0	.	.	116,3	118,0	.	.	118,3
Wohngebäude insgesamt	"	113,9	115,3	.	.	115,6	117,3	.	.	117,5
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	114,6	116,1	.	.	116,4	118,1	.	.	118,4
Mehrfamiliengebäude	"	115,1	116,9	.	.	117,2	119,0	.	.	119,4
Gemischt genutzte Gebäude	"	117,3	119,4	.	.	119,7	121,4	.	.	121,9
Bürogebäude	"	116,0	118,6	.	.	119,0	120,6	.	.	121,2
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 321	67 095	70 942	69 614	70 485	74 010	75 560
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	6 880,0	10 061,2	10 854,4	10 614,2	10 802,3	11 648,5	11 935,9
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausführung des Landes Hamburg ^{2) 3)}	Mio. DM	1 009	911	789	1 068	860	760	837	1 194	...
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	149	118	104	93	108	116	129	96	...
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	860	793	685	975	751	644	707	1 098	...
* davon Rohstoffe	"	8	6	5	5	5	4	5	5	...
* Halbwaren	"	171	118	92	136	113	96	90	112	...
* Fertigwaren	"	680	669	587	834	633	544	612	981	...
* davon Vorerzeugnisse	"	97	84	84	82	71	74	90	72	...
* Enderzeugnisse	"	583	585	503	752	563	470	521	909	...
* nach Europa	"	634	608	542	735	542	534	638	912	...
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	421	409	379	362	368	352	451	372	...
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure⁵⁾										
Einfuhr	"	6 186	4 315	4 073	3 817	3 552
davon Europa	"	3 619	2 496	2 290	2 156	2 080
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 749	1 859	1 648	1 572	1 587
Außereuropa	"	2 567	1 819	1 783	1 661	1 471
Ausfuhr	"	2 944	2 375	1 990	2 298	1 928
davon Europa	"	2 120	1 679	1 387	1 152	1 230
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 551	1 195	977	900	807
Außereuropa	"	823	696	603	746	698
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1980 = 100	131,4	114,3	112,4	112,4	98,3
* davon Binnengroßhandel	"	139,1	120,7	123,8	118,2	107,7
* Außenhandel	"	125,0	109,1	103,1	107,6	90,6
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1980 = 100	107,2	111,2	94,2	98,7	96,1
darunter Warenhäuser	"	90,9	93,0	78,0	92,0	81,7
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	110,4	112,3	115,0	108,1	113,3
darunter Beherbergungsgewerbe	"	114,0	125,4	128,3	106,0	119,7
Gaststättengewerbe	"	108,1	107,0	109,4	108,4	111,5
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen von Gästen	1000	131,2	137,9	149	156	174	168	152	164	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	47,0	46,2	51	67	65	51	51	70	...
* Fremdenübernachtungen von Gästen	"	248,3	253,5	274	277	308	305	276	296	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	91,0	88,6	96	117	118	98	97	120	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 193	1 140	1 109	1 109	1 149	1 100	1 120	1 100	1 240
Angekommene Schiffe	1000 t	4 961	4 540	4 071	4 801	4 145	5 454	4 596	4 534	4 609
Güterverkehr über See	"	3 198	3 030	2 643	3 341	2 649	3 524	3 105	3 023	3 164
davon Empfang	"	739	790	804	797	761	940	830	828	851
dar. Sack- und Stückgut	"	1 763	1 510	1 428	1 460	1 496	1 930	1 492	1 511	1 445
Versand	"	1 048	1 000	977	1 068	1 062	1 247	1 083	1 132	1 008
dar. Sack- und Stückgut	"	1 048	1 000	977	1 068	1 062	1 247	1 083	1 132	1 008
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	96 565	103 830	105 892	101 945	113 250	124 802	113 857	133 706	121 027
In Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	898	1 012	1 011	969	1 059	1 265	1 142	1 297	1 171
Binnenschifffahrt										
* Gütererempfang	"	369	381	409	463	395	477	346
* Güterversand	"	394	426	550	466	451	377	490
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	6 133	6 458	7 651	6 700	6 752	7 330	7 354	7 317	7 308
Fluggäste	"	389 612	395 063	440 152	396 186	409 199	477 057	475 603	452 544	456 004
Fracht	t	2 464,7	2 445,7	2 440,9	2 441,8	2 460,3	2 564,6	2 250,2	2 775,9	2 647,8
Luftpost	"	1 090,1	1 131,7	999,3	1 157,4	1 071,0	1 102,9	1 004,8	1 255,7	1 107,4
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	27 965	27 714	25 402	24 351	26 130	26 275	24 601	24 365	...
Busse (ohne Private)	"	20 223	19 669	18 731	16 623	17 647	18 936	18 037	17 010	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 617	6 106	6 177	5 802	4 972	7 350	6 704	6 681	p 4 990
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 006	5 576	5 631	5 342	4 653	6 668	6 192	6 195	p 4 516
* Lastkraftwagen	"	349	304	232	259	208	324	289	260	p 345
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	822	839	1018	884	1 039	1 032	916	p 892	p 1 037
* Getötete Personen	"	9	10	5	8	13	8	7	p 10	p 13
* Verletzte Personen	"	1 048	1 078	1 301	1 145	1 328	1 326	1 184	p 1 095	p 1 327
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	110 351,1	111 754,2	110 941,3	111 099,5	110 982,1	110 392,1	111 042,9	111 235,3	...
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	105 385,8	106 990,5	106 108,0	106 299,1	106 276,5	105 947,9	106 450,0	106 660,7	...
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	18 638,4	18 304,2	18 786,0	18 561,7	18 182,4	17 139,0	16 696,8	16 624,6	...
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	18 556,0	18 073,4	18 684,9	18 224,4	18 086,2	16 643,2	16 580,9	16 053,0	...
* an öffentliche Haushalte	"	82,4	230,8	101,1	337,3	96,2	495,8	115,9	571,6	...
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	11 338,7	10 297,0	10 719,5	10 625,5	10 526,7	10 072,8	10 475,8	10 327,8	...
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 038,9	6 953,6	7 146,9	7 098,7	7 036,9	6 906,3	7 033,2	6 994,0	...
* an öffentliche Haushalte	"	4 299,8	3 343,4	3 572,6	3 526,8	3 489,8	3 166,5	3 442,6	3 333,8	...
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	75 408,7	78 389,3	76 602,5	77 111,9	77 567,4	78 736,1	79 277,4	79 708,3	...
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	55 170,6	58 795,4	56 674,0	56 944,2	57 196,3	58 958,3	59 289,8	59 761,3	...
* an öffentliche Haushalte	"	20 238,1	19 593,9	20 028,5	20 167,7	20 371,1	19 777,8	19 987,6	19 947,0	...
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁵⁾	"	63 004,3	66 203,7	61 848,0	61 815,0	62 171,8	64 261,3	65 194,4	65 116,2	...
* Sichteinlagen und Termingelder	"	47 260,8	49 204,5	45 690,3	45 680,5	45 967,9	47 261,7	48 166,3	48 084,4	...
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	39 929,0	41 587,6	38 677,8	38 833,1	38 806,9	40 305,3	40 868,4	40 976,2	...
* von öffentlichen Haushalten	"	7 331,8	7 616,9	7 012,5	6 847,4	7 161,0	6 956,5	7 297,9	7 108,2	...
* Spareinlagen	"	15 743,5	16 999,2	16 157,7	16 134,5	16 203,9	16 999,6	17 028,1	17 031,8	...
* bei Sparkassen	"	9 861,3	10 116,6	9 783,2	9 746,6	9 760,3	10 030,4	10 019,7	9 995,6	...
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 505,2	1 543,3	1 004,6	1 108,7	941,0	995,2	959,0	1 037,7	...
* Lastschriften auf Sparkonten	"	876,5	919,9	909,9	1 131,7	871,6	1 016,8	930,6	1 034,0	...
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	49	44	41	60	36	46	44	38	44
* Vergleichsverfahren	"	0	—	—	—	—	—	—	1	—
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	273	254	215	235	260	221	206	225	...
* Wechselsumme	Mio. DM	10,3	3,2	2,3	2,9	4,0	3,2	1,5	2,4	...
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	32 995	31 525	31 322	36 171	30 314	28 395	26 956	30 710	29 396
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 831,7	1 753,9	2 287,7	1 754,9	1 448,2	1 410,3	2 235,4	1 643,3	1 717,3
* Steuern vom Einkommen	"	1 032,1	1 004,6	1 487,0	1 079,7	716,5	699,3	1 525,1	1 001,9	1 000,4
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	663,3	673,2	693,8	742,3	634,1	611,6	779,9	773,6	688,2
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	135,0	121,4	382,1	8,5	10,6	6,1	371,5	8,3	3,8
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	53,4	65,7	50,5	384,7	66,7	36,9	37,7	149,6	283,9
* Körperschaftsteuer ⁹⁾	"	180,4	144,3	360,6	8,5	26,3	56,8	336,0	86,9	32,0
* Steuern vom Umsatz	"	799,5	749,3	800,7	657,2	731,7	711,0	710,3	641,5	717,0
* Umsatzsteuer	"	315,1	379,1	455,6	318,1	390,0	361,2	369,7	288,6	370,2
* Einfuhrumsatzsteuer	"	484,4	370,2	345,1	357,1	342,0	349,8	340,6	352,9	346,8
* Bundessteuern	"	1 089,8	1 163,0	1 263,2	1 195,6	1 178,7	1 033,9	1 254,4	1 195,6	1 228,0
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle)	"	75,7	71,6	70,0	71,3	64,7	85,7	72,7	72,6	74,8
* Verbrauchsteuern	"	979,7	1 055,0	1 163,1	1 092,4	1 068,8	919,4	1 153,9	1 095,4	1 110,3
* Landessteuern	"	56,2	63,2	37,8	70,9	95,3	43,7	46,7	56,5	99,6
* Vermögensteuer	"	19,4	19,9	0,3	4,0	55,1	4,7	3,1	5,9	58,4
* Kraftfahrzeugsteuer	"	14,7	18,4	20,4	25,6	14,3	16,5	21,2	15,8	15,1
* Biersteuer	"	2,5	2,6	2,9	2,8	3,1	2,9	2,9	3,2	3,1
* Gemeindesteuern	"	170,5	166,9	32,0	82,7	385,7	30,5	25,3	72,1	391,8
* Grundsteuer A ¹⁰⁾	"	0,1	0,1	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3
* Grundsteuer B ¹⁰⁾	"	25,0	25,9	2,0	48,9	57,9	2,4	6,7	45,8	59,7
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹¹⁾	"	140,1	135,6	25,5	28,6	320,3	27,4	18,2	25,9	330,1

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. — ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. — ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. — ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. — ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — ⁹⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ¹⁰⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — ¹¹⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 002,4	2 029,4	2 376,8	2 048,4	1 924,8	1 947,8	2 319,8	1 983,7	2 089,4
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	456,2	442,7	662,8	484,8	311,5	350,0	676,2	443,5	448,8
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	523,7	487,1	520,5	438,9	475,6	460,7	461,7	417,0	466,0
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	-	-	23,6	23,5	-	-	21,1
* Steuereinnahmen des Landes	"	474,9	477,2	862,4	274,6	471,3	544,7	859,8	208,5	632,6
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾ 3)	"	337,3	328,0	663,7	158,7	298,3	346,1	673,8	92,7	437,1
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	73,3	78,0	160,9	45,0	54,2	72,1	139,4	59,3	74,9
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	-	-	23,6	23,5	-	-	21,1
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	242,7	236,6	193,3	89,0	431,9	429,8	198,0	78,9	452,2
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	123,9	119,6	25,5	28,6	273,2	260,0	18,2	25,9	287,9
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ⁵⁾	"	88,4	85,7	161,4	6,3	93,4	109,9	172,7	6,7	102,5
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	687,9	694,5	1 096,8	362,6	902,2	973,5	1 084,9	286,4	1 083,8
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	778	796	-	808	-	-	-	-	-
* dar. Facharbeiter	"	811	828	-	842	-	-	-	-	-
* weibliche Arbeiter	"	541	561	-	564	-	-	-	-	-
* dar. Hilfsarbeiter	"	498	516	-	520	-	-	-	-	-
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	18,98	19,52	-	19,69	-	-	-	-	-
* dar. Facharbeiter	"	19,76	20,30	-	20,51	-	-	-	-	-
* weibliche Arbeiter	"	13,54	14,15	-	14,22	-	-	-	-	-
* dar. Hilfsarbeiter	"	12,44	12,94	-	13,09	-	-	-	-	-
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte	"									
* männlich	"	4 952	5 154	-	5 189	-	-	-	-	-
* weiblich	"	3 413	3 531	-	3 539	-	-	-	-	-
Technische Angestellte und Meister	"									
* männlich	"	4 623	4 774	-	4 818	-	-	-	-	-
* weiblich	"	3 173	3 278	-	3 273	-	-	-	-	-
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 009	4 152	-	4 162	-	-	-	-	-
* weiblich	"	2 999	3 110	-	3 114	-	-	-	-	-
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	21 064	21 391	24 384	23 122	21 054	20 891	24 170	27 323	22 922
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	7	6	10	3	6	7	4	7	5
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	155	167	163	192	122	91	110	158	159
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 167	1 093	1 288	1 215	1 032	1 019	1 144	1 244	1 003
Diebstahl	"	3 190	2 659	2 566	2 781	2 562	2 463	2 407	2 379	2 225
dar. unter erschwerenden Umständen	"	13 801	14 519	17 176	15 978	14 720	14 402	17 296	20 212	16 492
Außerdem Verkehrsvergehen	"	9 301	10 055	12 494	11 177	10 456	9 956	12 465	14 547	11 832
	"	976	876	880	1 034	1 005	848	762	872	858
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feueralarme	"	15 749	15 620	15 909	15 049	15 733	15 609	14 854	15 485	16 015
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	607	655	646	610	579	660	680	590	600
Rettungswageneinsätze	"	175	171	177	181	163	201	252	217	205
dar. für Krankentransporte	"	14 149	13 761	14 065	13 079	13 840	13 743	13 019	13 218	14 211
	"	21 695	1 741	1 714	1 769	1 694	1 644	1 680	1 775	1 745
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	154	243	266	227	193	196	208	171	176

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern abzüglich Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1987			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Bevölkerung	1000	April	1 569,0	12 025,5	...	1 576,6
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 173	9 503	...	1 065
Gestorbene	"	"	1 606	11 831	...	1 839
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	433	2 328	x	774
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	4 990	22 064	...	5 187
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	4 404	21 272	...	4 745
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	586	792	x	442
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	153	1 536	x	332
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	162,9	610,8	...	156,3
Lebendgeborene	Anzahl	"	190	657	...	174
Gestorbene	"	"	21	89	...	15
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	169	568	x	159
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 623	5 512	...	1 816
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 294	4 509	...	1 367
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	329	1 003	x	449
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	498	1 571	x	608
Arbeitsmarkt³⁾						
Arbeitslose	Anzahl	August	99 330	549 580	2 164 618	93 998
und zwar Männer	"	"	57 469	295 456	1 119 201	53 753
Frauen	"	"	41 861	254 124	1 045 417	40 245
Teilzeitkräfte	"	"	6 544	54 734	227 681	6 854
Ausländer	"	"	16 196	47 602	252 606	14 817
Arbeitslosenquote	%	"	13,7	11,3	8,6	12,9
Offene Stellen	Anzahl	"	5 054	31 006	177 425	4 444
Kurzarbeiter	"	"	3 003	20 035	175 094	3 017
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁴⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Juni	135 654	1 021 063	7 035 674	138 442
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	9 350	95 680	619 309	9 976
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	613	3 841	27 439	618
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁵⁾	"	"	3 145	18 383	106 701	3 325
Gesamtumsatz ⁵⁾	"	"	5 824	23 590	121 172	5 796
darunter Auslandsumsatz	"	"	708	6 201	36 740	786
Bauhauptgewerbe⁶⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Juni	20 995	176 741	990 840	22 842
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	2 305	21 192	114 114	2 537
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	76	548	3 074	79
Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	"	262	1 777	9 107	257
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen von Gästen	1000	April	135	946	4 793	147
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	"	47	151	902	52
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁷⁾	Anzahl	Juni	6 192	52 029	263 508	5 631
Steuern⁸⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	April-Juni	9 359,2
darunter						
Gemeinschaftsteuern	"	"	5 310,5
Landesteuern	"	"	190,2
Gemeindesteuern	"	"	470,1

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. - ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. - ³⁾ Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres. - ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾								
1986		1987			1986			Veränderung 1987 gegenüber 1986 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -
12 040,2	61 017,1	1 568,6	12 028,8	...	1 578,4	12 045,2	61 016,8	- 0,6	- 0,1	...
10 280	54 562	4 486	36 990	...	4 286	36 019	196 663	+ 4,7	+ 2,7	...
13 116	61 122	7 198	48 666	...	7 746	50 678	251 357	- 7,1	- 4,0	...
2 836	6 560	2 712	11 676	x	3 460	14 659	54 694	x	x	x
23 393	45 054	19 268	87 327	...	18 864	82 837	164 322	+ 2,1	+ 5,4	...
21 377	28 757	18 864	84 420	...	18 666	78 871	114 824	+ 1,1	+ 7,0	...
2 016	16 297	404	2 907	x	198	3 966	49 498	x	x	x
820	9 737	2 308	8 769	x	3 262	10 693	5 196	x	x	x
586,0	4 530,0	162,2	608,1	...	155,7	583,2	4 505,5	+ 4,2	+ 4,3	...
616	4 997	708	2 481	...	664	2 137	17 312	+ 6,6	+ 16,1	...
78	636	109	358	...	78	309	2 520	+ 39,7	+ 15,9	...
538	4 361	599	2 123	x	586	1 828	14 792	x	x	x
6 781	35 356	6 558	22 483	...	6 692	23 775	127 855	- 2,0	- 5,4	...
4 642	24 025	5 808	19 617	...	5 911	19 244	96 820	- 1,7	+ 1,9	...
2 139	11 331	750	2 866	x	781	4 531	31 035	x	x	x
2 677	15 692	1 349	4 989	x	1 367	6 359	45 827	x	x	x
547 287	2 120 234	99 572	584 533	2 272 016	95 051	594 242	2 303 343	+ 4,8	- 1,6	- 1,4
291 962	1 080 310	58 177	333 939	1 255 097	55 590	337 796	1 263 820	+ 4,7	- 1,1	- 0,7
255 325	1 039 924	41 395	250 594	1 016 919	39 461	256 446	1 039 523	+ 4,9	- 2,3	- 2,2
56 187	232 285	6 432	54 092	224 842	6 938	58 032	241 723	- 7,3	- 6,8	- 7,0
45 113	231 255	16 194	49 214	263 745	15 036	47 540	253 010	+ 7,7	+ 3,5	+ 4,2
11,3	8,5	13,7	12,0	9,0	13,1	12,2	9,3	x	x	x
29 918	168 764	4 913	32 706	172 147	3 298	28 391	153 176	+ 49,0	+ 15,2	+ 12,4
15 435	76 740	7 148	53 628	296 361	8 621	44 859	187 815	- 17,1	+ 19,5	+ 57,8
1 027 381	7 043 909	136 178	1 019 986	7 036 423	138 562	1 020 077	7 010 920	- 1,7	- 0,0	+ 0,4
101 414	658 874	59 125	583 924	3 902 555	61 964	606 984	3 975 895	- 4,6	- 3,8	- 1,8
3 747	26 567	3 407	21 555	149 740	3 364	20 924	144 348	+ 1,3	+ 3,0	+ 3,7
19 055	110 834	17 976	106 282	630 913	20 014	110 687	642 601	- 10,2	- 4,0	- 1,8
23 856	125 026	33 369	137 350	716 668	38 402	142 853	730 191	- 13,1	- 3,9	- 1,9
6 529	38 040	3 998	36 968	214 192	4 482	37 607	219 911	- 10,8	- 1,7	- 2,6
185 216	1 029 385	21 224	165 920	944 958	22 250	173 647	971 531	- 4,6	- 4,4	- 2,7
22 558	124 791	11 030	86 220	503 568	12 116	96 653	553 467	- 9,0	- 10,8	- 9,0
542	3 054	371	2 405	14 396	409	2 530	14 877	- 9,3	- 4,9	- 3,2
1 783	9 427	1 140	6 551	38 282	1 108	6 907	39 013	+ 2,9	- 5,2	- 1,9
908	4 623	461	2 793	15 979	448	2 785	15 493	+ 2,7	+ 0,3	+ 3,1
153	904	140	412	2 966	144	424	2 942	- 2,8	- 2,8	+ 0,8
46 094	248 196	35 065	286 123	1 493 539	34 586	278 830	1 473 875	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,3
21 416,1	107 458,0	16 941,4	41 766,7	212 755,1
14 199,8	77 543,8	10 021,4	28 636,6	157 928,7
1 038,9	5 772,1	381,9	2 013,9	10 846,7
1 820,0	10 417,5	941,2	3 582,0	20 068,4

Jahres sind vorläufig. Aufgrund der - erfahrungsgemäß geringen - Korrekturen können sich auch noch Anpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. - Betriebe hochgerechnet. - ²⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post. - ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4.

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	1. Vj. 87 2. Vj. 87	1 569 ...	1 880 ...	1 293 1 295	967 969	623 623	616 617	566 567	557 557	522 ...	527 526	467 467
darunter Ausländer	%	1. Vj. 87 2. Vj. 87	10,4	16,4 16,4	14,4 14,6	6,2 6,2	22,9 23,1	13,0 13,2	18,1 18,3	7,3 ...	9,5 9,5	11,9 12,1
Lebendgeborene	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	3 313 ...	4 496 ...	2 620 2 603	2 277 2 365	1 419 1 402	1 271 1 398	1 270 1 255	1 649 1 298	1 093 ...	1 180 1 053	968 1 056
darunter Ausländer	%	1. Vj. 87 2. Vj. 87	15,6 ...	21,4 ...	16,8 20,9	21,7 23,5	15,1 14,8	32,2 32,1	19,7 21,0	23,8 24,8	14,2 ...	16,7 15,7	11,9 15,8
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	8,6 ...	9,7 ...	8,2 8,1	9,6 9,8	9,2 9,0	8,4 9,1	9,1 8,9	12,0 9,4	8,5 ...	9,1 8,0	8,4 9,1
Gestorbene	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	5 592 ...	8 098 ...	3 496 2 799	2 858 2 630	2 089 1 952	1 836 1 698	1 847 1 695	1 818 1 540	1 774 ...	1 961 1 566	1 532 1 493
Gestorbene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14,5 ...	17,5 ...	11,0 8,7	12,0 10,9	13,6 12,6	12,1 11,0	13,2 12,0	13,2 11,1	13,8 ...	15,1 11,9	13,3 12,8
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 2 279 ...	- 3 602 ...	- 876 - 196	- 581 - 265	- 670 - 550	- 565 - 300	- 577 - 440	- 169 - 242	- 681 ...	- 781 - 513	- 564 - 437
Zugezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14 278 ...	7 066 ...	19 831 19 403	9 768 10 855	4 695 3 838	10 597 10 912	6 362 6 154	9 670 10 316	4 877 ...	6 738 6 835	5 646 6 616
Zugezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	36,9 ...	15,2 ...	62,1 60,1	41,0 44,9	30,6 24,7	69,8 70,9	45,6 43,6	70,4 74,3	37,9 ...	51,8 52,1	49,0 56,8
Fortgezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14 460 ...	4 901 ...	17 454 17 179	8 427 8 690	4 134 3 426	9 294 9 251	4 878 4 882	9 416 10 340	4 367 ...	9 539 7 265	5 349 5 600
Fortgezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	37,4 ...	10,6 ...	54,7 53,2	35,3 36,0	26,9 22,1	61,2 60,1	35,0 34,6	68,6 74,5	33,9 ...	73,4 55,4	46,4 48,1
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 182 ...	+ 2 165 ...	+ 2 377 + 2 224	+ 1 341 + 2 165	+ 561 + 412	+ 1 303 + 1 661	+ 1 484 + 1 272	+ 254 - 24	+ 510 ...	- 2 801 - 430	+ 297 + 1 016
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 0,5 ...	+ 4,7 ...	+ 7,4 + 6,9	+ 5,6 + 9,0	+ 3,7 + 2,7	+ 8,6 + 10,8	+ 10,6 + 9,0	+ 1,8 - 0,2	+ 4,0 ...	- 21,5 - 3,3	+ 2,6 + 8,7
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 2 461 ...	- 1 437 ...	+ 1 501 + 2 028	+ 760 + 1 900	- 109 - 138	+ 738 + 1 361	+ 907 + 832	+ 85 - 266	- 171 ...	- 3 582 - 943	- 267 + 579
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 6,4 ...	- 3,1 ...	+ 4,7 + 6,3	+ 3,2 + 7,9	- 0,7 - 0,9	+ 4,9 + 8,8	+ 6,5 + 5,9	+ 0,6 - 1,9	- 1,3 ...	- 27,5 - 7,2	- 2,3 + 5,0
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	38 644 ...	29 422 ...	27 398 25 250	21 507 21 254	15 049 12 807	10 688 10 281	12 215 11 400	8 884 10 381	14 453 ...	10 956 10 537	8 868 9 384
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	99,9 ...	63,5 ...	85,8 78,2	90,2 88,0	98,0 82,5	70,4 66,8	87,6 80,7	64,7 74,8	112,3 ...	84,3 80,3	77,1 80,5
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	100 553 98 919	93 803 88 783	62 412 53 609	54 361 54 102	34 593 33 677	35 754 35 858	29 870 30 752	13 217 13 357	32 902 32 599	42 741 42 262	20 308 18 576
und zwar Männer	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	59 085 57 659	54 809 50 728	35 662 27 400	31 459 31 076	20 572 19 897	20 233 20 096	17 889 18 413	7 434 7 382	18 667 18 011	24 390 23 498	10 885 9 089
Frauen	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	41 468 41 260	38 994 38 055	26 750 26 209	22 902 23 026	14 021 13 780	15 521 15 762	11 981 12 339	5 783 5 975	14 235 14 588	18 351 18 764	9 423 9 487
Teilzeitkräfte	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	6 385 6 586	4 643 4 424	6 272 6 363	3 537 3 540	2 439 2 389	3 450 3 535	1 825 1 774	955 986	3 041 3 085	3 605 3 251	1 858 1 812
Arbeitslosenquote	%	1. Vj. 87 2. Vj. 87	13,8 13,6	10,9 10,3	6,8 5,9	14,4 14,4	15,6 15,1	6,9 6,9	12,4 12,8	5,0 5,0	15,4 15,2	13,2 13,1	8,6 7,8
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	16 358 16 250	16 391 16 240	16 308 12 450	11 418 11 335	3 339 3 283	9 013 8 883	5 648 5 727	3 951 4 061	3 716 3 717	6 765 6 438	4 167 3 645
Offene Stellen	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	4 450 5 647	8 236 9 482	7 009 7 921	2 853 3 028	996 916	4 546 4 732	2 096 2 019	4 751 5 579	1 518 1 441	6 216 3 350	2 147 2 182
Kurzarbeiter	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	11 486 3 636	11 038 4 672	4 652 3 148	8 621 2 558	3 384 1 163	5 535 1 388	4 348 1 645	823 667	5 998 2 590	4 173 1 123	6 034 3 585

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	136 446 135 654	163 317 162 786	176 737 176 316	103 728 103 845	45 081 44 844	103 702 102 615	75 876 74 936	125 532 125 097	65 875 66 649	78 547 77 372	86 899 85 611
	je 1000 Einwohner	1. Vj. 87 2. Vj. 87	87 ...	87 ...	137 136	107 107	72 72	168 166	134 132	225 225	126 ...	149 147	186 183
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	1. Vj. 87 2. Vj. 87	1 620 1 787	1 620 1 779	2 381 2 353	1 309 1 385	536 556	1 300 1 507	1 024 1 031	1 582 1 804	704 757	878 907	882 938
	1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	48 53	40 44	55 54	51 53	48 50	51 59	55 55	51 58	43 46	45 47	41 44
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87 2. Vj. 87	8 903 9 073	10 348 10 358	11 546 12 036	6 183 6 455	2 591 2 549	4 100 4 116	4 013 3 884	5 155 5 180	4 157 4 699	3 580 3 638	2 886 3 425
Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87 2. Vj. 87	16 294 17 075	10 713 10 750	12 538 13 076	7 096 7 398	3 154 3 093	6 121 6 366	4 650 4 569	6 277 6 334	4 738 5 254	3 959 4 038	3 143 3 668
darunter Auslandsumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87 2. Vj. 87	1 971 2 026	1 146 1 202	6 199 6 455	2 516 2 552	423 431	1 754 1 857	1 311 1 372	2 096 2 010	1 670 2 027	1 407 1 428	725 1 129
Gesamtumsatz ⁵⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	42 ...	23 ...	39 41	30 31	21 20	40 41	33 32	46 46	36 ...	30 31	27 31
	1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	484 505	266 265	288 297	277 286	284 277	239 249	249 245	203 203	292 316	204 209	147 172
Bauhauptgewerbe⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	16 698 16 411	24 811 25 839	24 615 27 061	10 605 10 388	8 465 ...	14 765 15 031	9 953 9 965	11 367 10 989	6 546 6 664	5 595 5 917	... 8 425
Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87 2. Vj. 87	349 587	396 770	569 777	199 323	183 ...	293 513	243 338	257 360	129 233	89 201	... 216
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	325 285 455 325	370 345 577 882	536 358 772 585	219 818 338 683	57 612 53 614	386 183 418 792	227 985 215 107	120 675 135 425	68 967 ...	96 474 102 639	121 145 161 988
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	610 369 833 084	1043942 1743728	1127659 1593225	484 034 495 235	155 723 145 145	693 187 720 292	435 833 400 864	264 721 290 074	129 491 ...	185 044 196 031	244 756 291 695
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	186 208 284 788	204 885 341 402	443 577 719 833	183 120 216 504	18 505 22 126	371 765 398 730	173 858 175 281	74 968 90 889	31 339 ...	44 360 63 264	61 087 71 301
Fremdenübernachtungen von Gästen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	1 578 ...	2 252 16 799	3 537 4 935	2 030 2 050	1 014 935	4 565 4 680	3 124 2 838	1 928 2 090	1 007 ...	1 423 1 494	2 126 2 503
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁶⁾	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14 573 20 492	... 16 799	5 851 7 907
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 87 2. Vj. 87	382 306	178 134	277 326	199 167	93 106	357 303	207 182	223 157	76 86	121 120	91 93
	DM je Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	987 ...	385 ...	869 1 009	835 693	604 686	2 354 1 969	1 484 1 287	1 622 1 122	588 ...	929 912	787 797
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 87 2. Vj. 87	222 280	142 116	65 193	27 121	16 71	15 95	19 82	14 90	56 64	4 59	2 61
	DM je Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	573 ...	306 ...	204 596	114 500	104 455	101 616	133 582	102 648	432 ...	35 450	16 520

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ wohnberechtigte Bevölkerung. – ³⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ post.

Im September 1987 veröffentlichte Statistische Berichte

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung April 1987
Einbürgerungen 1986

Land- und Forstwirtschaft

Viehbestand am 3. Dezember 1986

Produzierendes Gewerbe

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe Juni 1987
Das Handwerk im 2. Vierteljahr 1987

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe Juni 1987
Bauhauptgewerbe Juli 1987
Ausbaugewerbe Juni 1987
Ausbaugewerbe Juli 1987
Hochbautätigkeit Juli 1987

Handel und Gastgewerbe

Ausfuhr des Landes Hamburg April bis Juni 1987 (Spezialhandel)
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Juni 1987
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr Juli 1987

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle März 1987

Öffentliche Finanzen

Steueraufkommen und Steuereinnahmen Juli 1987
Öffentliche Ausgaben und Einnahmen Hamburgs 1983 bis 1985

Preise

Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet einschl. Berlin (West)
und Verbraucherpreise in Hamburg im Juli und August 1987

Löhne und Gehälter

Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hamburg Januar 1987

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich und enthält ständige Zahlenübersichten sowie textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtserien gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Jahrbuch 1981

Das Statistische Jahrbuch ist eine umfassende Zusammenstellung zahlenmäßiger Informationen über die demographischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten in Hamburg. Bei dem 1981 erschienenen Band handelt es sich um eine großenteils neugestaltete und um zusätzliche Nachweisungen erweiterte Ausgabe. Das Jahrbuch enthält in seinem Hauptteil Ergebnisse in ausführlicher sachlicher Gliederung, zumeist für die Jahre 1978 und 1979. In einem zweiten Abschnitt werden Daten über ausgewählte Themenbereiche in langfristiger Entwicklung unterbreitet; die „langen Reihen“ erstrecken sich durchweg über den Zeitraum von 1950 bis 1979. Der dritte Teil bietet ein knappes Tabellarium mit Angaben über die Region Hamburg. Das Jahrbuch enthält 440 Tabellen und ist 374 Seiten stark (vergriffen).

Statistisches Taschenbuch 1986

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in kleiner, handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in knapper tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in den Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen. Das Taschenbuch ist 244 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1980

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält an Übersichten:
Zugehörigkeit der Gebietsteile zu den Finanzämtern, den Standesämtern und den Amtsgerichten
Schlüsselverzeichnis für Grundbuchbezirke mit Angabe des zuständigen Amtsgerichtsbezirks
Konsulate
Amtlich benannte Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet mit Angabe der Ortsteile, Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Stadtteile, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke
Kleingartenvereine
Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 268 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

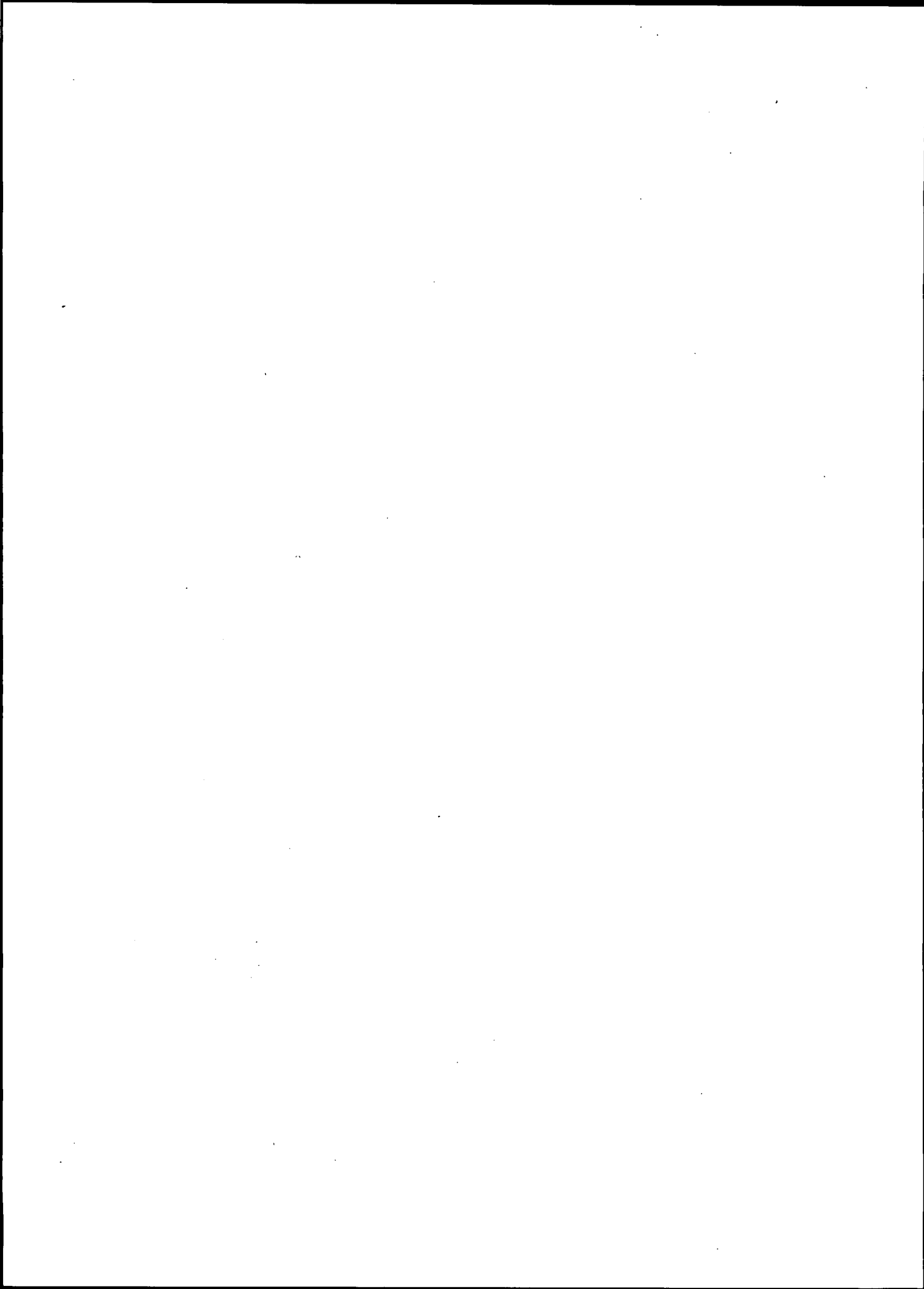
Statistik des Hamburgischen Staates

Dies sind die Quellenwerke mit wichtigen Tabellen aus großen Zählungen und wichtigen laufenden Statistiken. In dieser Reihe werden die Ergebnisse der Arbeiten des Statistischen Landesamtes ausführlich und mit dem Ziel der nachhaltigen Dokumentation der Zeitverhältnisse publiziert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwanderung über die Hamburger Landesgrenze - Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 - (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 - Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 - Landesergebnisse -
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik - Daten für die Region Hamburg/Umland 1976
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980
- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik - Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982
- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985

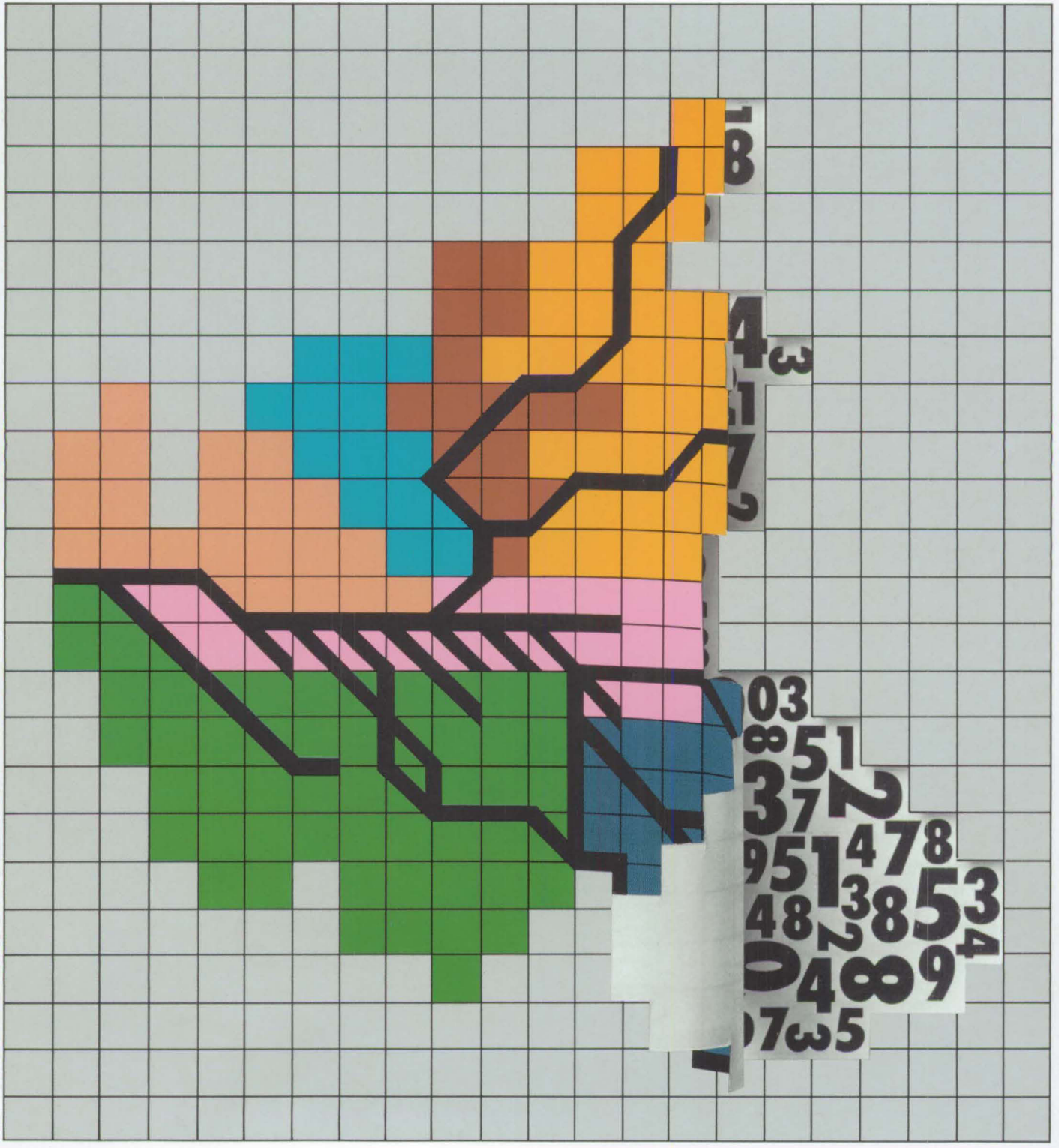
Vertrieb der vorstehenden Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-719 bzw. 721



Hamburg in Zahlen

1987

11



Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

MD = Monatsdurchschnitt

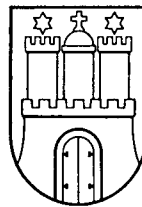
Vj = Vierteljahr

Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamts
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 11. 1987

Das statistische Stichwort	
○ Kennzahlen	366
*	
Schaubild des Monats	
○ Beschäftigte im Einzelhandel in Hamburg 1985	366
*	
Statistik aktuell	
○ Geburten 1986	366
○ Weniger verunglückte Kinder im Straßenverkehr	367
○ Beschäftigung und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe	367
○ Ungünstige Ertragslage im Ausbaugewerbe	367
○ Verkauf von Flüssiggas zurückgegangen	367
○ Taxenbestand leicht erhöht	367
*	
Die Haushalte und Familien in Hamburg, Bremen und Berlin (West) im Vergleich zu denen des gesamten Bundesgebiets	368
*	
Bedeutung und Darstellung der Wertschöpfung	372
*	
Wegweiser zu statistischen Informationen:	
EINZELHANDEL	382
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	384
○ Statistik der anderen	384
○ Neue Schriften	384
*	
Hamburger Zahlenspiegel	386
Hamburg im großräumlichen Vergleich	392
Hamburg im Städtevergleich	394

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis: DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Das statistische Stichwort

Kennzahlen

Der Aussagegehalt statistischer Angaben wird in der Regel durch die Bildung von Kennzahlen erhöht, das heißt, durch „Inbeziehungsetzung statistischer Massen“ (Flaskämper).

Zum Beispiel werden für Zeitvergleiche Maßzahlen berechnet, bei denen der Wert einer Basisperiode gleich hundert gesetzt wird. Stellt der Ausgangswert einer solchen Zeitreihe selbst schon eine zusammengesetzte Zahl dar, spricht man von einem Index (Preisindex für die Lebenshaltung, Nettoproduktionsindex).

Werden Gesamtmengen in Teilmengen untergliedert, also Anteilswerte gebildet, ergeben sich Gliederungszahlen.

Setzt man verschiedenartige, aber in sachlich sinnvoller Beziehung stehende Größen zueinander in Beziehung, so erhält man Beziehungszahlen. Für Regionalvergleiche wird etwa das jeweilige Sachmerkmal zur Bevölkerung der betreffenden Region in Beziehung zu setzen sein, um die Verhältnisse vergleichbar zu machen. Auch das als Einwohnerdichte bezeichnete Verhältnis zwischen der Bevölkerung eines Gebietes und dessen Fläche ist eine Beziehungszahl.

Die mit der Bildung von Kennzahlen verbundene Verdichtung der statistischen Aussage erfordert besondere Aufmerksamkeit bei der Interpretation, zum einen wegen des höheren Abstraktionsgrades des Begriffes, zum anderen, weil bei Veränderungen geprüft werden muß, ob die Ursache mehr im Zähler oder aber überwiegend im Nenner des Quotienten zu suchen ist. Wenn etwa die Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen pro Kopf der Bevölkerung von 1975 bis 1985 in Hamburg von 100 auf 280 gestiegen ist, so ist dieser Wert zurückzuführen auf eine Steigerung der Empfängerzahlen von 100 auf 258 im Zähler und einen Rückgang der Bevölkerungszahl von 100 auf 92 im Nenner. Die amtliche Statistik weist daher auch Kennzahlen nicht für sich alleine aus, sondern nach Möglichkeit als zusätzliche Information im Zusammenhang mit den Ausgangsdaten. Sie bemüht sich ferner darum, durch Zusammenstellung und Abstimmung verschiedener Kennzahlen für ein Sachgebiet die Aussagekraft und deren Grenzen für die einzelne Kennzahl zu ermitteln und dies den Datennutzern deutlich zu machen.

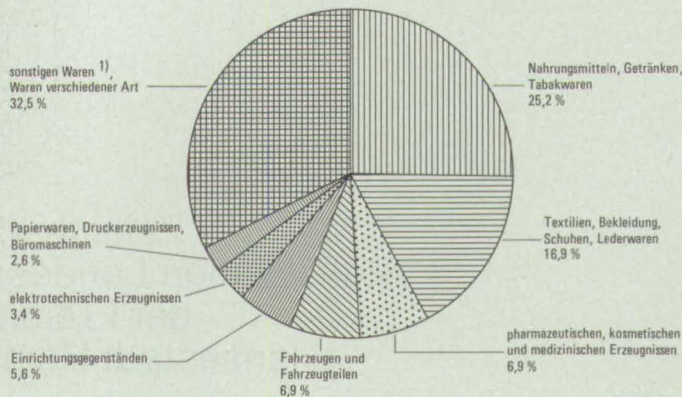
Insgesamt ist die Berechnung von Kennzahlen eine wichtige Maßnahme zur Erhöhung von Aussagegehalt und Vergleichbarkeit statistischer Daten.

Jürgen Weißker

Schaubild des Monats

Beschäftigte im Einzelhandel in Hamburg 1985

Insgesamt 84 522 Beschäftigte, davon im Einzelhandel mit



¹⁾ einschließlich Kraft- und Schmierstoffen, die Tankstellen im eigenen Namen absetzen.

HIZ 11, 1987

Über 84 500 Menschen arbeiteten 1985 in Hamburg im Einzelhandel. Wie bei einer für jenes Jahr durchgeführten Handelszählung des weitesten ermittelt worden ist, waren 25 Prozent aller im Einzelhandel Beschäftigten in Firmen der Sparte Nahrungsmittel/Getränke/Tabakwaren tätig. In Einzelhandelsbetrieben der Branchen Textilien/Bekleidung/Schuhe/Lederwaren hatten 17 Prozent ihren Arbeitsplatz. Sieben Prozent wirkten in Apotheken, Drogerien und medizinischen Fachgeschäften beim Verkauf von pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Artikeln mit; ebenso viele Beschäftigte waren dem Zweig Fahrzeug- und Fahrzeugteile Einzelhandel zuzurechnen. Im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen arbeiteten sechs Prozent der Personen. Jeweils rund drei Prozent der im Einzelhandel Beschäftigten waren im Handel mit elektrotechnischen Erzeugnissen und mit Papierwaren/Druckerzeugnissen/Büromaschinen tätig. Den größten Einzelhandelssektor bildete der Handel mit Waren verschiedener Art und mit sonstigen Waren; dieser Teilbereich, zu dem auch die Warenhäuser und der Versandhandel gehören, umfaßte mit 32 Prozent fast ein Drittel sämtlicher in Betrieben des Einzelhandels in Hamburg tätigen Personen.

Statistik aktuell

Geburten 1986

Im Jahr 1986 wurden in Hamburg 13 404 Kinder geboren, das waren 693 oder 5,5 Prozent mehr als 1985. Je tausend Einwohner gab es neun Neugeborene; im Vorjahr waren es nur acht.

Die Zahl der Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit lag mit 11 303 höher als im Jahr zuvor (1985 = 10 842). Der überwiegende Teil der ausländischen ehelich Neugeborenen (1839 Kinder) hatte europäische Eltern, darunter waren 907 Geborene mit türkischer und 146 Geborene mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit. Bei 303 Kindern waren die Eltern asiatischer und bei 128 afrikanischer Herkunft.

Von den 13 404 Lebendgeborenen wurden 81 Prozent ehelich geboren, 1985

waren es noch 82,3 Prozent. Auf welche Altersgruppen der Mütter sich die Geburten verteilten, macht folgende Übersicht deutlich.

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Lebendgeborene	
	absolut	%
unter 20	456	3,4
20 bis 25	3 160	23,6
25 bis 30	4 900	36,5
30 bis 35	3 371	25,1
35 bis 40	1 281	9,6
40 und älter	236	1,8
	13 404	100

Wie schon im Vorjahr wurden mehr als die Hälfte aller ehelich Neugeborenen als erstes Kind der bestehenden Ehe geboren.

Isolde Schlüter

Weniger verunglückte Kinder im Straßenverkehr

Im Jahr 1986 ereigneten sich in Hamburg 10 065 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, bei denen 13 052 Personen verunglückten. Damit war nach einigen Jahren des kontinuierlichen Rückgangs erstmals wieder ein Anstieg von zwei Prozent bei den Personenschadensunfällen und von drei Prozent bei der Zahl der Getöteten und Verletzten zu beobachten.

Erfreulicherweise folgten Straßenverkehrsunfälle, an denen Kinder beteiligt waren, nicht dieser Entwicklung. So sank die Zahl der verunglückten Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr von 1321 (1985) auf 1225 im Jahr 1986 und damit um 7,3 Prozent. Hervorzuheben ist, daß die Zahl der getöteten Kinder von acht auf zwei zurückging. Vermutlich hat die Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in vielen Wohngebieten auf Tempo 30 dazu beigetragen, daß gerade für Kinder, die die Straße häufig als Spielplatzersatz und für ihre ersten Verkehrsübungen als Radfahrer benutzen, etwas mehr Sicherheit erreicht werden konnte. So war die Zahl der verunglückten Kinder als Fußgänger und Radfahrer um knapp fünf Prozent rückläufig. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Abnahme bei den als Mitfahrer in Personenkraftwagen Verunglückten mit 13 Prozent mehr als doppelt so hoch war.

Wie auch in den Vorjahren verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen deutlich mehr Jungen (742) als Mädchen (482). Bezogen auf jeweils 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts und Alters entsprach dies einer Verunglücktenrate von 783 Jungen und 521 Mädchen. Dabei war die Zahl der als Pkw-Mitfahrer Verletzten bei beiden Geschlechtern gleich groß. Hans-Eckhard Stegen

Beschäftigung und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe

In 775 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg (Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) wurden im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1987 rund 136 180 Personen beschäftigt; das waren 2380 Personen oder 1,7 Prozent weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Der Rückgang betraf fast ausschließlich die Arbeiter (minus 3,1 Prozent), die Anzahl der Angestellten (minus 0,1 Prozent) blieb dagegen nahezu konstant.

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ging die Beschäftigung um 2,9 Prozent zurück. In diesem Bereich verringerte sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Mineralölverarbeitung um 5,8

und in der Chemischen Industrie um 0,5 Prozent. Im Investitionsgütergewerbe, in dem über die Hälfte aller Arbeitnehmer tätig sind, lag die Anzahl der Erwerbstätigen knapp unter den Werten vom Vorjahreszeitraum (minus 0,7 Prozent). Nur die Elektrotechnik verzeichnete ein höheres Arbeitsplatzangebot (plus 2,3 Prozent). Auch im Verbrauchsgütergewerbe verringerte sich die Beschäftigung nur geringfügig (minus 0,9 Prozent). Dagegen gingen im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe rund 700 Arbeitsplätze verloren (minus 3,8 Prozent). Während Betriebe der Backwarenherstellung und der Obst- und Gemüseverarbeitung vermehrt Arbeitsplätze zur Verfügung stellten (plus 3,4 bzw. 2,9 Prozent), wurde in der Fleischwarenindustrie und in der Mineralwasser- und Limonadenherstellung Personal eingespart (minus 9,8 bzw. 6,9 Prozent). Der Umsatz aus Eigenerzeugung betrug im bisherigen Jahresverlauf insgesamt 18 Milliarden DM; er nahm gegenüber dem ersten Halbjahr 1986 um 10,2 Prozent ab. Da die Abschwächungen auf dem Inlands- und Auslandsmarkt etwa gleich stark waren (jeweils ca. zehn Prozent), verringerte sich die Exportquote nur geringfügig von 18,9 auf 18,7 Prozent.

Eine leichte Umsatzzunahme verzeichnete nur das Investitionsgütergewerbe (plus 0,7 Prozent). Für die übrigen Bereiche ergaben sich folgende prozentuale Rückgänge: Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (16,9), Verbrauchsgütergewerbe (0,7), Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (6,9).

Günther Neuß

Ungünstige Ertragslage im Ausbaugewerbe

In den knapp 230 größeren Betrieben des hamburgischen Ausbaugewerbes (mit 20 und mehr Beschäftigten) waren im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1987 insgesamt 9100 Menschen beschäftigt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bedeutet das einen Rückgang um 3,5 Prozent. Bedingt durch die ungünstige Witterung zu Anfang dieses Jahres ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sogar um 4,5 Prozent zurück.

Noch deutlicher als die Zahlen über Beschäftigte und Arbeitsstunden sank der baugewerbliche Umsatz. Im ersten Halbjahr rechneten die Betriebe 378 Millionen DM mit ihren Auftraggebern ab, im Jahr zuvor waren es noch 404 Millionen DM. Dies entsprach einer Einbuße von 6,4 Prozent. Unter den größeren Branchen des Ausbaugewerbes waren die Elektroinstallateure besonders betroffen. Ihr Erlös von 52 Millionen DM bedeutete ein Minus von 26,5 Prozent. Auch die Maler und die Heizungsbaufirmen mußten gesunkene Erträge (minus 17,7 bzw. 11,3 Prozent) verkraften. Die Bau Tischler konnten mit einem Rückgang um 1,7 Prozent ihre Erlöse noch in etwa hal-

ten. Erfolgreich verlief die erste Hälfte des laufenden Geschäftsjahres für die Klempner und Installateure. Mit einem Umsatz von 98 Millionen DM verbuchten sie ein Plus von 13,2 Prozent.

Rüdiger Lenthe

Verkauf von Flüssiggas zurückgegangen

Die in Hamburg ansässigen Verkaufsgesellschaften lieferten 1986 insgesamt 43 600 Tonnen Flüssiggas an Letztverbraucher im Bundesgebiet. Gegenüber 1985 bedeutet das einen Rückgang um 5,5 Prozent. Der weitaus größte Teil dieses Brennstoffes (29 400 Tonnen) wurde 1986 an Kunden in Niedersachsen geliefert. Unter den Verbrauchergruppen liegen die Privathaushalte mit 25 300 Tonnen mit Abstand an der Spitze, gefolgt von Firmen des Produzierenden Gewerbes (10 000 Tonnen) sowie von Ortsgasversorgungsunternehmen und Ferngasgesellschaften (8200 Tonnen).

Der Verbrauch an Flüssiggas in Hamburg belief sich 1986 auf 8300 Tonnen, gegenüber 1985 ein Minus um 6,1 Prozent. An der Deckung dieses Bedarfs waren die einheimischen Verkaufsgesellschaften 1986 nur zu zwei Fünfteln beteiligt. Die übrigen Gasmengen wurden von Firmen aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen in Tankwagen in die Hansestadt Hamburg transportiert. Unter den Lieferländern nimmt Nordrhein-Westfalen mit 2900 Tonnen – das sind rund 35 Prozent des hiesigen Verbrauchs – eine führende Position ein.

Rüdiger Lenthe

Steuerbestand leicht erhöht

Anfang 1987 waren in Hamburg insgesamt 2854 Steuerunternehmen tätig, die über 3686 Fahrzeuge verfügten. Rechnerisch steht heute im Durchschnitt ein Taxi für je 426 Hamburger Einwohner zur Verfügung. Hinzu kommen 24 Mietwagenunternehmen mit 57 Fahrzeugen. Gegenüber dem Vorjahr war – bei nahezu unveränderter Zahl der Unternehmen – eine Erhöhung des Bestandes an Steuern um 3,3 Prozent zu verzeichnen. Der in den Jahren zuvor beobachtete Rückgang hat sich damit nicht fortgesetzt.

In der Struktur der Steuerunternehmen dominiert eindeutig das Ein-Fahrzeug-Unternehmen. Mehr als neun Zehntel aller Unternehmen mit 70 Prozent der zugelassenen Steuern entfielen auf diese Kategorie. Gut fünf Prozent der Betriebe hatten zwei Steuern (neun Prozent des Bestandes). Die restlichen vier Prozent wiesen drei und mehr Steuern auf, darunter 16 größere Betriebe mit zehn und mehr Fahrzeugen, die immerhin fast zehn Prozent des gesamten Steuerbestandes stellen. Hans-Eckhard Stegen

Die Haushalte und Familien in Hamburg, Bremen und Berlin (West) im Vergleich zu denen des gesamten Bundesgebiets

Der folgende Artikel befaßt sich mit der Analyse der Sozialstruktur, die in den Stadtstaaten einer besonderen Aufmerksamkeit sicher sein kann. Da sich diese Struktur nur langsam ändert, hat der hier wiedergegebene Artikel aus der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft (1986, Heft 4) an Aktualität nichts verloren. Ergebnisse über die regionalen Unterschiede innerhalb Berlins und innerhalb einzelner Bezirke werden nach Abschluß der Volkszählung '87 wieder vorliegen. Viele warten voll Spannung auf die dann möglichen kleinräumlichen Analysen.

Vorbemerkung

Bei der Analyse demographischer Sachverhalte sind wir ganz generell gewohnt, vom Bundesgebiet und von Durchschnittsnennern für das Bundesgebiet auszugehen. Von daher beziehen wir in der Regel auch unsere Vorstellungen und Beurteilungsmaßstäbe. Dadurch wird aber allzu leicht übersehen, daß auch heute noch bei zahlreichen demographisch wichtigen Tatbeständen bedeutende regionale Unterschiede bestehen, die nicht übersehen werden dürfen. Wir wollen das hier am Beispiel der Haushalts- und Familienstrukturen in den Bundesländern Berlin (West), Hamburg und Bremen demonstrieren, die wichtige Teile des Tabellenprogramms 1982 der Haushalts- und Familienstatistik des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage von Mikrozensusdaten auch für ihren Bereich erstellt haben.

Größe der Haushalte sehr unterschiedlich

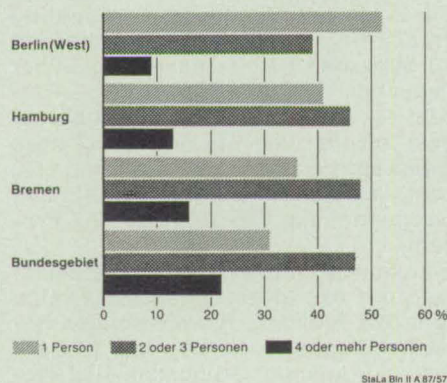
Schon die Größe der Haushalte weist erhebliche regionale Unterschiede auf. Im April 1982 betrug sie im Bundesdurchschnitt 2,43 Personen. Unterscheidet man aber nach der Einwohnerzahl der Gemeinden, ergaben sich für die Gemeinden mit

weniger als 5 000 Einwohnern	2,92 Personen
5 000 bis unter 20 000 Einwohnern	2,68 Personen
20 000 bis unter 100 000 Einwohnern	2,47 Personen
100 000 und mehr Einwohnern	2,10 Personen

Für Berlin (West) wurden sogar nur 1,81, für Hamburg 2,06 und für Bremen (Stadt Bremen und Bremerhaven) 2,17 Personen ermittelt. Für die geringe Haushaltsgröße in den großen Städten gibt es vor allem drei Gründe: die geringe Kinderzahl der großstädtischen Familien, ein hoher Anteil jüngerer unverheirateter Erwachsener und ein ebenfalls hoher

Anteil älterer nicht mehr verheirateter Personen, die nicht bei Kindern oder Enkeln, sondern allein wohnen. Wir kommen

Schaubild 1 Haushaltsstruktur in Berlin (West), Hamburg und Bremen im Vergleich zu der des gesamten Bundesgebiets im April 1982



men darauf zurück. Hier seien lediglich folgende Auswirkungen auf die Struktur der Haushalte nach der Größe erwähnt (Schaubild 1).

	Haushalte mit		
	1 Person	2 oder 3 Personen	4 oder mehr Personen
Berlin (West)	52	39	9
Hamburg	41	46	13
Bremen	36	48	16
Bundesgebiet	31	46	22

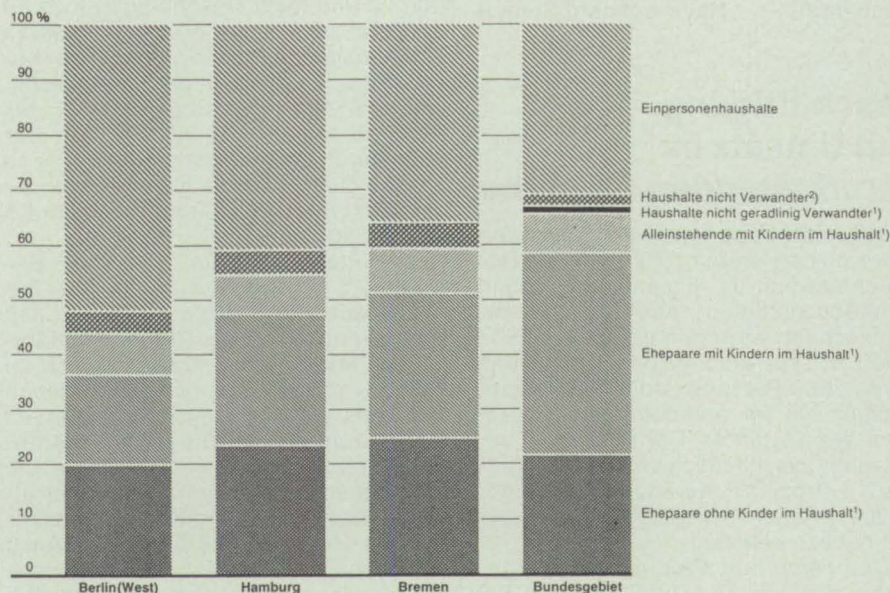
In Berlin (West) leben 29 Prozent, in Hamburg 20 Prozent und in Bremen 17 Prozent der Bevölkerung allein, im Bundesdurchschnitt aber nur 13 Prozent.

Haushaltstypen

Aus dem vorhandenen Material wurden sechs Haushaltstypen gebildet, deren Häufigkeit aus Tabelle 1 hervorgeht. Dabei wurde auf den besonderen Nachweis der Drei-Generationen-Haushalte verzichtet, weil sie in den drei Bundesländern so gut wie nicht mehr vorkommen. Im Bundesgebiet gab es im Jahr 1982 noch knapp 500 000 Haushalte, entsprechend zwei Prozent aller Haushalte, in denen Großeltern mit ihren Kindern, Enkeln oder auch Urenkeln zusammenlebten.

In allen drei Stadtstaaten ist der Typ des Einpersonenhaushalts weit stärker als alle anderen Haushaltstypen vertreten (Schaubild 2), während im Bun-

Schaubild 2 Haushaltstypen in Berlin (West), Hamburg, Bremen und im gesamten Bundesgebiet im April 1982



¹⁾ und evtl. weiteren Verwandten und/oder Familienfremden.
²⁾ ohne irgendwelche andere Personen, z.B. Kinder.

Tabelle 1 Haushaltstypen in den Stadtstaaten und im gesamten Bundesgebiet im April 1982 in Prozent aller Haushalte

Haushaltstyp	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Bundesgebiet
Ehepaare ohne Kinder im Haushalt ¹⁾	20	23	24	22
Ehepaare mit Kindern im Haushalt ¹⁾	16	24	26	37
Alleinstehende mit Kindern im Haushalt ¹⁾	7	7	7	7
Haushalte nicht geradlinig Verwandter ¹⁾	/	/	/	1
Haushalte nicht Verwandter ²⁾	3	4	4	2
Einpersonenhaushalte	52	41	36	31
Insgesamt	100	100	100	100

¹⁾ Und evtl. weiteren Verwandten und/oder Familienfremden.
²⁾ Ohne irgendwelche andere Personen, z.B. Kinder.

desdurchschnitt die Haushalte Verheirateter mit ledigen und/oder verheirateten Kindern (37 Prozent) die größte Gruppe bilden. In Berlin (West) machen diese Haushalte nur 16 Prozent, in Hamburg und Bremen etwa ein Viertel aus. Der Anteil der Haushalte zusammenlebender Ehepaare ohne Kinder im Haushalt beträgt in Berlin (West) 20 Prozent und in Hamburg und Bremen etwas mehr. Er entspricht somit etwa dem Bundesdurchschnitt von 22 Prozent. Es handelt sich in der Hauptsache um zusammenlebende Ehepaare, deren Kinder schon eigene Haushalte gegründet haben, also um ältere Verheiratete. Etwa doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt, wenn auch nur mit 4 Prozent, sind in den Stadtstaaten jedoch die Haushalte vertreten, in denen nur Personen zusammenleben, zwischen denen keinerlei verwandtschaftliche Beziehungen bestehen. Es handelt sich fast ausschließlich um nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder im Haushalt. Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern sind bei den Alleinstehenden mit Kindern im Haushalt nachgewiesen, auf die überall sieben Prozent der Haushalte entfallen. Auf die Kinder in solchen Haushalten kommen wir zurück. Es wird sich dann zei-

Tabelle 2 Ledige Kinder in Mehrpersonenhaushalten in der Bundesrepublik Deutschland im April 1982 nach der Einwohnerzahl der Gemeinde

Gemeinde mit ... Einwohnern	Mehrpersonenhaushalte 1 000	Ohne		Mit		Ledige Kinder	
		ledigen Kindern		je Haushalt mit Kindern			
		%		1 000			
unter 5 000	2 484	31	69	3 307	1,92		
5 000 bis unter 20 000	4 345	34	66	5 263	1,84		
20 000 bis unter 100 000	4 685	37	63	5 203	1,77		
100 000 und mehr	5 896	45	55	5 441	1,66		
Insgesamt	17 410	38	62	19 215	1,78		
und zwar							
Berlin (West)	488	51	49	.	.		
Hamburg	469	47	53	.	.		
Bremen	205	45	55	.	.		

gen, daß die Verteilung der Kinder auf Familientypen ein wesentlich anderes Bild vermittelt.

Wie wir gesehen haben, wird die Verteilung der Haushalte auf Typen sehr stark durch die vielen Einpersonenhaushalte bestimmt. Wir erhalten infolgedessen einen besseren Einblick in die Verteilung der Haushalte ohne und mit Kindern, wenn wir uns auf die Mehrpersonenhaushalte beschränken. Das ist in Tabelle 2 in bezug auf die ledigen Kinder geschehen.

Oben wurde gesagt, daß die unterschiedliche Größe der Haushalte in Stadt und Land stark von der Anzahl der Kinder bestimmt wird. Das ist zunächst daran zu erkennen, daß es in kleineren Gemeinden weit weniger kinderlose Haushalte bzw. weit mehr Haushalte mit Kindern gibt als in den großen. Im Bundesdurchschnitt gibt es nur 38 Prozent Mehrpersonenhaushalte ohne ledige Kinder, in Berlin (West) aber 51 Prozent und in Hamburg und Bremen 45 Prozent. Über die durchschnittliche Kinderzahl der Haushalte mit Kindern lagen uns nur Angaben nach der Einwohnerzahl der Gemeinden vor. Sie geht von 1,92 in den Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern auf 1,66 in den Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern zurück. Je 100 seit elf bis 15 Jahren bestehende Ehen, aus denen kaum noch Kinder zu erwarten waren, ergaben sich 1980 im Durchschnitt in

Berlin (West)	110
Hamburg	125
Bremen	153

und im Bundesdurchschnitt 159 Kinder je Haushalt. Kinder aus einer eventuell vorangegangenen Ehe, die noch im Haushalt lebten, sind hierbei mitgerechnet.

In den Stadtstaaten viele Kinder bei der geschiedenen Mutter oder dem geschiedenen Vater

Im Bundesgebiet wuchsen im Jahr 1982 von den Ledigen unter 18 Jahren 90,2 Prozent in Familien zusammenlebender

Tabelle 3 Kinder in Familien mit Kindern unter 18 Jahren in den Stadtstaaten und im gesamten Bundesgebiet im April 1982 nach dem Familientyp

Familientyp	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Bundesgebiet
Zusammenlebende Ehepaare	78,2	83,4	83,5	90,2
Alleinstehende Männer ¹⁾	3,2	2,5	1,6	1,5
verheiratet getrennt lebende	1,2	0,8	/	0,4
verwitwete	0,5	0,4	/	0,5
geschiedene	1,4	1,0	/	0,5
Alleinstehende Frauen	18,6	14,1	14,9	8,4
verheiratet getrennt lebende	3,3	2,3	4,7	1,4
verwitwete	2,6	1,7	2,0	2,0
geschiedene	9,6	7,9	6,5	3,9
ledige	3,1	2,2	1,7	1,1

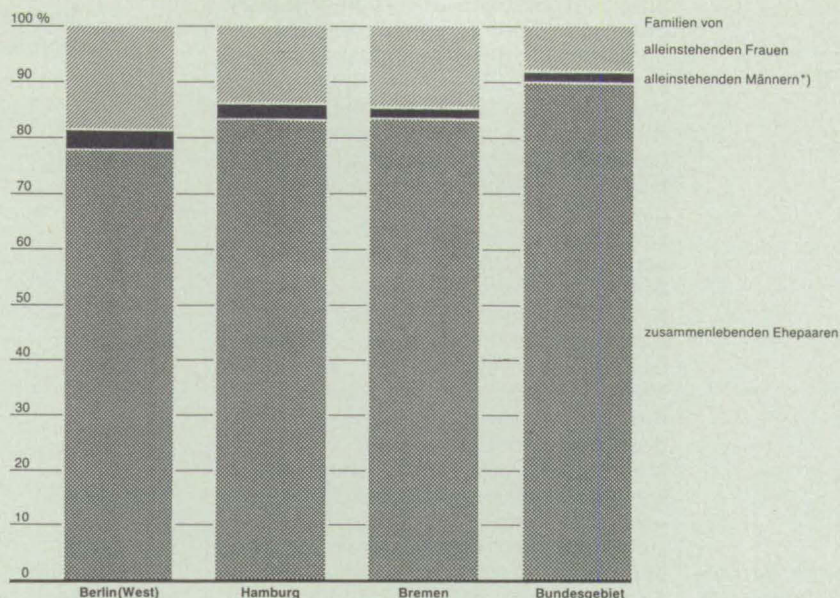
¹⁾ Einsch. ledige Männer mit Kindern.

Ehepaare (vollständigen Familien) auf. Dabei handelt es sich allerdings nicht immer um die natürlichen Eltern. So kann man zum Beispiel für die 15- bis 17-jährigen schätzen, daß von ihnen etwa genau so viele, nämlich etwa zwölf Prozent, beim Stiefvater oder bei der Stiefmutter lebten wie bei alleinstehenden Vätern und Müttern. Von allen Minderjährigen im Bundesgebiet wuchsen 1982 1,4 Prozent beim Vater und 8,4 Prozent bei der Mutter auf. Über die Hälfte waren Kinder aus geschiedenen Ehen oder Kinder aus Ehen mit getrennt lebenden Eltern. Weitere 2,5 Prozent aller Minderjährigen wohnten als Halbwaisen bei der verwitweten Mutter oder beim verwitweten Vater und 1,1 Prozent bei der ledigen Mutter (Tabelle 2). Die Verhältnisse in den Stadtstaaten

Tabelle 4 Alleinlebende Männer und Frauen in den Stadtstaaten und im gesamten Bundesgebiet im April 1982 nach dem Alter in Prozent

Alter in Jahren	Geschlecht	Berlin (West)	Hamburg	Bremen	Bundesgebiet
20 - 24	männl.	47	26	21	14
	weibl.	35	29	23	16
25 - 29	männl.	53	31	24	18
	weibl.	30	24	14	13
30 - 34	männl.	38	24	18	13
	weibl.	20	15	12	7
35 - 39	männl.	26	22	13	11
	weibl.	12	11	/	5
40 - 44	männl.	23	15	14	9
	weibl.	14	11	/	5
45 - 49	männl.	19	13	12	8
	weibl.	16	13	12	6
50 - 54	männl.	19	14	/	7
	weibl.	20	18	15	11
55 - 59	männl.	16	9	/	7
	weibl.	34	27	26	18
60 - 64	männl.	14	12	/	7
	weibl.	45	37	27	30
65 - 69	männl.	17	12	/	10
	weibl.	59	47	42	43
70 - 74	männl.	25	15	16	14
	weibl.	65	56	51	53
75 u. älter	männl.	30	24	24	22
	weibl.	79	70	75	61

Schaubild 3 Kinder in Familien mit Kindern unter 18 Jahren in den Stadtstaaten und im gesamten Bundesgebiet im April 1982 nach dem Familientyp



*) Einschl. ledige Männer mit Kindern.

StatLa Bin II A 87/59

weichen hiervon beträchtlich ab. Im Jahr 1983 gab es in Berlin (West) 20 Prozent, in Hamburg 17 Prozent und in Bremen 16 Prozent nichtehelich lebendgeborene Kinder, im Bundesdurchschnitt aber nur neun Prozent. Infolgedessen wachsen in Berlin (West) 3,1 Prozent, in Hamburg 2,2 Prozent und in Bremen 1,7 Prozent der Minderjährigen bei ledigen Müttern auf. Für das Bundesgebiet ist davon auszugehen, daß zur Zeit zwischen 25 und 30 Prozent der Ehen früher oder später durch Scheidung enden. In Berlin (West) dürften es jedoch über 50 Prozent, in Hamburg über 40 Prozent und in Bremen etwa 40 Prozent sein. Bezieht man nämlich die Ehescheidungen im Jahr 1982 auf 1000 verheiratete Frauen unter 55 Jahren, so erhält man folgende Scheidungsziffern:

Bundesgebiet	10,8
Berlin (West)	21,9
Hamburg	18,9
Bremen	17,4

Ein weiteres Indiz für die hohe Scheidungshäufigkeit in den Stadtstaaten, und wohl auch in allen anderen Großstädten, ist der Anteil der Geschiedenen an den Eheschließungen. Er betrug im Jahr 1982 in Prozent in

	Männer	Frauen
Berlin (West)	28,1	29,5
Hamburg	28,7	27,7
Bremen	23,1	23,5
Bundesgebiet	16,7	16,6

Die Folge davon sind in den Stadtstaaten sehr viele Kinder, die bei der geschiedenen Mutter oder beim geschie-

Tabelle 5 Alleinlebende Männer und Frauen im Alter von 75 und mehr Jahren in den Stadtstaaten und im gesamten Bundesgebiet im April 1982 nach dem Familienstand in Prozent

Familienstand	Geschlecht	Berlin(West)	Hamburg	Bremen	Zum Vergleich: Bundesgebiet
ledig	männl.	74	/	/	53
	weibl.	91	72	/	69
verheiratet getrennt-lebend	männl.	/	/	/	74
	weibl.	81	/	/	74
verwitwet	männl.	88	76	71	68
	weibl.	80	86	88	75
geschieden	männl.	/	/	/	71
	weibl.	91	89	/	82

denen Vater leben. Nach Tabelle 3 sind das zum Beispiel in Berlin (West) 11 Prozent aller Minderjährigen. Entsprechend hoch dürfte in den Städten auch der Anteil der Kinder sein, die durch Wiederheirat der Mutter oder des Vaters oder beider Stiefeltern bekommen (Schaubild 3).

Alleinlebende in der Mehrheit

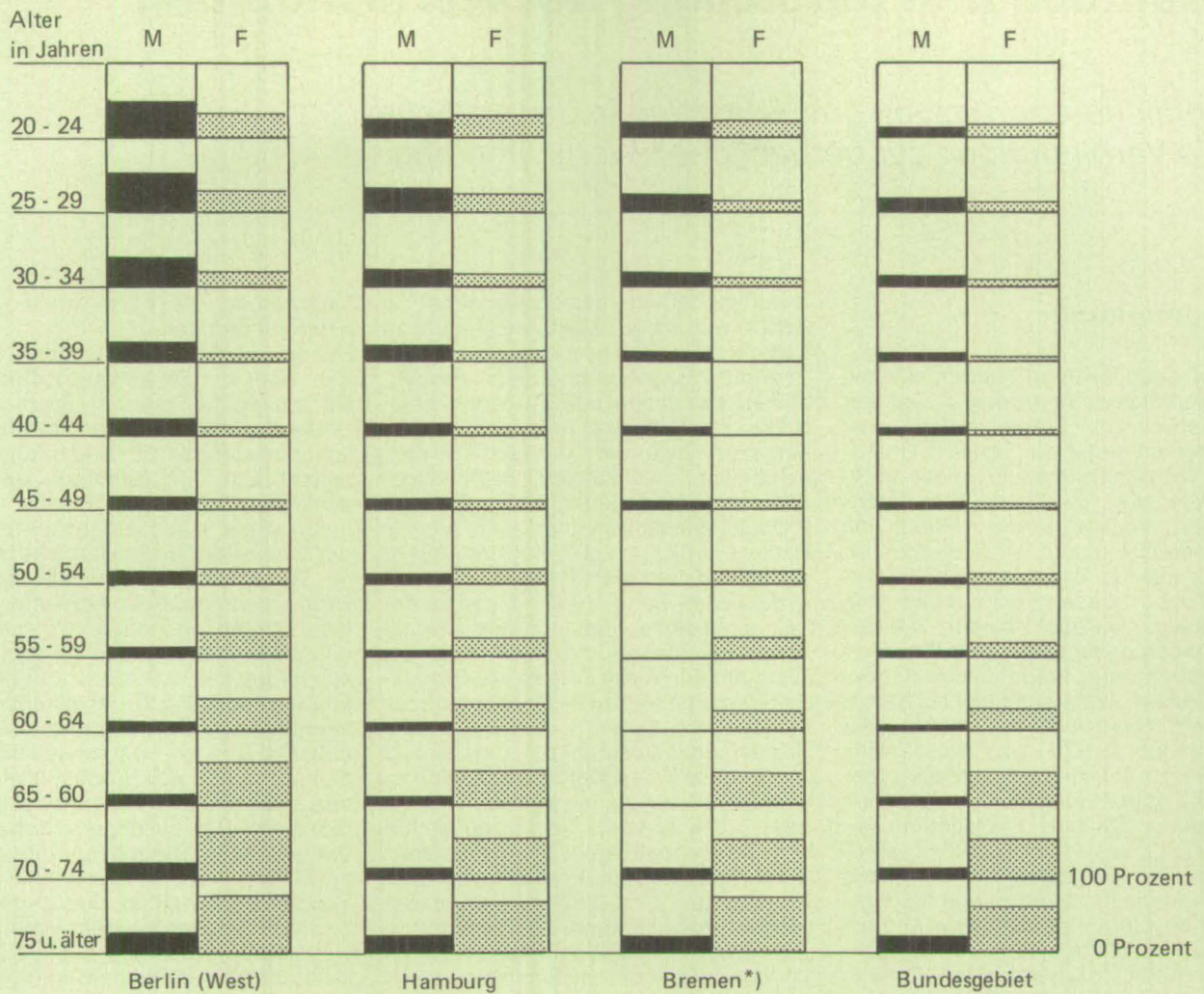
Auf den hohen Bevölkerungsanteil der Alleinlebenden in den großen Städten wurde schon aufmerksam gemacht. Hier geht es um eine Vertiefung der Feststellungen nach dem Alter und Geschlecht (Schaubild 4) sowie nach dem Familienstand der Älteren (Tabelle 4 und 5).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß der Rückgang der Heiratshäufigkeit in den vergangenen zehn bis 15 Jahren vor allem in den Städten stattfand. Im Bundesdurchschnitt waren 1983 von den 25- bis 34jährigen Männern 41 Prozent und von den Frauen dieses Alters 22 Prozent ledig. In Hamburg zum Beispiel betragen diese Prozentsätze aber 59 und 43. Viel mehr Männer und Frauen als im Bundesdurchschnitt lebten daher in den Stadtstaaten in diesem Alter allein. In weiteren Altersgruppen spielt für den hohen Anteil Alleinlebender die hohe Scheidungshäufigkeit eine wichtige Rolle. Hierzu wieder ein Zahlenbeispiel:

Im Durchschnitt des Bundesgebiets waren von den 35- bis 44jährigen Männern und Frauen rund sechs Prozent geschieden, in Berlin (West) und in Hamburg aber rund 15 Prozent. Entsprechend übersteigen die Anteile der Alleinlebenden dieses Alters in den beiden Städten den Bundesanteil um das Doppelte bis Dreifache.

Nicht so kraß sind die Unterschiede bei den ältesten Personen, gleich, ob es sich um Ledige, Verwitwete oder Ge-

Schaubild 4 **Alleinlebende Männer und Frauen in Berlin (West), Hamburg, Bremen und dem gesamten Bundesgebiet im April 1982 nach dem Alter**



*) Der Stichprobenumfang des Mikrozensus erlaubt für 6 Felder keine hinreichend zuverlässige Aussage.

StaLa Bln II A 87/60

schiedene handelt. Aber auch diese werden in den Stadtstaaten häufiger als anderswo in Einpersonenhaushalten gefunden. Sieht man von den in Heimen untergebrachten ab, die hier mangels Daten nicht nachgewiesen werden können, so leben von den über 75jährigen Unverheirateten in Privathaushalten je

nach dem Familienstand im Bundesgebiet bis zu 80 Prozent allein. In allen Fällen, in denen die oft kleinen Zahlen des Mikrozensus eine Aussage zuließen, sind die Prozentsätze in den Stadtstaaten jedoch noch höher. Den regionalen Unterschieden der demographischen Strukturen und den re-

gionalen Unterschieden des sozialen Wandels sollte hinreichende Beachtung geschenkt werden. Vielfach wird erst durch solche Untersuchungen der Blick für das geschärft, was sich bundesweit abspielt.
Karl Schwarz¹⁾

¹⁾ Direktor a. D. des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Bedeutung und Darstellung der Wertschöpfung

Begriffliche Abgrenzung und Erfassung in der amtlichen Statistik sowie Verbindungen zur betrieblichen Wertschöpfung

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit der begrifflichen Abgrenzung und der Erfassbarkeit der „Wertschöpfung“ aus der Sicht der amtlichen Statistik. Begriffe der Wertschöpfung sind in der amtlichen Statistik sowohl im Zusammenhang mit fachbezogenen Statistiken (insbesondere Kostenstrukturerhebungen) als auch im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Bedeutung. Darüber hinaus werden Wertschöpfungsbegriffe im politischen Raum auch unter betrieblichen Aspekten diskutiert, wobei vor allem auf Beziehungen zu verschiedenen Bereichen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hinzuweisen ist. Die sich hieraus ergebenden Verbindungslinien zwischen einzelwirtschaftlicher Betrachtung einerseits und gesamtwirtschaftlich-statistischer Fragestellung andererseits werden in diesem Beitrag ebenfalls erläutert. Insofern sind sektorale und regionale Gesichtspunkte der statistischen Betrachtungsweise im Rahmen der nachfolgenden Ausführungen von hervorgehobener Bedeutung.

Der vorliegende Beitrag wurde durch eine Diskussion anlässlich einer Fachtagung der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung, Bonn, angeregt, die am 16. Dezember 1985 in Berlin stattfand und sich mit dem Thema „Die ‚Wertschöpfung‘ als Anknüpfung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik – Welche Fragen stellen sich bei der Ermittlung der Wertschöpfung?“ befaßte. Die Ergebnisse dieser Tagung sind unter dem Titel „Wertschöpfung und Besteuerung – Ermittlung und Abgrenzung“ in Heft 5 der „Schriftenreihe der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung“ veröffentlicht.

1 Betrachtungsebenen der Wertschöpfung

Die Wertschöpfung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Wertschöpfung (englisch: value added) ist eine zentrale Größe im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In Abhängigkeit von der konkreten Ausgestaltung als Brutto- oder Net-

towertschöpfung beziehungsweise in der Bewertung zu Marktpreisen oder zu Faktorkosten (Übersicht 1) werden über die Wertschöpfung die in den einzelnen Bereichen und Gebieten einer Volkswirtschaft während eines bestimmten Zeitraums erbrachten wirtschaftlichen Leistungen beziehungsweise die dort erzielten Einkommen der Produktionsfaktoren gemessen. Allen in Übersicht 1 aufgeführten Wertschöpfungsbegriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist dabei gemeinsam, daß nur der *Wertzuchs* gemessen wird, das heißt der Wert, der durch den Einsatz von Produktionsfaktoren den im Produktionsprozeß eingesetzten Gütern – den Vorleistungen im weitesten Sinne – hinzugefügt wird. Anders ausgedrückt, die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen sowie analog alle anderen hiervon abgeleiteten Wertschöpfungsbegriffe entstehen durch Abzug der im Produktionsprozeß eingesetzten und damit schon produzierten *Vorleistungen* vom *Bruttoproduktionswert*; der Produktionswert entspricht dabei dem Gesamtwert aller in einer Volkswirtschaft während eines bestimmten Zeitraums produzierten Güter (Waren und Dienstleistungen). Insofern handelt es sich bei allen Wertschöpfungsbegriffen um *Nettoleistungsgrößen*.

Gegenüber einer Bruttodarstellung in Form von Bruttoproduktionswerten oder ähnlichen Größen hat die Nettoleistungsgröße „Wertschöpfung“ den Vorteil einer prinzipiell besseren Vergleichbarkeit in internationaler beziehungsweise interregionaler, intersektoraler und intertemporaler Hinsicht, denn es werden lediglich die von einem Wirtschaftsgebiet beziehungsweise einem Wirtschaftsbereich während einer bestimmten Periode *neu* hinzugefügten Leistungen abgebildet. Damit werden Verzerrungen, die durch unterschiedliche Produktionsverhältnisse im weitesten Sinne hervorgerufen werden (beispielsweise durch einen unterschiedlich hohen Anteil des Wertes der Vorleistungen am Produktionswert, durch ein unterschiedliches Ausmaß der vertikalen Konzentration der Produktion oder ähnliches), im Prinzip weitgehend ausgeschaltet. Je nachdem, welche der Wertschöpfungsgrößen im einzelnen verwendet wird oder verwendet werden

kann, werden diese Ziele mehr oder weniger gut erreicht.

Die so definierten Wertschöpfungsgrößen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor allem für die sektorale Darstellung gesamtwirtschaftlicher Leistungen von Bedeutung – man spricht von den Beiträgen der Wirtschaftsbereiche zur Brutto- beziehungsweise Nettowertschöpfung. Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche läßt sich das *Bruttoinlandsprodukt* ermitteln, indem die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer und die Einfuhrabgaben zur Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft hinzugefügt werden¹⁾. Das Bruttoinlandsprodukt vermittelt somit ein umfassendes quantitatives Bild der wirtschaftlichen Leistung, die aus der Produktionstätigkeit der inländischen Wirtschaftseinheiten resultiert. Die besondere Behandlung der genannten Steuern und Abgaben ist notwendig, weil nach der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das Nettosystem Produktionswert und Wertschöpfung ohne jegliche Umsatzsteuer dargestellt werden²⁾.

Die Wertschöpfung als Indikator der Wirtschaftspolitik

Die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelten

¹⁾ Genaugenommen gilt diese Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt für die um die „Unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen“ global bereinigte Bruttowertschöpfung. Die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen sind ein Wertansatz für diejenigen Leistungen der Kreditinstitute, die nicht gegen spezielle Entgelte erbracht werden (Differenz zwischen den Ertragszinsen, Kreditprovisionen und anderen Vermögenszinsen der Kreditinstitute einerseits und den Aufwandszinsen dieser Institutionen andererseits). Diese Werte werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen global einer zu diesem Zweck gebildeten fiktiven Einheit im Unternehmenssektor zugerechnet, für die sich eine negative Wertschöpfung und negative Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Höhe der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen ergeben. Bei dem bereinigten Ausweis wird – entsprechend den Regelungen im Kontensystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – die fiktive Einheit in die Darstellung der Ergebnisse für alle Wirtschaftsbereiche, für die Unternehmen insgesamt sowie für die Kreditinstitute einbezogen. Hieraus ergibt sich, daß ein konsistenter Nachweis der Wertschöpfung für alle Wirtschaftsbereiche nur auf der Basis der unbereinigten Wertschöpfung möglich und sinnvoll ist. Alle folgenden Ausführungen beziehen sich auf unbereinigte Wertschöpfungsbegriffe.

²⁾ Vgl. beispielsweise Hamer, Günter: Die Behandlung der Umsatz-(Mehrwert-)steuer in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 9/1968, S. 439–443; Engemann, Margot und Mitarbeiter: *Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1981*, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 8/1982, S. 551–572, insbesondere S. 553–555.

Übersicht 1 Die Wertschöpfungsbegriffe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Inlandskonzept)

- Bruttolohn- und Gehaltssummen (Nettolöhne und -gehälter, Lohnsteuer, Sozialbeiträge der Arbeitnehmer)
- + Sozialbeiträge der Arbeitgeber
- = Einkommen aus unselbständiger Arbeit
- + Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Zinsen, Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstige Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit)
- = Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen (Nettowertschöpfung zu Faktorkosten)
- + Abschreibungen
- = Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
- + Produktionssteuern
- Subventionen
- = Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen
- + Materialverbrauch und sonstige Vorleistungen
- = Produktionswert

Wertschöpfungsgrößen sind von zentraler Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Beobachtung des Wirtschaftsprozesses und seiner strukturellen Veränderungen. Neben dieser traditionellen Bedeutung als unerlässlicher Indikator einer globalen und strukturell differenzierten Wirtschaftsbeobachtung ist die Wertschöpfung in jüngster Zeit auch als möglicher Ansatzpunkt für spezifische wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Maßnahmen in die Diskussion gebracht worden. Beispielhaft erwähnt seien

- die Vorschläge des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium und auch anderer Institutionen zur Einführung einer *Wertschöpfungssteuer* als neuer Gemeindesteuer
- die Bedeutung der *Wertschöpfungsquote* für die Höhe der umsatzsteuerlichen Herstellerpräferenz im Rahmen der Berlinförderung
- die Diskussion um *wertschöpfungsbezogene Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung* unter dem Stichwort Maschinenbeitrag oder auch Maschinensteuer.

Die dabei zur Diskussion stehenden Wertschöpfungsbegriffe sind durchaus in engem Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung zu sehen, wobei vor allem der Gedanke einer sowohl alle Bereiche umfassenden als auch einer interregional, intersektoral und intertemporal vergleichbaren Nettoleistungsgröße zu erwähnen ist³⁾.

Die Wertschöpfung in den Kostenstrukturerhebungen und in der Betriebswirtschaft

Allerdings ist für Zwecke einer konkreten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine Bezugnahme auf betriebliche Wertschöpfungsbegriffe und damit auf Größen wichtig, die mit Begriffen der betrieblichen Praxis beziehungsweise des Handels- oder des Steuerrechts vereinbar sind. Möglicherweise müssen sogar – in Abhängigkeit vom konkreten Zweck der gewünschten Politik – im Detail eigenständige und neue Größen beziehungsweise Begriffe definiert werden. Während es also die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit *einheitlich* abgegrenzten Wertschöpfungsbegriffen zu tun haben, die ihrerseits auf international vereinbarten Empfehlungen basieren und gegebenenfalls für *unterschiedliche Ziele* verwendet werden müssen, können ebenso eindeutig definierte betriebliche Wertschöpfungsbegriffe notwendigerweise – in Abhängigkeit von der konkreten Zweckbindung – *unterschiedlich* definiert sein und jeweils nur *einem konkreten Ziel* dienen; bereits jetzt werden zum Beispiel betriebliche Abschreibungen im Handels- und Steuerrecht unterschiedlich definiert⁴⁾.

Auch in der amtlichen Statistik werden eher betriebswirtschaftlich orientierte Wertschöpfungsbegriffe verwendet, und zwar im Rahmen der Kostenstrukturerhebungen, die auf Angaben aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der Unternehmen basieren. Wie angedeutet, kann dies aber nur *eine* Möglichkeit einer Darstellung der betrieblichen Wertschöpfung sein.

Weitere Aspekte der Wertschöpfung in der amtlichen Statistik

Über die in den vorstehenden Abschnitten genannten Aspekte hinaus hat die Wertschöpfung noch weitere wichtige Funktionen innerhalb der amtlichen Statistik. So ist die Wertschöpfung die entscheidende Größe für die Zuordnung von statistischen Einheiten (Unternehmen, Betrieben) zu einem bestimmten Wirtschaftszweig. Die einzelnen statistischen Einheiten sollen grundsätzlich nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit eingeordnet werden. Das bedeutet, daß zum Beispiel ein Unternehmen demjenigen Wirtschaftszweig zuzuordnen ist, auf den der größte Teil der dort entstandenen Wertschöpfung entfällt. Es hängt also von der Wertschöpfung ab, ob ein Unternehmen dem Bereich Handel, dem Verarbeitenden Gewerbe oder einem anderen Wirt-

schaftszweig zugeordnet wird. Daß diese Zuordnung nicht nur für statistische Zwecke bedeutsam ist, zeigt beispielsweise auch die Koppelung von staatlichen Fördermaßnahmen (etwa für Forschung und Entwicklung) an die Zugehörigkeit von Unternehmen zu bestimmten Wirtschaftszweigen. Mit der hier beschriebenen Art und Weise der Schwerpunktbestimmung ist eine Vielzahl theoretischer und praktischer Probleme verbunden, auf die aber nicht näher eingegangen werden soll. Es sei lediglich angemerkt, daß in der Praxis aufgrund der statistischen Schwierigkeiten einer entsprechenden Schwerpunktbildung häufig Ersatzlösungen gewählt werden.

Die Wertschöpfung dient in der amtlichen Statistik des weiteren auch als Grundlage zur Gewichtung von Produktionsindizes, genauer: der Nettoproduktionsindizes. Aufgabe dieser Indizes ist wiederum die Messung der Nettoleistung, und zwar der kurzfristigen (monatlichen und vierteljährlichen) Nettoproduktion unter Ausschaltung der Preisentwicklung.

Schließlich ist die Wertschöpfung auch eine ganz wichtige und aussagekräftige Kennzahl im Zusammenhang mit Produktivitätsberechnungen. So werden bei den amtlichen Produktivitätskennzahlen entweder die preisbereinigte Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der Index der industriellen Nettoproduktion zu den entsprechenden Erwerbstätigen- beziehungsweise Beschäftigtenzahlen in Beziehung gesetzt.

Überblick über die Betrachtungsebenen der vorliegenden Untersuchung

Die nachfolgenden Ausführungen dieses Beitrags beziehen sich vornehmlich auf die Wertschöpfung aus statistischer Sicht. Die Definitionen und Abgrenzungen der verschiedenen Wertschöpfungsbegriffe sowie die statistischen Möglichkeiten und Grenzen im Zusammenhang mit ihrer Erfassung und Darstellung werden hierbei eine zentrale Rolle spielen. Außerdem soll auch herausgearbeitet werden, daß selbst definitorisch identische Wertschöpfungsgrößen durchaus unterschiedliche Inhalte haben können, je nachdem wie die jeweiligen organisatorisch-rechtlichen und sonstigen Gegebenheiten aussehen. Dieser Aspekt betrifft insbesondere auch definitorische Unterschiede gleichnamiger Wertschöpfungsbegriffe im betrieblichen Rechnungswesen einerseits und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen andererseits. Grundsätzlich kann man die Wertschöpfung für institutionelle und funktionelle Einheiten verschiedener Ebenen (Unternehmen, Betriebe, fachliche Unternehmens- und Betriebsteile) berechnen und darstellen. Je nach verwendeter Darstellungsebene oder -einheit fallen

⁴⁾ Schäfer, Dieter/Schmidt, Liane: Abschreibungen nach verschiedenen Bewertungs- und Berechnungsmethoden, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12/1983, S. 919-931.

³⁾ Vgl. beispielsweise die Begründung zur Einführung einer kommunalen Wertschöpfungssteuer: „Eine Wertschöpfungssteuer sollte im Prinzip die gesamte Wertschöpfung einer Volkswirtschaft gleichmäßig erfassen. Wenn Teile der Wertschöpfung steuerfrei bleiben, ergibt sich nicht nur eine Beeinträchtigung der Allgemeinheit der Abgabe, sondern auch die Gefahr unerwünschter allokativer Fehlentwicklungen. Um den steuerlichen Tatbestand der Wertschöpfung zu umreißen, ist es angebracht, von den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auszugehen“. – Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen: *Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern in der Bundesrepublik Deutschland*, Heft 31, Bonn 1982, S. 58/59.

die Ergebnisse unter Umständen anders aus. Erhoben werden Wertschöpfungsgrößen beziehungsweise die zu ihrer Berechnung erforderlichen Merkmale in der Bundesrepublik Deutschland jedoch über Kostenstrukturhebungen nur bei Unternehmen, weil nur bei Unternehmen die Voraussetzungen zur Erfassung der Wertschöpfung aufgrund des unternehmerischen Rechnungswesens in vollem Umfang gegeben sind.

In *Kapitel 2* wird zunächst die Ableitung der verschiedenen statistischen Wertschöpfungsgrößen beschrieben. Da wie angedeutet die Wertschöpfungsbegriffe im Rahmen der Kostenstrukturhebungen nur für Unternehmen erhoben werden und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich die Unternehmen (sowie andere Institutionen) als statistische Einheiten zugrundegelegt sind, beziehen sich die Aussagen in *Kapitel 2* in erster Linie auf nationale Aspekte. Dabei wird auch auf definitorische Aspekte und inhaltliche Besonderheiten der Wertschöpfungsermittlung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einerseits und im unternehmerischen Rechnungswesen beziehungsweise in den daran anknüpfenden Kostenstrukturhebungen andererseits hinzuweisen sein.

Die ungleich größeren Probleme einer Darstellung auf regionaler Ebene werden dann in *Kapitel 3* beschrieben, wobei hauptsächlich auf Aspekte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingegangen wird. Außerdem werden in diesem Kapitel die Unterschiede von regionalisierten *volkswirtschaftlichen* zu rein *betrieblichen* Wertschöpfungsbegriffen behandelt; die hiermit verbundenen Fragen sind unter anderem auch im Hinblick auf Zusammenhänge mit einer Bemessungsgrundlage für die vorgeschlagene „Wertschöpfungssteuer“ von Relevanz.

2 Ableitung der verschiedenen Wertschöpfungsgrößen

Ermittlung der Wertschöpfung nach der Subtraktions- und nach der Additionsmethode

Grundsätzlich läßt sich die Wertschöpfung nach zwei Methoden berechnen: nach der „Subtraktionsmethode“ oder nach der „Additionsmethode“.

Bei der Subtraktionsmethode werden vom Produktionswert die Vorleistungen abgezogen, während bei der Additionsmethode die einzelnen Komponenten der Wertschöpfung (Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, Produktionssteuern minus Subventionen, Abschreibungen) zusammengezählt werden. Wie auch aus *Übersicht 1* hervorgeht, müßten beide Methoden bei analo-

ger Verwendung zum selben Ergebnis führen. Tatsächlich kommen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beide Methoden zum Einsatz, allerdings streng getrennt nach Sektoren. Während im Unternehmenssektor ausschließlich die Subtraktionsmethode angewandt wird, benutzt man im Sektor Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck nur die Additionsmethode. Dies hat gewichtige statistische Gründe: im Unternehmenssektor der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen lassen sich zwar Produktionswerte und Vorleistungen im allgemeinen auch kurzfristig relativ leicht erfassen, weit schwieriger ist es aber, die als Residuum ermittelte Größe „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ in dem vorgegebenen engen zeitlichen Rahmen und den Definitionen entsprechend zu erfassen. Die Additionsmethode kann daher für den Unternehmenssektor in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht oder nur sehr eingeschränkt angewandt werden. Umgekehrt läßt sich im Sektor Staat normalerweise der Produktionswert nicht unmittelbar ermitteln, da die staatlichen Leistungen überwiegend unentgeltlich abgegeben werden. Da in diesem Sektor ex definitione keine Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen entstehen, gibt es für die additive Ermittlung der Wertschöpfung in diesem Fall keine gravierenden Einschränkungen.

Bezüglich der besonderen Ermittlung der Wertschöpfung im Bereich der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur von untergeordneter Bedeutung ist, kann auf die Methodenbeschreibung des Statistischen Bundesamtes verwiesen werden⁵⁾.

Die Wertschöpfungsgrößen als Positionen des Produktionskontos

Zur Darstellung und Ableitung der verschiedenen in der amtlichen Statistik verwendeten Wertschöpfungsgrößen eignet sich besonders gut das Produktionskonto. Bei den nachfolgenden Erläuterungen der einzelnen Positionen des Produktionskontos kann dabei auch auf die statistische Erfassbarkeit der einzelnen Merkmale sowie auf die damit verbundenen Probleme eingegangen werden. Eine Orientierung hierfür bietet *Übersicht 2*.

Ertragsseite des Produktionskontos

Auf der rechten Seite des Produktionskontos steht üblicherweise der Produk-

tionswert. Dieser umfaßt im allgemeinen die Umsätze, die Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion und die selbsterstellten Anlagen (einschließlich aktivierter Gebäude und selbst durchgeführter Großreparaturen). Jede dieser Positionen, insbesondere aber der Umsatz, läßt sich unter verschiedenen Gesichtspunkten noch weiter untergliedern, beispielsweise in Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und Leistungen sowie Umsatz aus Handelsware und ähnlichem (*Übersicht 2*). Der Umsatz ist in den meisten Fällen der mit Abstand größte Posten auf der Ertragsseite des Produktionskontos. Er kann im Produktionskonto grundsätzlich mit oder ohne Umsatzsteuer verbucht werden. Seit einigen Jahren werden die Elemente des Produktionskontos – internationalen Gepflogenheiten entsprechend – in der Statistik ohne Mehrwertsteuer nachgewiesen.

Von der statistischen Erfassbarkeit her gesehen sind die genannten Merkmale als Jahreszahlen von Unternehmen relativ leicht zu erhalten, der Umsatz sogar für Perioden kürzer als ein Jahr.

– Umsatz beziehungsweise Verkäufe –

Der Umsatz eines Unternehmens gehört sicherlich zu den statistisch am besten erfassbaren Größen. Seine Aussagefähigkeit ist aber bereits bei Betrieben von Mehrbetriebsunternehmen eingeschränkt; dieser Aspekt ist für die regionale Betrachtung (*Kapitel 3*) von zentraler Bedeutung. Die innerhalb eines Unternehmens sich vollziehenden Transaktionen (umgesetzte Waren und Dienste) treten nämlich in der Rechnungslegung der Unternehmen üblicherweise nicht in Erscheinung, denn sie werden gegeneinander saldiert. Etwa sieben Prozent aller Betriebe oder 22 Prozent der Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland melden zur amtlichen Statistik beispielsweise überhaupt keinen Umsatz. Der Anteil der Umsätze der Mehrbetriebsunternehmen am Gesamtumsatz des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes beläuft sich im Bundesgebiet auf etwa zwei Drittel des gesamten Umsatzes.

Mit Blick auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind noch einige Sonderbehandlungen der Produktionswerte beim Handel und bei der Landwirtschaft zu erwähnen⁶⁾. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß zu den Verkäufen der Unternehmen auch der Eigenverbrauch der Unternehmer zählt, also die im eigenen Unternehmen produzierten und im privaten Haushalt des Unternehmers verbrauchten Erzeugnisse.

⁵⁾ Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), Reihe 1: Konten und Standardtabellen 1984, Stuttgart und Mainz 1985, S. 76.

⁶⁾ Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), Reihe 1: Konten und Standardtabellen 1984, Stuttgart und Mainz 1985, S. 75.

Ableitung der Leistungsgrößen*)
für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe 1984
 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr

Mill. DM

Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen o. USt.	605 218			Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (Lohnarbeiten usw.) o. USt.	1 222 387	
Einsatz an Handelsware o. USt.	147 783					
Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten o. USt.	24 206					
Kosten für sonstige industrielle/handwerkliche Dienstleistungen (nur fremde Leistungen) o. USt.	26 994	Netto- produktions- wert o. USt. 646 439	Brutto- produktions- wert o. USt. 1 423 645	Umsatz aus Handelsware o. USt.	177 833	
Mieten und Pachten o. USt.	16 224			Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten o. USt.	16 694	
Sonstige Kosten o. USt.	112 859			Bestandsveränderung an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion	+ 1 138	
Verbrauchssteuern	32 425			Brutto- wertschöpfung o. USt. 490 362	Selbsterstellte Anlagen (einschl. Gebäude und selbst-durchgeführter Großrepara-turen) soweit aktiviert	5 593
Sonstige indirekte Steuern abzüglich Subventionen für die laufende Produktion	10 353					
Abschreibungen	48 720	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten 447 584				
Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	398 864					
darunter: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	350 872					

*) Nicht maßstabsgerecht

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

- Output-Vorräte -

Die Veränderung der Output-Vorräte ist nur bei solchen Unternehmen und Betrieben von Bedeutung, die Sachgüter herstellen. In diesen Unternehmen gibt es fast immer Erzeugnisse, die noch in Arbeit und somit aus der Sicht des Unternehmens unfertig sind, und Erzeugnisse, die sich verkaufsfertig auf Lager befinden. Waren die Bestände am Ende einer Periode höher als am Anfang (positive Vorratsveränderung), sind in Höhe dieser Differenz Werte geschaffen worden, also Erträge entstanden; sind dagegen im umgekehrten Fall Werte verzehrt worden, muß dieser Werteverzehr auf dem Produktionskonto als negativer Ertrag verbucht werden.

Die Höhe der Output-Vorräte kann von Unternehmen üblicherweise nur zum Ende eines Rechnungsjahres angegeben werden. Dementsprechend beschränkt sich die unmittelbare statistische Erfassung auf jährliche Befragungen. Aus der Sicht der Konjunkturbeobachtung wäre eine Erhebung in kürzeren als jährlichen Abständen allerdings von großer Bedeutung.

Vorratsbestände bei *Betrieben* von Mehrbetriebsunternehmen zu erfragen gilt ebenfalls als problematisch, da Betriebe teilweise keine eigenen Lager unterhalten, sondern vielfach eigenständige Lagerbetriebe (Zentrallager, Auslieferungslager) vom Unternehmen her betreiben; die Aussagekraft der Vorratsveränderungen für die Messung der eigenen Leistung kann also bei Betrieben erheblich eingeschränkt sein.

Im Rahmen der Wertschöpfungsermittlung kommt der Vorratsveränderung unter dem Gesichtspunkt der zeitlich richtigen Zuordnung der Wertschöpfung und im Hinblick auf Bewertungsfragen eine besondere Bedeutung zu. Da, wie bereits erwähnt, ein Teil der Produktion als Halb- oder Fertigerzeugnisse auf Lager geht und andererseits ein Teil der Verkäufe nicht aus der Produktion der betrachteten, sondern aus einer vergangenen Periode stammt, wird erst durch die Einbeziehung der Bestandveränderungen der fertigen und unfertigen Erzeugnisse eine periodenentsprechende Leistungsmessung möglich. Auch die Bewertungsproblematik ist sehr komplex. Bei den im Rahmen von Unternehmens-

statistiken durchgeführten Erhebungen können nämlich lediglich Buchwerte erfragt werden; diese können aber – je nach unternehmensspezifischer Bewertung – Scheingewinne oder Scheinverluste enthalten, die letztlich das gesamte Unternehmensergebnis beeinflussen. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen versucht man deshalb, die durch Befragung ermittelten Vorratsveränderungen um Scheingewinne (-verluste) zu bereinigen. Zu diesem Zweck werden die Vorratsbestände am Anfang und am Ende eines Jahres mit denselben Preisen, nämlich Jahresdurchschnittspreisen, bewertet. Dabei muß allerdings mit einigen mehr oder weniger realistischen Unterstellungen und Annahmen über die tatsächliche Bewertung in den Unternehmen gearbeitet werden.

- Selbsterstellte Anlagen -

Als weiterer Ertragsposten erscheinen die selbsterstellten Anlagen auf dem Produktionskonto. Es handelt sich dabei um eigene Erzeugnisse des Unterneh-

mens, die nicht am Markt veräußert werden. Auch hier stellt sich die Frage, ob und inwieweit selbsterstellte Anlagen im unternehmerischen Bereich überhaupt aktiviert werden und, wenn ja, wie die Bewertung aussieht. Die Bedeutung der selbsterstellten Anlagen ist allerdings – gesamtwirtschaftlich gesehen – relativ gering.

– Abschließende Bemerkungen –

An der Struktur der Ertragsseite des Produktionskontos läßt sich bereits in groben Zügen erkennen, um welche Art von Unternehmen oder um welchen Wirtschaftsbereich es sich handelt. Dort, wo keine Sachgüter produziert werden und es folglich weder Output-Vorräte noch selbsterstellte Anlagen gibt, also bei reinen Handels- oder Dienstleistungsunternehmen, ist der Bruttoproduktionswert gleich dem Umsatz.

Dort, wo Waren hergestellt werden, also in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Produzierenden Gewerbe, weichen die beiden Größen dagegen voneinander ab. In den meisten Wirtschaftsbereichen des Produzierenden Gewerbes halten sich die Abweichungen bei Jahreszahlen in Grenzen, Abweichungen von mehr als drei Prozent sind die Ausnahme. Für kürzere Zeitspannen als ein Jahr können die Differenzen aber erheblich sein, da Produktion und Absatz in vielen Fällen einem unterschiedlichen Saisonrhythmus folgen. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede in der Landwirtschaft und in den eng daran gekoppelten Kampagneindustrien, wie zum Beispiel in der Zuckerindustrie oder in der Obst- und Gemüseverarbeitung. Hier zeigen sich besonders deutlich die Grenzen des Merkmals Umsatz als Maß für die kurzfristige Entwicklung von Produktion und wirtschaftlicher Leistung; aber auch in weniger extremen Fällen ist in dieser Hinsicht Vorsicht geboten.

Aufwandseite des Produktionskontos

Durch sukzessiven Abzug der einzelnen Aufwandsgrößen auf der linken Seite des Produktionskontos vom Bruttoproduktionswert lassen sich die verschiedenen in der Statistik verwendeten Wertschöpfungsgrößen ermitteln (Übersicht 2).

– Nettoproduktionswert –

Der Nettoproduktionswert ergibt sich durch Abzug des Materialverbrauchs, des Einsatzes an Handelsware sowie der Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten vom Bruttoproduktionswert.

Da der Materialverbrauch im allgemeinen nicht unmittelbar erfaßt werden kann, muß man bei seiner Ermittlung auf den Material- und Wareneingang während der Periode sowie auf die am Anfang und am Ende der Periode vorhandenen Vorräte an Roh-, Hilfs- und Be-

triebsstoffen oder Handelswaren, die sogenannten *Input-Vorräte*, zurückgreifen. Im Zusammenhang mit der Bewertung der Input-Vorräte ergibt sich ebenso wie bei den Output-Vorräten das Problem der Scheingewinne oder Scheinverluste (*Kapitel 2*, Abschnitt Output-Vorräte). Auch hier wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen versucht, durch entsprechende Umbewertung der Vorräte den Materialverbrauch frei von Scheingewinnen oder -verlusten darzustellen.

Die Ermittlung der Scheingewinne und Scheinverluste gehört mit zu den schwierigsten Aufgaben im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, zumal es dabei um Größenordnungen geht, die deutlich machen, daß es sich nicht um ein akademisches Problem handelt. Die Scheingewinne beziehungsweise -verluste beliefen sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland auf bis zu 31 Milliarden DM beziehungsweise auf bis zu minus sechs Milliarden DM, wobei von Jahr zu Jahr relativ starke Schwankungen auftraten.

Der Nettoproduktionswert ist auch heute noch eine in der amtlichen Statistik häufig verwendete Wertschöpfungsgröße. Sein Vorteil besteht vor allem in der relativ leichten Erfassbarkeit und der zumindest weniger problematischen Aufteilungsmöglichkeit auf Betriebe und fachliche Teile. Er liefert daher vor allem wichtige Anhaltspunkte für die Gewichtung regionaler Produktionsindizes.

– Census-Value-Added –

Im nationalen und internationalen Bereich ist in den letzten Jahren mehr und mehr der Census-Value-Added an die Stelle des Nettoproduktionswertes getreten. Er unterscheidet sich vom Nettoproduktionswert dadurch, daß zusätzlich noch die *Kosten für industrielle und handwerkliche Dienstleistungen* (das sind vor allem durch Dritte ausgeführte Reparaturen, Instandhaltungen, Montagen und dergleichen) abgesetzt werden. Der Census-Value-Added spielt in der Statistik der Bundesrepublik Deutschland vor allem bei der Darstellung von Ergebnissen für fachliche Unternehmensteile im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe eine entscheidende Rolle, da bei dieser Wertschöpfungsgröße alle Transaktionen zwischen den einzelnen fachlichen Teilen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes saldiert sind. Der Census-Value-Added enthält also im Unterschied zum Nettoproduktionswert keine Kosten für die von anderen fachlichen Unternehmensteilen desselben Unternehmens bezogenen Dienstleistungen. Daher ist der jeweilige Census-Value-Added der verschiedenen fachlichen Unternehmensteile eines Unternehmens ohne Doppelzählungen zum Unternehmenswert additionsfähig. Dementsprechend stellt der Census-Value-Added die Grundlage für die Gewichtung der Nettoproduktionsindizes für fachliche Unternehmensteile dar.

– Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen –

Vermindert man den Census-Value-Added noch um die sogenannten *Sonstigen Vorleistungen* – hierzu zählen zum Beispiel Provisionen, Postgebühren, Frachtkosten, Bankspesen, Teile der Versicherungsprämien, Beratungshonorare, Verbandsbeiträge –, so erhält man die bereits erwähnte Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen. Der Begriff „zu Marktpreisen“ trifft allerdings nicht genau zu, da wie ausgeführt die Leistungsströme in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen inzwischen ohne Umsatzsteuer dargestellt werden.

Die Bruttowertschöpfung gilt als Maßstab für die eigene Leistung einer Produktionseinheit, eines Wirtschaftsbereichs oder – auf höchster Aggregationsstufe – einer ganzen Volkswirtschaft. Sie hat aus statistischer Sicht den Nachteil, relativ schwer erhebbar zu sein; sie wird ausschließlich bei Unternehmen erfaßt und dort auch nur für ganze Jahre. Eine Erhebung der Ergebnisse im Rahmen der Kostenstrukturerhebungen erfolgt jährlich allerdings nur im Produzierenden Gewerbe; die Angaben liegen etwa eineinhalb Jahre nach dem Berichtsjahr vor. In den anderen Bereichen der Wirtschaft werden Kostenstrukturstatistiken nur in zwei- beziehungsweise vierjährigem Abstand durchgeführt, und zwar auf freiwilliger Basis (Übersicht 3). In einigen Wirtschaftszweigen gibt es gar keine derartigen Erhebungen.

Wie bereits erwähnt, ist die bei Unternehmen im Rahmen der Kostenstrukturstatistiken erhobene Bruttowertschöpfung bereits mit Bewertungsproblemen behaftet, die unmittelbar Auswirkungen auf die Höhe der Wertschöpfung haben. Einschränkungen für die Vergleichbarkeit von Wertschöpfungsgrößen ergeben sich aber auch aus anderen Gründen. Geht zum Beispiel ein Unternehmen dazu über, Leiharbeiter anstelle von eigenen, arbeitsrechtlich an das Unternehmen gebundenen Beschäftigten einzusetzen, dann verringern sich in dem betreffenden Unternehmen sämtliche Wertschöpfungsgrößen (vom Nettoproduktionswert bis zur Nettowertschöpfung zu Faktorkosten). Da die Entgelte von Leiharbeitern beim leihenden Unternehmen als Vorleistungen gelten, vermindert sich – *ceteris paribus* – die Wertschöpfung genau in Höhe dieser Entgelte, obwohl sich der gesamte Produktionsablauf dieses Unternehmens im technischen Sinne überhaupt nicht geändert hat; ein Außenstehender würde diese interne organisatorische Änderung wahrscheinlich gar nicht wahrnehmen. Dieselben Effekte ergeben sich bei der Bruttowertschöpfung, wenn ein Unternehmen Anlagegüter nicht mehr kauft (also selbst investiert), sondern mietet. Die Bruttowertschöpfung würde dann um die Mietbeziehungsweise Leasingausgaben vermindert; andererseits würden keine oder

Übersicht 3 Kostenstrukturstatistiken des Statistischen Bundesamtes

Bezeichnung der Kostenstrukturstatistiken	Gesetzliche Grundlage der Erhebungen	Auskunfts-erteilung	Erhebungseinheit und Berichtskreis	Erhebungs- u. Auf- bereitungs- methode	Periodi- zität der Erhebung	Fachliche Gliederung	Veröffent- lichung in Fachserie	Bisherige Fachserien, Veröffent- lichungen	
Kostenstrukturstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1)	Pflicht	max. 15 000 Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen	Repräsen- tative Stich- probe	jährlich ⁴⁾	Systematik der Wirt- schaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzie- renden Gewerbe	Fachserie 4, Reihe 4.3.1, 4.3.2, 4.3.3	1975 ⁶⁾ 1976 ⁶⁾ 1977, 1978 1979, 1980 1981, 1982	
Kostenstrukturstatistik im Bauhauptgewerbe			max. 4 000 Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen				Fachserie 4, Reihe 5.3		
Kostenstrukturstatistik im Ausbaugewerbe									
Kostenstrukturstatistik der Energie- und Wasserversorgung			max. 1 100 Unternehmen mit 10 u. mehr tätigen Personen ³⁾	Total- erhebung			Fachserie 4, Reihe 6.1, 6.3		
Kostenstrukturstatistik im Handwerk	2)	freiwillig	5 % aller Unternehmen des Erhebungs- bereiches	Repräsen- tative Stich- probe	4 jährlich ⁵⁾	Systematik der Wirt- schaftszweige	Fachserie 2, Reihe 1.1	1958, 1962 1966, 1970, 1974, 1978 ⁷⁾ 1982 ⁷⁾	
Kostenstrukturstatistik im Großhandel							Fachserie 2, Reihe 1.2.1		1960, 1964, 1968, 1972, 1976, 1980
Kostenstrukturstatistik im Einzelhandel							Fachserie 2, Reihe 1.3		1961, 1965, 1969, 1973, 1977, 1981
Kostenstrukturstatistik der Handels- vertreter und Handelsmakler							Fachserie 2, Reihe 1.2.2		1960, 1964, 1968, 1972, 1976, 1980
Kostenstrukturstatistik in der Binnenschifffahrt und Güterbeförderung							Fachserie 2, Reihe 1.5.2		1959, 1963, 1967, 1971, 1975, 1979
Kostenstrukturstatistik in der See- und Küstenschifffahrt							Fachserie 2, Reihe 1.5.2		
Kostenstrukturstatistik im Gewerblichen Güterkraftverkehr, Spedition (einschl. Möbelspedition) u. Lagerei							Fachserie 2, Reihe 1.5.2		
Kostenstrukturstatistik des öffentlichen Straßenverkehrs							Fachserie 2, Reihe 1.5.1		
Kostenstrukturstatistik der nichtbundeseigenen Eisenbahnen							Fachserie 2, Reihe 1.5.1		
Kostenstrukturstatistik der Reise- veranstalter und Reisevermittler (Reisebüro)							Fachserie 2, Reihe 1.5.1		
Kostenstrukturstatistik der Ärzte							Fachserie 2, Reihe 1.6.1		1959, 1963, 1967, 1971, 1975, 1979
Kostenstrukturstatistik der Zahnärzte							Fachserie 2, Reihe 1.6.1		
Kostenstrukturstatistik der Tierärzte							Fachserie 2, Reihe 1.6.1		
Kostenstrukturstatistik von Rechts- anwälten mit und ohne Notariat							Fachserie 2, Reihe 1.6.2		
Kostenstrukturstatistik von Wirtschaftsprüfern, Steuerbevoll- mächtigten und Steuerberatern							Fachserie 2, Reihe 1.6.2		
Kostenstrukturstatistik von Architekten							Fachserie 2, Reihe 1.6.2		
Kostenstrukturstatistik der Beratenden Ingenieure							Fachserie 2, Reihe 1.6.2		
Kostenstrukturstatistik im Gastgewerbe							Fachserie 2, Reihe 1.4		1961, 1965, 1969, 1973, 1977, 1981
Kostenstrukturstatistik der Buch- u.ä. Verlage							Fachserie 2, Reihe 1.2.1		1960, 1964, 1968, 1972, 1976, 1980
Kostenstrukturstatistik im Pressewesen	Fachserie 11, Reihe 5								

1) Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung vom 30.5.1980 im Zusammenhang mit dem Bundesstatistikgesetz in der Fassung vom 14.4.1980. - 2) Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStruk StatG) vom 12.5.1959, geändert § 5 des Gesetzes über eine Pressestatistik vom 1.4.1975 und durch § 13 des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6.11.1975 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.5.1980. - 3) Da in dem Erhebungsbereich weniger als 1100 Unternehmen mit 10 und mehr tätigen Personen zu verzeichnen sind, läßt der gesetzliche Rahmen eine Totalerhebung zu. - 4) Neue Stichprobenziehung ca. alle 4 Jahre. - 5) Mit jeweils neuer Stichprobenziehung. - 6) Ohne Produzierendes Handwerk, ab Berichtsjahr 1977 werden Ergebnisse im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe inkl. Prod. Handwerk (Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen) veröffentlicht. - 7) Ohne produzierende Handwerksunternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen. - 8) Befragt werden alle Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen, unabhängig vom Tätigkeitssschwerpunkt. - 9) Auf freiwilliger Basis, die Rücklaufquote der Erhebungsbogen ist erheblich geringer als bei Totalerhebungen mit gesetzlicher Auskunftspflicht.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

nur noch verminderte Abschreibungen anfallen. Die Höhe der Wertschöpfung eines Unternehmens hängt also nicht nur von technischen, sondern auch von organisatorischen und rechtlichen Gegebenheiten ab. Die rechtlich-organisatorischen Bedingungen können dabei insofern noch komplizierter sein, als das verleihende oder vermietende Unternehmen zum selben Konzern gehören kann wie das leihende beziehungsweise mietende Unternehmen selbst.

- Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten -

Subtrahiert man von der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen den Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen, erhält man die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten. Diese Wertschöpfungsgröße hat vor allem für interregionale und internationale Vergleiche eine besondere Bedeutung, da Verzerrungen ausgeschaltet werden, die durch eine national unterschiedliche Besteuerungs- und Subventionspraxis oder durch die regional differenzierte Be- und Entlastung entstehen.

Da die Größen des Produktionskontos in der derzeitigen statistischen Praxis ohne Umsatzsteuer dargestellt werden, bestehen die indirekten Steuern ausschließlich aus den Produktion- oder Kostensteuern. Dazu gehören unter anderem die Verbrauchsteuern auf selbst hergestellte Güter, die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Wechselsteuer. Als Kostensteuern werden bei der Berechnung von Wertschöpfungsgrößen allerdings nur solche angesehen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der laufenden Produktionstätigkeit anfallen.

Subventionen des Staates für die Durchführung des laufenden Produktionsprozesses werden bei der Ermittlung der Wertschöpfung als negative indirekte Steuern interpretiert. Sie erscheinen daher, anders als im betrieblichen Rechnungswesen, nicht auf der Ertragsseite des Produktionskontos, sondern werden unmittelbar mit den indirekten Steuern saldiert.

Die Produktionssteuern und in noch stärkerem Maße die Subventionen gehören zu den aus statistischer Sicht schon bei Unternehmen weniger gut erfaßbaren Größen. Die Subventionen werden von den Unternehmen vielfach als normaler Ertrag betrachtet, der Subventionscharakter ist den Unternehmen gar nicht bewußt. Dies gilt um so mehr, als der jeweilige Empfänger von Subventionszahlungen oft nicht mit demjenigen übereinstimmt, der eigentlich begünstigt werden soll. Beispiele liefern einige Subventionen, die zahlungsmäßig an den Handel gehen, eigentlich aber der Landwirtschaft zugute kommen sollen, oder auch Fahrpreissubventionen an Personennahverkehrsunternehmen, die letztlich Rentnern oder Schülern eine verbilligte Beförderungsleistung ermöglichen sollen. Die gesamtwirtschaftlich aufgrund von Zahlungen der Gebiets-

körperschaften gemessenen Subventionen sind deshalb in der Regel erheblich höher als die von den Unternehmen als Empfänger gemeldeten.

Auch die Erfassung der indirekten Steuern ist nicht ohne Probleme, insbesondere im Bereich der Verbrauchssteuern, wo bestimmte steuertechnische Besonderheiten, wie zum Beispiel das sogenannte Begleitscheinverfahren, eine Rolle spielen können. Auch hier ergeben sich zum Teil erhebliche Differenzen zwischen dem kassenmäßigen Aufkommen einer bestimmten Steuerart und den bei den Unternehmen erhobenen Größen.

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ist allerdings aus theoretischer Sicht noch am besten geeignet, um als Anknüpfungspunkt für wirtschafts-, sozial- und steuerpolitische Maßnahmen zu dienen, weil die Verzerrungen durch indirekte Steuern und Subventionen bei den anderen bislang genannten Wertschöpfungsgrößen erheblich sein könnten, insbesondere in Bereichen mit hoher Verbrauchsteuerbelastung (vornehmlich Mineralölverarbeitung, Spirituosenherstellung, Tabakverarbeitung).

- Nettowertschöpfung zu Faktorkosten -

Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach Abzug der Abschreibungen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen sollen den Wertverzehr in Rechnung stellen, der durch den Verschleiß der Anlagen im Produktionsprozeß verursacht wird. Während in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die nutzungsbedingten Abschreibungen zu Wiederbeschaffungskosten enthalten sein sollen, lassen sich bei Unternehmensbefragungen in der Regel nur die steuerlichen Abschreibungen erheben, da im Rechnungswesen der Unternehmen häufig nur diese verbucht werden. Während in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen also die reale Kapital- und Substanzerhaltung im Vordergrund steht, gehen steuerliche Vorschriften stärker von einer nominellen Kapital- und Substanzerhaltung aus. Auch hier spielt - ähnlich wie bei den Vorräten - die Frage der Bewertung der Abschreibungen (Einbeziehung von Sonderabschreibungen und ähnliches) eine große Rolle. Je nach Art der Bewertung, der angesetzten Nutzungsdauer sowie des verwendeten Abschreibungsverfahrens (linear, progressiv, degressiv), fällt die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten quantitativ unterschiedlich aus. Auf die Effekte, die sich ergeben, wenn Anlagegüter nicht gekauft, sondern gemietet werden, wurde bereits in Kapitel 2 (Abschnitt Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen) hingewiesen.

Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten setzt sich in der Terminologie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus den Einkommen aus unselbständiger Arbeit einerseits und den Ein-

kommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen andererseits zusammen. Die Summe der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten über alle Wirtschaftsbereiche, bereinigt um den Saldo aus an die übrige Welt geleisteten und aus der übrigen Welt empfangenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, entspricht dem Volkseinkommen.

Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit umfassen die Bruttolöhne und -gehälter sowie die Sozialbeiträge (tatsächliche und unterstellte) der Arbeitgeber (Übersicht 1). Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen setzen sich in den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im wesentlichen zusammen aus Zinsen, Dividenden, Nettopachten (also Grundrenten für unbebautes Land), Einkommen aus immateriellen Werten (Patente, Lizenzen, Urheberrechte und ähnlichem) und Gewinnen beziehungsweise Verlusten. In den so definierten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind dagegen die Mieten nicht enthalten. Dies wird hier deshalb besonders erwähnt, weil die Mieten in der Literatur und auch in den Vorschlägen verschiedenster Art (beispielsweise zur Einführung einer Wertschöpfungssteuer) immer wieder als Bestandteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezeichnet werden. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in den Kostenstrukturerhebungen sind Mieten Bestandteil der sonstigen Vorleistungen.

3 Darstellung der Wertschöpfung auf regionaler Ebene

Regionalisierte volkswirtschaftliche Wertschöpfung und betriebliche Wertschöpfung im Überblick

In diesem Kapitel wird ein Überblick über die Berechnung volkswirtschaftlicher Wertschöpfungsgrößen für Gebietseinheiten unterhalb der Bundesebene gegeben. Die Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf Fragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Regionalisierung bedeutet dabei, die im Indikator „Wertschöpfung“ gemessenen gesamtwirtschaftlichen Leistungen den Bundesländern beziehungsweise Gebietseinheiten unterhalb der Länderebene regional richtig zuzuordnen. Bei den hauptsächlich methodischen Ausführungen dieses Kapitels wird auch kurz auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu einer regionalen Zerlegung betrieblicher Wertschöpfungsbegriffe eingegangen, die im Rahmen einer Einführung der kommunalen Wertschöpfungssteuer bedeutsam werden könnte. Diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede wären unter anderem zu beach-

ten, wenn Ergebnisse *volkswirtschaftlicher* Wertschöpfungsdaten für Modellrechnungen zur regionalen Verteilung des Wertschöpfungssteueraufkommens verwendet werden.

Den Vorstellungen des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen zur Bemessungsgrundlage für eine kommunale „Wertschöpfungssteuer“ dürfte von der Konzeption her die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten am ehesten entsprechen⁷⁾. Unter allen zur Diskussion stehenden Begriffen der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung ist jedoch gerade die Berechnung der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten (zumindest für Gebietseinheiten unterhalb der nationalen Ebene) mit den größten Risiken behaftet.

Die regionalen Gebietseinheiten

Begriffe der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung werden vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder bislang für die elf Bundesländer sowie – hinsichtlich administrativer Gebietseinheiten – auch für Kreise (kreisfreie Städte und Landkreise) berechnet⁸⁾. Ergebnisse für Gemeinden liegen demnach nur für die drei Stadtstaaten sowie für kreisfreie Städte (Stadtkreise) vor. Die Berechnung für die Länder (einschließlich Stadtstaaten) weicht methodisch von derjenigen für die Kreise ab.

Bereichsklassifizierung

Besonders im Hinblick auf die Regionalbetrachtung muß auch auf die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung der Wirtschaftsbereiche eingegangen werden. Wie in *Kapitel 1* (Abschnitt Überblick über die Betrachtungsebenen der vorliegenden Untersuchung) ausgeführt, wird in der Sozialproduktberechnung der Bundesrepublik Deutschland das institutionelle Konzept zugrundegelegt, das auf Unternehmen als den kleinsten statistischen Einheiten basiert. Da alle regionalen Daten in tiefer Gliederung auf die Bundeswerte abgestimmt werden und diese stets nach dem Unternehmensschwerpunkt zugeordnet sind, müssen auch in der Länderrechnung alle wirtschaftlichen Leistungen der Betriebe dem Schwerpunkt des Gesamtunternehmens zugeordnet werden. Dieses Prinzip gilt auch dann, wenn in den Be-

trieben eine anders geartete Leistung erbracht wird als es dem Schwerpunkt des Unternehmens entspricht; der Unternehmensschwerpunkt kann dabei auch von einem anderen Land aus bestimmt werden. Insofern werden beispielsweise reine Handelsniederlassungen oder Forschungslabors eines Unternehmens mit Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe generell dem Verarbeitenden Gewerbe, nicht dem Handel oder den Dienstleistungen, zugeordnet.

Berechnung der Wertschöpfung für die Bundesländer

Ermittlung der Wertschöpfung nach der Subtraktions- und nach der Additionsmethode

Im Rahmen der Länderrechnung werden die Produktionswerte, die Vorleistungen und die verschiedenen Wertschöpfungsbegriffe weitgehend originär berechnet. Die in der Regel knapp zwei Jahre nach dem Bezugsjahr vorliegenden Wertschöpfungsdaten dieser „Originärberechnung“ werden bezüglich der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen über „Fortschreibungen“ außerdem auch für aktuellere Jahre nachgewiesen. Bei der Originärberechnung werden, untergliedert nach etwa 100 Wirtschaftsbereichen, die genannten Begriffe für alle Länder aus dem vorhandenen Datenmaterial ermittelt und dann – wieder in tiefer Wirtschaftsbereichsgliederung – auf die entsprechenden Bundeswerte abgestimmt. Bei dieser Berechnung überwiegt – wie auf Bundesebene – die *subtraktive* Methode; allerdings wird in einzelnen Bereichen auch eine Verteilung einzelner Wertschöpfungsbestandteile des Unternehmens auf die regionalen Betriebsstätten vorgenommen. Zusätzlich zu den Wertschöpfungsdaten werden in davon unabhängigen Berechnungen auch Einkommen aus unselbständiger Arbeit ermittelt. Eine *additive* Methode im reinen Sinne kommt dagegen auch auf Länderebene nur bei den Bereichen Staat, Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck zur Anwendung, wo es – wie in *Kapitel 2* (Abschnitt Ermittlung der Wertschöpfung nach der Subtraktions- und nach der Additionsmethode) ausgeführt – definitionsgemäß keine Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gibt.

Besonderheiten und Probleme der Länderrechnung

Obwohl die Wertschöpfungsbegriffe auf Bundes- und Länderebene inhaltlich identisch sind, ergeben sich in der konkreten Berechnung entscheidende Unterschiede. Insbesondere geht es in der Länderrechnung darum, im Interesse der regional richtigen Zuordnung wirtschaftlicher Leistungen die Wertschöp-

fung von Mehrländerunternehmen regional adäquat aufzuspalten. Die Regionalisierung der Wertschöpfung kann dabei schon deshalb nicht ohne Schätzungen erfolgen, weil die Ergebnisse der hierfür besonders wichtigen Kostenstrukturerhebungen im *Produzierenden Gewerbe* nur für Unternehmen vorliegen und diese Kostenstrukturerhebungen für die Länder nicht repräsentativ sind. Die Ergebnisse der Kostenstrukturerhebungen im *Produzierenden Gewerbe* können deshalb nur für ausgewählte Unternehmen unmittelbar verwendet werden. In diesen Fällen kann eine weitgehend unternehmensindividuelle Zerlegung der Wertschöpfung beziehungsweise ihrer Bestandteile vorgenommen werden. Für alle anderen Unternehmen beziehungsweise Bereiche muß mit tiefgegliederten bundesdurchschnittlichen Wertschöpfungsquoten gearbeitet werden, um die Wertschöpfung aus den Produktionswerten abzuleiten. Eine relativ gute Datenbasis liegt auch für den *Handel* vor, für den länderspezifische Rohertragsquoten verwendet werden können. Bei den *Dienstleistungen* (ohne Handel und Verkehr) sind zwar die Mehrländerunternehmen nicht von so großer Bedeutung, doch ergeben sich hier schon Probleme bei der Bestimmung der Produktionswerte, für die oft auf reine Unternehmensdaten beispielsweise der Umsatzsteuerstatistik zurückgegriffen werden muß. Besonders im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes kommt hinzu, daß konzerninterne Leistungen anders erfaßt werden, wenn sie von einem rechtlich *selbständigen* Unternehmen oder von einem Betrieb *innerhalb* des Unternehmens erbracht werden. Dies gilt beispielsweise für Forschungslabors, aber auch für die in *Kapitel 2* (Abschnitt Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen) erwähnten Leiharbeiter und geleasteten Anlagen. Die genannten Ausführungen zur Originärberechnung auf Länderebene beziehen sich auf alle Begriffe der Wertschöpfung beziehungsweise auf alle Posten zwischen den einzelnen Wertschöpfungsbegriffen. In der Länderrechnung werden dabei – soweit möglich – alle Begriffe aus dem zur Verfügung stehenden statistischen Material *unabhängig* berechnet. Dies gilt auch im Hinblick auf den Übergang von der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen zur Nettowertschöpfung zu Faktorkosten⁹⁾. Reine Schlüsselungen im Sinne einer regionalen Verteilung von Bundeswerten auf die Länder werden – soweit möglich – vermieden. In diesem Punkte unterscheiden sich die Länderrechnungen

⁷⁾ Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen: Gutachten, S. 57 und S. 66–68.

⁸⁾ Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder besteht aus Vertretern der elf Statistischen Landesämter sowie des Statistischen Bundesamtes und des Amtes für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen der Stadt Frankfurt am Main. Die Ergebnisse werden dort für alle Länder nach einheitlichen Methoden berechnet. Lediglich für Berlin (West) wird im Statistischen Landesamt Berlin eine Eigenberechnung durchgeführt, da für Berlin eine günstigere Datenbasis vorliegt.

⁹⁾ Vgl. hierzu im einzelnen Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland – Revidierte Ergebnisse 1970–1985. Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 15, Stuttgart 1986.

grundlegend von den Berechnungen für Kreise und andere Gebietseinheiten unterhalb der Länderebene.

Berechnung für Kreise und andere kleinräumige Gebietseinheiten

Berechnung der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen

Für die Berechnung der Wertschöpfung auf Kreisebene kann nur bei Unternehmen, die auch in der Kostenstrukturstatistik erfaßt werden und Betriebsstätten nur in *einem* Kreis aufweisen, auf direkt vorliegende statistische Informationen zurückgegriffen werden. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder wird schon aus diesem Grund – wenigstens zur Zeit noch – generell anders vorgegangen. Im einzelnen werden die Beiträge der Bereiche zur Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen auf Länderebene in tiefer wirtschaftlicher Gliederung (rund 100 Wirtschaftsbereiche) mit Hilfe sogenannter „symptomatischer Schlüssel“ auf die Kreise verteilt. Die hierfür verwendeten Schlüsselgrößen werden so gewählt, daß ein möglichst enger Zusammenhang zu den Begriffen der Wertschöpfung vorliegt. Allerdings kann nicht in allen Fällen unterstellt werden, daß Schlüsselgröße und Wertschöpfungsbegriff sich regional genau gleich verteilen, zumal wenn man bedenkt, daß bei der Schlüsselung aus Datengründen Löhne und Gehälter beziehungsweise Umsätze überwiegen. Die Schlüsselgrößen sind ebenfalls nach dem Unternehmensschwerpunkt aufbereitet, so daß das institutionelle Konzept auch für Kreisberechnungen gilt.

Die Entscheidung, ob Löhne und Gehälter oder Umsätze verwendet werden, kann von den Statistischen Landesämtern länderspezifisch und bereichsweise durchaus abweichend gefällt werden, da die konkreten Gegebenheiten in den verschiedenen Ländern beziehungsweise Bereichen oft sehr unterschiedlich sind. Modellrechnungen haben gezeigt, daß die Wahl der Schlüsselgröße für die regionale Zuordnung gesamtwirtschaftlicher Leistungen von ziemlich großer Bedeutung ist¹⁰⁾. Zwar ergeben sich nicht zuletzt aufgrund der tiefen Wirtschaftsbereichsgliederung, die bei der Schlüsselung angewendet wird, für die aggregierten Wertschöpfungsdaten in der Regel plausible Werte, doch können sich gerade bei komplizierten Unternehmensverhältnissen durchaus problematische Zuordnungen ergeben. Insofern muß auch auf die Problematik tiefgegliederter Kreisergebnisse hingewiesen werden.

¹⁰⁾ Treack, Hans-Jürgen: Einflüsse auf die Kreisergebnisse des Bruttoinlandsprodukts – dargestellt anhand verschiedener Alternativrechnungen, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 12/1983, S. 771-780.

Berechnung der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

Um die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach Kreisen zu berechnen, werden die Produktionssteuern und Subventionen den Kreisen zugeordnet und dann von der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen abgezogen (Übersicht 1). In einigen wenigen Fällen liegen direkte Informationen über die regionale Verteilung von Produktionssteuern und Subventionen vor. Zumeist muß jedoch auch hier eine Schlüsselung der Länderergebnisse vorgenommen werden, die wiederum in tiefer Bereichsgliederung erfolgt. Wegen der oft komplizierten unternehmensinternen Verflechtungen bereitet dabei gerade die Schlüsselung der quantitativ wichtigsten Produktionssteuern (Tabaksteuer und Mineralölsteuer) große Probleme. Generell kann deshalb davon ausgegangen werden, daß die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten mit größeren Fehlern behaftet ist als diejenige zu Marktpreisen. Mit aus diesem Grund wird die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nicht für einzelne Wirtschaftsbereiche veröffentlicht.

Grenzen einer Berechnung der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten

Noch problematischer ist eine Berechnung der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten, die sich aus der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten durch Abzug der Abschreibungen ergibt (Übersicht 1). Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder hat davon abgesehen, diese Größe, die den Vorstellungen des Wissenschaftlichen Beirats als Bemessungsgrundlage für eine Wertschöpfungssteuer am ehesten entspricht, auch für Kreise zu berechnen. Probleme einer Berechnung für regionale Einheiten ergeben sich vor allem dadurch, daß Abschreibungen originär nicht nach Betrieben (örtlichen Einheiten) erhoben werden. Und eine Berechnung mit Hilfe des Kapitalstocks über Investitionen zurückliegender Jahre scheitert daran, daß Investitionen in tiefer Bereichsgliederung für Kreise nicht in der erforderlichen Zeitreihe vorliegen oder – so bei den Dienstleistungsunternehmen – überhaupt erst geschätzt werden müßten. Insofern sind aus statistischer Sicht für einen Ausweis der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten auf Kreisebene wirkliche Grenzen in Rechnung zu stellen, zumal auch eine alternative *additive* Berechnung dieses Wertschöpfungsbegriffs ausscheidet.

Problematik einer additiven Ermittlung

Besonders für die Kreisberechnung, allerdings auch schon für die Länderrechnung, ist es sehr schwer, Wertschöpfungsaggregate additiv zu ermitteln, in-

dem die einzelnen Komponenten je nach Erfordernis zusammenaddiert werden. Schwierigkeiten, die zusätzlich zu den bereits in Kapitel 2 (Abschnitt Ermittlung der Wertschöpfung nach der Subtraktions- und nach der Additionsmethode) für die Bundesberechnung genannten Problemen zu beachten sind, ergeben sich im Rahmen einer Regionalisierung vor allem bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Diese Größe wird im Zusammenwirken aller Unternehmensteile erwirtschaftet und stellt deshalb eine Aufspaltung und regionale Zuordnung schon gedanklich vor große Probleme. Dies gilt vor allem für die Gewinne oder Verluste eines Unternehmens. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden deshalb in der sogenannten „Inlandsrechnung“ immer eine Restgröße darstellen.

Volkswirtschaftliche Wertschöpfung und Wertschöpfungssteuer

Begriffliche Unterschiede

Wie mehrfach erwähnt, bestehen zwischen der volkswirtschaftlichen und der betrieblichen Wertschöpfung, die als eine eventuelle Steuerbemessungsgrundlage in Frage käme, begriffliche Unterschiede. Hinzu kommen die in Kapitel 3 (Abschnitt Bereichsklassifizierung) angesprochenen, bei Regionalberechnungen besonders zu beachtenden Probleme der sektoralen Zuordnung volkswirtschaftlicher Leistungen.

In den folgenden Abschnitten soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit methodische und klassifikatorische Gesichtspunkte relevant werden, wenn die volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsergebnisse auf Fragen der kommunalen Wertschöpfungssteuer übertragen werden. Abgesehen von den genannten begrifflichen Abweichungen ergeben sich hinsichtlich der Berechnung einige weitere Unterschiede, durchaus aber auch gewisse Gemeinsamkeiten. Die Probleme der sektoralen Zuordnung wären im übrigen dann nicht so gravierend, wenn man die konkreten Vorschläge des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen zugrundelegt.

Unterschiede und Ähnlichkeiten bei der Zerlegung

Zunächst könnte man sich vorstellen, daß – entsprechend dem jetzigen Vorgehen bei der Zerlegung der Gewerbesteuer – auch bei der kommunalen Wertschöpfungssteuer die Leistungen multiregionaler Unternehmen mit Hilfe von Löhnen und Gehältern auf die örtlichen Einheiten (Betriebsstätten) verteilt werden. Dieses Verfahren würde dem Vorgehen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in denjenigen Fällen prinzipiell entsprechen, in

denen auch dort auf unternehmensindividueller Basis regionalisiert werden kann. Wie ausgeführt, wird ein solches Verfahren allerdings nur für einige Wirtschaftsbereiche im Rahmen der Länderrechnung praktiziert; die regionale Verteilung von Landes- auf Kreisergebnisse ist hiermit nicht vergleichbar. Außerdem können selbst in diesen prinzipiell vergleichbaren Fällen Löhne und Gehälter als Schlüsselgrößen für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht genügen, da Löhne und Gehälter die unterschiedlichen Kapitalintensitäten in den einzelnen Betriebsstätten nicht berücksichtigen; deshalb wird auch bei einer unternehmensindividuellen Verteilung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen differenzierter vorgegangen¹¹⁾. Bei den Unternehmen

und Bereichen, bei denen keine unternehmensindividuelle Regionalisierung möglich ist, sind die Unterschiede zur Zerlegung für Steuerzwecke offensichtlich. Zusammengefaßt ergeben sich somit folgende Unterschiede: Während bei der für Steuerzwecke erforderlichen Zerlegung der Wertschöpfung von Unternehmen auf Betriebsstätten ein *einheitlicher* und möglichst *einfacher* Zerlegungsbegriff zugrunde zu legen ist (Beschäftigte oder Lohn- und Gehaltsummen), sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder im Interesse einer möglichst wirklichkeitsgetreuen Regionalisierung auf *kompliziertere*, in Abhängigkeit vom statistischen Datenumaterial sektoral durchaus *unterschiedliche* Merkmale angewiesen.

nungen sind im Hinblick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum Wertschöpfungsbegriff der kommunalen „Wertschöpfungssteuer“ insofern weniger bedeutsam, als der Wissenschaftliche Beirat bei seinen Vorschlägen zur Wertschöpfungssteuer bewußt *nicht* an eine Differenzierung der Steuersätze nach Wirtschaftsbereichen denkt. Und bei den eventuell ganz auszuklammern den Bereichen (Land- und Forstwirtschaft; Wohnungsvermietung) ist die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung nicht mit den genannten Problemen behaftet, da die betreffenden Bereiche in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen generell funktional abgegrenzt sind. Der Staat und die Privaten Organisationen ohne Erwerbzweck sind definitionsgemäß eindeutig klassifiziert, da sie keine unternehmerischen Leistungen erbringen.

Dr. Werner Münzenmaier,
Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg,
Dipl.-Volkswirt Wolfgang Strohm,
Statistisches Bundesamt

Probleme der Bereichsklassifikation

Die sektoralen Zuordnungsprobleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

¹¹⁾ Gerß, Wolfgang: Das Produzierende Gewerbe in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer - Bisherige Berechnungsmethoden und Verbesserungswünsche, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 1/1985, S. 3-15

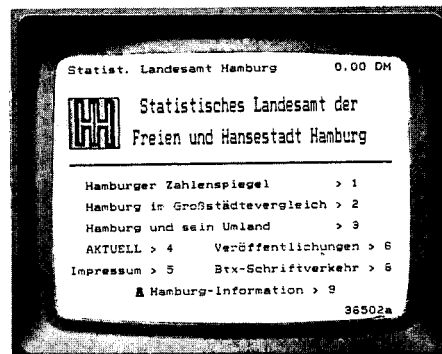


Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik, informiert über Hamburg im Großstadtvergleich sowie über die Region Hamburg und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landes-

ämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemeinschaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 040 36 5038 oder über die Mitteilungssseite * 36 5029 # möglich.



Wegweiser zu statistischen Informationen: EINZELHANDEL

Um den Benutzern statistischer Daten Überblick und Zugang zu erleichtern, sollen in dieser Zeitschrift in loser Folge die für ausgewählte Statistik-Bereiche verfügbaren Angaben vorgestellt werden. Dabei sind in den kurzgefaßten tabellarischen Übersichten neben den bereichsbezogenen Fachstatistiken auch die Randinformationen aus solchen Statistiken enthalten, die primär anderen Zielen dienen.

Statistik	Periodizität	Berichtskreis	Merkmale	Erkenntnisziele
I. Berichtssystem im Einzelhandel				
1. Handels- und Gaststättenzählung	In größeren Zeitabständen. Zuletzt 1960, 1968, 1979 und 1985. Danach alle zehn Jahre.	Arbeitsstätten und Unternehmen im Einzelhandel – Totalerhebung –	Gesamtzahl der tätigen Personen; Umsatz nach Art der wirtschaftlichen Tätigkeit sowie nach Absatzformen; Beteiligungsverhältnisse; Betriebsformen (zum Beispiel Kaufhaus, Verbrauchermarkt usw.) Bedienungsform; Geschäfts- und Verkaufsfläche; Örtliche Geschäftslage. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Unternehmens bzw. der Arbeitsstätte.	Ausführliche Strukturübersicht; Grundlage für tiefe fachliche und regionale Gliederungen. Basiszählung für nachfolgende Stichproben-erhebungen.
2. Monatserhebung	monatlich	Unternehmen (mit Länderaustausch der Arbeitsstätten) – Stichprobe –	Gesamtzahl der tätigen Personen nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten; Umsatz. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Unternehmens.	Zeitnahe Daten für konjunkturpolitische Zwecke. Kurzfristige Wirtschaftsdiagnose. Beobachtung saisonaler Entwicklungen.
3. Jahresherhebung	jährlich	Unternehmen – Stichprobe –	Tätige Personen; Umsatz nach Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, Absatzform und zusammengefaßten Warenbereichen; Wareneingang; Warenbestände; Investitionen; Miete/Pacht für Anlagegüter; Erlöse aus dem Verkauf von Anlagegütern; Bruttolohn- und -gehaltsummen. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Unternehmens.	Ergänzung der Monatsberichterstattung um Tatbestände, die zur Analyse von konjunkturellen Entwicklungen notwendig sind – Kostenfaktoren, Investitionstätigkeit, Schätzung von Vorratsveränderungen. Überblick über Diversifikations- und Spezialisierungstendenzen. Bildung betrieblicher Kennziffern (Rohertragsquoten, Warenumschlagskoeffizienten). Entlastung der Handels- und Gaststättenzählungen.
4. Ergänzungserhebung	5- bis 7jährlich, zuletzt 1985	Unternehmen – Stichprobe –	Warenbezüge nach Bezugsquellen und Warenarten. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Unternehmens.	Analyse von Unternehmensstrukturen. Sortimentsveränderungen. Aktualisierung des Preisindex.
5. Kostenstrukturstatistik	4jährlich, zuletzt 1985	Unternehmen – Stichprobe – Auf freiwilliger Basis	Ausgewählte Positionen des Jahresabschlusses; Umsatz nach Art der wirtschaftlichen Tätigkeit; Bestandsveränderungen; Selbsterstellte Anlagen; Tätige Personen nach der Stellung im Betrieb; Kosten nach Kostenarten. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Unternehmens.	Überblick über die Kostensituation in den Unternehmen. Nachweis der wichtigsten Aufwands- und Ertragsgrößen. Nur Bundesergebnisse.
II. Sonstige Statistiken mit Einzelhandelsbezug				
6. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	jährlich	Keine originäre Erhebung. Berechnung der Werte aus den Ergebnissen der Bereichsstatistiken.	Bruttoproduktionswert und Bruttowertschöpfung: Erwerbstätige, Arbeitnehmer; nach Wirtschaftsbereichen.	Beitrag des Einzelhandels zur Bruttowertschöpfung des Bundes und der Länder.

Statistik	Periodizität	Berichtskreis	Merkmale	Erkenntnisziele
7. Arbeitsstättenzählung	In größeren Zeitabständen. Zuletzt 1961, 1970 und 1987.	Arbeitsstätten und Unternehmen – Totalerhebung –	Beschäftigte nach Stellung im Betrieb und Geschlecht, Teilzeitbeschäftigte, Ausländer; Löhne und Gehälter; Rechtsform des Unternehmens; Art der Niederlassung. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Unternehmens bzw. der Arbeitsstätte.	Struktur und Entwicklung im Einzelhandel in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung.
8. Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit	vierteljährlich	Alle Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Arbeiter, Angestellte, Auszubildende, Ausländer. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Betriebes.	Laufender Überblick über Struktur und Veränderungen im Beschäftigtenstand des Einzelhandels.
9. Arbeitsmarktstatistiken	monatlich	Unterlagen der Arbeitsämter	Arbeitslose und offene Stellen in wirtschaftssystematischer und berufssystematischer Gliederung.	Laufender Überblick über Struktur und Veränderungen des Arbeitsmarktes.
10. Umsatzsteuerstatistik	zweijährlich	Steuerpflichtige Unternehmen (Angaben der Finanzämter aus den Umsatzsteuer-Voranmeldungen)	Zahl der Steuerpflichtigen (Unternehmen); Umsatz; Umsatzsteuer nach Wirtschaftszweig und Umsatzgrößenklasse des Unternehmens.	Überblick über die Umsatzentwicklung im Einzelhandel (aber: Methodische Unterschiede zum Berichtssystem im Einzelhandel).
11. Handwerkszählung	In größeren Zeitabständen. Zuletzt 1963, 1968 und 1977. Die nächste Zählung ist für 1990 geplant.	Alle in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen	Beschäftigte nach der Stellung im Unternehmen; Umsatz nach Art und Absatzrichtung; Löhne und Gehälter nach Wirtschafts- und Gewerbebezug des Unternehmens.	Tiefe fachliche und regionale Gliederung für die handwerklichen Unternehmen des Einzelhandels.
12. Mikrozensus – Zusatzprogramm „Einkaufsverhalten“	In größeren Zeitabständen. Zuletzt 1971 und 1980.	1 Prozent der Haushalte	Art und Lage des Geschäfts; Erreichbarkeit und Einschätzung der Qualität und Art der Einkaufsstätten.	Entscheidungsgrundlagen zur Dimensionierung und Gestaltung von Einkaufszentren. Erkenntnisse über die Versorgungslage.
13. Preisstatistik	monatlich	Unternehmen – Stichprobe –	Preise für ausgewählte Waren des Einzelhandels.	Entwicklung der Einzelhandelspreise. Verwendung für die Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung (nur Bundesergebnisse).
14. Verdiensterhebung	vierteljährlich	Betriebe – Stichprobe –	Bruttomonatsverdienste der Angestellten.	Struktur und Höhe der Verdienste. Laufende Wirtschaftsbeobachtung.
15. EG-Arbeitskostenerhebung	Alle vier Jahre. Zuletzt 1984.	Unternehmen – Stichprobe –	Anzahl der Arbeitnehmer; Löhne und Gehälter; Personalnebenkosten nach Art der Aufwendungen.	Struktur und Höhe der Personalkosten für wirtschafts- und sozialpolitische Zielvorstellungen.
16. Gehalts- und Lohnstrukturenerhebung	Alle sechs Jahre, jedoch nicht in den Jahren mit EG-Arbeitskostenerhebung. Zuletzt 1978.	Unternehmen und Betriebe – Stichprobe –	Wie bei der EG-Arbeitskostenerhebung.	Wie bei der EG-Arbeitskostenerhebung.

Neben den vorstehenden Statistiken gibt es eine Reihe weiterer Erhebungen, in denen ebenfalls Angaben über den Einzelhandel enthalten sind:

- Zusätzliche Informationen über Unternehmen des Einzelhandels bieten dabei: Die Statistik der **Kapitalgesellschaften** über den Bestand und die Veränderungen in der Zahl der Kapitalgesellschaften und ihres Nominalkapitals, die **Bilanzstatistiken** der Aktiengesellschaften sowie der Unternehmen, für die das Publizitätsgesetz gilt, über die wichtigsten Posten der Jahresabschlüsse sowie die **Einheitswertstatistik** über Bilanzstruktur sowie Vermögens- und Kapitalaufbau (jeweils nur Bundesergebnisse). Abgerundet wird diese Übersicht durch die Statistik der **Konkurse und Vergleichsverfahren** und von **Streiks und Aussperrungen**.
- **Volkszählung** (in größeren Abständen) und **Mikrozensus** (jährlich) informieren über Erwerbstätige in wirtschafts- und berufssystematischer Gliederung.
- Aus den laufenden **Wirtschaftsrechnungen** privater Haushalte und der **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe** sind Anhaltspunkte über die Einzelhandelsausgaben der Privathaushalte zu gewinnen (laufende Wirtschaftsrechnungen: nur Bundesergebnisse).
- Die **Statistik des beruflichen Schulwesens**, die Statistik der **Studien- und Berufswünsche** sowie die **Berufsbildungsstatistik** enthalten Angaben über Wünsche und Ausbildung für Einzelhandelsberufe.

Statistik der anderen

Im April-Heft der Monatszeitschrift des Statistischen Landesamtes Bremen ist eine Ausarbeitung über die „Kaffee- und Teeverarbeitung im Lande Bremen“ erschienen. Neben einer ausführlichen Schilderung der Nachkriegsentwicklung in diesen wichtigen Bereichen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie enthält der Beitrag auch interessante Vergleichszahlen für Hamburg. Der Autor zeigt, daß 1975 mehr als 70 Prozent der Beschäftigten und 80 Prozent aller Umsätze dieses Bereiches auf die drei wichtigsten Verarbeitungsstandorte Bremen, Hamburg und Berlin entfielen. Damals dominierte noch Bremen mit der Hälfte der Beschäftigten und über zwei Fünfteln des Umsatzes eindeutig, während auf Hamburg ein Viertel und auf Berlin nur 13 Prozent des Umsatzes kamen. Im Zuge der Verlagerung der Tabakproduktion nach Berlin infolge steuerlicher Präferenzen ist der Anteil dieser Stadt am Kaffee- und Teeumsatz der Bundesrepublik Deutschland 1986 auf gut 39 Prozent gestiegen. Hamburg hat mit 23 Prozent seinen Anteil gegenüber 1975 knapp behauptet, während Bremen auf 22 Prozent zurückfiel.

Neue Schriften

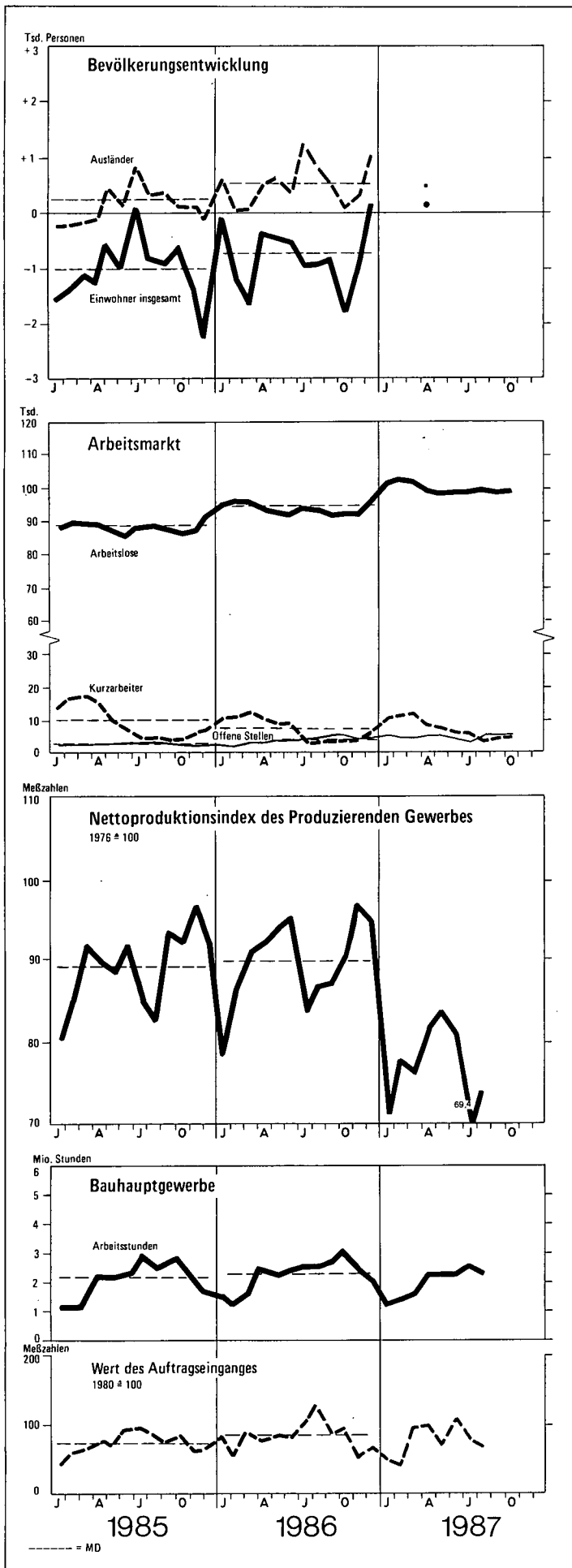
In den Jahren 1984 und 1985 hat sich der Sozialwissenschaftliche Ausschuß der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) mit Fragen der „Familie“ beschäftigt, weil die „Familie“ in den vergangenen Jahren auch die Aufmerksamkeit von Ökonomen gefunden hatte. Das Thema „**Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung**“ wird deswegen umfassend im Band 164 der Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1987, (Hrsg. Horst Todt) diskutiert. Zahlreiche

Einzelergebnisse der Ausschubarbeit werden dargestellt und zu einem Gesamtbild zusammengefügt.

Starke Resonanz fanden zwei Vorträge des Arbeitskreises „Forschung und Lehre“ der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaften. Im Heft 51/1987 der Materialien sind sie mit den Themen „**Haushalts- und Familienstatistik im Deutschen Reich**“ und die „**Haushalts- und Familienstatistik seit 1950**“ veröffentlicht worden. Darin wird ausgeführt, daß von einer Vernachlässigung dieses Themas nicht geredet werden kann. Unverändert stehen umfangreiche statistische Unterlagen über viele Aspekte der Haushalte und Familien zur Verfügung. Die Veröffentlichung hat vor allem das Ziel, vorhandene Kenntnislücken zum Thema Haushalte und Familien zu schließen.

Hinweise zu den möglichen Auswirkungen einer kommunalen Ausländerpolitik, die einen Abbau räumlicher Konzentrationen der Wohnstandorte von Ausländern anstrebt, will der Bericht von Margit Bonacker und Reinhard Häufele über „**Großstädtische Wohn- und Lebensverhältnisse von Arbeitsmigranten**“; dargestellt am Beispiel Hamburgs“, Hamburg 1986, geben. Die Veröffentlichung ist Teil eines größeren Forschungsvorhabens über die Lebensbedingungen von Ausländern und die planerischen und stadtentwicklungspolitischen Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Situation. Das Projekt wird seit 1982 am Arbeitsbereich „Sozialwissenschaftliche Grundlagen des Städtebaus“ (Leitung Prof. Dr. Erika Spiegel) der Technischen Universität Hamburg-Harburg durchgeführt.

Begonnen wurde mit dem Forschungsvorhaben, als bereits die verschlechterte Arbeitsmarktlage und die auf eine Rückkehrförderung be-



dachte Ausländerpolitik der Bundesrepublik auch für viele schon seit Jahren hier lebende Ausländer und Ausländerinnen eine Veränderung ihrer Lebenssituation bedeuten mußte, die sich nicht nur auf den Wohnbereich, sondern auch auf ihr Verhältnis zu Deutschen, vor allem aber auf ihre Zukunftsperspektiven auswirken würde.

Grundlage des Berichts sind Intensivinterviews mit Arbeitsmigranten, in denen eingehend über ihre Lebenssituation, ihre Wohnsituation, ihre wichtigsten Probleme und ihre Zukunftsprobleme gesprochen wurde.

Die Beziehung eines Menschen zu seinem unmittelbaren Wohnumfeld steht wieder mehr im Blickpunkt des Interesses. Als Heft 3. 1987 der Informationen zur Raumentwicklung der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn-Bad-Godesberg, erschießt der Themenband „Lokale Identität und lokale Identifikation“, dessen Thematik in dieser Gegenüberstellung ein spannungsreiches Objekt-Subjekt-Verhältnis manifestiert. Mit den abgedruckten Beiträgen werden einige zentrale Aspekte bzw. Dimensionen von Ortsbezogenheit und lokaler Identifikation empirisch beleuchtet. Einige Beiträge beschäftigen sich mit der zeitlichen Dimension, nämlich inwieweit heute „Identität“ und Ortsbezug von der Vergangenheit beeinflusst werden und ob sich ein Wandel im Zeitablauf nachweisen läßt. Ferner wird das Problem von objektiven Bedingungen und subjektiven Wahrnehmungen sowie die Ausprägung des Stadt-Land-Verhältnisses aufgegriffen.

Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung macht in ihren Mitteilungen 1/1987 darauf aufmerksam, daß mit der Auslieferung des letzten Themenbandes „Raumordnung“ der „Atlas zur Raum-

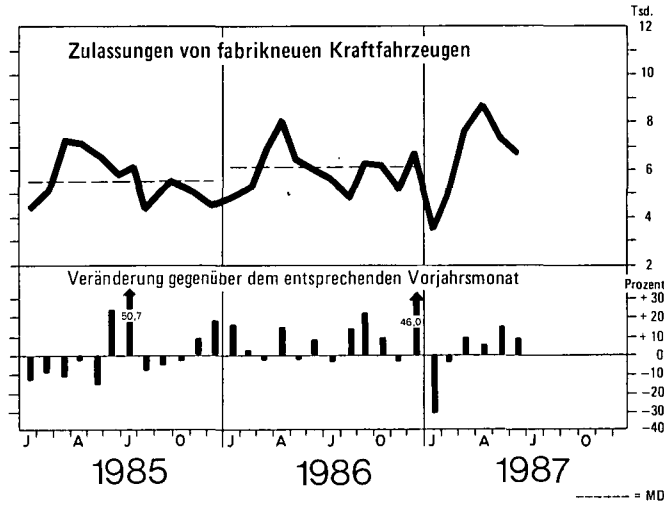
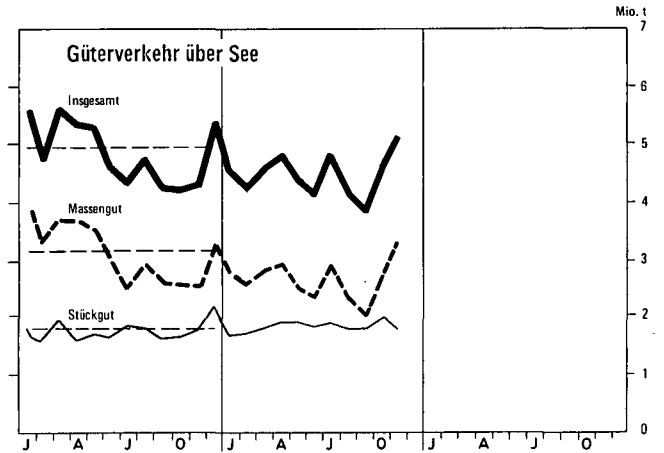
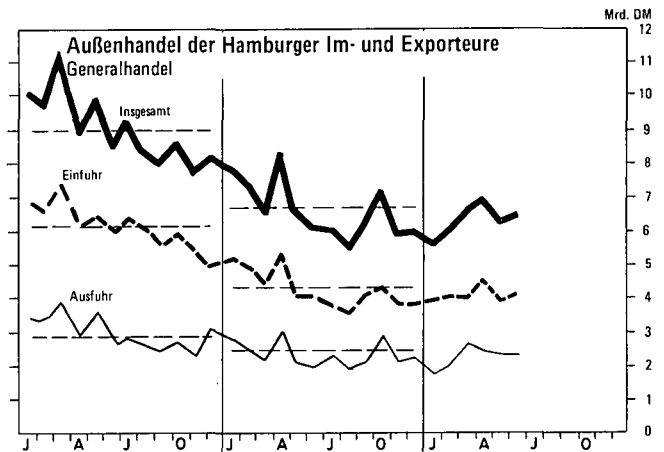
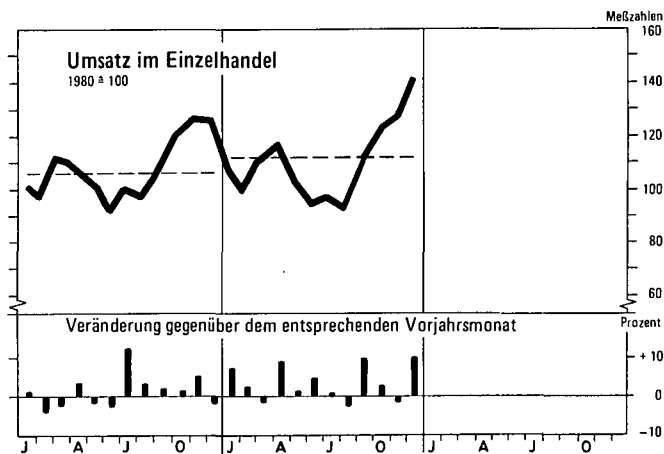
entwicklung“ vollständig verfügbar ist, der einen umfassenden Überblick über die Lebensbedingungen und räumlichen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre vermittelt.

Der Atlas zur Raumentwicklung gliedert sich in elf Bände

0. Verwaltungsgrenzen
1. Arbeit
2. Bildung
3. Verkehr
4. Bevölkerung
5. Wohnung
6. Freizeit
7. Flächennutzung
8. Umwelt und Energie
9. Benachteiligte Gebiete
10. Raumordnung

Das breite Themenspektrum wird in 120 Einzelthemen auf jeweils zwei gegenüberstehenden Kartenblättern im Format DIN A2 dargestellt. Die Darstellungsmedien Karte, Diagramm, Tabelle sowie Text vermitteln geschlossene Informationen über räumliche Strukturen, Entwicklungsverläufe, Prognosen und raumordnungspolitische Zielvorstellungen, zur Vertiefung der Aussagen sind weitere Nebenkarten, Diagramme und Tabellen in den Text integriert. Regionaler Bezugsrahmen sind überwiegend Kreise, bei kleinmaßstäblichen Nebenkarten in der Mehrzahl Raumordnungsregionen. Sonderformen sind bei Regionalblättern Gemeinden oder bei Karten über den EG-Raum Regierungsbezirke, Planungsregionen bzw. ähnliche nationale Raumgliederungen.

Das Themenspektrum der 640 Einzelkarten erstreckt sich – um nur einzelne Stichworte herauszugreifen – von Abwasserbeseitigung, Bundesverkehrswegeplanung, Fördergebiete über Lufttemperaturen, Vorschläge zur Neugliederung des Bundesgebietes bis zu Planungsverbänden, Wohnungsversorgung und Zentralen Orten. Grob geffnen enthält der Atlas etwa 200 000 kartographische Einzelaussagen.



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Jul	August	September	Juni	Juli	August	September
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	hPa ²⁾	1 014,9	1 015,5	1 015,6	1 009,4	1 019,9	1 012,4	1 014,7	1 013,2	1 015,3
Lufttemperatur	°C	8,2	9,0	18,0	16,7	11,9	13,9	17,4	15,8	14,3
Relative Luftfeuchtigkeit	%	78	76	69	71	80	79	72	79	80
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3,3	3	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5,5	5,2	5,4	4,9	5,4	6,6	5,2	6,2	4,9
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	60,2	62,9	80,1	55,1	63,0	84,5	108,4	98,8	104,1
Sonnenscheindauer	Std.	116,0	130,2	184,7	199,0	124,8	98,3	205,1	124,6	138,5
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9	6	0	3	3	3	2	2	4
Tage mit Niederschlägen	"	20	19	19	18	18	26	20	26	23
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁵⁾										
Bevölkerung	1000	1 586,4	1 575,6	1 575,6	1 574,7	1 573,9
und zwar männlich	"	741,9	737,2	737,3	737,0	736,8
weiblich	"	844,5	838,4	838,4	837,7	837,1
Ausländer	"	153,7	158,0	158,7	159,7	160,2
Bezirk Hamburg-Mitte	"	210,9	208,9	209,0	209,2	208,9
Bezirk Altona	"	222,4	221,7	221,0	220,9	220,7
Bezirk Eimsbüttel	"	229,6	227,8	227,7	227,6	227,5
Bezirk Hamburg-Nord	"	281,8	279,2	279,2	278,7	278,9
Bezirk Wandsbek	"	370,5	369,6	369,7	369,4	369,6
Bezirk Bergedorf	"	88,9	90,0	90,0	90,2	90,3
Bezirk Harburg	"	177,9	176,3	176,4	176,2	176,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	731	765	698	1 042	856
* Lebendgeborene ⁷⁾	"	1 059	1 117	1 181	1 187	1 207
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 856	1 831	1 983	1 815	1 547
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	7	7	12
* Geboren- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	"	797	714	802	628	340
* Eheschließungen	je 1000	5,5	5,8	5,2	7,8	6,6
* Lebendgeborene	Einwohner	8,0	8,5	8,8	8,9	9,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	14,0	13,9	14,8	13,6	12,0
* Geboren- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	1 Jahr	6,0	5,4	6,0	4,7	2,6
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000	9,5	8,8	6,0	6,0	10,4
Lebendgeb.										
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	4 732	4 985	5 833	5 507	5 070
* Fortgezogene Personen	"	4 982	4 989	5 121	5 762	5 572
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	"	250	4	712	255	502
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	12 211	12 504	12 138	13 796	13 342
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 381	1 348	1 333	1 272	1 152
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 029	983	889	898	810
Niedersachsen	"	733	725	771	696	719
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	339	330	340	311	293
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	889	937	1 108	914	1 017
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 729	1 975	2 621	2 625	2 180
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 718	1 748	1 929	2 123	1 806
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 349	1 399	1 528	1 625	1 481
Niedersachsen	"	852	848	916	931	902
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	457	446	500	478	472
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	966	1 008	1 020	1 119	1 230
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 447	1 385	1 256	1 589	1 634
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	337	400	596	851	652
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	320	416	639	727	681
Niedersachsen	"	119	123	145	235	183
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	118	116	160	167	179
Umland insgesamt ¹¹⁾	"	438	532	799	894	860
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	77	71	88	205	213
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	282	590	1 365	1 036	546
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	Anzahl	1 047	718	90	883	842
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	je 1000 Einwohner	0,7	0,5	0,7	6,6	6,5
und 1 Jahr										
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten ¹³⁾	Anzahl	12 635	12 354	12 113	12 250	13 146	12 388	11 522	12 482	12 881
Betten ¹³⁾	"	14 693	14 592	14 561	14 561	14 539	14 280	14 274	14 274	14 274
Bettenausnutzung	%	86,4	86,5	83,2	83,2	86,9	82,6	82,6	84,8	86,5
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	507 363	519 390	614 785	594 345	451 781	449 627	717 936	552 323	487 062

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁸⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. - ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ staatliche, freigemeinnützige, private und somatische Krankenhäuser bzw. Abteilungen in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	763 131	747 186	573 383	674 934	821 298	788 825	527 383	749 635	799 747
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"	63 251	67 792	66 032	58 292	62 488	75 954	72 328	59 207	67 604
Ausgeliehene Bände	"	28 660	30 404	29 256	19 149	26 898	30 766	30 526	19 866	26 395
Besucher der Lesesäle	"	4 504	4 801	4 868	4 653	5 259	4 416	4 998	5 087	5 204
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung	"	3 560	3 022	3 434	3 416	2 989	2 558	2 944	2 858	2 520
Besucher der Bibliothek und Archive	"	1 569	1 613	1 659	1 713	1 645	1 410	1 410	1 742	1 659
Commerzbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"									
Lesesaalbesucher und Entleiher	"									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	82 550	89 378	90 270	104 453	114 495	85 000	80 267	87 515	72 543
davon Hamburger Kunsthalle	"	16 391	24 757	32 973	47 899	38 761	22 852	11 699	21 547	14 857
Altonaer Museum in Hamburg,	"	8 645	8 322	9 442	10 422	8 524	8 255	6 288	7 712	6 619
Norddeutsches Landesmuseum	"	7 349	6 971	4 052	3 392	6 101	7 576	4 097	4 725	6 090
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	5 775	7 333	9 385	11 002	9 113	698	376	1 132	3 173
Helms-Museum	"	5 878	5 754	8 526	9 736	7 454				
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg ¹⁾	"	18 035	16 468	16 602	17 436	21 017	19 394	16 715	16 325	17 343
Museum für Hamburgische Geschichte	"	13 478	13 001	7 672	4 747	19 035	11 442	29 981	26 629	10 302
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 491	11 075	9 171	8 350	10 314	12 487	9 852	7 883	12 155
Planetarium	"	1 587	1 451	973	1 205	1 630	2 296	1 259	1 562	2 004
Bischofsburg	"									
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	89 162	94 436	93 707	93 998	92 222	98 919	99 340	99 330	98 197
* davon Männer	"	53 012	54 961	54 105	53 753	52 666	57 659	57 662	57 469	56 280
Frauen	"	36 150	39 475	39 602	40 245	39 556	41 260	41 678	41 861	41 917
Arbeitslosenquote	%	12,3	13,0	12,9	12,9	12,7	13,6	13,7	13,7	13,5
Kurzarbeiter	Anzahl	9 496	7 201	3 079	3 017	3 336	3 636	2 802	3 003	3 983
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ²⁾ insgesamt	"	100 207	106 698	107 016	106 714	105 092	113 406	113 690	113 617	112 851
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	6 450	6 813	6 833	6 854	6 703	6 586	6 497	6 544	6 695
Offene Stellen										
"	"	2 911	3 782	3 588	4 444	5 163	5 647	5 299	5 054	4 921
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	1 161	1 177	1 242	1 083	1 039	1 210	1 105	965	939
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,9	94,0	96,1	94,2	90,2	96,9	95,4	93,1	89,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,4	13,0	13,9	12,1	12,0	14,0	13,7	12,0	12,1
Schlachtungen von Inlandtieren³⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	5,1	5,0	4,1	4,3	6,5	4,6	4,0	5,0	6,8
* Kälber	"	2,4	2,3	1,7	2,0	2,4	2,6	2,1	2,5	3,1
* Schweine	"	18,1	18,6	17,3	18,6	19,7	18,1	18,8	18,7	19,4
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	3 215	3 241	2 821	3 031	3 802	3 063	2 988	3 352	4 028
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 402	1 395	1 159	1 228	1 855	1 351	1 112	1 462	1 985
* Kälber	"	310	298	222	266	313	340	278	328	421
* Schweine	"	1 481	1 528	1 426	1 520	1 610	1 359	1 585	1 551	1 605
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe^{5) 6)}										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	139 680	138 836	138 948	140 043	139 751	135 654	136 168	137 282	136 877
* dar. Arbeiter ⁷⁾	"	76 369	75 454	75 945	76 447	76 058	72 446	72 963	73 684	73 238
* Geleistete Arbeiterstunden ⁸⁾	1000	10 599	10 212	9 646	9 828	10 635	9 350	9 188	9 593	10 177
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	245	251	258	247	243	245	259	240	239
* Bruttogehaltssumme	"	321	333	321	316	310	368	338	328	322
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁹⁾)	"	7 602	5 854	5 553	5 057	5 409	5 824	6 044	5 579	5 825
dar. Auslandsumsatz	"	880	778	721	652	715	708	988	672	729
* Kohleverbrauch ¹⁰⁾	1000 t	7	6	7	7	5	6	6	6	4
* Gasverbrauch ¹¹⁾	1000 m ³	89 483	85 265	82 418	82 418	88 833	78 774	78 774	78 774	73 526
* Stromverbrauch ¹¹⁾	Mio. kWh	1 117	1 103	1 003	1 103	1 118	1 065	1 065	1 065	1 078
* Heizölverbrauch ¹¹⁾	1000 t	79	68	64	64	58	51	51	51	42
* davon leichtes Heizöl ¹¹⁾	"	9	9	8	8	6	6	6	6	5
* schweres Heizöl ¹¹⁾	"	70	59	56	56	52	45	45	45	37

¹⁾ seit Mai 1987 nicht mehr im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg. – ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. – ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – ⁵⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁶⁾ einschl. Bergbau. – ⁷⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. – ⁸⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. – ⁹⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. – ¹⁰⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 ISKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. – ¹¹⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den September-Spalten der Jahre 1986 und 1987 beziehen sich jeweils auf das 3. Vierteljahr des vorangegangenen Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige										
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	Mio. DM	3 523	3 290	3 157	3 033	3 261	3 145	3 332	2 859	2 905
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	1 911	1 656	1 557	1 523	1 608	1 508	1 506	1 345	1 257
Investitionsgütergewerbe	"	906	899	856	798	909	912	1 142	831	942
Verbrauchsgütergewerbe	"	117	118	112	116	126	114	112	116	131
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	589	617	632	596	618	611	572	567	575
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	22 801	22 719	23 492	23 907	23 842	20 995	21 117	21 184	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	17 378	17 523	18 270	18 706	18 599	16 177	16 301	16 347	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 218	2 313	2 600	2 642	2 940	2 305	2 468	2 298	...
* davon für Wohnungsbau	"	502	504	554	616	652	412	507	349	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	967	983	1 082	1 038	1 201	943	987	1 009	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	750	826	964	988	1 087	950	974	940	...
* Bruttolohnsomme ⁴⁾	Mio. DM	57	59	67	64	67	58	60	57	...
* Bruttogehaltssomme ⁴⁾	"	19	19	19	19	18	18	18	18	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	217	249	288	274	311	262	258	292	...
davon im Wohnungsbau	"	44	51	68	59	52	43	35	55	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	90	102	109	101	132	109	112	127	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	83	97	110	115	128	110	111	110	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	10 101	9 620	9 585	9 790	9 870	9 082	9 090	9 342
dar. Arbeiter ³⁾	"	7 997	7 602	7 596	7 796	7 875	7 140	7 149	7 466
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 180	1 118	1 149	1 141	1 228	1 046	1 076	1 076
Bruttolohnsomme ⁴⁾	Mio. DM	25	24	26	24	25	24	25	23
Bruttogehaltssomme ⁴⁾	"	8	8	8	8	8	8	8	7
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	86	83	81	74	88	77	87	86
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	166	111	93	128	49	200	49	85	52
* Stromverbrauch	"	960	969	821	857	922	825	818	862	857
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 651	1 685	816	962	1 129	1 276	696	943	961
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	88,0	89,8	83,5	87,4	87,7	80,6	69,4	73,9	...
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	104,4	105,8	103,5	103,0	102,7	79,6	73,6	76,4	...
Investitionsgütergewerbe	"	94,9	95,9	86,2	85,6	89,5	91,3	79,4	80,5	...
Verbrauchsgütergewerbe	"	74,3	73,9	63,7	71,7	72,1	75,4	63,9	69,6	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	71,5	70,6	58,1	73,1	68,5	69,2	60,3	73,8	...
Bauhauptgewerbe	"	66,9	82,7	84,0	93,5	99,5	88,8	66,5	69,4	...
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	112	172	157	83	118	125	120	91
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	88	101	168	147	77	103	121	99	86
* Rauminhalt	1000 m ³	159	127	137	159	71	110	88	130	83
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	57,7	42,3	35,3	48,4	23,9	40,9	28,4	46,8	25,0
* Wohnfläche	1000 m ²	30,5	24,1	23,9	27,5	13,2	23,5	16,4	24,6	14,8
Nichtwohnbau										
* Nichtwohnbau (nur Neubau)	Anzahl	18	16	16	27	10	25	14	15	15
* Rauminhalt	1000 m ³	146	235	192	332	108	542	99	118	142
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	31,3	75,3	56,6	65,9	33,6	129,6	18,1	40,5	60,7
* Nutzfläche	1000 m ²	25,0	37,7	31,5	63,8	35,3	69,9	24,8	24,3	43,4
Wohnungen										
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	406	273	234	289	134	274	168	296	183
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	117	109	66	63	64	68	56	56	49
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	16	16	7	14	10	5	13	5	4
Rauminhalt	1000 m ³	118	132	27	90	369	17	97	76	30
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	408	376	148	104	295	90	152	85	65
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	204	205	205	205	205	206	206	206	206
Wohnungen	"	810	814	812	813	813	815	815	815	815

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bau- und Wohnungswesen										
(Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	116,0	.	116,3	.	.	.	118,3	.
Wohngebäude insgesamt	"	113,9	115,3	.	115,6	.	.	.	117,5	.
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	114,6	116,1	.	116,4	.	.	.	118,4	.
Mehrfamiliengebäude	"	115,1	116,9	.	117,2	.	.	.	119,4	.
Gemischt genutzte Gebäude	"	117,3	119,4	.	119,7	.	.	.	121,9	.
Bürogebäude	"	116,0	118,6	.	119,0	.	.	.	121,2	.
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 321	67 095	69 614	70 485	71 123	75 560	74 249	73 039	73 741
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	6 880,0	10 061,2	10 614,2	10 802,3	10 958,5	11 935,9	11 684,3	11 393,0	11 526,6
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ^{2) 3)}	Mio. DM	1 009	911	1 068	860	752	837	1 194	799	...
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	149	118	93	108	85	129	96	103	...
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	860	793	975	751	667	707	1 098	696	...
* davon Rohstoffe	"	8	6	5	5	5	5	5	4	...
* Halbwaren	"	171	118	136	113	94	90	112	85	...
* Fertigwaren	"	680	669	834	633	568	612	981	607	...
* davon Vorerzeugnisse	"	97	84	82	71	67	90	72	78	...
* Enderzeugnisse	"	583	585	752	563	501	521	909	528	...
* nach Europa	"	634	608	735	542	499	638	912	508	...
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	421	409	362	368	329	451	372	339	...
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure⁵⁾										
Einfuhr	"	6 186	4 315	3 817	3 552	4 142	4 052
davon Europa	"	3 619	2 496	2 156	2 080	2 420	2 517
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 749	1 859	1 572	1 587	1 894	1 910
Außereuropa	"	2 567	1 819	1 661	1 471	1 722	1 535
Ausfuhr	"	2 944	2 375	2 298	1 928	2 077	2 307
davon Europa	"	2 120	1 679	1 152	1 230	1 421	1 734
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 551	1 195	900	807	1 034	1 267
Außereuropa	"	823	696	746	698	655	573
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1980 = 100	131,4	114,3	112,4	98,3	112,1
* davon Binnengroßhandel	"	139,1	120,7	118,2	107,7	123,0
* Außenhandel	"	125,0	109,1	107,6	90,6	103,2
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1980 = 100	107,2	111,2	98,7	96,1	115,8
darunter Warenhäuser	"	90,9	93,0	92,0	81,7	81,4
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	110,4	112,3	108,1	113,3	115,0
darunter Beherbergungsgewerbe	"	114,0	125,4	106,0	119,7	113,6
Gaststättengewerbe	"	108,1	107,0	108,4	111,5	114,0
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen von Gästen	1000	131,2	137,9	156	174	95	152	164	175	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	47,0	46,2	67	65	28	51	70	63	...
* Fremdenübernachtungen von Gästen	"	248,3	253,5	277	308	174	276	296	327	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	91,0	88,6	117	118	58	97	120	118	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See										
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 193	1 140	1 109	1 149	1 165	1 120	1 100	1 240	1 210
Güterverkehr über See	1000 t	4 961	4 540	4 801	4 145	3 827	4 596	4 534	4 609	4 473
davon Empfang	"	3 198	3 030	3 341	2 649	2 380	3 105	3 023	3 164	2 915
dar. Sack- und Stückgut	"	739	790	797	761	751	830	828	851	897
Versand	"	1 763	1 510	1 460	1 496	1 447	1 492	1 511	1 445	1 559
dar. Sack- und Stückgut	"	1 048	1 000	1 068	1 062	1 035	1 083	1 132	1 008	1 091
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	96 565	103 830	101 945	113 250	106 477	113 857	133 706	121 027	126 407
In Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t	898	1 012	969	1 059	999	1 142	1 297	1 171	1 206
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	369	381	463	395	438	346	387	380	416
* Güterversand	"	394	426	466	451	414	490	487	372	379
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	6 133	6 458	6 700	6 752	7 115	7 354	7 317	7 308	7 622
Fluggäste	"	389 612	395 063	396 186	409 199	480 578	475 603	452 544	456 004	517 103
Fracht	t	2 464,7	2 445,7	2 441,8	2 460,3	2 352,1	2 250,2	2 775,9	2 647,8	2 713,3
Luftpost	"	1 090,1	1 131,7	1 157,4	1 071,0	1 166,9	1 004,8	1 255,7	1 107,4	1 264,9
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	27 965	27 714	24 351	26 130	27 023	24 601	24 365	27 130	...
Busse (ohne Private)	"	20 223	19 669	16 623	17 647	19 121	18 037	17 010	18 441	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 617	6 106	5 802	4 972	6 292	6 704	6 681	4 990	p 6 408
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 006	5 576	5 342	4 653	5 709	6 192	6 195	4 516	p 5 618
* Lastkraftwagen	"	349	304	259	208	417	289	260	345	p 672
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	822	839	884	1 039	939	916	918	p 1 037	p 1 073
* Getötete Personen	"	9	10	8	13	8	7	10	p 13	p 11
* Verletzte Personen	"	1 048	1 078	1 145	1 328	1 204	1 184	1 170	p 1 327	p 1 370
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	110 351,1	111 754,2	111 099,5	110 982,1	110 762,5	111 042,9	111 235,3	111 511,0	112 260,2
* dar. Kredite ⁶⁾ an inländische Nichtbanken	"	105 385,8	106 990,5	106 299,1	106 276,5	106 081,7	106 450,0	106 660,7	106 904,0	107 600,1
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	18 638,4	18 304,2	18 561,7	18 182,4	17 951,7	16 696,8	16 624,6	16 387,9	16 933,0
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	18 556,0	18 073,4	18 224,4	18 086,2	17 854,1	16 580,9	16 053,0	16 288,9	16 822,9
* an öffentliche Haushalte	"	82,4	230,8	337,3	96,2	97,6	115,9	571,6	99,0	110,1
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	11 338,7	10 297,0	10 625,5	10 526,7	10 420,7	10 475,8	10 327,8	10 265,0	10 283,0
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 038,9	6 953,6	7 098,7	7 036,9	6 943,6	7 033,2	6 994,0	6 968,1	6 995,9
* an öffentliche Haushalte	"	4 299,8	3 343,4	3 526,8	3 489,8	3 477,1	3 442,6	3 333,8	3 296,9	3 287,1
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	75 408,7	78 389,3	77 111,9	77 567,4	77 709,3	79 277,4	79 708,3	80 251,1	80 384,1
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	55 170,6	58 795,4	56 944,2	57 196,3	57 512,2	59 289,8	59 761,3	59 998,7	60 100,9
* an öffentliche Haushalte	"	20 238,1	19 593,9	20 167,7	20 371,1	20 197,1	19 987,6	19 947,0	20 252,4	20 283,2
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁵⁾	"	63 004,3	66 203,7	61 815,0	62 171,8	62 434,4	65 194,4	65 116,2	64 777,9	64 615,8
* Sichteinlagen und Termingelder	"	47 260,8	49 204,5	45 680,5	45 967,9	46 202,6	48 166,3	48 084,4	47 801,6	47 639,4
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	39 929,0	41 587,6	38 833,1	38 806,9	39 004,1	40 868,4	40 976,2	40 733,4	40 459,7
* von öffentlichen Haushalten	"	7 331,8	7 616,9	6 847,4	7 161,0	7 198,5	7 297,9	7 108,2	7 068,2	7 179,7
* Spareinlagen	"	15 743,5	16 999,2	16 134,5	16 203,9	16 231,8	17 028,1	17 031,8	16 976,3	16 976,4
* bei Sparkassen	"	9 861,3	10 116,6	9 746,6	9 760,3	9 755,8	10 019,7	9 995,6	9 998,2	10 004,6
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 505,2	1 543,3	1 108,7	941,0	871,1	959,0	1 037,7	913,1	892,5
* Lastschriften auf Sparkonten	"	876,5	919,9	1 131,7	871,6	843,2	930,6	1 034,0	910,5	892,4
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	49	44	60	36	60	44	38	44	42
* Vergleichsverfahren	"	0	—	—	—	—	—	1	—	—
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	273	254	235	260	232	206	225	211	249
* Wechselsumme	Mio. DM	10,3	3,2	2,9	4,0	3,1	1,5	2,4	3,8	6,1
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	32 995	31 525	36 171	30 314	30 791	26 956	30 710	29 396	29 474
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 831,7	1 753,9	1 754,9	1 448,2	2 090,4	2 235,4	1 643,3	1 717,3	2 096,7
* Steuern vom Einkommen	"	1 032,1	1 004,6	1 079,7	716,5	1 431,6	1 525,1	1 001,9	1 000,4	1 396,9
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	663,3	673,2	742,3	634,1	622,4	779,9	773,6	688,2	659,2
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	135,0	121,4	— 8,5	— 10,6	362,0	371,5	— 8,3	— 3,8	395,9
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	53,4	65,7	384,7	66,7	18,5	37,7	149,6	283,9	23,5
* Körperschaftsteuer ⁷⁾ ⁹⁾	"	180,4	144,3	— 8,5	26,3	428,7	336,0	86,9	32,0	318,3
* Steuern vom Umsatz	"	799,5	749,3	657,2	731,7	658,8	710,3	641,5	717,0	699,9
* Umsatzsteuer	"	315,1	379,1	318,1	390,0	337,9	369,7	288,6	370,2	364,6
* Einfuhrumsatzsteuer	"	484,4	370,2	357,1	342,0	320,9	340,6	352,9	346,8	335,2
* Bundessteuern	"	1 089,8	1 163,0	1 195,6	1 178,7	1 275,4	1 254,4	1 195,6	1 228,0	1 264,2
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle)	"	75,7	71,6	71,3	64,7	69,5	72,7	72,6	74,8	83,1
* Verbrauchsteuern	"	979,7	1 055,0	1 092,4	1 068,8	1 178,9	1 153,9	1 095,4	1 110,3	1 154,0
* Landessteuern	"	56,2	63,2	70,9	95,3	32,4	46,7	56,5	99,6	40,5
* Vermögensteuer	"	19,4	19,9	4,0	55,1	2,0	3,1	5,9	58,4	6,0
* Kraftfahrzeugsteuer	"	14,7	18,4	25,6	14,3	8,8	21,2	15,8	15,1	14,7
* Biersteuer	"	2,5	2,6	2,8	3,1	3,0	2,9	3,2	3,1	3,2
* Gemeindesteuern	"	170,5	166,9	82,7	385,7	33,3	25,3	72,1	391,8	19,5
* Grundsteuer A ⁹⁾	"	0,1	0,1	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0
* Grundsteuer B ¹⁰⁾	"	25,0	25,9	48,9	57,9	2,3	6,7	45,8	59,7	1,2
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹¹⁾	"	140,1	135,6	28,6	320,3	26,4	18,2	25,9	330,1	17,9

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. — 2) einschließlich Kombinationskraftwagen. — 3) Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postgiro- und Postsparkassenämter. — 4) einschließlich durchlaufender Kredite. — 5) Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. — 6) einschließlich Zinsgutschriften. — 7) vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — 8) vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — 9) Grundsteuerbeiträge abgeglichen. — 10) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — 11) vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 002,4	2 029,4	2 048,4	1 924,8	2 276,4	2 319,8	1 983,7	2 089,4	2 255,6
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	456,2	442,7	484,8	311,5	642,0	676,2	443,5	448,8	619,3
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	523,7	487,1	438,9	475,6	428,2	461,7	417,0	466,0	454,9
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	—	23,6	—	—	—	21,1	—
* Steuereinnahmen des Landes	"	474,9	477,2	274,6	471,3	779,8	859,8	208,5	632,6	746,5
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾ ³⁾	"	337,3	328,0	158,7	298,3	635,4	673,8	92,7	437,1	609,9
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	73,3	78,0	45,0	54,2	112,0	139,4	59,3	74,9	96,1
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	—	23,6	—	—	—	21,1	—
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	242,7	236,6	89,0	431,9	181,0	198,0	78,9	452,2	177,8
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	123,9	119,6	28,6	273,2	26,4	18,2	25,9	287,9	17,9
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾ ³⁾	"	88,4	85,7	6,3	93,4	147,6	172,7	6,7	102,5	158,2
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	687,9	694,5	362,6	902,2	895,8	1 084,9	286,4	1 083,8	824,3
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM									
* männliche Arbeiter	"	778	796	808	·	·	·	829	·	·
* dar. Facharbeiter	"	811	828	842	·	·	·	864	·	·
* weibliche Arbeiter	"	541	561	564	·	·	·	584	·	·
* dar. Hilfsarbeiter	"	498	516	520	·	·	·	534	·	·
Bruttostundenverdienste	"									
* männliche Arbeiter	"	18,98	19,52	19,69	·	·	·	20,33	·	·
* dar. Facharbeiter	"	19,76	20,30	20,51	·	·	·	21,16	·	·
* weibliche Arbeiter	"	13,54	14,15	14,22	·	·	·	14,76	·	·
* dar. Hilfsarbeiter	"	12,44	12,94	13,09	·	·	·	13,46	·	·
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte	"									
* männlich	"	4 952	5 154	5 189	·	·	·	5 374	·	·
* weiblich	"	3 413	3 531	3 539	·	·	·	3 666	·	·
Technische Angestellte und Meister	"									
* männlich	"	4 623	4 774	4 818	·	·	·	4 998	·	·
* weiblich	"	3 173	3 278	3 273	·	·	·	3 424	·	·
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 009	4 152	4 162	·	·	·	4 320	·	·
* weiblich	"	2 999	3 110	3 114	·	·	·	3 258	·	·
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt	Anzahl	21 064	21 391	23 122	21 054	21 548	24 170	27 323	22 922	22 152
dar. Straftaten wider das Leben	"	7	6	3	6	6	4	7	5	5
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	155	167	192	122	168	110	158	159	182
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	1 167	1 093	1 215	1 032	1 014	1 144	1 244	1 003	1 032
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	3 190	2 659	2 781	2 562	2 274	2 407	2 379	2 225	2 314
Diebstahl	"	13 801	14 519	15 978	14 720	15 096	17 296	20 212	16 492	15 804
dar. unter erschwerenden Umständen	"	9 301	10 055	11 177	10 456	10 662	12 465	14 547	11 832	10 945
Außerdem Verkehrsvergehen	"	976	876	1 034	1 005	847	762	872	858	873
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt	"	15 749	15 620	15 049	15 733	15 120	14 854	15 485	16 015	...
dar. Feueralarme	"	607	655	610	579	571	680	590	600	...
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	175	171	181	163	149	252	217	205	...
Rettungswageneinsätze	"	14 149	13 761	13 079	13 840	13 526	13 019	13 218	14 211	...
dar. für Krankenbeförderungen	"	21 695	1 741	1 769	1 694	1 866	1 680	1 775	1 745	...
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
	"	154	243	227	193	192	208	171	176	...

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. — ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern abzüglich Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1987			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt						
Bevölkerung	1000	April	1 569,0	12 025,5	61 148,5	1 576,6
Lebendgeborene	Anzahl	"	1 173	9 503	50 991	1 065
Gestorbene	"	"	1 606	11 831	56 786	1 839
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	433	2 328	5 795	774
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	4 990	22 064	38 536	5 187
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	4 404	21 272	27 100	4 745
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	586	792	11 436	442
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	153	1 536	5 641	332
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	162,9	610,8	4 709,0	156,3
Lebendgeborene	Anzahl	"	190	657	5 220	174
Gestorbene	"	"	21	89	643	15
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	169	568	4 577	159
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 623	5 512	29 852	1 816
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 294	4 509	21 631	1 367
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	329	1 003	8 221	449
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	498	1 571	12 798	608
Arbeitsmarkt³⁾						
Arbeitslose	Anzahl	September	98 197	536 647	2 107 122	92 222
und zwar Männer	"	"	56 280	286 327	1 082 417	52 666
Frauen	"	"	41 917	250 320	1 024 705	39 556
Teilzeitkräfte	"	"	6 695	53 762	224 660	6 703
Ausländer	"	"	16 633	48 127	254 644	15 191
Arbeitslosenquote	%	"	13,5	11,0	8,4	12,7
Offene Stellen	Anzahl	"	4 921	30 425	180 080	5 163
Kurzarbeiter	"	"	3 983	40 725	253 098	3 336
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁴⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Juli	136 168	1 023 846	7 066 937	138 948
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	9 188	82 841	628 809	9 646
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	597	4 303	27 164	579
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁵⁾	"	"	3 278	16 437	105 954	3 157
Gesamtumsatz ⁵⁾	"	"	6 044	21 404	120 920	5 553
darunter Auslandsumsatz	"	"	988	5 239	35 404	721
Bauhauptgewerbe⁶⁾						
Beschäftigte	Anzahl	Juli	21 117	177 878	996 882	23 492
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	2 468	21 198	121 297	2 600
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	78	571	3 220	86
Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	"	258	1 779	10 048	288
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen von Gästen	1000	Mai	168	1 222	6 324	159
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	"	51	163	1 190	50
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁷⁾	Anzahl	Juli	6 195	47 517	270 044	5 342
Steuern⁸⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	April-Juni	9 359,2
darunter						
Gemeinschaftsteuern	"	"	5 310,5
Landessteuern	"	"	190,2
Gemeindesteuern	"	"	470,1

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. - ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. - ³⁾ Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres. - ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle

Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾										
1986		1987			1986			Veränderung 1987 gegenüber 1986 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -
12 040,2	61 017,1	1 568,6	12 028,8	61 143,0	1 578,4	12 045,2	61 016,8	- 0,6	- 0,1	+ 0,2
10 280	54 562	4 486	36 990	199 184	4 286	36 019	196 663	+ 4,7	+ 2,7	+ 1,3
13 116	61 122	7 198	48 666	232 840	7 746	50 678	251 357	- 7,1	- 4,0	- 7,4
2 836	6 560	2 712	11 676	33 656	3 460	14 659	54 694	x	x	x
23 393	45 054	19 268	87 327	164 030	18 864	82 837	164 322	+ 2,1	+ 5,4	- 0,2
21 377	28 757	18 864	84 420	126 536	18 666	78 871	114 824	+ 1,1	+ 7,0	+ 10,2
2 016	16 297	404	2 907	37 494	198	3 966	49 498	x	x	x
820	9 737	2 308	8 769	3 838	3 262	10 693	5 196	x	x	x
586,0	4 530,0	162,2	608,1	4 686,8	155,7	583,2	4 505,5	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,0
616	4 997	708	2 481	19 467	664	2 137	17 312	+ 6,6	+ 16,1	+ 12,4
78	636	109	358	2 550	78	309	2 520	+ 39,7	+ 15,9	+ 1,2
538	4 361	599	2 123	16 917	586	1 828	14 792	x	x	x
6 781	35 356	6 558	22 483	121 832	6 692	23 775	127 855	- 2,0	- 5,4	- 4,7
4 642	24 025	5 808	19 617	96 327	5 911	19 244	96 820	- 1,7	+ 1,9	- 0,5
2 139	11 331	750	2 866	25 505	781	4 531	31 035	x	x	x
2 677	15 692	1 349	4 989	42 422	1 367	6 359	45 827	x	x	x
526 892	2 046 120	99 482	579 931	2 256 888	94 836	587 893	2 278 880	+ 4,9	- 1,4	- 1,0
280 583	1 040 094	58 032	329 157	1 237 954	55 325	332 072	1 241 196	+ 4,9	- 0,9	- 0,3
246 309	1 006 026	41 450	250 774	1 018 934	39 511	255 821	1 037 684	+ 4,9	- 2,0	- 1,8
53 969	223 813	6 453	54 109	224 990	6 920	57 703	240 203	- 6,7	- 6,2	- 6,3
45 317	233 473	16 218	49 063	262 620	15 032	47 283	250 716	+ 7,9	+ 3,8	+ 4,7
10,8	8,2	13,7	11,9	9,0	13,0	12,1	9,2	x	x	x
29 409	165 255	4 921	32 485	172 881	3 466	28 532	154 713	+ 42,0	+ 13,9	+ 11,7
22 881	179 760	6 796	52 194	291 554	8 034	42 407	186 920	- 15,4	+ 23,1	+ 56,0
1 034 666	7 096 305	136 177	1 020 537	7 040 782	138 617	1 022 160	7 023 117	- 1,8	- 0,2	+ 0,3
97 863	674 549	68 313	666 765	4 531 364	71 610	704 847	4 650 444	- 4,6	- 5,4	- 2,6
4 151	26 448	4 003	25 858	176 903	3 944	25 075	170 797	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,6
16 904	107 649	21 254	122 719	736 867	23 171	127 591	750 250	- 8,3	- 3,8	- 1,8
21 348	121 608	39 413	158 754	837 589	43 955	164 201	851 799	- 10,3	- 3,3	- 1,7
5 206	35 707	4 985	42 207	249 596	5 202	42 813	255 618	- 4,2	- 1,4	- 2,4
188 022	1 038 375	21 209	167 629	952 376	22 427	175 700	981 080	- 5,4	- 4,6	- 2,9
22 390	131 828	13 498	107 418	624 865	14 716	119 043	685 295	- 8,3	- 9,8	- 8,8
587	3 286	449	2 976	17 615	494	3 117	18 162	- 9,3	- 4,5	- 3,0
1 955	10 438	1 398	8 330	48 330	1 396	8 862	49 451	+ 0,1	- 6,0	- 2,3
1 232	6 066	628	4 014	22 308	608	4 017	21 560	+ 3,4	- 0,1	+ 3,5
158	1 148	191	575	4 156	194	580	4 090	- 1,1	- 1,2	+ 1,6
40 631	238 213	41 260	333 640	1 763 583	39 928	319 461	1 712 088	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,0
21 416,1	107 458,0	16 941,4	41 766,7	212 755,1
14 199,8	77 543,8	10 021,4	28 636,6	157 928,7
1 038,9	5 772,1	381,9	2 013,9	10 846,7
1 820,0	10 417,5	941,2	3 582,0	20 068,4

Jahres sind vorläufig. Aufgrund der - erfahrungsgemäß geringen - Korrekturen können sich auch noch Anpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. - Betriebe hochgerechnet. - ²⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post. - ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4.

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	1. Vj. 87 2. Vj. 87	1 569 ...	1 880 ...	1 293 1 295	967 969	623 623	616 617	566 567	557 557	522 ...	527 526	467 467
darunter Ausländer	%	1. Vj. 87 2. Vj. 87	10,4	16,4 16,4	14,4 14,6	6,2 6,2	22,9 23,1	13,0 13,2	18,1 18,3	7,3 ...	9,5 9,5	11,9 12,1
Lebendgeborene	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	3 313 ...	4 496 ...	2 620 2 603	2 277 2 365	1 419 1 402	1 271 1 398	1 270 1 255	1 649 1 298	1 093 ...	1 180 1 053	968 1 056
darunter Ausländer	%	1. Vj. 87 2. Vj. 87	15,6 ...	21,4 ...	16,8 20,9	21,7 23,5	15,1 14,8	32,2 32,1	19,7 21,0	23,8 24,8	14,2 ...	16,7 15,7	11,9 15,8
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	8,6 ...	9,7 ...	8,2 8,1	9,6 9,8	9,2 9,0	8,4 9,1	9,1 8,9	12,0 9,4	8,5 ...	9,1 8,0	8,4 9,1
Gestorbene	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	5 592 ...	8 098 ...	3 496 2 799	2 858 2 630	2 089 1 952	1 836 1 698	1 847 1 695	1 818 1 540	1 774 ...	1 961 1 566	1 532 1 493
Gestorbene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14,5 ...	17,5 ...	11,0 8,7	12,0 10,9	13,6 12,6	12,1 11,0	13,2 12,0	13,2 11,1	13,8 ...	15,1 11,9	13,3 12,8
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 2 279 ...	- 3 602 ...	- 876 - 196	- 581 - 265	- 670 - 550	- 565 - 300	- 577 - 440	- 169 - 242	- 681 ...	- 781 - 513	- 564 - 437
Zugezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14 278 ...	7 066 ...	19 831 19 403	9 768 10 855	4 695 3 838	10 597 10 912	6 362 6 154	9 670 10 316	4 877 ...	6 738 6 835	5 646 6 616
Zugezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	36,9 ...	15,2 ...	62,1 60,1	41,0 44,9	30,6 24,7	69,8 70,9	45,6 43,6	70,4 74,3	37,9 ...	51,8 52,1	49,0 56,8
Fortgezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14 460 ...	4 901 ...	17 454 17 179	8 427 8 690	4 134 3 426	9 294 9 251	4 878 4 882	9 416 10 340	4 367 ...	9 539 7 265	5 349 5 600
Fortgezogene Personen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	37,4 ...	10,6 ...	54,7 53,2	35,3 36,0	26,9 22,1	61,2 60,1	35,0 34,6	68,6 74,5	33,9 ...	73,4 55,4	46,4 48,1
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 182 ...	+ 2 165 ...	+ 2 377 + 2 224	+ 1 341 + 2 165	+ 561 + 412	+ 1 303 + 1 661	+ 1 484 + 1 272	+ 254 - 24	+ 510 ...	- 2 801 - 430	+ 297 + 1 016
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 0,5 ...	+ 4,7 ...	+ 7,4 + 6,9	+ 5,6 + 9,0	+ 3,7 + 2,7	+ 8,6 + 10,8	+ 10,6 + 9,0	+ 1,8 - 0,2	+ 4,0 ...	- 21,5 - 3,3	+ 2,6 + 8,7
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 2 461 ...	- 1 437 ...	+ 1 501 + 2 028	+ 760 + 1 900	- 109 - 138	+ 738 + 1 361	+ 907 + 832	+ 85 - 266	- 171 ...	- 3 582 - 943	- 267 + 579
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 6,4 ...	- 3,1 ...	+ 4,7 + 6,3	+ 3,2 + 7,9	- 0,7 - 0,9	+ 4,9 + 8,8	+ 6,5 + 5,9	+ 0,6 - 1,9	- 1,3 ...	- 27,5 - 7,2	- 2,3 + 5,0
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	38 644 ...	29 422 ...	27 398 25 250	21 507 21 254	15 049 12 807	10 688 10 281	12 215 11 400	8 884 10 381	14 453 ...	10 956 10 537	8 868 9 384
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	99,9 ...	63,5 ...	85,8 78,2	90,2 88,0	98,0 82,5	70,4 66,8	87,6 80,7	64,7 74,8	112,3 ...	84,3 80,3	77,1 80,5
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	100 553 98 919	93 803 88 783	62 412 53 609	54 361 54 102	34 593 33 677	35 754 35 858	29 870 30 752	13 217 13 357	32 902 32 599	42 741 42 262	20 308 18 576
und zwar Männer	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	59 085 57 659	54 809 50 728	35 662 27 400	31 459 31 076	20 572 19 897	20 233 20 096	17 889 18 413	7 434 7 382	18 667 18 011	24 390 23 498	10 885 9 089
Frauen	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	41 468 41 260	38 994 38 055	26 750 26 209	22 902 23 026	14 021 13 780	15 521 15 762	11 981 12 339	5 783 5 975	14 235 14 588	18 351 18 764	9 423 9 487
Teilzeitkräfte	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	6 385 6 586	4 643 4 424	6 272 6 363	3 537 3 540	2 439 2 389	3 450 3 535	1 825 1 774	955 986	3 041 3 085	3 605 3 251	1 858 1 812
Arbeitslosenquote	%	1. Vj. 87 2. Vj. 87	13,8 13,6	10,9 10,3	6,8 5,9	14,4 14,4	15,6 15,1	6,9 6,9	12,4 12,8	5,0 5,0	15,4 15,2	13,2 13,1	8,6 7,8
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	16 358 16 250	16 391 16 240	16 308 12 450	11 418 11 335	3 339 3 283	9 013 8 883	5 648 5 727	3 951 4 061	3 716 3 717	6 765 6 438	4 167 3 645
Offene Stellen	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	4 450 5 647	8 236 9 482	7 009 7 921	2 853 3 028	996 916	4 546 4 732	2 096 2 019	4 751 5 579	1 518 1 441	6 216 3 350	2 147 2 182
Kurzarbeiter	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	11 486 3 636	11 038 4 672	4 652 3 148	8 621 2 558	3 384 1 163	5 535 1 388	4 348 1 645	823 667	5 998 2 590	4 173 1 123	6 034 3 585

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 87	136 446	163 317	176 737	103 728	45 081	103 702	75 876	125 532	65 875	78 547	86 899
		2. Vj. 87	135 654	162 786	176 316	103 845	44 844	102 615	74 936	125 097	66 649	77 372	85 611
	je 1000 Einwohner	1. Vj. 87	87	87	137	107	72	168	134	225	126	149	186
		2. Vj. 87	136	107	72	166	132	225	...	147	183
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	1. Vj. 87	1 620	1 620	2 381	1 309	536	1 300	1 024	1 582	704	878	882
		2. Vj. 87	1 787	1 779	2 353	1 385	556	1 507	1 031	1 804	757	907	938
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr		1. Vj. 87	48	40	55	51	48	51	55	51	43	45	41
		2. Vj. 87	53	44	54	53	50	59	55	58	46	47	44
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87	8 903	10 348	11 546	6 183	2 591	4 100	4 013	5 155	4 157	3 580	2 886
		2. Vj. 87	9 073	10 358	12 036	6 455	2 549	4 116	3 884	5 180	4 699	3 638	3 425
Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87	16 294	10 713	12 538	7 096	3 154	6 121	4 650	6 277	4 738	3 959	3 143
		2. Vj. 87	17 075	10 750	13 076	7 398	3 093	6 366	4 569	6 334	5 254	4 038	3 668
darunter Auslandsumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87	1 971	1 146	6 199	2 516	423	1 754	1 311	2 096	1 670	1 407	725
		2. Vj. 87	2 026	1 202	6 455	2 552	431	1 857	1 372	2 010	2 027	1 428	1 129
Gesamtumsatz ⁵⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87	42	23	39	30	21	40	33	46	36	30	27
		2. Vj. 87	41	31	20	41	32	46	...	31	31
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr		1. Vj. 87	484	266	288	277	284	239	249	203	292	204	147
		2. Vj. 87	505	265	297	286	277	249	245	203	316	209	172
Bauhauptgewerbe⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 87	16 698	24 811	24 615	10 605	8 465	14 765	9 953	11 367	6 546	5 595	...
		2. Vj. 87	16 411	25 839	27 061	10 388	...	15 031	9 965	10 989	6 664	5 917	8 425
Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87	349	396	569	199	183	293	243	257	129	89	...
		2. Vj. 87	587	770	777	323	...	513	338	360	233	201	216
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	1. Vj. 87	325 285	370 345	536 358	219 818	57 612	386 183	227 985	120 675	68 967	96 474	121 145
		2. Vj. 87	455 325	577 882	772 585	338 683	53 614	418 792	215 107	135 425	...	102 639	161 988
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	1. Vj. 87	610 369	1 043 942	1 127 659	484 034	155 723	693 187	435 833	264 721	129 491	185 044	244 756
		2. Vj. 87	833 084	1 743 728	1 593 225	495 235	145 145	720 292	400 864	290 074	...	196 031	291 695
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	1. Vj. 87	186 208	204 885	443 577	183 120	18 505	371 765	173 858	74 968	31 339	44 360	61 087
		2. Vj. 87	284 788	341 402	719 833	216 504	22 126	398 730	175 281	90 889	...	63 264	71 301
Fremdenübernachtungen von Gästen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87	1 578	2 252	3 537	2 030	1 014	4 565	3 124	1 928	1 007	1 423	2 126
		2. Vj. 87	...	16 799	4 935	2 050	935	4 680	2 838	2 090	...	1 494	2 503
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁶⁾	Anzahl	1. Vj. 87	14 573	5 851
		2. Vj. 87	20 492	16 799	7 907
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 87	382	178	277	199	93	357	207	223	76	121	91
		2. Vj. 87	306	134	326	167	106	303	182	157	86	120	93
DM je Einwohner und 1 Jahr (Gemeindeanteil)		1. Vj. 87	987	385	869	835	604	2 354	1 484	1 622	588	929	787
		2. Vj. 87	1 009	693	686	1 969	1 287	1 122	...	912	797
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 87	222	142	65	27	16	15	19	14	56	4	2
		2. Vj. 87	280	116	193	121	71	95	82	90	64	59	61
DM je Einwohner und 1 Jahr		1. Vj. 87	573	306	204	114	104	101	133	102	432	35	16
		2. Vj. 87	596	500	455	616	582	648	...	450	520

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ wohnberechtigte Bevölkerung. – ³⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ post.

Im Oktober 1987 veröffentlichte Statistische Berichte

Produzierendes Gewerbe

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe Juli 1987

Index der Nettoproduktion im Juni 1987

Index der Nettoproduktion im Juli 1987

Bautätigkeit

Hochbautätigkeit August 1987

Handel und Gastgewerbe

Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure über Hamburg und
über andere Grenzstellen 1. Vierteljahr 1987

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle April 1987

Straßenverkehrsunfälle Mai 1987

Straßenverkehrsunfälle Juni 1987

Binnenschifffahrt des Hamburger Hafens April 1987

Binnenschifffahrt des Hamburger Hafens Mai und Juni 1987

Öffentliche Finanzen

Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen in Hamburg 1985

Preise

Preisindizes für Bauwerke August 1987



Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich und enthält ständige Zahlenübersichten sowie textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Jahrbuch 1981

Das Statistische Jahrbuch ist eine umfassende Zusammenstellung zahlenmäßiger Informationen über die demographischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten in Hamburg. Bei dem 1981 erschienenen Band handelt es sich um eine großenteils neugestaltete und um zusätzliche Nachweisungen erweiterte Ausgabe. Das Jahrbuch enthält in seinem Hauptteil Ergebnisse in ausführlicher sachlicher Gliederung, zumeist für die Jahre 1978 und 1979. In einem zweiten Abschnitt werden Daten über ausgewählte Themenbereiche in langfristiger Entwicklung unterbreitet; die „langen Reihen“ erstrecken sich durchweg über den Zeitraum von 1950 bis 1979. Der dritte Teil bietet ein knappes Tabellarium mit Angaben über die Region Hamburg. Das Jahrbuch enthält 440 Tabellen und ist 374 Seiten stark (vergriffen).

Statistisches Taschenbuch 1986

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in kleiner, handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in knapper tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in den Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen. Das Taschenbuch ist 244 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1980

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält an Übersichten:
Zugehörigkeit der Gebietsteile zu den Finanzämtern, den Standesämtern und den Amtsgerichten
Schlüsselverzeichnis für Grundbuchbezirke mit Angabe des zuständigen Amtsgerichtsbezirks
Konsulate
Amtlich benannte Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet mit Angabe der Ortsteile,
Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Stadtteile, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke
Kleingartenvereine
Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 268 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

Dies sind die Quellenwerke mit wichtigen Tabellen aus großen Zählungen und wichtigen laufenden Statistiken. In dieser Reihe werden die Ergebnisse der Arbeiten des Statistischen Landesamtes ausführlich und mit dem Ziel der nachhaltigen Dokumentation der Zeitverhältnisse publiziert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

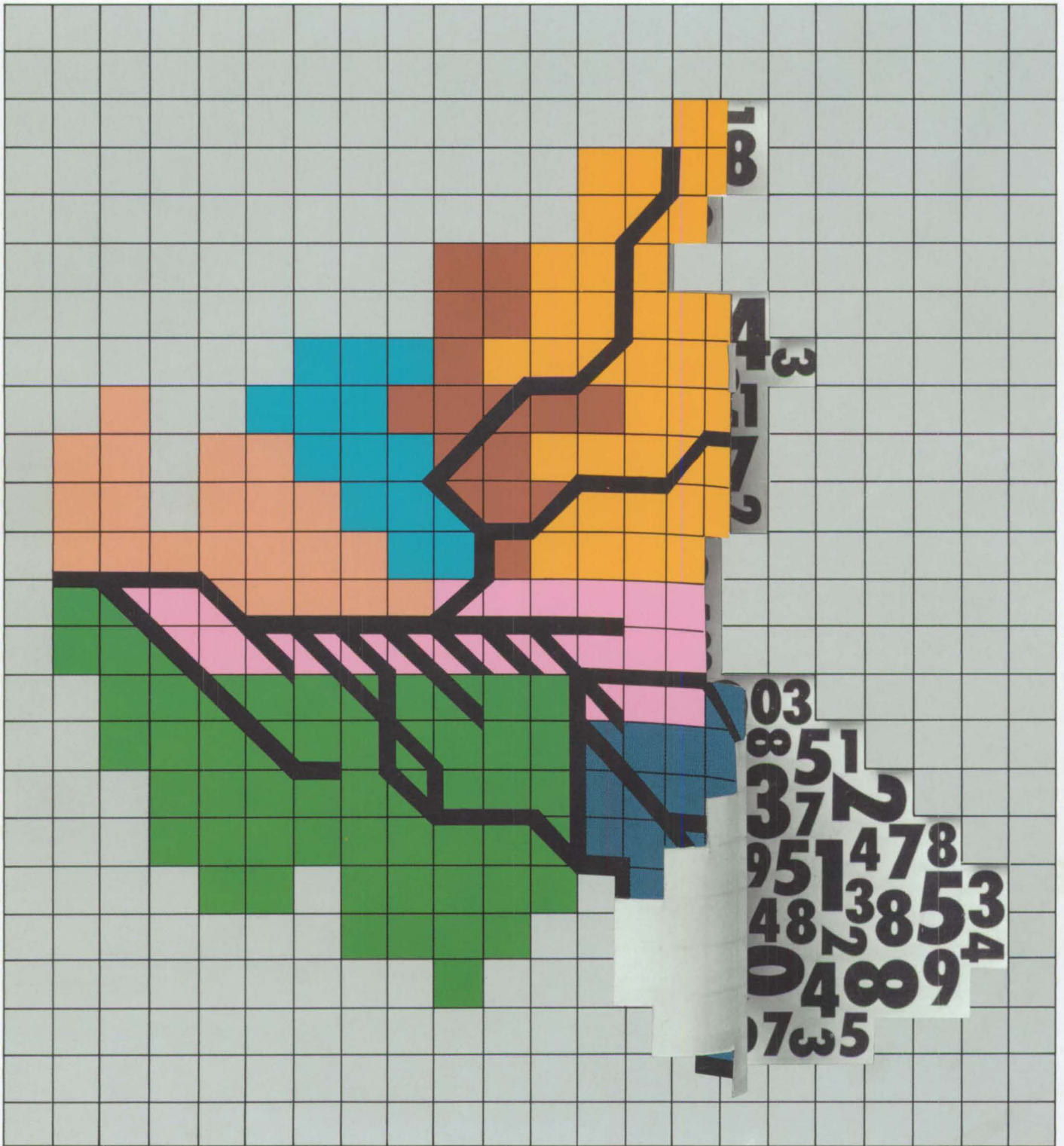
- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwanderung über die Hamburger Landesgrenze - Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 - (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 - Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 - Landesergebnisse - (vergriffen)
- Heft 110 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik - Daten für die Region Hamburg/Umland 1976
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980
- Heft 130 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik - Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982
- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schifffahrt des Hafens Hamburg 1985

Vertrieb der vorstehenden Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-719 bzw. 721



Hamburg in Zahlen

1987 **12**



Zeichenerklärung

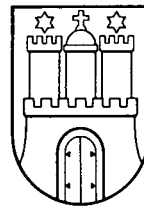
- = Zahlenwert genau Null (nichts)
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- ≐ = entspricht
- * = mit Stern gekennzeichnete Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

Abkürzungen

- MD = Monatsdurchschnitt
- Vj = Vierteljahr
- Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.
Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

Hamburg in Zahlen



Zeitschrift des
Statistischen Landesamtes
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Heft 12. 1987

Die Meinung	
○ Statistik 1987	398
*	
Schaubild des Monats	
○ Studienabsichten der Schülerinnen und Schüler in den Abschlußjahrgängen der Hamburger Gymnasien und Gesamtschulen 1977 bis 1987	398
*	
Statistik aktuell	
○ Todesursachen	399
○ Im Vorjahr wieder mehr Ausgaben für die Sozialhilfe	399
○ Standorte des Maschinenbaus	399
○ Baugenehmigungen stark zurückgegangen	399
○ Donnerstags zwischen vier und fünf Uhr nachmittags	399
*	
Kulturstatistiken im Großstadtvergleich	400
*	
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988	407
*	
Das interessiert in Hamburg	
○ Diagramme	416
○ Hamburg heute und gestern	416
○ Neue Schriften	416
*	
Hamburger Zahlenspiegel	418
Hamburg im großräumlichen Vergleich	424
Hamburg im Städtevergleich	426

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Verlag und Vertrieb:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Erhard Hruschka

Einzelpreis: DM 2,50;
Jahresabonnement DM 20,-
Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

ISSN 0017-6877

Statistik 1987

Der Rückblick des Statistikers auf das für sein Arbeitsgebiet besonders ereignisreiche Jahr 1987 mit Aspekten für die daraus abzuleitenden Konsequenzen darf sich nicht auf die in den vergangenen Monaten zweifellos im Zentrum der öffentlichen Diskussion stehende Volkszählung beschränken. Das Bemühen, ein Gesamtsystem der statistischen Dateninformation zu sichern und gegebenenfalls auf dessen Ergänzung hinzuwirken oder an der Bereinigung obsolet gewordener Fragestellungen mitzuwirken, muß im Mittelpunkt seiner fachlichen Verpflichtungen stehen.

Das besondere Projekt der Volkszählung – zur Jahreswende 1987/88 noch nicht abgeschlossen, aber aus der Sicht von Bund und Ländern derzeit im vorgeesehenen Zeitplan – barg neben zeitweise extremen Beanspruchungen für die statistischen Akteure eine Vielzahl von Überraschungen. Hierzu rechne ich den für Ende Dezember mit bundesweit weniger als vier Prozent zu schätzenden Fehlbestand an Erhebungsunterlagen, der sich in den nächsten Wochen weiter abbauen und durch die dann noch folgenden Bearbeitungsschritte in Richtung auf Null entwickeln wird. Weil sich bereits jetzt abzeichnet, daß solche Werte auch in den großen Großstädten erreicht werden, ist darin ein eindeutiger Hinweis auf das Verantwortungsgefühl der großen Mehrheit der Bundesbürger zu sehen, die den Zusammenhang zwischen Dateninformation und Handlungskompetenz von Politik und Verwaltung erkannt und sich entsprechend verhalten haben.

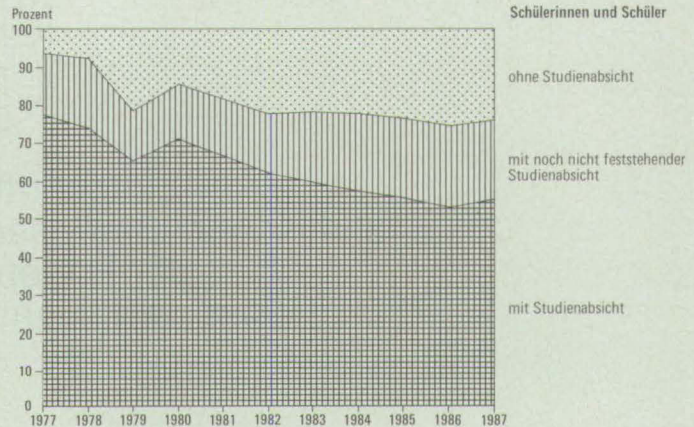
Bemerkenswert ist weiterhin die in der Bevölkerung nur sehr geringe Resonanz der bundesweit aktiven Boykottinitiativen, denen es an „Transportmitteln“ zur Verbreitung ihrer Parolen nicht gemangelt hatte.

Verblüffend war für mich daneben die – entgegen den vorher vielfach geäußerten Erwartungen – relativ geringe Zahl von Inanspruchnahmen der Datenschutzbefragten durch die Auskunftspflichtigen (selbst in den Zentren), desgleichen die häufig geäußerten Bekundungen des Erstaunens der Bürger über die geringe Zahl und die Harmlosigkeit der Fragen (wo doch die öffentlichen Kampagnen eher eine Fülle von Beschwerden in die entgegengesetzte Richtung hätten vermuten lassen).

Zu den weiteren Erkenntnissen des Statistikers aus den Ereignissen des Jahres 1987 gehört die inzwischen im dritten Jahr seiner Wiederaufnahme relativ reibungslose Durchführung des Mikrozensus (wobei die beiden bisherigen zusätzlichen und freiwilligen Testbefragungen keine Hinweise auf die Möglich-

Schaubild des Monats

Studienabsichten der Schülerinnen und Schüler in den Abschlußjahrgängen der Hamburger Gymnasien und Gesamtschulen 1977 bis 1987



HfZ 12. 1987

Die Neigung, nach dem Abitur zu studieren, hat bei den Schülerinnen und Schülern in den Hamburger Gymnasien und Gesamtschulen während des letzten Jahrzehnts merklich nachgelassen. Bei Erhebungen über die Studien- und Berufsabsichten der angehenden Abiturientinnen und Abiturienten, wie sie in den Abschlußjahrgängen dieser Schulen regelmäßig stattfinden, haben 1977 von allen Befragten 78 Prozent angegeben, ein Hochschulstudium aufnehmen zu wollen; 16 Prozent beabsichtigten nicht zu studieren, und sechs Prozent hatten sich noch nicht für ein Studium oder eine andere Berufsausbildung entschieden. Zehn Jahre später – Anfang 1987 – erklärten lediglich 55 Prozent der Schülerinnen und Schüler, daß sie vorhaben, ein Studium aufzunehmen; 21 Prozent wollten nicht studieren, und 24 Prozent waren sich über die gewünschte weitere Ausbildung noch nicht im klaren.

keit des Umstiegs von der Auskunftspflicht auf die Freiwilligkeit bei Statistiken mit hohen Qualitätsansprüchen zu bieten scheinen). Wie diese jährliche „Repräsentative Befragung über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland“, so sollten die nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts noch zur Novellierung anstehenden Statistikgesetze möglichst kurzfristig formal und inhaltlich so modifiziert verabschiedet werden, daß die Reibungsstellen zwischen den Befragten, der ausführenden Verwaltung und den Datenschützern minimal bleiben.

Aus meiner Sicht hat das Jahr 1987 wohl bei allen mit statistischen Aufgaben Betrauten ebenso wie im politischen Bereich die Erkenntnis gefestigt, daß die amtliche Statistik in ihren Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden nur als eine Einheit begriffen werden und als solche erfolgreich handeln kann.

Wenn im jetzt zu Ende gehenden Jahr die Reaktion der Staatsbürger auf die – vom Gesetzgeber festgelegten – Forderungen der Statistiker nach Auskunftsbereitschaft und das Vertrauen in die Zuverlässigkeit ihrer Arbeit bei einer überwältigenden Mehrheit in sehr deutlicher Weise positiv war, so muß darin für sie Aufgabe und Verpflichtung zugleich liegen. Bei der Einschätzung ihrer Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten ist jedoch stets zu bedenken, daß sie ihre Aufgaben ohne die deutlich artikulierten Datenwünsche der Statistiker ebensovienig sinnvoll erfüllen können wie ohne den nachdrücklich geäußerten Willen des Gesetzgebers, der mit seinem legislativen Auftrag an die ausführende Verwaltung regelmäßig die Pflicht für eine Öffentlichkeitsarbeit über die informationellen Grundlagen staatlichen wie kommunalen Entscheidens und Handelns verbinden könnte.

Erhard Hruschka

Statistik aktuell

Todesursachen

Im Jahr 1986 starben in Hamburg 21 973 Menschen, und zwar 9995 Männer und 11 978 Frauen. Fast 80 Prozent (17 563 Personen) waren 65 Jahre und älter. Die Sterbeziffer betrug 1398 (1985: 1409) je 100 000 Einwohner.

Wie in den vergangenen Jahren waren Krankheiten des Kreislaufsystems mit 9810 Gestorbenen (45 Prozent) die häufigsten Todesursachen. 3588 (10,6 Prozent weniger als 1985) starben an Ischämischen Herzkrankheiten, darunter 2156 (minus 14,6 Prozent) an einem akuten Herzinfarkt. Hirngefäßkrankungen führten in 2085 Fällen (minus 2,4 Prozent) zum Tode.

Die Zahl der Sterbefälle an Bösartigen Neubildungen ist um 0,7 Prozent auf 5216 gestiegen. Von den 2503 an Krebs gestorbenen Männern starben fast 32 Prozent an Bösartigen Neubildungen der Atmungsorgane, 10,7 Prozent an Prostatakrebs und 8,5 Prozent an Magenkrebs. Bei den Frauen liegt der Brustkrebs mit rund 17 Prozent an erster Stelle; an zweiter und dritter Stelle liegen die Bösartigen Neubildungen der Atmungsorgane mit 11,5 Prozent und der Dickdarmkrebs mit 11,4 Prozent.

An nichtnatürlichen Todesursachen, zum Beispiel Unfälle und Vergiftungen, starben 1135 Personen. Die Anzahl der Gestorbenen aufgrund von Kfz-Unfällen (1986: 136, 1985: 144) sank um 5,6 Prozent. Die Zahl der Selbstmorde lag mit 388 Fällen um 23 Prozent unter der von 1985.

Harro Iwers

Im Vorjahr wieder mehr Ausgaben für die Sozialhilfe

In Hamburg sind die Bruttoausgaben für Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz einschließlich Tuberkulosehilfe im Jahr 1986 auf über 1215 Millionen DM gestiegen.

Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 17,5 Prozent. Umgerechnet auf die Bevölkerung ergeben sich 772 DM je Einwohner. Um 111 Millionen DM auf 518 Millionen DM gestiegen ist die **Hilfe zum Lebensunterhalt**. Sie macht 43 Prozent der gesamten Bruttoausgaben aus. Für die Hilfe in **besonderen Lebenslagen** beliefen sich die Ausgaben auf 696 Millionen DM (plus 13,0 Prozent), wobei der Schwerpunkt bei den Hilfen in Einrichtungen (594 Millionen DM) lag.

Die größten Ausgabenposten sind hier die Hilfe zur Pflege mit 343 Millionen DM und die Eingliederungshilfe für Behinderte mit 226 Millionen DM. An dritter Stelle steht die Krankenhilfe mit 76 Millionen DM.

Die in den Bruttoausgaben enthaltene **Tuberkulosehilfe** sank gegenüber 1985 um 14,8 Prozent auf 1,5 Millionen DM.

Die Einnahmen (Erstattungen von anderen Kostenträgern) sind um 7,0 Prozent gestiegen. Trotz dieser Steigerung erhöhten sich die Nettoausgaben der Sozialhilfe sowie der Tuberkulosehilfe um 19,3 Prozent auf über 1051 Millionen DM.

Harro Iwers

Standorte des Maschinenbaus

Die gesamtwirtschaftliche Leistungskraft der hamburgischen Investitionsgüterindustrie wird vom Maschinenbau maßgeblich beeinflusst. Diese Branche beschäftigte nach dem Stand vom September 1986 in 136 Betrieben (einschließlich Kleinbetriebe) 16 200 Personen und erreichte im Jahr 1985 Umsätze in Höhe von rund 2,5 Milliarden DM. Gemessen an der Zahl der Betriebe stand der Maschinenbau an erster und gemessen an der Zahl der Beschäftigten und der Umsätze an zweiter Stelle im Bereich „Investitionsgüterindustrie“.

Die Palette der Maschinenbauerzeugnisse, die 1986 einen Produktionswert von 2,7 Milliarden DM hatten, ist recht vielfältig. Ins Gewicht fallen vor allem Nahrungsmittelmaschinen, Flurförderzeuge, Papier- und Druckmaschinen sowie Reparaturen an Maschinen aller Art. Die Betriebe sind in allen Bezirken Hamburgs angesiedelt. In Hamburg-Mitte befanden sich 24 Betriebe mit 3680 Beschäftigten, von denen 2200 ihren Arbeitsplatz in den Stadtteilen Rothenburgsort und Billbrook hatten. In Wandsbek und Altona war der Maschinenbau gleich stark vertreten (jeweils 30 Betriebe), Wandsbek hatte aber 490 Arbeitsplätze mehr als Altona. Die Mehrzahl der Beschäftigten wurde in den Stadtteilen Wandsbek, Tonndorf, Bramfeld sowie in Ottensen, Bahrenfeld und Lurup registriert. In Eimsbüttel hatten 18 Betriebe mit 900 Beschäftigten ihren Standort. Der Schwerpunkt der Beschäftigung lag im räumlich zusammenhängenden Gebiet von Schnelsen, Eidelstedt und Stellingen. In Hamburg-Nord gab es in 23 Betrieben 2160 Arbeitsplätze; knapp die Hälfte davon entfiel auf die Stadtteile Barmbek-Nord und Barmbek-Süd. In Bergedorf und Harburg waren zusammen nur elf Betriebe des Maschinenbaus ansässig, wobei zwei Betriebe in Bergedorf den Schwerpunkt der Beschäftigung bildeten.

Günther Neuß

Baugenehmigungen stark zurückgegangen

In den ersten neun Monaten des Jahres 1987 wurden in Hamburg knapp 1500 Neubauwohnungen genehmigt, gegenüber dem Vergleichszeitraum 1986 bedeutet das ein Minus von 38 Prozent. Rückläufig waren vor allem die Genehmigungen der – überwiegend zur Vermietung vorgesehenen – Wohnungen im Geschossbau, die größtenteils im sozialen Wohnungsbau errichtet werden: hier wurden in den ersten drei Quartalen nur

700 Wohnungen gemeldet, dieses entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme um 44 Prozent. Augenfällig ist, daß die verringerte Nachfrage in diesem Jahr auch deutlich durch die Verminderung der geplanten Aktivitäten beim Bau von Eigentumswohnungen hervorgerufen wurde. Die Zahl der hierfür gestellten Bauanträge hat sich im gleichen Zeitraum um fast die Hälfte auf weniger als 200 Einheiten reduziert.

Im Ein- und Zweifamilienhausbau sah das Bild kaum günstiger aus: bis September 1987 wurden 765 Wohnungen zum Bau freigegeben, fast ein Drittel weniger als vor einem Jahr.

Die veranschlagten Baukosten je Wohnung sind im Ein- und Zweifamilienhausbau mit 192 000 DM fast unverändert geblieben, wobei die durchschnittliche Wohnungsgröße auf 112 Quadratmeter (gegenüber 109 Quadratmeter im Vorjahr) etwas angestiegen ist. Bei Mehrfamilienhäusern wurden dagegen mit 128 000 DM je Wohneinheit rund 15 Prozent mehr kalkuliert als in den ersten drei Quartalen 1986; die beabsichtigte Wohnfläche ist von 71 Quadratmeter auf 67 Quadratmeter gesunken.

Rüdiger Lenthe

Donnerstags zwischen vier und fünf Uhr nachmittags

In Hamburg wurden 1986 bei Straßenverkehrsunfällen insgesamt 13 052 Personen getötet oder verletzt. Gliedert man die im Straßenverkehr Verunglückten nach den jeweiligen Unfalltagen, so erweist sich der Freitag als der gefährlichste Wochentag. 2101 Verkehrsteilnehmer kamen an einem Freitag zu Schaden. In der Rangfolge der unfallträchtigen Wochentage rangieren der Mittwoch (2040) sowie der Dienstag (2026) jedoch nur knapp dahinter, während sonntags die geringsten Verunglücktenzahlen zu beklagen waren (1307).

Legt man die genaue Uhrzeit des Unfalls zugrunde, so sind es die Stunden der abendlichen rush-hour, die die stärksten Verkehrsgefährdungen mit sich bringen. Im Zeitraum zwischen 15 und 18 Uhr verunglückten 1986 stündlich jeweils rund 1000 Personen, wobei die Stunde zwischen 15 und 16 Uhr mit 1057 Verunglückten am stärksten auffällt. In der Zeit des morgendlichen Berufsverkehrs wurden dagegen jeweils nur etwa halb soviel Verletzte registriert.

Kombiniert man Tag und Stunde, so liegen die Spitzenwerte erwartungsgemäß werktags in den nachmittäglichen und abendlichen Stunden des rückströmenden Berufsverkehrs. Die meisten Getöteten und Verletzten wurden Donnerstag zwischen 16 und 17 Uhr gezählt. Nur knapp dahinter lag die Zeit zwischen 15 und 16 Uhr am Freitag (190) sowie zwischen 17 und 18 Uhr am Dienstag (189) und am Donnerstag (188).

Hans-Eckhard Stegen.

Kulturstatistiken im Großstadtvergleich

In der Veröffentlichungsreihe „Städte in Zahlen“ hat der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt), Nürnberg, kürzlich als Heft 4 einen Strukturbericht zum Thema „Kultur und Bildung“ herausgegeben. Projektleitung und Redaktion hierfür lagen beim Vorsitzenden des entsprechenden Fachausschusses des Verbandes, Hans-Helmut Martin vom Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart. In den Monatsheften des Statistischen Landesamtes „Hamburg in Zahlen“ erfolgten neben einem allgemeinen Hinweis auf diese Veröffentlichung in Heft 9.1987 ein Vorabdruck des Kapitels über die „Hochschulen im Wintersemester 1984/85“ in Heft 1.1987 sowie eine zusammenfassende Darstellung der Kapitel über Schulen in Heft 10.1987. Im folgenden werden die Kapitel des Kulturbereichs referiert, und zwar

- Theater
Franz-Heinz Köhler, Koblenz
- Museen und museumsähnliche Einrichtungen
Hans-Helmut Martin, Stuttgart
- Filmtheater
Florian Brey, München
- Bibliotheken
Günther Appel, Berlin
- Kommunalarchive
Horst-Jürgen Wiene, Bochum
- Kulturausgaben
Franz-Heinz Köhler, Koblenz.

Während der Strukturbericht sich auf alle Städte über 50 000 Einwohner erstreckt, konzentriert sich der folgende Beitrag auf die zwölf Großstädte über 500 000 Einwohner und das knapp unter dieser Schwelle liegende Nürnberg sowie auf die vier weiteren Landeshauptstädte unter 500 000 Einwohner und die Bundeshauptstadt Bonn. Die Daten für diese 18 Großstädte beziehen sich in der Regel auf das Jahr 1985 beziehungsweise die Spielzeit 1984/85.

Wie nicht anders zu erwarten, kommt die Vielfalt der Szene im kulturellen Bereich noch stärker zum Ausdruck als bei den Kapiteln über das Bildungswesen. Selbstverständlich lassen sich in Zahlen überhaupt nur gewisse Teilaspekte des Kulturbereichs zum Ausdruck bringen. Andererseits kann ein Strukturbericht wie der jetzt erstmals vorgelegte aber auch als Anregung und Kristallisationspunkt einer Diskussion darüber verstanden werden, welche Daten in den einzelnen Bereichen zweckmäßigerweise erhoben werden sollten und sinnvoll miteinander verglichen werden können, gegebenenfalls auch: in Form welcher Indikatoren.

Der folgende Beitrag greift nicht alle Daten auf, die im Strukturbericht gebracht

und zum Teil ausführlich kommentiert worden sind. Der VDSt-Bericht „Kultur und Bildung“ enthält überdies einen Anhang über „Kommunale kulturpolitische Arbeitsfelder und ihre statistische Dokumentation“ sowie über „Kulturstatistische Fundstellen“.

Theater

Die im folgenden ausgewählten Daten konzentrieren sich auf die öffentlichen Theater, berücksichtigen also nicht die privaten Bühnen. Der erste Indikator für die relative Angebotsintensität der öffentlichen Theater, die Kennziffer „Veranstaltungen je 10 000 Einwohner der Theaterstädte“, müßte – wie der Verfasser richtig schreibt – eigentlich die Summe aller dem Publikum zur Verfügung gestellten Plätze in Beziehung setzen zu dem als mögliche Theaterbesucher angesprochenen Bevölkerungspotential; hier müßte aber das Wünschenswerte auf das Machbare und Mögliche reduziert werden. Unter den 73 Städten, die über ein öffentliches Theater verfügen, taucht von den ausgewählten Großstädten die erste (Saarbrücken) mit einem Wert von 28,9 erst an 28. Stelle auf, die Spitzenposition entfällt auf Coburg mit 82,9. In der Regel nimmt der Wert des Indikators mit zunehmender Standortgröße ab. Das ist verständlich auch unter dem Gesichtspunkt, daß ortsfeste Theater mit durchgehendem Spielbetrieb eine Mindestgröße haben müssen, so daß kleinere Städte immer höhere Kennziffern pro Einwohner aufweisen als Großstädte. Zugleich wird der höhere pro Kopf-Indikator aber auch der kulturpolitischen Bedeutung der öffentlichen Theater in den nach der Bevölkerungszahl kleineren Standorten eher gerecht. Indirekt werden damit aber auch das ungleich größere kulturelle und alternative Angebot in den Großstädten beziehungsweise in den Agglomerationen zum Ausdruck gebracht. Die höchsten/niedrigsten Werte bei den Theaterveranstaltungen je 10 000 Einwohner weisen unter den 18 Großstädten auf:

Saarbrücken	mit 28,9
Kiel	mit 23,2
Wiesbaden	mit 22,2
Mainz	mit 20,8
Düsseldorf	mit 18,3
Essen	mit 7,9
Hamburg	mit 7,6
Köln	mit 6,8

Berlin (West)	mit 6,4
Duisburg	mit 5,0

In diesem Wert kann allerdings auch die durchschnittliche Größe einer Veranstaltung mit enthalten sein: So ergibt der Kehrwert des vorstehenden Indikators im Falle Saarbrückens 346 Einwohner je Veranstaltung, im Falle Duisburgs 2000. Dieser Indikator müßte tiefer aufgegliedert und durch andere Indikatoren ergänzt werden, um eindeutige Aussagen zu ermöglichen.

Ähnliches gilt bei der folgenden „Theater-Attraktivität“, gemessen an der Zahl der Premieren je 10 000 Einwohner. Auch hier erscheint als erste der für diesen Beitrag ausgewählten Großstädte Saarbrücken an 20. Stelle mit einem Wert von 1,87 gegenüber dem Spitzenreiter Coburg mit 6,60. Für die Auswahl-Großstädte dieses Beitrags ergibt sich folgende Ober- beziehungsweise Untergruppe bei den Premieren je 10 000 Einwohner:

Saarbrücken	mit 1,87
Kiel	mit 1,47
Mainz	mit 1,33
Wiesbaden	mit 0,94
Bonn	mit 0,89
Bremen	mit 0,40
Dortmund	mit 0,38
Köln	mit 0,22
Hamburg	mit 0,21
Berlin (West)	mit 0,16

Wenn man die „Theater-Attraktivität“ am Anteil der Premieren an den Veranstaltungen mißt, den zweiten Indikator also durch den ersten dividiert, so ergibt das – in sieben Fällen übereinstimmend – für die Auswahl-Großstädte folgende obere und untere Position:

Saarbrücken	mit 6,5 Prozent
Mainz	mit 6,4 Prozent
Kiel	mit 6,3 Prozent
Bonn	mit 6,2 Prozent
Stuttgart	mit 6,0 Prozent
Frankfurt/Main	mit 3,4 Prozent
Köln	mit 3,2 Prozent
Hamburg	mit 2,8 Prozent
München	mit 2,8 Prozent
Berlin (West)	mit 2,5 Prozent

In diesen Werten kommen unter anderem auch Schwerpunkte der Kunstsparten zum Ausdruck: Eine Spielzeit enthält in der Regel mehr Premieren bei den Schauspielen als bei den Opern. Und von der Anzahl der Besucher her gesehen verteilen sich die Schwerpunkte deutlich verschieden:

Tabelle 1 Besucher in öffentlichen Theatern in der Spielzeit 1984/85 nach Kunstsparten und Stadtgrößenklassen in Prozent

Kunstsparten	Städte mit ... bis unter ... Einwohnern	
	500 000 und mehr	100 000 bis 500 000
Oper	38	23
Ballett	12	6
Operette	4	14
Musical	5	5
Schauspiel	36	34
Kinder-/Jugendstunde	3	12
Konzert	2	6
Insgesamt	100	100

Für die großen Theater kommt hinzu, daß es – wegen der örtlichen Bevölkerungszahl, des Umlandeeinzugsbereiches und der Besucher aus dem Gäste- und Touristenpotential – oft möglich ist, Inszenierungen jahrelang im Spielplan zu halten und damit, trotz geringerer Premierenzahl, dennoch ein abwechslungsreiches Angebot zu garantieren.

Angesichts des Kostenfaktors „Theater“ besteht ein erhebliches Interesse an den Einspielergebnissen; man mißt sie an Betriebseinnahmen in Prozent der Betriebsausgaben. Diese Werte zeigen für die Auswahl-Großstädte folgende Situation in der oberen und unteren Gruppe:

Hamburg	mit 26,2 Prozent
München	mit 25,2 Prozent
Mainz	mit 18,9 Prozent
Berlin (West)	mit 18,2 Prozent
Köln	mit 17,8 Prozent
Dortmund	mit 11,1 Prozent
Frankfurt/Main	mit 10,4 Prozent
Bonn	mit 10,0 Prozent
Nürnberg	mit 9,1 Prozent
Essen	mit 8,2 Prozent

Betrachtet man dazu noch den Betriebszuschuß je Besucher in DM, so zeigt sich erwartungsgemäß eine Übereinstimmung zwischen hohen Betriebszuschüssen und niedrigen Einspielergebnissen und umgekehrt in sechs Fällen, nämlich bei Hamburg, München, Essen, Frankfurt/Main, Bonn und Mainz. Köln liegt in beiden Fällen in der oberen Gruppe, das heißt, trotz hohen Einspielergebnisses war noch ein hoher Zuschuß pro Besucher erforderlich. Für die Auswahl-Großstädte lagen die Werte für die obere und untere Gruppe bei Betriebszuschüssen je Besucher in folgender Höhe:

Bonn	191,75 DM
Frankfurt/Main	171,53 DM
Stuttgart	159,71 DM
Essen	158,79 DM
Köln	129,92 DM

Wiesbaden	101,15 DM
Hamburg	100,14 DM
München	91,35 DM
Kiel	76,52 DM
Mainz	67,50 DM

Museen

In diesem Kapitel sind jedes Museum und jede museumsähnliche Einrichtung mit ständigem Charakter erfaßt, unabhängig davon, ob der Träger öffentlich oder privat ist. Entsprechend groß ist die Vielfalt der 100 meistbesuchten Museen. Diese Aufstellung umfaßt die Jahre 1980 und 1983 bis 1985, so daß auch Abweichungen deutlich werden, die sich zum Beispiel durch überregional bedeutsame Sonderausstellungen ergeben, wie sie etwa für Hamburg in den letzten Jahren die Tut-ench-Amun-Ausstellung oder die Caspar-David-Friedrich-Ausstellung darstellen.

In dem Quellen-Beitrag heißt es: „Besonders viele stark besuchte Museen und museumsähnliche Einrichtungen mit mindestens 100 000 Besuchern weisen München (mit zwölf), Frankfurt/Main (mit acht), Berlin (West) (mit sieben) sowie Hamburg und Stuttgart (mit jeweils fünf) auf; gefolgt von Hannover und Nürnberg (mit jeweils vier). Es zeigt sich also, daß die Spitzenposition von München als der Stadt mit den meisten Besuchern in Museen und museumsähnlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht auf einigen wenigen Museen beruht, sondern mit zwölf besucherstarken Museen breit abgesichert ist; ähnliches läßt sich auch für Frankfurt/Main, Berlin (West), Hamburg und Stuttgart sagen.“

Die zehn Städte mit mehr als einer Million Museumsbesucher waren (in Klammern gesetzt jeweils das Museum, das 1985 die höchste Besucherzahl aufwies):

München (Deutsches Museum)	4,2 (1,3)
Berlin (West) („Reichstagsgebäude“)	4,0 (0,6)
Frankfurt/Main (Luftfahrtshistorische Sammlung)	2,8 (0,9)
Stuttgart (Staatsgalerie)	2,1 (1,1)
Nürnberg (Verkehrsmuseum)	1,5 (0,4)
Köln (Römisch-Germanisches Museum)	1,4 (0,6)
Braunschweig (Landesmuseum für Geschichte und Volkskunde)	1,4 (0,5)
Hamburg (Flughafenmodellpavillon)	1,3 (0,3)
Düsseldorf (Das Fliegende Museum)	1,3 (0,5)
Heidelberg (Schloß)	1,2 (1,0)

Knapp unter einer Million Besucher lagen Münster (Westfälisches Museum für Naturkunde) und Bochum (Deutsches Bergbau-Museum). Die übrigen der 18 Auswahl-Großstädte folgten 1985 mit Rangziffern zwischen 13 und 63:

Hannover (Niedersächsisches Landesmuseum)	0,7 (0,3)
Essen (Museum Folkwang/Ruhrland-Museum)	0,5 (0,3)
Kiel (Schleswig-Holsteinisches Freilichtmuseum)	0,5 (0,3)
Bremen (Übersee-Museum)	0,5 (0,2)
Mainz (Gutenberg-Museum)	0,5 (0,1)
Bonn (Zoologisches Forschungsinstitut und Museum A. Koenig)	0,4 (0,1)
Dortmund (Museum für Kunst und Kulturgeschichte)	0,4 (0,2)

sowie Saarbrücken, Wiesbaden und Duisburg mit jeweils etwa 100 000 Museumsbesuchern. Auf die 18 Auswahl-Großstädte entfielen 1985 rund 58 Prozent aller Museumsbesucher in den 141 Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern und mit mindestens einem Museum. Die Rangfolgen können durch Ausstellungen von überregionaler Bedeutung (zum Beispiel Braunschweig durch die Landesausstellung Niedersachsen), durch Neubauten (etwa Stuttgart durch die Staatsgalerie) oder auch durch zeitweiliges Schließen wegen Umbaumaßnahmen (ebenfalls in Stuttgart: das Daimler-Benz-Museum), wie schon gesagt, von Jahr zu Jahr stärkeren Schwankungen unterliegen. Auffallend ist – und das wird schon an der vorstehenden Aufstellung deutlich –, in welchem starkem Ausmaß technische Museen zu den Besucherzahlen in Museen überhaupt und in privaten Museen im besonderen beitragen.

Bezieht man die Besucherzahlen auf die Einwohner, so lagen die Werte je 1000 Einwohner in der oberen und unteren Gruppe der Auswahl-Großstädte für

Frankfurt/Main	bei 4 704
Stuttgart	bei 3 813
München	bei 3 307
Nürnberg	bei 3 263
Mainz	bei 2 428
Hamburg	bei 832
Dortmund	bei 655
Saarbrücken	bei 586
Wiesbaden	bei 358
Duisburg	bei 155

Da für alle 1676 Museen und museumsähnliche Einrichtungen öffentlicher und privater Träger 1985 knapp 62 Millionen Besucher gemeldet worden sind, bedeutet das einen Durchschnittswert von rund 1000 für die vorgenannte Kennzahl,

das heißt, jeder Wert über 1000 signalisiert eine überregionale Bedeutung und überdurchschnittliche Attraktivität. Dies ist natürlich auch im Zusammenhang damit zu sehen, wieviele Gäste eine Stadt anzieht, ob es sich um eine Landeshauptstadt oder eine Universitätsstadt handelt und wie hoch der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung ist sowie von der Größe ihres Umlandinzugsbereiches.

Filmtheater

Das Datenmaterial basiert im wesentlichen auf Erhebungen der Filmförderungsanstalt Berlin sowie auf den von der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) gesammelten Daten. Darüber hinaus im Strukturbericht enthaltene Ausführungen über Kommunale Kinos, die auf einer Umfrage zur Förderung der offenen Kulturarbeit in den Städten durch die Hauptgeschäftsstellen des Deutschen Städtetages aus dem Jahr 1983 basieren, werden hier nicht weiter referiert.

Die Daten über die Kinobesucher sind auf dem Hintergrund zu sehen, daß zu der Konkurrenzsituation in den kulturellen und alternativen Angeboten einer Großstadt noch die generelle Konkurrenz von Fernsehen und Video hinzukommt. Das führt dazu, daß im Durchschnitt der Städte von 50 000 und mehr Einwohnern, die in dem Strukturbericht beleuchtet werden, jährlich nur noch etwa drei Besuche je Einwohner entfallen, wobei die Großstädte zwischen 200 000 und einer Million Einwohnern noch unter diesem Durchschnittswert liegen. Während die Spitzenreiter Heidelberg (mit 6207), Würzburg (mit 5587), Heilbronn (mit 5776) und Freiburg im Breisgau (mit 5587) sind, darunter also drei Universitätsstädte, wird der Durchschnitt von sieben der Auswahl-Großstädte überschritten, und zwar in nachstehender Reihenfolge:

Mainz	mit 5301 Besuchern/1000 E.
Frankfurt/Main	mit 4848 Besuchern/1000 E.
München	mit 4142 Besuchern/1000 E.
Stuttgart	mit 3997 Besuchern/1000 E.
Bonn	mit 3727 Besuchern/1000 E.
Köln	mit 3232 Besuchern/1000 E.
Hannover	mit 3154 Besuchern/1000 E.

Für die übrigen zehn Auswahl-Großstädte (Wiesbaden ist im Quellenwerk nicht ausgewiesen) wurden folgende Besucherzahlen je 1000 Einwohner ermittelt:

Saarbrücken	2933
Hamburg	2912
Düsseldorf	2896
Nürnberg	2873
Berlin (West)	2816
Kiel	2705
Bremen	2056
Essen	1803
Dortmund	1681
Duisburg	1323

Gemessen an den absoluten Besucherzahlen werden die obere und die untere Gruppe aus den Auswahl-Großstädten (ohne Wiesbaden) wie folgt gebildet:

München	5,2 Millionen Besucher
Berlin (West)	5,2 Millionen Besucher
Hamburg	4,6 Millionen Besucher
Köln	3,0 Millionen Besucher
Frankfurt/Main	2,9 Millionen Besucher

Mainz	1,0 Million Besucher
Dortmund	1,0 Million Besucher
Duisburg	0,7 Million Besucher
Kiel	0,7 Million Besucher
Saarbrücken	0,6 Million Besucher

Bibliotheken

Die Angaben basieren auf der vom Deutschen Bibliotheksinstitut herausgegebenen Deutschen Bibliotheksstatistik, und zwar auf den Daten für die öffentlichen Bibliotheken. Die wissenschaftlichen Bibliotheken sind hierin nicht enthalten. Für die Gemeindegröße über 50 000 Einwohner, die die Datenbasis für den Strukturbericht abgibt, sind 218 Bibliotheken/Bibliothekssysteme mit 1385 Einzelbibliotheken einbezogen. Aufnahmekriterien waren, daß die Funktion einer allgemeinen öffentlichen Bibliothek erfüllt und die Bibliothek hauptamtlich mit mindestens einer Halbtagsstelle (20 Wochenstunden) besetzt war. Zu den angebotenen „Medien“ gehören neben den Büchern Karten, Pläne, Noten, Mikromaterialien (Tonträger und Dias), Filme und Videomaterialien und Spiele. Tendenziell besteht eine positive Korrelation sowohl zwischen der Gemeindegröße und dem Medienangebot (Medienbestand je Einwohner) als auch zwischen der Gemeindegröße und der Mediennachfrage (Entleihungen je Einwohner). Für die hier betrachteten Auswahl-Großstädte stellen sich beim Angebot, also bei dem Medienbestand je Einwohner, die Ober- und Untergruppe wie folgt dar:

Hannover	2,95
Saarbrücken	2,59
Berlin (West)	2,51
Bonn	2,28
München	2,24

Hamburg	1,45
Wiesbaden	1,39
Köln	1,35
Mainz	1,23
Dortmund	1,12

Bei den Entleihungen je Einwohner finden sich je drei Großstädte wieder in denselben Extremgruppen sowie eine Großstadt (Saarbrücken) dieses Mal in der unteren anstatt der oberen Gruppe und eine andere Großstadt (Hamburg) in der oberen anstelle der unteren Gruppe:

Hannover	7,71
München	7,26
Berlin (West)	7,21
Hamburg	5,77
Kiel	5,19
Nürnberg	3,72
Saarbrücken	3,49
Wiesbaden	3,32
Mainz	3,25
Köln	2,75

Aus der Division der Nachfrage durch die Angebotskennzahl ergibt sich ein Indikator, der inhaltlich die Annahme des Angebots, betriebswirtschaftlich die Nutzung der im Angebot festgelegten Kapitalien bedeuten kann. Hierfür sehen Ober- und Untergruppe in den Auswahl-Großstädten wie folgt aus:

Hamburg	3,98
München	3,24
Kiel	3,07
Düsseldorf	3,07
Berlin (West)	2,87

Bremen	2,29
Bonn	2,06
Köln	2,04
Nürnberg	1,82
Saarbrücken	1,35

Bei einer Typisierung nach Angebot, Nachfrage und Nutzung, gemessen am Durchschnitt aller Städte über 50 000 Einwohner, ergeben sich überdurchschnittliche Werte bei allen drei Kennziffern für Berlin (West), München, Frankfurt/Main und Hannover, unterdurchschnittliche Werte bei allen drei Indikatoren für Köln, Dortmund und Wiesbaden. Hamburg liegt mit überdurchschnittlicher Nachfrage und Nutzung bei unterdurchschnittlichem Angebot in einer Gruppe mit Essen, Düsseldorf und Kiel.

Das Gewicht, das dem Bibliothekswesen in den Gemeinden zukommt, zeigt sich unter anderem an den kommunalen Ausgaben dafür je Einwohner. Bei einem Maximum von 60,61 DM in Aalen ergeben sich für die Auswahl-Großstädte folgende Ober- und Untergruppe:

Duisburg	35,32 DM je Einwohner
München	34,65 DM je Einwohner
Hannover	31,31 DM je Einwohner
Frankfurt/Main	26,50 DM je Einwohner
Kiel	25,39 DM je Einwohner

Nürnberg	16,83 DM je Einwohner
Bonn	16,77 DM je Einwohner
Dortmund	12,96 DM je Einwohner
Mainz	12,77 DM je Einwohner
Wiesbaden	11,21 DM je Einwohner

In diesen Beträgen stecken neben den Anschaffungskosten für neue Medien einschließlich Ersatzbeschaffungen natürlich vor allem auch Personalkosten.

Man kann sie näherungsweise als Serviceleistungen der Bibliotheken verstehen und in diesem Sinne den Indikator „Ausgaben für Bibliothekspersonal in DM je Einwohner“ interpretieren (denkbar wäre auch, den Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben – und analog zuvor den Anteil der Bibliotheksausgaben am Gesamthaushalt – zu betrachten). Die Ober- und Untergruppe bei den Auswahl-Großstädten liegt für die Personalausgaben für Bibliotheken je Einwohner bei:

Hannover	23,77 DM je Einwohner
Duisburg	22,05 DM je Einwohner
Berlin (West)	20,48 DM je Einwohner
Bremen	18,75 DM je Einwohner
Kiel	17,72 DM je Einwohner

Köln	11,75 DM je Einwohner
Bonn	11,04 DM je Einwohner
Dortmund	10,13 DM je Einwohner
Wiesbaden	8,56 DM je Einwohner
Mainz	8,49 DM je Einwohner

Kommunalarchive

Das zunehmende Interesse einer breiten Öffentlichkeit an zeitgeschichtlichen Themen hat seit etwa einem Jahrzehnt zu einem Ausbau der Kommunalarchive geführt, über dessen Ergebnis eine Umfrage durch die Stadt Bochum bei den 505 Städten mit 20 000 und mehr Einwohnern Vergleichsdaten erbrachte. In den Auswahl-Großstädten erscheint Bremen mit einem Punkt, weil es an der Umfrage nicht teilnahm.

Es ist zu vermuten, daß Aktenbestand nicht gleich Aktenbestand ist, die Zahlen über den Aktenbestand in laufenden Metern und die Magazinfläche in Quadratmetern sind jedoch beeindruckend, zumal, wenn man sich die Arbeit bei der Sichtung und Auswahl des Materials, bei seiner Katalogisierung und Verwaltung und schließlich bei seiner Präsentation und Auswertung vor Augen hält. Bei den Auswahl-Großstädten weisen die Ober- und Untergruppe an Aktenbestand in laufenden Metern folgende Werte aus:

Hamburg	30 000 laufende Meter
Köln	26 000 laufende Meter
Frankfurt/Main	20 000 laufende Meter
München	18 000 laufende Meter
Essen	11 000 laufende Meter

Mainz	3 500 laufende Meter
Dortmund	2 500 laufende Meter
Saarbrücken	2 400 laufende Meter
Wiesbaden	2 200 laufende Meter
Kiel	1 100 laufende Meter

und an Magazinfläche in Quadratmetern

Köln	5 700 Quadratmeter
Frankfurt/Main	5 000 Quadratmeter
München	5 000 Quadratmeter
Hamburg	4 700 Quadratmeter
Stuttgart	4 700 Quadratmeter

Mainz	1 000 Quadratmeter
Dortmund	900 Quadratmeter
Wiesbaden	400 Quadratmeter
Kiel	400 Quadratmeter
Saarbrücken	200 Quadratmeter

Kulturausgaben

Der Abschnitt über die Kulturausgaben klammert die Daten der Stadtstaaten korrekterweise aus, weil diese neben den typisch kommunalen Kulturaufgaben auch solche wahrnehmen, die gesetzlich nur den Ländern obliegen. Die Daten für die Stadtstaaten werden im Strukturbericht jedoch jeweils nach den tabellarischen Auflistungen nachrichtlich aufgeführt. Die in **A n h a n g t a b e l l e 6** gebrachten Daten für die Auswahl-Großstädte zeigen allerdings, daß die Kommunalausgaben zumindest für die Landeshauptstädte deutlich zu niedrig liegen, weil der Staat, das heißt, das jeweilige Land, in diesen Fällen zweifellos einen Teil der Aufgaben mit übernimmt beziehungsweise einen Teil der Ausgaben finanziert. Dieser Anteil ist mit einem Korrekturfaktor, wie er sich aus den Daten über den öffentlichen Gesamthaushalt ergibt, gerade für die Landeshauptstädte sicher noch nicht hinreichend abgedeckt, aber er kann doch Hinweise auf Größenordnungen geben.

Für den Bereich „Theater, Konzerte und Musikpflege“, der als Teilbereich vergleichbar abgegrenzt erscheint, sei im folgenden diese Korrekturrechnung ergänzend zum Strukturbericht einmal durchgeführt:

reicht, bei 1,00 für die Stadtstaaten. Verbunden damit sind Verschiebungen in den Rangfolgen, die nur Frankfurt/Main und Bonn in der Obergruppe und Essen und Duisburg in der Untergruppe belasten würden. Diese Zahlen sind nicht als tatsächliche Werte zu betrachten, sondern als Modellgrößen zur Beleuchtung und Konkretisierung des Problems. Danach ergibt sich für die Obergruppe an DM je Einwohner für Ausgaben im Theater- und Musikbereich:

vor Korrektur		nach Korrektur	
Bonn	246	Frankfurt/Main	288
Frankfurt/Main	202	Bonn	270
Düsseldorf	143	Nürnberg	203
Köln	133	Kiel	195
Berlin (West)	124	Stuttgart	180

Bei den Landeshauptstädten ist vermutlich eher mit einem noch höheren Korrekturfaktor zu rechnen. Für die Untergruppe stellt sich das Ergebnis wie folgt dar:

vor Korrektur		nach Korrektur	
München	72	Dortmund	88
Duisburg	71	Hamburg	86
Wiesbaden	64	Bremen	80
Essen	63	Duisburg	78
Hannover	60	Essen	69

Diese Hinweise mögen genügen, um die Schwierigkeiten in der Darstellung und Interpretation der Kulturausgaben und ihrer Ergänzungsnotwendigkeit aufzuzeigen. Das bedeutet selbstverständlich keine Schmälerung der Bedeutung die-

Tabelle 2 **Laufende Ausgaben für Theater, Konzerte und Musikpflege 1985 in DM je Einwohner (gerundet)**

Stadt	Ausgaben gemäß Tabelle 6	Korrekturfaktor 1)	Rechnerische Ausgaben (Sp.1 x Sp.2)
	1	2	3
Berlin (West)	124	-	124
Hamburg	86	-	86
München	72	1,85	134
Düsseldorf	143	1,10	157
Stuttgart	118	1,53	180
Bremen	80	-	80
Hannover	60	1,82	109
Köln	133	1,10	146
Essen	63	1,10	69
Frankfurt/Main	202	1,42	288
Dortmund	80	1,10	88
Duisburg	71	1,10	78
Nürnberg	110	1,85	203
Bonn	246	1,10	270
Wiesbaden	64	1,42	91
Kiel	119	1,64	195
Saarbrücken	77	1,86	144
Mainz	110	1,47	161

1) Nettoausgaben gemäß Rechnungsergebnissen für den öffentlichen Gesamthaushalt: Staat insgesamt geteilt durch Gemeinden/Gemeindeverbände.

Es ergibt sich eine Niveaushiftung, die von 1,85 für die bayerischen bis 1,10 für die nordrhein-westfälischen Städte

ser Zusammenstellung und ihrer Aussagekraft für die kommunalen Haushalte selbst. Jürgen Weißker

Anhangtabelle 1 **Ausgewählte Daten über öffentliche Theater in der Spielzeit 1984/85 in ausgewählten Großstädten**

Stadt	Veranstaltungen je 10 000 Einwohner	Premieren je 10 000 Einwohner	Einspiel- ergebnis 1)	Betriebs- zuschuß je Besucher in DM
Berlin (West)	6,4	0,16	18,2	113,17
Hamburg	7,6	0,21	26,2	100,14
München	14,5	0,40	25,2	91,35
Düsseldorf	18,3	2) 0,42	3) 23,0	4) 92,07
Stuttgart	8,7	0,52	11,6	159,71
Bremen	8,9	0,40	14,0	111,56
Hannover	14,6	0,74	12,8	5) 80,56
Köln	6,8	0,22	17,8	129,92
Essen	7,9	0,43	8,2	158,79
Frankfurt/Main	11,9	0,40	10,4	171,53
Dortmund	10,0	0,38	11,1	118,65
Duisburg	5,0	6) .	7) 14,9	6) .
Nürnberg	13,2	0,49	9,1	120,46
Bonn	14,3	0,89	10,0	191,75
Wiesbaden	22,2	0,94	13,9	101,15
Kiel	23,2	1,47	17,2	76,52
Saarbrücken	28,9	1,87	14,9	90,19
Mainz	20,8	1,33	18,9	67,50

- 1) Betriebseinnahmen in Prozent der Betriebsausgaben.
- 2) Deutsche Oper am Rhein, Düsseldorf/Duisburg und Düsseldorfer Schauspielhaus.
- 3) Nur Düsseldorfer Schauspielhaus.
- 4) einschließlich Duisburg.
- 5) Wegen Umbaus Angaben für die Spielzeit 1983/84.
- 6) siehe Düsseldorf.
- 7) Deutsche Oper am Rhein, Düsseldorf und Stadttheater Duisburg.

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

Anhangtabelle 2 **Ausgewählte Daten über Museen in ausgewählten Großstädten 1985**

Stadt	Museumsbesucher			Ausgaben kommunaler Museen für Sammlungsgegenstände in DM je Einwohner
	in Tsd.	je 1000 Einwohner	darunter in privaten Museen und museums-ähnlichen Einrichtungen	
Berlin (West)	3 998,2	2 158	473 827	.
Hamburg	1 318,8	832	416 267	.
München	4 186,3	3 307	566 955	1,10
Düsseldorf	1 250,7	2 221	635 869	1,47
Stuttgart	2 139,8	3 813	1) (115 064)	2) 2,86
Bremen	466,9	883	142 800	0,19
Hannover	731,3	1 432	102 200	2) 0,78
Köln	1 423,5	1 548	.	0,65
Essen	529,9	852	210 340	2) 0,54
Frankfurt/Main	2 813,1	4 704	1 044 325	2) 1,61
Dortmund	376,7	655	.	0,24
Duisburg	80,8	155	.	0,36
Nürnberg	1 521,0	3 263	.	0,79
Bonn	439,8	1 503	114 102	1,04
Wiesbaden	95,6	358	.	.
Kiel	472,0	1 924	284 024	0,31
Saarbrücken	109,9	586	.	.
Mainz	456,8	2 428	.	0,50

- 1) Wegen der zehnmonatigen Schließung des besucherstärksten privaten Museums in Stuttgart, des Daimler-Benz-Museums im Jahre 1985 wegen Umbau, sind die für Stuttgart ausgewiesenen Werte nicht repräsentativ.
- 2) einschließlich kommunaler Ausgaben (für Sammlungsgegenstände) für Museen in kommunaler Mitträgerschaft (kommunale Zuschüsse an andere Museen sind nicht erfaßt).

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

Anhangtabelle 3 **Ausgewählte Daten über Filmtheater in ausgewählten Großstädten 1985**

Stadt	Filmbesucher		Besucher in kommunalen Filmtheaterveranstaltungen in Tsd.
	in Tsd.	je 1000 Einwohner	
Berlin (West)	5 217,8	2 816	50,8
Hamburg	4 618,7	2 912	77,6
München	5 243,6	4 142	105,0
Düsseldorf	1 630,6	2 896	.
Stuttgart	2 243,3	3 997	83,0
Bremen	1 087,2	2 056	20,0
Hannover	1 610,8	3 154	39,5
Köln	2 970,9	3 232	68,0
Essen	1 121,5	1 803	2,1
Frankfurt/Main	2 899,5	4 848	55,0
Dortmund	966,8	1 681	7,0
Duisburg	688,2	1 323	12,0
Nürnberg	1 339,3	2 873	.
Bonn	1 090,3	3 727	.
Wiesbaden	.	.	0,8
Kiel	663,5	2 705	43,2
Saarbrücken	550,2	2 933	102,6
Mainz	997,7	5 301	.

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

Anhangtabelle 4 **Ausgewählte Daten über Bibliotheken in ausgewählten Großstädten 1985**

Stadt	Medienbestand	Entleihungen	Ausgaben für Bibliotheken	darunter für Personal
			je Einwohner	
Berlin (West)	2,51	7,21	25,02	20,48
Hamburg	1,45	5,77	24,58	15,94
München	2,24	7,26	34,65	17,24
Düsseldorf	1,58	4,85	22,23	16,17
Stuttgart	1,95	4,68	22,00	14,19
Bremen	1,92	4,40	23,03	18,75
Hannover	2,95	7,71	31,31	23,77
Köln	1,35	2,75	18,23	11,75
Essen	1,72	4,50	19,46	15,41
Frankfurt/Main	1,84	4,69	26,50	14,91
Dortmund	1,72	4,17	12,96	10,13
Duisburg	2,00	4,86	35,32	22,05
Nürnberg	2,04	3,72	16,83	12,01
Bonn	2,28	4,70	16,77	11,04
Wiesbaden	1,39	3,32	11,21	8,56
Kiel	1,69	5,19	25,39	17,72
Saarbrücken	2,59	3,49	18,80	14,00
Mainz	1,23	3,25	12,77	8,49

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

Anhangtabelle 5 **Ausgewählte Daten über
Kommunalarchive in ausgewählten
Großstädten 1985**

Stadt	Akten- bestand in lfd. Meter	Magazin- fläche in m ²	Anteil der Archive am städtischen Verwaltungs- haushalt in ‰
Berlin (West)	8 012	3 000	1,7
Hamburg	30 000	4 694	3,3
München	18 000	5 000	5,3
Düsseldorf	7 200	2 800	2,7
Stuttgart	7 000	4 700	.
Bremen	.	.	.
Hannover	4 200	1 000	3,7
Köln	26 000	5 719	12,5
Essen	11 000	2 800	6,1
Frankfurt/Main	20 000	5 000	8,7
Dortmund	2 500	880	9,2
Duisburg	9 000	2 780	8,0
Nürnberg	8 050	1 666	9,2
Bonn	5 600	2 270	15,3
Wiesbaden	2 200	400	.
Kiel	1 078	382	6,3
Saarbrücken	2 400	180	7,5
Mainz	3 500	1 000	12,4

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und
Bildung, Nürnberg 1987

Anhangtabelle 6 **Ausgewählte Daten über Kulturausgaben in ausgewählten
Großstädten 1985**

Stadt	Lfd. Kultur- ausgaben in DM je Einwohner	darunter für		Anteil der lfd. Kultur- ausgaben an den Verwaltungs- ausgaben in %	Verände- rung der lfd. Kultur- ausgaben 1985 zu 1975 1975 $\hat{=}$ 100
		Theater, Konzerte und Musik- pflege	Museen 1)		
Berlin (West)	1 541,65	124,48	20,74	16,4	214,5
Hamburg	643,53	86,16	18,19	10,6	601,7
München	152,05	72,46	14,71	4,1	301,5
Düsseldorf	235,84	142,69	34,74	6,1	193,2
Stuttgart	176,21	117,56	8,88	4,0	252,3
Bremen	218,15	80,29	19,42	3,0	148,1
Hannover	150,57	59,79	17,96	3,9	142,9
Köln	229,24	132,77	52,28	7,6	167,1
Essen	119,36	62,97	15,26	4,3	167,8
Frankfurt/Main	493,11	202,31	98,01	10,2	163,1
Dortmund	133,37	79,82	16,02	4,5	167,6
Duisburg	146,13	71,26	14,05	4,8	159,5
Nürnberg	223,14	110,07	34,98	6,7	189,0
Bonn	300,97	245,95	12,91	10,2	205,2
Wiesbaden	81,57	63,67	.	2,8	155,7
Kiel	185,09	118,81	5,44	7,2	253,4
Saarbrücken	126,20	77,36	21,67	3,7	218,0
Mainz	177,56	109,76	25,59	6,6	184,2

1) einschließlich wissenschaftliche Museen.

Quelle: VDSt: Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung, Nürnberg 1987

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Hamburg 1988

1630 (gut drei Prozent) der rund 50 000 Haushalte, die im Jahr 1988 im gesamten Bundesgebiet freiwillig über ihre Einkommensarten und Verbrauchsgewohnheiten Auskunft geben werden, stammen aus Hamburg. Das sind etwas mehr als 0,2 Prozent aller Hamburger Haushalte. Der gegenüber dem Bundesdurchschnitt geringfügig höhere Anteil von teilnehmenden Haushalten ist – wie auch bei anderen bundesweiten Stichprobenerhebungen – erforderlich, damit trotz der in kleineren Bundesländern geringeren Zahl von Haushalten auch für sie die verschiedenen Einkommensquellen und Verbrauchszwecke repräsentativ nachgewiesen werden können. Die Haushalte waren so auszuwählen, daß sie in ihrer Gesamtheit der Zusam-

Tabelle 1 Erhebungssoll der Haushalte in Hamburg nach sozialer Stellung und Personenzahl für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988

Soziale Stellung der Bezugsperson	Haushalte mit ... Personen	Haushalte zusammen
Selbständige, Mithelfende	1 2	32 36
Familienangehörige	3 4	20 21
	5 und mehr	9
	Zusammen	118
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Soldaten	1 2 3 4	43 44 38 32
	5 und mehr	13
	Zusammen	170
Angestellte, Kaufmännisch-technisch Auszubildende	1 2 3 4	207 154 103 68
	5 und mehr	20
	Zusammen	552
Arbeiter/-innen, Gewerblich Auszubildende	1 2 3 4	69 85 63 39
	5 und mehr	11
	Zusammen	267
Erwerbstätige zusammen	1 2 3 4 5 und mehr	351 319 224 160 53
	Zusammen	1 107
Nichterwerbstätige, Arbeitslose	1 2 3 4 5 und mehr	286 171 44 17 5
	Zusammen	523
Insgesamt	1 2 3 4 5 und mehr	637 490 268 177 58
	Insgesamt	1 630

mensetzung der Hamburger Haushalte entsprechen. Dabei gibt es insofern stets gewisse Probleme, weil sich Angestellte und Beamte sowie Haushalte mit mittlerem bis höherem Einkommen relativ häufiger bereitfinden, die Anschreibungen ein ganzes Jahr lang durchzuführen.

wesentlich die Haushaltsstrukturen der Hansestadt, die Einkommenssituation und das Verbrauchsgebaren beeinflussen.

Nicht berücksichtigt wurden in Hamburg wegen ihrer zahlenmäßig geringen Be-

Tabelle 2 Erhebungssoll der Haushalte in Hamburg nach Einkommensgrößenklassen und Personenzahl für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988

Haushalte mit ... Personen	Haushalte zusammen	darunter mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen							Sonstige
		von ... bis unter ... DM							
		unter 1 000	1 000 bis 1 600	1 600 bis 2 200	2 200 bis 3 000	3 000 bis 4 000	4 000 bis 5 000	5 000 und mehr	
1	637	99	199	193	75	35	11	9	16
2	490	14	39	99	133	106	49	39	11
3	268	3	14	34	68	74	35	31	9
4	177	1	6	17	40	45	29	30	9
5 und mehr	58	0	2	5	8	10	14	14	5
Insgesamt	1 630	117	260	348	324	270	138	123	50

In Hamburg haben sich insgesamt 5500 Haushalte spontan bereit erklärt, an der statistischen Erhebung teilzunehmen und Haushaltsbücher zu führen sowie Auskunft über die Ausstattung des Haushalts mit langlebigen Gebrauchsgütern, über Vermögen und Schuldenstand zu geben. Die Haushalte, die trotz ihrer Bereitschaft nicht in den Auswahlplan übernommen werden konnten – etwa 3800 mußten eine Absage erhalten – waren vor allem Familien von Angestellten mit Kindern sowie Rentnerhaushalte mit mittlerem Einkommen; hier hatte es also eine Überzeichnung gegeben.

deutung Haushalte, die ihre überwiegenden Einkommen aus der Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebs bezogen.

Wie die Verteilung zeigt, bestreiten zwei Drittel der buchführenden Haushalte ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit, ein Drittel ist nicht erwerbstätig oder arbeitslos. Von den Haushalten mit Erwerbstätigen wiederum steht in der Hälfte der Fälle die Bezugsperson im Angestellten-, knapp ein Viertel im Arbeiter-, ein Siebtel im Beamtenverhältnis, und ein Zehntel hat sich als selbständig oder als mithelfendes Familienmitglied bezeichnet.

Unterrepräsentiert ist im wesentlichen nur die Gruppe von Haushalten mit einem Nettoeinkommen von weniger als 1000 DM geblieben. Das mag daran liegen, daß – zumindest bei Haushalten mit Erwerbstätigen – so geringe Einkünfte nicht mehr vorkommen. Auch könnte die Auffassung – zum Beispiel bei Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen – bestehen, daß bei so kleinen Einkünften eine Haushaltsbuchführung für statistische Zwecke nicht von Interesse ist.

Nach den eigenen Angaben liegt das Haushaltsnettoeinkommen bei mehr als einem Fünftel der Haushalte unter 1600 DM. Jeweils jeder fünfte Haushalt hat ein Einkommen zwischen 1600 DM und 2200 DM beziehungsweise zwischen 2200 DM und 3000 DM angegeben. Etwa ein Drittel der Haushalte verfügt über mehr als 3000 DM im Monat.

Erstmals sind auch in Hamburg 70 Ausländerhaushalte in die Erhebung einbezogen worden, da sie seit vielen Jahren

Über das Konzept der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 informiert der folgende Abdruck des Beitrags von Manfred Euler aus „Wirtschaft und Statistik“, Heft 8.1987. Jens Gerhardt

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988*)

Vorbemerkung

Die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte sind für das wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland ein entscheidender Faktor. 1986 entfielen über 1000 Milliarden DM, das ist mehr als die Hälfte des Bruttonationalprodukts, auf den Privaten Verbrauch, also auf die Käufe und bestimmte unterstellte Käufe von Waren und Dienstleistungen durch private Haushalte und (die ihnen zugeordneten) Organisationen ohne Erwerbszweck (zum Beispiel Kirchen, Gewerkschaften und ähnliche¹⁾). Trotz dieses gewaltigen Wirtschaftspotentials ist über Einkommenserzielung, -verteilung und -verwendung der privaten Haushalte verhältnismäßig wenig bekannt. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen bisher den Privaten Verbrauch der privaten Haushalte im Inland nur in grober Untergliederung nach Lieferbereichen und nach Gütergruppen nach; erst vor kurzem sind – ähnlich wie auf der Einkommenseite²⁾ – Ansätze für eine Darstellung der Verwendungsseite nach Haushaltsgruppen entwickelt worden³⁾.

In der amtlichen Statistik befassen sich zahllose Statistiken mit der Produktion, Einfuhr, Ausfuhr und Verteilung von Gütern; über das Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte geben nur zwei Statistiken Auskunft: die sogenannten „laufenden“ Wirtschaftsrechnungen und die Einkommens- und Verbrauchsstichproben. Die laufenden Wirtschaftsrechnungen – so benannt, weil sie seit 1949 jährlich durchgeführt werden – sind auf die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben dreier ausgewählter Haushaltsgruppen beschränkt. Sie geben einen guten Überblick über die zeitlichen Veränderungen in der Ausgabenstruktur homogener Haushalte, aber ihre Ergebnisse sind nicht für die Gesamtheit der privaten Haushalte repräsentativ. Deshalb wurde Anfang der sechziger Jahre mit den Vorbereitungen für eine alle Haushalte umschließende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe begonnen, und 1962/63 fand die erste Erhebung dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland statt. Ihr folgten 1969,

1973, 1978 und 1983 vier weitere. Für 1988 wird die neue Stichprobe vorbereitet, über die hier berichtet werden soll.

Zur Geschichte der Wirtschaftsrechnungen in Deutschland⁴⁾

Die Analyse des Verbrauchsverhaltens privater Haushalte durch Auswertung von Haushaltsbüchern und anderen Quellen blickt in Deutschland auf eine lange Tradition zurück. Bereits im Jahr 1857 hat der Direktor des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus in Dresden, Ernst Engel, aufgrund von Untersuchungen der Haushaltsbudgets belgischer Industriearbeiter das nach ihm benannte, in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft auch heute noch im wesentlichen unbestrittene „Gesetz“ entdeckt, daß der Anteil der Ernährungsausgaben an den vorhandenen Einkommen um so höher ist, je ärmer ein Haushalt ist, und daß die Höhe dieses Anteils als Maßstab für die finanzielle Leistungsfähigkeit eines einzelnen Haushalts, aber auch von Haushaltsgruppen oder sogar von Völkern herangezogen werden kann. Die Untersuchung der Lebensverhältnisse von Haushalten und Personen der unteren und untersten Einkommensgruppen stand ohnehin am Anfang der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Wirtschaftsrechnungen; diese Beschränkung entsprach nicht nur den meist sozialpflegerischen Motiven der Wissenschaftler, sondern kam ihnen – in der Regel – bescheidenen Mitteln insofern entgegen, als angesichts des geringen finanziellen Spielraums wirtschaftlich schlecht gestellter Familien die Beobachtung einiger weniger „typischer“ Fälle ausreichte. Auch die erste größere Erhebung des Statistischen Reichsamtes im Jahr 1907 war auf minderbemittelte Familien beschränkt. Erst bei weiteren Erhebungen in den Jahren 1927 und 1937 wurden auch Familien mit mittleren und höheren Einkommen einbezogen; dazu war nicht nur eine Erhöhung des Stichprobenumfanges erforderlich, sondern auch eine Verbesserung und Erweiterung des statistischen Instrumen-

tariums. So mußten zum Beispiel Methoden für die Berechnung des Wohnens im eigenen Haus und für die Entnahmen aus dem eigenen Garten beziehungsweise der Kleintierhaltung entwickelt werden.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs wurden neben den bereits erwähnten laufenden Wirtschaftsrechnungen zwischen 1949 und 1962 nur Strukturhebungen bei ausgewählten Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Landwirten, Landarbeitern, Arbeitern im Bergbau) in größeren zeitlichen Abständen durchgeführt. Unabhängig von allen methodischen Problemen darf nicht übersehen werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland erst Ende der 50er Jahre die erforderlichen technischen Voraussetzungen für größere Stichprobenhebungen durch Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung gegeben waren, ohne die das umfangreiche Material kaum hätte verarbeitet werden können. Mit den Plänen für den Mikrozensus sind zudem 1957 erstmals moderne Stichprobenverfahren für die amtliche Sozialstatistik nutzbar gemacht worden⁵⁾.

Erhebungsziele

In einer modernen, weitgehend auf individuelle Wünsche und Bedürfnisse ausgerichteten Volkswirtschaft, die den Anspruch erhebt, den sozialen Belangen der Bevölkerung verpflichtet zu sein, sind zuverlässige Informationen über die Einkommenserzielung, -verteilung und -verwendung in den verschiedenen Gruppen dieser Bevölkerung für Politiker, Verwaltung, Unternehmen, Wissenschaftler und Vertreter von Organisationen, Verbänden und ähnlichem unentbehrlich. Nur durch unmittelbare Erhebungen bei den Haushalten lassen sich die Auswirkungen bestimmter wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Maßnahmen im voraus abschätzen und nachträglich kontrollieren. In der amtlichen Statistik ist es zum Beispiel nur anhand der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben möglich festzustellen, ob und in welchem Umfang sich staatliche Transferzahlungen bei Personen und bei Haushalten kumulieren, ob und in welchem Umfang Empfänger von Arbeitslosenhilfe beziehungsweise -geld oder von Sozialhilfe auch Wohn- und Kindergeld beziehen und ob und in welchem Umfang Leistungen der gesetzlichen Rentenversiche-

¹⁾ Lützel, H. und Mitarbeiter: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1986“. In: *Wirtschaft und Statistik* 3/1987, S. 169 ff.

²⁾ Richter, H.-W. und Hartmann, N.: „Nachweis der Verteilung und Verwendung der Einkommen nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1975“. In: *Wirtschaft und Statistik* 6/1977, S. 353 ff.; Schüler, K.: „Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen“. In: *Wirtschaft und Statistik* 7/1984, S. 561 ff.

³⁾ Schüler, K.: „Einkommensverwendung nach Haushaltsgruppen“. In: *Allgemeines Statistisches Archiv* 2/1986, S. 204 ff.

⁴⁾ Einen guten Überblick über die Anfänge der Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vermittelt Albrecht, G.: „Haushaltsstatistik – Eine literarisch-historische und methodologische Untersuchung“, Berlin, 1912. Über die Neuzeit informieren das Heft 6 der Fachserie M, Reihe 18, „Aufgabe, Methode und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63“, Abschnitte I bis III, und in der Fachserie 15 „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978“ das Heft 7 „Aufgabe, Methode und Durchführung“, Abschnitte 1 und 2.

⁵⁾ Herberger, L.: „Der Mikrozensus als neues Instrument zur Erfassung sozialökonomischer Tatbestände“. In: *Wirtschaft und Statistik* 4/1957, S. 209 ff.

*) Auszug aus: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 8/1987.

zung durch Einkommensübertragungen von Privatpersonen (zum Beispiel Unterhaltszahlungen) oder von Unternehmen (Betriebsrenten, Renten von Lebensversicherungsunternehmen) ergänzt oder ersetzt werden. Auch bei der Planung neuer Gesetze oder von Gesetzesänderungen bezüglich staatlicher Transfers, in denen der Bezieherkreis an bestimmte, auf Personen- oder Haushaltseinkommen bezogene Einkommensgrenzen gebunden ist (zum Beispiel Kindergeld für das zweite Kind, Arbeitnehmersparzulage, BAföG), wird häufig – je nach Definition des vorgesehenen Einkommensbegriffs – auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zurückgegriffen, um den Umfang der bereitzustellenden öffentlichen Mittel wenigstens größenordnungsmäßig abschätzen zu können.

Für Unternehmen ist neben der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen nach sozio-demographischen Gruppen, die Aufschluß über Zahl und Art potentieller Konsumenten gibt, nicht nur die Struktur der Ausgaben für den Privaten Verbrauch von Interesse, sondern auch die Klärung der Frage, ob es sich – insbesondere bei Käufen von langlebigen Gebrauchsgütern – um Neuanschaffungen oder Ersatzkäufe handelt; hier sind die Angaben über Zahl und Art der im Haushalt vorhandenen Güter und Geräte von besonderem Interesse und Wert.

Für die Wissenschaft dürfte insbesondere die mögliche Verknüpfung von Sachaussagen mit sozio-ökonomischen Merkmalen von Haushalten und Personen von Bedeutung sein. Die – an vergleichbaren Erhebungen gemessen – relativ hohe Zahl von Erhebungseinheiten (circa 40 000 bis 50 000 Haushalte) erlaubt eine Vielzahl von Merkmalskombinationen und Untergliederungen; allerdings sind hierfür in der Regel Sonderauswertungen erforderlich.

Schließlich sollen die Ergebnisse von Einkommens- und Verbrauchsstichproben den beteiligten Haushalten, aber auch den übrigen Haushalten und den für sie tätigen Verbänden und Organisationen die Möglichkeit geben, durch Vergleich der Ergebnisse von Budgets unterschiedlicher Haushaltgruppen Faktoren der Verbrauchs- und Sparscheidungen zu erkennen, Abweichungen vom Normalverhalten festzustellen und Hinweise auf einen möglichen Änderungsbedarf des ökonomischen Verhaltens zu bekommen. Je differenzierter die Ergebnisse sind, desto sinnvoller können sie zum Beispiel für Zwecke der Verbraucherberatung und -forschung genutzt werden.

Erhebungsmerkmale, -kreis und -umfang

Die in Einkommens- und Verbrauchsstichproben zu erhebenden Merkmale sind durch § 2 des Gesetzes über die

Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961, Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 18, wie folgt festgelegt:

1. die Einnahmen der Haushalte nach Quellen,
2. die Verwendung der Einnahmen für
 - den Privaten Verbrauch (nach Art, Menge und Betrag),
 - Steuern und Abgaben,
 - Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen,
 - Rückzahlungen von Schulden,
 - Vermögensbildung,
 - sonstige Zwecke.
3. Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie über die Ausrüstung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern, soweit diese Angaben für die statistische Zuordnung der Haushalte und für die Darstellung der Ergebnisse erforderlich sind.

Dieser Gesetzestext, der vor mehr als 25 Jahren die einstimmige Zustimmung von Bundestag und -rat fand, unterscheidet sich vor allem durch die in Punkt 3 gegebenen auslegungsfähigen Formulierungen erheblich von den sehr präzisen und ins Detail gehenden neuen gesetzlichen Vorschriften, wie sie durch das Volkszählungsgesetz 1987 vom 8. November 1985 beispielhaft dokumentiert sind. Die flexible Gesetzesformulierung ermöglichte es, in den Einkommens- und Verbrauchsstichproben durch Verschiebung von Schwerpunkten bei der Erfassung und Aufbereitung der Ergebnisse Material für die Analyse von Problemen, die im Jahr 1961 nicht oder nicht in dieser Form bestanden, mit geringen Zusatzkosten bereitzustellen, und zwar ohne sonst erforderliche Gesetzesänderungen.

Als Musterbeispiel hierfür können die umfangreichen Informationen über staatliche Transferleistungen und deren Kumulation angesehen werden, die erstmals bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und die Transfer-Enquête-Kommission bereitgestellt werden konnten⁶⁾. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Haushalte auf freiwilliger Grundlage an den Stichproben teilnehmen. Trotzdem sollten die juristischen, finanziellen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, die mit auch nur geringfügigen Änderungen des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms verbunden sind, nicht unterschätzt werden.

⁶⁾ Euler, M.: „Haushalte mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen 1978“. In: *Wirtschaft und Statistik* 8/1981, S. 563 ff., und „Personen mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen“. In: *Wirtschaft und Statistik* 9/1981, S. 640 ff.; ferner Fachserie 15 „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978“, Heft 6 „Einkommensverteilung und Einkommensbezieher in privaten Haushalten“ sowie Band 2 der Schriften zum Bericht der Transfer-Enquête-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“, Teilband 1 „Personen mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen“ und Teilband 2 „Haushalte mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen“, Stuttgart, 1983.

Auf der anderen Seite ist die Erhebung von Tatbeständen unabdingbar, die erforderlich sind, um bestimmte Einnahmen- oder Ausgabenpositionen entweder überhaupt oder mit der erforderlichen Genauigkeit und Zuverlässigkeit berechnen zu können. Musterbeispiel hierfür sind Angaben über Größe, Ausstattung und Baualter der Wohnungen. Nur mit deren Hilfe ist es möglich, nach einheitlichen Gesichtspunkten einen Gegenwert für das Wohnen im eigenen Haus zu berechnen. Die Berechnung eines solchen Mietwertes ist aber zwingend notwendig, um die Ausgabenstrukturen von Eigentümer- und Mieterhaushalten überhaupt miteinander vergleichen zu können. Für die Berechnung der Einkommen aus Kapitalvermögen ist die Erhebung der Vermögensbestände deshalb unverzichtbar, weil derartige Einkommen in der Regel unbar sind, sich also lediglich in einer Erhöhung der vorhandenen Bestände niederschlagen und deshalb von den Haushalten meist bei den Eintragungen in Haushaltsbüchern nicht berücksichtigt werden. Die gezahlten Zinsen beeinflussen aber vor allem bei Sparguthaben die Veränderung der Bestände in erheblichem Umfang. So stiegen 1983 die Sparguthaben privater Haushalte von Jahresbeginn bis zum Jahresende von 524 Milliarden DM auf 555 Milliarden DM, also um rund 31 Milliarden DM; davon machten die für 1983 gezahlten Zinsen für Sparguthaben allein 21 Milliarden DM aus⁷⁾.

Lücken ergeben sich auch häufig bei der Anschreibung der Kosten von Urlaubs- und Erholungsreisen. Bei der ersten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 waren für die Anschreibungen im Urlaub eigene kleinformale Anschreibungsbücher entwickelt worden, die die Haushalte während des Urlaubs mit sich führen sollten⁸⁾. Von diesen Büchern wurde aber nur selten Gebrauch gemacht. Auch heute noch sind eine exakte Feststellung oder auch nur fundierte Schätzungen der Kosten von Urlaubs- und Erholungsreisen, insbesondere von Individualreisen ohne Einschaltung von Reiseveranstaltern, für die meisten Haushalte eine schwierige Aufgabe. Deshalb müssen Hilfsmerkmale über Zahl und Art der an der Reise beteiligten Haushaltsmitglieder, Dauer, Art und Ziel der Reise, benutzte Verkehrsmittel sowie Art der Unterkunft erhoben werden, um fehlende Reisekosten schätzen und nachgewiesene Reisekosten auf ihre Plausibilität überprüfen zu können. Beides ist notwendig, weil die Reisekosten in vielen Haushalten einen beträchtlichen Teil der verfügbaren finanziellen Mittel beanspruchen. Die Erhebungsunterlagen gehen zudem bei den Statistischen Ämtern häufig so lange nach Abschluß der Reise ein, daß Rückfragen

⁷⁾ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1987, Tabelle 21b, S. 42*.

⁸⁾ Heft 6 der Fachserie M, Reihe 18, „Aufgabe, Methode und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63“, S. 24.

bei den Haushalten nur in begrenztem Umfang möglich sind.

Erhebungskreis und -umfang der Einkommens- und Verbrauchsstichproben sind vom Gesetzgeber festgelegt. Es sollten Haushalte aller Bevölkerungskreise einbezogen (§ 1, 2) und maximal 0,3 Prozent aller Haushalte erfaßt werden.

Durch die Beschränkung auf Haushalte sind Personen in Anstalten, also der größte Teil der Anstaltsbevölkerung, nicht repräsentiert. Bisher waren aber auch zwei weitere Bevölkerungsgruppen von der Erhebung ausgeschlossen, nämlich Haushalte mit besonders hohen Einkommen sowie von Ausländern.

Bereits bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 wurde durch Vergleiche mit den Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik festgestellt, daß sich Haushalte von einer bestimmten Einkommensgrenze an nicht oder in nicht ausreichendem Umfang an der Erhebung beteiligt hatten⁹⁾. In den darauffolgenden Erhebungen wurden deshalb Haushalte oberhalb einer jeweils festgelegten Abschneidegrenze für das monatliche Haushaltsnettoeinkommen (1983: 25 000 DM) nicht in die Darstellung einbezogen. Durch diese Abschneidegrenze sollte deutlich gemacht werden, daß die Nichtbeteiligung von Haushalten mit extrem hohen Einkünften zwangsläufig dazu führt, daß die in Einkommens- und Verbrauchsstichproben ermittelten Durchschnittswerte für das Einkommen und den Verbrauch, aber auch für die Vermögensbestände niedriger sind als vergleichbare Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den Statistiken der Bundesbank oder sonstigen Erhebungen. Gesamtwirtschaftliche Vergleiche werden bisher ferner durch die Nichterfassung von Ausländerhaushalten erschwert. Sie wurden aus rein erhebungstechnischen Gründen nicht berücksichtigt. Vor allem ging man davon aus, daß die Führung eines Haushaltsbuches einem Ausländer wegen der sprachlichen Probleme nicht zugemutet werden könne. Zudem war bei der Werbung und der Betreuung von Ausländerhaushalten während der Erhebung mit zusätzlichen Schwierigkeiten zu rechnen. Neuere Erfahrungen über Ausländerbefragungen, die vor allem außerhalb der amtlichen Statistik gesammelt wurden¹⁰⁾, deuten darauf hin, daß ein großer Teil der anfangs durchaus berechtigten Bedenken gegen eine Einbeziehung von Ausländerhaushalten heute nicht mehr aufrechterhalten werden

kann. Vor allem kann nach der übereinstimmenden Auffassung von Experten davon ausgegangen werden, daß in fast allen Haushalten mit einer ausländischen Bezugsperson (die ausländische Anstaltsbevölkerung bleibt – wie die deutsche – ausgeklammert) mindestens ein Haushaltsmitglied die deutsche Sprache wenigstens so gut beherrscht, daß es den anderen den Inhalt der Erhebungspapiere erläutern kann. Es war deshalb ursprünglich geplant, die Ausländerhaushalte erstmals voll in die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 zu integrieren. Wegen der damit verbundenen zusätzlichen finanziellen und personellen Belastungen der Statistischen Landesämter wird jedoch nur eine begrenzte Anzahl von Ausländerhaushalten einbezogen, um Teilnahmebereitschaft, Erhebungspapiere und Interviewerstab zu testen. Aufbauend auf den Ergebnissen dieses Tests sollen dann die Ausländerhaushalte bei der nächsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Jahr 1993 in gleicher Relation wie die deutschen Haushalte erfaßt werden.

Erhebungskonzept, Erhebungsverfahren

Das Erhebungskonzept der Einkommens- und Verbrauchsstichproben ist weitgehend an das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angepaßt. So werden auf der Ausgaben-seite nur Käufe und einige unterstellte Käufe (Mietwert der Eigentümerwohnung, Deputate und ähnliches) dargestellt, nicht jedoch empfangene Geschenke, unentgeltliche Leistungen und empfangene Einkommensvorteile (durch Lieferung verbilligter Güter) von Staat, Unternehmen oder anderen privaten Haushalten. Durch diese Beschränkung wird die wirtschaftliche Lage von Haushaltsgruppen, die an derartigen nichterfaßten Leistungen in überdurchschnittlichem Umfang partizipieren, tendenziell etwas schlechter dargestellt, als sie tatsächlich ist. Das gilt zum Beispiel für Familien mit Kindern, denen relativ häufig zum Beispiel Sachgeschenke (Kleidung, Spielwaren, Süßigkeiten und ähnliches) von Verwandten und Bekannten zufließen. Im internationalen Vergleich spielen unentgeltlich abgegebene oder (zum Beispiel durch Subventionen) verbilligte Staatsleistungen sowie Unterschiede in den sozialen Systemen und in den Systematiken eine wichtige, oft in Analysen nicht oder nicht ausreichend berücksichtigte Rolle.

Auf Unterschiede in den Konzepten zwischen Einkommens- und Verbrauchsstichproben und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist im Juni-Heft von *Wirtschaft und Statistik* bereits ausführlich eingegangen worden¹¹⁾. Die ent-

scheidenden Verbuchungskriterien, nämlich die Verbuchung von gekauften Gütern mit dem vollen Wert zum Zeitpunkt des Eingangs in die Haushaltssphäre – unabhängig von Zahlungsmodalitäten – sind gleich.

Das Erhebungsverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 entspricht demjenigen früherer Erhebungen. Es besteht aus folgenden Elementen:

1. Interviews: Im Januar des Erhebungsjahres werden die beteiligten rund 50 000 Haushalte, die sich, wie bereits erwähnt, freiwillig zur Mitarbeit bereit erklärt haben, in einem sogenannten Grundinterview um Angaben zur Zusammensetzung des Haushalts, zur Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern und zur Wohnsituation gebeten. Im Dezember des Jahres findet das sogenannte Schlußinterview statt, in dessen Mittelpunkt Fragen zu den vorhandenen Vermögensbeständen und Schulden stehen.

2. Jahresansreibungen: Die Erhebungsperiode ist nach dem Willen des Gesetzgebers das Kalenderjahr. Theoretisch müßten alle erfaßten Haushalte, wie bei den laufenden Wirtschaftsprüfungen, zwölf Monate lang täglich ihre Einnahmen und Ausgaben verbuchen. Das übersteigt aber in der Praxis sowohl die Belastbarkeit der Haushalte als auch die Kapazitäten der Statistischen Ämter; die Aufbereitung von etwa 600 000 (= 12 x 50 000) detaillierten monatlichen Anschreibungsbüchern würde unter den gegebenen finanziellen und personellen Bedingungen mehr als ein Jahrzehnt dauern. Deshalb sind sogenannte Viermonatshefte entwickelt worden, in denen alle Einnahmen, aber nur ausgewählte, im einzelnen vorgegebene Ausgabengruppen angeschrieben werden sollen. Bei diesen vorgegebenen Ausgabengruppen handelt es sich um solche, die wegen der Höhe der Ausgabenbeträge für das Haushaltsbudget von besonderer Bedeutung sind (zum Beispiel Käufe von langlebigen Gebrauchsgütern, Sparleistungen, also etwa Käufe von Immobilien, Wertpapieren, Beiträge für Lebensversicherungen und Bausparverträge, Rückzahlung von Krediten) oder die relativ selten im Haushalt vorkommen (Ausgaben für Energie und Heizmaterial, Krankenhaus und Arzt, Urlaubs- und Erholungsreisen). Durch die Beschränkung auf relativ wenige und relativ selten vorkommende Ausgaben wird die Belastung der Haushalte durch die Buchungen im Viermonatsheft, von dem jeder Haushalt im Laufe des Erhebungsjahres drei Exemplare erhält, erheblich reduziert. Trotzdem repräsentieren die darin enthaltenen Ausgaben **w e r t m ä ß i g** im Schnitt über 70 Prozent der Gesamtausgaben.

3. Monatsansreibung: In einem Monat des Erhebungsjahres soll der Haushalt neben den Einnahmen sämtliche, also auch die kleinsten, Aus-

⁹⁾ Fachserie M, Reihe 18, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, „Aufgabe, Methode und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63“, S. 39.

¹⁰⁾ So haben z. B. das Marplan-Institut, das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim und das Institut für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik an der Ruhr-Universität Bochum Ausländerbefragungen durchgeführt bzw. durchführen lassen.

¹¹⁾ Euler, M.: „Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte im Jahr 1983“. in: *Wirtschaft und Statistik* 6/1987, S. 500 f.

gaben in einem eigens dafür vorgesehenen Heft eintragen. Dabei soll jeder einzelne Kauf chronologisch mit genauer Beschreibung des erworbenen Gutes, zum Teil mit Angaben der Menge, verbucht werden. Dieser sogenannte Feinanschreibungsmonat wird jedem einzelnen Haushalt nach einem schichtenspezifischen Rotationsverfahren vorgegeben, das gewährleisten soll, daß sich die Feinanschreibungen auch innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gleichmäßig auf die zwölf Monate des Erhebungsjahres verteilen. Ohne Vorgabe des Feinanschreibungsmonats würden die Haushalte mit Sicherheit Monate ohne viele Fest- und Feiertage sowie ohne Urlaubs- und Erholungsreisen mit allen damit verbundenen Aufwendungen, Vorarbeiten und zeitlichen Belastungen für die Buchführung bevorzugen. Durch das Rotationsverfahren wird ferner sichergestellt, daß auch Käufe mit starker saisonaler Klumpung mit ausreichender Genauigkeit nachgewiesen werden können.

Mikrozensus 1985 als Basis für Werbung und Hochrechnung

Normalerweise werden Haushalte für Stichproben im Rahmen der amtlichen Statistik nach einem Zufallsverfahren ausgewählt, das gewährleistet, daß die Zusammensetzung der an der Stichprobe beteiligten Haushalte (mit einigen Einschränkungen wegen der unvermeidlichen Zufalls- und systematischen Fehler) der Zusammensetzung der Grundgesamtheit entspricht. Das setzt aber voraus, daß die Ausfälle bei der Erhebung nicht allzu hoch und außerdem in ihrer Struktur bekannt sind. Dies läßt sich am ehesten erreichen, wenn die Haushalte vom Gesetzgeber zur Auskunft verpflichtet werden.

Bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben erfolgt die Beteiligung der Haushalte auf freiwilliger Grundlage. Die Bereitschaft zur Beteiligung an derartigen Erhebungen ist sowohl wegen der Art als auch wegen der Fülle der gewünschten Informationen wesentlich geringer als bei anderen Stichprobenerhebungen. Schon 1962/63 hatten sich bei einer Piloterhebung nur 16 Prozent der zufällig ausgewählten Testhaushalte vorbehaltlos bereit erklärt, sich an einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu beteiligen, weitere 7 Prozent unter bestimmten Voraussetzungen. Fast 70 Prozent lehnten eine Beteiligung von vornherein ab¹²⁾. Mittlerweile dürfte deren Anteil als Folge der emotionsgeladenen Diskussionen um Volkszählung, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung noch deutlich zugenommen haben.

¹²⁾ Heft 6 der Fachserie M, Reihe 18, „Aufgabe, Methode und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63“, S. 20.

In einer derartigen Situation bleibt dem Statistiker nur übrig, nach einem Erhebungsrahmen zu suchen, der erkennen läßt, wieviele Haushalte einer bestimmten Schicht an der Stichprobe beteiligt werden müssen, wenn die Verteilung der in der Stichprobe erfaßten Haushalte derjenigen der Grundgesamtheit entsprechen soll, und der es zugleich ermöglicht, Verzerrungen in der Verteilung der Stichprobenhaushalte durch Hochrechnung auf die Grundgesamtheit auszugleichen. Für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bietet sich dazu jeweils die Mikrozensus-erhebung des Vorjahres an, weil sie es erlaubt, die Haushalte nach Merkmalen zu schichten, die von entscheidendem Einfluß auf Höhe und Struktur der Ausgaben sind, nämlich die soziale Stellung der Bezugsperson, die Zahl der Haushaltsmitglieder und die Größenklasse des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens als – wenn auch nur bedingt taugliches¹³⁾ – Indiz für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Haushalts. Aufgrund der 1-Prozent-Mikrozensus-erhebung 1985¹⁴⁾ wird länderweise eine Schichttabelle mit der Zahl der in die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe einzubeziehenden Haushalte nach den drei genannten Merkmalen erstellt, die als Grundlage für die Werbung der Haushalte dient. Dabei werden im Unterschied zu den Erhebungen vor 1983 keine einheitlichen Auswahlätze von 0,25 Prozent aller Haushalte (beziehungsweise ein Viertel der Mikrozensushaushalte) verwendet, sondern variable Auswahlätze, die für zahlenmäßig stark besetzte Schichten, wie zum Beispiel Ein- und Zweipersonenhaushalte von Nichterwerbstätigen, die 1983 bereits etwa 36 Prozent aller privaten Haushalte ausmachten¹⁵⁾, niedriger sind als für solche Schichten, bei denen die Schichtbesetzung bei einem einheitlichen Auswahlatz von 0,25 Prozent für einen statistisch gesicherten Nachweis nicht ausreichen würde. Ferner werden bei der Vorgabe variabler Auswahlätze die bisherigen Erfahrungen hinsichtlich der Teilnahmebereitschaft der verschiedenen Haushaltsgruppen berücksichtigt; diese Teilnahmebereitschaft ist zum Beispiel bei Haushalten von Beamten und Angestellten wesentlich höher als bei Haushalten von Arbeitern und von Selbständigen.

Durch die Hochrechnung können selbstverständlich nur Verzerrungen hinsichtlich der drei genannten Schichtmerkmale ausgeglichen werden, nicht aber mögliche Verzerrungen hinsichtlich übriger Haushaltsmerkmale und erst recht nicht

¹³⁾ Die Haushalte werden gebeten, aus vorgegebenen Größenklassen des Haushaltsnettoeinkommens die für sie zutreffende anzugeben. Dabei ergibt sich vor allem bei größeren Haushalten eine Tendenz zur Unterschätzung des tatsächlichen Einkommens. Euler, M.: „Genauigkeit von Einkommensangaben in Abhängigkeit von der Art der statistischen Erfassung“. In: *Wirtschaft und Statistik* 10/1983, S. 818 ff.

¹⁴⁾ Die Ergebnisse für 1986 liegen noch nicht vor.

¹⁵⁾ Fachserie 15 „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983“, Heft 2, „Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte“, S. 62.

Verzerrungen hinsichtlich von Merkmalen der Haushaltsmitglieder, wie etwa Alter und Familienstand. Vor allem sind mögliche systematische Verzerrungen nicht zu bereinigen, die dadurch entstehen können, daß bei der Stichprobe zum Beispiel mehr oder weniger Raucher, mehr oder weniger Hauseigentümer; mehr oder weniger Vegetarier als in der Grundgesamtheit vertreten sind. Derartige systematische Fehler wären vor allem dann gefährlich, wenn sie alle in eine bestimmte Richtung zielen würden, sich also an Einkommens- und Verbrauchsstichproben nur solche Haushalte beteiligen würden, die klüger, sparsamer, ökonomischer wirtschaften als nicht beteiligte Haushalte der gleichen Schicht. Dieser Vorwurf wird häufig erhoben und klingt plausibel; fest steht aber, daß die Ergebnisse aller bisherigen Einkommens- und Verbrauchsstichproben keine zahlenmäßig belegbaren Beweise für die These geliefert haben und daß nach den Erfahrungsberichten der Interviewer die Motivationen der Haushalte, sich an Einkommens- und Verbrauchsstichproben zu beteiligen, sehr vielschichtig sind. Häufig erklären sich Haushalte gerade deshalb zur Mitarbeit bereit, weil sie mit ihrem Geld nicht auskommen und aus den regelmäßigen Anschreibungen Aufschlüsse über die möglichen Ursachen ihrer finanziellen Probleme erhoffen.

Organisation der Erhebung

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 wird gemeinsam von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt durchgeführt. Dem Statistischen Bundesamt obliegt neben den üblichen methodisch-technischen Vorbereitungsarbeiten nach § 5 des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen – abweichend von dem üblichen Arbeitsschnitt – die Aufbereitung der Erhebungsunterlagen. Eine Zentralisierung ist bei derart kleinen, aber inhaltlich außerordentlich komplizierten und heterogenen Erhebungen sicherlich schon deshalb sinnvoll, weil die Übertragung der Angaben der Haushalte aus den Erhebungspapieren auf erfassungsgerechte Datenträger und die gleichzeitige erste Überprüfung auf Plausibilität und Vollständigkeit von den Bearbeitern ein ungewöhnlich hohes Maß an geistiger Beweglichkeit, Selbständigkeit und Verantwortungsbewußtsein erfordert; die Vielschichtigkeit einer Haushaltsführung läßt sich nur sehr bedingt in schriftlichen Arbeitsanleitungen darstellen und nachvollziehen. Insofern führt der Rückgriff auf erfahrene, mit der Materie vertraute Mitarbeiter zwangsläufig zu besseren Ergebnissen als die Verwendung von jeweils neu einzustellenden oder aus völlig anderen Arbeitsgebieten kommenden Mitarbeitern. Andererseits ist eine zentrale Arbeitsgruppe personell und räumlich nicht beliebig oder gar kurzfristig vermehrbar.

Die Statistischen Landesämter sind vor allem für alle Aufgaben verantwortlich, die unmittelbar mit der Erhebung der Daten verbunden sind. Dazu gehören die Werbung und Schulung der Interviewer, die die Haushalte während des ganzen Erhebungsjahres betreuen sollen, und die Werbung der Haushalte. Um ausreichend viele Haushalte aller Bevölkerungsgruppen für eine Beteiligung an der Erhebung zu gewinnen, ist eine sehr intensive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, die sich das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter teilen.

Die Hauptaufgabe des Statistischen Bundesamtes liegt dabei bei der Ver-

mittlung von Informationen über Zweck, Inhalt und Notwendigkeit der Erhebung, während die Statistischen Landesämter zusätzlich die Haushalte auch einzeln ansprechen und um ihre Beteiligung bitten. Dabei wird jenen Bevölkerungskreisen besondere Aufmerksamkeit gewidmet, bei denen in besonders hohem Maß mit Mißtrauen, Bedenken und Zweifeln zu rechnen ist. Dazu gehören neben den vorher bereits genannten sozialen Gruppen vor allem besonders junge und besonders alte alleinlebende Personen, die sich häufig gegen Fragen über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse auch dann wehren, wenn sie von nächsten Familienangehörigen gestellt werden.

Als eher symbolische Entschädigung für die Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und für die Belastung durch Anschreibungen und Interviews erhalten diejenigen Haushalte, die während des gesamten Erhebungsjahres mitgewirkt haben, am Jahresende eine einmalige Prämie, die 1988 im Bundesdurchschnitt bei 70 bis 80 DM liegen dürfte. In den meisten Ländern sind die Haushalte zusätzlich an einer Verlosung beteiligt, deren Mittel aus den nicht ausgezahlten Mitwirkungsprämien für während der Erhebung ausgeschiedene Haushalte finanziert werden.

Manfred Euler
Statistisches Bundesamt



Seit Anfang 1985 bietet das Statistische Landesamt Hamburg bundesweit statistische Informationen in **Bildschirmtext (Btx)** an. Interessenten mit Btx-Anschluß können Daten über Hamburg jetzt auch auf dem Bildschirm ihres Farbfernsehers empfangen. Das Angebot des Amtes enthält Ergebnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Amtlichen Statistik, informiert über Hamburg im Großstadtvergleich sowie über die Region Hamburg und gibt außerdem einen Überblick über die Amtsveröffentlichungen. Der Inhalt des Btx-Programms wird laufend ergänzt und aktualisiert.

Die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums gestatten dem Teilnehmer ein leichtes Überwechseln von einem Anbieter zum anderen. Die Tabellen- und Schaubildseiten des Statistischen Landesamtes sind mit den Btx-Angeboten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter verknüpft; das noch im Aufbau befindliche koordinierte Gemeinschaftsprogramm der Statistischen Ämter bietet schon jetzt interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Abrufbar sind die Seiten des Statistischen Landesamtes Hamburg über die Leitseite * 36 502 #; schriftliche Anfragen oder Mitteilungen sind über die Teilnehmer-Nummer 0 4036 5038 oder über die Mitteilungsseite * 36 5029 # möglich.



Statistik

des

Hamburgischen Staates.

Uebersicht V.

Die Gestorbenen im Jahre 1887

Todesursache	Von 0 bis 1 Jahr				Ueber 1 bis 2 Jahre				Ueber 2 bis 5 Jahre				Ueber 5 bis 10 Jahre		Ueber 10 bis 15 Jahre	
	männl.	weibl.	ehelich	un-ehelich	m.	w.	ehelich	un-ehelich	m.	w.	ehelich	un-ehelich	m.	w.	m.	w.
1. Lebensschwäche der Neugeborenen	514	405	727	192	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Krämpfe der Kinder	324	251	501	74	59	61	108	12	13	13	25	1	—	—	—	—
3. Abzehrung der Kinder	604	465	801	268	52	61	103	10	26	25	47	4	—	—	—	—
4. Durchfall und Brechdurchfall	905	850	1415	340	64	53	105	12	8	16	23	1	—	—	—	—
5. Blattern bei Nichtgeimpften	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Blattern bei Geimpften	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Scharlach	4	3	6	1	9	4	13	—	20	21	39	2	8	9	4	3
8. Masern	18	4	21	1	21	18	34	5	6	14	18	2	1	3	—	—
9. Keuchhusten	28	34	59	3	12	20	31	1	10	19	28	1	—	2	—	—
10. Cholera	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Cholera	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Typhus	2	1	2	1	1	3	4	—	4	4	8	—	14	25	14	19
13. Ruhr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14. Diphtheritis und Bränne	16	15	28	3	57	43	97	3	148	132	259	21	72	113	21	19
15. Kindbettfieber	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16. Anderweite Folgen der Geburt einschließlich Krämpfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17. Eitervergiftung	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
18. Rothlauf und Vereiterungen	15	15	26	4	4	3	5	2	2	1	2	1	—	—	1	—
19. Folgen chirurgischer Operationen	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Syphilis, erworben und angeboren	23	24	26	21	1	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—
21. Rachitis, Skropheln	39	36	69	6	41	39	68	12	15	16	27	4	1	2	1	1
22. Zuckerharnruhr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23. Schwindsucht	—	—	—	—	—	—	—	—	17	9	26	—	20	34	18	32
24. Acuter Wasserkopf	35	30	62	3	36	42	77	1	51	52	100	3	19	20	1	—
25. Krebs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	1	—
26. Altersschwäche und Brand	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27. Gehirnschlagfluß	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
28. Trunksucht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29. Acute Entzündungen des Central-Nervensystemes	—	—	—	—	1	—	1	—	1	1	2	—	15	12	4	1
30. Chronische Entzündungen des Central-Nervensystemes	3	2	5	—	2	—	2	—	3	1	2	2	6	3	2	1
31. Katarrh und Grippe	239	194	382	51	103	91	182	12	15	23	36	2	—	1	—	—
32. Acute Entzündungen der Athmungsorgane	—	—	—	—	13	26	34	5	25	25	46	4	8	11	4	6
33. Chronische Entzündungen derselben	—	—	—	—	2	—	2	—	—	2	—	—	1	4	—	1
34. Krankheiten des Herzens und der großen Gefäße	3	2	4	1	1	2	2	1	3	1	4	—	6	4	4	6
35. Acuter Gelenkrheumatismus	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—	1	2
36. Krankheiten der Verdauungsorgane	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	2	5
37. Unterleibsbrüche	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
38. Unterleibsentzündung	3	1	4	—	1	—	1	—	1	3	2	2	6	6	4	3
39. Wassersucht	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	1	1	—	—
40. Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	13	7	20	—	1	3	4	—	2	5	5	2	6	5	1	—
41. Krankheiten des Knochensystemes	3	2	4	1	2	1	3	—	4	10	13	1	6	6	2	3
42. Plötzlicher Tod aus unbekanntem Ursachen	31	31	41	21	2	3	5	—	2	—	2	—	2	1	—	—
43. Selbstmord	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
44. Unglücksfälle einschl. Verbrechen	7	12	12	7	5	4	9	—	16	7	21	2	19	1	8	1
45. Zweifelhafte, ob Selbstmord oder Unglücksfall	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
46. Unbestimmte Diagnose, nicht unterzubringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	2 833	2 386	4 221	998	492	478	894	76	393	401	739	55	218	271	96	108
Auf 1000 Lebende*) einer jeden Altersklasse kamen Gestorbene im Jahre 1887	304,7	265,9	258,5	512,9	74,3	73,0	—	—	21,3	21,6	—	—	7,7	9,5	4,0	4,4
in den Jahren 1880—86	246,6	217,6	209,7	438,5	87,9	85,5	—	—	24,8	23,3	—	—	8,9	8,7	3,7	4,1
		232,5			86,6				24,0				8,8		3,9	

*) Die für die Mitte 1887 berechnete Bevölkerungszahl von 539 700 Lebenden wurde auf die einzelnen Altersklassen Die im 1. Lebensjahre Gestorbenen wurden mit den Lebendgeborenen verglichen, aus denen sie stammten.

nach Todesursachen und Altersklassen.

Ueber 15 bis 20 Jahre		Ueber 20 bis 25 Jahre		Ueber 25 bis 30 Jahre		Ueber 30 bis 40 Jahre		Ueber 40 bis 50 Jahre		Ueber 50 bis 60 Jahre		Ueber 60 bis 70 Jahre		Ueber 70 bis 80 Jahre		Ueber 80 Jahre		Zusammen	
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	männl.	weibl.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	514	405
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	396	325
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	682	551
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	977	920
—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
—	1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45	43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	39
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	75
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
42	32	47	33	59	19	50	32	30	13	8	7	1	6	1	—	—	—	273	194
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
2	4	2	2	2	—	1	1	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	322	331
—	3	—	7	—	17	—	24	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	1	—	14	—	19	—	20	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	59
2	—	2	—	2	—	3	2	4	1	2	—	1	1	—	2	—	—	17	9
1	1	—	—	2	2	6	1	7	2	8	—	7	2	3	6	2	—	60	43
—	—	—	2	1	2	1	2	1	3	—	—	—	2	—	—	—	—	5	13
—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	26
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	97	94
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	12
1	1	—	—	2	—	5	2	3	1	1	1	5	4	3	2	—	—	1017	616
46	44	72	53	109	79	292	152	232	120	139	59	70	33	2	—	—	—	143	144
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	214	308
1	1	3	—	2	5	13	32	35	58	53	73	72	86	27	41	6	10	217	348
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	227	203
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	93	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	—	8	2	1	2	5	2	8	3	5	2	4	1	—	2	—	—	55	28
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	6	5	2	6	9	35	16	51	25	37	23	32	31	16	29	4	11	206	159
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	1	—	360	310
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	3	12	4	14	2	66	11	57	17	50	22	51	58	43	59	12	29	362	273
1	—	—	—	—	2	7	8	17	9	38	22	40	44	58	85	13	18	177	195
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	3	5	9	10	8	31	23	48	34	47	43	53	64	35	49	2	8	253	256
1	—	—	2	1	—	1	2	4	—	—	—	1	—	—	—	—	—	11	6
2	4	2	6	2	7	28	15	21	10	40	14	32	11	15	21	4	8	153	106
1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1	1	3	3	3	—	—	10	8
5	3	3	3	3	2	11	13	9	7	3	8	1	6	2	5	—	1	52	61
1	1	—	—	—	—	—	—	1	3	2	—	7	16	5	7	—	2	17	31
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	6	—	6	9	5	21	18	20	11	27	13	19	25	26	17	10	7	156	128
6	—	2	2	1	2	4	3	4	2	6	4	1	2	1	—	—	—	42	37
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	1	—	—	3	—	3	—	11	1	2	4	1	2	—	—	—	—	57	44
11	5	8	11	14	3	27	8	28	5	29	10	13	3	6	5	—	1	137	53
7	5	18	2	30	2	46	5	18	1	28	1	6	2	4	8	2	2	214	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	1	7	—	7	—	14	1	10	—	6	—	2	—	1	—	—	—	51	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	1	1	2	3	1	1	1	1	1	—	—	—	—	6	6
155	126	198	163	285	190	729	405	677	354	595	353	534	482	382	565	178	303	7765	6585
6,8	5,1	8,1	6,0	10,7	7,4	16,4	9,5	22,2	11,8	35,6	18,9	58,3	37,6	103,1	89,5	229,1	200,8	29,37	23,92
5,9	—	7,9	—	9,1	—	13,9	—	17,1	—	26,8	—	46,2	—	94,8	—	210,5	—	26,59	—
5,5	4,4	7,6	5,4	9,3	6,9	14,6	9,4	21,7	11,8	30,1	18,5	54,1	37,5	106,1	89,5	207,7	189,6	27,87	23,08
4,9	—	6,4	—	8,1	—	12,9	—	16,8	—	23,9	—	44,5	—	95,7	—	195,9	—	25,11	—

sowie auf die beiden Geschlechter nach den bei der Volkszählung im Jahre 1885 gefundenen Verhältnissen vertheilt. —

Hamburg heute und gestern

1986 machten 10 672 aus Richtung **Oberelbe ankommende Binnenschiffe** mit einer Tragfähigkeit von insgesamt 8,66 Millionen Tonnen im Hamburger Hafen fest. Unter diesen Einheiten waren 5100 Gütermotorschiffe und 2700 Tankmotorschiffe. Die übrigen knapp 3000 Fahrzeuge waren vorwiegend Leichter, die in Schubverbänden fahren, einem Transportsystem, das im Lauf der letzten Jahre ständig an Bedeutung gewonnen hat.

Insgesamt löschten und luden diese Schiffe in Hamburg 7,4 Millionen Tonnen Güter, wobei der Versand mit 4,1 Millionen Tonnen eine größere Rolle spielte als der Empfang mit 3,1 Millionen Tonnen.

Ein Vergleich mit der Hafentatistik des Jahres 1886 zeigt, daß damals 10 144 Binnenschiffe – also nicht wesentlich weniger als 1986 – von der Oberelbe kommend den Hafen anliefen. Die Fahrzeuge waren jedoch mit einer durchschnittlichen Tragfähigkeit von 183 Tonnen erheblich kleiner als die heutigen (811 Tonnen); insgesamt wurde eine Tragfähigkeit von 1,86 Millionen Tonnen ermittelt.

Etwa ein Viertel aller Schiffe wurde mit Dampf angetrieben; der überwiegende Teil lief noch unter Segel bzw. mußte geschleppt werden. Im Güterverkehr wurden 2,33 Millionen Tonnen ermittelt; mit 1,25 Millionen Tonnen hatte der Empfang den größeren Anteil.

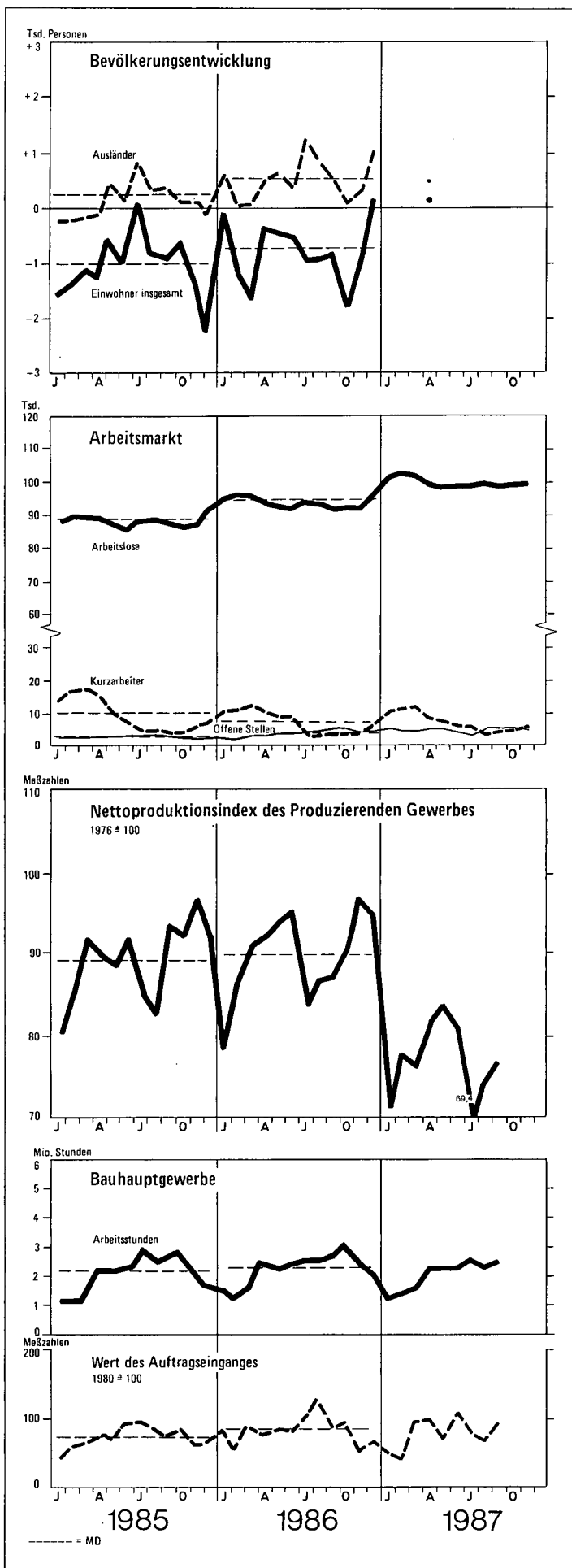
Eine gewisse Rolle spielte im vorigen Jahrhundert auch noch die Holzflößerei; 1886 wurden insgesamt 104 Flöße gezählt.

Im ersten Halbjahr 1987 brachten die Betriebe der **hamburgischen Fischverarbeitung** (von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) 5200 Tonnen Fischwaren auf den Markt. Im

Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum lag der Ausstoß der Menge nach um 35 und dem Wert nach um drei Prozent niedriger. Diese Abschwächung war fast ausschließlich auf Produktionseinstellungen von geringwertigen Fischerzeugnissen zurückzuführen. Höherwertige Erzeugnisse wurden dagegen verstärkt auf den Markt gebracht. So stieg zum Beispiel die Produktion von geräucherten Fischen (einschließlich Heringe und Sprotten) von 1000 auf knapp 1200 Tonnen (plus 19 Prozent), wobei sich der Produktionswert gleichzeitig um 2,6 Millionen DM auf 36,3 Millionen DM erhöhte (plus acht Prozent). Der Anteil der geräucherten Fischwaren an der gesamten Fischverarbeitung betrug im ersten Halbjahr 1986 der Menge nach zwölf und dem Wert nach 45 Prozent; im ersten Halbjahr 1987 erhöhte er sich mengenmäßig auf 21 und wertmäßig auf 50 Prozent.

Neue Schriften

In zwei kürzlich erschienenen Schriften werden „**Disparitäten der Sozialhilfedichte**“ statistisch analysiert, und zwar in einem Forschungsbericht von Walter Krug und Norbert Rehm, herausgegeben als Band 190 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit im Kohlhammer-Verlag (1986) sowie in einem Artikel von Walter Krug, Trier, über „Multivariate Analysen zur Sozialhilfedisparität“ im Allgemeinen Statistischen Archiv, Band 71, Heft 3/1987, Seiten 245–266. In beiden Fällen geht es um das Nord-Süd- und das Stadt-Land-Gefälle der Sozialhilfedichte, zunächst dargestellt nach Bundesländern und Regionaltypen und anschließend hinsichtlich der Ursachen und Einflußgrößen. Während der ausführliche Forschungsbericht sich auf Empfänger und Ausgaben erstreckt und die Hilfearten nach Haupt- und Untergrup-



t in Hamburg

pen differenziert, konzentriert sich der Artikel auf die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Beide Arbeiten basieren auf statistischen Daten aus dem gerade für diese Probleme doch schon relativ weit zurückliegenden Jahr 1979. Die herausgearbeiteten Tendenzen wären durch neuere Daten allerdings kaum verstärkt bzw. allenfalls noch stärker betont worden, und zwar auf höherem Niveau. Hamburg zum Beispiel hatte 1979 rund 92 000 Sozialhilfeempfänger bei einer Bevölkerung von etwa 1 660 000; für 1986 wird die Zahl auf rund 145 000 bei 1 576 000 Einwohnern geschätzt. Angesichts der anhand der Wirtschaftskraft angestellten vertiefenden Untersuchungen zum Nord-Süd-Gefälle erhebt sich die Frage, ob nicht auch auf dem Gebiet der Sozialhilfe Regionen gebildet werden sollten, die unter Umständen nach absoluter Bevölkerungszahl und Einwohnerdichte typisiert werden könnten. Unüblich ist jedenfalls die Einbeziehung von Hessen und Saarland in die Gruppe „Nord“, wie dies in den beiden Arbeiten geschieht.

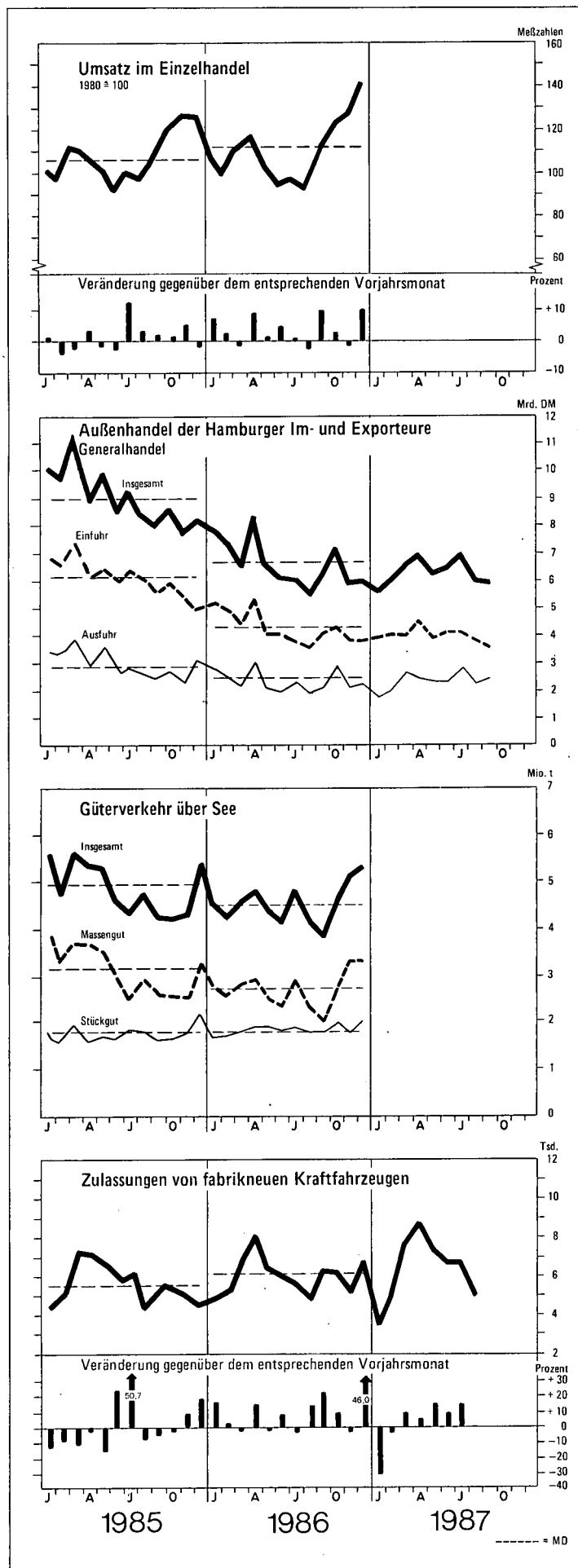
Vom Ergebnis her interessant ist die folgende Aussage im Forschungsbericht (Seite 30): „Die Berechnungen zeigen deutlich, daß das Nord-Süd-Gefälle der Ausgaben nicht durch unterschiedliche Fallkosten erklärt werden kann, sondern nur durch Disparitäten in den Empfängerzahlen erzeugt wird.“ Die Nord-Süd-Differenzierung beruht sicher nicht auf mangelhaften Statistikdaten in den verschiedenen Ländern, denn „erst Fehler von 25 Prozent und mehr in den Empfängerzahlen der Bundesländer würden das Nord-Süd-Gefälle der Sozialhilfe insgesamt zerstören“ (Seite 31). Schließlich kann mit Hilfe einer Simulation von unterstellten Unterschieden in der Sozialhilfepraxis gezeigt werden, „daß das Nord-Süd-Gefälle der Empfängerdichte der Sozial-

hilfe im allgemeinen und das der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im speziellen nicht entscheidend durch divergierende Anwendung der Ermessensspielräume hervorgerufen sein kann“ (Seite 32).

Es wurde versucht, die Vielzahl „externer“ Bestimmungsgründe für die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit 35 Indikatoren zu ermitteln, von denen 16 als wesentliche Einflußgrößen für die regionale Differenzierung in weiteren Verfahren faktorenanalytisch ausgewertet wurden. Von diesen waren in besonderem Maße bestimmend

- das Bruttoinlandsprodukt in DM je Einwohner und die Abhängig Beschäftigten je 1000 Erwerbsfähige;
- die Selbständigen und Mit helfenden Familienangehörigen in Prozent der Einwohner;
- die Einwohner im Alter von 60 und mehr Jahren in Prozent der Bevölkerung;
- der Anteil der Protestanten in Prozent der Bevölkerung;
- das Verhältnis der Arbeitslosen zu den Arbeitnehmern.

Dem Indikator „Arbeitslosenquote“ kommt darüber hinaus ein besonderes Gewicht bei der **Entwicklung** der Sozialhilfeempfängerzahlen zu. Was die Datengrundlage betrifft, so wird in dem Forschungsbericht vermerkt (Seite 33): „Insbesondere bei der Quantifizierung der Größen der Bevölkerungs- und Sozialstruktur wirkt sich die fehlende Volkszählung 1980 auf die Genauigkeit der Ergebnisse aus, da die entsprechenden regionalen Daten durch Fortschreibung der Zahlen aus dem Jahr 1970 gewonnen werden müssen“. Und in dem Artikel heißt es dazu (Seite 247): „Die auf Kreisebene zu gewinnenden Daten . . . sind allerdings zum Teil fortgeschriebene Daten, über deren Genauigkeit neun Jahre nach der letzten Volkszählung bis zur Untersuchungsjahr sich nur spezulieren läßt.“



Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Meteorologische Beobachtungen										
Mittelwerte¹⁾										
Luftdruck	hPa ²⁾	1 014,9	1 015,5	1 009,4	1 019,9	1 015,9	1 014,7	1 013,2	1 015,3	1 016,0
Lufttemperatur	°C	8,2	9,0	16,7	11,9	10,8	17,4	15,8	14,3	10,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	78	76	71	80	81	72	79	80	80
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3,3	3	3	3	3	3	3	4
Bewölkung	" ⁴⁾	5,5	5,2	4,9	5,4	5,0	5,2	6,2	4,9	5,2
Summenwerte										
Niederschlagshöhe	mm	60,2	62,9	55,1	63,0	77,6	108,4	98,8	104,1	62,0
Sonnenscheindauer	Std.	116,0	130,2	199,0	124,8	95,4	205,1	124,6	138,5	111,6
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	9	6	3	3	5	2	2	4	7
Tage mit Niederschlägen	"	20	19	18	18	21	20	26	23	17
Bevölkerung										
Bevölkerungsstand⁵⁾										
Bevölkerung	1000	1 586,4	1 575,6	1 574,7	1 573,9	1 572,1
und zwar männlich	"	741,9	737,2	737,0	736,8	735,9
weiblich	"	844,5	838,4	837,7	837,1	836,2
Ausländer	"	153,7	158,0	159,7	160,2	160,3
Bezirk Hamburg-Mitte	"	210,9	208,9	209,2	208,9	208,6
Bezirk Altona	"	222,4	221,7	220,9	220,7	220,8
Bezirk Eimsbüttel	"	229,6	227,8	227,6	227,5	227,1
Bezirk Hamburg-Nord	"	281,8	279,2	278,7	278,9	278,0
Bezirk Wandsbek	"	370,5	369,6	369,4	369,6	369,1
Bezirk Bergedorf	"	88,9	90,0	90,2	90,3	90,2
Bezirk Harburg	"	177,9	176,3	176,2	176,0	175,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ⁶⁾	Anzahl	731	765	1 042	856	801
* Lebendgeborene ⁷⁾	"	1 059	1 117	1 187	1 207	1 173
* Gestorbene ⁸⁾ (ohne Totgeborene)	"	1 856	1 831	1 815	1 547	1 717
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10	10	7	12	14
* Geboren- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	"	797	714	628	340	544
* Eheschließungen	je 1000	5,5	5,8	7,8	6,6	6,0
* Lebendgeborene	Einwohner	8,0	8,5	8,9	9,3	8,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	und	14,0	13,9	13,6	12,0	12,9
* Geborenen- (+)/Gestorbenenüberschuß (-)	1 Jahr	6,0	5,4	4,7	2,6	4,1
* Im ersten Lebensjahr Gestorbene	je 1000	9,5	8,8	6,0	10,4	11,9
Wanderungen										
* Zugezogene Personen	Anzahl	4 732	4 985	5 507	5 070	4 322
* Fortgezogene Personen	"	4 982	4 989	5 762	5 572	5 626
* Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)	"	250	4	255	502	1 304
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	12 211	12 504	13 796	13 342	13 064
Nach Gebieten										
a) Zugezogen aus										
Schleswig-Holstein	"	1 381	1 348	1 272	1 152	1 107
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 029	983	898	810	779
Niedersachsen	"	733	725	696	719	668
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	339	330	311	293	263
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	889	937	914	1 017	913
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 729	1 975	2 625	2 180	1 634
b) Fortgezogen nach										
Schleswig-Holstein	"	1 718	1 748	2 123	1 806	1 903
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	1 349	1 399	1 625	1 481	1 490
Niedersachsen	"	852	848	931	902	968
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	457	446	478	472	487
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	966	1 008	1 119	1 230	1 242
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	1 447	1 385	1 589	1 634	1 513
c) Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-) gegenüber										
Schleswig-Holstein	"	337	400	851	652	796
dar. angrenzende Kreise ⁹⁾	"	320	416	727	681	711
Niedersachsen	"	119	123	235	183	300
dar. angrenzende Landkreise ¹⁰⁾	"	118	116	167	179	224
Umland insgesamt ¹¹⁾	"	438	532	894	860	935
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	77	71	205	213	329
Ausland sowie DDR und Berlin (Ost)	"	282	590	1 036	546	121
Bevölkerungsbewegung insgesamt										
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	Anzahl	1 047	718	883	842	1 848
Bevölkerungszunahme (+) -abnahme (-)	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	0,7	0,5	6,6	6,5	13,8
Krankenhäuser und Bäder										
Krankenhäuser¹²⁾										
Patienten ¹³⁾	Anzahl	12 635	12 354	12 250	13 146	13 194	11 522	12 482	12 881	...
Betten ¹³⁾	"	14 693	14 592	14 561	14 539	14 539	14 274	14 274	14 274	...
Bettenausnutzung	%	86,4	86,5	83,2	86,9	89,8	82,6	84,8	86,5	...
Öffentliche Bäder										
Besucher insgesamt	Anzahl	507 363	519 390	594 345	451 781	483 271	717 936	552 323	487 062	438 005

¹⁾ errechnet aufgrund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0°C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ Monatsende; Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970. - ⁶⁾ nach dem Ereignisort. - ⁷⁾ von Müttern mit Wohnsitz in Hamburg. - ⁸⁾ mit letztem Wohnsitz in Hamburg. - ⁹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. - ¹⁰⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹¹⁾ die sechs angrenzenden Kreise zusammen. - ¹²⁾ staatliche, freigemeinnützige, private und somatische Krankenhäuser bzw. Abteilungen in Hamburg ohne psychiatrische Krankenhäuser und ohne Krankenhäuser der Bundeswehr, des Strafvollzugsamtes und des ärztlichen Dienstes der Behörde für Inneres. - ¹³⁾ Bestand am Monatsende.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Büchereien und Museen										
Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei) Ausleihungen (Bücher, Kassetten, Spiele, Noten)	Anzahl	763 131	747 186	674 934	821 298	852 994	527 383	749 635	799 747	861 081
Wissenschaftliche Büchereien										
Staats- und Universitätsbibliothek	"	63 251	67 792	58 292	62 488	74 700	72 328	59 207	67 604	64 673
Ausgeliehene Bände	"	28 660	30 404	19 149	26 898	37 447	30 526	19 866	26 395	33 666
Besucher der Lesesäle	"	4 504	4 801	4 653	5 259	5 427	- 4 998	5 087	5 204	5 478
HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung	"	3 560	3 022	3 416	2 989	2 851	2 944	2 858	2 520	2 549
Besucher der Bibliothek und Archive	"	1 569	1 613	1 713	1 645	1 570	1 410	1 742	1 659	1 560
Commerzbibliothek	"									
Ausgeliehene Bände	"									
Lesesaalbesucher und Entleiher	"									
Staatliche Museen und Schausammlungen										
Besucher insgesamt	"	82 550	89 378	104 453	114 495	90 726	80 267	87 515	72 543	...
davon Hamburger Kunsthalle	"	16 391	24 757	47 899	38 761	10 866	11 699	21 547	14 857	...
Altonaer Museum in Hamburg	"	8 645	8 322	10 422	8 524	9 488	6 288	7 712	6 619	...
Norddeutsches Landesmuseum	"	7 349	6 971	3 392	6 101	9 240	4 097	4 725	6 090	...
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	7 575	7 333	11 002	9 113	10 476	376	1 132	3 173	...
Helms-Museum	"	5 878	5 754	9 736	7 454	8 910				...
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg ¹⁾	"	18 035	16 468	17 436	21 017	16 858	16 715	16 325	17 343	...
Museum für Hamburgische Geschichte	"	13 478	13 001	4 747	19 035	18 385	29 981	26 629	10 302	...
Museum für Kunst und Gewerbe	"	9 491	11 075	8 350	10 314	14 016	9 852	7 883	12 155	...
Planetarium	"	1 587	1 451	1 205	1 630	1 397	1 259	1 562	2 004	...
Bischofsburg	"									...
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose und Kurzarbeiter										
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	89 162	94 436	93 998	92 222	92 512	99 340	99 330	98 197	98 052
* davon Männer	"	53 012	54 961	53 753	52 666	53 239	57 662	57 469	56 280	56 401
Frauen	"	36 150	39 475	40 245	39 556	39 273	41 678	41 861	41 917	41 651
Arbeitslosenquote	%	12,3	13,0	12,9	12,7	12,7	13,7	13,7	13,5	13,5
Kurzarbeiter	Anzahl	9 496	7 201	3 017	3 336	3 403	2 802	3 003	3 983	4 042
Arbeitssuchende										
Arbeitssuchende ²⁾ insgesamt	"	100 207	106 698	106 714	105 092	105 061	113 690	113 617	112 851	112 092
dar. Arbeitslose, die Teilzeitarbeit suchen	"	6 450	6 813	6 854	6 703	6 552	6 497	6 544	6 695	6 772
Offene Stellen										
	"	2 911	3 782	4 444	5 163	5 009	5 299	5 054	4 921	4 779
Landwirtschaft										
Milcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben										
* Kuhmilch	t	1 161	1 177	1 083	1 039	1 075	1 105	965	939	925
* dar. an Molkereien geliefert	%	93,9	94,0	94,2	90,2	92,2	95,4	93,1	89,0	91,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,4	13,0	12,1	12,0	12,1	13,7	12,0	12,1	11,5
Schlachtungen von Inlandtieren³⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1000 St.	5,1	5,0	4,3	6,5	7,8	4,0	5,0	6,8	8,6
* Kälber	"	2,4	2,3	2,0	2,4	2,5	2,1	2,5	3,1	2,6
* Schweine	"	18,1	18,6	18,6	19,7	20,7	18,8	18,7	19,4	19,7
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	3 215	3 241	3 031	3 802	4 250	2 988	3 352	4 028	4 506
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 402	1 395	1 228	1 855	2 141	1 112	1 462	1 985	2 494
* Kälber	"	310	298	266	313	337	278	328	421	343
* Schweine	"	1 481	1 528	1 520	1 610	1 747	1 585	1 551	1 605	1 657
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung										
Verarbeitendes Gewerbe⁵⁾ 6)										
Hauptbeteiligte Wirtschaftszweige										
* Beschäftigte	Anzahl	139 680	138 836	140 043	139 751	138 929	136 168	137 282	136 877	135 952
* dar. Arbeiter ⁷⁾	"	76 369	75 454	76 447	76 058	75 185	72 963	73 684	73 238	72 665
* Geleistete Arbeiterstunden ⁸⁾	1000	10 599	10 212	9 828	10 635	10 949	9 188	9 593	10 177	10 447
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	245	251	247	243	271	259	240	239	254
* Bruttogehaltssumme	"	321	333	316	310	313	338	328	322	325
* Gesamtumsatz (einschließlich Verbrauchsteuer ⁹⁾)	"	7 602	5 854	5 057	5 409	5 797	6 044	5 579	5 825	6 079
dar. Auslandsumsatz	"	880	778	652	715	1 224	988	672	729	794
* Kohleverbrauch ¹¹⁾	1000 tsk ¹⁰⁾	7	6	7	5	5	6	6	4	4
* Gasverbrauch ¹¹⁾	1000 m ³	89 483	85 265	82 418	68 833	82 600	78 774	78 774	73 526	88 231
* Stromverbrauch ¹¹⁾	Mio. kWh	1 117	1 103	1 103	1 118	1 118	1 065	1 065	1 078	1 078
* Heizölverbrauch ¹¹⁾	1000 t	79	68	64	58	58	51	51	42	42
* davon leichtes Heizöl ¹¹⁾	"	9	9	8	6	6	6	6	5	5
* schweres Heizöl ¹¹⁾	"	70	59	56	52	52	45	45	37	37

¹⁾ seit Mai 1987 nicht mehr im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg. - ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. - ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. - ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - ⁵⁾ Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Handwerk) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁶⁾ einschl. Bergbau. - ⁷⁾ einschl. der gewerblich Auszubildenden. - ⁸⁾ einschl. der Arbeiterstunden der gewerblich Auszubildenden. - ⁹⁾ ohne Umsatzsteuer; einschl. Umsatz aus sonstigen nicht produzierenden Betriebsteilen. - ¹⁰⁾ 1 t Steinkohleneinheit (1 tSKE) gleich 1 t Steinkohle, Steinkohlenkoks oder -brikett gleich 1,5 t Braunkohlenbrikett. - ¹¹⁾ In den Spalten für Monatsdurchschnitte werden hier jeweils Vierteljahresdurchschnitte angegeben; die Verbrauchsdaten in den Oktober-Spalten der Jahre 1986 und 1987 beziehen sich jeweils auf das 3. Vierteljahr des vorangegangenen Berichtsjahres.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Produzierendes Gewerbe, öffentliche Energieversorgung (Fortsetzung)										
Beteiligte Wirtschaftszweige	Mio. DM	3 523	3 290	3 033	3 261	3 562	3 332	2 859	2 905	2 958
Umsatz aus Eigenerzeugung ¹⁾	"	1 911	1 656	1 523	1 608	1 721	1 506	1 345	1 257	1 251
davon Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	906	899	798	909	1 087	1 142	831	942	986
Investitionsgütergewerbe	"	117	118	116	126	136	112	116	131	129
Verbrauchsgütergewerbe	"	589	617	596	618	618	572	567	575	592
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"									
Bauhauptgewerbe²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	22 801	22 719	23 907	23 842	22 982	21 117	21 184	21 272	...
dar. Arbeiter ³⁾	"	17 378	17 523	18 706	18 599	17 935	16 301	16 347	16 424	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	2 218	2 313	2 642	2 940	3 010	2 468	2 298	2 474	...
* davon für Wohnungsbau	"	502	504	616	652	673	507	349	402	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	967	983	1 038	1 201	1 218	987	1 009	1 054	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	750	826	988	1 087	1 119	974	940	1 018	...
* Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	57	59	64	67	69	60	57	58	...
* Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	19	19	19	18	18	18	18	18	...
* Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	217	249	274	311	323	258	292	301	...
davon im Wohnungsbau	"	44	51	59	52	69	35	55	49	...
gewerblichen und industriellen Bau	"	90	102	101	132	123	112	127	143	...
öffentlichen und Verkehrsbau	"	83	97	115	128	131	111	110	109	...
Ausbaugewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	Anzahl	10 101	9 620	9 790	9 870	10 060	9 090	9 342	9 401
dar. Arbeiter ³⁾	"	7 997	7 602	7 796	7 875	8 027	7 149	7 466	7 479
Geleistete Arbeitsstunden	1000	1 180	1 118	1 141	1 228	1 298	1 076	1 076	1 129
Bruttolohnsumme ⁴⁾	Mio. DM	25	24	24	25	26	25	23	24
Bruttogehaltssumme ⁴⁾	"	8	8	8	8	8	8	7	7
Ausbaugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	86	83	74	88	106	87	86	94
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	166	111	128	49	73	49	85	52	79
* Stromverbrauch	"	960	969	857	922	1 003	818	862	857	981
* Gasverbrauch ⁷⁾	"	1 651	1 685	962	1 129	1 450	696	943	961	1 524
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Ausbaugewerbe)										
Produzierendes Gewerbe	1976 = 100	88,0	89,8	87,4	87,7	90,1	69,4	73,9	76,5	...
dar. Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	"	104,4	105,8	103,0	102,7	100,6	73,6	76,4	79,6	...
Investitionsgütergewerbe	"	94,9	95,9	85,6	89,5	99,2	79,4	80,5	86,3	...
Verbrauchsgütergewerbe	"	74,3	73,9	71,7	72,1	77,2	63,9	69,6	76,7	...
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	"	71,5	70,6	73,1	68,5	67,3	60,3	73,8	70,6	...
Bauhauptgewerbe	"	66,9	82,7	93,5	99,5	100,4	66,5	69,4	70,9	...
Bau- und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohnbau										
* Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	106	112	157	83	109	125	120	91	62
* dar. Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen	"	88	101	147	77	92	121	99	86	51
* Rauminhalt	1000 m ³	159	127	159	71	164	88	130	83	81
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	57,7	42,3	48,4	23,9	56,7	28,4	46,8	25,0	25,0
* Wohnfläche	1000 m ²	30,5	24,1	27,5	13,2	32,0	16,4	24,6	14,8	15,3
Nichtwohnbau										
* Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	18	16	27	10	20	14	15	15	12
* Rauminhalt	1000 m ³	146	235	332	108	171	99	118	142	64
* Veranschlagte Bauwerkskosten	Mio. DM	31,3	75,3	65,9	33,6	41,1	18,1	40,5	60,7	9,3
* Nutzfläche	1000 m ²	25,0	37,7	63,8	35,3	35,0	24,8	24,3	43,4	9,8
Wohnungen	Anzahl	406	273	289	134	448	168	296	183	189
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	"									
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	117	109	63	64	86	56	56	49	30
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	16	16	14	10	5	13	5	4	11
Rauminhalt	1000 m ³	118	132	90	369	20	97	76	30	101
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	408	376	104	295	235	152	85	65	80
Gebäude- und Wohnungsbestand⁸⁾										
Bestand an Wohngebäuden	1000	204	205	205	205	205	206	206	206	206
Wohnungen	"	810	814	813	813	812	815	815	815	815

¹⁾ ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle Betriebe hochgerechnet. - ³⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. - ⁴⁾ einschließlich Arbeitgeberzulagen aus Vermögensbildungstarifen. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - ⁷⁾ 1 Mio. kWh = 3 600 Giga Joule. - ⁸⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Bau- und Wohnungswesen										
(Fortsetzung)										
Preisindizes für Bauwerke¹⁾										
Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	116,0	116,3	.	.	.	118,3	.	.
Wohngebäude insgesamt	"	113,9	115,3	115,6	.	.	.	117,5	.	.
Ein- und Zweifamiliengebäude	"	114,6	116,1	116,4	.	.	.	118,4	.	.
Mehrfamiliengebäude	"	115,1	116,9	117,2	.	.	.	119,4	.	.
Gemischt genutzte Gebäude	"	117,3	119,4	119,7	.	.	.	121,9	.	.
Bürogebäude	"	116,0	118,6	119,0	.	.	.	121,2	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude	"									
Wohngeld nach dem Zweiten Wohngeldgesetz										
Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen	Anzahl	56 321	67 095	70 485	71 123	72 305	74 249	73 039	73 741	...
Gezahlte Miet- und Lastenzuschüsse	1000 DM	6 880,0	10 061,2	10 802,3	10 958,5	11 207,1	11 684,3	11 393,0	11 526,6	...
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr										
Außenhandel										
* Ausfuhr des Landes Hamburg ^{2) 3)}	Mio. DM	1 009	911	860	752	1 305	1 194	799	910	...
* und zwar Waren der Ernährungswirtschaft	"	149	118	108	85	158	97	103	114	...
* Waren der Gewerblichen Wirtschaft	"	860	793	751	667	1 147	1 098	696	796	...
* davon Rohstoffe	"	8	6	5	5	8	5	4	5	...
* Halbwaren	"	171	118	113	94	147	112	85	102	...
* Fertigwaren	"	680	669	633	568	992	981	607	689	...
* davon Vorerzeugnisse	"	97	84	71	67	119	72	78	89	...
* Enderzeugnisse	"	583	585	563	501	873	909	528	600	...
* nach Europa	"	634	608	542	499	933	912	508	639	...
* dar. EG-Länder ⁴⁾	"	421	409	368	329	702	372	339	416	...
Außenhandel der Hamburger Im- und Exporteure⁵⁾										
Einfuhr	"	6 186	4 315	3 552	4 142	4 348	4 069	3 829	3 489	...
davon Europa	"	3 619	2 496	2 080	2 420	2 488	2 419	2 322	2 061	...
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	2 749	1 859	1 587	1 894	1 839	1 716	1 816	1 536	...
Außereuropa	"	2 567	1 819	1 471	1 722	1 860	1 650	1 507	1 428	...
Ausfuhr	"	2 944	2 375	1 928	2 077	2 913	2 814	2 215	2 413	...
davon Europa	"	2 120	1 679	1 230	1 421	2 032	2 187	1 461	1 754	...
dar. EG-Länder ⁴⁾	"	1 551	1 195	807	1 034	1 434	1 422	1 075	1 278	...
Außereuropa	"	823	696	698	655	881	627	754	659	...
Umsatz-Meßzahlen im Großhandel										
* Großhandel insgesamt	1980 = 100	131,4	114,3	98,3	112,1	r 118,0
* davon Binnengroßhandel	"	139,1	120,7	107,7	123,0	r 125,0
* Außenhandel	"	125,0	109,1	90,6	103,2	r 112,4
Umsatz-Meßzahlen im Einzelhandel										
* Einzelhandel insgesamt	1980 = 100	107,2	111,2	96,1	115,8	r 123,5
darunter Warenhäuser	"	90,9	93,0	81,7	81,4	91,4
Umsatz-Meßzahlen im Gastgewerbe										
* Gastgewerbe insgesamt	"	110,4	112,3	113,3	115,0	121,7
darunter Beherbergungsgewerbe	"	114,0	125,4	119,7	113,6	148,6
Gaststättengewerbe	"	108,1	107,0	111,5	114,0	111,7
Fremdenverkehr⁶⁾										
* Fremdenmeldungen von Gästen	1000	131,2	137,9	174	95	163	164	175	173	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	47,0	46,2	65	28	48	70	63	56	...
* Fremdenübernachtungen von Gästen	"	248,3	253,5	308	174	299	296	327	325	...
* dar. mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	91,0	88,6	118	58	95	120	118	110	...
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 193	s 1 140	1 149	1 165	1 173	s 1 100	s 1 240	s 1 210	s 1 230
Angekommene Schiffe	"	4 961	p 4 540	4 145	3 827	4 638	p 4 534	p 4 609	p 4 473	p 4 661
Güterverkehr über See	1000 t	3 198	p 3 030	2 649	2 380	3 044	p 3 023	p 3 164	p 2 915	p 3 171
davon Empfang	"	739	p 790	761	751	897	p 828	p 851	p 897	p 977
dar. Sack- und Stückgut	"	1 763	p 1 510	1 496	1 447	1 594	p 1 511	p 1 445	p 1 559	p 1 490
Versand	"	1 048	p 1 000	1 062	1 035	1 057	p 1 132	p 1 008	p 1 091	p 1 099
dar. Sack- und Stückgut	"	96 565	p 103 830	113 250	106 477	114 473	p 133 706	p 121 027	p 126 407	p 136 218
Umgeschlagene Container ⁷⁾	Anzahl	898	1 012	1 059	999	1 118	1 297	1 171	1 206	1 301
In Containern umgeschlagene Güter ⁸⁾	1000 t									
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	"	369	381	395	438	464	387	380	p 416	p 371
* Güterversand	"	394	426	451	414	354	487	372	p 379	p 418
Luftverkehr⁹⁾										
Starts und Landungen	Anzahl	6 133	6 458	6 752	7 115	6 975	p 7 317	p 7 308	p 7 622	p 7 695
Fluggäste	"	389 612	395 063	409 199	480 578	480 528	p 452 544	p 456 004	p 517 103	p 520 856
Fracht	t	2 464,7	2 445,7	2 460,3	2 352,1	2 553,4	p 2 775,9	p 2 647,8	p 2 713,3	p 2 790,5
Luftpost	"	1 090,1	1 131,7	1 071,0	1 166,9	1 231,0	p 1 255,7	p 1 107,4	p 1 264,9	p 1 312,2
Personenbeförderung im Stadtverkehr¹⁰⁾										
Schnellbahnen	1000	27 965	27 714	26 130	27 023	28 522	24 365	27 130	26 346	...
Busse (ohne Private)	"	20 223	19 669	17 647	19 121	20 698	17 010	18 441	18 918	...

¹⁾ für Neubau in konventioneller Bauart. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden nur die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ Gebietsstand 1. Januar 1986. - ⁵⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die von Hamburger Firmen über hamburgische und außerhamburgische Grenzstellen ein- bzw. ausgeführt wurden. - ⁶⁾ ohne Massen- und Privatquartiere. - ⁷⁾ umgerechnet auf 20-Fuß-Basis. - ⁸⁾ einschließlich Eigengewicht der beladenen Container. - ⁹⁾ gewerblicher Verkehr; ohne Transit. - ¹⁰⁾ ausgewählte Verkehrsmittel des Hamburger Verkehrsverbundes.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Verkehr (Fortsetzung)										
Kraftfahrzeuge¹⁾										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 617	6 106	4 972	6 292	6 193	6 681	4 990	6 408	p 6 366
* dar. Personenkraftwagen ²⁾	"	5 006	5 576	4 653	5 709	5 742	6 195	4 516	5 618	p 5 758
* Lastkraftwagen	"	349	304	208	417	343	260	345	672	p 515
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	822	839	1 039	939	1 077	918	1 042	1 082	p 964
* Getötete Personen	"	9	10	13	8	15	10	13	11	p 6
* Verletzte Personen	"	1 048	1 078	1 328	1 204	1 387	1 170	1 333	1 385	p 1 271
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen³⁾										
* Kredite ⁴⁾ an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mio. DM	110 351,1	111 754,2	110 982,1	110 762,5	111 040,2	111 235,3	111 511,0	112 260,2	113 367,8
* dar. Kredite ⁴⁾ an inländische Nichtbanken	"	105 385,8	106 990,5	106 276,5	106 081,7	106 276,3	106 660,7	106 904,0	107 600,1	108 729,9
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschließlich)	"	18 638,4	18 304,2	18 182,4	17 951,7	17 983,7	16 224,6	16 387,9	16 933,0	17 294,2
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	18 556,0	18 073,4	18 086,2	17 854,1	17 693,1	16 053,0	16 288,9	16 822,9	16 902,9
* an öffentliche Haushalte	"	82,4	230,8	96,2	97,6	290,6	571,6	99,0	110,1	391,3
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren)	"	11 338,7	10 297,0	10 526,7	10 420,7	10 452,8	10 327,8	10 265,0	10 283,0	10 318,8
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 038,9	6 953,6	7 036,9	6 943,6	7 026,5	6 994,0	6 968,1	6 995,9	7 045,2
* an öffentliche Haushalte	"	4 299,8	3 343,4	3 489,8	3 477,1	3 426,3	3 333,8	3 296,9	3 287,1	3 273,6
* Langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	75 408,7	78 389,3	77 567,4	77 709,3	77 839,8	79 708,3	80 251,1	80 384,1	81 116,9
* an Unternehmen und Privatpersonen	"	55 170,6	58 795,4	57 196,3	57 512,2	57 991,2	59 761,3	59 998,7	60 100,9	60 470,2
* an öffentliche Haushalte	"	20 238,1	19 593,9	20 371,1	20 197,1	19 848,6	19 947,0	20 252,4	20 283,2	20 646,7
* Einlagen und aufgenommene Kredite ⁴⁾ von Nichtbanken ⁵⁾	"	63 004,3	66 203,7	62 171,8	62 434,4	63 246,2	65 116,2	64 777,9	64 615,8	65 511,7
* Sichteinlagen und Termingelder	"	47 260,8	49 204,5	45 967,9	46 202,6	46 980,3	48 084,4	47 801,6	47 639,4	48 574,4
* von Unternehmen und Privatpersonen	"	39 929,0	41 587,6	38 806,9	39 004,1	39 964,7	40 976,2	40 733,4	40 459,7	41 554,3
* von öffentlichen Haushalten	"	7 331,8	7 616,9	7 161,0	7 198,5	7 015,6	7 108,2	7 068,2	7 179,7	7 020,1
* Spareinlagen	"	15 743,5	16 999,2	16 203,9	16 231,8	16 265,9	17 031,8	16 976,3	16 976,4	16 937,3
* bei Sparkassen	"	9 861,3	10 116,6	9 760,3	9 755,8	9 731,1	9 995,6	9 998,2	10 004,6	9 977,3
* Gutschriften auf Sparkonten ⁶⁾	"	1 505,2	1 543,3	941,0	871,1	887,8	1 037,7	913,1	892,5	871,4
* Lastschriften auf Sparkonten	"	876,5	919,9	871,6	843,2	853,8	1 034,0	910,5	892,4	910,5
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	49	44	36	60	48	38	44	42	47
* Vergleichsverfahren	"	0	—	—	—	—	1	—	—	—
* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	273	254	260	232	330	225	211	249	275
* Wechselsumme	Mio. DM	10,3	3,2	4,0	3,1	4,3	2,4	3,8	6,1	2,8
Gerichtlich eingeleitete Mahnverfahren										
Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides	Anzahl	32 995	31 525	30 314	30 791	34 611	30 710	29 396	29 474	30 537
Steuern										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
* Gemeinschaftsteuern	Mio. DM	1 831,7	1 753,9	1 448,2	2 090,4	1 362,0	1 643,3	1 717,3	2 096,7	1 388,9
* Steuern vom Einkommen	"	1 032,1	1 004,6	716,5	1 431,6	661,1	1 001,9	1 000,4	1 396,9	680,4
* Lohnsteuer ⁷⁾	"	663,3	673,2	634,1	622,4	612,8	773,6	688,2	659,2	655,3
* Veranlagte Einkommensteuer ⁸⁾	"	135,0	121,4	10,6	362,0	—	8,3	—	3,8	395,9
* Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ⁸⁾	"	53,4	65,7	66,7	18,5	74,0	149,6	283,9	23,5	25,5
* Körperschaftsteuer ⁷⁾ ⁹⁾	"	180,4	144,3	26,3	428,7	—	21,3	86,9	32,0	318,3
* Steuern vom Umsatz	"	799,5	749,3	731,7	658,8	700,8	641,5	717,0	699,9	708,6
* Umsatzsteuer	"	315,1	379,1	390,0	337,9	346,1	288,6	370,2	364,6	350,7
* Einfuhrumsatzsteuer	"	484,4	370,2	342,0	320,9	354,7	352,9	346,8	335,2	357,9
* Bundessteuern	"	1 089,8	1 163,0	1 178,7	1 275,4	1 204,9	1 195,6	1 228,0	1 264,2	1 193,4
* Zölle (einschl. EG-Anteil Zölle)	"	75,7	71,6	64,7	69,5	81,0	72,6	74,8	83,1	89,3
* Verbrauchsteuern	"	979,7	1 055,0	1 068,8	1 178,9	1 096,8	1 095,4	1 110,3	1 154,0	1 077,0
* Landessteuern	"	56,2	63,2	95,3	32,4	49,6	56,5	99,6	40,5	51,2
* Vermögensteuer	"	19,4	19,9	55,1	2,0	5,2	5,9	58,4	6,0	5,7
* Kraftfahrzeugsteuer	"	14,7	18,4	14,3	8,8	24,0	15,8	15,1	14,7	15,2
* Biersteuer	"	2,5	2,6	3,1	3,0	2,5	3,2	3,1	3,2	3,1
* Gemeindesteuern	"	170,5	166,9	385,7	33,3	37,7	72,1	391,8	19,5	19,8
* Grundsteuer A ⁹⁾	"	0,1	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0
* Grundsteuer B ¹⁰⁾	"	25,0	25,9	57,9	2,3	2,3	45,8	59,7	1,2	2,3
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹¹⁾	"	140,1	135,6	320,3	26,4	30,2	25,9	330,1	17,9	17,0

¹⁾ Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg. — ²⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ³⁾ Die Angaben umfassen die in Hamburg gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mio. DM betrug, sowie ohne die Postgiro- und Postsparkassenämter. — ⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ⁵⁾ Anstelle des Monatsdurchschnitts ist der Stand am 31. 12., und in den Monaten ist der Stand am Monatsende angegeben. — ⁶⁾ einschließlich Zinsgutschriften. — ⁷⁾ vor Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. — ⁸⁾ vor Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. — ⁹⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ¹⁰⁾ einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — ¹¹⁾ vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Hamburger Zahlenspiegel

Merkmal	Maßeinheit	1985	1986	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Steuern (Fortsetzung)										
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes ¹⁾	Mio. DM	2 002,4	2 029,4	1 924,8	2 276,4	1 864,6	1 983,7	2 089,4	2 255,6	1 885,8
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	456,2	442,7	311,5	642,0	284,9	443,5	448,8	619,3	291,0
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	523,7	487,1	475,6	428,2	455,5	417,0	466,0	454,9	460,6
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	23,6	-	-	-	21,1	-	-
* Steuereinnahmen des Landes	"	474,9	477,2	471,3	779,8	24,2	208,5	632,6	746,5	27,5
* Anteil an den Steuern vom Einkommen ²⁾ ³⁾	"	337,3	328,0	298,3	635,4	58,5	92,7	437,1	609,9	83,0
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	73,3	78,0	54,2	112,0	33,1	59,3	74,9	96,1	59,3
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	8,1	8,0	23,6	-	-	-	21,1	-	-
* Steuereinnahmen der Gemeinde	"	242,7	236,6	431,9	181,0	28,9	78,9	452,2	177,8	12,8
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	"	123,9	119,6	273,2	26,4	30,2	25,9	287,9	17,9	17,0
* Anteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer ²⁾ ³⁾	"	88,4	85,7	93,4	147,6	8,8	6,7	102,5	158,2	6,9
Hamburg verbleibende Steuereinnahmen ⁵⁾	"	687,9	694,5	902,2	895,8	52,1	286,4	1 083,8	824,3	39,4
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
* männliche Arbeiter	DM	778	796	-	-	800	829	-	-	...
* dar. Facharbeiter	"	811	828	-	-	829	864	-	-	...
* weibliche Arbeiter	"	541	561	-	-	568	584	-	-	...
* dar. Hilfsarbeiter	"	498	516	-	-	517	534	-	-	...
Bruttostundenverdienste										
* männliche Arbeiter	"	18,98	19,52	-	-	19,64	20,33	-	-	...
* dar. Facharbeiter	"	19,76	20,30	-	-	20,40	21,16	-	-	...
* weibliche Arbeiter	"	13,54	14,15	-	-	14,33	14,76	-	-	...
* dar. Hilfsarbeiter	"	12,44	12,94	-	-	13,04	13,46	-	-	...
Angestellte in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste										
Kaufmännische Angestellte										
* männlich	"	4 952	5 154	-	-	5 196	5 374	-	-	...
* weiblich	"	3 413	3 531	-	-	3 578	3 666	-	-	...
Technische Angestellte und Meister										
* männlich	"	4 623	4 774	-	-	4 831	4 998	-	-	...
* weiblich	"	3 173	3 278	-	-	3 347	3 424	-	-	...
Kaufmännische Angestellte in Handel, Kredit und Versicherungen										
Bruttomonatsverdienste										
* männlich	"	4 009	4 152	-	-	4 182	4 320	-	-	...
* weiblich	"	2 999	3 110	-	-	3 138	3 258	-	-	...
Öffentliche Sicherheit und Ordnung										
Feststellungen der Polizei										
Straftaten insgesamt										
dar. Straftaten wider das Leben	Anzahl	21 064	21 391	21 054	21 548	23 191	27 323	22 922	22 152	25 087
Straftaten wider die sexuelle Selbstbestimmung	"	7	6	6	6	5	7	5	5	6
Rohheitsdelikte und Straftaten wider die persönliche Freiheit	"	155	167	122	168	161	158	159	182	158
Vermögens- und Fälschungsdelikte	"	1 167	1 093	1 032	1 014	1 149	1 244	1 003	1 032	1 144
Diebstahl	"	3 190	2 659	2 562	2 274	2 637	2 379	2 225	2 314	2 709
dar. unter erschwerenden Umständen	"	13 801	14 519	14 720	15 096	16 046	20 212	16 492	15 804	17 802
Außerdem Verkehrsvergehen	"	9 301	10 055	10 456	10 662	11 367	14 547	11 832	10 945	12 745
Außerdem Verkehrsvergehen	"	976	876	1 005	847	878	872	858	873	850
Einsätze der Berufsfeuerwehren										
Alarmierungen insgesamt										
dar. Feualarme	"	15 749	15 620	15 733	15 120	16 293	15 485	16 015	15 431	16 157
dar. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	607	655	579	571	679	590	600	583	667
Rettungswageneinsätze	"	175	171	163	149	186	217	205	198	198
dar. für Krankentransporte	"	14 149	13 761	13 840	13 526	14 500	13 218	14 211	13 737	14 340
dar. für Krankentransporte	"	21 695	1 741	1 694	1 866	1 784	1 775	1 745	1 775	1 704
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren										
Einsätze										
Einsätze										
Einsätze										

¹⁾ ohne EG-Anteil Zölle. - ²⁾ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - ³⁾ nach Abzug der Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen. - ⁴⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - ⁵⁾ Einnahmen aus Verbund-, Landes- und Gemeindesteuern abzüglich Länderfinanzausgleich und Lastenausgleichsabgaben (§ 6 LAG).

Hamburg im großräumlichen Vergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Berichtsmonat ¹⁾			
			1987			Hamburg
			Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	
Bevölkerung						
Bevölkerung insgesamt	1000	April	1 569,0	12 025,5	61 148,5	1 576,6
Bevölkerung	Anzahl	"	1 173	9 503	50 991	1 065
Lebendgeborene	"	"	1 606	11 831	56 786	1 839
Gestorbene	"	"	433	2 328	5 795	774
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	-	-	-	-
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	4 990	22 064	38 536	5 187
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	4 404	21 272	27 100	4 745
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	586	792	11 436	442
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	+ 153	- 1 536	+ 5 641	- 332
Ausländer						
Bevölkerung	1000	"	162,9	610,8	4 709,0	156,3
Lebendgeborene	Anzahl	"	190	657	5 220	174
Gestorbene	"	"	21	89	643	15
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	"	+ 169	+ 568	+ 4 577	+ 159
Zugezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 623	5 512	29 852	1 816
Fortgezogene Personen über die Gebietsgrenze(n)	"	"	1 294	4 509	21 631	1 367
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	"	"	+ 329	+ 1 003	+ 8 221	+ 449
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	"	"	+ 498	+ 1 571	+ 12 798	+ 608
Arbeitsmarkt³⁾						
Arbeitslose und zwar	Anzahl	Oktober	98 052	534 537	2 092 725	92 512
Männer	"	"	56 401	284 208	1 071 974	53 239
Frauen	"	"	41 651	250 329	1 020 751	39 273
Teilzeitkräfte	"	"	6 772	54 668	229 214	6 552
Ausländer	"	"	16 603	48 311	254 852	15 179
Arbeitslosenquote	%	"	13,5	11,0	8,3	12,7
Offene Stellen	Anzahl	"	4 779	28 238	171 093	5 009
Kurzarbeiter	"	"	4 042	49 248	288 544	3 403
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁴⁾						
Beschäftigte	Anzahl	August	137 282	1 030 202	7 089 013	140 043
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	9 593	96 023	590 388	9 828
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	569	3 647	25 557	564
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁵⁾	"	"	2 859	16 822	95 962	3 033
Gesamtumsatz ⁵⁾	"	"	5 579	21 454	109 341	5 057
darunter Auslandsumsatz	"	"	672	5 194	30 345	652
Bauhauptgewerbe⁶⁾						
Beschäftigte	Anzahl	August	21 184	180 086	1 005 416	23 907
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	2 298	21 824	108 383	2 642
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	"	74	542	3 036	83
Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	"	"	292	1 899	9 594	274
Fremdenverkehr						
Fremdenmeldungen von Gästen	1000	Juni	152	1 261	6 314	149
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	"	51	186	1 364	51
Straßenverkehr						
Zulassungen fabrikneuer Pkw ⁷⁾	Anzahl	August	4 516	36 552	182 914	4 653
Steuern⁸⁾						
Steueraufkommen insgesamt	Mio. DM	April-Juni	9 231,1	21 752,2	108 453,7	9 359,2
darunter	"	"	"	"	"	"
Gemeinschaftsteuern	"	"	5 140,2	14 536,5	79 033,8	5 310,5
Landesteuern	"	"	193,4	998,9	5 706,0	190,2
Gemeindesteuern	"	"	422,7	1 765,1	10 179,2	470,1

¹⁾ Bei Bestandsdaten: Stand am Monatsende. - ²⁾ Bei Bestandsdaten: Durchschnitt der nachgewiesenen Monate. - ³⁾ Die Zahlen für den aktuellen Monat des laufenden Jahres. - ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. - ⁶⁾ nach den Ergebnissen der jeweils letzten Totalerhebung auf alle

		Jahresbeginn bis Berichtsmonat (einschl.) ²⁾								
1986		1987			1986			Veränderung 1987 gegenüber 1986 in %		
Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -	Hamburg	Hamburg, Schl.-Holstein, Niedersachsen, Bremen	Bundesgebiet insgesamt - einschl. Berlin (West) -
12 040,2	61 017,1	1 568,6	12 028,8	61 143,0	1 578,4	12 045,2	61 016,8	- 0,6	- 0,1	+ 0,2
10 280	54 562	4 486	36 990	199 184	4 286	36 019	196 663	+ 4,7	+ 2,7	+ 1,3
13 116	61 122	7 198	48 666	232 840	7 746	50 678	251 357	- 7,1	- 4,0	- 7,4
2 836	6 560	2 712	11 676	33 656	3 460	14 659	54 694	x	x	x
23 393	45 054	19 268	87 327	164 030	18 864	82 837	164 322	+ 2,1	+ 5,4	- 0,2
21 377	28 757	18 864	84 420	126 536	18 666	78 871	114 824	+ 1,1	+ 7,0	+ 10,2
2 016	16 297	404	2 907	37 494	198	3 966	49 498	x	x	x
820	9 737	2 308	8 769	3 838	3 262	10 693	5 196	x	x	x
586,0	4 530,0	162,2	608,1	4 686,8	155,7	583,2	4 505,5	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,0
616	4 997	708	2 481	19 467	664	2 137	17 312	+ 6,6	+ 16,1	+ 12,4
78	636	109	358	2 550	78	309	2 520	+ 39,7	+ 15,9	+ 1,2
538	4 361	599	2 123	16 917	586	1 828	14 792	x	x	x
6 781	35 356	6 558	22 483	121 832	6 692	23 775	127 855	- 2,0	- 5,4	- 4,7
4 642	24 025	5 808	19 617	96 327	5 911	19 244	96 820	- 1,7	+ 1,9	- 0,5
2 139	11 331	750	2 866	25 505	781	4 531	31 035	x	x	x
2 677	15 692	1 349	4 989	42 422	1 367	6 359	45 827	x	x	x
522 630	2 026 290	99 346	575 497	2 241 192	94 589	581 579	2 254 612	+ 5,0	- 1,0	+ 0,6
279 423	1 032 665	57 863	324 768	1 221 878	55 088	326 864	1 220 714	+ 5,0	- 0,6	+ 0,1
243 207	993 625	41 483	250 729	1 019 314	39 501	254 715	1 033 898	+ 5,0	- 1,6	- 1,4
53 162	221 514	6 481	54 120	225 185	6 891	57 290	238 449	- 5,9	- 5,5	- 5,6
45 377	234 778	16 258	48 979	261 833	15 047	47 089	249 057	+ 8,0	+ 4,0	+ 5,1
10,7	8,1	13,7	11,8	8,9	13,0	12,0	9,1	x	x	x
27 008	155 272	4 914	32 169	173 151	3 628	28 501	155 268	+ 35,4	+ 12,9	+ 11,5
32 152	234 550	6 521	51 900	291 253	7 571	41 390	191 683	- 13,9	+ 25,4	+ 51,9
1 042 207	7 121 672	136 315	1 021 746	7 046 813	138 795	1 024 666	7 035 438	- 1,8	- 0,3	+ 0,2
99 293	594 212	77 906	762 788	5 121 752	81 438	804 140	5 244 656	- 4,3	- 5,1	- 2,3
3 587	24 898	4 572	29 505	202 460	4 507	28 662	195 695	+ 1,4	+ 2,9	+ 3,5
16 684	92 831	24 114	139 541	832 830	26 204	144 275	843 080	- 8,0	- 3,3	- 1,2
20 569	104 803	44 991	180 208	946 930	49 012	184 769	956 602	- 8,2	- 2,5	- 1,0
5 143	29 178	5 658	47 401	279 941	5 854	47 956	284 796	- 3,3	- 1,2	- 1,7
190 809	1 048 418	21 206	169 186	959 006	22 612	177 589	989 497	- 6,2	- 4,7	- 3,1
22 593	111 716	15 796	129 242	733 248	17 358	141 636	797 011	- 9,0	- 8,8	- 8,0
553	3 060	523	3 518	20 652	578	3 670	21 222	- 9,5	- 4,1	- 2,7
1 847	9 382	1 690	10 230	57 924	1 670	10 709	58 833	+ 1,2	- 4,5	- 1,5
1 220	5 915	781	5 275	28 671	757	5 237	27 479	+ 3,1	+ 0,7	+ 4,3
179	1 242	242	762	5 549	245	761	5 333	- 1,0	+ 0,1	+ 4,0
37 246	182 618	45 776	370 192	1 946 497	44 581	356 707	1 894 706	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,7
21 416,1	107 458,0	16 840,7	41 657,1	217 196,6	16 941,4	41 766,7	212 755,1	- 0,6	- 0,3	+ 2,1
14 199,8	77 543,8	9 747,0	28 487,6	162 047,6	10 021,4	28 636,6	157 928,7	- 2,7	- 0,5	+ 2,6
1 038,9	5 772,1	406,4	1 936,3	11 188,6	381,9	2 013,9	10 846,7	+ 6,4	- 3,9	+ 3,2
1 820,0	10 417,5	895,2	3 519,6	19 881,1	941,2	3 582,0	20 068,4	- 4,9	- 1,7	- 0,9

Jahres sind vorläufig. Aufgrund der - erfahrungsgemäß geringen - Korrekturen können sich auch noch Anpassungen der errechneten Durchschnittszahlen ergeben. - Betriebe hochgerechnet. - ⁷⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/-post. - ⁸⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 4.

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bevölkerung													
Bevölkerung ¹⁾	1000	1. Vj. 87 2. Vj. 87	1 569 ...	1 880 ...	1 293 1 295	967 969	623 623	616 617	566 567	557 557	522 ...	527 526	467 467
darunter Ausländer	%	1. Vj. 87 2. Vj. 87	10,4	16,4 16,4	14,4 14,6	6,2 6,2	22,9 23,1	13,0 13,2	18,1 18,3	7,3 ...	9,5 9,5	11,9 12,1
Lebendgeborene	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	3 313 ...	4 496 ...	2 620 2 603	2 277 2 365	1 419 1 402	1 271 1 398	1 270 1 255	1 649 1 298	1 093 ...	1 180 1 053	968 1 056
darunter Ausländer	%	1. Vj. 87 2. Vj. 87	15,6 ...	21,4 ...	16,8 20,9	21,7 23,5	15,1 14,8	32,2 32,1	19,7 21,0	23,8 24,8	14,2 ...	16,7 15,7	11,9 15,8
Lebendgeborene	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	8,6 ...	9,7 ...	8,2 8,1	9,6 9,8	9,2 9,0	8,4 9,1	9,1 8,9	12,0 9,4	8,5 ...	9,1 8,0	8,4 9,1
Gestorbene	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	5 592 ...	8 098 ...	3 496 2 799	2 858 2 630	2 089 1 952	1 836 1 698	1 847 1 695	1 818 1 540	1 774 ...	1 961 1 566	1 532 1 493
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14,5 ...	17,5 ...	11,0 8,7	12,0 10,9	13,6 12,6	12,1 11,0	13,2 12,0	13,2 11,1	13,8 ...	15,1 11,9	13,3 12,8
Geborenen- (+) / Gestorbenen-überschuß (-)	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 2 279 ...	- 3 602 ...	- 876 196	- 581 265	- 670 550	- 565 300	- 577 440	- 169 242	- 681 ...	- 781 513	- 564 437
Zugezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14 278 ...	7 066 ...	19 831 19 403	9 768 10 855	4 695 3 838	10 597 10 912	6 362 6 154	9 670 10 316	4 877 ...	6 738 6 835	5 646 6 616
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	36,9 ...	15,2 ...	62,1 60,1	41,0 44,9	30,6 24,7	69,8 70,9	45,6 43,6	70,4 74,3	37,9 ...	51,8 52,1	49,0 56,8
Fortgezogene Personen	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	14 460 ...	4 901 ...	17 454 17 179	8 427 8 690	4 134 3 426	9 294 9 251	4 878 4 882	9 416 10 340	4 367 ...	9 539 7 265	5 349 5 600
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	37,4 ...	10,6 ...	54,7 53,2	35,3 36,0	26,9 22,1	61,2 60,1	35,0 34,6	68,6 74,5	33,9 ...	73,4 55,4	46,4 48,1
Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 182 ...	+ 2 165 ...	+ 2 377 + 2 224	+ 1 341 + 2 165	+ 561 + 412	+ 1 303 + 1 661	+ 1 484 + 1 272	+ 254 24	+ 510 ...	- 2 801 430	+ 297 1 016
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 0,5 ...	+ 4,7 ...	+ 7,4 + 6,9	+ 5,6 + 9,0	+ 3,7 + 2,7	+ 8,6 + 10,8	+ 10,6 + 9,0	+ 1,8 - 0,2	+ 4,0 ...	- 21,5 3,3	+ 2,6 + 8,7
Bevölkerungszu- (+) / -abnahme (-)	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 2 461 ...	- 1 437 ...	+ 1 501 + 2 028	+ 760 + 1 900	- 109 138	+ 738 + 1 361	+ 907 + 832	+ 85 266	- 171 ...	- 3 582 943	- 267 579
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	- 6,4 ...	- 3,1 ...	+ 4,7 + 6,3	+ 3,2 + 7,9	- 0,7 0,9	+ 4,9 + 8,8	+ 6,5 + 5,9	+ 0,6 1,9	- 1,3 ...	- 27,5 7,2	+ 2,3 + 5,0
Umgezogene Personen innerhalb der Stadt	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	38 644 ...	29 422 ...	27 398 25 250	21 507 21 254	15 049 12 807	10 688 10 281	12 215 11 400	8 884 10 381	14 453 ...	10 956 10 537	8 868 9 384
	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87 2. Vj. 87	99,9 ...	63,5 ...	85,8 78,2	90,2 88,0	98,0 82,5	70,4 66,8	87,6 80,7	64,7 74,8	112,3 ...	84,3 80,3	77,1 80,5
Arbeitsmarkt¹⁾													
Arbeitslose	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	100 553 98 919	93 803 88 783	62 412 53 609	54 361 54 102	34 593 33 677	35 754 35 858	29 870 30 752	13 217 13 357	32 902 32 599	42 741 42 262	20 308 18 576
und zwar Männer	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	59 085 57 659	54 809 50 728	35 662 27 400	31 459 31 076	20 572 19 897	20 233 20 096	17 889 18 413	7 434 7 382	18 667 18 011	24 390 23 498	10 885 9 089
Frauen	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	41 468 41 260	38 994 38 055	26 750 26 209	22 902 23 026	14 021 13 780	15 521 15 762	11 981 12 339	5 783 5 975	14 235 14 588	18 351 18 764	9 423 9 487
Teilzeitkräfte	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	6 385 6 586	4 643 4 424	6 272 6 363	3 537 3 540	2 439 2 389	3 450 3 535	1 825 1 774	955 986	3 041 3 085	3 605 3 251	1 858 1 812
Arbeitslosenquote	%	1. Vj. 87 2. Vj. 87	13,8 13,6	10,9 10,3	6,8 5,9	14,4 14,4	15,6 15,1	6,9 6,9	12,4 12,8	5,0 5,0	15,4 15,2	13,2 13,1	8,6 7,8
Arbeitslose Ausländer	Anzahl	1. Vj. 87 2. Vj. 87	16 358 16 250	16 391 16 240	16 308 12 450	11 418 11 335	3 339 3 283	9 013 8 883	5 648 5 727	3 951 4 061	3 716 3 717	6 765 6 438	4 167 3 645
Offene Stellen	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	4 450 5 647	8 236 9 482	7 009 7 921	2 853 3 028	996 916	4 546 4 732	2 096 2 019	4 751 5 579	1 518 1 441	6 216 3 350	2 147 2 182
Kurzarbeiter	"	1. Vj. 87 2. Vj. 87	11 486 3 636	11 038 4 672	4 652 3 148	8 621 2 558	3 384 1 163	5 535 1 388	4 348 1 645	823 667	5 998 2 590	4 173 1 123	6 034 3 585

Fußnoten am Schluß der Tabelle

Hamburg im Städtevergleich

Merkmal	Maßeinheit	Berichtszeit	Hamburg	Berlin (West)	München	Köln	Essen	Frankfurt/Main	Düsseldorf	Stuttgart	Bremen	Hannover	Nürnberg
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Industrie und Verarbeitendes Handwerk)⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 87	136 446	163 317	176 737	103 728	45 081	103 702	75 876	125 532	65 875	78 547	86 899
		2. Vj. 87	135 654	162 786	176 316	103 845	44 844	102 615	74 936	125 097	66 649	77 372	85 611
je 1000 Einwohner	Anzahl	1. Vj. 87	87	87	137	107	72	168	134	225	126	149	186
		2. Vj. 87	136	107	72	166	132	225	...	147	183
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	1. Vj. 87	1 620	1 620	2 381	1 309	536	1 300	1 024	1 582	704	878	882
		2. Vj. 87	1 787	1 779	2 353	1 385	556	1 507	1 031	1 804	757	907	938
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Mio. DM	1. Vj. 87	48	40	55	51	48	51	55	51	43	45	41
		2. Vj. 87	53	44	54	53	50	59	55	58	46	47	44
Umsatz aus Eigenerzeugung ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87	8 903	10 348	11 546	6 183	2 591	4 100	4 013	5 155	4 157	3 580	2 886
		2. Vj. 87	9 073	10 358	12 036	6 455	2 549	4 116	3 884	5 180	4 699	3 638	3 425
Gesamtumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87	16 294	10 713	12 538	7 096	3 154	6 121	4 650	6 277	4 738	3 959	3 143
		2. Vj. 87	17 075	10 750	13 076	7 398	3 093	6 366	4 569	6 334	5 254	4 038	3 668
darunter Auslandsumsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87	1 971	1 146	6 199	2 516	423	1 754	1 311	2 096	1 670	1 407	725
		2. Vj. 87	2 026	1 202	6 455	2 552	431	1 857	1 372	2 010	2 027	1 428	1 129
Gesamtumsatz ⁵⁾	1000 DM je Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87	42	23	39	30	21	40	33	46	36	30	27
		2. Vj. 87	41	31	20	41	32	46	...	31	31
1000 DM je Beschäftigten und 1 Jahr	Mio. DM	1. Vj. 87	484	266	288	277	284	239	249	203	292	204	147
		2. Vj. 87	505	265	297	286	277	249	245	203	316	209	172
Bauhauptgewerbe⁴⁾													
Beschäftigte ¹⁾	Anzahl	1. Vj. 87	16 698	24 811	24 615	10 605	8 465	14 765	9 953	11 367	6 546	5 595	...
		2. Vj. 87	16 411	25 839	27 061	10 388	...	15 031	9 965	10 989	6 664	5 917	8 425
Baugewerblicher Umsatz ⁵⁾	Mio. DM	1. Vj. 87	349	396	569	199	183	293	243	257	129	89	...
		2. Vj. 87	587	770	777	323	...	513	338	360	233	201	216
Fremdenverkehr													
Fremdenmeldungen von Gästen	Anzahl	1. Vj. 87	325 285	370 345	536 358	219 818	57 612	386 183	227 985	120 675	68 967	96 474	121 145
		2. Vj. 87	455 325	577 882	772 585	338 683	53 614	418 792	215 107	135 425	...	102 639	161 988
Fremdenübernachtungen von Gästen	"	1. Vj. 87	610 369	1 043 942	1 127 659	484 034	155 723	693 187	435 833	264 721	129 491	185 044	244 756
		2. Vj. 87	833 084	1 743 728	1 593 225	495 235	145 145	720 292	400 864	290 074	...	196 031	291 695
darunter mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	"	1. Vj. 87	186 208	204 885	443 577	183 120	18 505	371 765	173 858	74 968	31 339	44 360	61 087
		2. Vj. 87	284 788	341 402	719 833	216 504	22 126	398 730	175 281	90 889	...	63 264	71 301
Fremdenübernachtungen von Gästen	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87	1 578	2 252	3 537	2 030	1 014	4 565	3 124	1 928	1 007	1 423	2 126
		2. Vj. 87	...	16 799	4 935	2 050	935	4 680	2 838	2 090	...	1 494	2 503
Straßenverkehr													
Zulassung fabrikneuer Pkw ⁶⁾	Anzahl	1. Vj. 87	14 573	5 851
		2. Vj. 87	20 492	16 799	7 907
Steuer-einnahmen													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage u. ohne Lohnsummensteuer	Mio. DM	1. Vj. 87	382	178	277	199	93	357	207	223	76	121	91
		2. Vj. 87	306	134	326	167	106	303	182	157	86	120	93
(Gemeindeanteil)	DM je Einwohner und 1 Jahr	1. Vj. 87	987	385	869	835	604	2 354	1 484	1 622	588	929	787
		2. Vj. 87	1 009	693	686	1 969	1 287	1 122	...	912	797
Lohn- und Einkommensteuer (Gemeindeanteil)	Mio. DM	1. Vj. 87	222	142	65	27	16	15	19	14	56	4	2
		2. Vj. 87	280	116	193	121	71	95	82	90	64	59	61
DM je Einwohner und 1 Jahr	Mio. DM	1. Vj. 87	573	306	204	114	104	101	133	102	432	35	16
		2. Vj. 87	596	500	455	616	582	648	...	450	520

¹⁾ am Ende des Berichtszeitraumes. – ²⁾ wohnberechtigte Bevölkerung. – ³⁾ Arbeitsamtsbezirk. – ⁴⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁵⁾ ohne Umsatzsteuer. – ⁶⁾ einschl. Kombinationskraftwagen, ohne Bundesbahn/ post.

Im November 1987 veröffentlichte Statistische Berichte

Bildung und Kultur

Berufliche Schulen am 23. September 1986

Produzierendes Gewerbe

Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe August 1987

Index der Nettoproduktion im August 1987

Bautätigkeit

Bauhauptgewerbe August 1987

Ausbaugewerbe August 1987

Handel und Gastgewerbe

Deutscher Außenhandelsverkehr über Hamburg Januar bis März 1987

Durchfuhr des Auslandes und Durchgangsverkehr der DDR über Hamburg

Januar und Februar 1987

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr August 1987

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle Juli 1987

Straßenverkehrsunfälle August 1987

Straßenverkehrsunfälle Jahrestabellen 1986

Seeverkehr des Hamburger Hafens September und Oktober 1986

Öffentliche Sozialleistungen

Wohngeld 1986

Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und weitere Leistungen
des Trägers der Sozialhilfe 1986

Kriegsopferfürsorge 1986

Öffentliche Finanzen

Steueraufkommen und Steuereinnahmen August 1987

Steueraufkommen und Steuereinnahmen September 1987

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts

Hamburg in Zahlen

Die Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ erscheint zwölfmal jährlich und enthält ständige Zahlenübersichten sowie textliche Darstellungen über wichtige statistische Ergebnisse.

Statistische Berichte

Die „Statistischen Berichte“ dienen der aktuellen Berichterstattung. Für die einzelnen Sachgebiete sind besondere Berichtsreihen gebildet worden, die größtenteils von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Statistisches Jahrbuch 1981

Das Statistische Jahrbuch ist eine umfassende Zusammenstellung zahlenmäßiger Informationen über die demographischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten in Hamburg. Bei dem 1981 erschienenen Band handelt es sich um eine großenteils neugestaltete und um zusätzliche Nachweisungen erweiterte Ausgabe. Das Jahrbuch enthält in seinem Hauptteil Ergebnisse in ausführlicher sachlicher Gliederung, zumeist für die Jahre 1978 und 1979. In einem zweiten Abschnitt werden Daten über ausgewählte Themenbereiche in langfristiger Entwicklung unterbreitet; die „langen Reihen“ erstrecken sich durchweg über den Zeitraum von 1950 bis 1979. Der dritte Teil bietet ein knappes Tabellarium mit Angaben über die Region Hamburg. Das Jahrbuch enthält 440 Tabellen und ist 374 Seiten stark (vergriffen).

Statistisches Taschenbuch 1986

Das jährlich erscheinende Statistische Taschenbuch bietet in kleiner, handlicher Aufmachung die wichtigsten Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik in knapper tabellarischer Darstellung. Soweit möglich, wurden in den Regionaltabellen neben Ergebnissen für die Bundesländer auch Vergleichsdaten für ausgewählte Großstädte und an Hamburg angrenzende Kreise nachgewiesen. Das Taschenbuch ist 244 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Straßen- und Gebietsverzeichnis Ausgabe 1980

Das Straßen- und Gebietsverzeichnis enthält an Übersichten:
Zugehörigkeit der Gebietsteile zu den Finanzämtern, den Standesämtern und den Amtsgerichten
Schlüsselverzeichnis für Grundbuchbezirke mit Angabe des zuständigen Amtsgerichtsbezirks
Konsulate
Amtlich benannte Verkehrsflächen, alphabetisch geordnet mit Angabe der Ortsteile,
Straßenschlüssel, Suchkoordinaten, Stadtteile, Zustellpostämter, Polizeireviere und Schlüsselnummern der Grundbuchbezirke
Kleingartenvereine
Das Straßen- und Gebietsverzeichnis ist 268 Seiten stark, der Verkaufspreis beträgt 10,- DM.

Statistik des Hamburgischen Staates

Dies sind die Quellenwerke mit wichtigen Tabellen aus großen Zählungen und wichtigen laufenden Statistiken. In dieser Reihe werden die Ergebnisse der Arbeiten des Statistischen Landesamtes ausführlich und mit dem Ziel der nachhaltigen Dokumentation der Zeitverhältnisse publiziert.

In den letzten Jahren sind erschienen:

- Heft 105 Hamburger Krebsdokumentation 1956-1971 (vergriffen)
- Heft 106 Die Wahl zum Bundestag am 19. November 1972
- Heft 107 Die Pendelwanderung über die Hamburger Landesgrenze - Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 - (vergriffen)
- Heft 108 Hamburg 1938/39 und 1950 bis 1972 - Statistische Reihen und Vergleiche (vergriffen)
- Heft 109 Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 - Landesergebnisse -
- Heft 110 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1972 (vergriffen)
- Heft 111 Hamburgs Industrie 1972/73 (vergriffen)
- Heft 112 Die Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974
- Heft 113 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1973 und 1974 (vergriffen)
- Heft 114 Umsatzsteuerstatistik 1974
- Heft 115 Hamburgs Industrie 1974/75
- Heft 116 Hamburger Krebsdokumentation 1972 bis 1974 (vergriffen)
- Heft 117 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1975
- Heft 118 Regionalstatistik - Daten für die Region Hamburg/Umland 1976
- Heft 119 Die Wahl zum Bundestag am 3. Oktober 1976
- Heft 120 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1976
- Heft 121 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1977 (vergriffen)
- Heft 122 Umsatzsteuerstatistik 1976
- Heft 123 Das Handwerk in Hamburg 1977
- Heft 124 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978
- Heft 125 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1978
- Heft 126 Hamburger Krebsdokumentation 1975 bis 1977
- Heft 127 Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979
- Heft 128 Regionalstatistik Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1961 bis 1978
- Heft 129 Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980
- Heft 130 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1979
- Heft 131 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1980
- Heft 132 Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982
- Heft 133 Handels- und Gaststättenzählung 1979
- Heft 134 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1981
- Heft 135 Produzierendes Gewerbe 1980/81
- Heft 136 Umsatzsteuerstatistik 1978 und 1980
- Heft 137 Hamburger Krebsdokumentation 1978 und 1979
- Heft 138 Regionalstatistik - Baufertigstellungen im Wohnbau und Wohnungsbestand in der Region Hamburg 1972 bis 1981
- Heft 139 Wahl zur Bürgerschaft und Wahl zu den Bezirksversammlungen am 19. Dezember 1982
- Heft 140 Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983
- Heft 141 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1983
- Heft 142 Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
- Heft 143 Produzierendes Gewerbe 1982/83
- Heft 144 Umsatzsteuerstatistik 1982
- Heft 145 Handel und Schiffahrt des Hafens Hamburg 1985

Vertrieb der vorstehenden Veröffentlichungen:
Statistisches Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg
Steckelhörn 12, 2000 Hamburg 11
Telefon: (040) 3681-719 bzw. 721

